



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Interessenkonflikte bei der Umgestaltung öffentlicher
Räume am Beispiel Reumannplatz“

verfasst von / submitted by

Lena Krainz

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Naturwissenschaften (Mag. rer. nat.)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 456 362

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Geographie und
Wirtschaftskunde UF Russisch

Betreut von / Supervisor:

Ass.-Prof. i.R. Mag. Dr. MSc. Walter Matznetter

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, am 28.01.2020

Lena Krainz

Danksagung

An erster Stelle möchte ich mich bei meinem Betreuer, Ass.-Prof. Walter Matznetter, bedanken, der mich während der gesamten Zeit begleitet und mir insbesondere bei der Konzepterstellung äußerst hilfreiches Feedback gegeben hat.

Großen Dank möchte ich meinen Interview-PartnerInnen aussprechen, dass sie sich nicht nur Zeit für mich genommen haben, sondern auch spannende Einblicke in ihre Arbeit und ihre Sichtweisen gewährt haben. Mit jeder Befragung wurde das Untersuchungsbeispiel um viele Facetten reicher und so die Auswertung des empirischen Materials äußerst ergiebig und aufschlussreich. Sie waren es, die meinen Blick auf Stadt, Raum und nicht zuletzt den Reumannplatz nachhaltig verändert haben.

Auch bei meinen Freundinnen, Freunden und meiner Familie möchte ich mich herzlich bedanken, die sich unzählige Male meine Überlegungen angehört, kritische Fragen gestellt und immer wieder neue Anreize für meine Arbeit geliefert haben. Ohne die Unterstützung aus meinem privaten Umfeld hätte ich mein Studium wohl nicht erfolgreich abschließen können.

Zuletzt gilt mein Dank dem freien Hochschulzugang, der Universität Wien, den Lehrenden und dem Institut für Geographie und Regionalforschung im Speziellen, für die Möglichkeit, sich jahrelang intensiv mit gesellschaftsrelevanten Themen auseinanderzusetzen. Für diese Bereicherung bin ich sehr dankbar.

Lena Krainz

Wien, 28.01.2020

Abstract

Der öffentliche Raum spielt im Gefüge und dem Zusammenleben der Stadt eine zentrale Rolle und wird tagtäglich von Menschen konstituiert. Dort wird sichtbar, wie Gesellschaft und Macht organisiert sind und wer ein Recht auf diese Stadt hat.

In dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass aufgrund steigender Bevölkerungszahlen und knapper werdender öffentlicher Budgets der Druck auf öffentliche Räume zunimmt. Es geht um die Frage, wie sich solche allgemeinen Tendenzen am Untersuchungsbeispiel niederschlagen und welche Konflikte sichtbar werden. Gewählt wurde dafür der Reumannplatz, der in einer Umgebung von verhältnismäßig niedrigem Einkommen und dichter Besiedelung eine besondere Bedeutung hat. Zwischen 2015 und 2019 fand ein umfassender Aushandlungsprozess über seine Umgestaltung statt, der Umbau wird im Sommer 2020 abgeschlossen sein. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurden neun AkteurInnen aus Verwaltung, Politik, Planung und Partizipation, Zivilgesellschaft und Interessenvertretungen, die am Prozess in unterschiedlichem Maße beteiligt waren, in qualitativen Interviews befragt.

Es zeigte sich, dass bei diesem Umgestaltungsprozess auf vielen Ebenen unterschiedlichste AkteurInnen beteiligt waren und berücksichtigt worden sind. Als zentrale Anliegen stellten sich Sicherheitsgefühl, Belebtheit, Aufwertung sowie Gleichberechtigung der Interessen heraus, wobei sich die Vorstellungen für die konkrete Umsetzung unterschieden. Neben Interessenkonflikten, z.B. bei der Frage eines Gastronomiebereichs, gab es große Übereinstimmungen bei den AkteurInnen. Ergebnis ist auch, dass der Druck auf öffentliche Räume zwar zunimmt, direkte Auswirkungen der wachsenden Stadt, öffentlicher Sparmaßnahmen und Privatisierungstendenzen am Untersuchungsbeispiel aber nicht ausgemacht werden konnten. Vielmehr stellt der Umgestaltungsprozess des Reumannplatzes ein Beispiel dar, das hinsichtlich Teilhabe, Interessenausgleich und Miteinbeziehung möglichst vieler, selbst vulnerabler NutzerInnengruppen, sehr gut gelungen ist.

Abstract

Public space plays a central role in the structure of and coexistence within a city, it is constituted daily by its users. Within public space, organizing principles of society and power become tangible; it shows who has a right to the city.

This thesis presumes that population growth and austerity lead to growing pressure on public space. It examines how these general tendencies influence the research subject as well as which conflicts arise in this context. Reumannplatz was chosen as a space that has a special meaning in a densely populated, low-income area. To answer the research question, qualitative interviews were conducted with nine actors from the fields of administration, politics, planning, participation, civil society and representation who were involved to different degrees in extensive negotiations on the redesign of Reumannplatz between 2015 and 2019.

What this thesis shows is on how many different levels the different actors were involved and taken into consideration in this redesigning process. Central concerns that emerged were a feeling of security, an animated atmosphere, enhancement, as well as an equality of interests. However, they differ in ideas on the realization of these interests. Next to conflicts, for example in the question of gastronomy areas, there also were large agreements between the involved actors. While the pressure on public space is rising indeed, the research subject shows no negative consequences of population growth, austerity or privatization. On the contrary, Reumannplatz represents a successful example of a participatory and highly inclusive redesigning process of public space.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	11
2. Theoretisch-konzeptionelle Einbettung	13
2.1 <i>Der relationale Raum</i>	15
2.1.1 Raumkonzept	15
2.1.2 Alltag, gesellschaftliche Strukturen und Habitus	16
2.1.3 Gegenkulturelle Räume	19
2.2 <i>Recht auf Stadt</i>	20
3. Öffentlichkeit und Öffentlicher Raum	23
3.1 <i>Das Öffentliche am öffentlichen Raum</i>	23
3.2 <i>Historische Entwicklungen</i>	25
3.2.1 Öffentlichkeit(en) im Wandel	25
3.2.2 Der öffentliche Raum im Wandel	28
3.3 <i>Raum zwischen öffentlich und privat</i>	33
3.4 <i>Funktionen des öffentlichen Raumes</i>	35
3.4.1 Exkurs: Der öffentlicher Raum bei Jan Gehl	37
3.5 <i>Öffentlicher Raum in Wien</i>	39
4. Kontext – aktuelle Tendenzen	45
4.1 <i>Städtewachstum</i>	46
4.2 <i>Privatisierung</i>	49
4.2.1 Formen der Privatisierung	49
4.2.2 Privatisierung in Wien	53
4.2.3 Spannungsfeld Schanigarten	56
4.3 <i>Gentrifizierung und Verdrängung</i>	58
5. Forschungsfrage und Hypothesen	63
6. Untersuchungsbeispiel	64
6.1 <i>Begründung</i>	64
6.2 <i>Beschreibung</i>	65
6.2.1 Bauliche Gegebenheiten	65
6.2.2 Sozioökonomische und demographische Gegebenheiten	66
6.2.3 Funktionale Gegebenheiten und Nutzung	69
6.3 <i>Historische Entwicklung des Reumannplatzes</i>	72
6.4 <i>Ausgangslage der empirischen Untersuchung</i>	75
7. Methodik	77
7.1 <i>Problemzentrierte Interviews</i>	78
7.2 <i>ExpertInnen-Interviews</i>	79
7.3 <i>Auswahl Interview-PartnerInnen</i>	80
7.4 <i>Erstellung des Interview-Leitfadens</i>	83
7.5 <i>Durchführung der Interviews</i>	87
7.6 <i>Transkription</i>	88
7.7 <i>Auswertungsverfahren</i>	89
8. Ergebnisse und Analyse	91

<i>8.1 Raumverständnis und Funktionen des öffentlichen Raumes am Beispiel Reumannplatz</i>	91
<i>8.2 Tätigkeiten am Reumannplatz</i>	96
<i>8.3 Interessen</i>	98
8.3.1 „Belebtheit und Aufwertung“	98
8.3.2 „Sicherheit“	100
8.3.3 „Gleichberechtigung der Interessen“	102
8.3.4 AkteurInnen	104
8.3.5 Instrumente	107
<i>8.4 Konflikte und gegenkulturelle Räume</i>	116
8.4.1 Die Ebene der Bevölkerung	117
8.4.2 Die Ebene der technischen Gegebenheiten	118
8.4.3 Die politische Ebene der Finanzierung	120
8.4.4 Beispiel „Gastronomie“	122
8.4.5 Beispiel „Überdachte Bänke“	128
8.4.6 Beispiel „Mädchenbühne“	129
<i>8.5 Verdrängung und Gentrifizierung</i>	131
<i>8.6 Zusammenhänge mit gesellschaftlichen Prozessen</i>	136
<i>8.7 Bewertung des Umgestaltungsprozesses</i>	140
9. Fazit	142
10. Abkürzungsverzeichnis	150
11. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	151
12. Literaturverzeichnis	152
13. Anhang	161

1. Einleitung

Die Stadt und der öffentliche Raum stellen zwei schwer voneinander trennbare Begriffe dar. Es ist nicht nur der öffentliche Raum ohne Stadt schwer vorstellbar, sondern auch eine Stadt ohne diesen Raum nicht denkbar. Es ist jener Ort, an dem Gesellschaft und Macht sichtbar wird, Fremdes und Bekanntes aufeinandertrifft, Ausverhandlung von Verhalten, Gestaltung und Nutzung stattfindet und das zu jedem Zeitpunkt. Dieser Raum ist in seiner Idealform allen Menschen gleichermaßen frei zugänglich, was den hohen normativen Anspruch verdeutlicht, der an ihn gestellt wird. Die Umgestaltung dessen stellt einen besonderen Moment dar, weil deutlich sichtbar wird, für wen der Raum und damit ein wesentlicher Teil der Stadt gebaut wird und wer darin keinen oder wenig Platz hat.

Kein Wunder also, wenn im Zuge von Stadtentwicklungsprogrammen und städtischen Fachkonzepten von verschiedensten ExpertInnen¹ erarbeitet wird, wie nun dieser Raum *am besten* aussehen soll. Je nach Perspektive sowie politischer und ideeller Vorstellung fällt die Antwort verschieden aus. Und doch ist die Aufmerksamkeit, die dem öffentlichen Raum in europäischen Städten, wie auch insbesondere in Wien gegeben wird, bemerkenswert. Denn viele Probleme, die im öffentlichen Raum sichtbar werden, haben ihren Ursprung eigentlich in anderen Bereichen wie beispielsweise dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder den sozialen Sicherungssystemen. Mit der „Verteidigung des Ideals des öffentlichen Raums“ ist somit nicht nur gemeint, allen Menschen Teilhabechancen am physischen Raum zu ermöglichen, sondern auch zu hinterfragen, „warum Individuen in der Regel unfreiwillig auf diesen Raum angewiesen sind und die Ursachen dafür zu beseitigen.“ (WEHRHEIM, 2012, S. 237) Auch der beste öffentliche Raum kann eine ungleiche Gesellschaft nicht gleich machen. Dennoch erfüllt er elementare Funktionen im Gefüge und dem Zusammenleben in einer Stadt, kann allgemeine Entwicklungen verstärken oder abschwächen. Das ist sowohl in der Literatur als auch in der vorliegenden Arbeit unbestritten.

Doch oftmals ist gar nicht so eindeutig, wovon bei Raum, Öffentlichkeit und öffentlichem Raum die Rede ist. Nicht nur unzählige, teilweise widersprüchliche Definitionen und Qualitätskriterien wurden formuliert, sondern auch der Stellenwert und die Ausgestaltung unterliegen – wie die Stadt und die Gesellschaft ebenso – einem steten Wandel. Aus diesem

¹ In der vorliegenden Arbeit wird mit Binnen-I gegendert. Es sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese binäre Geschlechtertrennung die Realität geschlechtlicher Vielfalt nicht widerspiegelt. Deshalb ist hier zu erwähnen, dass unter Frauen* und Männern* in dieser Arbeit auch all jene Personen verstanden werden, die dem binären System nicht zugehörig sind.

Grund widme ich mich diesen Begriffen ausführlich in den Kapiteln 2 und 3. Der Forschungszugang hat soziologische Elemente, wenngleich es sich dennoch um eine zutiefst geographische Arbeit handelt, die den Bereichen Raumplanung, Stadtentwicklung und Stadtforschung zuzuordnen ist. Es werden baulich-räumliche Aspekte mit sozialen Fragen kombiniert sowie in den konkreten Planungskontext eingebettet. Dabei wird nicht nur der Reumannplatz als zentraler öffentlicher Raum analysiert, sondern der Platz auch „in städtebaulichen Entwürfen, in übergreifenden planungsgeschichtlichen Entwicklungen und in den jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen“ verortet. (BERNHARDT, FEHL, KUHN & PETZ, 2005, S. 21) Dem soll in Kapitel 4 Rechnung getragen werden. Es werden ausgewählte Trends der Stadtentwicklung beschrieben, die meine Ausgangsthese bilden. Diese umfassen das Städtewachstum hinsichtlich steigender Bevölkerungszahlen, zunehmendes privatwirtschaftliches Interesse am öffentlichen Raum sowie Aufwertung und Verdrängung, was unter dem Stichwort Gentrifizierung diskutiert wird. In all diesen Entwicklungen werden die Stadt Wien in den Fokus genommen und Spezifika im Vergleich zu anderen europäischen Städten herausgearbeitet. Aus den beschriebenen Trends ergibt sich die These, dass öffentlicher Raum zunehmend umkämpft ist und steigende (privatwirtschaftliche) Interessen aufeinandertreffen, die miteinander konkurrieren oder aber sich auch miteinander arrangieren lassen. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass die öffentliche Hand, die traditionell für die Finanzierung öffentlicher Räume zuständig ist, vor dem Hintergrund knapper Budgets zusätzlich unter Druck gerät. Inwiefern dies bei der Umgestaltung des Reumannplatzes beobachtet werden kann, soll im Rahmen dieser Arbeit untersucht werden.

Dabei stellt der gewählte Platz ein brisantes Untersuchungsbeispiel dar, da er nicht nur im bevölkerungsstärksten Bezirk Wiens eine zentrale Rolle spielt, sondern eine wienweite Bedeutung hat. Man blickt auf einen jahrelangen – auch medial begleiteten – Umgestaltungsprozess zurück, der durch die Verlängerung der U1 angestoßen wurde und im Sommer 2020 fertig gestellt sein wird. Der aktuellen Diskussion zur Gestaltung liegt stets die Frage zugrunde, wie der neue Platz sein solle und wie er *nicht* sein solle, wobei sich die unterschiedlichsten AkteurInnen in diesen Prozess eingebracht haben. Neun ExpertInnen aus Verwaltung, Planung, Politik, Zivilgesellschaft und gesetzlichen Interessensvertretungen wurden im Rahmen qualitativer Interviews befragt, um die Frage zu beantworten, welche Interessen und damit auch welche Konflikte bei diesem Umgestaltungsprozess sichtbar geworden sind. Darüber hinaus konnte anhand des empirischen Materials herausgearbeitet werden, welche Instrumente die verschiedenen AkteurInnen zur Durchsetzung ihrer

Interessen verwenden (können) und wie erfolgreich sie damit waren. Auch wenn zum Zeitpunkt des Forschungsabschlusses der konkrete Umbau des Reumannplatzes noch nicht fertig gestellt wurde, lassen sich eindeutige Aussagen über den Ausverhandlungsprozess treffen, die vom endgültigen physisch sichtbaren Ergebnis unabhängig sind. Darüber hinaus ist dem Raum aus einer wie hier gewählten handlungsorientierten Sichtweise die immerwährende Veränderung immanent. Ein genauer Blick auf die städtische Entwicklung, sei sie auch noch so kleinräumig, ist demnach auch in Zukunft unabdingbar, um erfahren zu können, für wen Stadt eigentlich (nicht) gebaut wird.

2. Theoretisch-konzeptionelle Einbettung

In diesem Kapitel soll transparent gemacht werden, auf welches Raumkonzept ich mich beziehe, um meinen Forschungszugang nachvollziehbar zu machen. Unzählige GeographInnen, PhilosophInnen, PhysikerInnen und SoziologInnen haben sich mit Fragen zu Raum beschäftigt. Innerhalb der Geographie herrscht dabei ebenso Uneinigkeit wie zwischen den Disziplinen. Mit Blick auf aktuelle Forschungsarbeiten schreibt Weichhart auf die Frage „Was aber ist *Raum*?“ „Das ist die ungelöste Grundfrage der Geographie“.² [Herv. i. O.] (WEICHHART, 2018, S. 79) Umso wichtiger sind eine klare Definition sowie die passende Wahl eines Raumkonzepts, mit denen in der vorliegenden Arbeit gearbeitet wird.

Grundlegend kann gesagt werden, dass der schlicht befüllbare physische Raum als Container in der Raumtheorie bereits seit den 1970er Jahren als überholt gilt, ignoriert er doch die Faktoren Zeit und Menschen. (vgl. KNIERBEIN, 2016, S. 42) Henri Lefebvre hat mit seiner Theorie der Produktion des Raumes die Sicht auf Raum maßgeblich verändert und bis heute ein weit verbreitetes Verständnis geprägt: „Gelebte, also konzipierte und wahrgenommene Räume“ entsprechen einem Raumverständnis als „ein durch soziale Beziehungen geprägter soziohistorischer Prozess“. (KNIERBEIN, 2016, S. 42 f.)

Für die zugrundeliegende Forschungsfrage lässt sich meiner Meinung nach am besten das Raumkonzept von Martina Löw anwenden. Ihr Konzept wird ebenfalls in Abgrenzung zum Raum als Container in Form absolutistischer Auffassung formuliert, da bei Letzterem „der Raum zur starren Folie wird, auf und vor der sich bewegtes Handeln abspielt.“ (LÖW, 2017, S. 130) Die Wahl auf ihre soziologische Konzeption fiel deshalb, weil andere Raumkonzepte

² Weichhart referiert hier auf die von Hans Carol geprägte Frage: „Was aber ist *Landschaft*? Das ist die ungelöste Frage der Geographie.“ (WEICHHART, 2018, S. 79) [Herv. i. O.]

entweder zu sehr auf die makro-ökonomische Ebene fokussiert sind, wie etwa bei David Harveys Urbanisierungstheorie (vgl. KEIL, 1987, S. 132 f.), oder aber zu streng abgegrenzt und schwer operationalisierbar sind, wie etwa die von Weichhart beschriebenen Konzepte. (vgl. WEICHHART, 2018, S. 80 ff.) Zwar würde sich auch das handlungsorientierte, relationale Raumkonzept von Benno Werlen anbieten, jedoch wird dabei Raum vor allem als Lageverhältnis verstanden. (vgl. LÖW, 2017, S. 133) Auch wenn er „als soziales Element des Konstitutionsprozesses den Akt des Raumschaffens selbst“ betont und damit einen handlungstheoretischen Ansatz beschreibt sowie auch die soziale Komponente miteinbezieht, geht er doch zu wenig weit. (ebd. S. 134) Die Gegenüberstellung von Sozial und Materiell bleibt bestehen, während Löw den „Raum selbst als menschlich und dinglich“ versteht und damit „nicht nur das Handeln, sondern der Raum selbst ein Produkt [ist]“. (ebd.)

Das Raumkonzept nach Löw bietet sich also an, weil es sich einerseits um einen handlungstheoretischen Ansatz handelt, also das Handeln von Menschen im Zentrum steht und andererseits sich auch auf die Mikroebene (wie den Reumannplatz) anwenden lässt. Darüber hinaus werden auch die strukturellen Bedingungen berücksichtigt. Raum wird als gebaut, gemacht, konstruiert begriffen, der im Kontext gesellschaftlicher Strukturen produziert wird. Raum wird also als gesellschaftliches Produkt gesehen, das abhängig von den jeweiligen Rahmenbedingungen, Strukturen, Machtverhältnissen usw. konstituiert wird. Diese Strukturen sind geprägt durch soziale Ungleichheit, denn Handlungsspielräume sind verschieden und Ressourcen sowie die verschiedenen Kapitalformen sind ungleich verteilt. Sowohl die Möglichkeit dadurch eine Akteursperspektive einnehmen zu können, als auch das Konzept „Gegenkultureller Räume“ (vgl. Löw, 2017, S. 185 ff.), also widerständiges Handeln, sind in der vorliegenden Arbeit hilfreiche Instrumente für die Analyse.

Als Ergänzung zu Löws Konzept wird Lefebvres Postulat „Recht auf Stadt“ gewählt, das die Frage, wem Stadt gehört, in den Mittelpunkt rückt und mit meiner Forschungsfrage eng verknüpft ist bzw. meiner Forschungsfrage und meinem Forschungszugang zugrunde liegt. Die entsprechende Frage könnte demnach lauten: Wer hat Recht auf den Reumannplatz? Der Raum, bzw. die Stadt, ist aus einer historisch-materialistischen Perspektive als „gesellschaftliche Wirklichkeit“ zu begreifen, die das „Ergebnis eines konkreten (materiellen) Produktionsprozesses“ darstellt. (SCHMID, 2010, S. 203) Die Produktionsverhältnisse, die Verteilung und Verfügbarkeit von Kapital spielt bei Lefebvre eine große Rolle, womit sich auch mein Fokus auf jene Interessenkonflikte erklären lässt, die sich insbesondere aus ökonomischen Fragen ergeben. Denn im Themenfeld Interessenkonflikte bei der

Umgestaltung öffentlicher Räume könnten ebenso genderspezifische Fragestellungen oder aber zielgruppenorientierte Konflikte, beispielsweise nach Alter in den Blick genommen werden, die in der vorliegenden Arbeit jedoch eher am Rande behandelt werden.

2.1 Der relationale Raum

2.1.1 Raumkonzept

Raum ist für Löw „eine relationale (An)Ordnung sozialer Güter und Lebewesen an Orten.“ [Herv. i. O.] (Löw, 2017, S. 212) „Raum kann demnach nicht der starre Behälter sein, der unabhängig von den sozialen und materiellen Verhältnissen existiert, sondern Raum und Körperwelt sind verwoben.“ (Löw, 2017, S. 131) Durch die Schreibweise (An)Ordnung wird einerseits der handlungstheoretische Ansatz sichtbar (anordnen) und andererseits die gesellschaftliche Struktur (Ordnung). (vgl. ebd.) Das „Bindeglied zwischen Handeln und Strukturen“ stellt für Löw dabei das Habitus-Konzept von Pierre Bourdieu dar, worauf in weiterer Folge noch detaillierter eingegangen wird. (ebd. S. 132)

Als soziale Güter werden in Anlehnung an Kreckel sowohl primär materielle als auch primär symbolische Güter verstanden. Zwar werden in erster Linie materielle Dinge „angeordnet“, es muss aber berücksichtigt werden, dass diese stets auch eine symbolische Komponente in sich tragen, weshalb Löw den Begriff der sozialen Güter beibehält. Räume entstehen also durch eine „relationale (An)Ordnung sozialer Güter“. (Löw, 2017, S. 153 f.) Räume werden allerdings auch durch anwesende Menschen und deren Beziehung konstituiert. Aber erst durch die Verknüpfung der Menschen mit sozialen Gütern entsteht Raum, wodurch der relationale Raumbegriff sichtbar wird. (vgl. Löw, 2017, S. 155 f.) Es geht somit gleichermaßen um die Betrachtung der Objekte sowie deren Beziehung zueinander bzw. des Beziehungsgefüges an sich. (vgl. ebd. S. 156) Damit werden nicht einzelne Objekte unabhängig voneinander wahrgenommen, sondern immer im Zusammenhang mit anderen. Darüber hinaus können mehrere Elemente zusammengefasst als Ensemble und damit als *ein* Element wahrgenommen werden. Das ist entscheidend, um Skalenverschiebungen zu ermöglichen. Je nach Perspektive kann dabei eine Stadt, ein Stadtteil, ein Platz, ein Zimmer oder aber auch ein Schrank als Raum gesehen werden. Ein soziales Gut, ein Lebewesen oder ein Ensemble verschiedener Elemente können somit Element einer Raumkonstruktion sein oder aber selbst ein Raum sein. (vgl. Löw, 2017, S. 157)

Für das Untersuchungsbeispiel bedeutet das, dass der Reumannplatz als Element des Stadtteils gesehen werden kann, selbst einen Raum darstellt und wiederum verschiedene Räume enthält.

Die Konstitution von Räumen, also das (An)ordnen und Verknüpfen von sozialen Gütern und Menschen passiert dabei „unter vorstrukturierten Bedingungen.“ (Löw, 2017, S. 158) Dies geschieht in den zwei Prozessen Spacing und Syntheseleistung, die jedoch im Normalfall stets gleichzeitig geschehen. Spacing bezeichnet dabei das „Plazieren [sic!] von sozialen Gütern und Menschen“, also „das Errichten, Bauen oder Positionieren [...] in Relation zu anderen Plazierungen [sic!].“ (ebd.) Im zweiten Prozess werden die Verknüpfungen hergestellt, die den Raum erst konstituieren: Durch eine Syntheseleistung „über Wahrnehmungs-, Vorstellungs- oder Erinnerungsprozesse[n] werden Güter und Menschen zu Räumen zusammengefaßt.“ (Löw, 2017, S. 159)

Die für die vorliegende Arbeit als relevant erscheinenden Dimensionen dieser Prozesse werden in den folgenden Kapiteln zusammengefasst.

2.1.2 Alltag, gesellschaftliche Strukturen und Habitus

Menschen handeln im Alltag meistens nach Routinen, also repetitiv, so, wie sie es gewohnt sind. Dies kann dabei bewusst (in Worte fassbar) oder unbewusst (in der praktischen Anwendung) geschehen. (vgl. Löw, 2017, S. 161) Die oben beschriebene (An)Ordnung von sozialen Gütern und Menschen ist demnach institutionalisiert, verläuft also an vergleichbaren Orten stets ähnlich, wie etwa in der Organisation von Supermärkten oder bei Abläufen in Krankenzimmern erkennbar ist. (vgl. S. 162 f.) „In regelmäßigen sozialen Praktiken werden diese institutionalisierten (An)Ordnungen im Handeln reproduziert.“ (Löw, 2017, S. 163) Mit Rückgriff auf Giddens kann gesagt werden, dass in Routinen „sowohl gesellschaftliche Institutionen reproduziert als auch das eigene Handeln habitualisiert“ werden. Institutionen sind dabei „dauerhaft in Routinen reproduzierte Gebilde.“ (ebd.) Im alltäglichen Handeln werden sie also reproduziert und damit stabilisiert. (vgl. ebd. S. 166) Strukturen sind Regeln und Ressourcen, „die rekursiv in Institutionen eingelagert sind“, wobei Regeln Sinn und Sanktionen von Handeln konstituieren und Ressourcen Medien zur Machtausübung darstellen. (Löw, 2017, S. 167) An mehreren Stellen spricht Löw von der Relevanz der Machtverhältnisse.

„Berücksichtigt werden muß, daß mit den jeweiligen Platzierungen auch Machtverhältnisse ausgehandelt werden. Macht wird dabei als eine relationale

Kategorie verstanden, die jeder Beziehung immanent ist. Je nach den in einer Beziehung und Situation zur Verfügung stehenden Machtmitteln können Handlungschancen realisiert werden.“ (Löw, 2017, S. 164)

Hier wird sichtbar, dass für Löw gesellschaftliche Strukturen für die Konstitution von Raum von zentraler Bedeutung sind, da sie unser Handeln und bestehende Institutionen maßgeblich beeinflussen. (vgl. ebd. S. 170) Löw geht davon aus, dass Strukturen Handeln ermöglichen und verhindern, aber grundsätzlich veränderbar sind. (vgl. ebd. S. 166) In Bezug auf Raum ist zu sagen, dass nicht nur die Gesellschaft Raum prägt, sondern auch „umgekehrt Räume gesellschaftliche Prozesse vorstrukturieren“. (ebd. S. 167)

Räumliche Strukturen zählen dabei u.a. neben ökonomischen, rechtlichen, politischen und zeitlichen Strukturen zu Formen der gesellschaftlichen Strukturen, die als Geflecht zusammenwirken. (vgl. ebd. S. 171 f.) Löw sieht demnach Strukturen als losgelöst von Ort und Zeitpunkt, nicht aber von Zeit und Raum. (vgl. ebd. S. 168)

Es kann also gesagt werden, „daß Räume nicht einfach nur existieren, sondern daß sie im (in der Regel repetitiven) Handeln geschaffen werden und als räumliche Strukturen, eingelagert in Institutionen, Handeln steuern.“ (Löw, 2017, S. 172)

Eine besondere Rolle spielen bei Löw die Strukturprinzipien Geschlecht und Klasse, die alles Handeln und alle Strukturen und damit jeden Bereich des Lebens durchziehen. (vgl. ebd. S. 179) Sie werden nicht nur im Handeln reproduziert, sondern sind im Körper selbst eingelagert, was eine Veränderung noch schwerer macht, als bei anderen Strukturen (vgl. ebd. S. 176) Soziale Ungleichheit und Unterdrückung sind mit ihnen eng verknüpft. (vgl. ebd. S. 188)

Auch wenn das Raumverständnis von Pierre Bourdieu kein relationales ist, spielt das Habitus-Konzept für Löw eine große Rolle. (vgl. Löw, 2017, S. 183) Er begreift die „soziale Erfahrungswelt als immanentes Moment gesellschaftlicher Selbstreproduktion“ und sieht symbolische sowie wirtschaftliche Praktiken „als Strategien in der Konkurrenz um die Position im sozialen Raum“. (ebd. S. 179 f.) Der von Bourdieu metaphorisch gemeinte soziale Raum bezeichnet eine „relationale (An)Ordnung von Menschen und Menschengruppen im permanenten Verteilungskampf, das heißt auch in permanenter Bewegung.“ (ebd. S. 181 f.) Grundlage sind gleiche bzw. unterschiedliche Verfügungsmöglichkeiten über ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, das zu einem ähnlichen bzw. verschiedenen Habitus führt. (vgl. ebd. S. 181) Diesem Raum wird der „sozial angeeignete geographische Raum“ gegenübergestellt. (ebd. S. 182) Diese „Logik eines starren Raums, in den sich soziale Prozesse einschreiben“, ist laut Löw auch in seiner vielzitierten Aussage erkennbar: „Es ist

der Habitus, der das Habitat macht.“ (Bourdieu 1991, zit. nach Löw, 2017, S. 182) Die Verfügung über verschiedene Kapitalformen bestimmen Geschmackspräferenzen, die beispielsweise die Wahl des Wohnorts je nach Einkommen beeinflussen, womit wiederum die Klassenstrukturen reproduziert werden. (Löw, 2017, S. 182) Auch weil diese sozialen Strukturen in den physischen Raum eingelagert sind, lassen sie sich recht schwer verändern: „Man müsse dazu Häuser abreißen, Stadtteile umgestalten, oder Menschen müssten umziehen und sich von gewohnten Umgebungen trennen.“ (ebd. S. 183)

Es lässt sich bereits vermuten, dass soziale Ungleichheit bei Löw für das Verständnis von Raumkonstitution eine zentrale Rolle spielt, die auch für meine Arbeit als relevant erachtet wird. Auf die symbolischen und materiellen Faktoren sowie die Rolle der Wahrnehmung als weitere Dimensionen bei Löw, wird nicht im Detail eingegangen, da sie bei der vorliegenden Forschung nicht berücksichtigt worden sind.

Von sozialer Ungleichheit spricht Löw, wenn Personen oder Personengruppen aufgrund von Geschlecht, Klasse, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, sexuelle Präferenzen, mentale oder körperliche Möglichkeiten usw. „dauerhaft benachteiligt oder begünstigt werden.“ (Löw, 2017, S. 210) Sie bezieht sich dabei auf Kreckel, für den diese Ungleichheit auf zwei Ebenen angesiedelt sein kann: einerseits aufgrund asymmetrischer Beziehungen zwischen Menschen (relationale Ebene) und andererseits aufgrund ungleich verteilter Güter (distributive Ebene). Bei ersterem kann entweder die hierarchische Ordnung (nach Rang) oder aber selektive Assoziation, also Zugehörigkeit ausschlaggebend sein. Bei der Verteilung von Gütern kann zwischen Reichtum, also Zugang zu „primär materiellen Produkten und Bedingungen“ und Wissen, also Zugang zur „primär symbolischen Kultur“ unterschieden werden. (Löw, 2017, S. 211) Die drei Kapitalformen von Bourdieu, soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital, sind hier ebenso enthalten, wobei bei sozialem Kapital zwischen den Formen Rang und Zugehörigkeit differenziert wird. Es ist daher naheliegend, dass Raumkonstitutionen, als (An)Ordnung Inklusions- und Exklusionseffekte aufweisen und Räume „daher oft ‚Gegenstände‘ sozialer Auseinandersetzungen“ sind. (ebd. S. 217 f.) Verfügungsmöglichkeiten über materielle und symbolische Güter „sind daher ausschlaggebend, um (An)Ordnungen durchsetzen zu können, so wie umgekehrt die Verfügungsmöglichkeit über Räume zur Ressource werden kann.“ (Löw, 2017, S. 218) Letzteres wird beispielsweise bei Privatisierung von öffentlichem Raum bzw. Boden sichtbar. (vgl. ebd. S. 217) Je nach dauerhafter Verfügbarkeit von sozialen Gütern, breiterem Wissen, sozialer Position und Zugehörigkeit können Räume unterschiedlich stark in ihrer Konstitution

beeinflusst werden. (vgl. ebd. S. 214) Es ist naheliegend, dass auch soziale Ungleichheit entlang gesellschaftlicher Strukturen verläuft und sich demnach in der Analyse von Raumkonstitutionen erkennen lässt. In diesen Zusammenhang lässt sich auch Walter Siebels Aussage einordnen, der sich umfassend mit der Analyse europäischer Städte beschäftigte, dass Städte nicht nur Hoffnung auf ein besseres Leben vermitteln können, sondern sie auch „weithin sichtbare Bühnen der Ungleichheit“ darstellen und die „Stadt als Ort der Ausgrenzung“ gesehen werden kann. (SIEBEL, 2004, S. 25)

Das von Löw beschriebene eng verstrickte Geflecht aus gesellschaftlichen Strukturen, Institutionen, menschlichen Handeln und Konstituieren von Raum zeigt die Komplexität und die politische Relevanz der Thematik auf, aber impliziert auch die Frage nach Veränderung, der im nächsten Kapitel nachgegangen werden soll.

2.1.3 Gegenkulturelle Räume

Wie können nun Veränderung und Abweichung, also neue Routinen oder variierende Handlungen stattfinden? Löw entwirft dazu das Konzept gegenkultureller Räume, welche flüchtig sein oder aber eigene Institutionen schaffen können. Gründe dafür, warum Menschen bewusst anders handeln, können die Einsicht in die Notwendigkeit einer Veränderung sein, körperliches Begehren, Handlungsweisen anderer oder Fremdheit, also neue, unbekannte Situationen sein. (vgl. Löw, 2017, S. 184 f.) „Gegenkulturell“ bezeichnet das „gegen institutionalisierte (An)Ordnungen gerichtete Handeln“, wodurch einmalig oder regelmäßig gegenkulturelle Räume konstituiert werden. (ebd. S. 185) Interessant ist, dass dieses widerständige Handeln insbesondere bei Frauen sowie Männern aus der Arbeiterklasse zu beobachten ist. (vgl. ebd. S. 186) Je nachdem welche Strukturen aufgebrochen werden (sollen), gelingt Veränderung unterschiedlich leicht. Wenn Strukturen Begehren prägen, im eigenen Körper verankert sind und mit Unterdrückung einhergehen, wie etwa bei den weiter oben angesprochenen Strukturprinzipien Geschlecht und Klasse, ist „die bewußte und absichtsvolle Reflexivität für Veränderungen“ besonders entscheidend, „die dann jedoch in ihren Strategien auch die Körper erfassen müssen, um habituelle Wandlungen zu ermöglichen.“ (ebd. S. 187) Individuelles Umlernen ist nur möglich, wenn erstens „Einsicht in die Unterdrückung“ besteht und zweitens „organisierte Reflexivität“ zustande kommt. (ebd. S. 188) „Erst in langwierigen gesellschaftlichen Prozessen werden Strukturveränderungen denkbar.“ (ebd.) Gesellschaftliche Strukturen sind jedoch leichter zu verändern, da sie nicht habitualisiert sind und damit nicht im eigenen Körper verankert sind, auch wenn Strukturen und Institutionen durch kollektive Praktiken aufrechterhalten werden und sich deshalb ebenfalls lange halten können. (vgl.

ebd.) Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Veränderungen zwar möglich, aber schwierig zu erreichen sind, weil gesellschaftliche Strukturen durch kollektive Praktiken und Institutionen stets aufrechterhalten werden und sich so lange halten können. Besonders schwierig wird es, wenn sich Strukturen durch alle Lebensbereiche und den Körper selbst ziehen.

2.2 Recht auf Stadt

Lefebvres zentrale These, Raum als gesellschaftliches Produkt zu sehen, der produzierte Raum also analysierbar ist, weil er als von den Menschen gemachte „zweite Natur“ zu sehen ist, stellt zwar einen Meilenstein in der Geschichte der Raumtheorien dar (vgl. SCHMID, 2010, S. 30), wird hier jedoch nicht im Detail erörtert, da es sich um eine komplexe Theorie zur Produktion des Raumes handelt und in der vorliegenden Arbeit keine Anwendung findet. Jedoch soll auf Lefebvres Sichtweise und Fragestellung eingegangen werden, wem Stadt gehört. Das von Henri Lefebvre bereits 1968 formulierte Postulat „Recht auf Stadt“ ist bis heute aktuell und findet in vielen verschiedenen Kontexten Anwendung. Christoph Schäfer schreibt im Vorwort zur deutschen Ausgabe des Werkes, dass diese hier formulierten Ideen „derzeit erstaunlich viel Wirkung [haben], sind Kampfruf und Slogan, beflügeln Diskussionen.“ (SCHÄFER, 2016, S. 7) Schäfer begründet das stete Interesse mit der Aktualität des Themas: „Die Situation in den Städten hat sich zugespitzt, der Verwertungsdruck nimmt zu, die Warenform erfasst das ganze Leben – und vielfältige widerständige Praxen treten dem entgegen.“ (ebd. S. 7 f.) Trotzdem muss man sein Werk im historischen Kontext sehen und zwar als in den 1960er Jahren in Frankreich und Deutschland riesige Großwohnsiedlungen gebaut wurden und die Stadtplanung von einer „Trennung in funktionale Zonen und Klassen“ geprägt war. (ebd. S. 15 f.) Die Unzufriedenheit mit den „gesellschaftlichen Auswirkungen des Urbanisierungsprozesses und des funktionalistischen Städtebaues“ nahm zu und mündete in verschiedenen Formen des Protests. (SCHMID, 2010, S. 69) Der Geograph und Ökonom David Harvey, der sich umfassend mit Lefebvres Schriften beschäftigte, schreibt, dass diese Veränderungen ohne demokratische Mitbestimmung „bloß dazu dienten, ein von Klassenprivilegien und Herrschaft geprägtes Verhältnis in die physische Stadtlandschaft einzugravieren.“ (HARVEY, 2014, S. 18) Für Lefebvre sind „[d]er alte, klassische Humanismus“ und damit auch Ansätze wie „[i]m menschlichen Maßstab“ zu bauen, nicht mehr vorhanden. Drastisch schreibt er: „Dieser alte Humanismus ist in den Weltkriegen, während des Bevölkerungsschubs, der auf große Gemetzel folgt, vor den brutalen Erfordernissen des Wachstums und der wirtschaftlichen Konkurrenz und unter dem Druck schlecht beherrschter Techniken gestorben.“ (LEFEBVRE, 2016, S. 151) Als marxistischer

Theoretiker schreibt er klar über die Stadt und seine Erneuerung: „Das soll nicht heißen, dass die Arbeiterklasse allein die städtische Gesellschaft ausmachen wird, sondern dass ohne sie nichts möglich ist.“ (LEFEBVRE, 2016, S. 160) Als Widerspruch zwischen „den Realitäten der Gesellschaft und den zivilisatorischen Fakten“ nennt er eine Reihe von Rechten, die durchgesetzt wurden: Kinderrechte, Frauenrechte, das Recht auf Arbeit, Bildung, Wohnen usw., auch wenn sie noch nicht vollständig in Gesetze Eingang gefunden haben. (LEFEBVRE, 2016, S. 164) Auch das Recht auf Natur wird genannt, das nach Lefebvre folgende Entwicklung widerspiegelt: „Die Natur geht in den Tauschwert und die Ware ein, sie lässt sich kaufen und verkaufen.“ Doch „[d]er Anspruch auf Natur, das Bedürfnis zu genießen, lenken vom Recht auf Stadt ab.“ (LEFEBVRE, 2016, S. 165) Damit ist das „*Recht auf das städtische Leben* in verwandelter, erneuerter Form“ gemeint [Herv. i. O.] (LEFEBVRE, 2016, S. 166) oder, wie es Schmid zusammenfasst, „das Recht, nicht aus der Stadt in die Vorstädte vertrieben zu werden, das Recht auf Zugang zu den Möglichkeiten und Chancen der Stadt, das Recht auf eine erneuerte Urbanität.“ (SCHMID, 2010, S. 11) Das „Urbane“ wird dabei als Ort der Begegnung gesehen, das verwirklicht wird, indem gegenüber dem Tauschwert dem Gebrauchswert Vorrang eingeräumt wird. „Nur die Arbeiterklasse kann Akteur, Träger oder soziale Stütze dieser Verwirklichung werden“, da sie „die Interessen der Gesamtgesellschaft, allen voran derer, die *wohnen*“, vertritt. [Herv. i. O.] (LEFEBVRE, 2016, S. 166) Damit sind all jene gemeint, die nicht zwischen mehreren Wohnorten wählen können: die Jugend, Studierende, Intellektuelle, ArbeiterInnen usw. Kurz jener, „der von seiner Wohnung zum nahe oder entfernt gelegenen Bahnhof, zur überfüllten Metro, ins Büro oder in die Fabrik hetzt, der abends denselben Weg zurücklegt und nach Hause zurückkehrt, um wieder zu Kräften zu kommen und am nächsten Tag erneut von vorn anzufangen.“ (LEFEBVRE, 2016, S. 166 f.) Im Gegensatz dazu stehen jene, die nicht mehr wohnen, sondern „von einem Palast oder Schloss zum nächsten [ziehen]; [...] sie besitzen die Natur und lassen die Handlanger die Kultur herstellen.“ (ebd.) Diese Sichtweise übernimmt Harvey:

„Erst wenn sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass diejenigen, die das städtische Leben aufbauen und aufrechterhalten, einen primären Anspruch auf das haben, was sie produzieren, und dass sie unter anderem das nichtentfremdete Recht darauf beanspruchen, die Stadt stärker nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten, werden wir zu einer sinnvollen Politik des Urbanen gelangen.“ (HARVEY, 2014, S. 20)

Auch Harvey versteht unter dem Recht auf Stadt ein kollektives Recht, also die „Ausübung einer kollektiven Macht über die Urbanisierungsprozesse.“ (HARVEY, 2014, S. 28) Im Gegensatz dazu sind die weit verbreiteten und gut geschützten Menschenrechte meistens „individualistisch und eigentumsbezogen und stellen daher weder die hegemoniale

(neo)liberale Marktlogik noch die neoliberalen Formen der Rechtmäßigkeit und des staatlichen Handelns infrage.“ (ebd. S. 27) Mit Recht auf Stadt ist das Recht gemeint, „die Stadt nach unseren eigenen Wünschen zu verändern und neu zu erfinden“, „eins der kostbarsten und dennoch am meisten vernachlässigsten unserer Menschenrechte.“ (ebd. S. 28) Vor dem Hintergrund „der immensen Konzentration von Wohlstand, Privilegien und Konsumgütern in nahezu allen Städten der Erde“ bedeutet das Recht auf Stadt „radikal die Macht einzufordern, Urbanisierungsprozesse zu gestalten und mitzuentcheiden, wenn es darum geht, auf welche Art und Weise unsere Städte erschaffen und erneuert werden sollen.“ (HARVEY, 2014, S. 29) Diese Sichtweise auf die Gesellschaft entspricht dem Zugang der kritischen Stadtforschung, bei der „die Stadt als Ausprägung unterschiedlicher Formationen des Kapitalismus mit all seinen Sollbruchstellen und gesellschaftlichen Widrigkeiten“ untersucht wird. (KNIERBEIN, 2016, S. 43) Die Interessen der ArbeiterInnen stehen demnach im Widerspruch zu den „Profitinteressen der Bauindustrie und GrundeigentümerInnen“, wobei Konflikte u.a. bei „Widerstand gegen überhöhte Mieten [...], über die Ablehnung von Stadterneuerungsprojekten bis hin zu Initiativen für einen besseren Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen oder Fragen der Lebensqualität“ sichtbar werden. (WIEGAND, 2016, S. 237) Angemerkt sei an dieser Stelle, dass (städtische) Konflikte auch innerhalb einer Klasse auftreten können. So setzen sich manchmal VertreterInnen der Bourgeoisie – entgegen der Interessen der GrundeigentümerInnen - für leistbares Wohnen ein, „um steigende Lohnforderungen zu verhindern“ oder aber Teile der ArbeiterInnenklasse setzen sich für vermehrte Bautätigkeiten ein. (WIEGAND, 2016, S. 238)

Interessant ist dabei die Rolle, die StadtplanerInnen zugeschrieben wird. Sie tragen laut Harvey zur sozialen Reproduktion des Systems bei, indem sie bei der Produktion, Instandhaltung und beim Management von der gebauten Umwelt ein Instrument in die Hand bekommen, das ihnen die Möglichkeit gibt, „to intervene in order to stabilize, to create the conditions for ‚balanced growth‘, to contain civil strife and factional struggles by repression, cooptation, or intergration.“ (HARVEY, 1985, S. 175 f.) Wiegand spricht deshalb von „gesellschaftsstabilisierenden Funktionen“, die von diesen AkteurInnen erfüllt werden. (WIEGAND, 2016, S. 243) Die RaumplanerInnen haben dafür nicht nur die notwendigen Kenntnisse über die AkteurInnen, Zusammenhänge, Konflikte und Probleme bei Urbanisierungsprozessen, sondern auch die Fähigkeit, die „beste“ Lösung zur Zufriedenheit möglichst vieler AkteurInnen zu erreichen. (HARVEY, 1985, S. 176) Harvey zufolge zeigt sich das in der ideologischen Vorstellung sozialer Harmonie, die der Stadtplanung zugrunde liegt und zu ihrer verhältnismäßig progressiven Ausrichtung führt. (vgl. ebd. S. 177) Denn

dieses Leitbild bringt die/den PlanerIn immer „in the role of ‚righter of wrongs‘, ‚corrector of imbalances‘, and ‚defender of the public interest‘.“ (ebd.)

Es wird sich in der vorliegenden Arbeit zeigen, dass nicht nur das Leitbild der Wiener Stadtplanung dieser Analyse zugeordnet werden kann, sondern auch der Zugang der Planungsinstitutionen bei der Umgestaltung des Reumannplatzes.

3. Öffentlichkeit und Öffentlicher Raum

Nachdem dargelegt wurde, welches Raumkonzept dieser Arbeit zugrunde liegt, soll in diesem Kapitel der Frage nach Öffentlichkeit und öffentlichem Raum nachgegangen werden. Beides sind Begriffe, die sich historisch gewandelt haben, aber auch äußerst unterschiedlich gebraucht werden. Um transparent zu machen, wovon die Rede ist sowie um die Relevanz und Entwicklung öffentlicher Räume in städtischen Gefügen aufzuzeigen, wird zuerst ein geschichtlicher Streifzug unternommen und anschließend den verschiedenen Begriffsbestimmungen nachgegangen. Dabei sind die Diskussionen über die Dichotomie öffentlich versus privat sowie die Frage nach den Funktionen öffentlicher Räume zentral. Zuletzt wird untersucht, welche Rolle die Wiener Stadtplanung für den öffentlichen Raum und speziell für das Untersuchungsbeispiel einnimmt.

3.1 Das Öffentliche am öffentlichen Raum

Öffentlichkeit und damit zusammenhängend auch der öffentliche Raum im weitesten Sinne, werden schon seit Jahrhunderten diskutiert. Ihre Bedeutung ist kaum umstritten – stellt die Öffentlichkeit doch einen zentralen Aspekt menschlichen Zusammenlebens, insbesondere in städtischen Gefügen dar. Doch wird der Begriff oftmals verklärt und idealisiert gebraucht, ohne zu berücksichtigen, dass der allen zugängliche öffentliche Raum historisch gesehen keineswegs der Normalfall war. Deshalb ist es sinnvoll, einen kritischen Blick auf die Entwicklung der öffentlichen Räume zu werfen, die in der Literatur auch als ein zentrales Element europäischer Städte und der damit verbundenen urbanen Lebensweise beschrieben werden. (vgl. SIEBEL, 2004, S. 14 f.) Denn „[d]er öffentliche Raum als jederzeit für Jedermann zugänglicher Raum hat ebenfalls noch nie in irgendeiner Stadt existiert. Er ist immer auch exklusiver Raum.“ (ebd. S. 27) Wurden im 19. Jahrhundert Frauen und das Proletariat ausgeschlossen, sind es heute „Obdachlose, Drogenabhängige und Gruppen ausländisch wirkender männlicher Jugendlicher.“ (ebd.) Auch Wehrheim schreibt dazu: „Diskussionen über öffentlichen Raum sind in der Regel europäische Diskussionen“, bei

denen Rückbezüge und Idealisierungen der griechischen Agora oder „Bilder der europäischen Stadt des 19. Jahrhunderts“ häufig vorkommen. (WEHRHEIM, 2011, S. 163) Bestimmte Gruppen waren immer aus dieser Öffentlichkeit ausgeschlossen, wobei es je nach historischen und kulturellen Kontexten sowie den jeweiligen Herrschaftsverhältnissen verschiedene Menschen traf. (WEHRHEIM, 2011, S. 163) Schroer spricht ebenso von einer „Verklärung der öffentlichen Räume“, denn „Frauen beispielsweise ist der Zugang zu öffentlichen Räumen immer wieder verwehrt worden, sodass die Vorstellung von einer für jeden zugänglichen Öffentlichkeit einer männlichen Wahrnehmung entspringt [...]“. (SCHROER, 2006, S. 234) In der Öffentlichkeit, seiner aktuellen Bedeutung und materiell gebauten Struktur, lässt sich demnach ablesen, „wie Gesellschaft organisiert ist.“ (WEHRHEIM, 2011, S. 163)

Beschäftigt man sich mit öffentlichen Räumen, stößt man unweigerlich auf Rückbezüge aus Soziologie und Philosophie. Nicht nur Richard Sennett³ und Jürgen Habermas⁴, sondern auch Max Weber, Hannah Arendt, Oskar Negt, Alexander Kluge u.a. haben sich mit Öffentlichkeit beschäftigt, auch wenn sie sie meist in einem breiteren Kontext betrachteten und nicht auf die geographisch-räumliche Ebene beziehen. (vgl. SELLE, 2003, S. 26 f.) Nach einigen dieser philosophischen oder soziologischen Definitionen hängt Öffentlichkeit nur zum Teil mit öffentlichen Räumen zusammen. Es kann in privaten Räumen genauso Öffentlichkeit entstehen, wie umgekehrt öffentliche Räume zu privaten werden können. (vgl. SELLE, 2003, S. 27)

In der vorliegenden Arbeit wird davon ausgegangen, dass Öffentlichkeit dort entsteht, „wo auf Basis einer unvollständigen Integration durch spezifische Stilisierungen des Verhaltens, unterstützt durch Formungen der räumlichen Umwelt, dennoch Kommunikation und Arrangements zustande kommen“. (Bahrtdt 1989, zit. nach WEHRHEIM, 2011, S. 177 f.) Es ist somit ein Ort, an dem vor dem Hintergrund räumlicher Gegebenheiten bestimmtes Verhalten und damit Aufeinandertreffen zwischen Unbekannten ermöglicht wird. Hans Paul Bahrtdt stellt der Öffentlichkeit die private Sphäre gegenüber, bei der vollständige Integration herrscht, also ein freier Raum, in dem Emotionen und Intimität ausgelebt werden können und sich das Individuum frei entfalten kann. (vgl. SELLE, 2003, S. 25) Die „unvollständige Integration“ (BAHRDT, 1972, S. 112) im städtischen öffentlichen Raum ist also durch „ein Überwiegen von Anonymität und durch das Offensein für eine beliebige Mischung von Funktionen heterogener Art gekennzeichnet, also auch durch die Freiheit der Individuen zu

³ Siehe SENNETT, Richard (2013): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens: die Tyrannei der Intimität. Berlin: Berlin Verlag.

⁴ Siehe HABERMAS, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Kontaktaufnahme und Distanz.“ (ebd. S. 114) Demnach ist Fremdheit ein zentraler Aspekt im urbanen Raum und impliziert für öffentliche Räume die prinzipielle Zugänglichkeit aller, auch wenn die konkrete Ausgestaltung und eventuelle Restriktionen unterschiedlich sein mögen. (vgl. SELLE, 2003, S. 26) Außerdem ist es wichtig zu betonen, dass zwischen den beiden Sphären Übergänge bestehen und sie sich nicht hermetisch voneinander trennen lassen. (vgl. ebd.)

Wehrheim verweist in diesem Zusammenhang auf den Widerspruch, der Bahrds Beschreibung von Öffentlichkeit immanent ist, nämlich der Öffentlichkeit als „Ort des Fremden und als Ort (politischer) Teilhabe und Demokratie“. (WEHRHEIM, 2011, S. 178) Wenn zur Öffentlichkeitskultur „die Begegnung mit dem Fremden, mit unbekannten Menschen und Dingen“ gehört (SALDERN, 2003, S. 103) ergibt sich jedoch daraus, dass auf urbanen öffentlichen Plätzen, die sich durch allgemeine Zugänglichkeit und Aufeinandertreffen von Fremden auszeichnen, die Kommunikation hauptsächlich dazu dient,

„Distanz zu halten: zu kommunizieren, dass man nicht weiter kommunizieren möchte. Kommunikation zielt also gerade nicht auf Verständigung und Austausch bzw. nur soweit, wie es zur rudimentärsten Bewältigung städtischer Situation notwendig ist.“ (WEHRHEIM, 2011, S. 178)

Dies ist insofern für die folgende Arbeit relevant, als dass es die Grenzen der Öffentlichkeit als solche aufzeigt und die idealisierte und teilweise romantisierete Vorstellung von Öffentlichkeit im öffentlichen Raum hinterfragt. Nichtsdestotrotz ist die Relevanz für gesellschaftliche Entwicklungen unbestritten, da er ein zentraler Ort des Austausches und damit politischer Auseinandersetzung und gesellschaftlicher Teilhabe ist.

3.2 Historische Entwicklungen

3.2.1 Öffentlichkeit(en) im Wandel

Mir scheint es relevant, auf beispielhafte historische Veränderungen von Öffentlichkeit einzugehen, da dadurch die besonders wichtige Rolle von öffentlichem Raum innerhalb einer Demokratie und gesellschaftlicher Entwicklungen sichtbar wird. Herlyn bezieht sich auf Schäfers, wenn er schreibt, dass der öffentliche Raum eine Voraussetzung für Demokratie darstellt, da es um die „freie Zugänglichkeit zu Informationen“ (HERLYN, 2006, S. 121) geht und städtische Öffentlichkeit Orte braucht

„für den Austausch von Waren und Gütern aller Art, aber auch von Information und Kommunikation; [...] für Repräsentation und Darstellung der verschiedenen sozialen Gruppen, aber auch der Individuen, um die Komplexität der Lebenswelten und ihrer

Lebensformen anschaulich zu machen; [...] an denen kulturelle und soziale Widersprüche deutlich werden und zur Sprache kommen können.“ (Schäfers 2001, zit. nach HERLYN, 2006, S. 121)

Eine historische Analyse zeige, dass eine demokratische Kultur öffentliche Kommunikationsmittel sowie einem Repräsentationssystem und politische Parteien für ihr Bestehen benötigt. (vgl. HERLYN, 2006, S. 123)

Das räumlich-soziale Beziehungsgefüge hat sich historisch auf verschiedenen Ebenen immer wieder verändert und ging mit den jeweiligen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen oder auch hygienisch-medizinischen Veränderungen und Entwicklungen einher. (vgl. BERNHARDT u. a., 2005, S. 10) Die kategorische Trennung von repräsentativer und politischer Öffentlichkeit nach Habermas ist für das Verständnis der Entwicklung dabei sehr hilfreich. Während die politische Öffentlichkeit im öffentlichen Raum jahrzehntelang „behindert, eingeschränkt oder unterdrückt“ wurde, wird in demokratischen Rechtsstaaten die politische Öffentlichkeit mit „öffentlicher Meinungsbildung“ bzw. dem öffentlichen Diskurs in Verbindung gebracht, mit einer neuen Öffentlichkeit, der „Publizität der Gesetzgebung und der Rechtsprechung“, mit der Verfassung, der Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit. (BERNHARDT u. a., 2005, S. 11) Mit der Französischen Revolution wurde erstmals tiefgreifend nicht nur der öffentliche Raum erobert, sondern auch eine neue Vorstellung von politischer Öffentlichkeit durchgesetzt, wobei dies in Deutschland oder Österreich erst über 100 Jahre später mit der Einführung der Demokratie gelang und auch im 20. Jahrhundert erneut „schwere Rückschläge erlebte“. (ebd. S. 12) Dieses Verständnis politischer Öffentlichkeit stellt in jedem Fall ein „zentrale[s] Anliegen der Aufklärung und grundlegende[s] Strukturprinzip moderner Demokratien“ dar. (HARLANDER & KUHN, 2005, S. 227)

Die repräsentative Öffentlichkeit war in der Zeit des Absolutismus besonders sichtbar, denn sie entsprach der „öffentliche[n] Darstellung der ‚höheren Gewalt‘“ gegenüber dem Volk. Hofarchitekten schafften den repräsentativen Rahmen, in dem das beeindruckte Volk – entkoppelt vom Alltag – den Kaiser bejubelt und seine Loyalität ausdrückt. (BERNHARDT u. a., 2005, S. 12) An festgelegten Tagen zu bestimmten Anlässen wie Geburten oder Siegen, werden aufwändige Riten zur Selbstdarstellung durchgeführt. Mit Napoleon I. bleibt die „repräsentative Öffentlichkeit“ erhalten, beinhaltet jedoch nicht (mehr) eine von Gottesgnaden hergeleitete Macht, sondern wird als vom Heer ausgehend dargestellt. (vgl. ebd.) Neben Militärparaden wird auch das Bürgertum in der Öffentlichkeit mit Orden und ihrem Reichtum gezeigt, das dadurch seine Loyalität zum Ausdruck brachte. Teilweise bis in die 1880er Jahre empfand es ein Städtebauer oder Architekt „unter seiner Würde [...] sich um

den Wohnungsbau der ‚kleinen Leute‘ und dem ihm zugeordneten öffentlichen Raum zu kümmern.“ (BERNHARDT u. a., 2005, S. 12) In Wien wird mit dem Ringstraßenbau ab 1857 der Repräsentation der kaiserlich-militärischen Regimes viel Raum zugesprochen, während leistbarer Wohnraum sowie Plätze und Gärten für „das Volk“ vernachlässigt wurden. (vgl. PETZ, 2005, S. 107) Eine Änderung ist erst um 1890 zu beobachten, als der öffentliche Raum in Kombination mit Wohnbau ein eigener Aufgabenbereich wurde und mit Attributen der Brauchbarkeit, der Funktionalität und der Hygiene der bürgerliche öffentliche Raum geschaffen wurde.(vgl. BERNHARDT u. a., 2005, S. 12 f.)

Mit dem Nationalsozialismus kam die „völlige Entdifferenzierung der Öffentlichkeit im öffentlichen Raum“. (BERNHARDT u. a., 2005, S. 13) Dem öffentlichen Raum wird dabei eine „kultische Rolle“ mit einer „Suggestivkraft“ zugesprochen, „der sich kein Teilnehmer oder Zuschauer entziehen könne und die sich magisch auswirke auf deren innere Einstellung und ihr Verhalten: Zustimmung, Gehorsam Jubel.“ (ebd.) Er ist somit als repressives Element zu sehen, kritische Öffentlichkeit wurde unterdrückt, freie Meinungsäußerung und öffentlicher Diskurs im öffentlichen Raum verboten. (vgl. ebd. S. 14)

Bernhardt u.a. schreiben über die Gestaltung des öffentlichen Raumes: „Die Wertschätzung war stets besonders hoch in Zeiten autokratischer oder totalitärer Herrschaft.“ (BERNHARDT u. a., 2005, S. 11)

Eine weitere Dimension der Öffentlichkeit sind die verschiedenen Formen je nach Klassenzugehörigkeit, die sich insbesondere mit der industriellen Revolution herausgebildet haben. Während das Bürgertum mit seinen eigenen öffentlichen Räumen, seinen Vereinigungen, Bildungseinrichtungen, Medien und Parlamenten seine eigene „bürgerliche Öffentlichkeitskultur“ hatte, galt für die proletarische Klasse ein Versammlungs- und Redeverbot. In Parlamenten waren sie nicht oder unterrepräsentiert, eigene Druckwerke wurden verhindert und Analphabetismus erschwerte die Organisation. Sie haben sich in Parteien und Vereinen organisiert und trugen ihren Protest auf die Straße oder aufgrund von Repressionen oftmals ins Private oder Halb-Öffentliche wie Lokale oder Hinterhöfe. Beide Formen der Öffentlichkeit kamen kaum in Berührung, waren aber gleichermaßen Realität der Bevölkerung. (vgl. ebd. S. 14 f.) Bernhardt u.a. schreiben darüber hinaus über eine weitere Differenzierung von Öffentlichkeit hinsichtlich verschiedener Begegnungsformen, worauf aber nicht näher eingegangen wird, da diese Unterscheidung für die vorliegende Arbeit keine Relevanz aufweist. (vgl. ebd. S. 16 f.)

Auch heute wandelt sich die Beziehung zwischen dem öffentlichen Raum und städtischer Öffentlichkeit. Und auch heute wird der repräsentative öffentliche Raum „immer wieder gezielt inszeniert“, meistens im Sinne herrschaftlicher Interessen, die durch die materielle und symbolische Gestaltung wie etwa Straßennamen, Denkmäler, Skulpturen oder prominente Gebäude sichtbar wird. (BERNHARDT u. a., 2005, S. 20) Ein Beispiel für die aktuelle Inszenierung des öffentlichen Raumes ist das „Stadtmarketing bis hin zur ‚Eventkultur‘“. (ebd. S. 21) Es geht dabei mit den Worten Hanischs um die „semiotische Beherrschung“ des öffentlichen Raumes und seiner NutzerInnen, auch wenn in der Praxis mehrere Codes und Deutungen den Ort, bzw. den Raum überlagern können. (vgl. ebd. S. 21) Diese Facette des öffentlichen Raumes wird immer wichtiger, mediale Gestaltung und Verwertung bieten immer mehr Möglichkeiten zur Imagebildung und Inwertsetzung der Stadt oder von Stadtteilen. (vgl. ebd.)

3.2.2 Der öffentliche Raum im Wandel

Auch der öffentliche Raum unterliegt hinsichtlich seiner Nutzung sowie seiner Relevanz in der Stadtplanung wesentlicher Veränderungen. Obwohl es öffentliche Räume bereits in der Antike gab, ist der Begriff „öffentlicher Raum“, übertragen aus dem englischen „Public Space“ erst seit 1950 gebräuchlich. Bis dahin wurde eher „öffentlich“ als Adjektiv den entsprechenden Begriffen (Straßen, Plätze, Anlagen...) vorangestellt. (REICHER & KEMME, 2009, S. 12) In der Literatur wird je nach Perspektive und Forschungshintergrund u.a. eher von öffentlicher Fläche, dem physisch-materiellen Raum, öffentlicher Räume im Plural oder dem öffentlich nutzbaren Raum gesprochen. (vgl. SELLE, 2003, S. 27 ff.)

Von öffentlicher Fläche zu sprechen erweist sich als wenig praktikabel, weil es nicht nur „um Nutzungsmuster in der Fläche oder an die Fläche gebundene Rechte etc.“ geht, sondern auch um Strukturen und Aktivitäten im Raum. (SELLE, 2003, S. 29) Hinzu kommt, dass es sich dabei nicht einfach um den physischen Raum handelt, sondern dieser wiederum ein Produkt gesellschaftlicher Prozesse ist, wie auch unter Kapitel 2.1 erläutert wurde. Blenden VertreterInnen aus Architektur oder Stadt- und Raumplanung die sozialen Komponenten aus, um sich auf den gestaltbaren, physikalischen Raum zu fokussieren, geht ihnen ein zentraler Aspekt, der den öffentlichen Raum bestimmt und von ihm bestimmt wird, verloren. (vgl. SELLE, 2003, S. 30) Dieser Zusammenhang von gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen kann auch historisch nachgezeichnet werden.

Zu Zeiten des Absolutismus war der öffentliche Raum im Normalfall wenig reguliert. Er wurde als Platz für vielfältige Nutzungen gebraucht, ohne strikter Vorgaben bezüglich

Verkauf, Darbietungen, militärischer Aufmärsche, Verkehrsregelungen etc. (vgl. BERNHARDT u. a., 2005, S. 18) Auch Selle schreibt, dass öffentlicher Raum gar „unverzichtbar“ für das Alltagsleben war, da es für viele Menschen oft nicht möglich war, sich im Haus aufzuhalten und die vielfältigen Nutzungen im Freien stattfanden: „[E]s wurde hier auch produziert, ver- und gekauft: Die Handwerker stellten dort ihre Werkbänke auf, die Händler ihre Stände, Feste, Feiern, Prozessionen – alles fand seinen Ort auf Straßen und Plätzen.“ (SELLE, 2008, S. 7) Dies traf allerdings nicht auf repräsentative Plätze zu, die für alltägliche Nutzungen nicht zur Verfügung standen. Darüber hinaus wurden bestimmte Handwerke und arme Menschen oftmals in bestimmte Straßen, an den Stadtrand oder ganz aus der Stadt gedrängt. (vgl. BERNHARDT u. a., 2005, S. 19) Mit dem Anstieg der Bevölkerung, des Verkehrs und des Handels änderte sich diese Situation. Insbesondere seit den 1830er Jahren wurde dem Verkehr mehr Platz eingeräumt und eine funktionale Trennung hinsichtlich der Verkehrsarten auf Straßen eingeführt. Um 1850 entstanden die ersten Plätze für das Bürgertum wie Kirchplätze oder Gartenplätze. Diese waren durch eine monofunktionale Nutzung geprägt und der bürgerlichen Schicht vorbehalten, während andere Nutzungen oder Bevölkerungsgruppen u.a. durch die Gestaltung ausgeschlossen waren. (vgl. ebd.) „Der öffentliche Raum, wie wir ihn heute kennen, ist eine ‚Erfindung‘ des 19. Jahrhunderts“, weil erstmals öffentliche Parks und Plätze angelegt wurden. (REICHER & KEMME, 2009, S. 12)

Reicher und Kemme argumentieren, dass sich im Zuge der Industrialisierung die Gesellschaft und damit auch die Städte grundlegend änderten. „Die Planer gaben den Städten ein neues Aussehen, indem sie sich den Rationalitäten von Mobilität und Ökonomie anpassten [...]“. (REICHER & KEMME, 2009, S. 12) Mit Camillo Sittes Werk 1889 „Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“ wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert eine konträre Haltung formuliert, die die damaligen Leitlinien im Städtebau im Kontext der Industrialisierung und Urbanisierung als „monoton und maßstäblich inhuman“ bezeichnete und stattdessen mehr Aufmerksamkeit für die Facetten der Wahrnehmung, der Perspektive sowie der Proportion forderte. (REICHER & KEMME, 2009, S. 12) Der Städtebau sollte demnach „einem beschaulichen bürgerlich-mittelständischen Sich-Wohlfühlen im urbanen Raum“ dienen. (PETZ, 2005, S. 107) Ganz in seinem Sinn und parallel zu den weiter oben beschriebenen Entwicklungen der städtischen Öffentlichkeit wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts Platz- und Grünräume zunehmend relevanter. (vgl. REICHER & KEMME, 2009, S. 12)

Über die 1920er Jahre schreiben Reicher und Kemme von der gestiegenen Relevanz des Individualverkehrs, der auch zunehmend im öffentlichen Raum sichtbar wurde. (vgl. ebd.) In

Wien hingegen ist in dieser Zeit die Stadtentwicklung vor allem vom „Roten Wien“ geprägt, so entstehen riesige öffentlich finanzierte und verwaltete Wohnkomplexe, die über eigene begrünte Freiflächen verfügen. (vgl. BRAUN & WETZEL, 2010, S. 197 f.) Aber auch neue öffentliche Gebäude werden auf vormals öffentlichem Freiraum gebaut, wie etwa das Amalienbad am Bürgerplatz, dem heutigen Reumannplatz, und verändern somit die Struktur öffentlicher Räume. (vgl. DORN, 1928, S. 295 f.)

Nach 1945 schreiben Reicher und Kemme von einer tendenziellen Auflösung öffentlicher Räume, es handelt sich um eine „gegliederte und aufgelockerte Stadt“. (REICHER & KEMME, 2009, S. 13) In den 1960er Jahren nimmt die Tertiärisierung und der motorisierte Individualverkehr sehr zu, gleichzeitig werden für den Handel Fußgängerzonen im Zentrum geschaffen. (vgl. ebd.) So wurden beispielsweise auch in Wien Anfang der 1970er Jahre am Graben und in der Kärntner Straße die ersten Fußgängerzonen eingerichtet. (vgl. CZEIKE, 2004a, S. 581) (vgl. CZEIKE, 2004b, S. 466) Am Stadtrand entstehen periphere Großsiedlungen, die in Verkehrssystemen eingegliedert sind. (vgl. REICHER & KEMME, 2009, S. 13) Als Beispiel in Wien könnte hier der Wohnpark Alterlaa genannt werden. (vgl. CZEIKE, 2004d, S. 672)

In der Literatur wird auch auf das „Europäische Denkmalschutzjahr 1975“ verwiesen, das auf eine „behutsamere“ Stadterneuerung fokussierte, bei der es um die eigene Stadtgeschichte, das Image und die Unverwechselbarkeit, Identität und Atmosphäre geht. (HARLANDER & KUHN, 2005, S. 233) Diese Entwicklung ist besonders vor dem Hintergrund internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Standortkonkurrenz zu sehen. (vgl. ebd.) Harlander und Kuhn beschreiben diesen Prozess als „langanhaltende Welle historisierender ‚Verhübschung‘ der Innenstädte und ihrer öffentlicher Räume“. (ebd.) In den 1980er Jahren wird laut Reicher und Kemme im städtebaulichen Bereich vermehrt das „Wohnungsumfeld in städtischen Erneuerungsgebieten“ in den Blick genommen, in den 1990er Jahren gibt es schließlich eine Hinwendung zu Freiraum- und Grünraumsystemen. (REICHER & KEMME, 2009, S. 13)

Selle attestiert in seinem Sammelband „Was ist los mit den öffentlichen Räumen?“ dem beginnenden 21. Jahrhundert eine Attraktivierung der Innenstädte sowie eine Änderung im Planungsalltag der Stadtentwicklung. (vgl. SELLE, 2003, S. 14 f.) Einerseits entstehen neue Formen zwischen Öffentlich und Privat hinsichtlich der Planung, des Baus, der Nutzung und der Instandhaltung. (vgl. ebd. S. 15) Dadurch kommen neue Formen der Zusammenarbeit zustande, so finanzieren beispielsweise Private den öffentlichen Raum oder Vereine verwalten Freizeiteinrichtungen. (vgl. ebd. S. 18) Auf die Entwicklung der Privatisierung

wird detailliert im Kapitel 4.2 eingegangen. Andererseits gibt es auch hinsichtlich der Planungsansätze neue Entwicklungen. Nun werden zunehmend umfassendere, mehrjährige Pläne zur Stadtgestaltung ausgearbeitet, die einen ganzheitlichen Zugang zeigen. (vgl. ebd. S. 15) In Wien sind die bekanntesten Beispiele neben der Seestadt als neu erschlossenes Stadtentwicklungsgebiet, das Sonnwendviertel oder das Nordwestbahnviertel. In diese Entwicklung lassen sich auch die Wiener Stadtentwicklungspläne (STEP) 1994, 2005 und 2025, einordnen, die sich mit ganzheitlichen Entwicklungslinien der Stadtentwicklung und Stadtplanung auseinandersetzen. Doch auch am anderen Ende des Maßstabes ändert sich das Bild des öffentlichen Raumes in der Planung. Öffentlicher Raum wird nicht nur groß und vernetzt gedacht, sondern unterliegt auch in kleinerem Maßstab einem Wandel. Neue, temporär genutzte öffentliche Räume bekommen zunehmend Aufmerksamkeit. Selle nennt hier Kreuzungen oder Parkplätze als Beispiele. (vgl. SELLE, 2008, S. 11)

Ob die Bedeutung öffentlicher Räume eher zu- oder abnimmt, wird in der Literatur widersprüchlich beschrieben. Einerseits spricht Selle von einer „Wiederentdeckung der Plätze: Städte entwickeln Programme zur gezielten Aufwertung öffentlicher Räume mit der Intention, die Attraktivität der Innenstädte, aber auch innenstadtnaher oder peripherer Stadtteile zu erhöhen.“ (SELLE, 2003, S. 17) Andererseits wird ein politischer, ökonomischer und ideeller Bedeutungsverlust öffentlicher Räume gesehen, der durch Globalisierung, internationale Vernetzung, informationstechnologische Fortschritte sowie erleichterte Mobilitätsmöglichkeiten ausgelöst werde. (vgl. ebd. S. 44 f.) Hinzu komme, dass Arbeit und Freizeit zunehmend in die Privatsphäre verschoben werden, aber auch zunehmende „Individualisierung“ erkennbar ist, die kollektive Interessen weniger notwendig erscheinen lassen. (ebd. S. 45) Der öffentliche Raum sei zwar nicht als solcher ersetzbar, aber Kommunikation, Information und Interaktion können durch moderne Technologien zunehmend unabhängig vom direkten Kontakt im öffentlichen Raum stattfinden. (vgl. HERLYN, 2006, S. 126) Die Verbreitung des Internets und die vermehrte Nutzung von virtuellen Räumen ermöglichen diese Funktionen zwar losgelöst vom physischen Raum, aber auch Selle sieht darin keinen Ersatz, denn es gebe keine Belege dafür, dass durch das Internet das Interesse am öffentlichen Raum abgenommen habe, ähnlich wie Briefe und Telefon das Interesse ja ebenso nicht geschmälert hätten und Proteste immer noch im öffentlichen Raum sichtbar sind: „Die digitale Technik ist nicht Feind des öffentlichen Raums, sondern Partner“ (Rauterberg 2002, zit. nach SELLE, 2004, S. 134)

Es ist somit anzunehmen, dass ein grundsätzlicher Wandel der Nutzung öffentlicher Räume zu beobachten ist, weil sich die Gesellschaft und die Arbeitswelt ändern. Auch für Wien wurden verschiedene Entwicklungen festgestellt.

Im „Fachkonzept Öffentlicher Raum“, das im Rahmen des STEP 25 von der Stadt Wien 2018 herausgegeben wurde, werden folgende Tendenzen für Wien beschrieben: vielfältigere Nutzung, steigendes zivilgesellschaftliches Engagement, vermehrte mediale Aufmerksamkeit auf Sicherheitsthemen, zunehmende Kommerzialisierung, neue öffentliche Räume in neuen Stadtteilen, gestiegene Nutzungsdichte, mehr Kooperationen bei der Finanzierung, mehr Regelungen im öffentlichen Raum, klimawandelbedingte Nutzungsveränderungen sowie betriebswirtschaftliche Segmentierung. (vgl. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 15 ff.) Die zunehmende Differenzierung der Nutzung liege auch am Wandel in der Arbeitswelt:

„Durch Änderungen der traditionellen Arbeitsformen kommt es zu einer flexibleren Nutzung der Freiräume zu unterschiedlichen Zeiten. Beispielsweise nutzen vermehrt Menschen den Freiraum als Arbeitsort. Zusätzlich verdichten sich die unterschiedlichen Nutzungsphasen, die bisher eher hintereinander lagen (vormittags PensionistInnen, nachmittags Kinder, abends Jugendliche und berufstätige Erwachsene). In begehrten zentralen Freiräumen führt dies zu einer stetigen ‚Auslastung‘. Auch die Erwartungen der NutzerInnen an die Freiräume, beispielsweise zur Regeneration, nehmen zu.“ (MA 17 - INTEGRATION UND DIVERSITÄT, 2017, S. 177)

Ein Indikator für die veränderte, aber auch vielfältigere Nutzung im öffentlichen Raum zeigen auch Änderungen in den Rechtsvorschriften. So wurde in der Wiener Grünanlagenverordnung von 2007 die Regelung „Grünflächen dürfen weder betreten noch befahren (...) werden“ mit der Ausnahme ergänzt, dass „Liegen und Verweilen in Rasenflächen zum Zwecke der Erholung“ erlaubt ist. (BORK, ZECH & KLINGLER, 2015, S. 11)

Somit trifft auch auf Wien zu, dass sich der öffentliche Raum heute zunehmend durch verschiedene Nutzungsinteressen auszeichnet, mit den „Möglichkeitsräumen“ wird eine vielfältige Nutzung gefordert. Die Stadt wird mehr als „Bühne“ gesehen und weniger als „starke funktionale und räumliche Zonierung“, auch wenn das die Gefahr birgt, dass sich eine dominante durchsetzen kann und eine Berücksichtigung mehrerer Nutzungen meistens auch höhere Kosten mit sich bringt. (REICHER & KEMME, 2009, S. 19) Welche Rolle der öffentliche Raum für die Wiener Stadtplanung und -entwicklung spielt und wie auf aktuelle Herausforderungen reagiert wird, wird im Kapitel 3.5 detailliert beschrieben.

3.3 Raum zwischen öffentlich und privat

Für Walter Siebel ist die Polarität von Öffentlich und Privat ein wesentliches Merkmal der besonderen „urbanen Lebensweise“ und damit eine Besonderheit vor allem europäischer Städte. (SIEBEL, 2004, S. 13 f.) Diese beiden Sphären lassen sich anhand von fünf Dimensionen beschreiben. Sozial gesehen ist das Verhalten in beiden Sphären unterschiedlich, in beiden Bereichen werden verschiedene Funktionen erfüllt, wie Markt und Politik in der Öffentlichkeit versus Produktion und Reproduktion im privaten Raum. (vgl. ebd. S. 14 f.) Auf der juristischen Ebene kann zwischen öffentlichem und privatem Hausrecht unterschieden werden und auf der materiellen bzw. symbolischen Ebene verdeutlicht die architektonische und städtebauliche Gestaltung Zugänglichkeit oder Exklusivität eines Raumes. Zuletzt kann noch normativ unterschieden werden, ob es sich um einen öffentlichen oder privaten Raum handelt. Diese Dimension bezieht sich auf das weiter oben beschriebene Verständnis von idealer, bürgerlicher Öffentlichkeit. (vgl. ebd. S. 15) Wichtig ist zu betonen, dass alle Merkmale dieser „urbanen Lebensweise“ einem steten (sozialen) Wandel unterliegen. (vgl. ebd. S. 18) Allem Wandel zum Trotz handelt es sich bei dieser strukturellen Trennung zwischen öffentlich und privat in der bürgerlichen Gesellschaft um eine gesellschaftliche Struktur. „So durchlässig und widersprüchlich diese Trennung auch sein mag, sie ist ein konstitutives gesellschaftliches Prinzip, welches durch Regeln und Ressourcen abgesichert ist.“ (LÖW, 2017, S. 168) Wie bereits in den fünf Dimensionen nach Siebel sichtbar geworden ist, manifestiert sich dieses Prinzip u.a. in juristischen, sozialen, ökonomischen und geographischen Strukturen, was wiederum an Rechten, Verboten, Verhaltensweisen, der Regelung von Erwerbsarbeit, physische Ausgestaltung usw. erkennbar ist. (vgl. ebd. S. 168 f.)

Schon die Vielschichtigkeit der Begriffe legt nahe, dass es zwischen öffentlich und privat selten eine strikte und eindeutige Trennung gibt. Verschiedene AutorInnen haben dezidierte Kategorien erstellt, wie etwa Fester u.a. in sogenannten Übergangsräumen⁵, die zwischen den eindeutig privaten und offensichtlich öffentlichen Räumen liegen, die „gemeinschaftlichen“ Räume verortet. (Fester u.a. 1983, zit. nach SELLE, 2003, S. 35 f.) Dieser Typus ist zwar grundsätzlich nicht für jede und jeden immer zugänglich, er ist aber auch nicht Einzelpersonen oder einzelnen Haushalten vorbehalten. Sichtbar wird dieser Raumtypus – in unterschiedlicher Ausformung – beispielsweise in Innenhöfen oder kleinen öffentlichen Spielplätzen für die Nachbarschaft. (SELLE, 2003, S. 35 f.) Werner Nohl

⁵ Dieser von Selle gewählte Begriff scheint eine Ausweitung zu sein, da Fester u.a. Übergänge und Abstufungen nur innerhalb des jeweiligen sozialen Raumcharakters „öffentlich“, „gemeinschaftlich“ und „privat“ sehen und nicht zwischen ihnen. (vgl. FESTER u.a. 1983, S. 65)

hingegen berücksichtigt in seiner Unterscheidung nicht nur die gebauten Gegebenheiten, das Verhalten und die Aneignung, sondern auch die Art der Regulierung. So nennt er neben privaten und öffentlichen Freiräumen auch „residentielle“ und „institutionelle“ Freiräume als zentrale Kategorien. Während die ersten beiden Kategorien entweder nur für die EigentümerInnen frei ist oder umgekehrt allen frei zugänglich und für alle nutzbar ist, ist der dritte Typus einem bestimmten Nutzerkreis vorbehalten und der letztgenannte lediglich „Institutionsangehörigen“ (also z.B. SchülerInnen in Schulhöfen). (Nohl 1983, zit. nach SELLE, 2003, S. 36 f.) Hingewiesen sei an dieser Stelle auch, dass es sich als schwierig erweist, *einem* Raum *einen* „Sozialcharakter“ zuzuordnen. (SELLE, 2003, S. 37) Sowohl nach Tageszeit und Wochentag kann sich der Charakter verändern, als auch nach Perspektive der Nutzungspersonen. Gruppen, die sich ständig und gemeinsam dort aufhalten oder Personen, die selten oder unregelmäßig den Raum betreten, können den Raum hinsichtlich seiner Öffentlichkeit oder Privatheit unterschiedlich wahrnehmen. (vgl. ebd. S. 37 f.)

Laut Selle gehören die meisten urbanen Flächen eher einem Übergangstypus an und können nur in Ausnahmen eindeutig privaten oder öffentlichen Räumen zugeordnet werden. (vgl. ebd. S. 36) Er schlägt vor, den Raum anhand der vier Dimensionen Produktion, Eigentum, Regulierung und Nutzbarkeit zu kategorisieren, die sich auch auf das Untersuchungsbeispiel anwenden lassen. (vgl. ebd. S. 39 f.) Durch die Darstellung in einem Polaritätsprofil wird verdeutlicht, dass es sich bei den jeweiligen Kategorien um ein Kontinuum handelt und verschiedene Mischformen existieren können. Dies ist insofern wichtig vor Augen zu halten, weil üblicherweise „unterstellt [wird], dass öffentlicher Raum öffentlich produziert, im öffentlichen Eigentums [sic!] sei, öffentlich reguliert werde und nicht zuletzt öffentlich zugänglich sei bzw. die für den öffentlichen Raum typischen Verhaltensweisen ermögliche.“ (ebd. S. 39)

Tabelle 1: Polaritätsprofil Reumannplatz, eigene Darstellung. (vgl. SELLE 2003, S. 41)

	Markt	Gesellschaft	Staat	Erklärung
	↔			
Produktion			X	Die öffentliche Hand „produziert“ den Raum, finanziert und organisiert die Umgestaltung und den Erhalt. (Auch wenn das Beteiligungsverfahren, die Detailplanung und die endgültige Umsetzung an private Büros ausgelagert ist.)
Eigentum			X	Mit Ausnahme privater Flächen und jener im Eigentum der Wiener Linien ist die Fläche im Eigentum der Stadt, weshalb auch öffentliches Recht gilt.
Regulierung			X	Die Regulierung zur Nutzung und deren Kontrolle obliegt der öffentlichen Hand.

Nutzbarkeit	X	Es handelt sich um öffentlich nutzbaren Raum, der prinzipiell von allen Menschen genutzt wird bzw. werden kann.
-------------	---	---

Im vorliegenden Untersuchungsbeispiel ist in jederlei Hinsicht von einem öffentlichen Raum zu sprechen, wenn davon ausgegangen wird, dass trotz Auslagerung Beteiligungs- und Planungsprozessen die Kontrolle und die Finanzierung der (Um-)Gestaltung der öffentlichen Hand obliegt. In diesem Sinne kann über den Reumannplatz gesagt werden, dass er prinzipiell eine hohe normativ-qualitativer Anforderung erfüllt, indem er grundsätzlich dauerhaft für alle zugänglich ist. Diese strenge Eingrenzung des Begriffs führt zwar zu einer fragmentierten und recht exklusiven Betrachtung der Stadträume (vgl. SELLE, 2003, S. 31 f.), für die Untersuchung am Reumannplatz scheint er jedoch gut anwendbar.

3.4 Funktionen des öffentlichen Raumes

Welche Funktionen der öffentliche Raum in einer Stadt erfüllt, soll im Folgenden anhand der von Selle formulierten Aspekte erläutert werden. Ergänzend zur kulturellen, sozialen, ökologischen, politischen und ökonomischen Funktion wird die Integrationsfunktion als eigenständige Funktion beschrieben, auch wenn sie als soziale Funktion gewertet werden könnte. Da jedoch sowohl in der Wiener Stadtplanung als auch in Bezug auf das Untersuchungsbeispiel diese Funktion als zentral beschrieben wird, soll ihr dadurch mehr Gewicht verliehen werden.

Die kulturelle Funktion beinhaltet die Bedeutung einer „Stadtkultur“, die „Identitäten einer Stadt“: „Die Qualität der Stadt als Kultur befindet sich naturgemäß im öffentlichen Raum“, meint beispielsweise Bernard Huet (Huet 1999, zit. nach SELLE, 2008, S. 4) und für Thomas Sieverts ist der öffentliche Raum „sozusagen das Grundgesetz der Stadt“. (SIEVERTS, 2003, S. 244) In ihm verkörpert sich „die Würde der Stadt“, die „unantastbar sein“ muss. (ebd.)

Als zweiten Bedeutungsaspekt nennt Selle die soziale Funktion. Im öffentlichen Raum findet Kommunikation und Sozialisation statt, aber manchmal auch „Unsicherheit oder Ausgrenzung“. Somit ist das Aufeinandertreffen von Personen und Personengruppen und dessen Austausch eine zentrale Funktion des öffentlichen Raumes. Durch die dadurch gegebene gegenseitige soziale Kontrolle wird auch das Verhalten (mit)bestimmt. (SELLE, 2008, S. 4)

Bei der ökologischen Funktion geht es um nachhaltige Stadtentwicklung, bei der öffentliche Räume eine zentrale Rolle spielen. (vgl. SELLE, 2008, S. 5) Die politische Funktion erscheint

auf Basis des Kapitels 3.2.1 äußerst naheliegend. Der öffentliche Raum erfüllt eine zentrale politische Funktion, weil er Manifestation politischer Meinungsäußerung (Versammlungen, Demonstrationen...) ermöglicht und darüber hinaus Lokalpolitik unmittelbar sichtbar wird. In der Gestaltung wird sichtbar, „[o]b und wie die zahlreichen Interessen, Bedürfnisse und Möglichkeiten einer Stadtgesellschaft aufgegriffen und umgesetzt werden.“ (SELLE, 2008, S. 5) Knierbein u.a. sehen die politische Dimension öffentlicher Räume darin, dass sich in ihnen einerseits globale urbane Prozesse und andererseits lokale Tendenzen manifestieren und auch wenn der öffentliche Raum eine wichtige Rolle für die Zivilgesellschaft – in politischem Sinne – spielt, werden sie ebenso „increasingly used (again) as spheres for promoting political ideas by public authorities“. Sie bieten einen Raum für politischen Diskurs und politisches Handeln, bei dem es um einen Ausverhandlungsprozess verschiedener Interessen geht. (KNIERBEIN, MADANIPOUR & DEGOS, 2014, S. 24)

Zuletzt nennt Selle die ökonomische Funktion. Während früher Plätze und Parks eher als Verzierung und „ästhetische[s] Beiwerk“ gesehen wurden und allenfalls sozial genutzt wurden, ist heute ihr expliziter ökonomischer Nutzen in Form von „weichen“ Standortfaktoren überaus relevant. (SELLE, 2008, S. 6) Das sehe man beispielsweise an den Immobilienpreisen in Bezug auf ihre „Lagewerte“, den Versuch, durch Investitionen in den öffentlichen Raum das dortige Image aufzuwerten und private InvestorInnen anzulocken, aber auch darin, dass er als relevanter Standortfaktor „in der interkommunalen und –regionalen Standortkonkurrenz“ gesehen wird. (SELLE, 2008, S. 6 f.) Der „Attraktivitätswettkampf“ der Städte nimmt auch laut Reicher und Kemme zu, womit die Relevanz von sogenannten weichen Standortfaktoren steigt. (REICHER & KEMME, 2009, S. 22) Durch diese Komponente entstehen Anreize sowohl für die öffentliche Hand als auch für private AkteurInnen, womit nach Madanipour auch Herausforderungen für Städte entstehen:

„It appears, therefore, that investing in urban public spaces makes sense for the public and private sector agencies: it promotes the city in the international marketplace, it builds confidence in the private sector, it adds value to and reduces the risk of investment, and it improves environmental quality to encourage relocation of firms and visit by tourists. These are overwhelmingly economic factors, which are important for the future of a city, but also pose serious challenges to the social and environmental dimensions of the public realm.“ (MADANIPOUR, 2005, S. 14)

Als zusätzliche Bedeutung sei an dieser Stelle auch die Integrationsfunktion des öffentlichen Raumes hervorgehoben:

„Öffentliche Räume und Freiflächen als Orte der Teilhabe, Solidarität, kulturellen und gesellschaftlichen Inklusion sind auch darüber definiert, dass unterschiedliche

Interessen zum Ausdruck kommen, öffentlich diskutiert und ein Interessenausgleich verhandelt werden (z. B. Errichtung verkehrsberuhigter Zonen, Parkgestaltung, bauliche Veränderungen uvm.). Außerdem erfüllen sie eine soziale Kompensationsleistung. Deshalb kommt dem öffentlichen Freiraum und dessen niederschwelliger Zugänglichkeit eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere für Menschen und Gruppen, die über weniger Wahlmöglichkeiten (z. B. Mobilität in der Freizeitgestaltung) verfügen und ihre Interessen schwer vertreten können, ist die Zugänglichkeit öffentlicher Räume zu sichern. [...] Sie sind stärker auf die Nutzung des öffentlichen Raumes zum Austausch, für die Kommunikation mit Anderen und Erholung angewiesen.“ (MA 17 - INTEGRATION UND DIVERSITÄT, 2017, S. 177)

Das Aufeinandertreffen verschiedenster Menschen und Bevölkerungsgruppen ist für das urbane Leben demnach zentral. Wenn in Städten Orte sozial selektiver werden, „verliert das Leben in öffentlichen Räumen an Überraschung, an Unvorhergesehenem“. (HERLYN, 2006, S. 126)

In Kapitel 8.1 wird auf Basis der geführten Interviews der Frage nachgegangen, welche der genannten Funktionen der Reumannplatz in welcher Art und Weise erfüllt.

3.4.1 Exkurs: Der öffentlicher Raum bei Jan Gehl

Zwar wurden zentrale Funktionen des öffentlichen Raumes nach Selle genannt, was jedoch die vielen Ansprüche und Erwartungen an ihn nun für die konkrete Gestaltung und Nutzung in einer Stadt bedeuten, wird im Folgenden anhand der Schriften des dänischen Architekten und Stadtplaners Jan Gehl beschrieben, über den Richard Rogers im Vorwort schreibt: „Kein anderer hat die Morphologie und Nutzung des öffentlichen Raums so eingehend untersucht wie Jan Gehl.“ (ROGERS, 2016, S. 9) Die Wahl fiel auf ihn, weil auch die Wiener Stadtplanung mit seinen Qualitätskriterien für öffentliche Räume, Straßen und Plätze arbeitet. (vgl. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 40)

Nach Gehl sollte die Stadt vier Ziele verfolgen, die sich alle im öffentlichen Raum manifestieren: lebendig, sicher, nachhaltig und gesund. Lebendig in dem Sinne, als dass sich Menschen gerne und viel im öffentlichen Raum aufhalten sollen. Damit hängt auch die Sicherheit zusammen: „Die Sicherheit auf den Straßen wird erhöht, wenn mehr Menschen im öffentlichen Raum unterwegs sind oder sich dort aufhalten.“ Darüber hinaus soll die Stadt ökologisch nachhaltig funktionieren, insbesondere was die Nutzung des öffentlichen Verkehrs betrifft und allen BewohnerInnen ein gesundes Leben ermöglichen. (GEHL, 2016, S. 19) Für ihn steht fest, dass „Charakter und Ausmaß des Stadtlebens“ mit der Erneuerung von Straßen und Plätzen zusammenhängt und „dass eine städtebaulich geförderte Belebung der Stadt tatsächlich zu einem intensiveren und lebendigeren Miteinander von Bewohnern

führt.“ (GEHL, 2016, S. 36 f.) Im öffentlichen Raum sollen demnach nicht nur notwendige und fakultative Aktivitäten berücksichtigt werden, sondern vor allem auch soziale:

„Soziale Aktivitäten umfassen jegliche Formen zwischenmenschlicher Kommunikation und Interaktion, die überall stattfinden, wo Menschen zusammenkommen. Wenn ein öffentlicher Raum in der Stadt belebt und attraktiv genug ist, zieht er automatisch weitere Menschen an; wenn er dagegen trist und leer ist, bleibt er es auch.“ (GEHL, 2016, S. 37)

Zu diesen Aktivitäten gehören eher passivere Formen wie sehen und gesehen werden, hören und beobachten, aber auch kurzes, verbales Austauschen in Kommunikationssequenzen, gemeinsames Spielen von Kindern, Treffen von Jugendlichen oder Aufeinandertreffen bei Veranstaltungen. (GEHL, 2016, S. 37) Als „universell menschliche Aktivitäten“ nennt er „gehen, stehen, sitzen, schauen, reden und zuhören“. (GEHL, 2016, S. 140) Aufgabe der Stadtplanung muss nach Gehl sein,

„den Menschen direkte Kontakte zur Gesellschaft, in der sie leben, zu ermöglichen. Das bedeutet, dass der öffentliche Raum von vielen verschiedenen Nutzern be- und erlebbar sein muss. [...] Die lebendige Stadt signalisiert Offenheit und verspricht soziale Interaktion.“ (GEHL, 2016, S. 80)

D.h., dass „die Stadt vielfältige Nutzungen und soziale Kontakte ermöglicht, wenn sie Raum für den Fußgängerverkehr und für die Teilnahme an verschiedenen Aktivitäten schafft.“ (ebd.) Es geht also nicht um die Dichte an Menschen oder „eine gute Durchmischung von Wohnraum und Arbeitsplätzen“, sondern um „eine Mischung gut gestalteter, einladender öffentlicher Räume und eine kritische Masse von Menschen, die sie nutzen möchten.“ (GEHL, 2016, S. 86)

Bei der Planung und Umsetzung von Bauvorhaben im öffentlichen Raum ist im Sinne einer menschenfreundlichen Zugangsweise die Reihenfolge „Leben, Raum, Bauten“ zentral. Zuerst sollen „Vorarbeiten zur Ermittlung von Art und Ausmaß der voraussichtlichen Nutzung des Projektgebiets durch die Menschen“ geleistet werden. Erst dann soll darauf basierend der Raum geplant und gebaut werden. (GEHL, 2016, S. 230) Außerdem sollte auf einen schönen Ausblick und freie Sichtachsen auf Sehenswürdiges, wie „Wasser, Bäume, Blumen, Brunnen und schöne Gebäude“ geachtet werden. (ebd. S. 172)

„Die auf Augenhöhe gut geplante Stadt umfasst Angebote zum Gehen, Verweilen, Treffen, zur Entfaltung der eigenen Talente und öffentlichen Darstellungen besonderer Anliegen [...]“, aber auch visuelle Qualitäten hinsichtlich Design und Ästhetik. (GEHL, 2016, S. 204) Natürlich spielen Bäume, Grünflächen und Blumen nicht nur wegen der ökologischen

Komponente, sondern auch aus ästhetischen Gründen eine wichtige Rolle in der Stadt. (vgl. GEHL, 2016, S. 208) Ebenso ist die Straßenbeleuchtung in der Planung nicht nur aus pragmatischen Gründen zu diskutieren, da nicht nur das Vorhandensein, sondern auch die Art und Weise der Beleuchtung, wie Lichtfarben oder Laternentypen, eine starke Wirkung auf die Stadtqualität haben. (vgl. GEHL, 2016, S. 209) In diesem Sinne schreibt auch die „MA 33 – Wien leuchtet“ auf ihrer Homepage „Öffentliche Beleuchtung bedeutet Sicherheit, Wohlbefinden und Schönheit für die Stadt.“ (vgl. STADT WIEN, o. J.a)

3.5 Öffentlicher Raum in Wien

Verschiedene Ressorts und Abteilungen der Wiener Verwaltung haben sich bereits auf unterschiedlichen Ebenen mit dem öffentlichen Raum als solchen auseinandergesetzt. Auf das Untersuchungsgebiet Reumannplatz treffen gleich mehrere Definitionen der Wiener Stadtplanung zu. Wie im „Fachkonzept Öffentlicher Raum“ definiert wird, handelt es sich um „im Kern urban geprägte, öffentliche Freiräume, die grundsätzlich für alle jederzeit zugänglich sind und im Wesentlichen im öffentlichen Eigentum sind.“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 13) Darüber hinaus handelt es sich um einen Stadtteilplatz: „Diese urbanen Freiräume entfalten ihre Wirkung in einem größeren Stadtteil. ‚Stadtteilplätze‘ sind meist an den hochrangigen öffentlichen Verkehr angebunden, in der Randbebauung finden sich Geschäfte und Lokale.“ (ebd. S. 42) Allerdings weist der Reumannplatz auch Kriterien eines Stadtplatzes auf, da er eine „gesamstädtische Bedeutung“ hat und demnach als „bedeutender Ort der Repräsentation“ Anziehungspunkt für WienerInnen und TouristInnen ist. (ebd.)

Abseits der relevanten Verkehrsfunktion stellt der Reumannplatz auch einen wesentlichen Grün- und Freiraum des Bezirks dar. Laut „Fachkonzept Grün- und Freiraum“ können als Freiraum „alle unbebauten Flächen des Stadtgebiets verstanden werden, seien sie versiegelt, nicht versiegelt oder begrünt.“ (MAGISTRAT DER STADT WIEN, MA 18, 2015, S. 13) Zwar beinhaltet der Begriff „Freiraum“ bereits Grünraumstrukturen, um deren Relevanz hervorzuheben, wird jedoch explizit mit der Doppelbezeichnung „Grün- und Freiräume“ gearbeitet. Hier sind neben gewerblich oder industriell genutzte, verschlossene Flächen auch jene Bereiche von der Definition ausgeschlossen, die vor allem dem motorisierten Verkehr dienen. (vgl. ebd.)

Welche Rolle der viel definierte und bearbeitete öffentliche Raum im Kontext der Wiener Stadtplanung spielt, soll im Folgenden nachgegangen werden, da dies zentrale Rahmenbedingungen des Untersuchungsbeispiels darstellt.

Auch wenn die Stadtverwaltung seit 1988 das Motto „Wien ist anders“ für Marketingzwecke gebraucht und auch in der Wissenschaft diskutiert wird, inwiefern dies auf die Stadtplanung zutrifft, kann laut Knierbein u.a. festgehalten werden, „that Vienna is not unlike the mainstream of cities“, auch wenn sie wie andere Städte auch von ihrer spezifischen politischen Kultur und strukturellen Bedingungen und Veränderungen geprägt ist. (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 23) Wie andere Städte auch, reagiert Wien mit seinen Strategien auf Herausforderungen und Transformationen, die ebenso andernorts sichtbar werden. (vgl. ebd. S. 26)

Wien verfolgt nach Knierbein u.a. „a particular type of politics of public space in order to accommodate structural changes more smoothly and to pursue a political balance between quite differing political goals (e.g., ‘social cohesion’, ‘economic competitiveness’, ‘ecological sustainability’, etc.).“ (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 24) Die sogenannte „sanfte Stadterneuerung“ wurde in Wien seit 1974 etabliert und stellt leistbaren bzw. geförderten Wohnraum, soziale Nachhaltigkeit sowie eine „umfassende Erneuerungsstrategie der ‚Kernstadt‘“ in den Mittelpunkt: „Durch gezielte Sanierungs- und Neubaumaßnahmen werden Grätzl oder Viertel aufgewertet und verjüngt.“ (MAGISTRAT DER STADT WIEN, 2016, S. 106) Eine wichtige Plattform für diese Erneuerungsprozesse ist dabei die Gebietsbetreuung Stadterneuerung, die auch für Fragen zu Wohnen, Nachbarschaft und Zusammenleben der lokalen Bevölkerung zur Verfügung steht. (vgl. ebd.) Bisher wurden im Rahmen dieser Strategie mehr als 340.000 Wohnungen saniert, aber auch „ganze Grätzl [...] attraktiver gestaltet und aufgewertet.“ (vgl. PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN, 2017)

Auch wenn Wien als räumlich integrierte Stadt gilt, fallen bei näherer Betrachtung verschiedene Formen der Ungleichheit auf – sowohl räumlich, als auch in den Vorstellungen der BewohnerInnen selbst. (vgl. KNIERBEIN u. a., 2014, S. 24) Geht es um die Qualität und Quantität öffentlicher Räume, gibt es gravierende Unterschiede zwischen den Bezirken. Knierbein u.a. machen dies u.a. an der Menge investierten Vermögens, an der Diversität der jeweiligen Bevölkerung, der Qualität geschaffener Räume und der Verteilung von Steuergeldern auf die Bezirke in Relation zu den EinwohnerInnen fest. (vgl. ebd. S. 25)

Zwar wurden in Favoriten in den letzten Jahren kleinere Projekte realisiert, wie etwa die Favoritenstraße 2005 und 2010, vom „50 Orte Programm“, das 2001-2012 durchgeführt wurde, fanden allerdings nur zwei Projekte im 10. Bezirk statt, während sich 12 im 1. Bezirk befanden. Es wird deutlich, dass „[t]he bigger the districts and the larger their population, the

less the reshaping of public spaces is in the focus of public policies and of public investments.“ (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 25)

Neben der „sanften Stadterneuerung“ und der sozial orientierten Stadtentwicklung wird Wien auch als Ort von eher langsamen Veränderungen beschrieben. Nach Dangschat und Hamedinger fällt Wien damit auf, dass allgemeine Trends und Entwicklungen, die in anderen europäischen Städten bereits sichtbar sind, verspätet oder in einer „Austro“-Version auftauchen. (vgl. DANGSCHAT & HAMEDINGER, 2009, S. 95 f.) Spezielle Aspekte der Wiener Stadtentwicklung sind laut Knierbein u.a demnach:

„the (still) strong position of the state in (usually policy driven) urban development; the neo-corporatist tradition; the investment and assets policy of the public administration [(v.a. im Bereich Wohnbau)]; and, finally, the strong focus on fair redistribution of tax revenue into public services.“ (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 26 f.)

Hinzu kommt, dass die Stadt eben nicht „new public management concepts and the entrepreneurial city philosophy“ verfolgt, „which structurally contribute to the hollowing out of the state.“ (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 27)

Doch die kritischen Stimmen nehmen zu, insbesondere die Stadtentwicklung seit den 1980er betreffend, seitdem sich die öffentliche Hand zunehmend aus dem Wohnbau zurückzieht.⁶ Knierbein u.a. meinen dazu, dass diese zentrale Rolle des Wohnbaus zum Teil der Rolle öffentlicher Räume übertragen wurde, was u.a. an den Erwähnungen im STEP 94 erkennbar ist. (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 27) Dort wird „das Recht auf ein Leben in Sicherheit und dabei auch das Recht auf ein begründetes Gefühl der Sicherheit“ beschrieben, das durch einen modernen Planungsansatz erreicht werden soll, „der auf Prävention, Planung, Entwicklung, Gestaltung und Betreuung der öffentlichen Räume und auf Stärkung der zivilgesellschaftlichen Entwicklung setzt.“ (PIRHOFFER & STIMMER, 2007, S. 130) Seitdem wird dem öffentlichen Raum zunehmend Bedeutung beigemessen. 2006 folgt der Bericht „Integration im öffentlichen Raum“, der die bereits eingesetzten Tendenzen nochmals unterstreicht und den öffentlichen Raum in breiterem Kontext betrachtet und über das traditionelle räumliche Planungsverständnis hinausgeht. Das Instrument der Sozialraumanalyse wird eingeführt. Damit will man der Entwicklung Rechnung tragen, dass

⁶ Siehe hierzu: SEIB, Reinhard (2013): Wer baut Wien? Hintergründe und Motive der Stadtentwicklung Wiens seit 1989. Salzburg: Pustet.

Siehe auch: NOVY, Andreas, REDAK, Vanessa, JÄGER, Johannes, HAMEDINGER, Alexander (2001): The End of Red Vienna: Recent Ruptures and Continuities in Urban Governance. In: European Urban und Regional Studies 8(2), S. 131-144.

die traditionellen Räume der Integration (Arbeits- und Wohnungsmarkt) ihre frühere starke Rolle in der systemischen Integration eingebüßt haben. (vgl. KNIERBEIN u. a., 2014, S. 27)

Im Vorwort zur Funktions- und Sozialraumanalyse zum Reumannplatz begründet die damalige Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou den Einsatz davon folgendermaßen: „Sozialraumanalysen helfen uns, auch jene Bevölkerungsgruppen im Planungsprozess zu berücksichtigen und zu bedenken, die ihre Interessen nicht selbst artikulieren wollen oder können.“ (VASSILAKOU, 2016, S. 3) Es geht dabei darum, die „leise[n] Stimmen“ von Menschen, die aufgrund ihrer sozialen und ökonomischen Situation benachteiligt sind, in Form einer „Anwaltsplanung“ miteinzubeziehen. „Sie ermöglicht die Berücksichtigung eines breiten Spektrums der NutzerInnen, macht auf mögliche Konflikte und Verdrängungsprozesse im Vorfeld aufmerksam und kann letztlich zu einer ‚gerechteren‘ Stadt im Sinne der Menschenrechtsstadt Wien verhelfen.“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 50)

Dieses Instrument eignet sich gut als Informations- und Diskussionsbasis, weil so

„materiell-infrastrukturelle Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zusammen mit den komplexen Beziehungen zwischen Lebensformen im Raum wie auch etablierte und sich formierende Netzwerke zwischen den unterschiedlichen Akteuren ermittelt werden [können].“ (HERTZSCH, 2010, S. 91)

Vier Ebenen werden in der Sozialraumanalyse beachtet, die dem relationalen Raumverständnis entsprechen (vgl. ebd. S. 92):

- 1) das materiell-physische Erscheinungsbild: Wie wird die gebaute Umwelt genutzt und wahrgenommen? Diese Ebene gilt als eher objektbezogen.
- 2) das soziale und gesellschaftliche Handeln: Wer nutzt wie warum den öffentlichen Raum? Hierbei geht es eher um einen subjektiven Zugang, bei dem u.a. Lebensstile und Normvorstellungen eine große Rolle spielen.
- 3) der kulturelle Ausdruck: Welchen Zweck und welche Bedeutung erfüllt der öffentliche Raum? Dabei werden Assoziationen, Images, Symbolik usw. in den Blick genommen.
- 4) das normative Regulationssystem: Welche Eigentumsformen, Machtstrukturen und gesetzliche Regelungen sind vorhanden?

Im Werkstattbericht 2008 „Neuinterpretation öffentlicher Raum“ wird schließlich dem Bericht nachgegangen, der von Schwarz Architects verfasst wurde und verschiedene öffentliche Räume in Wien – insbesondere in den Bezirken 3 bis 9 – zwischen 1999 und 2008 empirisch untersucht. (vgl. KNIERBEIN u. a., 2014, S. 27) Dabei wurden aktuelle Herausforderungen herausgearbeitet mit dem Ziel, das Bewusstsein bei bezirkspolitischen AkteurInnen für die wichtige Rolle des öffentlichen Raumes zu fördern. (vgl. ebd.)

2009 folgt „FreiraumStadttraumWien. Vorsorge, Gestaltung, Management. Das Wiener Leitbild für den öffentlichen Raum“, bei dessen Entwicklung in einem interdisziplinären Entwicklungsprozess mit verschiedenen ExpertInnen, BezirkspolitikerInnen und den Magistratsabteilungen zusammengearbeitet wurde. „Das Leitbild formuliert strategische Ansätze für Vorsorge, Management und Gestaltung öffentlicher Räume in Wien, um Orientierung für Maßnahmen der öffentlichen und privaten Hand zu geben.“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, 2009, S. 1) Dabei geht es in den ausgearbeiteten Qualitätsstandards für Planungen nicht nur um technische Richtlinien, sondern um die Kombination „ästhetischer Qualitäten mit ‚sozialer Intelligenz‘“, also der expliziten Berücksichtigung von Wünschen und Bedürfnissen verschiedener Gruppen. (ebd. S. 8)

Eine wichtige Rolle spielt dabei der „Public Space Score“, der von Gehl Architects entwickelt und von der Wiener Verwaltung sowie ForscherInnen aufgenommen wurde, um statische Prozeduren des formalen Planungssystems zugunsten einer innovativen Planung zu ändern. (vgl. KNIERBEIN u. a., 2014, S. 28) Zentral ist dabei, dass öffentliche Räume auch für die Zukunft im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung erhalten bleiben sollen. (vgl. ebd.) So werden diese Ansätze beispielsweise in der viel diskutierten Seestadt Aspern verfolgt. (vgl. WIEN 3420 ASPERN DEVELOPMENT AG & MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2009)

Nach Knierbein u.a. versucht die Wiener Stadtentwicklung dem öffentlichen Raum im letzten Jahrzehnt zunehmende Bedeutung beizumessen. Dies ist auch in den Stadtentwicklungsplänen zu erkennen. Während im STEP 05 der öffentliche Raum aus einer „early post-Fordist fashion“ betrachtet wird, bei dem insbesondere der Fokus auf motorisierten Individualverkehr überwunden werden sollte, geht es im STEP 25 um eine „new qualitative relevance to public spaces as catalysts for change and embraces public space as one of eight future transversal action fields for an advanced post-Fordist urban development policy“. (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 28) Weiters ist zu nennen, dass im Rahmen der Charta Wien ein weiterer Partizipationsprozess gestartet wurde, bei dem zu sieben zentralen Gebieten 12.700 Stunden in verschiedenen Runden diskutiert wurde. Dabei wurde dem öffentlichen Raum erneut hoher Stellenwert beigemessen. (vgl. KNIERBEIN u. a., 2014, S. 28 f.) Im Rahmen dieser intensiveren Auseinandersetzung entstanden magistratsübergreifende Netzwerke, zwischenbezirkliche Kooperationen und transdisziplinäre Arbeitsabläufe. (vgl. KNIERBEIN u. a., 2014, S. 29) Es ist dadurch „not only one of the sectoral fields on the Viennese urban development agenda, but is also becoming one of the main themes of cross-cutting urban policy in Vienna in general, thus

marking a general shift of political premises“, weshalb die AutorInnen von einem Paradigmenwechsel im städtischen politischen Diskurs sprechen. (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 29) 2015 gibt die Stadt Wien schließlich das „Fachkonzept Grün- und Freiraum“ heraus.

„Das STEP 2025 Fachkonzept Grün- und Freiraum wurde aufbauend auf den Grundsätzen des STEP 2025 entwickelt und fachspezifisch vertieft. Wesentliche Bestandteile des Konzepts sind dabei die 12 Freiraumtypen, die Kennwerte zur Grün- und Freiraumversorgung und die gesamtstädtische lineare Festlegung eines Netzwerks an Freiräumen.“ (MAGISTRAT DER STADT WIEN, MA 18, 2015, S. 9)

Für ein Wohngebiet soll demnach in einem Einzugsbereich von 500 Metern jeder Person mindestens 4 m² Grün- und Freiraum zur Verfügung stehen, wobei diese Werte für neue Stadtentwicklungsgebiete als Zielwerte und im Altbestand als Orientierungshilfe gesehen werden sollen. (vgl. ebd. S. 84) 2018 folgte das „Fachkonzept Öffentlicher Raum“, das urbane, frei zugängliche, öffentliche Räume behandelt. (vgl. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 13) Als Ziele werden fünf Kategorien definiert: lebendig und weltoffen, sozial gerecht und geschlechtergerecht, bildend und aktivierend, ökologisch und robust sowie partizipativ und identitätsstiftend. (vgl. ebd. S. 19 f.) Dabei soll u.a. vor allem auf jene Personen Rücksicht genommen werden, die den öffentlichen Raum besonders benötigen. Aus den Zielen werden auch Indikatoren abgeleitet, wie etwa steigende Anzahl an Sitzmöbeln, Trinkwasserangebote, Spielangebote, Bäume, Beteiligungsverfahren usw. (vgl. ebd. S. 19) Zwar soll ein ausgewogenes Verhältnis zwischen kommerziellen und nicht kommerziellen Nutzungen in der Stadt geschaffen werden, bei besonders stark genutzten öffentlichen Räumen gilt jedoch: „Im Sinne des öffentlichen Interesses gilt es, kommerzfreien vor kommerziellen Nutzungen den Vorzug zu geben.“ (ebd. S. 59) Hervorzuheben ist bei diesem Konzept der Fairness-Check, dem alle im Konzept beschriebenen Maßnahmen unterzogen wurden, „in dem die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen auf unterschiedliche Zielgruppen überprüft wurden.“ (ebd. S. 9) Besonders berücksichtigt werden sollen demnach junge, arme, betreuende und mobilitätseingeschränkte Menschen sowie potenzielle Gewaltopfer und kommerzielle NutzerInnen⁷ (vgl. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 89) „Diese

⁷ Definiert werden die Gruppen folgendermaßen: „jung (Kinder und Jugendliche bis 18 mit besonderem Augenmerk auf die Gruppe bis 14, die besondere Ansprüche an den öffentlichen Raum stellen), arm (Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, aber auch jene „working poor“, deren Erwerbseinkommen nicht für das Auskommen reicht, und jene, deren Ökonomie nur knapp über dieser Schwelle liegt), betreuend (Personen mit Betreuungspflichten für Kinder bis ca. 15 Jahre oder für ältere, alte oder pflegebedürftige Menschen), mobilitätseingeschränkt (dauerhaft und temporär eingeschränkte Personen mit hoher Sensibilität für alle Arten von physischen Barrieren; alle, die laut UN-Charta als Menschen mit Behinderungen gelten), potenzielle Gewaltopfer (Menschen mit einem stärkeren Unsicherheitsempfinden oder VertreterInnen von Gruppen, die häufiger von Gewaltverbrechen betroffen sind), kommerzielle NutzerInnen (Menschen, deren ökonomisches Handeln in Beziehung zum öffentlichen Raum steht).“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 89)

Festlegung erhebt nicht den Anspruch, alle Betroffenen zu erfassen und zu kategorisieren. Vielmehr soll der Blick gezielt und selektiv auf bestimmte, konkrete Alltagsszenarien und die damit verbundenen Erfordernisse und Sensibilitäten gelenkt werden.“ (ebd.)

Nach Knierbein u.a gilt Wien als markantes Beispiel, bei dem die Stadt versucht, große Teile der Stadt zu modernisieren und neu zu gestalten, wobei die öffentlichen Räume dabei als Katalysator dieser Veränderung fungieren. Außerdem spielen im öffentlichen Raum die Interessen der Sozialdemokratischen Partei sowie der Grünen zusammen, geht es doch um Themen wie Integration, Umweltschutz oder Partizipation vor dem Hintergrund „already existing standards of (relatively) fair redistribution of tax into public services and a focus on ‚social sustainability‘ aspects of urban development.“ (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 37) Die AutorInnen gehen noch einen Schritt weiter und sehen den öffentlichen Raum Wiens als „vehicle to promote a third way of urban politics that is historically rooted in the relatively liberal Austro-Marxism of the early 20th century.“ Um die anspruchsvollen oder teilweise sogar widersprüchlichen Ziele zu erreichen, muss in der Diskussion stets auf den transparenten Ausgleich dieser Ziele geachtet werden „in favour of relational public spaces as social spaces of local cultural importance. That is why public spaces must be kept public (in the sense of collective) as a matter of principle.“ (KNIERBEIN u. a., 2014, S. 37)

4. Kontext – aktuelle Tendenzen

Der Wandel des öffentlichen Raumes wird in Politik, Medien und Wissenschaft vielfach diskutiert. Drei mir besonders relevant erscheinende Entwicklungen sollen im Detail erläutert werden: Städtewachstum, Privatisierung und Gentrifizierung bzw. Verdrängung. Es ist zu berücksichtigen, dass diese Trends vor dem Hintergrund allgemeiner Veränderungen in europäischen Städten zu betrachten sind. Katharina Hammer nennt vier „zentrale Merkmale des modernen europäischen Stadtwandels“ (HAMMER, 2016, S. 61): zunehmende soziale Ungleichheit, die im geographischen Sinne sich u.a. in Gentrifizierung ausdrückt, zunehmende Individualisierung der Gesellschaft, steigender motorisierter Individualverkehr (trotz Ausbau von Fußgängerzonen und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen) sowie verschiedene Formen der Privatisierung, wie Werbetafeln, Einkaufspassagen oder private Wachdienste. (vgl. ebd. S. 61 f.)

Besonders relevant für das Untersuchungsbeispiel scheinen mir die Bevölkerungsentwicklung sowie die Diskussionen zu Privatisierung und Gentrifizierung bzw. Verdrängung, weshalb im Folgenden näher auf diese Phänomene eingegangen werden soll.

4.1 Städtewachstum

Wird die Bevölkerungsentwicklung einer Stadt untersucht, kann auf verschiedene innerstädtische, demographische, soziale oder migrationspolitische Aspekte fokussiert werden. In diesem Kapitel soll nicht im Detail auf all diese Tendenzen eingegangen werden, weil insbesondere das Bevölkerungswachstum an sich betrachtet wird. Wie die meisten Städte in Europa, aber auch global gesehen, leben jährlich mehr Menschen in Städten. (vgl. UNITED NATIONS, DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS, POPULATION DIVISION, 2018, S. 2) Auch Wien verzeichnet seit etwa 30 Jahren steigende Bevölkerungszahlen, was laut Prognosen auch weiterhin anhalten wird.

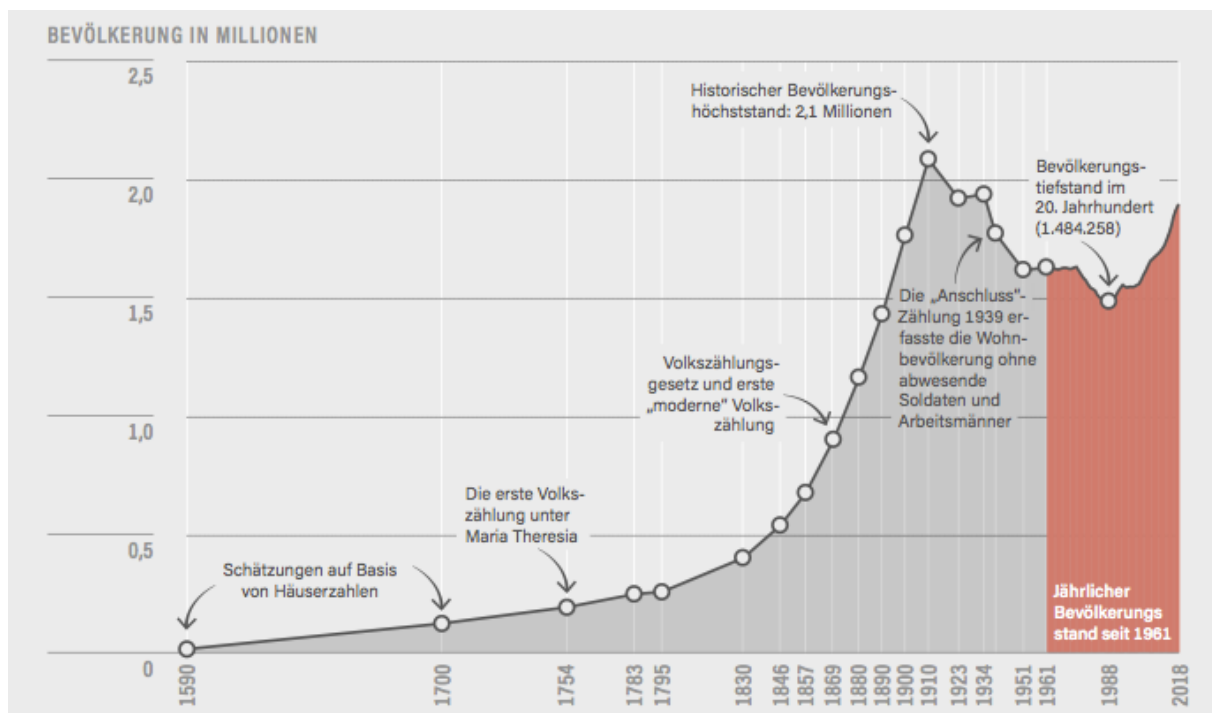


Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in Wien nach heutigem Gebietsstand 1590 – 2018 (Quelle: BAUER, FENDT, HAYDN, REMMEL & SEIBOLD, 2018, S. 35)

In Abbildung 1 ist zum einen ersichtlich, dass Wien bereits um 1900 über zwei Millionen EinwohnerInnen und zum anderen im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder Phasen der Stagnation und des Bevölkerungsrückgangs aufzuweisen hatte. Besonders seit Anfang der 2000er Jahre begann die Einwohnerzahl sehr stark zu steigen. Dieses starke Bevölkerungswachstum ist besonders auf die hohen Zuwanderungszahlen zurückzuführen. (vgl. BAUER u. a., 2018, S. 5) Diese jährlichen Wachstumsraten waren nur vor dem Ersten Weltkrieg noch höher. „Trotz der eher moderaten Zuwächse zwischen 2006 und 2010 stieg die Bevölkerung Wiens im Zeitraum 2002 bis 2018 um nahezu 318.000 Menschen auf 1.888.776 an.“ (BAUER u. a., 2018, S. 33) Dieser Zuwachs entspricht mehr als der Einwohnerzahl von Graz. In den letzten Jahren wuchs die Einwohnerzahl jährlich im Schnitt

von fast 22.000 Menschen auf 1.897.491 im Jahr 2019. (vgl. MA 23 - WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK, 2019a) Darüber hinaus gibt es in Wien einen relativ hohen Anteil an im Ausland geborener Personen (36%) sowie an jungen Menschen. Mit einem Medianalter von 39 Jahren ist es das jüngste Bundesland Österreichs. 31,4% sind im Alter einer Familiengründung, was für die Berechnung der Bevölkerungsprognose eine relevante Kennzahl darstellt. (vgl. BAUER u. a., 2018, S. 20) Es wird prognostiziert, dass in den kommenden dreißig Jahren in Wien 15,5%, also 289.000 Menschen mehr leben werden und die Stadt somit 2027 mehr als 2 Millionen EinwohnerInnen haben wird, 2036 soll der historische Höchststand von 2.083.630 Personen übertroffen und 2048 soll Wien Wohnort für 2,178 Millionen Menschen sein. Das Wachstum entspricht etwa jenem der letzten 15 Jahre und gilt als „vergleichsweise moderat“. (BAUER u. a., 2018, S. 3) Die erwartete jährliche Bevölkerungswachstumsrate liegt bei 0,5%, was eine theoretische Verdoppelung innerhalb von 140 Jahren bedeuten würde. (vgl. ebd. S. 73)

„Während das starke Bevölkerungswachstum der zurückliegenden 15 Jahre zu mehr als 90 % auf dem Zuwachs von im Ausland geborener Bevölkerung beruhte, dürfte in den kommenden 30 Jahren ein beträchtlicher Teil des prognostizierten Wachstums der Stadt Wien (44,0%) durch den Zuwachs von in Österreich geborenen Personen erzielt werden.“ (ebd.)

Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken und Zählbezirken unterschiedlich. Wie in Abbildung 2 sichtbar ist, gibt es auch Regionen, in denen die

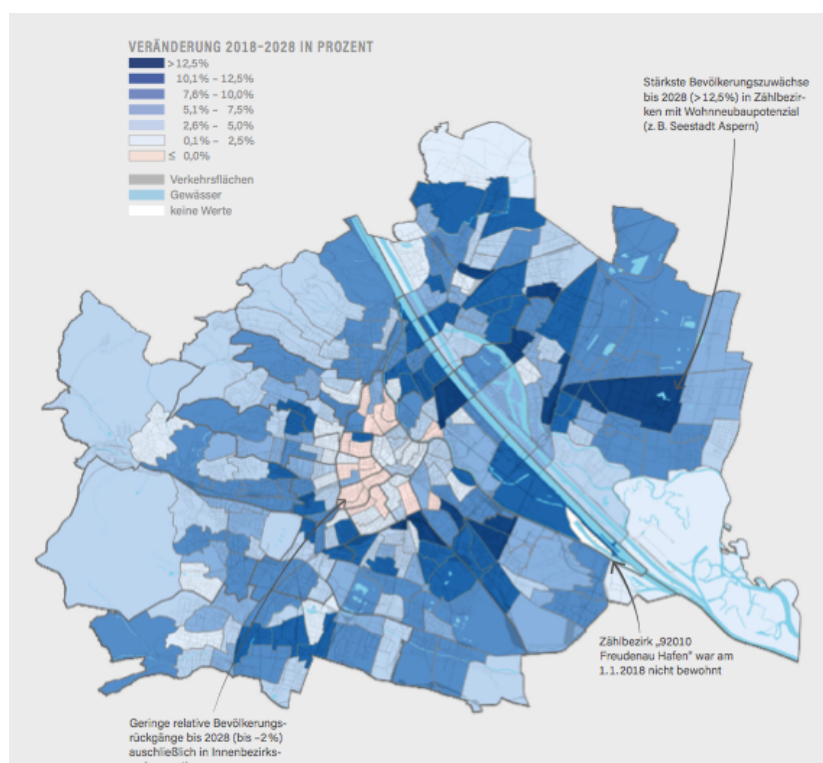


Abbildung 2: Bevölkerungsveränderung in den Wiener Zählbezirken – 2018 bis 2028 (Quelle: BAUER u. a., 2018, S. 141)

Bevölkerung sogar abnimmt, wie etwa in Innenbezirkswohnquartieren. Auch in den Zählbezirken rund um den Reumannplatz steigen die Zahlen unterschiedlich. Erkennbar ist die starke Zunahme im Sonnwendviertel, aber auch Zuwächse in den östlich angrenzenden Gebieten.

In Bezug auf den öffentlichen Raum wird im Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor festgestellt, dass die Wohndichte sowie die Werte des Indikators für „potenziellen Nutzungsdruck“ beinahe in der gesamten Stadt ansteigen. Dies trifft auch auf Flächen- und Außenbezirke zu, weshalb dem allen zugänglichen Freiraum eine wachsende Bedeutung zukommt. In Bezug auf den zurückliegenden Bevölkerungszuwachs, ergibt die 2016 durchgeführte Studie, dass

„Zuwanderung (bzw. die Aufnahme von Geflüchteten) im Jahr 2016 nach der Arbeitslosigkeit als zweitgrößter Problembereich für Wien wahrgenommen [wird]. Eng verbunden mit dieser Wahrnehmung ist die verbreitete Besorgnis sowohl der befragten zugewanderten als auch nicht-zugewanderten Bevölkerung, dass der eigene Lebensstandard sinken könnte (Abstiegsängste).“ (MA 17 - Integration und Diversität, 2017, S. 176)

Trotzdem wird das Zusammenleben beider Gruppen weiterhin als „mehrheitlich positiv wahrgenommen“. (ebd.) In Abbildung 3 ist der potenzielle Nutzungsdruck auf Freiflächen 2013 und 2015 abgebildet. Der Anstieg wienweit, aber auch im Untersuchungsgebiet rund um den Reumannplatz innerhalb der zwei Jahre ist deutlich erkennbar. Auch wird sichtbar, dass der potenzielle Nutzungsdruck auf den Reumannplatz im Verhältnis zu anderen Plätzen in Wien relativ hoch ist.

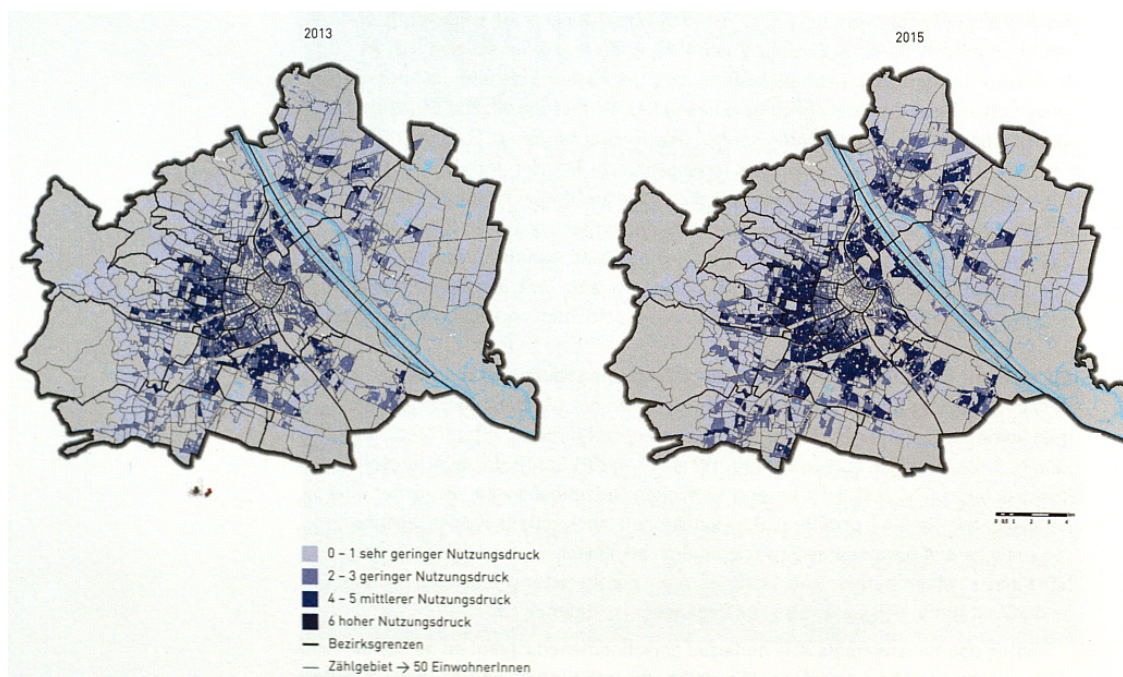


Abbildung 3: Potenzieller Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum bzw. die Freiflächen im Vergleich 2013 und 2015 (Quelle: MA 17 INTEGRATION UND DIVERSITÄT, 2017, S. 178)

Durch den Indikator „Potenzieller Nutzungsdruck“ soll sichtbar werden, wo der Bedarf nach Freiflächen und öffentlichen Raum besonders groß ist und damit die Wahrscheinlichkeit von Nutzungskonflikten oder Ausweichverhalten steigt. Je mehr Menschen in einem Gebiet leben und je stärker sie es nutzen möchten, z.B. aufgrund viel und flexibel vorhandener Tagesfreizeit, desto größer ist auch potenziell der Druck auf den öffentlichen Raum und die Infrastruktur. (vgl. MA 17 - INTEGRATION UND DIVERSITÄT, 2017, S. 177) Bei der Berechnung werden neben der Einwohnerdichte auch Einkommen, Arbeitslosigkeit und Bezüge bedarfsorientierter Mindestsicherung miteinbezogen. (vgl. ebd. S. 178)

4.2 Privatisierung

Wovon wird gesprochen, wenn von Privatisierung die Rede ist? Welche Formen gibt es und was sind die Potenziale sowie Gefahren, die damit einhergehen können? Nach der Beantwortung dieser Fragen wird sich anschließend zeigen, dass in Wien nicht alle Formen der Privatisierung im öffentlichen Raum gleichermaßen diskutiert werden und auch nicht im gleichen Ausmaß realisiert werden wie andernorts.

4.2.1 Formen der Privatisierung

Wie aus Kapitel 3.3 hervorgeht, ist die Trennung zwischen privat und öffentlich nicht so eindeutig, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. „the privatization of public space and the curtailment of the public sphere are certainly not a *fait accompli*. Indeed the dilemma of public space is surely trivialized by collapsing our contemporary diagnosis into a lament about private versus public.“ [Herv. i. O.] (SMITH & LOW, 2006, S. 12) Dementsprechend vielfältig sind auch verschiedene Formen der Privatisierung, die im Folgenden erläutert werden sollen, da mit diesem Begriff oft verschiedene Entwicklungen gemeint sind, die sich auf verschiedenen Ebenen abspielen. Selle nennt dabei quantitative Veränderungen (private, kommerzielle Nutzung breitet sich flächenmäßig aus), funktionale Verlagerung (Funktionen von traditionellen Plätzen werden von privat produzierten Räumen übernommen), ästhetische Phänomene (traditionelle Bilder von öffentlichen Räumen werden z.B. auf private Einkaufszentren übertragen), Verlagerung von rechtlicher Kontrolle (z.B. an privates Wachpersonal), Zunahme sozialer Selektivität (Räume sind nicht mehr allen jederzeit zugänglich) oder Abgabe von Steuerungskompetenzen an private AkteurInnen (z.B.

Aufgaben der Stadtentwicklung im Bereich der Planung, Entwicklung oder Finanzierung). (vgl. SELLE, 2004, S. 135 f.)

In Bezug auf quantitative Veränderungen nennt Selle u.a. den steigenden Individualverkehr, vermehrte Nutzung öffentlicher Räume für private Zwecke sowie zunehmende Nutzung für Gastronomie und Handel auf öffentlichen Flächen, was teilweise auch als Kommerzialisierung bezeichnet wird. (vgl. ebd. S. 135) Auch kann als Form der Privatisierung gesehen werden, dass das Verhalten im öffentlichen Raum „privater“ wird, was Selle u.a. am Telefonieren in der Öffentlichkeit oder an Veränderungen im Alltagsgewand festmacht. Durch die genannten Entwicklungen wird suggeriert, dass es u.a. einen Flächenverlust öffentlicher Räume gäbe, die Funktionen und Aktivitäten eingeschränkt werden, Aus- und Abgrenzung zunehmen sowie öffentliche Aufgaben von Privaten übernommen werden. (vgl. ebd. S. 135 f.)

Auch Herlyn schreibt von einem „Trend zur rechtlichen Privatisierung öffentlicher Räume“, der besonders in der Zunahme von Einkaufszentren oder Gated Communities sichtbar werde und damit auch darin, dass vermehrt private Developer die Stadt planen und privates Management die politische Administration ablöst. (HERLYN, 2006, S. 125) Siebel spricht deshalb von einer „Privatisierung von Funktionen des öffentlichen Raums“ sowie einer „Einhausung von Stadt“, bei der private AkteurInnen alle Bedürfnisse ihrer KundInnen abzudecken versuchen und somit die Stadt „inkorporieren.“ (SIEBEL, 2010, S. 125) Doch auch die vielfältige Ausbreitung privatwirtschaftlicher Aktivitäten falle laut Herlyn unter den Begriff der Privatisierung: „Der öffentlich nutzbare Raum wird eingeschränkt durch Werbetafeln, Sitzgruppen der privaten Gastronomie (z.B. Straßencafés), konsumfördernde Auslagen des Einzelhandels und anderes mehr“, wodurch die „Erlebnisvielfalt öffentlich nutzbarer Räume“ eingeschränkt wird. (HERLYN, 2006, S. 125) Der Autor schließt daraus, dass Räume nicht mehr für alle frei zugänglich sind, Ausgrenzung leichter möglich wird und das Interesse des jeweiligen Unternehmens im Vordergrund steht. Es gehe dabei um eine „Ausdehnung des privat organisierten Raumes auf Kosten öffentlicher Räume, was man mit dem Begriff der Pseudoöffentlichkeit umschreiben könnte.“ (HERLYN, 2006, S. 125) Auch Kemme und Reicher schreiben, dass die Tendenz der Privatisierung eine „selektive, soziale Ausgrenzung [forciert]“: „Die Stadt wird mehr und mehr eingerichtet für den kaufkräftigen, erwachsenen Kunden.“ Und ältere, arme Menschen, Kinder und teilweise auch Frauen werden „an den Rand gedrängt“. (REICHER & KEMME, 2009, S. 20)

„So breiten sich immer mehr private Räume in der Stadt aus, die ihre eigenen Zugangs- und Verhaltensregeln aufstellen und sich das Recht einräumen, einigen Bevölkerungsgruppen – wie etwa Armen, Alkohol- und Drogenabhängigen, Obdachlosen usw. – den Zugang zu verwehren.“ (SCHROER, 2006, S. 233)

Auch Hertzsch argumentiert, dass sich die Städte auf verschiedenen Ebenen wandeln, wie in der zunehmenden heterogenen Bevölkerung, steigender Einkommensungleichheit oder Zuwanderung erkennbar ist. Auch die Veränderung in der Finanzierung spielt eine große Rolle für öffentliche Räume:

„Die Finanznot der Städte führt u.a. dazu, dass Pflege, Sicherheit und Anpassung an aktuelle Bedürfnisse nicht mehr gewährleistet werden können; [...] Ideologischer Druck wie neoliberale Tendenzen und Verschiebung der Verantwortlichkeiten von ‚oben‘ nach ‚unten‘ ermöglichen zunehmend die Durchsetzung von Partikularinteressen in öffentlichen Räumen, wodurch Privatisierung und ‚Reinigung‘ des öffentlichen Raumes durch Überwachung, Zugangskontrollen und –kodizes [...] intensiviert werden.“ (HERTZSCH, 2010, S. 89 f.)

Für Heindl stellt die Privataneignung von öffentlichem Raum insofern ein Problem dar, weil die Stadt dadurch Gestaltungsmöglichkeiten und Teilhabe sowie demokratische Mitbestimmung verliert. (vgl. HEINDL, 2016, S. 94) Das begründet sie mit Rückgriff auf David Harvey, der die „gegenwärtige Forcierung der Privatisierung, unterstützt durch staatlich verordnete Austeritätspolitik“ in einem Akkumulationsprozess verortet. Durch Enteignung von Teilen der öffentlichen Sphäre wird so privates Vermögen angehäuft, also akkumuliert. (ebd.) Der Druck privatwirtschaftlicher Profitinteressen auf öffentlichen Raum sei auch an den Veränderungen am Wiener Donaukanal erkennbar. (vgl. ebd.) Sie erwähnt in diesem Zusammenhang die relativ niedrigen Abgaben, die im „Gesetz über die Erteilung von Erlaubnissen zum Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund und die Einhebung einer Abgabe hiefür [sic!]“ festgehalten sind. (ebd. S. 95) Allerdings soll ein öffentliches Gut ja auch „grundsätzlich nicht hochpreisig verwertbar sein“. Problematisch wird es, wenn profitorientierte Lokale die städtischen Flächen pachten und es so kein öffentliches Gut mehr ist, sondern „Einzelprofit bringender Boden“. (ebd.) Sie argumentiert deshalb folgendermaßen:

„Weil städtischer Boden heute ein potenzielles Eroberungsgebiet des Kapitals darstellt, vor allem aber ein wertvolles Gut ist, das nicht reproduzierbar ist, geht es neben der Erhöhung von Abgaben bei Aneignung jedoch zu allererst um die grundsätzliche Begrenzung von Kapitalisierung, von privater Aneignung.“ (HEINDL, 2016, S. 97)

Auf europäischer Ebene sind in diesem Kontext zunehmende Interessenkonflikte feststellbar. Knierbein fasst anhand von drei Beispielen zusammen, dass sich der erste Eindruck verfestigt,

„dass vielfältige (soziale und wirtschaftliche) Spannungen durch strategische, gestalterische und planerische Eingriffe in öffentlichen Räumen sogar noch verstärkt oder verschärft worden sind: In Berlin wird der öffentliche Raum systematisch zur Ware gemacht, in Mailand entstehen sozial entmischte städtische Enklaven in der Stadterneuerung und in Budapest wird die allgemeine Versorgungsfunktion des öffentlichen Raumes durch einseitige Regulierungen eingeschränkt bzw. ausgesetzt.“ (KNIERBEIN, 2016, S. 45 f.)

Diese Tendenzen entsprechen auch den Aussagen der Charta von Leipzig 2007: „As soft locational factors, they [public spaces, Anm.] are important for attracting knowledge, industry, business, a qualified and creative workforce and for tourism.“ (EUROPÄISCHE KOMMISSION; 2007, S. 3) In diesem Zusammenhang sieht Knierbein eine „unternehmerische Wende“ in der Stadtentwicklung, die eher aus betriebswirtschaftlicher, marktorientierter Sicht agiert, denn aus volkswirtschaftlich, langfristiger Perspektive. Das sei allerdings kein neues Phänomen, sondern beschrieb Bob Jessop bereits 1997 als „the entrepreneurial city“. (KNIERBEIN, 2016, S. 46)

An mehreren Stellen wird jedoch die mangelnde empirische Untersuchung dieser Entwicklungen, die unter Privatisierung subsummiert werden, kritisiert. (vgl. SELLE, 2004, S. 138) Nissen schreibt darüber hinaus, dass Privatisierung in Städten nicht „*passiert* [...], sondern kommunale Akteure werden aktiv.“ [Herv. i. O.] (NISSEN, 2006, S. 140) Argumente dafür sind kommunaler Schuldenabbau, Erhöhung der Sicherheit sowie Globalisierung und Festivalisierung, wobei die Autorin insbesondere von stark privatisierten Räumen spricht wie umzäunte Parks, Bahnhöfe, Shopping Malls oder Gated Communities. (vgl. ebd. S. 140 ff.)

Darüber hinaus gibt es auch Gegenstimmen, die diese Veränderungen zum Teil positiv sehen. Einerseits entstehe durch die Konkurrenz mehr Belebung und andererseits gebe es quantitativ gesehen heute mehr öffentlich nutzbaren Raum als früher. (vgl. SELLE, 2008, S. 10) Kommerzielle Nutzungen und Konsum machen „die Stadt bunter und lebendiger und [das] steigert die Attraktivität der Stadt.“ (BORK u. a., 2015, S. 13) Diese Entwicklungen können auch die nachbarschaftlichen Beziehungen stärken und zur Identifikation mit der Stadt oder dem Stadtteil beitragen. Außerdem schreiben Bork u.a.: „Der Öffentliche Raum war schon immer Ort für kommerzielle Nutzungen und Konsum.“ (ebd.) Zwar steigen mit dem Bevölkerungswachstum auch die nicht kommerziellen Bedürfnisse nach Ruhe oder konsumfreien Räumen, Grünflächen, breite Gehsteige usw., durch die belebende Wirkung sind kommerzielle Nutzungen allerdings „auch ein durchaus gewünschter Teil des öffentlichen Lebens [...]“ (PICHLER, 2016, S. 88)

Auch hinsichtlich der Nutzungen scheint es nicht nur problematische Entwicklungen zu geben. Neue Nutzungen, neue Aktivitäten und Events, v.a. auch facettenreiche Konsummöglichkeiten werden geschaffen. Studien zeigen jedenfalls, dass der öffentliche Raum mehr genutzt wird, nicht weniger. (vgl. SELLE, 2004, S. 133) In Bezug auf den motorisierten Individualverkehr ist zu sagen, dass heute zunehmend autofreie oder verkehrsberuhigende Zonen geschaffen werden. (vgl. ebd. S. 137) Bork u.a. sprechen gar von einem Rückgang des motorisierten Individualverkehrs, da seltener das Auto verwendet wird und weniger Personen ein Auto besitzen. (vgl. BORK u. a., 2015, S. 10)

Des Weiteren ist hervorzuheben, dass Privatisierung kein neues Phänomen darstellt. So wurden bereits im 19. Jahrhundert Stadtteile auf private Initiative gebaut oder Arbeitersiedlungen von Unternehmen gebaut, wodurch das Alltagsleben privat kontrolliert wurde. (vgl. SELLE, 2004, S. 138) Zusätzlich werden ehemalige abgeschottete Bereiche vermehrt öffentlich, was beispielsweise im Nordbahnhofviertel oder in der Seestadt sichtbar ist. Darüber hinaus wurden beispielsweise in Wien in den Jahren um 2000 unzählige Stadtplatzprogramme realisiert, 370 Projekte durchgeführt, mehr als drei Mio. m² (um)gestaltet, 4.550 Baumpflanzungen vorgenommen, 105 000 m² Grünflächen erschlossen und 420.000 m² Fußgängerflächen geschaffen. (vgl. SELLE, 2004, S. 140)

4.2.2 Privatisierung in Wien

Geht es um die quantitative Ausbreitung privater Nutzungen im öffentlichen Raum, kann auch in Wien von einem Anstieg gesprochen werden. Insbesondere temporäre Nutzungen, kulturelle und kommerzielle Veranstaltungen an zentralen Orten, wie etwa dem Rathausplatz haben einen Anstieg zu verzeichnen, was auch unter dem Stichwort „Festivalisierung“ beschrieben wird.⁸ Darüber hinaus werden Arbeits- und Öffnungszeiten verlängert und Events wie Open-Air-Kinos oder Public-Viewings nehmen zu, worin Bork u.a. eine steigende Kommerzialisierung beobachten. (vgl. BORK u. a., 2015, S. 10) Auch im „Fachkonzept Öffentlicher Raum“ ist diese Entwicklung beschrieben:

„Die kommerziellen Nutzungen des öffentlichen Raums haben an attraktiven Orten und

⁸ Siehe u.a.:

HATZ, Gerhard (2011): Die Festivalisierung der Stadt. Das Beispiel Wien. In: MATZNETTER, Walter, MUSIL, Robert: Europa: Metropolen im Wandel. Wien: Mandelbaum, S. 279-292, 2011.

HOFFER, Gerhard (2008): Die Festivalisierung der Stadt. Am Beispiel des Wiener Rathausplatzes. Diplomarbeit. Universität Wien, Wien.

KRISCH, Astrid und HILTGARTNER, Karin (2019): Vienna Town Hall Square: being put into place between Festivalization and the Right to Public Space. In: Der öffentliche Sektor 45(2), S. 37-46.

in zentralen Lagen Wiens in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen. Dabei geht es sowohl um Verkaufsstände als auch um gastronomische Angebote.“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 16)

Auf der anderen Seite gebe es auch Stadtbereiche, „in denen eine Vermarktung nicht so gut gelingt“ und die zu wenig belebt sind. (vgl. ebd.)

Auch hinsichtlich der Finanzierung lässt sich in Wien erkennen, dass neue Kooperationen zunehmen:

„Da die Finanzen der Gebietskörperschaften generell knapper werden, sind auch weniger finanzielle Ressourcen für den Bau und die Erhaltung des öffentlichen Raums vorhanden. Gleichzeitig werden aufgrund des prognostizierten Bevölkerungswachstums mehr neue öffentliche Räume notwendig. Aus diesen Gründen nehmen Modelle zur Finanzierung durch Kooperationen mit privaten AkteurInnen zu.“ (ebd. S. 16)

Die rechtliche Grundlage wurde in der Wiener Bauordnung 2014 geschaffen, in der privatrechtliche Vereinbarungen in Bezug auf die Flächenvorsorge geregelt sind. (vgl. ebd.) Beispiele sind hierbei z.B. die Neugestaltung der Herrengasse, „[d]ie erste privat finanzierte Begegnungszone Wiens“ (JAHN, 2017, S. 8) oder auch die Umgestaltung der Rotenturmstraße, die in Kooperation privater und öffentlicher AkteurInnen finanziert wird. (vgl. PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN, 2019) Ritt kritisiert dabei einerseits, dass diese Projekte nur kurzfristig kostengünstiger sind und private Hausordnungen sich leichter durchsetzen können, aber auch Investitionen in den öffentlichen Raum eher dort entstehen, „wo private Investoren ein Verwertungsinteresse haben“ und nicht „wo sie am dringendsten gebraucht werden.“ (RITT, 2017, S. 67) Durch die Sparvorgaben, die von Bund und EU vorgegeben werden und u.a. im 2012 in Kraft getretenen Österreichischen Stabilitätspakt festgeschrieben sind, werden neue Investitionen auf Kreditbasis verhindert und damit öffentliche Ausgaben eingeschränkt. (vgl. ebd. S 66 f.)

Maßnahmen sollen in diesem Sinne „[v]or dem Hintergrund knapper werdender öffentlicher Budgets“ aus Sicht der Verwaltung „kosteneffizient“ umgesetzt werden, da „auch mit wenig finanziellen Mitteln große Verbesserungen in der Aufenthaltsqualität herbeigeführt werden können.“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 19) Im Budget-Voranschlag der Stadt Wien für 2019 ist von „vernünftigem Sparen, smarten Reformen und gezielten Investitionen“ zu lesen. (STADT WIEN, 2018, Vorwort) Wie viel für öffentlichen Raum ausgegeben werden soll, ist nicht erkennbar, in den Zielen, die in Bezug auf Gender Budgeting formuliert sind, lässt sich jedoch ein relativ hoher Stellenwert des öffentlichen Raums erkennen. Als Ziele sind u.a. genannt: „Stärkung der Position und Präsenz von

Mädchen z.B. im öffentlichen Raum“ (STADT WIEN, 2018, S. 271), „Schaffung von geschützten ‚öffentlichen Räumen‘“ (ebd. S. 272), „zielgruppenspezifisch adäquate Versorgung mit Grün- und Freiräumen und öffentlichen Räumen“ (ebd. S. 305). Für die Magistratsabteilung 19 sind u.a. Studien für den Öffentlichen Raum sowie Beteiligungsverfahren vorgesehen, die je nach Anforderung, finanzieller und personeller Ressourcen durchgeführt werden sollen und sowohl die Aufenthaltsqualität steigern sowie die Zufriedenheit der BürgerInnen verbessern sollen. (siehe Abbildung 4)

Dienststelle	Ansatz	Genderspezifisches Ziel	Geplante/-s Angebot, Maßnahme, Projekt	Indikatoren	geplante NutzerInnenanteile	
					w	m
MA 19	0311	Barrierefreie Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der öffentlichen Gebäude	Umsetzung des "Wiener Antidiskriminierungsgesetzes", Planung von baulichen Maßnahmen für die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude	Steigerung der individuellen Mobilität	50%	50%
		Berücksichtigung der Grundsätze des Gender Mainstreamings bei der Planung im öffentlichen Raum (Attraktivierung von fußläufigen Verbindungen, Öffnen von Barrieren)	Auf Bezirksebene werden je nach budgetärer Möglichkeit und personeller Ressourcen Studien für den öffentlichen Raum durchgeführt; das Fachkonzept Öffentlicher Raum wird umgesetzt.	Steigerung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, Verbesserung des Modal Split (siehe Masterplan Verkehr)		
		Berücksichtigung der Grundsätze des Gender Mainstreamings bei der Planung im öffentlichen Raum	Je nach Anforderung werden für künftige Planungen von Öffentlichen Räumen Beteiligungsverfahren durchgeführt.	Verbesserung der Zufriedenheit der BürgerInnen		

Abbildung 4: Gender Budgeting im Voranschlag für Wien 2019 (Quelle: STADT WIEN, 2018, S. 307)

2014 wurden von der Stadt Wien von 1000 Euro Steuereinnahmen 160 Euro, also ein Sechstel für öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Raum ausgegeben. (vgl. BORK u. a., 2015, S. 27) Dabei ist anzumerken, dass die Neugestaltung und Erhaltung von Öffentlichen Raum, Straßen, Plätzen und Parks in der Kompetenz der Bezirke liegt und demnach auch vom Bezirksbudget finanziert werden müssen. Ausnahmen stellen übergeordnete Planungen dar. (vgl. ebd. S. 28)

Die Stadt Wien positioniert sich in der Frage nach privaten und öffentlichen Nutzungs- und Interessenkonflikten in einer vermittelnden Rolle:

„Die Nachfrage zur Aneignung und Nutzung von öffentlichem Raum steigt. Kommerzielle Nutzungen wie Veranstaltungen, Märkte und Gastronomie machen die Stadt lebendig. Aber gleichzeitig dürfen Aufenthaltsbereiche ohne Konsumationspflicht in begehrten Zonen nicht verlorengehen. Die Stadt muss daher auf ein ausgewogenes, auf den jeweiligen Ort abgestimmtes Verhältnis von konsumpflichtfreien und kommerziellen Angeboten achten.“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 59)

Dies entspricht auch dem offiziellen Wording, wenn beispielsweise Maria Vassilakou im Vorwort der Studie „Kommerzielle und nicht-kommerzielle Nutzung im öffentlichen Raum“ der Arbeiterkammer Wien schreibt, dass es um ein „befruchtendes Nebeneinander“ geht. (VASSILAKOU, 2015, Vorwort) Interessen der verschiedenen AkteurInnen, die den Raum „herstellen, verwalten, pflegen und nutzen“ sind verschieden:

„Stehen für die Stadt – vereinfacht ausgedrückt – gesellschaftliche und kulturelle also kommunale Interessen wie z.B. die Bereitstellung allgemein zugänglicher und nutzbarer öffentlicher Räume [...] im Vordergrund, sind am Markt agierende oder orientierte Unternehmen vorwiegend an repräsentativen öffentlichen Räumen zur Adressbildung, an einer Wertsteigerung der Immobilie oder an belebten Räumen mit KundInnenfrequenz interessiert.“ (BORK u. a., 2015, S. 25)

Diese Interessen können jedoch vereinbart werden, auch wenn sich Betreiber und Berufs- und Interessensvertretungen eher für kommerzielle Nutzung einsetzen und Stadtpolitik, Verwaltung, Zivilgesellschaft eher für die „Daseinsvorsorge Öffentlicher Raum“ zuständig sind. (BORK u. a., 2015, S. 25) Inwiefern dieser Interessenkonflikt auch im Untersuchungsbeispiel sichtbar wird, wie sich die befragten AkteurInnen darin positionieren und welche Kompromisslösung gefunden werden kann, wird in der Auswertung der empirischen Ergebnisse beschrieben. (siehe insb. Kapitel 8.4.4)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass vor allem zwei Formen der Privatisierung im öffentlichen Raum in Wien realisiert und diskutiert werden. Einerseits nehmen privatisierte Nutzungsformen in Form von Veranstaltungen aber auch gastronomischen Angeboten und Schanigärten zu, weshalb auch von Kommerzialisierung gesprochen werden kann. Diese Tendenz ist zu erkennen, auch wenn vonseiten der Stadt ausdrücklich ein ausgeglichenes Verhältnis angestrebt wird und dem konsumfreien Raum ein sehr hoher Stellenwert zugeschrieben wird. Andererseits ist auch die Tendenz zu erkennen, dass sich zunehmend Private bei der Finanzierung von Projekten im öffentlichen Raum beteiligen, beispielsweise in Form von Public-Private-Partnerships. Andere Formen wie etwa die Auslagerung von Überwachung, Erhalt und Pflege an private Dienstleister scheint in Wien weniger relevant zu sein. Auch streng abgeschottete Wohnkomplexe wie Gated Communities und andere Formen der stark privatisierten Räume auf öffentlichem Grund scheinen sich nicht stark auszubreiten.

4.2.3 Spannungsfeld Schanigarten

Ein Beispiel von Privatisierung im öffentlichen Raum stellen Schanigärten dar, die auch im vorliegenden Untersuchungsbeispiel eine Rolle spielen.

Aus Sicht der Stadtentwicklung erfüllen Straßencafés eine zentrale Rolle als Aufenthaltsort und haben sich in den letzten Jahrzehnten global gesehen stark vermehrt. Gehl erklärt das u.a. dadurch, dass die StädterInnen heute mehr Freizeit und mehr Geld haben. (vgl. GEHL, 2016, S. 169) „Das Hauptmotiv für diese Aktivität ist der Wunsch nach Erholung, Freizeit und Vergnügen.“ (GEHL, 2016, S. 170) Es hat sich gezeigt, „dass Städte und öffentliche Räume vor allem dann belebt werden, wenn sie die Menschen motivieren, sich dort länger

aufzuhalten. Viele Menschen, die nur kurz verweilen oder hindurchgehen, machen noch keine lebendige Stadt aus.“ (ebd. S. 171)

Doch vor dem Hintergrund der Diskussion über zunehmende Privatisierung sowie Kommerzialisierung und dadurch einhergehende mögliche negative Effekte wird auch die Ausbreitung von Schanigärten kritisch gesehen. Deshalb wird mancherorts für eine strengere Regelung, preisliche Anpassung der Tarife oder aber einfachere Regelungen für konsumfreie Nutzungsangebote plädiert. Pichler spricht sogar von einer jährlich aufkommenden Diskussion um die Flexibilisierung und Liberalisierung von Schanigärten, anhand deren man deutlich bestehende Interessenskonflikte sowie zunehmende kommerzielle Begehrlichkeiten am öffentlichen Raum erkennen könne. (vgl. PICHLER, 2016, S. 88)

Grundsätzlich gilt für öffentliche Plätze: „Alles was über den Verkehr (Auto-, Rad-, Fußgängerverkehr) hinausgeht, gilt als Sondernutzung des öffentlichen Raums und bedarf der Genehmigung, das beginnt z.B. schon beim Sessel, den sich jemand vor seine Haustüre stellt.“ (BORK u. a., 2015, S. 30) Es ist bei den jeweils zuständigen Abteilungen die Bewilligung einzuholen. „Die Vielzahl an Zuständigkeiten sowie zahlreiche gesetzliche Grundlagen, Richtlinien und Regelungen“ führen bei vielen BürgerInnen, aber auch Fachleuten zu Unklarheiten bezüglich der Möglichkeiten zur Stadtaneignung. (BORK u. a., 2015, S. 30 f.) Außerdem können sich diese Nutzungsentscheidungen und damit die Genehmigungen und Auflagen in verschiedenen Bezirken unterscheiden. Es gibt keine einheitlichen oder verbindlichen Kriterien für die Ausstattung des öffentlichen Raumes. Der Bezirk trifft diese politischen Entscheidungen. (vgl. BORK u. a., 2015, S. 31) Während es für kommerzielle Nutzungen (wie etwa Schanigärten) zumindest Empfehlungen und Vorgaben gibt, sind nicht kommerzielle Nutzungen weit unregelter. Die Tarife zur kommerzielle Nutzung von öffentlichen Räumen sind

„durchwegs niedrig, insbesondere jene für Schanigärten, Baucontainer und Baumateriallagerung sowie Warenausräumungen. Bei Monatsabgaben in Größenordnungen von 1,0 bis 15 Euro / m² können diese kaum den Verwaltungsaufwand, der der öffentlichen Hand entsteht, abdecken und erscheinen der Abgeltung des Nutzungsentzuges von Gemeinflächen zu privaten Zwecken nicht entsprechend.“ (BORK u. a., 2015, S. 31)

Verglichen wird das von Bork u.a. mit der Schweiz, wo in Relation weit höhere Tarife verlangt werden. In Deutschland hingegen wird der öffentliche Raum ebenfalls recht günstig vergeben. Auch Zech meint, dass der kommerzielle Druck u.a. in Form von Schanigärten auf öffentlichen Raum auch deshalb so groß ist, weil die Tarife für kommerzielle Nutzung zu

niedrig seien. (vgl. ZECH, 2016, S. 84) Sie fordert deshalb „Kostenwahrheit“, beispielsweise in Form von gestaffelten Tarifen je nach Knappheit und Lage des öffentlichen Raums, Art der Nutzung, AkteurIn der Nutzung (Profit- oder Non-Profit) sowie erzielter Rendite. (ebd.)

Vonseiten des Gewerberechts wird versucht, Gastgärten zu deregulieren, wobei laut Klose „die tatsächlichen Verhältnisse“ von der starken Zunahme der Gastgärten im städtischen Raum sowie deren Nutzung geprägt seien. „Durch diese Entwicklung und den damit verbundenen ‚Nutzungsdruck‘ im öffentlichen Raum sehen sich die Gastgärten auf öffentlichem Grund einer Vielzahl von einzuhaltenden Normen gegenüber, die den Deregulierungsbemühungen widerstreiten.“ (KLOSE, 2018, S. 156) Zusammenfassend lässt sich sagen:

„Gastgärten erfreuen sich zusehends größerer Beliebtheit. Einerseits wird versucht, dieser Nachfrage durch einfachere gesetzliche Rahmenbedingungen entgegenzukommen. Auf der anderen Seite unterliegt der öffentliche Raum einem starken Nutzungsdruck, der für die Gemeinden eine große Herausforderung darstellt, um für alle verschiedenen Nutzungen geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.“ (ebd. S. 159)

4.3 Gentrifizierung und Verdrängung

Der Begriff Gentrification geht auf die Soziologin Ruth Glass aus den 1960er Jahren zurück, womit sie den Zusammenhang von „(Wieder-)Aufwertung baulicher städtischer Strukturen“ mit sozialer Ungleichheit beschrieb. Der Begriff wird seitdem unterschiedlich gebraucht, Grundlage sind jedoch „Verdrängungsprozesse einkommensberaubter Gruppen in Städten und (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit“. (HAMMER & WITTRICH, 2019, S. 125) Diese innerstädtischen Aufwertungsprozesse von Wohngebieten können „sowohl durch planerische Instrumente der Sanierung von Bausubstanz als auch durch kulturelle und soziale Faktoren angetrieben werden.“ (FREY, 2011, S. 396) Doch auch Tourismus und die sogenannte Kreativwirtschaft, die im Kunst- und Kulturbereich zu verorten ist, können bei diesen Entwicklungen eine Rolle spielen. (vgl. ebd.)

Auch in Wien finden immer wieder Diskussionen statt, inwiefern diese Prozesse stattfinden. Thema war es in Medien und Politik recht lange kaum. Kadi nennt die Diskussion „wellenförmig, aber stillstehend“ und formuliert drei Gründe, warum Wien nachgesagt wird, es gäbe keine Gentrifizierung (vgl. KADI, 2016): viel sozialer Wohnbau, das Instrument der sanften Stadterneuerung und das österreichische Mietrecht. Er resümiert jedoch, dass alle drei Aspekte nicht ausschließen, „dass auch in Wien die Rahmenbedingungen für Gentrifizierung bestehen. In mehrerlei Hinsicht ermöglicht also auch der traditionell relativ stark regulierte

Wiener Wohnungsmarkt das Auftreten von Gentrifizierungsprozessen und Verdrängung.“ (vgl. ebd.)

Überhaupt wird Gentrifizierung meistens mit Wohnbau in Verbindung gebracht. Wohnraum wird teurer, knapper und gilt als Spekulationsobjekt mit dem Ziel steigender Profite, wodurch ärmere Menschen wegziehen (müssen). So wird beispielsweise in einer Studie der Arbeiterkammer Wien argumentiert, die „erstmal einen Überblick über den Stand der Forschung und Praxis zu Gentrifizierung in Wien“ bietet. (KADI & VERLIČ, 2019, S. 8) Untersucht wurden u.a. Entwicklungen am Yppenplatz bzw. Brunnenmarkt, am Karlsplatz oder Praterstern.⁹ (vgl. HAMMER & WITTRICH, 2019) (vgl. DIEBÄCKER, 2019) Diese Erkenntnis legt nahe, dass im öffentlichen Raum Probleme sichtbar werden, die gar nicht vom oder im öffentlichen Raum gelöst werden können, sondern deren Wurzeln und Ursachen in anderen Bereichen liegen. (vgl. HAMMER, 2016, S. 69)

Trotzdem spielt die Umgestaltung öffentlicher Räume in dieser Diskussion eine nicht zu unterschätzende Rolle, auch wenn Diebäcker schreibt: „Die Bedeutung des öffentlichen Raums für die Gentrifizierung von städtischen Quartieren und die Inwertsetzung von Immobilien ist in der Fachliteratur kaum beschrieben.“ (DIEBÄCKER, 2019, S. 141) Diebäcker untersucht diesen Zusammenhang anhand zweier Beispiele in Wien (Karlsplatz und Praterstern) und kommt zu dem Schluss, „dass sich Attraktivierungsstrategien an Nutzungspräferenzen von Ober- und Mittelklassemilieus ausrichten, womit Grenzen ‚neu‘ gezogen werden, was im öffentlichen Raum künftig als tolerabel und was als intolerabel gelten soll.“ (ebd.) Der Autor stellt fest, dass auch in Wien eine „investitionsbegünstigende Wirtschaftspolitik“ vorherrscht, „um Kapital anzuziehen“ und damit „[g]ünstige Steuerpolitiken, Bereitstellung öffentlicher Flächen und Infrastruktur, großflächige Entwicklungsprojekte im Immobiliensektor oder staatlich-private Entwicklungsallianzen“ legitimiert werden.

„Die Bedeutung des öffentlichen Raums wird in den transnationalen Vermarktungsstrategien Wiens mitvermittelt, wenn ‚weiche‘ Standortfaktoren wie hohe Lebensqualität propagiert werden oder die Festivalisierung der Stadt über Historie, Kultur oder Natur inszeniert wird.“ (ebd. S. 143)

Für Diebäcker können (Um-)Gestaltungen im öffentlichen Raum auch ausschließende Wirkung haben, was er wie folgt argumentiert:

⁹ Siehe: DLABAJA, Cornelia (2016): Das Wiener Brunnenviertel: urbane Raumproduktion: eine Analyse des Wandels von Stadträumen. Wien: new academic press.

Siehe: REDL, Ferdinand (2014): Gentrifizierung im Stuwerviertel: Verdrängungsprozesse in Aufwertungsgebieten. Masterarbeit. Universität Wien, Wien.

„Denn höhere oder mittlere Klassenmilieus fühlen sich durch Wohn- und Freiraumprojekte durchaus angesprochen, werden möglicherweise partizipativ beteiligt und treffen auf ihnen bekannte, präferierte Nutzungsweisen in öffentlichen Räumen. Es sind vielmehr die weniger beachteten oder problematisierten Gruppen, ihre differenten und meist weniger geschätzten Lebensstile und Verhaltensweisen, die direkt oder indirekt bzw. „schleichend“, z. B. im Gefühl, ‚nicht gemeint zu sein‘ oder ‚nicht dazugehören‘, ausgegrenzt werden.“ (DIEBÄCKER, 2019, S. 144)

Darüber hinaus gibt es noch weitere Ausgrenzungsmechanismen, wie etwa polizeiliche Kontrollen oder Alkoholverbote, da sie marginalisierte Personengruppen aus dem öffentlichen Raum vertreiben. (vgl. ebd. S. 150) Wenn durch eine Änderung oder Umgestaltung an einem öffentlichen Raum die Normvorstellungen über „schön“, „normal“ oder „moralisch richtig“ gesteigert werden, gehen damit meist soziale Ein- und Ausschlüsse einher, da dadurch ein „Konformitätsdruck auf jene sozialen Gruppen [erzeugt wird], die nicht direkt als Zielgruppe der Aufwertung adressiert werden.“ Somit werden in diesen Aufwertungen auch stets „Hierarchisierungs- und Homogenisierungseffekte“ sichtbar. (ebd. S. 150 f.)

Wenn darüber hinaus aufgrund der steigenden Mieten längerfristig einkommensschwächere Personen vom umgestalteten bzw. aufgewerteten Platz wegziehen, entsteht ein eher sozial entmischtes Gebiet, statt einer stärkeren sozialen Inklusion. (vgl. KNIERBEIN, 2016, S. 48) Selbst Partizipation ist nicht zwingend ein Garant dafür, diesen Prozess aufzuhalten, denn auch auf der „stadtplanerischen Ebene der politischen Bauregulierungen [müssen] Aspekte von Bestands- und Mietschutz“ miteinbezogen werden. (ebd.) Um Gentrifizierung entgegenzuwirken, fordert Knierbein, dass „in der politischen Abwägung die soziale Dimension öffentlicher Räume stärker [bewertet werden soll] als die positiven Effekte möglicher standortpolitischer Aufwertungsprozesse [...]“, denn wenn die Bevölkerung stärker durchmischt ist, ist auch der soziale Frieden stabiler. (ebd.)

Doch auch unabhängig von Gentrifizierungsprozessen können beim Umgestalten öffentlicher Räume explizite, implizite oder subtile Verdrängungsstrategien angewandt werden, wie etwa „Zugangsbeschränkungen, Sicherheitspersonal, Platz-Verweise, Alkohol- und Aufenthaltsverbote“, aber auch das Entfernen von Sitz- oder Liegemöglichkeiten oder die Einrichtung von Überwachungsmethoden oder unangenehmer Licht- und Toninstallationen. (HAMMER, 2016, S. 68 f.)

Darüber hinaus kann auch die Architektur eine sozial selektive Wirkung ausüben, wenn „im Namen eines ‚öffentlichen Interesses‘“ marginalisierte bzw. weniger erwünschte soziale Personengruppen „aus zentralen Orten des öffentlichen Raumes abgedrängt werden“. (DANGSCHAT, 2009, S. 27) Dangschat spricht hier von einer „Reinigung“ des öffentlichen

Raumes, der vor dem Hintergrund von „Markenbildung von Städten, Regionen und Nationalstaaten“ stattfindet. (ebd. S. 28) Durch spektakuläre Bauten soll die Identifikation der StadtbewohnerInnen gefördert werden, aber auch die Stadt für TouristInnen sowie für InvestorInnen interessanter werden und darauf abgezielt werden, sich im internationalen Städtewettbewerb durchzusetzen. (vgl. ebd. S. 30 f.) Es wird demnach „Architektur und Städtebau (des öffentlichen Raumes) zunehmend lediglich als Standortfaktor genutzt – eine neue Variation der Nutzung von Architektur zu Zwecken der Sicherung von Herrschaft und Macht.“ (ebd. S. 31) Nicht nur durch die Funktion der Gebäude werde Macht ausgedrückt, sondern auch durch die vorhandenen Symbole und „Diskurse um Urbanität, Moderne, Wettbewerbsfähigkeit, Kreativität usw.“ (ebd.)

So ist z.B. auch zu beobachten, dass neue, schicke, teuer wirkende Freiflächen oder auch neue Bahnhöfe, die nach sogenannten „SSS-Konzepten“ (Sicherheit, Sauberkeit, Service) umgestaltet werden, von bestimmten sozialen Gruppen gemieden werden. (DANGSCHAT, 2009, S. 32) Dadurch werden soziale Probleme jedoch nicht gelöst, sondern lediglich verlagert, was mit dem Begriff „designing out“ sozialer Problematik beschrieben werden kann. (DANGSCHAT, 2009, S. 31) Als Beispiel für diese „soziale Reinigung“ nennt Dangschat den Umbau am Karlsplatz, bei dem dadurch eine zunehmende Homogenisierung einsetzte, was für die Stadtentwicklung problematisch sein kann: „Ein über Design und Architektur geprägter städtischer Raum verliert damit an Möglichkeiten einer breiten Identifizierung und damit an Integrationspotenzial einer urbanen Gesellschaft.“ (DANGSCHAT, 2009, S. 32)

Den Zusammenhang zwischen der Gestaltung öffentlicher Räume und Ausgrenzung hat u.a. auch Jan Wehrheim in seinem Buch „Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung“ (2012) ausführlich beschrieben. Darin wird festgehalten, dass nicht nur Verbote und Überwachung ausgrenzende Wirkung haben, sondern auch die konkrete Gestaltung der Räume. Sauberkeit, Ästhetisierung, Design und Raummobiliar sind dabei wesentliche Aspekte. (vgl. WEHRHEIM, 2012, S. 116 ff.) Häußermann und Siebel haben bereits 1987 festgestellt:

„Die stillste und zugleich effektivste Weise, Herrschaft zu sichern, besteht darin, unliebsame Themen aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit auszuschließen. Eben das ist die latente politische Funktion der Ästhetisierung der Stadt.“ (HÄÜßERMANN & SIEBEL, 1987, S. 210)

Unordnung oder mangelnde Sauberkeit wurde historisch nicht nur stets bestimmten Personengruppen zugeschrieben, es wurde auch als Argument gebraucht, ganze Stadtteile

abzureißen oder neu zu bauen. (vgl. WEHRHEIM, 2012, S. 116) Sauberkeit wird damit zu einem Mittel der Ausgrenzung bzw. Aneignung:

„Ein optisch sauberer Platz symbolisiert nicht nur, dass man sich an die heutzutage verinnerlichte Norm der Reinlichkeit zu halten hat, sondern auch, dass dies der Raum der Etablierten ist resp. dass Außenseiter oder gesellschaftliche Gruppen, die mit dem Stigma der mangelnden Sauberkeit belegt sind, in diesen Räumen nichts zu suchen haben.“ (ebd.)

Doch auch die Wahl der Materialien hat eine Wirkung auf den Raum. Materialien oder Gestaltungsobjekte, die elitär oder exklusiv wirken, wie z.B. bestimmte Formen moderner Kunst oder Palmenhaine, „werden dazu eingesetzt, öffentlichen Raum zu ‚veredeln‘ und damit sozial zu teilen.“ Dazu gehören auch Materialien wie Marmor, Granit oder Glas. (ebd. S. 117) Über Ästhetik und Sauberkeit hinaus können auch Design und Raummobiliar ausgrenzend wirken wie beispielsweise ungemütlich gestaltete oder entfernte Sitzmöglichkeiten, Umnutzung oder Umbauten von Nischen und Rückzugsorten oder auch Entfernung von „Unterstandsmöglichkeiten wie Bushaltestellenhäuschen“. (ebd. S. 118 f.) Zweck dieser Maßnahmen kann die explizite Verdrängung von Randgruppen sein, das Reglementieren des Verhaltens aller Menschen, aber auch aus ganz anderen Gründen vollzogen werden, wobei dann zumindest „die latente Funktion der Verdrängung“ besteht. (ebd. S. 119 f.)

Welche Entwicklungen und Strategien des Ausschlusses in Parks stattfinden, „entscheidet sich danach, ob ‚unerwünschte‘ Personen präsent sind, präsent werden könnten und vor allem, wie zahlreich diese sind, welche Lobby die Anwohner und lokalen Unternehmen haben sowie welche Nutzung für einen Stadtteil in der Zukunft vorgesehen ist.“ (ebd. S. 177)

Oft wird der Diskurs auch mit dem Faktor „Sicherheit“ in Verbindung gebracht. Unter dem Titel „Angst vor Urbanität“ schreibt Wehrheim: „Dadurch, dass sich Kontakte reduzieren, fehlen Gelegenheiten des Lernens von Urbanität, des Sehens, Riechens und Hörens von Differenz, des Lernens des Umgangs mit Konflikten.“ Und das geschieht, wenn sich an bestimmten Orten „verschärfte Trennungsprozesse von Klassen, Gruppen, Inkludierten und Exkludierten, Etablierten und Außenseitern zeigen [...]“. (WEHRHEIM, 2012, S. 235)

Auch für Wien gibt es neben den bereits erwähnten Fallbeispielen empirische Untersuchungen, wie etwa in der Diplomarbeit von Christian Glantschnigg nachzulesen ist, der drei Orte im 1., 6. Und 12. Bezirk beleuchtet und dabei Prozesse und Mittel der Verdrängung festgestellt hat. (vgl. GLANTSCHNIGG, 2011)

Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, dass auch bestimmte kommerzielle Nutzungen Verdrängungstendenzen mit sich bringen können, da z.B. durch ein hohes Preisniveau von Geschäften und gastronomischen Angeboten „sozial Schwache ausgeschlossen und (dauerhaft) verdrängt werden können.“ (BORK u. a., 2015, S. 14)

Einmal mehr kann gesagt werden, „that the development and use of these spaces mirror the way a society is organized, shaped by unequal distribution of power and resources, which creates tension and conflict as well as collaboration and compromise.“ (MADANIPOUR, 2010, S. 2)

5. Forschungsfrage und Hypothesen

Vor dem Hintergrund der unter Kapitel 4 beschriebenen Tendenzen im öffentlichen Raum möchte ich der Frage nachgehen, welche Interessenkonflikte bei der Umgestaltung öffentlicher Räume am Beispiel Reumannplatz erkennbar sind. Damit will ich mich auch der Frage annähern, warum der Reumannplatz nach jahrelanger Planung nun auf eine bestimmte Art und Weise umgestaltet wird. Ich untersuche insbesondere die Periode von 2015 bis 2019, da seitdem die befragten AkteurInnen aus Verwaltung, Planung, Interessenvertretungen, Zivilgesellschaft und Politik vermehrt auf den Plan traten und die Diskussion über den Reumannplatz nachhaltig prägten.

Hypothese 1:

Aufgrund steigender Bevölkerungszahlen in Wien nimmt der Druck auf öffentlichen Raum zu, was am Beispiel der Umgestaltung des Reumannplatzes erkennbar ist.

Hypothese 2:

Zunehmende Privatisierung und Kommerzialisierung bei gleichzeitig knapper werdender öffentlicher Budgets führen ebenso zu steigendem Druck auf öffentlichen Raum, wodurch auch die Interessenkonflikte bei der Umgestaltung öffentlicher Räume sichtbarer hervortreten.

Daraus ergibt sich folgende Forschungsfrage:

Lassen sich die genannten allgemeinen Entwicklungen bei der Umgestaltung des Reumannplatzes feststellen und welche Interessenkonflikte werden dabei sichtbar?

Im Laufe der empirischen Arbeit ergaben sich darüber hinaus Antworten auf folgende Unterfragen:

- Welche Interessen werden bei der Umgestaltung sichtbar und welche AkteurInnen bringen sich in den Prozess ein?
- Welche Instrumente werden von den AkteurInnen eingesetzt, um ihre Interessen durchzusetzen?
- Wie wird die Umgestaltung des Reumannplatzes von zentralen AkteurInnen bewertet?

Die Fragen werden mithilfe qualitativer ExpertInnen-Interviews beantwortet, wobei die methodischen Zugänge ausführlich in Kapitel 7 beschrieben werden.

6. Untersuchungsbeispiel

6.1 Begründung

Die Entscheidung, den Reumannplatz als Untersuchungsbeispiel zu nehmen, fiel aus drei Gründen. Erstens steht der Platz aktuell vor einer großen Veränderung, es gibt also eine aktuelle Diskussion, wie er umgebaut werden soll. Damit einher geht der zweite Grund: In den letzten Jahren wurde medial sehr umfangreich über die verschiedenen Interessen berichtet, die sich insbesondere um die Frage eines zusätzlichen gastronomischen Angebots drehen. Vor dem Hintergrund aktueller Debatten rund um die Themen Privatisierung im öffentlichen Raum und Gentrifizierung lässt sich anhand des Untersuchungsbeispiels eine besonders relevante und in der Fachwissenschaft aktuell stark diskutierte Fragestellung bearbeiten: Wem gehört der öffentliche Raum, wer hat Anspruch auf ihn? Als dritter Aspekt sind die demographischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu nennen, die auf (Inner-) Favoriten zutreffen und die Relevanz der Rolle und Funktion von öffentlichem Raum zusätzlich erhöhen. Wie im Folgenden näher beschrieben wird, ist der 10. Wiener Gemeindebezirk nicht nur der bevölkerungsstärkste Bezirk der Stadt, sondern Innerfavoriten ist auch eines der am dichtesten besiedelten Gebiete. Darüber hinaus weist die lokale Bevölkerung ein unterdurchschnittliches Jahreseinkommen auf, bei gleichzeitig geringer Wohnfläche pro Person. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 19 f.) Nicht zuletzt befindet sich der Reumannplatz angrenzend an das Stadtentwicklungsgebiet Sonnwendviertel und weist im direkten Umfeld mehrere Sanierungszielgebiete des Wohnfonds Wien auf. Somit wird auch aus stadtplanerischer Perspektive dem Reumannplatz längerfristig viel Aufmerksamkeit geschenkt.

6.2 Beschreibung

6.2.1 Bauliche Gegebenheiten

Der Reumannplatz bildet das südliche Ende der Fußgängerzone der Favoritenstraße im 10. Wiener Gemeindebezirk. Baulich betrachtet gilt die Umgebung als „Gründerzeitquartier mit Basis-Wohnqualität“. (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 14) Dieser Gebietstyp wird von der MA 18 folgendermaßen charakterisiert: hohe bauliche Dichte, hoher Altbaubestand, geringer Anteil von Kategorie-A-Wohnungen, über 20% Kategorie-D-Wohnungen sowie verhältnismäßig kleine Wohnungen. (vgl. HAUSWIRTH & GIELGE, 2010, S. 2 f.) Die Bebauungsstruktur ist demnach gekennzeichnet „von gründerzeitlichen Blockrandbebauungen ohne nennenswerte private Grün- und Freiräume“. (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 14) Festzuhalten ist allerdings, dass von der Stadt Wien Teile der umliegenden Nachbarschaft schon seit einigen Jahren als „stark erneuerungsdringliche Zählgebiete“ ausgewiesen werden und auch aktuell der Wohnfonds Wien einige Blockbauten dort als Sanierungszielgebiete definiert hat. (vgl. MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2005) (vgl. MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2016)

In Abbildung 5 sind links jene Zielgebiete zur Sanierungsförderung eingezeichnet, die ab 1.1.2006 Gültigkeit haben und nach Kriterien der Wohnungsausstattung, Wohnungsgröße, Baualter, Neubautätigkeit sowie Überbelag ausgewählt wurden. (vgl. MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2005) Rechts sind die Sanierungszielgebiete zu sehen, die seit 1.1.2017 gültig sind und von der MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung unter Berücksichtigung folgender Merkmale definiert werden: Wohnungsausstattung, Wohnungsgröße, Baualter, Neubautätigkeit, soziale Treffsicherheit in Bezug auf den Sozialraum und die Erwerbssituation, Nachverdichtungspotenziale sowie Wohnbaudynamik. (vgl. MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2016)



Abbildung 5: Sanierungszielgebiete des Wohnfonds Wien 2006 und 2017, eigene Ausschnitte. (Quelle: MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2005) (Quelle: MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2016)

Somit ist deutlich erkennbar, dass die Stadt Wien größeres und längerfristiges Augenmerk auf die wohnbauliche Umgebung des Reumannplatzes legt, denn mit der Förderung von Sanierung alter Bausubstanz soll „[i]m Rahmen der sanften Stadterneuerung [...] die Wohnqualität sowie das Wohnumfeld unter Miteinbeziehung von BewohnerInnen aufgewertet [werden].“ (vgl. WOHNFONDS_WIEN, o.J.)

6.2.2 Sozioökonomische und demographische Gegebenheiten

Für die Beschreibung der sozioökonomischen und demographischen Gegebenheiten des Untersuchungsgebietes werden insbesondere die Ergebnisse der Funktions- und Sozialraumanalyse von 2015 herangezogen, die von der Stadt Wien in Auftrag gegeben wurde. Das Untersuchungsgebiet entspricht einem Umkreis von 500 m rund um den Reumannplatz.

Die EinwohnerInnendichte ist in dem Bereich höher als in Favoriten und auch höher als im gesamten Wiener Stadtgebiet. Während in Wien durchschnittlich 43,4 EinwohnerInnen pro Hektar leben, sind es in Favoriten 58,6 Personen und im Untersuchungsgebiet 334 Personen, also fast achtfach mehr als wienweit. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 13)

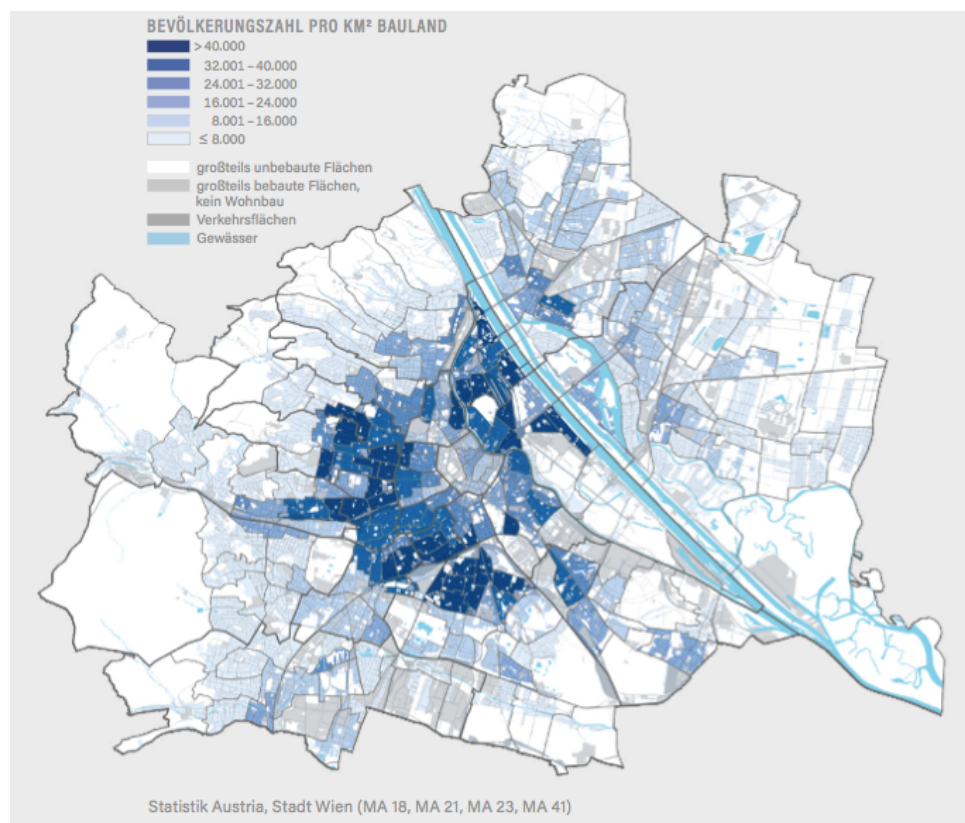


Abbildung 6: Besiedlungsdichte in den Wiener Zählbezirken, 1.1.2018 (Quelle: BAUER u.a., 2018, S. 25)

Tendenziell gibt es einen Zusammenhang zwischen sehr dicht bewohntem Gebiet und Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund, wobei unter Letzteren alle Personen subsummiert werden, deren beide Elternteile im Ausland geboren sind. (vgl. ebd. S. 12) So beträgt in den Gebäuden direkt um den Reumannplatz der Anteil beispielsweise 58%. Im Untersuchungsgebiet haben 50% der EinwohnerInnen Migrationshintergrund, was im Vergleich zu Wien (35%), aber auch verglichen mit Favoriten allgemein (42%) deutlich höher ist. Herkunftsländer sind dabei insbesondere ex-jugoslawische Länder sowie die Türkei. (vgl. ebd. S. 14) Weiter im innerbezirklichen Bereich ist der Anteil deutlich niedriger, insbesondere in den umliegenden Gemeindebauten, „wobei dem kommunalen Wohnbau im Untersuchungsgebiet nur eine unbedeutende Rolle zukommt“ (ebd. S. 15)

Demographisch ist die Bevölkerung im untersuchten Gebiet relativ jung. Der Anteil der Kinder bis 9 Jahre liegt bei 11% (Wien: 9,7%, Favoriten: 10,6%). Der Anteil der über 60-Jährigen liegt bei 19%, während er in Favoriten bei 21% und in Wien bei 22% liegt. (vgl. ebd. S. 16) Jugendliche sind zwar in Relation etwas weniger dort wohnhaft, könnten aber in Zukunft mehr werden. (vgl. ebd. S. 16) Das Gleiche trifft auf den Anteil der Mädchen zu. (vgl. ebd. S. 18)

Einkommenstechnisch lag der Favoritner Durchschnitt 2012 mit 18.184 Euro als Jahresnettoeinkommen unter dem Wiener Durchschnitt von 20.890 Euro. 2017 lag der durchschnittliche Nettojahresbezug pro ArbeitnehmerIn in Favoriten bei 19.122 Euro und in Wien bei 22.362 Euro. (vgl. MA 23 - WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK, o.J.a) Wienweit ist dieser Wert somit im Vergleich zu 2015 um etwa 2 % stärker gestiegen als in Favoriten.

Demgegenüber ist die Arbeitslosenquote 2014 in Favoriten mit 15,4% höher als wienweit (10,2%). (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 19) Der Wert ist in Wien danach etwas angestiegen, im Jahr 2017 allerdings wieder auf 10,4% zurückgegangen, auf Bezirksebene sind jedoch keine aktuelleren Zahlen veröffentlicht worden. (vgl. MA 23 - WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK, o.J.b)

Zudem ist auch der Bildungsstand im Verhältnis niedriger: Nur 12% haben einen höheren Abschluss, in Wien gesamt sind es 23%. 32% haben in Favoriten die Pflichtschule abgeschlossen, wienweit sind es nur 23%. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 19) Im Untersuchungsgebiet ist die Verteilung noch deutlicher: 42% der BewohnerInnen absolvierten die Pflichtschule, 34% eine Lehre, 14% schlossen mit Matura ab und 10% besuchten eine höhere Schule. (vgl. ebd. S. 20)

Nach dem „Fachkonzept Grün- und Freiraum“ von 2015 sollen in der Kategorie Wohngebiet, zu der der Reumannplatz gezählt wird, allen BewohnerInnen „in einer Erreichbarkeit von 500 m je 4,0 m² zur Verfügung stehen.“ (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 20) Auf das entsprechende Fachkonzept ist bereits unter Kapitel 3.6 eingegangen worden. Für den Reumannplatz liegt dieser Kennwert bei einer Fläche von 23.000 m² und 42.562 EinwohnerInnen lediglich bei 0,54 m². Jeder und jedem BewohnerIn steht also nur etwa ein halber Quadratmeter Freiraum zur Verfügung. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 20) Im weiteren Bezirksumfeld, dem dicht bebauten Stadtgebiet, gibt es „keine privaten Gärten, und wenige, eher kleine öffentliche Grün- und Freiräume (Antonspark, Arthaberpark)“. (ebd.)

Im Durchschnitt stehen einer Person im Untersuchungsgebiet 28,9 m² Wohnfläche zur Verfügung, in Favoriten liegt dieser Wert bei 31 m², in Wien durchschnittlich sogar bei 38 m². (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 20) Gruber und Jauschneg folgern deshalb: „Innerfavoriten ist angesichts der hohen Bevölkerungsdichten [sic!] hinsichtlich Grün- und Freiräumen mit Spiel-, Sport- und Erholungsfunktion unterversorgt“. (ebd. S. 21) Schon 2008 stellten Ruland und Gisa fest, dass es in Innerfavoriten zwar kleinere Grätzelparks, einige mittelgroße Freiräume, wozu sie auch den Reumannplatz zählen, sowie zwei größere Parks gibt (Waldmüllerpark, Alfred-Böhm-Park), dass aber durch den hohen Nutzungsdruck von einer „großflächigen Unterversorgung“ zu sprechen ist. (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2008, S. 60) Angemerkt sei, dass bezirkswelt der Grünanteil jedoch sehr hoch ist und fast die Hälfte der Fläche ausmacht. (vgl. TAXACHER & LEBHART, 2016, S. 42)

Direkt am Reumannplatz ist der Motorisierungsgrad der Bevölkerung vergleichsweise gering, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass Menschen ohne Auto lieber in der direkten Nähe vom öffentlichen Verkehrsnetz wohnen. Darüber hinaus wird durch die U1-Verlängerung vermutlich weniger Parkraum benötigt, da die PendlerInnen ihre Autos weiter am Stadtrand abstellen. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 21)

Betrachtet man die Bevölkerungsprognosen für den Bezirk, lässt sich eine weitere Zunahme des Nutzungsdrucks erwarten, auch wenn sich durch die U1-Verlängerung die Nutzung und Frequentierung des Reumannplatzes verändert hat. Während der Bezirk inzwischen die 200.000-er Marke überschritten hat und zum Stichtag 1.1.2019 in Favoriten 204.142 Personen, also etwa 10,8% der Wiener Bevölkerung ausmacht und damit etwa so viele EinwohnerInnen wie Linz hat, (vgl. MA 23 - WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK, 2019b) (vgl. BAUER u. a., 2018, S. 21) ist laut Prognosen mit einem leicht überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum zu rechnen. 2038 sollen bereits 229.530 Menschen hier leben, was eine Steigerung von

über 13% bedeutet, da sowohl die Geburtenbilanz als auch die Wanderungsbilanz positiv sein werden. Während die Bevölkerung – dem Wiener Trend entsprechend – älter wird, wird der Anteil an Personen, die im Ausland geboren sind, in den nächsten 20 Jahren zurückgehen. (vgl. BAUER u. a., 2018, S. 110)

In diesem Sinne kann gesagt werden: „Angesichts des hohen Nutzungsdrucks auf die Freiräume im Grätzl, des weiteren Zuzugs von BewohnerInnen in den Bezirk und des Klimawandels (Hitzeinseleffekt) wird der Reumannplatz auch weiterhin eine wesentliche Rolle im Gefüge der Stadt spielen.“ (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 7)

6.2.3 Funktionale Gegebenheiten und Nutzung

In den letzten Jahren gab es drei Untersuchungen zur Nutzung und den Gegebenheiten rund um den Reumannplatz. Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung Favoriten 2010 hat eine Nutzungsanalyse zum Reumannplatz durchgeführt und dabei mittels ExpertInnen-Interviews, teilnehmenden Beobachtungen sowie einer quantitativen Fragebogenerhebung Ergebnisse geliefert. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 7 ff.) Weiters ist im gleichen Jahr der Werkstattbericht 104 herausgegeben worden, worin unter dem Titel „Soziale Veränderungsprozesse im Stadtraum: Wiener Sozialraumanalyse mit Vertiefung in acht ausgewählten Stadtvierteln“ ebenfalls der Reumannplatz und Innerfavoriten analysiert wurde. (vgl. RODE, SCHIER, GIFFINGER & REINPRECHT, 2010) Vor dem Hintergrund der Planungen zur U1-Verlängerung wurde 2015 schließlich das Büro Sonja Gruber und Martina Jauschneg von der MA 19 mit einer Funktions- und Sozialraumanalyse beauftragt, das eine Sekundäranalyse bestehender Forschungsarbeiten lieferte und besonders auf die (potenziellen) NutzerInnen und AnrainerInnen einging. Das Ziel war demnach „unterschiedlichen Interessen an seiner Gestaltung nachzugehen und dabei Alltagspraxen, Bewegungslinien und Sozialräume der verschiedenen sozialen Gruppen in den Fokus zu nehmen.“ (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 7) Dieses Ziel sollte durch Umfeldanalysen und planerische Aufnahmen, qualitative Interviews mit lokalen ExpertInnen, Kurzinterviews mit NutzerInnen und AnrainerInnen, eine Gruppendiskussion, teilnehmende Beobachtungen sowie durch begleitete Stadtteilbegehungen erreicht werden. Die Gespräche fanden auf deutsch, türkisch und rumänisch statt. Ältere und junge Menschen wurden explizit angesprochen, wie etwa am ReuMÄDCHENfest oder bei einem SeniorInnen-Gespräch. (vgl. ebd. S. 9)

Im Folgenden werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst, da sie einen guten Überblick über die Ausgangslage liefern.

An erster Stelle ist die hohe Identifikationsfunktion zu nennen: „[D]ie Hauptstadt von Favoriten ist der Reumannplatz“, auch wenn dieser etwas vernachlässigt scheint. (vgl. ebd. S. 24) Außerdem gilt er als „einer der belebtesten Plätze Wiens“, fungiert als wienweiter Treffpunkt und weist eine heterogene NutzerInnenstruktur auf: „Der Reumannplatz ist wie die Uno-City. Sehr viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen halten sich hier auf.“ (ebd.) Auch wenn von den meisten diese Heterogenität und die Belebtheit positiv gesehen werden, gibt es auch Sorge aufgrund der Veränderung. Vor allem von älteren Menschen, aber auch von Personen mit Migrationshintergrund wird befürchtet, dass es immer weniger „Österreicher“ gäbe und immer mehr neu Zugezogene dazukommen, und auch, dass es keinen Platz für Ruhe gäbe. (vgl. ebd. S. 25) Homogen scheint die Bevölkerung jedoch hinsichtlich der „geringeren ökonomischen Ressourcen“ zu sein. So antwortet beispielsweise eine Pensionistin auf die Frage, was ihr hier gefalle: „Kein Auto, kein Mann, ich bin alt, die Straßenbahnkarte ist teuer, wo soll ich sonst hingehen?“ (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 25)

Verkehrstechnisch stellt der Umsteigeort und (öffentliche) Verkehrsknotenpunkt Reumannplatz laut der Funktions- und Sozialraumanalyse gute Bedingungen dar. „Gerade auch das Zusammenspiel von Verweilenden und Passant_innen wird als sehr gut erlebt und trägt nicht unwesentlich zur Attraktivität des Platzes und dazu bei, dass es am Reumannplatz immer etwas zu schauen gibt.“ (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 25) Die Regelung und Abgrenzung des Individualverkehrs stellen insbesondere im Süden des Platzes allerdings Probleme dar. Schnelle und stark befahrene Straßen wie etwa die Herndl gasse werden als unangenehm wahrgenommen, weshalb sich einige Menschen in dieser Region eine Verkehrsberuhigung wünschen. (vgl. ebd. S. 26) Bezüglich des Fahrradverkehrs scheinen einerseits die Radwege nicht zu funktionieren und andererseits keine City-Bike-Station vorhanden zu sein. Das geringe Interesse könne jedoch durch die Neugestaltung aktiviert werden. (vgl. ebd. S. 27)

Oft wird auch der schlechte Ruf angesprochen, der jedoch nicht der Realität entspricht: „Aus polizeilicher Sicht gibt es keine Hinweise auf die propagierte ‚Gefährlichkeit‘ des Platzes [...]“. (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 27) Das Bild wird positiver, wenn man sich länger dort aufhält und nicht nur kurz durchgeht. Außerdem gibt es die Hoffnung, dass die kommende Neugestaltung dem schlechten Ruf möglicherweise etwas entgegenzusetzen hat. (vgl. ebd.) Auch Lärmbelästigung stellt laut Polizeiauskunft kein Problem dar, was im Vergleich beispielsweise zum Keplerplatz, an dem es nahezu wöchentlich Beschwerden gibt, besonders auffällig ist. (vgl. ebd. S. 28)

In Bezug auf das Miteinander am Platz zeigt sich, dass es eher ein friedliches Nebeneinander ist, trotz der vielen Menschen „(...) a gmütliche Partie (...)“, besonders im Vergleich mit ähnlichen Plätzen wie dem Praterstern oder dem Karlsplatz. (ebd. S. 27) Das beschriebene friedliche Zusammenleben wird von den Autorinnen auch darauf zurückgeführt, dass „keine Gruppe vorherrschend“ ist, bezogen auf ethnischen, kulturellen, religiösen Hintergrund sowie aufgrund des Alters oder der Nationalität. Darüber hinaus bietet der Reumannplatz „sehr viele Nischen und Rückzugsbereiche für unterschiedliche Menschen und Menschengruppen wie auch für verschiedene Nutzungen“. (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 28) Dadurch entsteht kein unmittelbarer Nutzungskonflikt. Dennoch werden aufgrund der vielen Menschen bestimmte Nutzungen an andere Orte ausgelagert, wie etwa „bewegungsorientiertes Spiel von Kindern und Jugendlichen“, das eher am Antonsplatz stattfindet. (ebd.)

Ein zentrales Ergebnis der Analyse ist auch, dass es verschiedene Nutzungszonen gibt, die teilweise sehr getrennt voneinander funktionieren, u.a. weil der Platz durch die Linienführung der Straßenbahn 67 in den schattigen, ruhigen Kinderspielplatz-Bereich im Osten und den sonnigen, hellen Westteil mit dem Eissalon für Erwachsene getrennt ist. Am Reumannplatz gibt es somit sowohl anonymes, schnelles Stadtleben als auch bekannte Freundes- und Nachbarschaftstreffs. (vgl. ebd. S. 29) An dieser Stelle wird sichtbar, dass der Öffentlichkeitscharakter am Reumannplatz je nach Zeitpunkt, Ort und Perspektive unterschiedlich sein kann. (siehe Kapitel 3.3)

Die unterschiedlichen Bereiche mit verschiedenen Funktionen, Nutzungen und Nutzungsgruppen teilen Gruber und Jauschneg in sechs Teilgebiete ein: das „Zentrum“ beim Eissalon Tichy, der „Park“ mit dem Kinderspielplatz, der Vorplatz des Amalienbades, der Favoritenstraßenbereich (ab Quellenstraße), der anschließende Bereich mit „Platzcharakter“ sowie die Gleise und Haltestellen der Straßenbahn. (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 31)

Betrachtet man die bestehende Infrastruktur, wird deutlich, dass sich neben der U1, den Straßenbahnlinien 6 und 67 (bzw. ab Sommer 2019 stattdessen die Linie 11), den Bussen 7A, 65A, 66A, 14A, 68A, 68B und den Regionalbussen auch soziale Infrastruktur am Platz befindet. In den Park- und Platzbereichen sowie am Straßenrand befindet sich ein Taxistand, ein Spielplatz, ein Denkmal für die Opfer des Faschismus, eine Radabstellanlage, zwei Postkästen, drei Trinkbrunnen, einige Mistkübel, ein Hundesackerlspender, drei Altstoffsammelstellen, zwei Multimediastationen (in ehemalige Telefonzellen eingebaute Internetzugangsterminals) sowie ein öffentlicher WLAN Standort. Darüber hinaus gibt es die Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe (HLW 10) bzw. die Fachschule für wirtschaftliche

Berufe (FW 10) sowie das Amalienbad direkt am Platz. Die Gesundheit betreffend gibt es eine Apotheke, einen Zahnarzt, zwei Defibrilatoren und ein Allergie-Ambulatorium. (vgl. VIENNAGIS, o.J.b) Zur weiteren Nahversorgung zählen laut Google Maps (Stand: 21.01.2020) zwei Bankfilialen, zwei Friseure, ein Juwelier, ein Reisebüro, eine Putzerei, ein Optiker, eine Fahrschule, eine Druckerei sowie ein Installateur. Zuletzt ist noch die Tiefgarage zu nennen, die unterhalb des Reumannplatzes liegt. Diese Aufzählung zeigt bereits, dass der Reumannplatz umfassende Funktionen erfüllt und Nutzungsmöglichkeiten anbietet, und damit wird auch deutlich, dass verschiedene Abteilungen der Magistrat vor Ort Verantwortungsbereiche haben. Außerdem ist der Platz teilweise als Epk-Fläche (Erholungsgebiete Parkanlagen) gewidmet und damit der MA 42 zugeordnet, bzw. der Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke, und teilweise als Platz einzuordnen, also der MA 28 zugeordnet und damit der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. (vgl. VIENNAGIS, o.J.b) (vgl. STADT WIEN, o.J.b) (vgl. STADT WIEN, o.J.c)

Das gastronomischen Angebot besteht aus zwei Bäckereien (eine im U-Bahn Bereich eine weitere befindet sich oberirdisch), einem unmittelbar angrenzenden Café, einem Eissalon, drei Fastfood-Lokalen sowie einem Restaurant an der Ecke Herndlasse – Buchengasse. (vgl. Google Maps, Stand: 21.01.2020) Rohde u.a., die das im Westen angrenzende Gebiet untersucht haben, schreiben: „Tatsächlich ist die lokale Infrastruktur im Nahbereich der Favoritenstraße und des Reumannplatzes konzentriert [...]. Auffällig ist die hohe Dichte an Gastronomiebetrieben sowie an ethnischen Ökonomien (zum Beispiel türkische Restaurants und Callshops).“ (RODE u. a., 2010, S. 88) Diese werden „durch kulturelle und soziale Einrichtungen meist in Form von Vereinen ergänzt [...]. Diese ethnischen Netzwerke organisieren und versorgen wesentliche Lebensbereiche der zugehörigen Gemeinschaftsmitglieder und können auch attraktive Anziehungspunkte für weitere Bevölkerungsgruppen darstellen.“ (RODE u. a., 2010, S. 88) In jedem Fall werden der Reumannplatz und die Favoritenstraße als Zentralorte wahrgenommen, was insbesondere in der Einkaufs- und Verkehrsfunktion begründet ist. (vgl. ebd.)

6.3 Historische Entwicklung des Reumannplatzes

Es werden in diesem Kapitel die wichtigsten baulichen Entwicklungen beschrieben, die den Reumannplatz bis heute prägen. Dies ist insofern für die Arbeit relevant, als dass die technisch-institutionellen Gegebenheiten, die über die Jahrzehnte entstanden sind, heute Zwänge in Bezug auf die Gestaltung und Nutzung darstellen.

Bis in die 1860er Jahre war das Gehöft Rothenhof, das sich am heutigen Standpunkt des Eissalons Tichy befand und Anfang des Jahrhunderts errichtet wurde, nur von Feldern umgeben (siehe Abbildung 7). Doch bereits im 19. Jahrhundert werden einige Straßen und Gebäude gebaut, der Bezirk Favoriten wird gegründet und der Grundstein für eine enorme

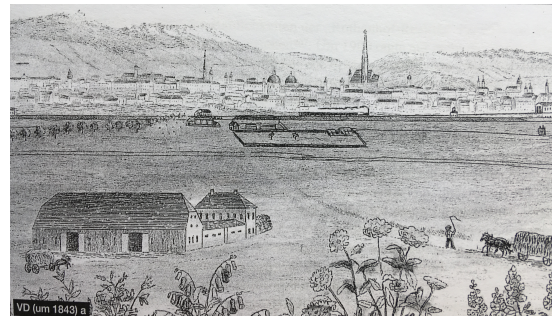


Abbildung 5: Der Rothe Hof vor der Favoritenlinie, um 1843 (Quelle: STURM, 2004, S. 47)

Expansion der Bautätigkeiten wurde gelegt.¹⁰ In rasantem Tempo werden Wohnbaublöcke für die schnell wachsende Bevölkerung errichtet, die insbesondere aus IndustriearbeiterInnen – auch aus der Peripherie der Habsburgermonarchie kommend – bestand, wie Rode u.a. schreiben: „Die gründerzeitliche Bebauung stellte schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts preisgünstigen Wohnraum für die IndustriearbeiterInnen zur Verfügung.“ (RODE u. a., 2010, S. 86) Der Bürgerplatz war somit immer schon ein wichtiger Grün- und Freiraum im stark bebauten Stadtteil und hatte bezirks-, aber auch wienweite Bedeutung. (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 7) In Abbildung 8 ist links der Stadtplan von 1887 und rechts der Generalstadtplan von 1912 abgebildet. Es wird sichtbar, dass innerhalb dieser 25 Jahre ganze

 **Stadt Wien** Wien Kulturgut



 **Stadt Wien** Wien Kulturgut



Abbildung 4: Stadtplan 1887 und Generalstadtplan 1912 (Quelle: VIENNAGIS, o.J.c)

¹⁰ Über die genauen Zeitpunkte der ersten Gebäude am Reumannplatz gibt es in der Literatur widersprüchliche Angaben. So werden bereits 1864 die Namen vom Bürgerplatz und angrenzenden Straßen vergeben (vgl. NN., 1864, S. 4), während Sturm davon spricht, dass dort erst 1871 das erste Nachbarshaus errichtet wurde. (vgl. STURM, 2004, S. 47) Bei Schubert wiederum ist nachzulesen, dass zum Zeitpunkt der Bezirksgründung 1874 bereits 83 Gassen und Plätze zum Bezirk zählten und fast 26.800 Menschen dort lebten. (vgl. SCHUBERT, 1992, S. 73)

Wohnblöcke neu geschaffen wurden.

Die Geschichte als Arbeiterbezirk spielt dabei im Bewusstsein der lokalen Bevölkerung noch gegenwärtig eine Rolle. Diese sei „die Grundlage für den Stolz vor allem älterer BewohnerInnen auf das Gebiet.“ (RODE u. a., 2010, S. 87) Außerdem prägt diese Wohnstruktur die Bevölkerungszusammensetzung auch heute noch:

„Aufgrund des hohen Anteils an Altbauten mit schlecht ausgestatteten, preisgünstigen Wohnungen und des lange Zeit eingeschränkten Zugangs zu Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen für ausländische StaatsbürgerInnen haben sich diese Stadträume zu traditionellen Zuwanderungsgebieten entwickelt.“ (RODE u. a., 2010, S. 85)

Zwar fußen die umliegenden Altbaubestände zu einem Großteil auf einem orthogonalen Raster, der Reumannplatz zeichnet sich jedoch durch seine viertelkreisförmige Anlegung und strahlenförmige Straßen Richtung Südosten aus. 13 Straßen münden in den Platz, weshalb er auch auf größeren Karten leicht identifizierbar ist. Die nächste große bauliche Änderung findet vor dem Hintergrund des Roten Wiens mit dem Bau des Amalienbads in den 1920er Jahren statt. Nach der Gemeinderätin Amalia Pölzer benannt, wurde hier eines der größten Bäder Europas für die fast 150.000 EinwohnerInnen gebaut. Dorn schreibt 1926, dass dieser späte Bau zeige, „wie wirklich stiefmütterlich Favoriten bisher im Vergleiche zu den anderen Bezirken behandelt wurde.“ (DORN, 1928, S. 295 f.) Zur gleichen Zeit wird der Platz, vormals „Bürgerplatz“ genannt, nach dem 1925 verstorbenen ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Jakob Reumann umbenannt. (vgl. CZEIKE, 2004c, S. 665 f.) 1955 übersiedelt der Eissalon Tichy aus Simmering an seinen heutigen Standort, womit der Reumannplatz neben dem Bad seine zweite überlokal bekannte Einrichtung erhält. (vgl. RODE u. a., 2010, S. 87) (vgl. K.TICHY GMBH, 2006)

Die zweite große bauliche Veränderung stellt die Eröffnung der U1 1978 dar sowie die Erklärung der Favoritenstraße zur Fußgängerzone, womit der Bezirk einerseits besser an das Stadtgebiet angebunden wurde, der Reumannplatz andererseits einer großen ober- und unterirdische Veränderung unterzogen und zu einem der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte des Bezirks wurde. (vgl. RODE u. a., 2010, S. 88) In diese Zeit fällt auch die Zuwanderung von GastarbeiterInnen, die von der Stadt aktiv aus den Ländern Jugoslawien und Türkei angeworben werden. (vgl. MA 8, WIENER STADT- UND LANDESARCHIV & MA 9, WIENBIBLIOTHEK IM RATHAUS, 2018) Außerdem wurde 1981 das Denkmal für die Opfer des Faschismus errichtet, worauf alle Konzentrationslager und Gefängnisse angeführt sind, in die

FavoritnerInnen deportiert worden waren. (vgl. DIE ZENTRALE ÖSTERREICHISCHE FORSCHUNGSSTELLE NACHKRIEGSJUSTIZ (FSTN), 2019)

2005 wurde die Fußgängerzone schließlich ausgeweitet und neugestaltet. Rode u.a. sprechen dabei von einer „Attraktivierung“, die „den ökonomischen Druck auf Klein- und Mittelbetriebe im Hinterland“ erhöhte. (RODE u. a., 2010, S. 88) 2017 wurde die Verlängerung der U1 fertiggestellt, deren Planung und Bauarbeiten mehrere Jahre dauerten, womit der Reumannplatz die jahrzehntelange Funktion der Endstation verlor. Im Zuge dessen wurden Änderungen der öffentlichen Verkehrsmittel sowie die Umgestaltung des Platzes beschlossen.

6.4 Ausgangslage der empirischen Untersuchung

Bereits 2006 wurde die Trassenführung für die Verlängerung der Linie U1 Richtung Süden beschlossen und mit den Detailplanungen unter der Leitung der MA 18 begonnen, die auch die Oberflächengestaltung beinhaltete. Somit wurde bereits vor über 10 Jahren entschieden, dass der Reumannplatz vor einer größeren Veränderung steht. 2008 wurde das Projekt den Wiener Linien zur Umsetzung übergeben, die Bauarbeiten begannen zwei Jahre später und 2017 war die Erweiterung der U-Bahn schließlich fertiggestellt. (vgl. STADT WIEN, o.J.d) Neben den bereits erwähnten Studien zum Reumannplatz – allen voran der Funktions- und Sozialraumanalyse – schrieb die MA 19 ein Partizipationsverfahren aus, das die konkrete Umgestaltung betraf. Das Büro „tilia“ erhielt den Zuschlag und führte das Beteiligungsverfahren im Herbst 2017 durch. Das Verfahren hatte mehrere Phasen, der fertige Bericht ist allerdings nicht öffentlich zugänglich, sondern nur für interne Zwecke verfasst worden. Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung nennt auf ihrer Homepage folgende Ergebnisse der Studie bzw. Wünsche der Bevölkerung: viel Grün, sichere Gehwege, zwei Plätze, Orte der Identität, viele verschiedene Sitzmöbel, Wasser zum Erleben, Bewegung und Spiel für Alt und Jung, Sauberkeit, weniger Autoverkehr, Berücksichtigung von Rad- und Lieferverkehr sowie eine Verbesserung der Haltestellensituation. (vgl. MAGISTRAT DER STADT WIEN, TECHNISCHE STADTERNEUERUNG, o.J.a)

Erst nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens und nach der Präsentation des Umgestaltungsplanes meldete sich die Wirtschaftskammer Favoriten gemeinsam mit einigen ansässigen Unternehmern medial zu Wort und schlug einen größeren Gastronomiebereich in der Mitte des Platzes vor. (vgl. NN., 2018a) Auf WKO News erschien am 3.9.2018 der Artikel „Gastro als Zugpferd für Reumannplatz“, der inzwischen nicht mehr online verfügbar

ist.¹¹ Auch eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Bezirksvorsteher von Favoriten, Marcus Franz, wurde abgehalten. Daraufhin gründete sich die Initiative Offener Reumannplatz, die auf diese Forderung reagierte und ihrerseits mediale Aufmerksamkeit schaffte, da dieser Vorschlag nicht den Ergebnissen der Beteiligung sowie der Funktions- und Sozialraumanalyse entspräche und dass sie deshalb gegen dieses Gastronomieangebot mobilisierten. (vgl. INITIATIVE OFFENER REUMANNPLATZ, o.J.) Im medialen Diskurs ging es auch darum, ob in dieser Region Gentrifizierungsprozesse zu beobachten sind oder sein werden und ob Personengruppen von dem Ort verdrängt werden könnten. So titelte beispielsweise der Falter: „Die Bobos kommen. Mit dem Sonnwendviertel kamen die Besserverdienenden, nun soll ein schickes Gastroprojekt am Reumannplatz entstehen. Steht Favoriten vor der Gentrifizierung?“ (WITTSTOCK, 2018) Auch die Bezirkszeitung, der Augustin oder ORF Online thematisierten den Interessenkonflikt: „Zwist um den Reumannplatz Neu“, (vgl. PUFLER, 2018) „Protest gegen ‚Prosecco-Zone‘ am Reumannplatz“ (vgl. NN., 2018b), „Schöner sitzen am Reumannplatz? Im Gegensatz zur Bevölkerung wünscht sich die Wirtschaftskammer Kommerzialisierung“. (BUNKE, 2018, S. 13) Die Berichterstattung veranlasste den Bezirksvorsteher in einer Presseausendung zu einer „Klarstellung“. (vgl. SPÖ WIEN RATHAUSKLUB, 2018)

Tatsächlich ist bereits in der Funktion- und Sozialraumanalyse von 2015 diese Entwicklung thematisiert:

„Zum **Verhältnis des Reumannplatzes zum Sonnwendviertel** [...] lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur sagen, dass sich aus Sicht der verschiedensten Gesprächspartner_innen entlang der Favoritenstraße erste Gentrifizierungstendenzen und Verdrängungsprozesse bemerkbar machen. Zum einen sind die Immobilienpreise im Gebiet zwischen Sonnwendviertel und Favoritenstraße sehr gestiegen und teilweise auch Bewohner_innen des Grätzls gefragt worden, ob sie ihre Wohnung verkaufen möchten. Zum anderen sind am Viktor-Adler-Markt bereits einige neue und ‚(...) hippere (...)‘ Lokale entstanden. Die Durchmischung des Publikums ist spürbar, und manche Geschäftsleute erhoffen sich durch das Sonnwendviertel eine Aufwertung und damit kaufkräftiges Publikum für den 10. Bezirk. Ob die Bewohner_innen des Sonnwendviertels allerdings auch bis zum Reumannplatz finden, ist (noch) schwer einschätzbar.“ [Herv. i. O.] (GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 51)

Ein Jahr später, im Juni 2019 wurde schließlich der finalisierte Plan vor Ort präsentiert, der auch online verfügbar ist und dieser Arbeit im Anhang angefügt ist. (vgl. ARCHITEKTENGRUPPE U-BAHN, 2019) Im Laufe der Arbeiten zu vorliegender Studie stellte

¹¹ Auf der Homepage der Initiative Offener Reumannplatz ist er unter „IOR Presseinformationen zum Pressegespräch vom 5. Oktober 2018“ einsehbar, verfügbar unter: http://ior.kulturraum10.at/wp-content/uploads/2018/10/Pressinformationen_2018-10-02.pdf

sich heraus, dass es noch keineswegs entschieden ist, ob und in welcher Form ein zusätzliches gastronomisches Angebot kommen soll, auch wenn nach derzeitigem Stand davon auszugehen ist, dass ein Kompromiss gefunden wurde und ein kleineres Lokal geplant ist. Die Forschungsfrage lässt sich allerdings trotzdem beantworten, da die verschiedenen Interessen(konflikte) beim Umgestaltungsprozess sehr deutlich sichtbar geworden sind. Die Bauarbeiten haben am 27. Juni 2019 begonnen, worüber wiederum einige Tageszeitungen berichtet haben. (vgl. SCHRENK, 2019) (vgl. SCHERN DL, 2019)

7. Methodik

Im Folgenden sollen die Überlegungen zum methodischen Zugang sowie die Begründung zur Wahl der Methode dargelegt werden. In der Humangeographie werden je nach Fragestellung verschiedene Verfahren angewandt. Vorweg sei gesagt, dass, wie Mattissek u.a. unterstreichen, „die wissenschaftlichen Arbeitsweisen und Methoden der Humangeographie [...] selbst Konstruktionen [sind], d.h. es sind Konventionen, auf die sich zu bestimmten Zeiten eine bestimmte Gemeinschaft von Wissenschaftlern geeinigt hat.“ (MATTISSEK, PFAFFENBACH & REUBER, 2013, S. 34) In der vorliegenden Arbeit wird ein qualitativer Forschungszugang gewählt, da davon ausgegangen wird, „dass man eine objektive Realität weder untersuchen kann noch sollte, da die für das Alltagshandeln und die Struktur der Gesellschaft relevante soziale und räumliche Welt ohnehin aus sozialen Konstruktionen besteht.“ (ebd.) Im Zentrum steht somit die Untersuchung von verschiedenen Perspektiven, also „subjektiven und kollektiven Geographien“. (ebd.) Dabei ist die Erhebung mittels Leitfrageninterviews wenig oder gar nicht standardisiert und ermöglicht „nuancenreiche, abgewogene, lebendige, ausführliche Auskunft“. Somit ist dieser Zugang „geeignet für eine differenziertere Untersuchung der Einzelfälle und seiner Besonderheiten, detaillierte Auskünfte über Meinungen, Einstellungen etc.“ zu geben. Das „Gütekriterium“ ist nicht „intersubjektive Überprüfbarkeit“, sondern „Nachvollziehbarkeit“. (ebd. S. 35)

Selbstkritisch muss immer bedacht werden, dass es nicht möglich ist, eine „objektive Realität“ wahrnehmen, beschreiben und interpretieren zu können. Einerseits ist unsere Wahrnehmungsfähigkeit begrenzt, andererseits sind unsere Forschungstätigkeiten von Vorwissen und Vorerfahrungen geprägt. (ebd. S. 28 f.) Nicht objektive Sachverhalte bilden die empirische Grundlage, sondern „subjektive Deutungen des Geschehens durch die Akteure“. Also bilden im vorliegenden Fall die transkribierten Interviews „spezifische Sichtweisen der beschriebenen Zusammenhänge“ ab. (ebd. S. 137) Die durch einen

Kommunikationsprozess gewonnenen Ergebnisse stellen „kein endgültiges Wissen [dar], sondern nur eine Interpretation seitens der Forscher, die eine ihrem Vorverständnis entsprechende Kohärenz und Plausibilität aufweist.“ (ebd. S. 139) Das verdeutlicht die Wichtigkeit und Notwendigkeit des zuvor ausgearbeiteten Theoriekonzepts als eine Art „Interpretationsanleitung“, die Offenlegung des „gedanklichen Konzepts“, der „theoretischen Leitlinie“, um die eigenen Folgerungen und Interpretationen nachvollziehbar und diskutierbar zu machen. (ebd. S. 139)

7.1 Problemzentrierte Interviews

Eine klassische Methode der qualitativen Forschung stellt das Interview dar. Die Kategorisierung und Klassifizierung verschiedener Interview-Typen wurde von verschiedenen ForscherInnen vorgenommen, wobei ich mich auf die Beschreibung problemzentrierter Interviews nach Mayring beziehe. Er räumt vorweg ein, dass es sich bei der Beschreibung „nur um Prototypen“ handelt und diese Techniken im Kontext konkreter Fragestellungen je nach Bedürfnissen und Bedingungen angepasst werden können. (MAYRING, 2016, S. 65) In diesem Sinne werden anschließend Aspekte des ExpertInnen-Interviews beleuchtet, die ebenfalls eine Rolle spielen.

Das von Andreas Witzel entwickelte problemzentrierte Interview stellt ein offenes, halbstrukturiertes, qualitatives Verfahren dar. Die befragte Person kann demnach ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten frei antworten, die Interviewerin bzw. der Interviewer hat zwar vorformulierte, stärker strukturierte Leitfragen, kann aber auch spontan nachfragen. Bezüglich der Auswertung gilt es als qualitatives Interview, es wird nicht gezählt, sondern interpretiert. (vgl. MAYRING, 2016, S. 66 f.) Zentral ist bei dem relativ offenen Gespräch jedoch eine bestimmte gesellschaftsrelevante Problemstellung, „die der Interviewer einführt, auf die er immer wieder zurückkommt“ und die im Vorfeld bereits von objektiver Seite erarbeitet wurde. (ebd. 67 f.) Mattissek u.a. bemerken jedoch zurecht, dass interviewzentrierte Forschungsarbeiten stets ein gesellschaftliches Problem behandeln können und sollen, weshalb der Begriff „problemzentriert“ hier auch irreführend sein kann. (vgl. MATTISSEK u. a., 2013, S. 166) Nach Witzel ist das Verfahren außerdem „gegenstandsorientiert“, die Gestaltung muss demnach auf einen „spezifischen Gegenstand bezogen sein“ und kann nicht „in der Übernahme fertiger Instrumente bestehen“. (MAYRING, 2016, S. 68) Das dritte Prinzip nach Witzel stellt die Prozessorientierung dar, womit die „schrittweise Gewinnung und Prüfung von Daten“ gemeint ist und so der Zusammenhang zwischen den

einzelnen Teilen erst nach und nach hergestellt werden kann. (ebd.) Zusammenfassend lässt sich also sagen:

„[Das problemzentrierte Interview] eignet sich hervorragend für eine theoriegeleitete Forschung, da es keinen rein explorativen Charakter hat, sondern die Aspekte der vorrangigen Problemanalyse in das Interview Eingang finden. Überall dort also, wo schon einiges über den Gegenstand bekannt ist, überall dort, wo dezidierte, spezifischere Fragestellungen im Vordergrund stehen, bietet sich diese Methode an.“ (MAYRING, 2016, S. 70)

7.2 ExpertInnen-Interviews

Wie bereits angemerkt, ist es für die Fragestellung der vorliegenden Studie sinnvoll, das Konzept des problemzentrierten Interviews durch Überlegungen zu ExpertInnen-Interviews zu ergänzen, da diese Form gewinnbringende Spezifika aufweist. An dieser Stelle sei jedoch darauf hingewiesen, dass dies in der Wissenschaft keine unumstrittene Methode ist. Bogner und Menz meinen beispielsweise, dass solche Interviews aufgrund der mangelnden methodischen und wissenschaftlichen Reflexion nicht als „genuine Repräsentanten des qualitativen Paradigmas gelten [dürfen].“ (BOGNER & MENZ, 2005, S. 34) Auch kann argumentiert werden, dass es sich nicht um eine eigenständige Methode handelt, weil sie „in unzulässiger Weise über den Forschungsgegenstand beziehungsweise den Gesprächspartner definiert“ ist. (ebd. S. 39) Trotz mangelnder methodologischer Reflexion ist das ExpertInnen-Interview jedoch „eines der am häufigsten eingesetzten Verfahren in der empirischen Sozialforschung.“ (MEUSER & NAGEL, 2009, S. 465)

Mattissek u.a. führen das ExpertInnen-Interview als Sonderform von Leitfadeninterviews, da es sich „aufgrund des spezifischen Vorwissens, der strukturellen Position dieser Personen und den besonderen Rahmenbedingungen, unter denen ExpertInneninterviews häufig stattfinden“, von anderen Formen unterscheiden. (MATTISSEK u. a., 2013, S. 175) Auch Flick nimmt diese Zuteilung vor. (vgl. FLICK, 2017, S. 214) Wer dabei als Experte oder Expertin gilt, hängt von der Definition ab. Mattissek u.a. schreiben, dass sich ExpertInnen vor allem „durch ihre Kenntnis in einem bestimmten Handlungsfeld, durch ihre beruflichen Erfahrungen, als Repräsentanten einer Gruppe, als Mitarbeiter einer Organisation in einer spezifischen Funktion, jedoch weniger als Person“ auszeichnen. (MATTISSEK u. a., 2013, S. 175) Das Wissen und die Kompetenzen dieser Person äußern sich nicht nur oftmals in selbstbewusstem Auftreten, sondern können auch den Handlungsspielraum anderer AkteurInnen beeinflussen. Bogner und Menz schreiben ihnen deshalb eine „soziale Relevanz“ zu. (BOGNER & MENZ, 2005, S. 43) Zudem stehe der/die ExpertIn „für eine Problemperspektive, die typisch ist für

den institutionellen Kontext, in dem er sein Wissen erworben hat und in dem er handelt“, unabhängig davon, ob dieser Kontext in einem beruflichen oder ehrenamtlichen Umfeld zu verorten ist. (MEUSER & NAGEL, 2009, S. 469)

„Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass als Experte angesprochen wird:

- wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Ausarbeitung, die Implementierung und/oder die Kontrolle einer Problemlösung,
- und damit über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen, Soziallagen, Entscheidungsprozesse, Politikfelder usw. verfügt.“ (ebd. S. 470)

Mattissek u.a. beschreiben einige Herausforderungen, die mit einem ExpertInnen-Interview einhergehen können und auf die sich die/der ForscherIn entsprechend vorbereiten muss. Genannt werden vor allem der Zeitdruck, unter dem die Interviews oftmals stattfinden sowie die notwendige intensive inhaltliche Vorbereitung, damit kompetent (nach)gefragt werden kann. Der Leitfaden soll dabei helfen, sich nicht in Randthemen zu verlieren und zielstrebig zur gesuchten Information zu gelangen. Außerdem lassen sich aus strukturierten, fokussierten Leitfadeninterviews leichter Transkriptionen und Auswertungen erstellen. (vgl. MATTISSEK u. a., 2013, S. 176)

7.3 Auswahl Interview-PartnerInnen

Die Auswahl der passenden Interview-PartnerInnen wurde mittels akteurszentriertem Zugang getroffen. Nach einem informellen Gespräch mit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung Ost im Frühjahr 2019 wurde im ersten Schritt ein Überblick über die handelnden AkteurInnen gewonnen und erste Kontaktadressen wurden recherchiert. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, möglichst alle verschiedenen Stakeholder abzudecken, womit die Gebiete der ExpertInnen feststanden: Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft, Planung und gesetzliche Interessensvertretungen. Meuser und Nagel schreiben diesbezüglich:

„Für die Stichprobenbildung folgt daraus die Maxime, die Unterschiedlichkeit der Problemdefinitionen zum Kriterium der Auswahl der Interviewpartner zu machen. Diese sollte so erfolgen, dass das Spektrum unterschiedlicher Expertenperspektiven abgebildet wird.“ (MEUSER & NAGEL, 2009, S. 468)

In diesem Sinne wurden folgende neun Personen als ExpertInnen im Zeitraum 26. August 2019 bis 17. Oktober 2019 interviewt. Es fällt auf, dass im Bereich der Planung, Verwaltung und Interessenvertretungen jeweils Frauen eine zentrale Rolle spielten.

Mag.^a Sonja Gruber und ihr Büro wurde 2014/2015 von der Stadt Wien beauftragt, eine Funktions- und Sozialraumanalyse für den Bereich rund um den Reumannplatz zu erstellen.

Dadurch wurde nicht nur der Ist-Stand des Gebietes erhoben, sondern es wurden auch Handlungsempfehlungen für die Umgestaltung verfasst. Sie ist Soziologin und beschäftigt sich neben der Thematik des Sozialraumes auch mit Partizipations- und Beteiligungsarbeit sowie sozialer Nachhaltigkeit im Wohnbau. (vgl. GRUBER, 2016)

Dipl. Ing.ⁱⁿ Susanne Staller arbeitet für das Büro tilia – Büro für Landschaftsplanung, das das Beteiligungsverfahren im Auftrag der MA 19 durchgeführt hat. Sie ist Landschaftsplanerin und gründete 1999 das Büro, das in den Bereichen Planung und Umsetzung, Forschung und Publikationen die Thematik Öffentlicher Raum aus verschiedenen Blickwinkeln bearbeitet. (vgl. TILIA STALLER.STUDER OG, o.J.)

Eine zentrale Koordinierungsstelle für die Umgestaltung des Reumannplatzes ist die Unterabteilung Gestaltung Öffentlicher Raum der MA 19, der Magistratsabteilung Architektur und Stadtgestaltung. Von dieser Verwaltungsebene wurde Dipl.-Ing.ⁱⁿ Clarissa Knehs interviewt, die im Projekt von Anfang an involviert war. Zugeordnet ist diese Abteilung der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung, wobei die amtsführende Stadträtin die Vizebürgermeisterin der Stadt Wien ist. (vgl. STADT WIEN, o.J.e)

Auf der Ebene der gesetzlichen Interessenvertretungen wurde die Bezirksobfrau der Wirtschaftskammer Favoriten Ing.ⁱⁿ Iris Einwaller, BA befragt, da sie sich seit der Übernahme dieser Funktion 2018 ganz konkret in Zusammenarbeit mit ansässigen Wirtschaftstreibenden in den Planungsprozess eingebracht hat. Neben ihrer Tätigkeit im Bezirk arbeitet sie in zwei Betrieben im Bereich der Immobilienbranche. (vgl. WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN, 2019).

Das entsprechende Gegenstück, die Arbeiterkammer Wien, ist vertreten durch Mag.^a Katharina Hammer, Referentin für den Bereich Soziale Stadt der Kommunalpolitik-Abteilung. Zwar hat sich die Kammer für ArbeiterInnen und Angestellte nicht explizit in den Planungsprozess eingebracht, sie weist aber Expertise im Bereich Umgestaltung öffentlicher Räume auf, was nicht zuletzt durch ihre Publikationen und Statements sichtbar wird.

Auf der lokalen, zivilgesellschaftlichen Ebene wurden ebenso zwei Seiten befragt, die insbesondere in Bezug auf ein mögliches neues Gastronomieangebot verschiedener Meinung sind und den Planungsprozess auch auf unterschiedliche Weise mitgestaltet haben. Einerseits Kurt Tichy, Unternehmer und Besitzer des Eissalons Tichy am Reumannplatz, der gemeinsam mit anderen Unternehmern vor Ort und der Wirtschaftskammer ein größeres Gastronomieangebot befürwortet hat, und andererseits Oswald Kuppelwieser, der mit anderen

BewohnerInnen die Initiative Offener Reumannplatz gegründet hat, um sich für eine größere konsumfreie Zone einsetzen zu können. Er war zwar jahrelang Bezirksrat für die Grünen in Favoriten, bezeichnet sich jetzt allerdings lediglich als freiwilliger Aktivist für die Partei. (vgl. KUPPELWIESER, Z 365-370)

Eine wichtige Vermittlungsstelle im Bezirk zwischen Bevölkerung, lokaler Institutionen und übergeordneten Stellen ist die Gebietsbetreuung Stadterneuerung. Es ist eine Service-Stelle der Stadt Wien, die als privates Unternehmen im Auftrag der MA 25 – Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser einerseits Stadtentwicklungsprojekte begleitet und andererseits eine Anlaufstelle für Fragen und Anregungen der BewohnerInnen darstellt. (vgl. MAGISTRAT DER STADT WIEN, TECHNISCHE STADTERNEUERUNG, o.J.b) Dipl.-Ing.ⁱⁿ Tamara Brajović ist Architektin und für Stadtteilmanagement der Gebietsbetreuung Ost, also neben Favoriten auch für die Bezirke 3, 4, 5 und 11 zuständig. In Bezug auf Stadtplanung war sie u.a. auch bei der Funktions- und Sozialraumanalyse zum Schwedenplatz beteiligt, die von der MA 18 in Auftrag gegeben und anschließend als Werkstattbericht veröffentlicht wurden. (vgl. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2017)

Auf politischer Bezirksebene stellt der Bezirksvorsteher Marcus Franz eine wichtige Person dar, da er sich nicht nur als demokratisch gewählter Vertreter für die Interessen der BewohnerInnen einsetzt, sondern sich auch maßgeblich in den Gestaltungsprozess des Reumannplatzes eingebracht hat. Seit 2001 ist er für die SPÖ auf Bezirksebene tätig, seit 2017 ist Marcus Franz der Nachfolger von Hermine Mospointner. (vgl. SPÖ FAVORITEN, o.J.)

Natürlich bilden die befragten Personen nicht das gesamte Spektrum relevanter AkteurInnen ab, die eine Rolle bei der Umgestaltung des Reumannplatzes gespielt haben. Wie eingangs erwähnt, wurde jedoch versucht, ein ausgewogenes Bild zu repräsentieren. Trotzdem seien an dieser Stelle weitere Anlaufstellen genannt, die bei einer umfassenderen Studie befragt werden könnten. Auf der Planungsebene sind das Büro Grimm zu nennen sowie die Architektengruppe U-Bahn, die für die Umsetzung bzw. die Detailplanung zuständig waren. Auf der Verwaltungsebene sind gleich mehrere Abteilungen zu erwähnen, die an den Umgestaltungen im öffentlichen Raum allgemein, aber auch konkret am Reumannplatz beteiligt waren und auch in den Interviews immer wieder angesprochen wurden:

MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung

MA 28 – Straßenverwaltung und Straßenbau

MA 33 – Wien leuchtet

Zwei weitere Akteure sind die Wiener Linien, die maßgebliche technische Vorgaben bezüglich der Umgestaltung geliefert haben und die lokale Polizei, die auch Einblicke und Sichtweisen über die längerfristige Veränderung im Bereich Nutzung und Sicherheit liefern können.

Auf der Ebene der Bevölkerung ist in jedem Fall noch der Verein Lokale Agenda 21 zu nennen, der sich für die Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen und in diesem Sinne für nachhaltige Stadtentwicklung einsetzt.¹² Über diesen Verein werden neben einer Radgruppe insbesondere auch die Interessen von Mädchen gefördert. Sie haben nicht nur in den letzten Jahren viele Veranstaltungen am Reumannplatz organisiert, um Mädchen und jungen Frauen mehr (öffentlichen) Raum zu geben und den ReuMÄDCHENplatz gegründet, sondern auch konkret bei der Gestaltung des neuen Reumannplatzes mitgeredet. Beispielsweise ist dort die Bühne mitsamt ihrer Ausgestaltung gemeinsam mit Mädchen vor Ort ausgearbeitet worden.

Natürlich gibt es noch weitere AkteurInnen, die ihre Aufgaben, Funktionen und Interessen am Reumannplatz wahrnehmen, wie das Bundesdenkmalamt, MA 31 – Wiener Wasser, MA 46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten oder die Feuerwehr. Diese haben jedoch meistens sehr abgegrenzte oder abgrenzbare Partikularinteressen, die für die Forschungsfrage weniger relevant sind.

7.4 Erstellung des Interview-Leitfadens

Es gibt nach Mattissek u.a. keine klare Vorgabe, wie ein Leitfaden erstellt werden soll. (vgl. MATTISSEK u. a., 2013, S. 168) In der Literatur werden dazu verschiedene Vorgehensweisen vorgeschlagen, wobei stets zentral dabei ist, dass alle relevanten Themen enthalten sind. Um unvorhergesehene und unüberlegte Formulierungen zu vermeiden (wie etwa suggestive oder geschlossene Fragen), wurden die Fragen für diese Arbeit vorab ausformuliert. (vgl. ebd.)

Im Laufe des Forschungsprojekts können sich die Fragen auch ändern, nicht zuletzt ist die Prozesshaftigkeit, wie zuvor bereits erläutert, in der qualitativen Forschung ein wichtiges Merkmal. (vgl. ebd.) Dies trifft auf die vorliegende Arbeit zu, da sich durch vorangegangene Interviews oder aktuelle Zeitungsartikel neue Fragen ergeben haben (wie beispielsweise jene

¹² Siehe VEREIN LOKALE AGENDA 21 IN WIEN ZUR FÖRDERUNG VON BÜRGERBETEILIGUNGSPROZESSEN (2019): Agenda Favoriten, online verfügbar unter: <https://www.agendafavoriten.at> (20.01.2020)

nach den parteipolitischen Veranstaltungen oder den Kommentaren im Standard-Forum). Andere Fragen wurden hingegen frühzeitig ausreichend beantwortet (wie u.a. jene zum konkreten Ablauf des Beteiligungsprozesses), weshalb sie bei darauffolgenden Interviews nicht mehr gestellt wurden.

Der Ablauf dieser Phase orientiert sich an der Gliederung nach Mayring im Kontext problemzentrierter Interviews. Dabei wird zuerst das Problem analysiert, zentrale Aspekte für das Interview herausgearbeitet, diese in eine vernünftige Reihenfolge gebracht und ausformuliert. Nach einer Pilotphase, in der der Leitfaden getestet wird, folgt die Durchführung und Aufzeichnung der Interviews. (vgl. MAYRING, 2016, S. 69 f.)

Während der dreimonatigen Literaturrecherche wurden spannende Fragen notiert. Somit ist ein grober Aufbau bereits im Zuge der Recherche entstanden, der alle wichtigen Bereiche abdeckt. In weiterer Folge wurden die Fragen geclustert und in Unterfragen gegliedert – stets im Bewusstsein, dass es sich um Leitfrageninterviews handelt und somit auch Raum für spontane Nachfragen vorhanden ist. Vergleichbar werden die Interviews nicht nur durch das geteilte Interesse am Untersuchungsgegenstand und das jeweilige diesbezügliche ExpertInnenwissen, sondern auch durch die leitfadenorientierte Interviewführung: „Der Leitfaden schneidet die interessierenden Themen aus dem Horizont möglicher Gesprächsthemen der Experten heraus und dient dazu, das Interview auf diese Themen zu fokussieren.“ (MEUSER & NAGEL, 2009, S. 476) Zwar wurden Besonderheiten der jeweiligen Expertin bzw. des jeweiligen Experten berücksichtigt und spezifische Fragen zugelassen, der Großteil der Fragen sowie der allgemeine Aufbau sind allerdings bei allen Interviews gleich.

Am Beginn der Interviews wurden nochmals die Rahmenbedingungen geklärt, die bereits vorab per Mail kommuniziert worden sind: Forschungsthema, Hintergrund des Untersuchungsbeispiels, Datenschutz-/Zustimmungserklärung, Aufnahme des Interviews usw. Bewusst wurde dabei auf das Wort „Konflikte“ verzichtet, denn das Gespräch sollte nicht vorab in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Ob und in welcher Form es Interessenkonflikte bei der Umgestaltung des Reumannplatzes gab oder gibt, sollte erst anschließend Teil der Analyse sein. Auch wenn durch die Themenwahl und die Fragestellung, und auch durch die Formulierung und das Nachfragen, das Gespräch strukturiert und damit die Antworten teilweise mitkonstruiert werden und dies meinen persönlichen sowie den Forschungszugang widerspiegelt, wurde trotzdem versucht, die Interviewführung möglichst offen und unvoreingenommen anzulegen.

Mit „[l]eicht zu beantwortende[n] Eröffnungsfragen“ (vgl. MATTISSEK u. a., 2013, S. 167) zum eigenen Bild des Reumannplatzes sowie dem institutionellen Bezug zum Platz wurde das Interview begonnen. Dadurch sollte einerseits sichtbar werden, wie die Befragten „den Raum Reumannplatz“ wahrnehmen, aber auch welche Schwerpunkte sie womöglich setzen. Anschließend wurde zu den Bereichen Planungsprozess, kontextuelle Bedingungen, Finanzierung und Organisation, Umgestaltung des Reumannplatzes und Öffentlicher Raum je zwischen einer und sechs Fragen vorformuliert. In der konkreten Situation wurden jedoch Fragen übersprungen oder anders angeordnet, falls es die Situation erforderte. Die Fragen sind fünf verschiedenen Fragetypen nach Dunn zuordenbar, die kurz beispielhaft aufgezählt werden. (Dunn 2010, zit. nach MATTISSEK u. a., 2013, S. 167)

Beschreibung: Welche Rolle spielt der Reumannplatz für Ihre Institution?

Erzählung: Wie haben Sie den Beteiligungsprozess erlebt?

Meinung: Wer sollte Ihrer Meinung nach die Umgestaltung öffentlicher Räume finanzieren?

Kontrast: Wäre der Planungsprozess in einem anderen Bezirk anders abgelaufen?

Advocatus Diaboli: Im Online-Standard-Forum wurde zu den aktuellen Entwicklungen am Reumannplatz von Usern angemerkt, dass eine „echte Aufwertung“ des Reumannplatzes nur möglich wäre, wenn sich „bestimmte Personen“ nicht mehr dort aufhalten würden. Können Sie diese Sichtweise nachvollziehen?

Abschließend wurde die Möglichkeit gegeben, fehlende Aspekte anzusprechen oder einzelne Punkte nochmals zu unterstreichen.

Nachdem der Leitfaden erstellt wurde, wurde ein Probeinterview durchgeführt, um zu einer zeitlichen Einschätzung zu gelangen und um zu überprüfen, ob die Fragen verständlich sind, der Aufbau nachvollziehbar ist, und ob wichtige Teile oder Fragen fehlen. Damit sollten einerseits „Fehleinschätzungen des Verhältnisses von Informationsinteressen und zur Verfügung stehender Zeit“ und andererseits ein zu oberflächliches Abfragen einzelner Punkte aufgrund zu langer Leitfäden verhindert werden. (HOPE, 2017, S. 358)

Aufgrund dessen wurde der Leitfaden geringfügig geändert und die notwendigen Unterlagen wie Pläne, Definitionen, Zeitungsartikel usw. zusammengetragen, um bestmöglich auf die Interviews vorbereitet zu sein und auf etwaige Fragen konkret antworten zu können. Der Plan der Umgestaltung wurde zwar nicht von vornherein vorgelegt, um die Antworten bzw. deren Fokus nicht zu beeinflussen, konnte aber bei Bedarf verwendet werden, um Klarheit bei der Verortung von Inhalten zu schaffen.

Interview-Leitfaden

Schon seit einigen Jahren war klar, dass im Zuge der U1-Verlängerung der Reumannplatz umgestaltet werden soll. Seitdem haben sich viele Institutionen und Personen damit auseinandergesetzt, wie dies am besten geschehen soll. So hat beispielsweise die Stadt Wien eine Funktions- und Sozialraumanalyse (FSRA) in Auftrag gegeben, es gab einen Bevölkerungsbeteiligungsprozess und auch medial wurde über die verschiedenen Interessen berichtet. Am 27. Juli 2019 haben nun die Bauarbeiten begonnen. Mich würde Ihre Sicht auf dieses Untersuchungsbeispiel interessieren.

Einstieg

- Woran denken Sie, wenn Sie an den Reumannplatz denken?
- Welche Rolle spielt der Reumannplatz für Ihre Institution?

Planungsprozess

- Welche AkteurInnen spielen Ihrer Meinung nach eine zentrale Rolle bei der Umgestaltung von öffentlichem Raum wie dem Reumannplatz?
- Gibt es auch AkteurInnen, die eine größere Rolle spielen sollten?
- Wie ist der Beteiligungsprozess abgelaufen? Wie haben Sie den Beteiligungsprozess erlebt?
- Hat sich Ihre Meinung zur Umgestaltung im Laufe der Zeit geändert?
- Was sind oder waren die größten Herausforderungen bei diesem Projekt?
- Welche Erkenntnisse nehmen Sie ins nächste Projekt mit?

Kontextuelle Bedingungen

- Welche gesellschaftlichen Entwicklungen haben Sie bei der Umgestaltung und beim Aushandlungsprozess wahrgenommen?
- Inwiefern spielt es dabei eine Rolle, dass sich der Reumannplatz in Favoriten befindet?

Finanzierung und Organisation

- Wer soll die Umgestaltung finanzieren? Und warum?

Umgestaltung des Reumannplatzes

- Welche Aktivitäten sollten am Reumannplatz Platz haben? Welche nicht?
- Welche Zielgruppen sind für Sie wichtig?
- Wo sehen Sie die Stärken und die Schwächen des neuen Reumannplatzes?
- Eine Erkenntnis der FSRA ist, „dass mögliche Verdrängungsprozesse, die mit einer Neugestaltung des Reumannplatzes einhergehen (können), aktiv aufgegriffen werden und ein sensibler Umgang damit im Sinne armutsgefährdeter, marginalisierter Bewohner_innen Favoritens gefunden werden muss.“ Wie wurde dies berücksichtigt? Wie kann dies berücksichtigt werden?
- Denken Sie, dass nach der Umgestaltung andere Menschen den Raum nutzen werden oder der Raum anders genutzt werden wird? Warum/warum nicht?
- Laut dem „Fachkonzept Öffentlicher Raum“ der Stadt Wien sollten in einem Umkreis von 500 m jeder Person 4 m² öffentlicher Raum zur Verfügung stehen. Rund um den Reumannplatz kommen auf eine Person jedoch nur 0,54 m². Wie soll man damit

umgehen?

Öffentlicher Raum

- Warum gibt es Ihrer Meinung nach ein so großes Interesse am öffentlichen Raum? Was macht den öffentlichen Raum so interessant?

Abschluss

- Habe ich Sie etwas nicht gefragt, was Sie zu dem Thema noch sagen möchten?

7.5 Durchführung der Interviews

Jedes Interview war für etwa eine Stunde geplant, in der Durchführung haben sie zwischen 45 Minuten und 110 Minuten gedauert.

Die Interviews fanden in den jeweiligen Büros oder in einem Café statt. Organisatorisch gab es keine Schwierigkeiten, da die Rahmenbedingungen vorab besprochen worden waren. Inhaltlich stellten insbesondere die Fragen zu den kontextuellen Bedingungen und auch die Fragen zu den Erkenntnissen des Projekts eine Herausforderung dar. So traten Unklarheiten auf, was unter „gesellschaftliche Entwicklungen“ gemeint sei und inwiefern diese mit dem Umgestaltungsprozess zusammenhängen könnten, weshalb dies anhand von Beispielen spezifiziert werden musste. Auf die Frage nach den Erkenntnissen gab es öfter eine längere Pause, dann aber recht aufschlussreiche – wenn auch sehr unterschiedliche Antworten. Eine weitere Herausforderung war, dass von manchen InterviewpartnerInnen nicht alle Fragen beantwortbar waren, weil die Person nicht von Anfang an in den Planungsprozess involviert war. So hat beispielsweise Iris Einwaller die Funktion als Obfrau der Wirtschaftskammer Favoriten erst vor einem Jahr übernommen und die Gebietsbetreuung Stadterneuerung den Auftrag für ihre Tätigkeiten erst mit Jänner 2018 erhalten. Besonders trifft das auch auf Katharina Hammer zu, da sich die Arbeiterkammer Wien nicht explizit mit dem Umbau des Reumannplatzes beschäftigt hat.

Eine persönliche Schwierigkeit waren die Rückfragen an mich. Es war nicht vorgesehen, meine meine Meinung einzubringen, weil das Gespräch nicht in eine Richtung gelenkt werden sollte und auch meine meine persönliche Meinung – zumindest in diesem Stadium der Erhebung – keine Rolle spielt. Aus Höflichkeitsgründen wurden die Rückfragen dennoch beantwortet. Ein Beispiel dafür ist die Rückfrage, was für überdachte Sitzbänke spräche.

Besonders relevant auch für die Auswertung und Analyse der Gespräche ist, dass strikt zwischen individueller Meinung und Sichtweise der Institution getrennt werden muss. Dies

entspricht nicht nur den wissenschaftlichen Kriterien, sondern auch dem expliziten Wunsch der ExpertInnen.

7.6 Transkription

Die Interviews wurden mittels Tonträger aufgenommen und transkribiert, um sie „für wissenschaftliche Analysen auf dem Papier dauerhaft verfügbar“ zu machen. (KOWAL & O’CONNELL, 2017, S. 438) Die schriftlichen Fassungen der Sprachaufnahmen sind anschließend die Grundlage der interpretativen Auswertung. (vgl. MATTISSEK u. a., 2013, S. 192)

Hingewiesen sei darauf, dass bereits durch das Transkribieren ein Konstruktionsprozess stattfindet, da Transkripte „nicht einfach auf Papier ab[bilden], was im Gespräch gesagt und getan wurde“. (MATTISSEK u. a., 2013, S. 191) Kowal und O’Connell schreiben, dass es sich dabei vielmehr um „theoriegeladene, konstruktive Prozesse“ handelt, die „durch eine erhebliche Reduktion der fast unbegrenzt reichhaltigen Primär- und Sekundärdaten gekennzeichnet“ sind. (KOWAL & O’CONNELL, 2017, S. 440) Gemeint ist damit, dass sowohl bei der Übertragung des Originalgesprächs auf die Tonaufnahme, als auch von der Tonaufnahme auf das Transkript bestimmte Elemente ausgelassen und nicht beachtet werden.

Aus den verschiedenen Transkriptionsverfahren, die von WissenschaftlerInnen wie Mattissek u.a. beschrieben werden, eignet sich für die vorliegende Forschungsarbeit die Transkription in die Standardsprache am besten, da dialektale Aussprachen und Besonderheiten der Sprecherin oder des Sprechers nicht Teil der Analyse sind:

„Für geographische Arbeiten, bei denen es in der Mehrheit der Untersuchungen weniger auf die genaue sprachliche Äußerung ankommt, sondern mehr um die Sachinhalte geht, ist eine Transkription in normales Schriftdeutsch üblich.“ (MATTISSEK u. a., 2013, S. 193)

Mayring schreibt dazu: „Der Dialekt wird bereinigt, Satzbaufehler werden behoben, der Stil wird geglättet. Dies kommt dann in Frage, wenn die inhaltlich-thematische Ebene im Vordergrund steht, wenn der Befragte beispielsweise als Zeuge, als Experte, als Informant auftreten soll.“ (MAYRING, 2016, S. 91) Die „Charakteristik der gesprochenen Sprache“ bleibt zwar erhalten, „die Lesbarkeit ist jedoch erheblich verbessert.“ (MATTISSEK u. a., 2013, S. 193)

Nachdem die Sprachaufnahmen in einem ersten Schritt wortgetreu transkribiert wurden, wurden in einem zweiten Schritt Ungenauigkeiten bereinigt und die Abschriften vereinheitlicht. Versprecher, Wortabbrüche, Wiederholungen, die wortwörtlich hintereinander

gesagt wurden und Füllwörter wie „Ahm“ oder „ja“ wurden gestrichen. (vgl. KOWAL & O'CONNELL, 2017, S. 444) Umgangssprachliche Wörter wurden im Normalfall aus- bzw. umgeschrieben: kriegen - bekommen, gucken - schauen, drüber - darüber, ne - eine, bissl - bisschen, i - ich, san - sind, a - auch, ned - nicht, g'mocht - gemacht usw. In Ausnahmen wurde die Umgangssprache jedoch beibehalten, weil die Übersetzung in die Standardsprache die Charakteristik der Aussage verändert hätte, wie z.B. bei „es wurlt“ oder „Riesenprojekt“. Um möglichst nahe am Gesprochenen zu bleiben und um eine Veränderung der Aussage zu vermeiden, wurde im Zweifelsfall der Satzbau im Original belassen, sofern die Verständlichkeit nicht beeinträchtigt wurde. Ebenfalls nur in Ausnahmefällen wurden „außersprachliche“ (wie lachen) und „prosodische“ Merkmale (wie die Betonung eines Wortes) verschriftlicht, falls sich die Bedeutung des Gesagten dadurch veränderte. (ebd. S. 443 f.) Wie Kowal und O'Connell schreiben, sollte in einem Transkript „deutlich erkennbar zwischen Beschreibungen, Erklärungen, Anmerkungen und Interpretationen unterschieden werden.“ (ebd. S. 444) Aus diesem Grund wurden nachträglich hinzugefügte Informationen sowie Erklärungen in eckigen Klammern sichtbar markiert.

Das Binnen-I wurde geschrieben, wenn es sich aus dem Gesprächskontext ergeben hat, dass explizit von Männern und Frauen gesprochen wurde. Nicht zum Interview gehörende Unterbrechungen wurden in der Transkription ausgelassen.

Da es sich um Interviews mit Expertinnen und Experten handelt, die auch in der Arbeit namentlich zitiert werden, wurde vor der Verwendung der Interviews die Abschrift zur Freigabe an die Interviewten geschickt. Diese hatten die Möglichkeit, bestimmte Teile aus dem Interview zu streichen, wovon auch Gebrauch gemacht wurde. Die Interviews sind in dieser freigegebenen Form im Anhang zu finden. Clarissa Knehs und Marcus Franz haben das Transkript nicht zur Veröffentlichung freigegeben, sondern nur die direkt in der Arbeit verwendeten Passagen.

7.7 Auswertungsverfahren

Als Auswertungsverfahren wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring gewählt, eine weit verbreitete „systematische Bearbeitung von Kommunikationsmaterial.“ (MAYRING, 2017, S. 468) Dabei wurden zuerst theoriegeleitete Kategorien formuliert, die sich aus den Vorarbeiten, den theoretischen Grundlagen sowie den Leitfragen ergeben. Bereits vor der empirischen Erhebung ergeben sich folgende Kategorien:

- Raumverständnis und Funktionen des öffentlichen Raumes
- Tätigkeiten im öffentlichen Raum
- Interessen im und am öffentlichen Raum
- Interessenkonflikte
- Zusammenhänge mit gesellschaftlichen Prozessen

Aufgrund der offenen Fragetechnik kann man das Material „nicht mit vorfixierten Themenkatalogen interpretieren und zusammenfassen; diese lassen sich nur teilweise vor der Erhebung entwerfen.“ (SCHMIDT, 2017, S. 447) Die Auswertung beginnt erst „mit dem intensiven und wiederholten Lesen des Materials.“ (ebd. S. 448) Demnach entstehen die „Auswertungskategorien und -instrumente für ein Leitfadeninterview [...] in Auseinandersetzung mit dem erhobenen Material.“ (ebd. S. 447) Dabei sind mit Material „die vollständig und wörtlich transkribierten Interviews gemeint“, die frei von Übertragungsfehlern so genau verschriftet sind, wie für die Arbeit notwendig ist. (ebd. S. 449) Mit den Worten Mayrings handelt es sich dabei um eine „induktive Kategorienbildung“ und damit darum, „schrittweise Kategorien aus dem Material zu entwickeln.“ (MAYRING, 2017, S. 472) Diese Kategorien wurden in einer weiteren Phase überarbeitet und sinnvoll strukturiert.

Da es sich bei dem Material um Interviews mit offener Frageform handelt, ist zu beachten, dass „sich die wichtigen Textpassagen zudem nicht immer im direkten Kontext der gestellten Frage [befinden]“, sondern manchmal erst später auftauchen oder als Teil einer anderen Antwort sichtbar werden. (SCHMIDT, 2017, S. 450) Darüber hinaus ist die Form des ExpertInnen-Interviews zu berücksichtigen, weshalb der Fokus auf interview-übergreifenden Aussagen liegt:

„Anders als bei der einzelfallinteressierten Interpretation orientiert sich die Auswertung von Experteninterviews an thematischen Einheiten, an inhaltlich zusammengehörigen, über die Texte verstreuten Passagen – nicht an der Sequenzialität von Äußerungen je Interview.“ (MEUSER & NAGEL, 2009, S. 476)

Aus dem Material lassen sich schließlich folgende Kategorien und Unterkategorien herausarbeiten, die relevant sind. Sie ermöglichen eine Beantwortung der Forschungsfrage und strukturieren damit auch das folgende Kapitel:

- Raumverständnis und Funktionen des öffentlichen Raumes am Beispiel Reumannplatz
- Tätigkeiten am Reumannplatz
- Interessen
 - o „Belebtheit und Aufwertung“
 - o „Sicherheit“
 - o „Gleichberechtigung der Interessen“
 - o AkteurInnen
 - o Instrumente
- Konflikte und gegenkulturelle Räume

- o Die Ebene der Bevölkerung
- o Die Ebene der technischen Gegebenheiten
- o Die politische Ebene der Finanzierung
- o Beispiel „Gastronomie“
- o Beispiel „Überdachte Bänke“
- o Beispiel „Mädchenbühne“
- Verdrängung und Gentrifizierung
- Zusammenhänge mit gesellschaftlichen Prozessen
- Bewertung des Umgestaltungsprozesses

8. Ergebnisse und Analyse

8.1 Raumverständnis und Funktionen des öffentlichen Raumes am Beispiel Reumannplatz

Bei der Analyse des Raumverständnisses der Befragten sind drei Aspekte besonders auffällig. Der Reumannplatz wird als ein Raum beschrieben, der von und durch Menschen konstituiert wird, er wird abhängig von der jeweiligen persönlichen Beziehung und dem institutionellen Kontext wahrgenommen, wobei bei einigen eine emotionale Verbindung festgestellt werden kann, und er wird als ein besonders wichtiger und zentraler Platz für Favoriten und Wien bezeichnet, im Sinne eines klassischen öffentlichen Raumes, aber auch aufgrund seiner Einzigartigkeit.

Das Raumverständnis der Interviewten lässt sich demnach wie folgt in das Konzept nach Löw einordnen. Nicht nur der Umbau an sich, als relationales (An)Ordnen sozialer Güter ist eine sichtbare Raumkonstitution, sondern auch das tagtägliche Konstituieren von Raum durch Menschen. Erkennbar ist das beispielsweise daran, dass der Reumannplatz für Kuppelwieser ein Treffpunkt der Menschen ist, „die in der Gegend wohnen und der Menschen, die dort von einem öffentlichen Verkehrsmittel ins andere umsteigen oder in die Fußgängerzone einkaufen gehen“, aber auch ein Ort für die BesucherInnen des Amalienbads und der SchülerInnen, die dort in der Nähe in die Schule gehen. (KUPPELWIESER, Z 5-8) Die hohe Frequenz an unterschiedlichen Personen, die sich aus verschiedenen Gründen auf dem Platz bewegen und aufeinandertreffen, wird von fast allen Befragten gleich zu Beginn des Interviews genannt. (vgl. STALLER, Z 9 f.) Dieses Aufeinandertreffen wird überaus positiv beschrieben, von einem „friedlichen Nebeneinander“ ist die Rede. (GRUBER, Z 14)

Die Beurteilung bzw. die Wahrnehmung des Platzes hängt auch damit zusammen, welche Beziehung man selbst zu diesem Ort hat und wie oft man ihn in welcher Weise aufsucht. Das

lässt sich aus der Aussage Grubers ableiten, nach der der Platz „versteckte Qualitäten [hat], die man eigentlich erst merkt, wenn man wirklich längere Zeit dort verbringt.“ (GRUBER, Z 10 f.) Tendenziell scheint das positive Bild des Platzes zu steigen, je besser man ihn kennt. Einwaller hat zwar auch einige Jahre in der Nähe gewohnt, für sie ist der Reumannplatz allerdings aufgrund seiner hohen Frequenz belebt, aber eher ein „kahler“ Platz und „nicht unbedingt eine Augenweide“. (EINWALLER, Z 7 f.; vgl. Z 249)

In Bezug auf die eigene Beziehung zum Platz ist bei den Befragten außerdem eine gewisse emotionale Verbundenheit zum Platz festzustellen. Für einige reichen die Bilder weiter in die Vergangenheit zurück, wie etwa für Tichy, der beim Reumannplatz zuallererst an seine Kindheit denkt:

„Eigentlich an meine Kindheit. Ich bin ja da geboren und da haben wir vier Angestellte gehabt, das Geschäft war noch sehr klein und der Reumannplatz war ein verträumter Park mit alten Kastanien, das waren solche Bäume. Und da war eine Sandkiste. Und der ganze Platz war noch viel ruhiger. Ich habe da drüben im Park im Sand gespielt. Zu Mittag hat meine Mutter herübergewunken, hat gesagt, Essen kommen!“ (TICHY, Z 3-6)

Auch für den Bezirksvorsteher Marcus Franz ist der Reumannplatz jener Ort, an dem er in der Volksschulzeit schwimmen gelernt hat, der in seiner Jugend ein Treffpunkt gewesen ist und wo man das beste Eis von Wien kaufen kann. (vgl. FRANZ, Z 2-4)

Darüber hinaus ist die Sichtweise auch vom institutionellen Kontext der ExpertInnen geprägt. Während für Brajović der Platz ein Ort im „Schwerpunktgebiet der Stadterneuerung“ ist, (BRAJOVIĆ, Z 10) ist er für Einwaller einer der zentralsten Punkte Favoritens, wo „auch sehr viele Unternehmer angesiedelt sind.“ (EINWALLER, Z 14)

Eine weitere Auffälligkeit ist, dass der Reumannplatz über den konkreten Ort hinaus eine breitere Wirkung entfaltet: Er wird als „das Herz von Favoriten“ beschrieben (KNEHS, Z 6) (BRAJOVIĆ, Z 167), „ein strategisch wichtiger Punkt [...] in der Stadt“ (HAMMER, Z 56), ein „ganz wichtiger Stadtplatz“ (ebd. Z 151), „ein zentraler Ort in Favoriten“ (STALLER, Z 556 f.). Er wird als „Aushängeschild oder als Zentrum Favoritens wahrgenommen“, „den Reumannplatz kennt jeder.“ (GRUBER, Z 437 f.) Jugendliche aus verschiedenen Bezirken nutzen ihn als Treffpunkt, viele sagen „Geh’ma Reumann.“ (ebd. Z 442) Auch für Franz ist es ein Platz, der in anderen Bezirken den Menschen gedanklich ein Begriff ist. (vgl. FRANZ, Z 160 f.) Er hofft jedoch, dass der Platz nach der Umgestaltung „wirklich auch ein Hauptplatz für Favoriten werden wird.“ (FRANZ, Z 6 f.)

Der Reumannplatz erfüllt im Sinne eines öffentlichen Raumes unterschiedliche Funktionen, die aus den beschriebenen Raumverständnissen bereits teilweise erkennbar sind (zu den Funktionen siehe Kap. 3.4). So erfüllt er nicht nur eine kulturelle Funktion, indem er verschiedene Nutzungsmöglichkeiten bietet und Bestandteil lokaler Identitäten ist, sondern auch eine soziale Funktion. Hier treffen verschiedene Menschen aufeinander, bewusst und zufällig, es findet Austausch und Ausverhandlung statt. In diesem Sinne ist die Integrationsfunktion für die meisten Befragten eine zentrale Rolle des Reumannplatzes als öffentlicher Raum. So sieht Tichy den öffentlichen Raum beispielsweise als Begegnungszone, „so eine Begegnungszone ist sicher nicht schlecht, wo alle Kulturen zusammenkommen, jung und alt zusammenkommen.“ (TICHY, Z 343) Ähnlich beschreibt auch Knehs die zentrale Funktion des öffentlichen Raumes:

„Ich glaube, dass die Menschen soziale Wesen sind, die einfach kommunizieren wollen und interagieren wollen. Und ich glaube, gerade ältere Leute, die vielleicht alleine sind oder so, die setzen sich halt gerne in den Park und schauen einfach den anderen zu. Die Jungen wollen sich auch treffen und die haben kein Geld für Lokale. [...] Ich glaube, dass das ein Treffpunkt, ein Kommunikationsraum ist, der ganz wichtig für die Leute ist. Trotz Handy und trotz Internet usw.“ (KNEHS, Z 514-520)

Hier wird sichtbar, dass gesellschaftliche Auswirkungen zwar mitgedacht werden, wie etwa die Entwicklungen in der Telekommunikation, der öffentliche Raum deshalb aber nicht obsolet wird (siehe zum Wandel des öffentlichen Raumes Kapitel 3.2.2).

Da der Reumannplatz als Ort der Ausverhandlung beschrieben wird, geht es auch um einen Ort, an dem es „diese Art von Toleranz des Fremden“ braucht, damit „sich die Menschen sicher fühlen können, egal wie sie vielleicht aussehen oder was sie da gerade ganz genau machen.“ (HAMMER, Z 208-210) Ähnlich beschreibt auch Staller diese Toleranz als „urbane Kompetenz“ (STALLER, Z 388), die besonders an Orten, wo viele verschiedene Menschen aufeinandertreffen, wie es eben beim Reumannplatz der Fall ist, notwendig ist. Beim Kontakt zu Unbekanntem, Ungewohntem, Anderem ist es wichtig, „dass man lernt, das auch auszuhalten, dass man auch Erfahrung damit macht.“ (STALLER, Z 387 f.) Die Heterogenität der Stadt zu kennen und zu verstehen, könnte man demnach als Stadtlernen bezeichnen. Diese „urbane Kompetenz“ könne man zwar auch mit bewusster Auseinandersetzung, aber auch durch eine gute Gestaltung der öffentlichen Räume erreichen, die genügend Platz bietet und „Begegnungen auf Distanz“ ermöglicht. (STALLER, Z 392-408) Davon schreibt auch Wehrheim, denn wenn „sich Kontakte reduzieren, fehlen Gelegenheiten des Lernens von Urbanität, des Sehens, Riechens und Hörens von Differenz, des Lernens des Umgangs mit Konflikten.“ (WEHRHEIM, 2012, S. 235) Darüber hinaus ist der öffentliche Raum jener Ort, an

dem „gesellschaftliche Probleme oder Polarisierungstendenzen“ als erstes sichtbar werden. (HAMMER, Z 132 f.) Durch diese „Sichtbarkeit“ lässt sich wohl erklären, dass der öffentliche Raum so häufig mit Metaphern beschrieben wird, der „Spiegel einer Gesellschaft“ (MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2007, S. 56), das „Gesicht der Städte“ (SELLE, 2008, S. 4) die „Würde der Stadt“ (SIEVERTS, 2003, S. 244), die „Vorderbühne“ im Gegensatz zur privaten „Hinterbühne“ (Goffman 1973, zit. nach SIEBEL, 2004, S. 15), die „Arena“ oder das „Wohnzimmer“ (BRAJOVIĆ, Z 252-257).

In diesen Bildern wird auch erkennbar, dass die zentrale Voraussetzung für öffentlichen Raum die grundsätzlich freie Zugänglichkeit für alle ist. (vgl. HAMMER, Z 27) Im öffentlichen Raum muss das gesamtstädtische öffentliche Recht gelten, es ist zentral, dass

„im weitesten Sinne man sich da so frei bewegen kann, wie man es einfach überall in der Stadt gewohnt ist und man dann nicht irgendwelchen Beschränkungen oder Ideen von Privaten unterliegt, die eben z.B. in einer Art von Hausordnung dort dann Geltung haben.“ (HAMMER, Z 172-175)

Auch Clarissa Knehs sagt: „Das heißt, ich glaube, es ist ganz schwer, Leuten zu verbieten, im öffentlichen Raum zu sein. Das kann ich im Shopping-Center machen. Da kann ich die Leute rausschmeißen, die ich nicht will. Im öffentlichen Raum, wenn die sich normal verhalten, ist das meiner Meinung nach sehr schwierig.“ (KNEHS, Z 572-575) Hammer spricht dabei auch die bürgerliche Überlegung an, dass als Gegenpol zum privaten der öffentliche Raum „eine ganz zentrale Sphäre für eine Stadt, für ein Verständnis für die Stadt [ist].“ (HAMMER, Z 317) Aus ihrer Sicht ist er neben der privaten Sphäre und der Arbeitsstätte deshalb so wichtig,

„weil es eben unser gemeinsamer geteilter Raum ist [und] eine demokratische Gesellschaftsstadt ausmacht. Dass wir hier teilen müssen, dass wir aushandeln müssen, dass wir gemeinsam schauen, was passiert da, was passiert da nicht, wie schauen diese Räume aus. Es sind sozusagen unsere realen demokratischen Räume, wo wir uns tatsächlich begegnen [...]“ (HAMMER, Z 316-323)

Auch Kuppelwieser beschreibt den öffentlichen Raum als Gegensatz zum privaten, an dem prinzipiell „alles möglich“ ist:

„Das heißt, ich kann dort Veranstaltungen machen, wenn ich sie anmelde und wenn Platz genug ist. Ich kann mich dort einfach hinsetzen. Ich kann dort herumwandern, die Kinder können dort spielen, laut sein, schreien, sich freuen, ein Straßenmusikant oder eine -musikantin kann sich hinsetzen. Also der öffentliche Raum bietet viel, viel mehr Möglichkeiten an Aktivitäten als privatisierte Räume [...]“ (KUPPELWIESER, Z 382-386)

Auch für Brajović sind es Plätze, an denen noch ein Aushandlungsprozess stattfinden kann, er ist im Gegensatz zum privaten Raum eine „offene Arena“, „ein Wohnzimmer für alle“, in der

die verschiedenen Vorstellungen und Verständnisse von „Wohnzimmern“ ausverhandelt werden. (BRAJOVIĆ, Z 251-256)

Wie wichtig öffentliche Räume für eine Stadt sind, sagt auch Gruber, weil sie „zentral sind für das Leben in einer Stadt, für die Lebendigkeit, für Urbanität, für alles.“ (GRUBER, Z 377) Denn „urbanes Leben findet ganz stark im Freien statt.“ (GRUBER, Z 398 f.)

Weniger zentral wird die ökologische Funktion angesprochen, die jedoch in Hinblick auf die zukünftige Veränderung am Platz relevant wird und vor dem Hintergrund Klimaschutz, Klimaanpassung und Umweltbewusstsein diskutiert wird. Thematisiert wird dieser Aspekt einerseits im Rahmen der Beteiligungsergebnisse sowie der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen, denn die wichtige Funktion von Grünraum in der dicht bebauten Stadt ist aktuell sehr stark im Bewusstsein der Bevölkerung und damit der Politik und der Verwaltung. Die ökonomische Funktion ist einerseits in Bezug auf das kommerzielle Angebot vor Ort sichtbar, wird aber auch vor dem Hintergrund verhandelt, dass eine Aufwertung des Platzes eine Wertsteigerung mit sich zieht und dies sich ebenfalls auf Immobilien im Umfeld auswirkt. Dieser Zusammenhang wird in Bezug auf Gentrifizierung näher beschrieben. Nach Selle erfüllt ein öffentlicher Raum darüber hinaus eine politische Funktion. (vgl. SELLE, 2008, S. 5). Hierbei ist interessant, dass am Reumannplatz zwar zivilgesellschaftliche Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen möglich sind, die lokalen Parteien sich jedoch auf ein parteipolitisches Veranstaltungsverbot geeinigt haben. Dadurch, dass der Reumannplatz so intensiv genutzt wird und viele Menschen dort umsteigen, es also sehr viel Bewegung gibt, wird eine größere Veranstaltung für parteipolitische Zwecke eher als störend empfunden. (vgl. FRANZ, Z 198-205)

Zuletzt ist noch zu betonen, dass der Reumannplatz besonders durch seine (öffentliche) Verkehrslage geprägt ist und dies eine zentrale Funktion des Platzes darstellt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Reumannplatz alle fünf Funktionen nach Selle in unterschiedlichem Maße erfüllt, einen wichtigen Ort der sozialen Integration und Ausverhandlung darstellt und dem Platz eine überlokale Bedeutung zukommt. Darüber hinaus gilt er als hoch frequentiert und stark genutzt. Der Stellenwert von öffentlichem Raum in der Stadt wird von allen Befragten als überaus hoch eingeschätzt.

Auf die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten und Tätigkeiten, die am Reumannplatz möglich, erwünscht und in Zukunft geplant sind, soll im folgenden Kapitel genauer eingegangen werden.

8.2 Tätigkeiten am Reumannplatz

„sollen sie so viele Aktivitäten haben, so viel sie wollen.“ (TICHY, Z 301 f.)

Sowohl für Tichy als auch für Kuppelwieser gibt es keine Aktivitäten, die im öffentlichen Raum wie dem Reumannplatz keinen Platz haben sollten. (vgl. KUPPELWIESER, Z 256) (vgl. TICHY, Z 299-304) Platz soll laut Kuppelwieser sein für „kleine Konzerte, Filmvorführungen, Tanzvorführungen“, Geburtstags- und Kinderfeste, Aktionen der Agenda 21, also Mädchenfeste usw. Der Begegnungsraum soll für alle frei und barrierefrei sowie mit vielen Sitzgelegenheiten ausgestattet sein. (KUPPELWIESER, Z 232-241) Auch Brajović und Franz sprechen den Wunsch an, in Zukunft mehr Platz für KünstlerInnen und kulturelle Veranstaltungen zu haben. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 191) (vgl. FRANZ, Z 175 f.) Die geplante Veränderung soll demnach zur Steigerung verschiedener Aktivitäten beitragen, indem es eine Bühne, aber auch ein Schachbrett, ein Wasserelement sowie Bewegungselemente geben wird. (vgl. FRANZ, Z 175-183) Eine weitere zusätzliche Nutzung soll der Platz beim Denkmal erhalten, der in Zukunft Raum für Gedenkfeiern ermöglichen soll. (vgl. KNEHS, Z 251 f.)

Für Tichy soll im öffentlichen Raum nicht nur für jeden etwas dabei sein, es soll auch „idyllisch“ sein, es soll so sein, „dass sie es schön haben, dass sie ein bisschen abschalten können“ und sich auf den Parkbänken ein wenig entspannen können. (TICHY, Z 283-297)

Demnach sind nicht nur kulturelle Veranstaltungen relevant, sondern auch eine schöne Ästhetik, die – wie Gehl schreibt – eine Rolle spielt, um zum Verweilen einzuladen. (vgl. GEHL, 2016, S. 204) Die von vielen Befragten angesprochene gewünschte Nutzungsvielfalt (vgl. GRUBER, Z 257 f.) ist ebenso in der Literatur beschrieben. Nach Gehl trägt die Bereitstellung verschiedener Nutzungsmöglichkeiten zur Belebung der Stadt bei und ist ein Zeichen qualitativ hochwertiger öffentlicher Plätze. (vgl. GEHL, 2016, S. 80 ff.) Es entspricht nicht nur der allgemeinen Tendenz der Stadtentwicklung und -planung, öffentliche Räume zu öffnen und eher als Möglichkeitsräume zu sehen (vgl. REICHER & KEMME, 2009, S. 19), sondern auch den von Gehl formulierten Planungszielen einer Stadt: „Die auf Augenhöhe gut geplante Stadt umfasst Angebote zum Gehen, Verweilen, Treffen, zur Entfaltung der eigenen Talente und öffentlichen Darstellungen besonderer Anliegen [...]“ (GEHL, 2016, S. 204) Dies geht über die „universell menschliche[n] Aktivitäten [...] gehen, stehen, sitzen, schauen, reden und zuhören“ hinaus, die bei den Befragten mehrmals implizit oder explizit angesprochen werden. (GEHL, 2016, S. 140)

Grenzen der Möglichkeiten sehen Brajović und Hammer bei den gesetzlichen und regulativen Vorgaben, die es in einer Stadt gibt. Es solle zwar „möglichst, möglichst viel“ Platz haben, aber dennoch eine Balance gefunden werden zwischen Offenheit und Regulation. (vgl. HAMMER, Z 179 f.) (vgl. BRAJOVIĆ, Z 177) Einerseits sollen Aktivitäten wie Straßenfeste oder andere nicht kommerzielle Nutzungen vonseiten der Regulation erleichtert werden, andererseits Tätigkeiten vermieden werden, die Grenzen Anderer in irgendeiner Form überschreiten, wie etwa das Nicht- Einhalten der Nachtruhe ab 10 Uhr. (vgl. HAMMER, Z 180-193)

Konkrete Tätigkeiten, die am Reumannplatz keinen Platz haben sollten, sind nach Meinung von Gruber Fußballspiel, aufgrund der hohen Nutzungsdichte sowie der „meistens sehr bubenlastig[en]“ Nutzung. (GRUBER, Z 261-264) Aber auch eine Hundezone ist vonseiten der Planung im Laufe des Prozesses explizit ausgeschlossen worden. (vgl. KNEHS, Z 399-402) Radfahren soll dort ebenfalls eher nicht stattfinden, da dem Wunsch nach einem verkehrsfreien Platz Vorrang gegeben wurde. (vgl. STALLER, Z 651; Z 667)

Es lässt sich also sagen, dass grundsätzlich von allen Seiten eine Erweiterung des Nutzungsangebots gewünscht wird, wenngleich bestimmte Nutzungen ausgeschlossen werden. Wie bereits beschrieben, sollen öffentliche Räume eine große Bandbreite an Nutzungsmöglichkeiten anbieten, damit sie zum längeren Verweilen einladen und dadurch den Raum nicht nur belebter und einladender, sondern auch sicherer machen. (vgl. GEHL, 2016, S. 19; S. 171)

Auch von der Stadtverwaltung ist explizit gewünscht, dass Menschen ihre Freizeit in Wien vor Ort verbringen und nicht ins Umland fahren (müssen). Dafür muss man ihnen aber auch „attraktive Möglichkeiten im öffentlichen Raum bieten, das heißt Schatten, das heißt Spielmöglichkeiten für die Kinder, Sitzmöglichkeiten für die Älteren usw. Und eben auch die Möglichkeit, einmal nichts einkaufen zu müssen.“ (KNEHS, Z 323-325)

Erkennbar ist außerdem, dass die Tätigkeiten oftmals mit Zielgruppen zusammengedacht werden. Spielmöglichkeiten für Kinder, Treffpunkt für Jugendliche, (vgl. HAMMER, 68 f.), Bewegungsgeräte, die interessanterweise nicht nur von Jugendlichen, sondern auch von älteren Menschen genutzt werden (vgl. KNEHS, Z 379), Sitzbänke für Ältere, barrierefreie Zugänge für Mobilitätseingeschränkte usw. Aber auch Platz für obdachlose Menschen, die Alkohol trinken, soll es geben (vgl. GRUBER, Z 251) bzw. für jene, die viel Tagesfreizeit haben, „für die das ein Wohnzimmer ist.“ (KNEHS, Z 450 f.) Durch diese Nutzungsvielfalt

kann außerdem gesagt werden, dass der Öffentlichkeitscharakter des Reumannplatzes, wie von Selle beschrieben, je nach Perspektive variieren kann. (vgl. SELLE, 2003, S. 37 f.)

8.3 Interessen

Die in den Interviews genannten Interessen bei der Gestaltung des Reumannplatzes als öffentlichen Raum sind zu großen Teilen sehr ähnlich. Bei allen Befragten sind Belebtheit, Sicherheit und Gleichberechtigung als zentrale Interessen erkennbar. Alle wünschen sich einen belebten, sicheren, schönen Platz, an dem alle Bevölkerungsgruppen friedlich miteinander auskommen und ihre Interessen gleichberechtigt berücksichtigt werden. Doch was die Befragten darunter verstehen und wie diese Ziele erreicht werden sollen, ist verschieden. Zwar werden auch kleinere Partikularinteressen angesprochen wie etwa die ganztägige Zulieferung (vgl. TICHY, Z 14), mir scheinen jedoch die genannten drei Interessen zentral und auch wesentlich zur Ableitung der Konfliktfelder, die unter Kapitel 8.4 beschrieben werden, weshalb im Folgenden auf diese drei Interessen genauer eingegangen wird. Angemerkt sei an dieser Stelle erneut, dass sich die Arbeiterkammer Wien nicht explizit mit dem Reumannplatz beschäftigt hat und deshalb spezifische Vorstellungen des konkreten Reumannplatzes von Katharina Hammer nicht genannt wurden. Treffen Interessen auf den Reumannplatz als öffentlichen Raum zu, werden sie miteinbezogen.

8.3.1 „Belebtheit und Aufwertung“

Mit Ausnahme Tichys begrüßen alle Befragten ausdrücklich, dass der Reumannplatz umgestaltet wird und eine Aufwertung zu erwarten ist. Investitionen in den öffentlichen Raum sind dort „bestimmt überfällig“ (HAMMER, Z 150 f.), der Reumannplatz ist „in die Jahre gekommen“ (GRUBER, Z 10) und auch Franz erhofft sich nach dem Umbau eine Aufwertung des Platzes. (vgl. FRANZ, Z 6) Lediglich für Tichy ist der Reumannplatz „eigentlich sehr perfekt gemacht“ und es ist ihm grundsätzlich lieber, „es bleibt alles beim Alten.“ Da sein Geschäft sowieso gut läuft, würde er auch nichts verändern wollen, weil er sonst gegen sein Geschäft reden würde: „Also ich sage immer, wenn was funktioniert, dann soll man es nicht verändern.“ (TICHY, Z 207-212) Er steht aber grundsätzlich der Umgestaltung relativ neutral gegenüber, denn es wird „sicher nicht uninteressant“. (vgl. TICHY, Z 164; Z 107)

Ein großes Thema bei den Befragungen ist die Veränderung der Nutzung sowie der Frequenz seit der Verlängerung der U1 sowie fehlende Belegung im Winter. Zwar konnte im Rahmen der Diplomarbeit weder quantitativ noch eindeutig ein Rückgang der Nutzung des Platzes

festgestellt werden, – die Aussagen diesbezüglich sind auch in den Interviews widersprüchlich¹³ – Einigkeit besteht bei allen Befragten jedoch darüber, dass es ein belebter, vielfältig nutzbarer Platz bleiben bzw. werden soll.

Nach Gruber ist auf dem Reumannplatz durch die vielen Menschen sogar so viel los, dass es für hochbetagte Personen, die nicht mehr so mobil sind, schwer sein kann, sich dort zu bewegen: „der Platz, der wurlt einfach.“ (GRUBER, Z 279) Während auch Staller den Reumannplatz als „sehr, sehr belebt“ beschreibt und sein Umfeld „einer der belebtesten Orte Wiens“ ist und dies trotz Rückgang der Umsteigerrelationen der Fall ist (STALLER, Z 12; Z 374; Z 635), spricht Einwaller davon, dass die UnternehmerInnen vor Ort „Probleme durch die niedrige Frequenz“ haben. (EINWALLER, Z 11) und seit der U-Bahn Verlängerung die Umsatzzahlen zurückgegangen sind. (vgl. EINWALLER, Z 169-180) Demgegenüber steht die Einschätzung der Gebietsbetreuung, nach der der Reumannplatz jetzt zwar keine Endstation mehr ist, „aber es nicht weniger Frequenz am Reumannplatz gibt“ und der Ort immer noch sehr stark als Treffpunkt genutzt wird. (BRAJOVIĆ, Z 153)

Zwar hat Tichy selbst keine Umsatzrückgänge, verweist aber auf die Bäckerei direkt beim U-Bahn-Aufgang, die „30% weniger [hat], seit sie die Schienen weggenommen haben“ und stellt auch klar: „[I]ch muss es halt vom Unternehmerischen her sehen: Werde ich Einbußen haben, werde ich keine Einbußen haben? [...] Wie gesagt, wenn das schön ist vor dem Geschäft, ist es auch ok.“ (TICHY, Z 85 f.; Z 169-172) Seine Sichtweise wird dadurch sehr deutlich, auch wenn Tichy betont, dass ihm Grünflächen sehr wichtig sind. (vgl. TICHY, Z 215)

Für Einwaller ist ebenfalls klar, dass die Umgestaltung öffentlicher Plätze direkt die angrenzenden Geschäftstreibenden betrifft, weil es Einfluss auf die Frequenz hat, weshalb sich die Wirtschaftskammer bemüht, sich hier einzubringen. (vgl. EINWALLER, Z 74-81) Zwar sind die Umsteigerrelationen zurückgegangen, große Umsatzeinbußen, „dass sie nicht mehr überleben können“, fanden jedoch weder bei Intercoiffeur Strassl noch der Apotheke am Reumannplatz statt, weil ersterer hauptsächlich von seinem Stammklientel und nicht von Laufkundschaft lebt und die Apotheke jetzt zusätzlich von anderen Privatärzten empfohlen wird. (FRANZ, Z 361-368)

¹³ Dass es sich auch im Winter nicht um einen „toten Platz“ handle, wird von der Initiative Offener Reumannplatz anhand eines zufällig aufgenommenen Videos vom 9.12.2018 illustriert: IOR_Admin (2019): Lieb haben wir uns auch im Winter Amalie, online verfügbar unter: <http://ior.kulturraum10.at/2018/12/09/lieb-haben-wir-uns-auch-im-winter-amalie/> (20.01.2020).

Es geht bei der Argumentation vonseiten der anrainenden Unternehmen und der Wirtschaftskammer zur Steigerung der Frequenz jedoch nicht um singuläre Interessen, sondern um ein Gemeinschaftsinteresse. Denn es will auch niemand „im schlimmsten Fall, einen versifften Park, wo keiner mehr hinwill und rundherum komplett leere Geschäfte, weil die Geschäfte dann alle komplett ausgestorben sind und nur noch der Tichy im Sommer offen hat.“ (EINWALLER, Z 383-385) Während Einwaller, Franz und Tichy unter anderem deshalb für ein zusätzliches, eher größer angelegtes gastronomisches Angebot plädieren, sehen Kuppelwieser, Knehs, Gruber und Staller eher zusätzliche freie Nutzungsangebote als belebend und Teil der Aufwertung. Clarissa Knehs meint zur Aufwertung: „Ich denke mir, eine Aufwertung ist, wenn ich öffentlichen Raum so gestalte und so herrichte, dass Menschen, die dort leben, ihn nutzen können und dass sie ihn gut nutzen können [...]“, also verschiedene Möglichkeiten für verschiedene Personen(gruppen) zur Verfügung gestellt werden. (KNEHS, Z 532-542) Für Kuppelwieser werden Menschen den Raum auch im Winter mehr nutzen, „wenn der Platz menschenfreundlicher gestaltet wird, schöner beleuchtet ist, viel Grün bleibt und noch Grün dazukommt“. (KUPPELWIESER, Z 279-281) Auch Brajovičs persönliche Meinung ist, dass eine Zunahme verschiedener Aktivitäten, andere Nutzungsarten oder Nutzungsregeln wünschenswert wären, wie etwa eine spätere Nachtruhe. (vgl. BRAJOVIČ, Z 275 f.)

Alle Befragten, die sich dazu äußern, begrüßen grundsätzlich die neu geplanten Nutzungsangebote. Tichy und Einwaller sind jedoch nicht sicher, ob beispielsweise die Bewegungselemente oder die Bühne dann auch so umfassend genutzt werden, wie gewünscht bzw. erwartet ist. (vgl. EINWALLER, Z 310-320) (TICHY, Z 286) Erkennbar ist in jedem Fall, dass sich aus dem Interesse „Belebung und Aufwertung“ das Konfliktfeld Gastronomie herauskristallisiert. Das ist insofern wenig überraschend, als nach Bork u.a. verschiedene Interessen zwischen Stadt und Markt bestehen, wobei mit Stadt die Stadtpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeint ist, die vor allem die „Daseinsvorsorge Öffentlicher Raum“ im Blick hat und mit Markt jene Unternehmen und Interessenvertretungen, die u.a. „an belebten Räumen mit KundInnenfrequenz interessiert [sind]“ und sich eher für kommerzielle Nutzung einsetzen. (BORK u. a., 2015, S. 25)

8.3.2 „Sicherheit“

Eng mit dem Thema der Belebtheit ist das Thema Sicherheit verknüpft, gilt ein Platz doch umso sicherer je belebter er ist. (vgl. GEHL, 2016, S. 19) Interessant ist, dass es dabei weniger um die tatsächliche Sicherheit im Sinne einer niedrigen Kriminalitätsrate geht, sondern darum,

sich sicher zu *fühlen*. Denn von mehreren Seiten wird bestätigt, dass der Reumannplatz eigentlich ein sehr sicherer Platz ist, in einer „der sichersten Städte weltweit.“ Weshalb Knehs auch meint: „Also das ist dieses Angst machen, diese Unsicherheitsgeschichten, das muss man schon auch in einem richtigen Licht sehen.“ (KNEHS, Z 559 f.) Auch Kuppelwieser spricht von einer „Panikmache“, dass der Reumannplatz ein gefährlicher Ort sei, findet er „maßlos übertrieben“, geht er doch mehrmals am Tag über den Platz und bemerke nie etwas. (KUPPELWIESER, Z 247 f.) Staller meint, dass es zwar „viele Leute anders sehen“, aber der Platz nicht nur „grundsätzlich ein sicherer Ort ist, auch in der Nacht“, sondern laut Polizei die Kriminalität seit der U-Bahn-Verlängerung auch abgenommen habe. (STALLER, Z 331-335) Gruber meint ebenfalls, dass die Polizei „sehr von diesem Platz geschwärmt“ hat, weil er vergleichsweise zu anderen hoch frequentierten Plätzen wie dem Praterstern oder dem Karlsplatz überaus friedlich ist. (GRUBER, Z 146 f.) Er habe zwar einen schlechten Ruf, was gefährlich sein kann und für manche kann es „gruselig“ sein, abends über den Platz zu gehen, aber „im Grunde passiert dort nichts.“ (GRUBER, Z 149-151)

Auch für Tichy ist klar, dass es sich bei den Angstgefühlen um ein „subjektives Empfinden“ handelt, was deshalb aber genauso wichtig anzusehen ist: „eine Angst ist eine Angst.“ (TICHY, Z 47) Einwaller sieht es ähnlich, dass der Aspekt Sicherheit dort zwar ein wichtiger ist, aber „Sicherheit nicht im Sinne davon, ob da jetzt wirklich irgendwas passiert, sondern dieses reine subjektive Gefühl, wenn ich jetzt in der Nacht in einen Park reingehe [...]“. (EINWALLER, Z 90 f.)

Wie nun das Sicherheitsgefühl gesteigert werden kann, da gehen die Meinungen auseinander. Für Knehs und Staller zählen zu den wichtigen Faktoren gute Beleuchtung, aber auch soziale Kontrolle, die beispielsweise durch die BusfahrerInnen gefördert wird, wenn sie von den Busstationen oder der U-Bahn-Station ins Expedit und wieder zurück gehen. (vgl. KNEHS, Z 408-411, 558 f.) Denn ein/e BusfahrerIn ist grundsätzlich eine „Vertrauensperson, die da beruflich unterwegs ist.“ (STALLER, Z 645) Kuppelwieser sieht darüber hinaus noch als relevant, dass die Bäume erhalten bleiben und es nicht so viel Stauden und Gebüsch gibt. (vgl. KUPPELWIESER, Z 254 f.)

Dass das Sicherheitsgefühl aber auch mit Belebung zusammenhängt, betont ebenso Knehs: „Ich denke mir, sicher ist ein Platz, wenn ihn viele Leute nutzen und wenn man sich den Reumannplatz anschaut, dann wird er von wirklich vielen Leuten genutzt.“ (KNEHS, Z 550 f.)

Etwas anders sehen es Tichy und Einwaller. Ein Gastropavillon könnte hier zu einem gesteigerten Sicherheitsgefühl beitragen, „wo es eine gehobene Gastronomie gibt, wo die Leute im Sommer im Garten sitzen“. (TICHY, Z 50) Auch für Einwaller würde der Platz weniger abschreckend und damit sicherer wirken, wenn der Platz auch in der Nacht oder im Winter belebter und frequentierter ist, was mit einem Gastropavillon erreicht werden könnte, der „in die Nacht hinein, also bis um 12, 1, 2“ geöffnet hätte. (EINWALLER, Z 100)

Vom Bezirksvorsteher wurde der Sicherheitsaspekt nicht explizit angesprochen. Interessant ist bei diesem Interesse der Zusammenhang zwischen subjektiven Sicherheitsgefühl und einer bestimmten Form gastronomischen Angebots. Auf diese Argumente wird unter Kapitel 8.4.4 genauer eingegangen.

8.3.3 „Gleichberechtigung der Interessen“

Der Reumannplatz sei für alle da und alle Interessen sollen gerecht berücksichtigt werden – dafür treten alle Befragten ein. Diese Haltung ist auch bereits aus den gewünschten Aktivitäten und Funktionen des öffentlichen Raumes sichtbar geworden. Die Auslegung dieser Forderung ist in der konkreten Umsetzung jedoch wiederum unterschiedlich.

Auf Verwaltungsebene wurde versucht, „alle mitzuberücksichtigen“: „Wir bemühen uns sehr, die Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung aufzunehmen und einfließen zu lassen. Und die Bevölkerung sind ja auch z.B. die anrainenden Gewerbetreibenden.“ (KNEHS, Z 414; Z 86 f.) Daraus ergibt sich auch, dass niemand vom Platz vertrieben werden soll. (vgl. KNEHS, Z 50 f.) In Bezug auf gastronomische Angebote im Freien sagt sie: „Ich glaube, es kommt darauf an, was man als Stadt will. Also kein Mensch hat was gegen Schanigärten.“ Man müsse allerdings auf ein ausgewogenes Verhältnis achten. (KNEHS, Z 335 f.) Auch aus Sicht der Gebietsbetreuung wird gesagt: „Wir als Gebietsbetreuung wollen einen Platz für alle.“ (BRAJOVIĆ, Z 179 f.) Sie können auch beide Sichtweisen rund um die Thematik der Gastronomie verstehen, „[e]inerseits den Wunsch der Unternehmer nach Aufwertung“ und andererseits, „dass es eine konsumfreie Zone braucht.“ (BRAJOVIĆ, Z 90 f.; Z 104) Über das richtige Ausmaß können sie „jedoch keine Aussage“ treffen. (BRAJOVIĆ, Z 105)

Vonseiten der Initiative Offener Reumannplatz wurde ebenfalls klargestellt: „Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir nicht dagegen sind, dass dort ein bescheidener gastronomischer Betrieb angesiedelt wird.“ (KUPPELWIESER, Z 310) Ein kleineres Café könnten sie sich durchaus vorstellen. Auch Staller meint vor dem Hintergrund der Beteiligungsergebnisse, dass ein kleines Café wünschenswert wäre, da damit auch eine öffentliche WC-Anlage gebaut

werden würde, die sehr notwendig wäre. (vgl. STALLER, Z 465) Auch wenn Einwaller von Personen spricht, die sich eine „komplette konsumfreie Zone“ wünschen würden, trifft das auf keine/n der Befragten zu. (EINWALLER, Z 87)

Tichy und Einwaller können nicht nachvollziehen, warum es so große Proteste gegen den Vorschlag eines größeren Gastronomiebetriebs gab. (vgl. TICHY, Z 148) Einwaller kann zwar verstehen, dass eine konsumfreie Zone, Möglichkeiten zum Picknicken, Hinsetzen oder Unterhalten gewünscht ist, aber das wäre trotz Gastronomie geplant – wenn auch womöglich weniger. (vgl. EINWALLER, Z 118-127) Der „Platz wäre groß genug“ für alle Begehrlichkeiten. (EINWALLER, Z 129) Für Tichy und Einwaller sind „die Wünsche der Wirtschaftstreibenden vor Ort“ zu wenig gehört worden, nicht zuletzt, weil diese ArbeitgeberInnen und somit auch „Teil dieser Community“ sind. (EINWALLER, Z 143-145) Auch der Bezirksvorsteher bemerkt, dass sich die „Wirtschaft ein bisschen außen vor gelassen gefühlt [hat].“ (FRANZ, Z 27)

Die Gleichberechtigung bzw. gerechte Berücksichtigung aller ist für Einwaller dabei sehr wichtig: „[N]ur weil jemand laut schreit, [muss] er nicht unbedingt die größte Mehrheit vertreten“, was nicht nur für lokale Bürgerinitiativen gilt, sondern auch für die Wirtschaftskammer: „Das würde sich ja jetzt auch keiner wünschen, wenn man sagt, ok, es wird ein Platz umgestaltet und die Wirtschaftskammer schreit am lautesten, deswegen wird jetzt alles so gemacht, wie es die Wirtschaftstreibenden wollen.“ (EINWALLER, Z 208-212) Sehr ähnlich sagt auch Brajović: „Die, die am meisten schreien, bedeutet nicht, dass sie am meisten Recht haben.“ (BRAJOVIĆ, Z 266)

Für Katharina Hammer aus der AK bedeutet Gleichberechtigung zwischen den Bevölkerungsgruppen freie Zugänglichkeit für alle, ausgewogene Nutzung und dass kommerzielle und nicht kommerzielle Interessen „zumindest gleichgestellt, wenn nicht die nicht kommerziellen Interessen vorrangig behandelt werden.“ (HAMMER, Z 27-30) Dies sei damit begründet, dass die zwei Gruppen sich unterschiedlich stark in der Stadt und den öffentlichen Raum einbringen können. Das entspricht auch der unter Kapitel 3.6 beschriebenen Sichtweise der Stadt Wien. Ähnlich argumentiert Staller, die den Beteiligungsprozess organisiert hat: „Also ich finde, es hat sich ganz gut bewährt, dass man nicht verschiedenen Akteuren oder Gruppen mehr Bühne gegeben hat“. Denn „es können alle gleich viel mitreden, weshalb beispielsweise den Geschäftstreibenden oder der Wirtschaftskammer auch ein eigener Termin explizit verwehrt wurde. (STALLER, Z 336-339)

Aus dem Ansatz, dass der öffentliche Raum für alle sei, ergeben sich die Bemühungen, marginalisierte Bevölkerungsgruppen explizit im Raum zu integrieren. Wohnungslose oder Personen mit viel Tagesfreizeit, aber auch Menschen mit geringen finanziellen oder sozialen Ressourcen sollen ihren Platz am Reumannplatz finden können. Das erwähnen besonders Hammer, Knehs, Gruber, Staller und Kuppelwieser. (vgl. HAMMER, Z 73-76) (vgl. KNEHS, Z 450-452) (GRUBER, Z 45 f.) (STALLER, Z 394-401) (vgl. KUPPELWIESER, Z 174-183; Z 349-363) Dies impliziert auch, dass die Miteinbeziehung der Bevölkerung von allen Befragten befürwortet wird, auch wenn von Tichy der Einfluss einzelner Meinungen aus der Bevölkerung hinterfragt wird, wenn er sagt: „[M]an kann sich eh nur fügen. Man kann es eh nicht ändern.“ (TICHY, Z 43) Darüber hinaus sieht Einwaller eine zu intensive Beteiligung aufgrund der unzähligen, verkomplizierenden Meinungen „ein bisschen kritisch“ und würde persönlich eher eine stärkere Vorgabe von PlanerInnen bevorzugen. (EINWALLER, Z 205; vgl. Z 221-225) Natürlich wurden die einzelnen Meinungen bei den Ergebnissen der Befragung stark zusammengefasst und verallgemeinert. Trotzdem lässt sich sagen, dass die Wünsche der Bevölkerung, also der AnwohnerInnen und NutzerInnen in diesem Fall durch die Ergebnisse der Beteiligungsprozesse repräsentiert werden. Grundlegende Wünsche der Bevölkerung sind mehr Grün, mehr Sitzplätze, bessere Beleuchtung, sichere, breite Wege, einfaches, übersichtliches Umsteigen oder Queren, zwei als Platz wahrnehmbarere Bereiche rund um eine Bühne sowie beim urbanen Platz. Es solle darüber hinaus ein „Ort der Identität“ sein. (STALLER, Z 531; Z 543-556) Außerdem gab es Wünsche nach neuen Nutzungsmöglichkeiten wie einem Wasserelement und einem neuen Spielplatz. Weitere Wünsche waren Sauberkeit, eine Verkehrsberuhigung sowie eine öffentliche WC-Anlage. (vgl. STALLER, Z 648-650; Z 350) Abgesehen von der bereits oben angesprochenen Skepsis Tichys und Einwallers bezüglich der tatsächlichen Nutzung der Bewegungselemente bzw. der Bühne gibt es bei den Befragten keine direkten oder offensichtlichen Widersprüche zu den Wünschen der Bevölkerung.

8.3.4 AkteurInnen

In diesem Kapitel sollen alle für den Reumannplatz relevanten AkteurInnen aufgezählt werden, die von den Befragten genannt werden, um sichtbar zu machen, dass es je nach Blickwinkel verschiedene Interessen, Schwerpunkte und Zugänge gibt. Die AkteurInnen können einerseits unterschieden werden in Personengruppen oder Zielgruppen, die wiederum verschiedene Handlungsspielräume und Interessen haben und andererseits in Institutionen und

verantwortliche Stellen, denen ihrerseits Instrumente zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung stehen.

In Tabelle 2 ist eine Auflistung aller genannten AkteurInnen zu finden, die in den Interviews in Bezug auf die Umgestaltung öffentlicher Räume wie des Reumannplatzes erwähnt wurden. Die Auswertung bezieht sich auf die gesamten Interviews, oftmals wurden AkteurInnen beiläufig in Bezug auf eine andere Frage genannt.

Tabelle 2: Von Befragten genannte AkteurInnen

Bevölkerungsgruppen	Personengruppen nach Tätigkeit	Verwaltung und Dienststellen	Sonstige AkteurInnen
AnrainerInnen, NutzerInnen allgemein	RadfahrerInnen	Stadtverwaltung – Magistrate	Bezirksvorsteherung
Stadtbevölkerung	BesucherInnen Amalienbad	Stadtratsbüros Umwelt und Stadtentwicklung ¹	Gebietsbetreuung
Kinder, Jugendliche, SchülerInnen	Eiskundschaft	MA 18	Lokale Agenda 21 (ReuMÄDCHEN, Radgruppe)
Mädchen und Frauen junge Männer	Umsteigende	MA 19	Agenturen/Planungs-/Beteiligungsbüros (Grimm, tilia, AGU)
ArbeitnehmerInnen	kunstaffine Personen	MA 28	Wiener Linien
Gewerbetreibende	TouristInnen	MA 42	Garagenbetreiber
Familien		MA 46	Wirtschaftskammer
wohnungs-, arbeitslose Menschen, Personen mit viel Tagesfreizeit u./o. niedrigem Einkommen (marginalisierte Personengruppen)		MA 33	Bürgerinitiativen (zB. IOR)
Zugewanderte, MigrantInnen		Wiener Wasser	Feuerwehr
ältere Menschen		Abteilungen für Kanal, Strom, UPC etc.	Polizei
Personen mit Einschränkungen wie blinde oder mobilitätseingeschränkte Personen		Amalienbad (als Akteur)	Medien ²
		Bundesdenkmalamt	

¹ Stadtratsbüro Umwelt, Wiener Stadtwerke sowie Stadtratsbüro Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

² Zwar wird den Medien kein explizites Interesse zugeschrieben, sie werden jedoch als auf den Umgestaltungsprozess Einfluss nehmende Gruppe genannt. (vgl. KUPPELWIESER, Z 125 f.; Z 140-149) (vgl. BRAJOVIĆ, Z 300 f.)

Anhand der Tabelle wird sichtbar, dass der Platz und seine Umgestaltung von vielen verschiedenen Playern mitgestaltet wird, die unterschiedliche Sichtweisen, Interessen und Handlungsspielräume haben. Zentral sind für alle Befragten die Interessen jener Personen, die

den Platz nutzen und vor Ort leben – wie bereits unter Kapitel 8.3.3 ersichtlich geworden ist. Diese Gruppe wird von fast allen Befragten genannt. (vgl. GRUBER, Z 58 f.) (vgl. STALLER, Z 428 f.) (vgl. FRANZ, Z 16) (vgl. HAMMER, Z 48 f.) (vgl. KNEHS, Z 24 f.) (vgl. KUPPELWIESER, Z 18-21) (vgl. EINWALLER, Z 382) (vgl. BRAJOVIĆ, Z 39 f.)

Die Schwerpunkte innerhalb dieser heterogenen Gruppe werden jedoch verschieden gelegt. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass nicht nur älteren sowie jüngeren Personen besondere Beachtung geschenkt wird, sondern auch Mädchen mehrmals explizit als Zielgruppe mit speziellen Interessen genannt werden. (vgl. FRANZ, Z 38-40) (vgl. KNEHS, Z 23) (vgl. STALLER, Z. 84 f.) (vgl. KUPPELWIESER, Z 255) (vgl. GRUBER, Z 166 f.; Z 288) Dass vonseiten der Stadtverwaltung hier ein Fokus gelegt wird, entspricht auch dem Gender Budgeting der Stadt Wien. (vgl. STADT WIEN, 2018, S. 271) Aus Sicht der Verwaltung, der Planungs- und Beteiligungsbüros sowie der Arbeiterkammer sollen außerdem Menschen berücksichtigt werden, die weniger soziales und/oder finanzielles Kapital aufweisen. (vgl. HAMMER, Z 73-76) (vgl. KNEHS, Z 450-452) (GRUBER, Z 45 f.) (STALLER, Z 394-401) Das umfasst wohnungslose und arbeitslose Personen ebenso wie Menschen mit geringem Einkommen. MigrantInnen werden von Staller, Gruber, Franz und Brajović explizit genannt, wobei Staller auch von Menschen spricht, die sich „mit irgendwelchen Asylanträgen“ plagen. (STALLER, Z 811) (vgl. BRAJOVIĆ, Z 52 f.) (vgl. FRANZ, Z 212) (vgl. GRUBER, Z 167) Dass anrainende Gewerbetreibende bei der Umgestaltung eine wichtige Rolle spielen, lässt sich davon ableiten, dass diese Gruppe von acht der neun Befragten erwähnt wurde (vgl. GRUBER, Z 26 f.) (vgl. TICHY, Z 13) (vgl. STALLER, Z 110 f.) (vgl. FRANZ, Z 27 f.) (vgl. KNEHS, Z 87) (vgl. EINWALLER, Z 110) (vgl. KUPPELWIESER, Z 16) (vgl. HAMMER, Z 53), während ArbeitnehmerInnen kaum als eigene Gruppe wahrgenommen werden. Nur Staller und Hammer sprechen explizit von berufs-, bzw. erwerbstätigen Personen. (vgl. STALLER, Z 809) (vgl. HAMMER, Z 211)

Außerdem ist erkennbar, dass die Sichtweise der ExpertInnen von ihrem Tätigkeitsfeld geprägt ist. So nennen Staller, die für die Beteiligung verantwortlich war, sowie Knehs, die große Teile der Planung für die MA 18 koordinierte, am detailliertesten alle Bevölkerungsgruppen, involvierte Dienststellen und organisatorische AkteurInnen. Präsent ist fast allen Befragten, dass für die Umgestaltung der Bezirk, also die Bezirksvorstehung, sowie die Magistrate der Stadt Wien zentrale Akteure sind. Ebenso spielt die Wirtschaftskammer, im Gegensatz zur Arbeiterkammer, die von keiner/keinem Befragten genannt wird, eine wichtige Rolle, denn sie wird von sieben der neun Befragten erwähnt. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 101)

(vgl. HAMMER, Z 53) (vgl. EINWALLER, Z 69 f.) (vgl. KUPPELWIESER, Z 75) (vgl. STALLER, Z 111) (vgl. FRANZ, Z 235) (vgl. GRUBER, Z 68)

Besonders betont werden einerseits Gruppen, deren Interessen im konkreten Umgestaltungsprozess zu wenig berücksichtigt worden seien, wie Gewerbetreibende oder Umsteigende, aber auch Gruppen, die selbst kein Sprachrohr haben wie Kinder und Jugendliche; außerdem Gruppen, denen man explizit mehr Raum erkämpfen will wie den Mädchen sowie Gruppen, die aufgrund geringer Ressourcen oder Benachteiligungen sich weniger einbringen können (wohnungslose, arbeitslose Menschen, blinde Menschen, Personen mit geringem finanziellen und/oder sozialen Kapital usw.). Die Interessen jener AkteurInnen, die nicht direkt eine Personengruppe darstellen, wurden von keiner Befragten bzw. keinem Befragten als besonders zu berücksichtigen hervorgehoben. Zentral sind demnach stets die Menschen, die den Platz nutzen.

Anzumerken ist, dass diese Liste an AkteurInnen weder vollständig sein kann, was den Reumannplatz betrifft, noch auf andere Plätze Wiens übertragen werden kann, denn diese ergeben sich stets aus den jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort sowie der Größe des Umbauprojekts.

8.3.5 Instrumente

In diesem Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, welche Instrumente ausgewählten AkteurInnen zur Verfügung stehen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Aus den Interviews lassen sich Aussagen über die NutzerInnen des Platzes, lokale Initiativen, Gewerbetreibende, Interessenvertretungen wie die Arbeiterkammer sowie die Bezirksvorstehung treffen.

Damit die Interessen der NutzerInnen berücksichtigt werden können, müssen sie in irgendeiner Form erhoben und mit genügend Gewicht ausgestattet werden, damit sie Eingang in die tatsächliche Planung finden. Dies setzt voraus, dass es vonseiten der Stadt das politische Interesse gibt, die Bevölkerung teilhaben zu lassen sowie für die organisatorische Durchführung bzw. Beauftragung der Magistrate zu Analysen und Befragungen zu sorgen. Auf das politische Interesse der Stadt Wien wurde bereits in Kapitel 3.6 eingegangen. Beispielhaft sei hier nochmals auf den Fairness-Check verwiesen, der von den Befragten grundsätzlich positiv bewertet wird. Hammer sieht dabei jedoch die Frage nach der tatsächlichen Umsetzung als zentral. Er sei zwar „eine gute Sache“, weil er die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen verschiedener Gruppen bei Umgestaltungen

berücksichtigt, die kommerziellen Interessen allerdings manchmal – wie etwa am Yppenplatz – leichter durchgesetzt werden können, weil diese Gruppen eine größere Verhandlungsmacht besitzen, als andere. (HAMMER, Z 227-238) Ein weiterer Grund, warum Wünsche der Bevölkerung vonseiten der Verwaltung abgelehnt werden, ist die Haftbarkeit der Stadt. Bevor ein Unfall passieren könnte und sich eine Abteilung mit einer Klage konfrontiert sieht, wird auf potenziell gefährliche Elemente im öffentlichen Raum verzichtet. (vgl. STALLER, Z 576 f.; Z 598-611) Angemerkt sei an dieser Stelle auch, dass die Gebietsbetreuung im Auftrag der Stadt als Vermittlerin zwischen Wohnbevölkerung, Verwaltung und anderen AkteurInnen ebenso Wünsche und Anregungen von AnrainerInnen aufnimmt und weitergibt, womit ein Mittel zur Mitsprache gegeben ist. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 64-67) Repräsentativ sind die zugetragenen Meinungen jedoch nicht, da sich die meisten Menschen dort eher beschweren und auf Probleme hinweisen anstatt zu loben, weil „Leute kommen nicht extra zu sagen, wir sind super zufrieden mit dem Reumannplatz, sondern sie gehen zum Reumannplatz.“ (BRAJOVIĆ, Z 294 f.)

In jedem Fall ist bei dem vorliegenden Untersuchungsbeispiel eindeutig der Wunsch der Stadt nach Teilhabe festzustellen. Zwei Instrumente sind hierbei zentral: Die Funktions- und Sozialraumanalyse sowie das Partizipationsverfahren und dessen konkrete Ausgestaltung. Die Funktions- und Sozialraumanalyse ist, wie unter Kapitel 3.6 beschrieben, ein Instrument, das von der Wiener Stadtplanung seit 2009 eingesetzt wird. Es sollen damit die Ausgangslage, Potenziale des Platzes, Risiken und Notwendigkeiten der Umgestaltung ermittelt werden. Sonja Gruber, die mit der Analyse beauftragt worden war, bewertet den tatsächlichen Einfluss der Analyse auf die Umgestaltung als positiv. Zwar hätte es zwischenzeitlich danach ausgesehen, dass die Ergebnisse nicht berücksichtigt worden wären, das wäre dann aber doch nicht der Fall gewesen:

„Also ich habe zuerst auch mal das Gefühl gehabt, mah, für was haben wir das gemacht? Für nichts! Für die Schublade! Und es ist dann wirklich – es hat zwar gedauert – es ist wirklich aufgegriffen worden und weitergetragen worden und als Argumentarium herangezogen worden.“ (GRUBER, Z 155-158)

Als Beispiel nennt sie den Umgang mit der Linienführung der 67er Straßenbahn und die Entscheidung, dass diese nicht mehr über den Platz geführt wird. (vgl. GRUBER, Z 241 f.) Dass eine Funktions- und Sozialraumanalyse durchgeführt wird, kann demnach nicht als Garant gelten, dass die Ergebnisse automatisch für die tatsächliche Umgestaltung herangezogen werden. Grundsätzlich resümiert Gruber: „[...] es war nicht umsonst diese Arbeit. Sie hat etwas bewirkt.“ (GRUBER, Z 301 f.)

Auch für Kuppelwieser hat „eine Studie der MA 18“ wesentliche Argumente bereitgestellt, dass eine größere Gastronomie am Reumannplatz nicht notwendig bzw. sinnvoll ist. (KUPPELWIESER, Z 86) Gemeint ist damit höchstwahrscheinlich die Funktions- und Sozialraumanalyse, die auch auf der Homepage der Initiative einsehbar ist. Es lässt sich somit sagen, dass im vorliegenden Fall der Zweck der „Anwaltsplanung“ (STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2018, S. 50), aber auch der Bereitstellung einer guten Informations- und Diskussionsbasis erfüllt wurde. (vgl. BORK, ZECH & KLINGLER, 2015, S. 91)

Als zweites Instrument zur Durchsetzung der Interessen der NutzerInnen wird nun das Beteiligungsverfahren beschrieben. Knehs sagt dazu, dass „seit Maria Vassilakou Vizebürgermeisterin war und für Beteiligung zuständig war, ist eigentlich eine Beteiligung, also ich würde jetzt nicht sagen Pflicht, aber sie wird eigentlich automatisch immer mitgedacht.“ (KNEHS, Z 75-77) Gruber meint, dass es Beteiligungsverfahren oder Analysen zwar immer öfter gebe und die Leute es langsam auch gewohnter sind, dass sie nach ihrer Meinung gefragt werden, dies aber nicht bei jedem Platz möglich sei, „weil es auch das Geld jetzt nicht immer gibt.“ (GRUBER, Z 394)

Zentral ist dabei, wie der Prozess angelegt ist. Zwar hat sich die Arbeiterkammer mit dem konkreten Prozess am Reumannplatz sehr wenig beschäftigt, Hammer meint aber grundsätzlich, dass diese Prozesse so niederschwellig wie möglich aufgesetzt und damit viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen sozioökonomischen Hintergründen angesprochen werden sollen, die vielleicht sonst zu wenig gehört werden. Als Beispiele nennt sie, dass direkt vor Ort gearbeitet, in einfacher Sprache erklärt werden und der Prozess eventuell auch mehrsprachig angelegt sein soll. Außerdem seien Onlineforen hilfreich, aber auch kleinere Veranstaltungen, wo man nicht vor vielen Leuten sprechen muss. Somit geht es nicht nur darum, Personen(gruppen) bewusst einzuladen, sondern auch die Rahmenbedingungen entsprechend zu schaffen. (vgl. HAMMER, Z 70-98)

Susanne Staller war für den Beteiligungsprozess zuständig, bei dem man versucht hat, „möglichst alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen“, was auch das „Ziel des Auftrages“ darstellte. (STALLER, Z 63-65) Ihrer Meinung nach ist das „gut gelungen“ und hat insbesondere mit der Methodenwahl zu tun. (STALLER, Z 65 f.) Zu den Bestandteilen der Beteiligung zählen zwei Aktionswochen, in denen mit verschiedenen Workshops versucht wurde, den nun freigewordenen Platz auf der Gleistrasse als tatsächlich nutzbaren Raum begreifbar zu machen. Dabei wurde mit SchauspielerInnen zusammengearbeitet, aber auch mit lokalen AkteurInnen wie der lokalen Agenda. (vgl. STALLER, Z 72-86)

Darüber hinaus wurde ein Planungscafé mit verschiedenen Stationen organisiert, bei denen methodisch abwechslungsreiche Mitmach-Möglichkeiten angeboten wurden (Verortung von Tätigkeiten mittels Icons, Einzeichnen in Plänen, Bewertung durch Punkte von Image-Bildern, Verortung/Aufhängen von Symbolen vor Ort). Dadurch sollten Kinder und ältere Menschen, aber auch Personen, die wenig Zeit haben sowie nicht-deutschsprachige Personen angesprochen werden, da die Methoden „ohne Sprache auch funktionier[en]“. Der Slogan „Reumannplatz neu“ wurde zwar mehrsprachig plakatiert, alle Unterlagen waren jedoch nur auf Deutsch vorhanden. (STALLER, Z 89-99) Zuletzt gab es noch die Möglichkeit zu Facebook-Postings von „Lieblingsorten am Reumannplatz“, was allerdings kaum genutzt wurde. (STALLER, Z 100 f.)

Nach der Auswertung nach Alter und Geschlecht wurde ermittelt, welche Bevölkerungsgruppen nicht erreicht wurden. Diese wurden explizit angesprochen, wie etwa die migrantischen Gewerbetreibenden, die allerdings keine widersprüchlichen Ansprüche im Vergleich zu den anderen Unternehmen gestellt haben. (vgl. KNEHS, Z 425-428) Mit einer blinden Frau und einem obdachlosen Mann wurden eigens Begehungen durchgeführt, da diese Gruppen mit den obigen Methoden nicht angesprochen worden waren. (vgl. STALLER, Z 106-109)

Der daraus entstandene Gestaltungsvorschlag wurde vor Ort, auch durch mehrsprachige MitarbeiterInnen, präsentiert und erneut zur Diskussion gestellt. Die überarbeitete Version wurde dann mit allen Dienststellen abgestimmt und schließlich der Arbeitsgruppe U-Bahn zur Detailplanung übergeben. Im Juni 2019 wurde der endgültige Plan vor Ort in kleinen thematischen Gruppen präsentiert, um die AnwohnerInnen zu informieren und Fragen zu beantworten. (vgl. STALLER, Z 127-147)

Aus Sicht der Magistratsabteilung, die den Prozess ausgeschrieben hatte, ist diesbezüglich zu sagen:

„Wir haben uns sehr bemüht, weil wir vermeiden wollten, dass nach der Umgestaltung Leute vom Platz verdrängt werden. Das heißt, tilia hat den Prozess wirklich sehr gut aufgesetzt und sich bei den verschiedenen Aktionen, die sie gesetzt haben, genau angeschaut, wer kommt und wer kommt nicht.“ (KNEHS, Z 50-53)

Das Büro tilia habe den Zuschlag bekommen, weil der Prozess einerseits sehr gut aufgesetzt, sehr durchdacht, sehr umfassend und sehr überzeugend war und andererseits der Plan recht offen gestaltet war. Im Gegensatz zu anderen, recht „design-lastigen“ Büros hatte tilia

„wirklich nur eine grobe Skizze: da könnten wir uns Bewegung vorstellen, dort eher ein ruhiger Bereich usw. [...] Uns hat sehr gut diese wirklich gute Beteiligungsaktion gefallen, mit der Einbeziehung möglichst vieler Gruppen, eben auch die Mädchen, die ja den Platz nicht so nutzen.“ (KNEHS, Z 68-72)

Auch Gruber findet, dass das Büro sehr viel Erfahrung mit gendersensiblen Planen und Freiräumen hat, aber „auch ein gutes Gespür für unterschiedliche soziale Gruppen und auch dafür, dass soziale Gruppen, die mit weniger sozialem Kapital ausgestattet sind, da auch berücksichtigt werden“. (GRUBER, Z 44-46) Sie sind sich somit „sehr bewusst, was gesellschaftliche Gruppen und Machtverhältnisse“ betrifft. (GRUBER, Z 165) Es soll nicht nur die Meinung jener eingeholt werden, die „sowieso laut schreien können“, was dem Büro „gut geglückt“ ist. (GRUBER, Z 46 f.) Den Prozess hat Gruber „sehr innovativ und sehr niederschwellig gefunden“, da er nicht nur auf Sprache, sondern auch auf Bilder und Atmosphären eingegangen ist. (GRUBER, Z 84 f.) Genau diese Bilder hätten dann eine wichtige Rolle im Ausverhandlungsprozess gespielt. Dass beispielsweise das Wasserelement sehr stark bepunktet war, hat im Endeffekt wesentlich dazu beigetragen, dass es auch umgesetzt wird: „[...] da hat das Bild sehr genutzt, um etwas durchzusetzen.“ (GRUBER, Z 96) Im Prozess seien demnach „nicht nur eloquente AnrainerInnen erreicht“ worden, sondern auch Personen, die zufällig vorbeigegangen sind. (GRUBER, Z 101) Auch habe das Planungsbüro „einen langen Atem bewiesen“, weil es keineswegs eine geradlinige Entwicklung war, sondern die finanziellen Bedingungen sich im Laufe der Zeit verändert, aber auch die Entscheidungen und Einflüsse variiert haben. (GRUBER, Z 131 f.) Darüber hinaus sei „tilia“ das einzige Planungsbüro gewesen, das sich „dezidiert auf die Ergebnisse aus der Funktions- und Sozialraumanalyse bezogen“ hat. (GRUBER, Z 111 f.) Daraus lässt sich erneut ableiten, dass die Erkenntnisse der vorangegangenen Analysen nicht automatisch weitergetragen werden, sondern immer wieder von betreffenden Personen bzw. AkteurInnen und Planungsbüros aktiv hineingeholt werden müssen.

Von Kuppelwieser wird der Beteiligungsprozess sehr positiv bewertet: „Also meines Erachtens ist das sehr schön und eigentlich mustergültig organisiert worden.“ (KUPPELWIESER, Z 41 f.) Auch Franz spricht von einem „gelungenen Prozess“, bei dem eine breitere Bevölkerungsschicht miteinbezogen wurde. (FRANZ, Z 40 f.) Tichy sagt zwar, dass die Gewerbetreibenden informiert worden und zum Planungscafé eingeladen worden sind, dort allerdings „über das Unternehmerische“ nicht wirklich gesprochen wurde, was sie dann eben „ein bisschen eingebracht“ haben. (TICHY, Z 33-36)

Brajović bemerkt kritisch an, dass ihrer (persönlichen) Meinung nach in der Wiener Stadtverwaltung zu wenig Mehrsprachigkeit vertreten sei und damit die Sichtweise, aber auch das Verständnis verschiedener Kulturen, Wünsche oder Nutzungsarten unterrepräsentiert ist. Sie verweist dabei auf den Diversitätsmonitor, der von der MA 17 herausgegeben wird. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 75-84) Bei diesem Monitor wird u.a. untersucht, in welchem Maße Abteilungen und Einrichtungen der Stadt Wien Integration und Diversität berücksichtigen und in ihren Strukturen abbilden. (vgl. MA 17 - INTEGRATION UND DIVERSITÄT, 2017, S. 6)

Als letzte Möglichkeit zur Mitsprache der Bevölkerung seien Foren von Onlinezeitungen erwähnt. Zwar wird hier die Meinung nicht an zuständige Personen gerichtet und der Einfluss kann angezweifelt werden, es stellt dennoch eine Möglichkeit dar, sich in den Diskurs einzubringen. Staller merkt diesbezüglich an, dass diese Kommentare keine repräsentative Meinung darstellen, denn „der Großteil der Leute schreibt nicht“ und die Inhalte seien darüber hinaus auch unverhältnismäßig negativ. (STALLER, Z 800 f.)

Wenn sich Teile der lokalen Bevölkerung zu Initiativen zusammenschließen, stehen ihnen weitere Möglichkeiten offen, sich aktiv in den Gestaltungsprozess einzubringen.

Hammer sieht bei lokalen Initiativen als zentral, dass man hier meistens „in irgendeiner Art und Weise ressourcenstark“, aber auch zuerst einmal über die Planungen und Vorhaben informiert sein muss. Erst dann wird das Wissen schlagend, wie man in solchen Fällen agieren kann und was man tun kann. Am Yppenplatz sei u.a. deshalb kaum Widerstand möglich gewesen, weil die Entscheidungen vorab nicht an die Bevölkerung kommuniziert worden sind. (HAMMER, Z 338-342) Auch beim Reumannplatz hat Information eine große Rolle gespielt. Dass die Initiative Offener Reumannplatz entstanden ist, „war ein reiner Zufall“ und hat sich daraus ergeben, dass ein Bekannter aus einer Veröffentlichung der Wirtschaftskammer über den Vorschlag erfahren hat. Daraufhin haben sie entschieden, „wir schreiben einfach alle unsere Bekannten an, was sie dazu sagen zu diesem Plan, dieser Hochpreis-Gastronomie und haben einfach E-Mails ausgeschickt, Telefongespräche geführt“. (KUPPELWIESER, Z 53 f.) Engagierte Männer und Frauen haben dann eine öffentliche Pressekonferenz am Platz gemacht, wovon einige Medien auch berichtet haben, wie die Bezirkszeitung, der Falter, der Standard, die Presse und Radio Wien. „Und das hat uns ein bisschen zusammengeschweißt, also dieses viele Echo.“ (KUPPELWIESER, Z 62) Anschließend wurde ein Fest organisiert, an dem auch andere lokale Initiativen wie etwa die Gemeinschaftsgärtner, teilgenommen haben und das von hunderten Leuten besucht wurde. Damit wurde erneut „in die Medien gegangen“, schließlich hat auch der Bezirksvorsteher mit

ihnen das Gespräch gesucht und Kontakt ist mit der damaligen Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou aufgenommen worden. (KUPPELWIESER, Z 67-73) Darüber hinaus ist eine thematische Diskussionsveranstaltung im Belvedere 21 organisiert worden, bei der auch ein Film gezeigt wurde und zu der Iris Einwaller, die Obfrau der Favoritner Wirtschaftskammer, eingeladen wurde. (vgl. KUPPELWIESER, Z 76-81; Z 327)

Von Tichy wird die aktionistische Seite beschrieben, die Personen hätten protestiert, Plakate aufgehängt, sich an Bäume gekettet und etwas politisch gemacht, „was eigentlich gar nicht politisch gedacht war.“ (TICHY, Z 137-145)

Für Kuppelwieser steht fest, „als Einzelkämpfer schafft man das nicht.“ (KUPPELWIESER, Z 124) Man benötigt ein Netzwerk, viele Menschen, die sich engagieren, Partner und Partnerinnen sowie die Medien, die darüber berichten und diese Frage zum Thema machen. (KUPPELWIESER, Z 122-126; vgl. Z 416) Hilfreich sei deshalb auch gewesen, dass bei den Medien Frauen und viele junge Menschen arbeiten, die „die Stadt ein bisschen anders [sehen], als die alten saturierten Journalisten“ und dass auch der Begriff „Gentrifizierung“ bereits recht weit verbreitet ist. (KUPPELWIESER, Z 140-149) Darüber hinaus verfügt Kuppelwieser als ehemaliger Bezirksrat über einen gewissen Bekanntheitsgrad, auch der Redakteur der Bezirkszeitung kannte ihn noch von dieser Tätigkeit. (vgl. KUPPELWIESER, Z 379 f.) Eine direkte Auswirkung der medialen Berichterstattung bemerkten auch die MitarbeiterInnen der Gebietsbetreuung, denn damit sei das Interesse bei ihren BesucherInnen offensichtlich gestiegen. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 299 f.)

Es wird an diesem Beispiel sichtbar, dass zur Durchsetzung lokaler Interessen der Zugang zu Wissen entscheidend ist. Mit den Worten Bourdieus entscheidet hier über Einfluss und Wirkmächtigkeit die Verfügbarkeit von sozialem und kulturellem Kapital. (vgl. LÖW, 2017, S. 117 f.) Erst wenn man *weiß*, dass etwas passiert und wie man die eigenen Interessen durchsetzen kann – in diesem Fall u.a. durch öffentliches Auftreten, quellengestütztes Argumentieren, Kontakte zu Medien und politischen VertreterInnen, Anmeldung von Veranstaltungen und Pressekonferenzen, Aktivierung von Netzwerken, Mobilisieren auf der Straße – kann größerer Einfluss ausgeübt werden. Denn über finanzielles Kapital verfügte die Initiative nicht. (vgl. KUPPELWIESER, Z 375) Auch wenn der Verein Kulturraum 10 die Initiative Offener Reumannplatz unterstützt¹⁴, der auch über ein Vereinslokal verfügt, kann

¹⁴ Kö, Georg: Kulturraum unterstützt Initiative Offener Reumanplatz (IOR), 5.10.2018, online verfügbar unter: <http://www.kulturraum10.at/2018/10/05/kulturraum-am-reumannplatz/> (20.01.2020).

nicht davon ausgegangen werden, dass die Initiative über anderweitiges ökonomisches Kapital verfügt.

Wie sehr die Arbeit der Initiative die endgültige Umgestaltung beeinflusst hat, lässt sich nicht zweifelsfrei feststellen. Dass die Frage jedoch medial breit diskutiert wurde und die Umgestaltung des Reumannplatzes zum Thema gemacht wurde, ist jedenfalls zu großen Teilen auf sie zurückzuführen.

Die Gewerbetreibenden verfügen über speziellere Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen. Drei ansässige Unternehmer haben sich „ein paar Mal getroffen“, ein Konzept ausgearbeitet und haben von einem Architekten ein Computerbild entwerfen lassen, wie der Reumannplatz aussehen könnte, welches dann auch in Zeitungen abgebildet wurde. (TICHY, Z 127 f.) Daraus lässt sich schließen, dass auch ein gewisses finanzielles Kapital aufgewendet wurde, um auf die eigenen Interessen aufmerksam zu machen. Auch Gruber meint, dass die Unternehmer die WKO und den Bezirksvorsteher „für sich aktiviert [haben].“ (GRUBER, Z 68 f.) Sie haben schon „viel soziales Kapital und Ressourcen“, um auf sich, ihre Wünsche und Bedürfnisse aufmerksam zu machen, im Vergleich zu Personen, die beispielsweise nicht perfekt deutsch sprechen oder ärmer sind. (GRUBER, Z 69-73) Sie findet es spannend, „dass sich die Geschäftsseite rundherum so massiv eingebracht hat.“ (GRUBER, Z 27) Vonseiten der Wirtschaftskammer wurde gesagt, dass sie versucht haben, „dem ganzen einen Rahmen zu geben und die Unternehmer bei ihrer Initiative zu unterstützen. Dass dann auch die Idee, die sie da hatten, umgesetzt wird.“ (EINWALLER, Z 65 f.) Es wurde ein Rendering gemacht und eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Bezirksvorsteher abgehalten. Weil die Unternehmer das ehrenamtlich machen, „ist es dann natürlich gut, eine Vertretung zu haben wie die Wirtschaftskammer“, die dann auch „Manpower“ investieren kann. (EINWALLER, Z 67-70) Aus diesem Beispiel lässt sich erkennen, dass die Initiative, obwohl sie im Wesentlichen von zwei bis drei Personen getragen wurde, einen bemerkenswerten Einfluss auf den Diskurs zur Umgestaltung hatte. Inwiefern sie auch die endgültige Entscheidung beeinflusst haben, kann nicht restlos geklärt werden, auch weil eine endgültige Entscheidung über das gastronomische Angebot zum Zeitpunkt der Diplomarbeit nicht getroffen wurde.

Für die Arbeiterkammer Wien ist es aufgrund begrenzter Ressourcen nicht möglich, „an jedem dieser Beteiligungsprozesse auch wirklich selber teilzunehmen“. (HAMMER, Z 107) Sie versuchen eher in Stellungnahmen oder bei größeren Veranstaltungen ihre Meinung einzubringen und so auf wissenschaftlicher Ebene kontinuierlich Anregungen einzubringen und den Diskurs mitzugestalten. (vgl. HAMMER, Z 106-113)

Zuletzt sei noch auf den Bezirksvorsteher eingegangen, der gemeinsam mit den Stadträtinnen über die finanziellen Möglichkeiten entschieden hat, was maßgeblich die Rahmenbedingungen beeinflusst hat. Für einige Befragten war überaus zentral, dass das Budget im Laufe der Zeit erhöht wurde und der Platz ganzheitlich umgestaltet werden konnte. (vgl. STALLER, Z 269-271) (vgl. KNEHS, Z 134-136) (vgl. Gruber, Z 231-236) In Bezug auf die Verfügbarkeit finanzieller Mittel, meint Knehs, dass „es immer darauf ankommt, wie viel einem das wert ist. Ich glaube, dass der Reumannplatz für den Bezirk ein ganz wichtiger Platz ist und dass sie auch bereit waren, in diesen Platz mehr zu investieren.“ (KNEHS, Z 149-151) Diese Entscheidung wurde zwischen den zwei zuständigen Stadträtinnen¹⁵ Maria Vassilakou und Ulli Sima sowie dem Bezirksvorsteher getroffen, die sich gemeinsam auf eine Finanzierung geeinigt haben. (vgl. KNEHS, Z 124-128) Dabei hat der Bezirksvorsteher eine zentrale Rolle gespielt, der sich dafür eingesetzt hat, nicht aufgrund begrenzter Finanzierung nur oberflächliche Veränderungen durchzuführen, sondern den Platz in seiner Gesamtheit zu betrachten und ihn nach 40 Jahren auch ganzheitlich umzugestalten. (vgl. FRANZ, Z 43-49) Er hat sich dann mit den zuständigen Stadträtinnen darauf geeinigt, dass 50% der Kosten die Stadt und 50% der Bezirk trägt. Trotz dieser Teilung entspricht diese Summe mehr als 10% des Bezirksjahresbudgets. (vgl. FRANZ, Z 63-70) Insgesamt kostet der Umbau 7,9 Millionen Euro. (vgl. SCHRENK, 2019) Grundsätzlich sind die Bezirke in Wien selbst für ihre Straßen, Plätze usw. zuständig, deren Erhaltung sie auch aus ihrem eigenen Bezirksbudget finanzieren müssen, womit sie aber auch andere Bereiche bezahlen wie etwa Schulsanierungen. Deshalb sei der Bezirk besonders bei größeren Umbauten auf eine Co-Finanzierung vonseiten der Stadt angewiesen. (vgl. KNEHS, Z 122) Doch das kann nicht immer eine wünschenswerte Lösung gewährleisten:

„Es gibt einerseits die Stadt Wien, die diese übergeordneten strategischen Leitlinien entwirft und erarbeitet, [...] und dann gibt es die politische Realität sage ich einmal, wo man im Bezirk [...] einfach teilweise an dieser finanziellen Geschichte scheitert.“ (KNEHS, Z 188-191)

Selbst wenn bei Bezirk, Bevölkerung und Stadt das Bewusstsein und der Wunsch für eine bestimmte Veränderung vorhanden sind, bedeutet es demnach nicht, dass automatisch eine Umsetzung folgt. (vgl. ebd.) Auch Staller meint, dass in den Fachkonzepten „immer viele, tolle Sachen“ geschrieben sind, aber die Umsetzung dann aufgrund der Rahmenbedingungen oft schwierig ist. (STALLER, Z 488 f.) Die Fachabteilungen bemühen sich schon, die Leitlinien umzusetzen, aber oft liegt es auch an Entscheidungen des Bezirkes: „Es gibt halt auch sehr

¹⁵ des Stadtratsbüros für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung sowie des Stadtratsbüros für Umwelt und Wiener Stadtwerke

viel Macht in den Bezirken und manche Bezirke trauen sich halt auch nicht so viel. Je nachdem, wer dort das Sagen hat, passiert halt mehr oder weniger.“ (STALLER, Z 490 f.)

Doch nicht nur auf die Finanzierung kann der Bezirksvorsteher Einfluss nehmen, sondern auch auf die konkrete Umgestaltung. So hat er „mit den ansässigen Wirtschaftstreibenden noch eine Runde gemacht“, nachdem diese zu wenig eingebunden worden waren. (FRANZ, Z 27-29) Auch hat er wie bereits angesprochen mit ihnen gemeinsam eine Pressekonferenz gemacht und sich öffentlich für deren Anliegen eingesetzt. Zwar ist Franz auch auf die Initiative Offener Reumannplatz zugegangen und hat seinen Standpunkt im Laufe der Zeit etwas zugunsten eines Kompromisses verändert (vgl. KUPPELWIESER, Z 69 f.) (vgl. STALLER, Z 471) (vgl. SCHERNDL, 2019), seine zentrale Rolle rund um das Thema Gastropavillon ist jedoch in jedem Fall sichtbar. Ein weiteres Beispiel ist die Frage nach überdachten Bänken, die laut Knehs und Staller vom Bezirk nicht gewünscht waren und bei der Umgestaltung auch nicht kommen werden. Dies konnte im Gespräch mit dem Bezirksvorsteher allerdings nicht bestätigt werden, auf die Details wird unter Kapitel 8.4.5 eingegangen.

In jedem Fall wird sichtbar, dass der Bezirksvorsteher nicht nur aufgrund seines Zugangs zu Wissen, sondern auch aufgrund seines Ranges in einer hierarchischen Ordnung über Macht und Einfluss verfügt, die bei den anderen AkteurInnen nicht vorhanden sind. (vgl. Kreckel zit. nach Löw, 2017, S. 211)

8.4 Konflikte und gegenkulturelle Räume

Aus dem Kapitel 8.3 lassen sich bereits Interessenkonflikte erkennen, die in diesem Kapitel ausführlicher und strukturiert dargestellt werden sollen. Zuerst werden grundlegende Erkenntnisse zu Konflikten bei der Umgestaltung beschrieben, die anhand dreier Ebenen analysiert werden: Konflikte, die zwischen den verschiedenen Teilen der Bevölkerung bestehen, Konflikte, die sich aus technischen Gegebenheiten ergeben sowie Konflikte bei der Frage nach der Finanzierung. Anschließend werden drei mir wesentlich erscheinende Beispiele genauer beleuchtet. Ein Sonderfall stellt dabei die sogenannte Mädchenbühne dar, da sie bei den Befragten nicht als Konflikt wahrgenommen und ausnahmslos von allen befürwortet (oder zumindest neutral gesehen) wird. Die Bühne ist auch deshalb ein interessantes Beispiel, da sie mit den Worten Löws als Versuch gesehen werden kann, gegenkulturelle Räume zu schaffen und bewusst gegen bestehende Verhältnisse vorzugehen.

Wie unter Kapitel 7.4 beschrieben, wurden die Befragten nicht explizit nach Konflikten gefragt, um nicht bereits in eine Richtung zu lenken. Erst aus den Antworten auf verschiedene

Fragen sollte abgeleitet werden, welche oder ob Konflikte sichtbar werden. So sollte auch die Möglichkeit gegeben werden, dass gar keine Konflikte angesprochen werden, sollte es sie nicht geben.

8.4.1 Die Ebene der Bevölkerung

Auf der Ebene der Bevölkerung sehen alle Befragten grundsätzlich Interessenkonflikte. Dies liege in der Natur der Sache, wie Hammer sagt: „[...] weil eben so unterschiedlich die Stadtgesellschaft ist, so unterschiedlich sind dann auch die Nutzungswünsche und Vorstellungen im öffentlichen Raum.“ (HAMMER, Z 121 f.) Daraus ergebe sich, dass auch ganz Widersprüchliches stattfinden könne und man diese Konflikte auch aushalten müsse. Diese Konflikte sollen moderiert werden, auch wenn nicht verhindert werden könne, dass schlussendlich nicht alle mit dem Ergebnis zufrieden sind. (vgl. HAMMER, Z 124-127) Als konkretes Beispiel nennt Hammer die Diskussion über den Autoverkehr und die Frage danach, wie viel Platz für diese Funktion im öffentlichen Raum bereitgestellt werden soll. (vgl. HAMMER, Z 117-121) Von der Unvereinbarkeit aller Interessen spricht ebenso Einwaller: „Man hat dann versucht, alle Meinungen und alle Möglichkeiten und alle Ideen irgendwie miteinzubinden, nur das ist natürlich wie bei allem meistens nicht möglich und dann muss es natürlich eine Entscheidung geben.“ (EINWALLER, Z 44-46) Die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen Menschen thematisiert auch Brajović: „zehn Leute, elf Meinungen.“ (BRAJOVIĆ, Z 265) Auch Staller spricht von „widersprüchlichen Interessen“, die bei der Beteiligung zutage getreten sind. Am Ende müsse die Stadt Prioritäten setzen und Entscheidungen treffen wie etwa in der Frage nach einem Gastronomiepavillon. (STALLER, Z 159 f.) Knehs nennt ebenso diese Frage als Beispiel, bei dem widerstrebende Interessen aufeinandertrafen, die so diametral waren, „dass man das schlecht vereinbaren kann“ und ein Kompromiss gefunden werden musste. (KNEHS, Z 97-100) Tichy sieht hier gleichfalls „sehr verschiedene Interessen, die da zusammenstoßen.“ (vgl. TICHY, Z 41)

Franz beschreibt Interessenkonflikte bei der Umgestaltung öffentlicher Räume, die zwischen AnrainerInnen und NutzerInnen bestehen können. Das betreffe beispielsweise Sitzmöglichkeiten, Hundezonen, Kinderspielplätze oder auch Fitnessgeräte, die zwar von den jeweiligen NutzerInnen gewünscht, aber von den direkten AnwohnerInnen kritisiert werden. Er beschreibt ein gewisses Dilemma, das im öffentlichen Raum des Öfteren bestehe: „Es will zwar jeder auch eine bessere öffentliche Erschließung des Verkehrs, aber keiner will eine Haltestelle vor seinem Fenster haben.“ (FRANZ, Z 445-454) Bei diesen Konflikten gehe es um einen sensiblen Umgang mit den Bedürfnissen und Sorgen der beteiligten Personen. Es werde

zwar immer Personen geben, die kein Verständnis für diese Veränderungen im öffentlichen Raum zeigen, aber für jene, die in schwierigeren Wohnverhältnissen leben und im öffentlichen Raum ihre Freizeit verbringen, „ist es natürlich etwas Positives.“ (FRANZ, Z 454-463)

Von Staller, Franz und Knehs wurde außerdem der Konflikt wahrgenommen, dass sich als ÖsterreicherInnen definierte Personen von fremdsprachigen Personen verdrängt fühlen. Franz sieht dabei die Aufgabe, allen Menschen einen Platz an diesem Ort zu geben. Der öffentliche Raum dürfe nicht von gewissen Gruppen okkupiert werden. (vgl. FRANZ, Z 441-443) laut Staller müsse dieser Konflikt auf einer fachlichen Ebene diskutiert werden (vgl. STALLER, Z 414-418), und Knehs verwies darauf, dass viele jener Personen, die diesen Aspekt thematisierten, den Reumannplatz selbst kaum nutzen, sondern über private Freiräume verfügen. Wichtig sei, dass er offen für alle bleibt, dass sich jede Person hinsetzen könne. (vgl. KNEHS, Z 438-442)

Trotzdem ist laut Staller aufgefallen, dass die Interessen der Bevölkerung „dann im Endeffekt gar nicht unbedingt so unterschiedlich sind“ und sich viele gut umsetzbare Dinge quer durch die Gruppen ziehen. Nicht nur bei der Beteiligung, auch am Platz ist es so, „dass die Leute eigentlich sehr gut miteinander auskommen“. (STALLER, Z 325-330) Auch Kuppelwieser betont das friedliche Miteinander am Platz und spricht Konflikte nicht direkt an, auch wenn dem Interview der Konflikt rund um den Gastrobereich, aber auch die Vernachlässigung der Interessen der Umsteigenden zu entnehmen ist. (vgl. KUPPELWIESER, Z 16-24; Z 259-267)

8.4.2 Die Ebene der technischen Gegebenheiten

Ein großer Teil der Konflikte ergibt sich aus der technischen bzw. praktischen Unvereinbarkeit. Einerseits sollen mehr Wege, andererseits mehr Grün vor Ort sein, was aufgrund des begrenzten Raumes schwer zu vereinbaren war, trotzdem es versucht wurde. (vgl. STALLER, Z 619 f.) Darüber hinaus können an vielen Stellen keine Bäume gepflanzt werden, weil sich darunter U-Bahn-Einrichtungen, Leitungen oder die Tiefgarage befinden. (vgl. STALLER, Z 263) (vgl. KNEHS, Z 488 f.) „[S]o schöne Bäume wie früher“ kann man deswegen nicht mehr pflanzen. (TICHY, Z 104 f.) An anderen Stellen können wiederum Stauden und Rasen nicht angelegt werden, weil es zu schattig ist. (vgl. STALLER, Z 768) Auch konnte der Wunsch nach einem Aufzug am oberen Ende des Bahnsteigs aus bautechnischen Gründen nicht berücksichtigt werden. (vgl. KNEHS, Z 90-92) Für Staller waren die „räumlichen Bedingungen sehr schwierig für die ganzen Ansprüche“, mehr als bei anderen

Projekten, da der Platz aufgrund der baulichen Voraussetzungen „viel komplexer ist.“ (STALLER, Z 293-297) Durch die historische Entwicklung des Reumannplatzes sind im Laufe der Zeit immer mehr Bauwerke dazugekommen, die nicht vordergründig die Freiraumgestaltung im Fokus hatten, sondern aufgrund technischer Notwendigkeiten entstanden sind. Staller nennt dabei die Lüftungsbereiche der unterirdischen Gebäude der Wiener Linien, die U-Bahn, die Garage, die Garagenerweiterung und die U-Bahn-Verlängerung. (vgl. STALLER, Z 357-361)

„Ich meine, diese ganzen Lüftungsbereiche sind auch ein Wahnsinn eigentlich, die irgendwie einzubeziehen, die einfach immer entstehen aus technischen Notwendigkeiten und dann kommt irgendwo ein Pilz an die Oberfläche. Mit dem muss man dann umgehen, dort wo er dann halt ist.“ (STALLER, Z 353-355)

Welche baulichen und funktionalen Rahmenbedingungen am Reumannplatz darüber hinaus vorherrschen und sich historisch verändert haben, wurde ausführlich in Kapitel 6.2 bzw. 6.3 beschrieben. Ein Beispiel dafür, inwiefern historisch gewachsene Strukturen heutige Planungsprozesse beeinflussen, ist auch das Amalienbad. Da das Gebäude unter Denkmalschutz steht, war es eine große Herausforderung, den Zugang mit einer Rampe barrierefrei zu machen. (vgl. KNEHS, Z 232-243) Ein anderes Beispiel zur technischen Umsetzung stellte auch die Frage eines Sicherungsmöbels dar. Vonseiten der Polizei kam der Wunsch, bei der äußeren Favoriten Straße einen Rammschutz aufzustellen, der etwaige Attentate verhindern solle. In der Planung wurde ein möglichst unauffälliges, schweres Möbel konzipiert. Der zuerst ausgearbeitete Vorschlag dieser Barriere musste jedoch überarbeitet werden, weil wiederum die Zufahrt für die Feuerwehr gewährleistet werden musste. (vgl. KNEHS, Z 272-289) An diesem Beispiel lässt sich nicht nur die Komplexität der zu beachtenden Aspekte erkennen, sondern auch, dass größere Debatten rund um das Thema Stadt und Sicherheit die Umgestaltung beeinflussen. Gerade die Frage nach Sicherheit vor Terroranschlägen sei laut Knehs zwiespältig: Wenn die ganze Stadt nach diesen Schutzfaktoren umgebaut wird, verliere man auch Lebensqualität und könne darüber hinaus Unsicherheit verbreiten. Andererseits könne auch nicht auf Präventivmaßnahmen verzichtet werden, selbst wenn in Wien noch nie ein derartiger Anschlag verübt wurde und prinzipiell nicht alle Anschlagversuche überall in der Stadt zu jeder Zeit von vornherein verhindert werden können. (vgl. KNEHS, Z 290-296)

Aus der baulichen Komplexität des Reumannplatzes ergibt sich auch, dass sich alle AkteurInnen, die dort vonseiten der Verwaltung mit Einbauten und Einrichtungen verankert sind, trotzdem auf ein gemeinsames Ziel verständigen müssen, was Franz als

Herausforderung sieht. Dafür sei es notwendig, über den „Magistrat-Horizont hinauszusehen“ und das Projekt als ganzheitliche Umgestaltung im Blick zu haben. (FRANZ, Z 118-120)

Weitere Konfliktlinien verlaufen entlang jener Entscheidungen, die bereits vorab getroffen und explizit nicht zur Diskussion gestellt wurden. Staller spricht in diesem Zusammenhang neben den Rahmenbedingungen vom „Beteiligungsspielraum“, der vorab festgelegt werden muss, denn „es gibt immer irgendwie ein paar Wünsche, die halt nicht gehen.“ (vgl. STALLER, Z 676 f.) Beispielsweise sind Verlegungen von Busstationen schon vorab von den Wiener Linien festgelegt worden. (vgl. STALLER, Z 278 f.)

Im Bereich der praktischen Umsetzung spielte auch die Entscheidung über die Wegebeläge eine größere Rolle. Darin sind finanzielle, gesundheitspolitische, ökologische, pragmatische sowie zielgruppenorientierte (eher kindgerechte oder barrierefreiere Beläge) Überlegungen miteingeflossen. Grundsätzlich gibt es in diesem Bereich eine „heiße Fachdebatte“, welche Beläge aus welchen Gründen sinnvoll sind. (STALLER, Z 222-258) Auch die Stadt Wien experimentiert in diesem Bereich viel. (vgl. KNEHS, Z 178 f.) Auf die detailliertere Argumentation soll an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen werden, da es sich nicht um ein zentrales Thema der vorliegenden Arbeit handelt.

8.4.3 Die politische Ebene der Finanzierung

Interessant ist, dass auf die Frage, wer öffentlichen Raum finanzieren soll, großteils Einigkeit besteht, nämlich dass es grundsätzlich die Aufgabe der öffentlichen Hand ist.

Hammer begründet diese Sichtweise damit, dass es einen wichtigen Teil der Daseinsvorsorge darstellt und die Umgestaltung von öffentlichen Räumen daher „grundsätzlich eine öffentliche Aufgabe“ ist. (HAMMER, Z 159 f.) Auch Private könnten sich in bestimmten Fällen beteiligen, beispielsweise wenn sie im Rahmen von Umwidmungen oder Großprojekten von der Umgestaltung profitieren. Als Gefahr sieht Hammer bei städtebaulichen Verträgen zwischen öffentlich und privat besonders die Intransparenz: Wer ist konkret für welche Aufgaben, Entscheidungen, Finanzierungen usw. zuständig? (vgl. HAMMER, Z 162-166) Ähnlich sieht es Brajović, die darüber hinaus aufgrund der vielen Amtswege solche Partnerschaften als nicht so leicht umsetzbar ansieht. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 242-245)

Ebenso ist Kuppelwieser der Meinung, dass für einen öffentlichen Platz und dessen Umgestaltung die öffentliche Hand zuständig sein muss. Sobald Private investieren, werden

sie auch einen Profit erhalten wollen und „das wollen wir nicht auf öffentlichen Plätzen.“ (KUPPELWIESER, Z 217-227) Auch laut Gruber dürfen die öffentlichen AkteurInnen „auf keinen Fall aus den eigenen Händen geben.“ (GRUBER, Z 220 f.) Dass durch die Globalisierung ausländische InvestorInnen einen Platz nach eigenen wirtschaftlichen Interessen umbauen könnten und dabei nicht auf die Bevölkerung achten, wäre „wirklich schwierig für städtische Entwicklung.“ Allerdings findet Gruber, „dass Wien das eigentlich ziemlich gut macht“ und es viel Bewusstsein zu den Themen öffentlicher Raum und Gestaltung gibt. (GRUBER, Z 382-387) Auch Franz meint, dass Wien als Stadt sehr gut verwaltet ist und vieles hat, „was vielleicht andere Großstädte nicht haben.“ (FRANZ, Z 98 f.)

Auf die Frage danach, wer die Umgestaltung finanzieren soll, ist Einwallers persönliche Meinung: „wenn es um öffentlichen Raum geht, dann auch die öffentliche Hand.“ (EINWALLER, Z 265) Im Selbstverständnis eines Sozialstaates gehört diese Aufgabe eben auch dazu, da es „für die Allgemeinheit“ gemacht wird. Sie persönlich findet, „wer zahlt, schafft an“, weshalb im Falle einer privaten Finanzierung auch Private über die konkrete Umgestaltung entscheiden können müssen. Wenn allerdings Private davon profitieren, beispielsweise der Betreiber/die Betreiberin eines neuen Gastronomieangebots, sollte man sich die betreffenden Kosten teilen. Die öffentliche Hand müsste die Rahmenbedingungen schaffen, wie Leitungen verlegen usw., „alles andere kann dann der Unternehmer übernehmen.“ (EINWALLER, Z 270-272; Z 277-290) Bei allgemeinen Umgestaltungen öffentlicher Plätze könne allerdings niemand verpflichtet werden, sich bei der Finanzierung zu beteiligen, wenngleich Spendenkampagnen grundsätzlich nicht auszuschließen sind. (vgl. EINWALLER, Z 297-301)

Für Knehs ist es grundsätzlich schon möglich, dass Private die Umgestaltung (mit)finanzieren, wie es beispielsweise in der Herrengasse oder der Rotenturmstraße gewesen ist. Allerdings sind derartige Finanzierungen außerhalb der Innenstadt noch nie durchgeführt worden. Die Herausforderung sieht sie jedoch darin, dass dadurch weitere Personen im Planungsprozess berücksichtigt werden müssen, obwohl mit den Dienststellen, der Stadt, den Stadträtinnen und dem Bezirk bereits sehr viele AkteurInnen involviert sind. Sie resümiert, dass die Mischung aus öffentlich und privat „zwar finanziell für die Stadt ganz angenehm, aber ein bisschen schwierig [ist].“ (KNEHS, Z 209-222)

Tichy hält es grundsätzlich für möglich, dass beispielsweise Grünraum privat erhalten wird, anders als etwa bei Wasser, Polizei oder Exekutive, weil die Gefahr besteht, große Konzerne könnten hier ihre Interessen durchsetzen. (vgl. TICHY, Z 261-281)

Für Staller waren in Bezug auf die Finanzierung besonders die unterschiedlichen Budgets in den zwei Bereichen (Park und Platz) eine Herausforderung, denn die Gestaltung nach den Wünschen und Vorstellungen der Bevölkerung musste sich demnach in den vorgegebenen Grenzen der zwei Budgets halten. (vgl. STALLER, Z 211-221)

Ebenfalls detaillierter sieht es der Bezirksvorsteher, bei dem es eher darum geht, inwiefern sich Bezirk und Stadt die Kosten teilen. Eine größere finanzielle Unterstützung vonseiten der Stadt wäre wünschenswert – sofern er das Mitspracherecht behält. Dann könne vom Bezirksbudget beispielsweise mehr für Kinder oder Bildung ausgegeben werden. In Bezug auf private Finanzierung müsste man die konkrete Umsetzung genauer betrachten, um eine Aussage darüber treffen zu können. Denn falls private oder wirtschaftliche Interessen involviert sind, müsse man ein wenig aufpassen, „dass man sich da nicht irgendwie ausliefert“ und deshalb genauer hinsehen. (FRANZ, Z 89-115) Dass private Personen die Neugestaltung öffentlicher Räume finanzieren, wie beispielsweise in der Herrengasse, sei für Favoriten eher unwahrscheinlich, weil es sich bei dem Bezirk nicht um eine stark touristische Zone mit hoher Wirtschaftskraft handle. (vgl. ebd.)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der öffentliche Raum und seine Gestaltung grundsätzlich von öffentlichen Geldern finanziert werden soll. Kooperationen seien zwar in manchen Fällen denkbar, dabei sei aber insbesondere auf Transparenz und Kostenwahrheit zu achten, damit nicht Entscheidungen gegen das öffentliche Interesse getroffen werden.

8.4.4 Beispiel „Gastronomie“

Ein Konflikt wurde besonders deutlich im Rahmen des Umgestaltungsprozesses: die verschiedenen Meinungen zu einem zusätzlichen gastronomischen Angebot in der Mitte des Platzes sowie dessen Ausgestaltung und Dimension. In diesem Kapitel sollen einerseits die Entwicklung dieses Konflikts auf Basis der geführten Interviews nachgezeichnet werden und andererseits die Argumente für und wider aufgeschlüsselt werden.

Zwei ansässige Gewerbetreibende, Herr Strassl vom Friseurgeschäft und Herr Scholda von der Apotheke kamen nach dem Abschluss des Beteiligungsverfahrens (vgl. STALLER, Z 275) auf Herrn Tichy mit der Idee zu, sich für ein größeres, hochpreisiges Gastronomieangebot in der Mitte des Platzes anstelle des Exedit-Raumes der Wiener Linien einzusetzen. (vgl. TICHY, Z 57) Sie kontaktierten die Wirtschaftskammer Favoriten, mit deren Unterstützung ein Rendering sowie eine Pressekonferenz mit dem Bezirksvorsteher organisiert wurde. Die Initiative ist nicht von Herrn Tichy ausgegangen, er fand die Idee aber „nicht schlecht“.

(TICHY, Z 151) In der ursprünglichen Version wäre ein ähnliches Konzept wie beim Lokal Heuer am Karlsplatz¹⁶ angedacht gewesen. (vgl. FRANZ, Z 274 f.) Nachdem ein Bekannter von Kuppelwieser davon erfahren hat, wurde von einigen Personen die Initiative Offener Reumannplatz gegründet, die ebenfalls eine Pressekonferenz abhielt, um auf den Vorschlag der Wirtschaftstreibenden und der Wirtschaftskammer aufmerksam zu machen. Wie bereits unter Kapitel 6.7 beschrieben, wurde in einigen Medien über diesen Interessenkonflikt berichtet und die Frage auch vor dem Hintergrund möglicher Gentrifizierung diskutiert. Daraufhin wurde von verschiedenen Seiten der Dialog gesucht. So trafen Bezirksvorsteher sowie Vizebürgermeisterin auf die Initiative, aber auch die Initiative auf die Gewerbetreibenden. Da es sich um „derart diametrale Sichtweisen“ handelte, die sich schlecht vereinbaren ließen, wurde ein Kompromiss gesucht:

„Wir haben uns jetzt auf einen Kompromiss geeinigt, dass eine kleine Gastronomie möglich ist, direkt am Platz so ein kleines Café, aber halt in einem sehr reduzierten Rahmen. Und ob das kommt oder nicht, hängt jetzt davon ab, ob die Wiener Linien einen Betreiber finden.“ (KNEHS, Z 99-103)

Laut Staller würden die Wiener Linien „das erst bauen, wenn sie wirklich einen Betreiber haben.“ Gedacht wäre außerdem, dass an den Vertrag mit dem Betreiber eine öffentliche WC-Anlage gekoppelt ist, die es dringend am Platz brauche. (STALLER, Z 454 f.) Im vorläufigen Endplan, der im Juni 2019 vor Ort präsentiert wurde, online verfügbar sowie im Anhang zu finden ist, ist im Bereich des ehemaligen Daches beim Expedit-Raum eine etwa 100 m² Fläche eingezeichnet mit der Beschriftung „Reservefläche Gastronomie + öff. WC“ sowie „Schanigarten“. (vgl. ARCHITEKTENGRUPPE U-BAHN, 2019) Darüber hinaus ist neben dem bereits bestehenden Schanigarten vom Eissalon Tichy auch ein Schanigarten am urbanen Platz für die Bäckerei Ströck vorgesehen. (vgl. KNEHS, Z 348-350)

Für Einwaller sei es bei dieser Kompromisslösung vermutlich eher schwierig, einen Betreiber zu finden, da es sich um eine viel kleinere Ausstattung handle und auch die gesamte Infrastruktur für ein Lokal vom Betreiber selbst finanziert werden müsste. (vgl. EINWALLER, Z 232-236) Auch Tichy meint, dass man erst jemanden finden müsse, „der das auch riskiert“. (TICHY, Z 132) Und Gruber sagt: „Also wahrscheinlich ist man dann froh, wenn man einen Betreiber findet.“ (GRUBER, Z 329)

Iris Einwaller resümiert: „[I]n Wirklichkeit ist dann von einem größeren Gastropavillon, mit dem man wirklich was anfangen kann, als zentralen Punkt am Reumannplatz, eigentlich

¹⁶ Siehe: KAFFEE HEUER BETRIEBSGESELLSCHAFT MBH (o.J.): Heuer. Garten. Bar. Restaurant, online verfügbar unter: <http://www.heuer-amkarlsplatz.com/> (20.01.2020).

nichts oder sehr wenig übrig geblieben.“ (EINWALLER, Z 48-50) Tichy sagt ebenso, dass es derzeit so aussehe, als würde aus der ursprünglichen Idee „nichts werden“, aber „mit der jetzigen Lösung sind wir nicht unzufrieden eigentlich.“ (TICHY, Z 55; Z 42)

Interessant ist, dass aktiv nach InvestorInnen gesucht wurde, sowohl für die Kompromisslösung, als auch für die ursprüngliche Idee: „Wir selber wollten dort nichts machen. Wir haben eher einen Investor gesucht, der sich dort hinsetzen will. [...] Aber wenn da ein Investor gewesen wäre, der sagt, wir machen da eine gehobene Gastronomie, wäre [es] nicht schlecht gewesen.“ (TICHY, Z 50-54)

Zum Zeitpunkt des Forschungsabschlusses ist noch unklar, ob, in welcher Form und unter welchen Umständen ein Lokal oder Café vor Ort errichtet wird. Weitere wesentliche Fragen konnten im Rahmen der Arbeit nicht beantwortet werden: Wer schafft und finanziert die Rahmenbedingungen? Die Wiener Linien, die öffentliche Hand oder der/die BetreiberIn? Welche Auflagen werden an den/die BetreiberIn gestellt? Welche Anforderungen stellt der/die BetreiberIn? Wird es ein öffentliches WC geben und wenn ja, wer finanziert es?

Auch wenn der Ausgang der Diskussion noch offen ist, sollen im Folgenden die verschiedenen Argumente aufgeschlüsselt werden, da es sich um ein zentrales Konfliktfeld im Zuge des Umgestaltungsprozesses handelte. Wie unter Kapitel 8.3.3 beschrieben, ist keine der befragten Personen gegen ein kleines Café. Darüber hinaus würde neben Franz und Einwaller auch Kuppelwieser befürworten, wenn der Eissalon Tichy im Winter geöffnet hätte.¹⁷ (vgl. KUPPELWIESER, Z 281)

Die gegenübergestellten Argumente, die aus den Interviews entnommen wurden, betreffen den Vorschlag einer größeren, hochpreisigen gastronomischen Zone. Während Einwaller, Franz und Tichy dem eher positiv gegenüberstehen, sehen Knehs, Staller, Gruber und Kuppelwieser diesen Vorschlag eher skeptisch. Die Gebietsbetreuung steht dieser Frage neutral gegenüber.

Die drei zentralen Argumente für das gastronomische Angebot lassen sich unter Sicherheit, Frequenz und Belebung subsumieren. Tichy sieht in einem Gastropavillon die Möglichkeit, wo sich junge Leute treffen können, aber auch nachts das Sicherheitsgefühl gesteigert werden könne. (vgl. TICHY, Z 36-41) Darüber hinaus könnte das besonders im Winter zu einer

¹⁷Kurt Tichy schließt jedoch aus, in der Winterpause geöffnet zu haben: „[A]lso da könnte mir einer das Schloss Windsor schenken [...] und da würd ich sagen, nein, da sperre ich zu.“ (TICHY 2019, Z 65 f.)

Belebung des Reumannplatzes führen, der in der kalten Jahreszeit „eigentlich ein toter Platz“ ist. (TICHY, Z 62) Das sieht auch Franz:

„Was kann man tun, damit es für die Favoritnerinnen und Favoritner ein Angebot am Reumannplatz gibt, auch wenn der Tichy im Winter zusperrt? In diesem Sinne war die Gastronomie vor Ort gedacht, als Ort, zu dem man eigens auf den Reumannplatz kommen kann.“ (FRANZ, Z 372-378)

Auch für Einwaller zählen der Frequenz- und der Sicherheitsaspekt zu den wichtigsten Argumenten. Es müsse ein Lokal sein, das zum Verweilen einlädt, an dem man sich abends gemütlich hinsetzen und beispielsweise einen Aperol-Spritzer oder einen Glühwein trinken könne. (vgl. EINWALLER, Z 104-110) Mit den Worten Gehls gehe es bei der Belebung von öffentlichen Räumen nicht rein darum, dass er hoch frequentiert ist, sondern auch zu einer längeren Nutzungsdauer einlädt, wozu ein Schanigarten oder gemütliche Lokale beitragen könnten. (vgl. GEHL, 2016, S. 171)

Laut Kuppelwieser ging es insbesondere den Inhabern des Friseurgeschäfts sowie der Apotheke darum, dass sie durch die Verlängerung der U-Bahn Kundschaft verloren hätten, die durch neue Kundschaft, Personen „aus dem gehobenen Mittelstand“, kompensiert werden könnten. (KUPPELWIESER, Z 112) Ein weiteres Argument stellt der Wunsch nach sozialer Durchmischung dar. Es solle ein attraktiver Platz sein, an dem für jeden etwas dabei sein solle, auch für die Leute in den Büros, „die gerne zu Mittag irgendwo ein Glas Sekt trinken würden oder sich wo reinsetzen wollen.“ (TICHY, Z 141 f.) Da wäre ein „Nobelpavillon“ eine gute Idee gewesen, denn damit wäre niemand vertrieben worden, es hätte lediglich eine Bereicherung darstellen sollen. (TICHY, Z 293)

Die größere und hochpreisigere Ausstattung hätte darüber hinaus ökonomische Vorteile: „Also wenn, dann hat es nur einen Sinn, so ein Gastropavillon wie am Karlsplatz“, auch wenn ein kleines Café „besser als nichts“ ist. (TICHY, Z 75-80) Auch Franz meint: „Wirtschaftlich betrachtet wäre eine größere Konstellation wahrscheinlich leichter und besser umsetzbar gewesen.“ (FRANZ, Z 245 f.)

Das Ausmaß und die Preisklasse werden, wie bereits geschrieben, von den Befragten teilweise kritisch gesehen: „Also ich finde, es sollte einfach für alle ein zugänglicher Platz bleiben und nicht zu kommerzialisiert werden.“ (GRUBER, Z 265 f.) Gegen ein großes, hochpreisiges Lokal sprechen die Ergebnisse der Beteiligung: „Von den Bürgern und Bürgerinnen ist eher gekommen, sie wollen eher den konsumfreien Platz, sie wollen eigentlich eher den Platz nutzen und sie wollen da keine riesige Gastronomie haben.“ (KNEHS,

Z 96-98) Auch Kuppelwieser sieht das nicht als Resultat der Mitbestimmungssaktionen, „[w]eil von einer Gastronomie war bei allen diesen Veranstaltungen am Reumannplatz nie die Rede, das war eine Idee der Wirtschaftskammer.“ (KUPPELWIESER, Z 83 f.) Staller sagt, dass vonseiten der breiten Beteiligung eigentlich der Tenor war, dass man einen konsumfreien Platz haben möchte und von den Geschäftsleuten der Wunsch nach einem großen Gastronomiepavillon kam, der jedoch aus der Beteiligung „nicht erhärtet“ werden konnte. „Insofern hat die Stadt dann auch entschieden, dass so etwas nicht kommen soll.“ (STALLER, Z 161-166)

Auf das Argument, ein hochpreisigeres Lokal würde eine Aufwertung des Platzes darstellen, meint Knehs:

„Es kommt darauf an, was man unter Aufwertung versteht. Ich würde sagen, dass eine Aufwertung nicht per se darin besteht, dass dann nur noch Leute, die Geld haben, einen Platz nutzen können. Weil das ist die Essenz von dem Ganzen, dass man sagt, man verdrängt die Leute von dort und macht einen schicken Platz, wo dann die Bobos vom Sonnwendviertel kommen und dort ihren Prosecco trinken oder sowas, aber das ist ja nicht unbedingt eine Aufwertung. Ich denke mir, eine Aufwertung ist, wenn ich öffentlichen Raum so gestalte und so herrichte, dass die Menschen, die dort leben, ihn nutzen können und dass sie ihn gut nutzen können [...].“ (KNEHS, Z 528-534)

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse der Funktions- und Sozialraumanalyse, dass es im direkten Umfeld des Reumannplatzes recht viel kommerzielles Angebot gibt. (vgl. KUPPELWIESER, Z 86) Kuppelwieser nennt neben dem Eisgeschäft zwei Gasthäuser und ein Café in unmittelbarer Nähe: „Also Gastronomie gibt es mehr als genug.“ (KUPPELWIESER, Z 287) Über die äußere Favoritenstraße bis zum Verteilerkreis würde er dies nicht sagen, die nicht sehr belebt ist und wo zusätzliche gastronomische Angebote wünschenswert wären. (vgl. KUPPELWIESER, Z 290 f.) Knehs spricht die Einkaufsstraße Favoriten Straße an, „wo es an allen Ecken und Enden Kommerz in allen unterschiedlichen Varianten gibt“ (KNEHS, Z 531 f.) Zur Frage der Sicherheit meint Knehs:

„Natürlich bringt Gastronomie Menschen auf den Platz. Die Frage ist, was für eine Art von Gastronomie funktioniert auf dem Platz und was für eine Art von Menschen kommen dann zu dieser Gastronomie auf den Platz. [...] Ich denke mir, sicher ist ein Platz, wenn ihn viele Leute nutzen und wenn man sich den Reumannplatz anschaut, dann wird er von wirklich vielen Leuten genutzt.“ (KNEHS, Z 546-551)

Auch für Staller liegt dem Wunsch nach einem gehobenen Gastronomieangebots ein gewisses Weltbild zugrunde: „Dass man dort halt gerne schicke Leute hätte, die dort Prosecco trinken“, wobei das eher von Personen geäußert wurde, die den Reumannplatz im Alltag eigentlich gar nicht nutzen. Sie bezweifelt, dass ein solches Angebot dort funktioniert. Die Bäckerei Ströck

reiche als Angebot aus: „Zum Ströck kann eigentlich jeder gehen.“ (STALLER, Z 433-446) Das Argument, dass der Platz von zu wenig Menschen genutzt werden würde, kann sie nicht nachvollziehen: „Also ich glaube, das ist so eine Vorstellung, dass nur, wer konsumiert, ein Mensch ist und wenn der nicht da ist, ist es tot.“ (STALLER, Z 627 f.) Es seien zwar weniger Umsteigerrelationen als zuvor, belebt sei der Platz aber dennoch nach wie vor. (vgl. STALLER, Z 631-635)

Für Kuppelwieser hätte ein „viel zu großer Pavillon für eine gehobene Gastronomie [...] sehr viel Platz von der öffentlichen Fläche beansprucht.“ (KUPPELWIESER, Z 46 f.) Er sieht ihn als zusätzliche Konkurrenz für die umliegende Gastronomie und meint außerdem:

„[W]ir halten es schon für problematisch, wenn öffentliche Fläche sozusagen für privaten Gewinn enteignet wird. Weil diese Fläche steht der Öffentlichkeit dann nicht mehr zur Verfügung, es sei denn, sie gehen als zahlende Kundschaften in diesen Gastronomietempel. Eine hochpreisige Gastronomie wiederum ist wohl nicht das, was die Favoritner Kundschaft dort braucht. Weil die Wirtschaftskammer hat gemeint, das würde den Platz aufwerten. Aber wir sind uns sicher, die Menschen am Platz bleiben dieselben [...]. (KUPPELWIESER, Z 97-102)

Dass dadurch neue, wohlhabendere Menschen auf den Platz kommen, bezweifelt Kuppelwieser, weil in der Umgebung „einfach nicht der gehobene Mittelstand wohnt“ und es auch nicht richtig wäre, „dort einen Bevölkerungsaustausch vorzunehmen.“ (KUPPELWIESER, Z 112 f.) Darüber hinaus würde ein Lokal im Winter nicht zwingend zur Belebung des Platzes beitragen, weil dadurch nicht mehr Menschen am Platz wären, sondern lediglich in geschlossenen Räumen. (vgl. KUPPELWIESER, Z 278)

Ein weiteres Argument stellt die stärkere Flächenversiegelung dar, die ein großes Lokal mit sich gebracht hätte. (vgl. STALLER, Z 274) Zum Aspekt der sozialen Durchmischung meint Staller, dass man das nicht über das Geld regeln müsse: „Es sind, glaube ich, alle Bevölkerungsgruppen dazu bereit, dass sie auch nicht kommerziell den öffentlichen Raum nutzen.“ (STALLER, Z 476 f.)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass anhand der Studien, Analysen und der Partizipationsverfahren keine Argumente für ein großes, hochpreisiges Gastronomieangebot gefunden werden können. Daraus lässt sich auch erklären, dass Personen aus der Verwaltung, der Planung sowie des Beteiligungsverfahrens dem Vorschlag eher kritisch gegenüber stehen. Die Vorteile, die ein solches Lokal im Bereich „Sicherheitsgefühl“, „Aufwertung“ und „Belebung“ mit sich bringen könnte, werden von den Befragten unterschiedlich eingeschätzt. Das hängt auch damit zusammen, dass den Aussagen unterschiedliche Idealvorstellungen von

einem „schönen“ Platz zugrunde liegen. Es wird somit sichtbar, dass es sich nicht nur um faktische Argumente handelt, sondern auch um eine grundsätzlich politische Haltung, für wen öffentlicher Raum gemacht sein soll. Einen „Nobelpavillon“ in jenem Bezirk zu errichten, der einkommenstechnisch der drittschlechteste Wiens ist, wirft in jedem Fall die Frage auf, ob hier der öffentliche Raum wirklich jenen gehört, „die *wohnen*“. [Herv. i. O.] (LEFEBVRE, 2016, S. 166)

Dass der Vorschlag eines großen Gastronomiepavillons abgelehnt wurde, geht im Wesentlichen auf die Magistratsabteilungen, die Ergebnisse der Funktions- und Sozialraumanalyse sowie des Partizipationsverfahrens zurück, aber auch auf die lokale Initiative sowie die mediale Berichterstattung. Darüber hinaus war wohl auch entscheidend, dass die Wiener Linien ihr Gebäude nicht zur Verfügung stellten. Falls doch ein größeres Lokal errichtet werden sollte, kann vermutet werden, dass das Zustandekommen wesentlich vom Engagement der aktiven Gewerbetreibenden vor Ort und der Wirtschaftskammer mit Unterstützung des Bezirksvorstehers geprägt sein wird. Es ist jedoch auffällig, dass der Platz kein umkämpfter Standort für gastronomische Angebote darstellt, was vermutlich auch mit der verhältnismäßig niedrigen Kaufkraft in der Umgebung zusammenhängen könnte.

In jedem Fall ist auf Basis der Studien zu betonen, dass in der prominenten, neu freigewordenen Platzmitte kein exklusiver Raum entstehen sollte, sondern dass, wie beim restlichen Platz auch, ein möglichst offenes Angebot für die Allgemeinheit geboten werden soll, sei es ein kleines Café mit günstigen Preisen oder gar mit sozialem Anspruch – wie eine Empfehlung der FSRA lautet (vgl. GRUBER & JAUSCHNEG, 2016, S. 74) –, eine öffentliche WC-Anlage oder überdachte Bänke, die allen zugänglich sind.

8.4.5 Beispiel „Überdachte Bänke“

Ein weiteres Konfliktfeld stellt die Frage nach der Notwendigkeit überdachter Bänke dar, die von den Befragten unterschiedlich bewertet wird. Zwar ist dies weder in allen Interviews thematisiert worden, noch nahm es einen großen Stellenwert ein; lediglich Staller hat das Thema von sich aus angesprochen. Da jedoch im Diskurs über die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum die Frage nach Sitz-, Liege- und Schlafmöglichkeiten sehr zentral ist, habe ich mich dazu entschieden, diesen Aspekt als zweites Beispiel herauszugreifen. (Siehe dazu Kapitel 4.3)

Bis zum Beginn des Beteiligungsprozesses hat es bei der Straßenbahnstation überdachte, beleuchtete Bänke gegeben, die im Zuge der Streckenverlegung vonseiten des Bezirks abmontiert worden waren:

„Das ist jetzt nicht von so vielen Leuten gekommen, aber das war durchaus auch ein Wunsch von Jugendlichen, dass sie bei Schlechtwetter auch unter einem Dach sitzen können und es gibt doch einige obdachlose Leute, die immer wieder auch bei Regen irgendwo sitzen. Und bisher hat es diese Stationsdächer gegeben mit Bänken drunter, wo man eigentlich auch in der Nacht oder zu jeder Tageszeit sitzen konnte. Es hat sogar eine Beleuchtung gegeben. Und man konnte sich auch mit einem Regenschutz dort aufhalten. Und diese Dächer kommen aber weg und es gibt quasi keinen Ersatz. Also die Bänke sind gleich abmontiert worden, weil der Bezirk das auch nicht wollte, dass dort dann irgendwelche Leute sitzen. Was ich dort für unproblematisch gehalten hätte, weil es dort eigentlich keine Anrainer gibt, die irgendwas stören könnte und die Busfahrer soziale Kontrolle herstellen. Aber die waren schnell weg, die Bänke.“ (STALLER, Z 712-721)

Vonseiten des Beteiligungsbüros wäre ein Ersatz wünschenswert gewesen, auch die Idee eines Regendaches bei der Pergola hätten sie befürwortet, „aber das wurde dann noch gestrichen.“ (STALLER, Z 726) Knehs verweist an dieser Stelle an den Bezirksvorsteher, warum die Entscheidung gegen eine (Teil-)Verglasung der Pergola gefallen war. (vgl. KNEHS, Z 469)

Im Gespräch mit dem Bezirksvorsteher konnte das allerdings nicht bestätigt werden. Vielmehr sei die schattenspendende Pergola mit Bänken darunter am urbanen Platz auf die Initiative des Bezirksvorstehers zurückzuführen. Die habe er „reinreklamiert. In den ersten Plänen war das nicht vorgesehen.“ (FRANZ, Z 290)

Schlussendlich bleibt festzuhalten, dass keine regengeschützten Bänke durchgesetzt werden konnten, auch wenn hierfür nicht eindeutig der Grund festzustellen ist und auch in anderen Parks Wiens solche Orte eingerichtet worden sind, wie etwa im Rudolf-Bednar Park. (vgl. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18, 2013, S. 28)

8.4.6 Beispiel „Mädchenbühne“

Wie bereits angesprochen, stellt die Frage nach einer Bühne keinen Konflikt zwischen den Befragten oder widerstrebenden Interessen dar, sondern kann dem Versuch zugeordnet werden, einen gegenkulturellen Raum zu schaffen und damit potenziell Konflikte auf gesellschaftlicher Ebene zu provozieren, weil es ein „gegen institutionalisierte (An)Ordnungen gerichtete[s] Handeln“ darstellt. (LÖW, 2017, S. 185) Zwar kann argumentiert werden, dass dieses Handeln von einer öffentlichen Institution organisiert wird, weshalb die

Frage nach tatsächlichem Widerstand gegeben sein kann. Dennoch kann man meiner Meinung nach an diesem Beispiel „die bewußte und absichtsvolle Reflexivität für Veränderungen“ erkennen. (LÖW, 2017, S. 188)

Die Mädchengruppe der Lokalen Agenda 21 ist mit dem Namen ReuMÄDCHEN über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt – so spricht Hammer beispielsweise von einem „Projekt, das hieß irgendwie ReuMÄDCHENplatz oder so“ (HAMMER, Z 21) – und auch am Platz sehr aktiv, wie u.a. das Straßenschild „10., ReuMÄDCHENplatz“ zeigt. Die Einrichtung einer Bühne stellt jedoch ein weiteres deutliches Zeichen dar, mehr Raum für Mädchen und junge Frauen in der Öffentlichkeit zu erreichen. Interessant am Untersuchungsbeispiel ist, dass sowohl die Funktions- und Sozialraumanalyse, als auch die Beteiligung ergeben haben, dass der Platz von Mädchen und Frauen unterdurchschnittlich genutzt wird. (vgl. KNEHS, Z 21 f.) (vgl. GRUBER, Z 167) Zur strukturellen Ungleichheit von Frauen ist an dieser Stelle auf Löw verwiesen. Mit Gender Mainstreaming, Gender Budgeting oder gendersensiblen Stadtplanung hat man sich in der Forschung, aber auch in der Stadtverwaltung bereits interdisziplinär auseinandergesetzt. (vgl. STADT WIEN, 2018, S. 254) (vgl. DAMYANOVIC u.a. 2013) In diesem Zusammenhang sagt auch Franz, dass Frauen Parks und den öffentlichen Raum anders wahrnehmen und nutzen und dies bei der Gestaltung auch berücksichtigt werden müsse. (vgl. FRANZ, Z 38-40) Dass die Nutzung sowie Konstituierung des (öffentlichen) Raumes durch strukturelle und gesellschaftliche Bedingungen vorstrukturiert ist, wurde unter Kapitel 2.1.2 beschrieben.

Zwar soll die Bühne für verschiedene kulturelle Aktivitäten, Konzerte, Vorführungen usw. genutzt werden, sie geht aber auf den expliziten Wunsch der Mädchengruppe am Platz zurück. (vgl. KUPPELWIESER, Z 20, 232) (vgl. GRUBER, Z 288) Manche Befragte sprechen eigens von „der Mädchenbühne“ (vgl. BRAJOVIC, Z 191), obwohl sie natürlich nicht nur für Mädchen da ist. (vgl. KNEHS, Z 380 f.) An diesem Ort, der auch als ReuMÄDCHENplatz gekennzeichnet ist, veranstalten sie bereits jetzt regelmäßig Feste. (vgl. STALLER, Z 177)

Wie die Bühne aussehen soll, war ein eigener Planungsprozess. Einerseits gibt es Vorstellungen vonseiten der Planungsinstitutionen: „Die Bühne muss ja so sein, dass sie vandalismussicher ist, dass sie eigentlich möglichst wenig im Raum hervorsticht und dass sie nicht einen eigenen Raum bildet. Dass kein Angstraum entsteht [...]“. (KNEHS, Z 390-392) Auch wurde gemeinsam mit den Mädchen erarbeitet, wie die Bühne genau aussehen soll. (vgl. STALLER, Z 178) (vgl. KNEHS, Z 389)

Alle Befragten stehen der Bühne positiv gegenüber, lediglich Kurt Tichy äußert Skepsis, ob so ein „Podium“ auch tatsächlich genutzt wird: „Bei uns in Österreich geht das wahrscheinlich gar nicht so.“ (TICHY, Z 286) Tichy und Franz sprechen über die Bühne ohne geschlechtsspezifische Anmerkung und Einwaller und Hammer thematisieren die Bühne nicht.

8.5 Verdrängung und Gentrifizierung

In diesem Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, ob mit der Umgestaltung direkt oder indirekt bzw. kurz- oder längerfristig Verdrängungsprozesse einhergehen könnten.

Wie bereits aus Kapitel 8.3.3 erkennbar, wurde vonseiten der Planung explizit versucht, Verdrängung zu vermeiden und auch Rücksicht auf die Interessen marginalisierter Personengruppen zu nehmen:

„Also wir haben schon bemerkt, dass am Reumannplatz auch Gruppen mit viel Tagesfreizeit sind, die sich dort aufhalten, für die das ein Wohnzimmer ist. Und wir haben einfach versucht, durch diese Vielzahl an Plätzen und Sitzmöglichkeiten alles zu berücksichtigen, dass jeder einfach einen Platz findet. [...] Dass es viele verschiedene Möglichkeiten gibt und erfahrungsgemäß hilft das auch sehr, wenn man viele unterschiedliche Aufenthaltsmöglichkeiten anbietet, viele unterschiedliche Situationen und die teilen sich das dann auf.“ (KNEHS, Z 450-456)

Nach einer Umgestaltung verändert sich zwar immer etwas, aber sie hofft, „dass wir es schon zusammenbekommen, dass sich dann keine Gruppe verdrängt fühlt.“ (KNEHS, Z 272-275) Brajović sieht zum aktuellen Stand ebenfalls keinen Grund zur Annahme, dass nach der Umgestaltung derzeitige NutzerInnen nicht mehr dort sein sollten. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 189 f.) Selbst jetzt, während der Baustelle, nutzen Familien den Kinderspielplatz, „obwohl der Teil schon abgerissen ist“, und Menschen schlafen oder trinken dort. (BRAJOVIĆ, Z 200) Im Vergleich zum Karlsplatz, „wo man wirklich die ganze Funktion geändert hat oder gewisse Barrieren gebaut hat“, wird bei dieser Umgestaltung Verdrängung vermutlich nicht der Fall sein. (BRAJOVIĆ, Z 200-206) Allerdings bemerkt Brajović, dass bestimmte Gruppen manchmal unerwünschter sind als andere: „deswegen heißen sie auch marginalisierte Gruppen.“ Diese durch Architektur und Umgestaltung zu vertreiben, sollte ihrer Meinung nach nicht das Ziel sein. (BRAJOVIĆ, Z 270 f.)

Auch für Einwaller legt der Plan zur Umgestaltung nahe, dass die gleichen Menschen den Platz nutzen werden und der Platz keinen Anziehungspunkt für andere Personen aus dem 10. Bezirk und „schon gar nicht aus dem Sonnwendviertel“ darstellen wird. (EINWALLER, Z 332-334) Franz sieht ebenfalls keine Tendenz einer Verdrängung marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Das frei zugängliche und konsumfreie Angebot werde vielmehr

erweitert: Das erweiterte Sitzangebot, die Fitness- und Sportgeräte, das Wasserelement, das Schachbrett, mehr Bäume sowie die Pergola nennt er als Beispiele. (vgl. FRANZ, Z 220-227) Auch Kuppelwieser denkt nicht, dass nach der Umgestaltung andere Personen den Raum nutzen werden (vgl. KUPPELWIESER, Z 271), selbst wenn sich das manche Menschen wünschen würden:

„Aber es gibt offensichtlich schon Leute, die sich wünschen [...], dass die Leute, die jetzt dort herumsitzen, sich woanders aufhalten sollten. Dieses woanders wird nicht gesagt, wo. Ich frage mich, wo das sein kann. Weil die Leute sind absolut nett, freundlich, sie reden halt in einer anderen Sprache untereinander.“ (KUPPELWIESER, Z 359-363)

Eine ähnliche Beobachtung machte auch Staller, nachdem es manche Leute „sehr schlecht ausgehalten haben, dass dort Menschen sitzen, die den ganzen Tag Zeit haben und Alkohol trinken.“ Auch wenn es legale Tätigkeiten waren und sie niemanden belästigt haben, sondern nur „nicht so ordentlich und sauber gekleidet“ oder „ganz anders sind“. (STALLER, Z 382-398, 396) Das könne, wie bereits oben beschrieben, über entsprechende Gestaltung wie breitere Wege usw., berücksichtigt werden. (vgl. STALLER, Z 400-403) An dieser Stelle sei auch auf die Überlegungen Wehrheims zur exklusiven Wirkung von Sauberkeit verwiesen. (vgl. WEHRHEIM, 2012, S. 116) (siehe Kapitel 4.3)

Nichtsdestotrotz haben viele Befragte Verdrängungstendenzen angesprochen, die sich längerfristig im Untersuchungsgebiet abzeichnen könnten, die auch unter dem Schlagwort Gentrifizierung beschrieben werden:

Laut Franz stehe das Gebiet rund um den Reumannplatz vor einem Gentrifizierungsprozess, der bereits in anderen Bezirken wie der Leopoldstadt oder Ottakring sichtbar geworden ist. Der öffentliche Raum werde dabei nicht nur anders definiert, sondern vor dem Hintergrund eines steigenden Preisspiegels auch von einem anderen Publikum aufgesucht. Diese Entwicklung liege vor allem an der Wohnsubstanz, weil es rund um den Reumannplatz kaum sozial geförderten Wohnbau, Gemeindebauten oder Genossenschaftsbauten, sondern hauptsächlich private bzw. privat verwaltete Bestandszinshäuser gibt. Diese Entwicklung sieht er problematisch, weil er dabei kaum Lenkungsmöglichkeiten habe und gleichzeitig billiger Wohnraum verloren geht – trotzdem das durchschnittliche Jahreseinkommen in Favoriten wahrscheinlich steigen wird. Die Frage, wie und wo die Menschen zukünftig wohnen werden, bleibt eine wichtige Herausforderung für die Zukunft. (vgl. FRANZ, Z 408-432) Auch Kuppelwieser sieht diesen Zusammenhang. Durch das nahegelegene Sonnwendviertel wird der Druck immer größer,

„Gebäude abzureißen, Gebäude umzubauen, billige Wohnungen in hochpreisige Wohnungen umzuwandeln. [...] Das haben uns Menschen schon erzählt, dass sie sich ein bisschen fürchten, ihre Wohnungen an wohlhabendere Bevölkerungsgruppen zu verlieren.“ (KUPPELWIESER, Z 169-172)

Hier werden die „Abstiegsängste“ sichtbar, von denen auch in der Studie zum öffentlichen Raum der MA 17 geschrieben wird. (MA 17 - INTEGRATION UND DIVERSITÄT, 2017, S. 176)

Kuppelwieser sieht für ärmere Menschen keine Ausweichmöglichkeit, weil Wohnraum in Neubauvierteln unleistbar, am Stadtrand zu wenig vorhanden ist, sie aber auf kurze Wege in der Stadt angewiesen sind und deshalb auch nicht in peripherere Gegenden ziehen können. „Und wenn man die aus der Stadt rausdrängt, sind sie hoffnungslos verloren.“ (KUPPELWIESER, Z 169-183) Auch Staller glaubt, dass Gentrifizierung diese Gegend betreffen wird, weil in Favoriten einerseits viel Neues gebaut wird, es eine Fachhochschule gibt, durch die U-Bahn eine schnelle Verbindung in die Stadt besteht und Wohnraum noch günstig ist. „Das heißt, das ist grundsätzlich interessant für junge Leute dort zu wohnen und sich zu bilden und dann mehr Geld zu haben und andere Vorstellungen haben, was man in der Freizeit tut.“ (STALLER, Z 517-521) Das ist ein Prozess,

„der durch eine verbesserte Infrastruktur immer hervorgerufen wird. Das ist immer ein bisschen schwierig. Man kann jetzt auch nicht sagen, man soll nichts tun. Man muss eigentlich immer gut darauf schauen, dass die Verbesserungen nicht zu einer Verdrängung der ansässigen Bevölkerung führen.“ (STALLER, Z 521-524)

Von diesem Dilemma spricht auch Knehs: „Oft steigen die Mieten, wo wir umgestalten. Also das ist ja auch so ein Phänomen, dass die öffentliche Hand etwas herrichtet und schön macht und die Privaten profitieren, das muss eigentlich hinterfragt werden.“ (KNEHS, Z 623-625)

Für Gruber ist die Gefahr der Gentrifizierung beim Reumannplatz ebenso gegeben, auch aufgrund des Sonnwendviertels, was bei der Gestaltung mitbedacht werden sollte. Der Platz soll nicht „so neu und toll“ umgestaltet werden,

„dass die Leute, die vorher dort waren, sich überhaupt nicht mehr wiederfinden, das Gefühl haben, der Platz ist ihnen fremd und [sie haben] keinen Andockpunkt. Dass sie das Gefühl haben, sie haben genauso die Berechtigung hier zu sitzen wie alle anderen und es kommen dann nicht nur lauter neue, finanzkräftige Leute [...]“ (GRUBER, Z 170-173)

Damit meint Gruber, dass der Platz dann plötzlich so attraktiv wird, „dass auch ganz neue Gruppen den [Platz] für sich beanspruchen und ihn nutzen und alte das Gefühl haben, [...] man passt nicht dorthin.“ (GRUBER, Z 308 f.) Das Gefühl, nicht erwünscht zu sein, kann, wie Wehrheim beschreibt, durch die Gestaltung beeinflusst werden. Exklusivität vermittelnde

Elemente und Materialien sowie Einsehbarkeit ohne Rückzugsmöglichkeit können Ausgrenzungsmechanismen begünstigen. (vgl. WEHRHEIM, 2012, S. 117 ff.)

Gruber ist der Meinung, dass Menschengruppen wie etwa obdachlose oder alkoholkonsumierende Personen nicht einfach vertrieben werden sollten: „Weil, wo sollen sie hin? Dann gehen sie halt zum Antonsplatz, aber sie sind da. Sie kommen durch die Gestaltung nur von diesem Ort weg, aber es gibt sie nach wie vor in der Stadt.“ (GRUBER, Z 251-253) Hier werden Mechanismen sichtbar, die unter Kapitel 4.3 unter „designing-out“ sozialer Probleme beschrieben wurden. (DANGSCHAT, 2009, S. 31) Zwar soll laut Gruber der Platz auch offen für neue Gruppen sein, „es sollen nur nicht irgendwelche wegfallen, die den Raum dringend brauchen.“ (GRUBER, Z 316-318)

Dass es automatisch einen Zusammenhang zwischen Umgestaltung öffentlicher Räume und Gentrifizierungsprozessen geben muss, sieht Hammer allerdings nicht per se als gegeben, auch wenn es nicht ausgeschlossen werden kann. (vgl. HAMMER, Z 263-266) Verdrängungsprozesse können ihrer Meinung nach dadurch ausgelöst werden, wenn die Bevölkerung nicht in den Umgestaltungsprozess miteinbezogen wird, aber auch „mit einer Art von Ästhetik“ sowie „mit kommerziellen Strukturen“, die nur noch aus teureren Restaurants und Bars bestehen. (HAMMER, Z 274-279) Letzteres sei beispielsweise am Yppenplatz oder auch am Donaukanal zu beobachten, bei dem es zwar auch ein Konzept der Stadt Wien gab, in dem konsumfreie Zonen festgeschrieben waren, „trotzdem war es ein langer, mühsamer Prozess, wo man das total verteidigen musste eigentlich. Und das [entsprechende] Lokal gibt es jetzt trotzdem, nur an einer anderen Stelle.“ (HAMMER, Z 350 f.) Am Yppenplatz sei inzwischen „nur noch ein Fleckchen, wo man frei sitzen kann und der Rest ist halt großer Schanigarten.“ (HAMMER, Z 359 f.) Für Kuppelwieser könnte diese Entwicklung auch an anderen Orten Wiens stattfinden und verweist dabei ebenfalls auf den Yppenplatz, aber auch auf mögliche Entwicklungen am Floridsdorfer Bahnhof. (vgl. KUPPELWIESER, Z 208-215)

Dass sich Schanigärten am Reumannplatz über die Zeit immer weiter ausbreiten, sieht Gruber allerdings nicht als Gefahr. Einerseits gebe es grundsätzlich wenig Erweiterungsmöglichkeiten, andererseits wird der Bezirk es auch nicht zulassen, dass der ganze Platz ein Schanigarten wird. (vgl. GRUBER, Z 349 f.) Auch Knehs hält das für unwahrscheinlich, da eine großflächigere Ausbreitung durch die Gestaltung des Platzes schlicht nicht möglich sei. (vgl. KNEHS, Z 353 f.)

In Bezug auf Vergütung von Schanigärten gibt es unterschiedliche Meinungen, was auch in der Literatur und Verwaltung diskutiert wird. (vgl. ZECH, 2016, S. 84) (vgl. BORK u. a., 2015, S. 31) (vgl. KLOSE, 2018, S. 159) Während für Kuppelwieser die Pacht für „eine erweiterte Gaststube auf öffentlichen Grund“ im Verhältnis zu den hohen Umsätzen und der großen räumlichen Inanspruchnahme zu niedrig ist (KUPPELWIESER, Z 195-201), könnten für Brajović gerade die hohen Preise in der Fußgängerzone ein Mitgrund für den hohen Leerstand in der Favoriten Straße sein. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 312 f.) Knehs spricht wiederum von Lokalen, die ohne Schanigärten wirtschaftlich nicht überleben könnten, weil die Mieten für Lokale oft sehr hoch sind. (vgl. KNEHS, Z 316-320) Zwar sieht sie keinen direkten Reformierungsbedarf der Regelungen von Schanigärten, durch die GAG-Novelle (Gebrauchsabgabengesetz) sei es nun aber leichter möglich, mittels Zonierungsplanes ein ausgewogenes Verhältnis zwischen konsumfreier und kommerzieller Nutzung zu gewährleisten, besonders in Bereichen mit hohem Nutzungsdruck. (vgl. KNEHS, Z 339-345)

Welche Rolle bei den beschriebenen Gentrifizierungstendenzen ein teureres Lokal am Reumannplatz spielen könnte, lässt sich nicht restlos klären. Einerseits ist sich Kuppelwieser sicher, dass trotz Lokal die Menschen am Platz dieselben bleiben, die eben nicht dem „gehobenen Mittelstand“ zuzuordnen sind. (KUPPELWIESER, Z 102; Z 112) Er glaubt, „dass diese schicken Menschen, die sich in der Kärntner Straße und am Graben herumtreiben, sich nie am Reumannplatz herumtreiben werden. Da kann man noch so eine Gastronomie hinstellen, die kommen einfach nicht da her.“ (KUPPELWIESER, Z 357 f.) Auch Einwaller meint,

„dass das Sonnwendviertel, das jetzt super schön dorthin gebaut worden ist, wo wirklich auch wieder junge Leute dorthin ziehen und man eigentlich eine tolle Kaufkraft dort hätte, dass für die der Reumannplatz und auch die komplette Favoritenstraße viel zu weit entfernt ist, als dass sie jetzt sagen würden, na gut, ich gehe am Abend schnell einmal am Reumannplatz und trinke dort das eine oder andere Gläschen und das würde auch ein Lokal in der Form nicht ändern.“ (EINWALLER, Z 244-248)

Erst wenn die Gegend ein wenig aufgewertet werden würde, was sie für eher schwierig hält, würde man es schaffen, dass „die Leute vom Sonnwendviertel kommen.“ (EINWALLER, Z 254-256)

Während Kuppelwieser im Sonnwendviertel „die totale Gentrifizierung“ sieht, ist die Initiative Offener Reumannplatz der Meinung: „[W]ir wollen am Reumannplatz eigentlich die ansässige Bevölkerung weiterhin dort leben lassen.“ (KUPPELWIESER, Z 115 f.) Im medialen Diskurs sei der Begriff Gentrifizierung dann recht schnell von den JournalistInnen

eingebraucht worden, die gemeint haben, „so eine gehobene Gastronomie wäre ein erster Schritt zur Gentrifizierung und das würde natürlich bedeuten, dass eine Menge Menschen von dort wegziehen müssen.“ (KUPPELWIESER, Z 148 f.)

Staller bezweifelt einerseits, dass ein schickes Lokal am Reumannplatz funktionieren würde, auch wenn sie meint, dass es u.a. mit der U-Bahn-Verlängerung „eine gewisse Gentrifizierung [...] sicher geben [wird] in dieser Gegend.“ (STALLER, Z 433 f.)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zwar niemand der Befragten eine direkte Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen nach der Umgestaltung erwartet, es längerfristig dennoch zu Gentrifizierungsprozessen kommen könnte. Dass keine direkte Verdrängung erwartet wird, liegt einerseits an dem bewusst sensiblen Zugang der Planung und Einbeziehung der Bevölkerung, aber auch andererseits daran, dass das gastronomische Angebot kleiner und bescheidener ausfallen wird, als zwischenzeitlich diskutiert und sich auch Schanigärten flächenmäßig nicht wirklich ausbreiten können. Je nachdem wie das gastronomische Angebot ausgestaltet wird, wer die Zielgruppen sind und wie es von wem genutzt wird, könnte es jedoch das Potenzial bergen, finanzkräftigere Leute auf den Platz zu bringen. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund zu betrachten, dass – laut Befragten – aufgrund der umliegenden Infrastruktur und Wohnstruktur das Gebiet von Gentrifizierung betroffen sein wird.

8.6 Zusammenhänge mit gesellschaftlichen Prozessen

Die zwei Ausgangsthesen, dass aufgrund steigender Bevölkerungszahlen und knapper werdender öffentlicher Budgets der Druck auf den öffentlichen Raum steigt, können auf Basis der empirischen Ergebnisse nur bedingt bestätigt werden. Zwar ist allen Befragten bewusst, dass Wien steigende Bevölkerungszahlen aufweist, eine direkte Auswirkung auf den Umgestaltungsprozess des Reumannplatzes könne aber nicht gesehen werden. Dieses Gebiet sei immer schon dicht besiedelt und in Bewegung gewesen. Die Stadt wachse auch weniger in Innerfavoriten, sondern eher an den Rändern. (vgl. FRANZ, Z 146-150) Auch für Kuppelwieser spielte diese Entwicklung keine Rolle, weil es nicht um Wohnbau oder Flächenwidmungspläne gegangen ist. (vgl. KUPPELWIESER, Z 154 f.) Städtewachstum sei zwar ein globales Phänomen, hatte im konkreten Beispiel aber keine Relevanz. (vgl. KUPPELWIESER, Z 164) Für Tichy spielt in diesem Zusammenhang ebenfalls die Wohnungsfrage eine große Rolle. Die Mieten seien im Verhältnis zum Einkommen viel zu hoch, selbst wenn sehr viele neue Wohnungen im Rahmen von Großprojekten gebaut werden. (vgl. TICHY, Z 232-238) Grundsätzlich ist bei steigenden EinwohnerInnenzahlen zu beachten,

dass der Raum nur begrenzt ist und es einfach immer enger wird, was zu Problemen führen kann. (vgl. TICHY, Z 346 f.; Z 361-381)

Für Staller allerdings lässt sich ein gewisser Zusammenhang feststellen: Für sie ist der Reumannplatz ein Ort, der sich über die Zeit verändert hat, weil viele neue Menschen dorthin ziehen und es dort vielfältiger geworden ist. Er zählt zu den belebtesten Orten Wiens und zu jenen Orten, „die sich verändern, weil die Stadt wächst und weil viel mehr Menschen kommen und dadurch auch Menschen kommen, die in ganz speziellen sozialen Lagen oder in ganz speziellen Lebensphasen sind“ und sich auch viel im öffentlichen Raum aufhalten. (STALLER, Z 367-380) Auch Tichy sieht die Entwicklung, dass sich der Bezirk ausdehnt sowie bunter und vielfältiger geworden ist. (vgl. TICHY, Z 179 f.)

Die zweite Ausgangsthese, dass knappe öffentliche Mittel den Druck auf den öffentlichen Raum erhöhen, kann ebenfalls nicht wirklich bestätigt werden. Denn einerseits sei es zwar nur „mit vereinten Kräften möglich, so einen großen Platz umzugestalten und [das] mit den schwierigen Voraussetzungen“, aber „es hat schon Geld gegeben für das Projekt und man konnte das auch umsetzen.“ (STALLER, Z 305-313) Dass beispielsweise an manchen Orten keine Bäume stehen können, liege weder an Willkür noch daran, „dass die Stadt kein Geld ausgeben will“, sondern an technischer Unvereinbarkeit. (STALLER, Z 300 f.) Auch Tichy hat den Eindruck, dass zurzeit gerne investiert wird, „auch in solche Sachen“, wie Grünraum, Parks, Plätze und öffentlichen Raum, selbst wenn er gleichzeitig sagt, „die Gemeinde spart eh überall.“ (TICHY, Z 263; Z 131 f.) Am konkreten Untersuchungsbeispiel kann nicht gezeigt werden, dass die öffentliche Hand Einsparungen vornimmt, auch wenn – wie bereits unter Kapitel 8.3.5 geschrieben – Umsetzungen an finanziellen Begrenzungen scheitern können. (vgl. KNEHS, Z 188-192) Das führe dann dazu, dass gemeinsam nach den besten Lösungen gesucht werde. „Aber natürlich ist das Geld immer ein Thema.“ (KNEHS, Z 163 f.)

Die gesellschaftlichen Bedingungen in Favoriten haben nur insofern eine Rolle gespielt, als dass der hohe Nutzungsdruck die Relevanz öffentlicher Räume unterstreicht. Die hohe Bevölkerungsdichte in Favoriten bzw. im untersuchten Gebiet im Zusammenhang mit kleinen Wohnungen, eher niedrigeren Einkommen und einer eher jungen Wohnbevölkerung, wird als Grund gesehen, warum dort der Druck auf den öffentlichen Raum besonders stark ist und er auch entsprechend genutzt wird. (vgl. KNEHS, Z 299-301) (vgl. GRUBER, Z 365) (vgl. BRAJOVIĆ, Z 170) Andererseits meint Knehs: „Es gibt eigentlich nichts was ich jetzt anders machen würde, wenn der Platz im 1. Bezirk wäre. Dann würden wir trotzdem gestalten, dann würden wir trotzdem die Leute einbeziehen und dann würden wir trotzdem Spielplätze

machen [...]“ (KNEHS, Z 424-444) Bei jedem Umgestaltungsprozess werden die lokalen Gegebenheiten, die lokalen Bevölkerungsgruppen, die NutzerInnen, aber auch der Boden, das Klima und die Umgebung miteinbezogen, das sei laut Brajović nicht speziell am Reumannplatz und dessen Umgestaltungsprozess gelegen. (vgl. BRAJOVIĆ, Z 161-164)

Ganz generell lässt sich allerdings schon sagen, dass der Druck auf den öffentlichen Raum zunimmt:

„Dass die Menschen immer mehr in den öffentlichen Raum hinausgehen, immer mehr draußen sitzen wollen, macht auch einen unheimlichen Druck auf den öffentlichen Raum, weil ja nicht nur die Leute hinauswollen, sondern die Gastronomen wollen mehr Schanigärten, Poststellen und Supermärkte wollen Depotkästen aufstellen. Also jeder will in den öffentlichen Raum hinaus und will den nutzen und ein Stück weit kommerzialisieren.“ (KNEHS, Z 304-308)

Die Stadt versuche demnach sehr stark, öffentlichen Raum für Menschen zu behalten, aber auch neu zu schaffen. (vgl. KNEHS, Z 308-311) Hammer sieht diese Entwicklung vor allem vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt, „wo man natürlich auch gut Geschäft machen kann mit dem öffentlichen Raum.“ Deshalb ist es „so ein wichtiger Raum, der sich schnell auch verändern kann und den man immer auch sehr bewusst gestalten muss.“ (HAMMER, Z 325-328)

Die Tendenz, öffentlichen Raum vor dem Hintergrund wachsender Städte neu zu denken, wurde von einigen GesprächspartnerInnen angesprochen. Knehs beschreibt die Möglichkeit, bei jeder Umbaumaßnahme, die sowieso getätigt wird, einen kleinen öffentlichen Raum zu schaffen, einen Baum, eine Sitzbank o.ä. einzurichten. Immer wieder werden so Parkplätze in Bäume umgewandelt. Aber: „Das ist ein langsamer Prozess, man kann nicht von heute auf morgen die ganze Stadt umbauen.“ (KNEHS, Z 483-485) Für Hammer ist die Stadt in diesem Bereich sehr unter Druck, da aufgrund der stark steigenden Bodenpreise ein Flächenankauf für neue öffentliche Räume nicht möglich ist und eher in Richtung Mehrfach- oder Zwischennutzung gedacht werden müsse. Dafür bräuchte man mutige, innovative Ideen, die teilweise in anderen Städten zu beobachten sind. (vgl. HAMMER, Z 292-304) (vgl. BRAJOVIĆ, Z 226 f.) (vgl. EINWALLER, Z 360-375)

Staller sieht in Wien vor dem Hintergrund steter Verdichtung und Nachverdichtung folgende Aufgabe der Stadt: „Also man muss einfach verkehrsberuhigen und den Raum erobern.“ „Weil das Flächenpotenzial das man hat, liegt auf der Straße.“ (STALLER, Z 499; Z 493) Das werde zwar gemacht, aber „es geht in Wien halt alles sehr langsam.“ Man hänge am Bestehenden und wolle niemanden einschränken. Außerdem könnte es historisch so

gewachsen sein, dass es seit dem Roten Wien die Gewohnheit gibt, dass sich die Stadt um alles kümmert und Menschen weniger bereit sind, selbst initiativ zu werden und den eigenen Lebensraum selbst zu gestalten. (STALLER, Z 501-511) In jedem Fall könnte das Flächenpotenzial vom Bezirk und der Stadt grundsätzlich aktiviert werden, bedarf aber mutigem Vorgehen, nämlich „inwieweit man sich traut, den [Autoverkehr] zu beschneiden, den ruhenden wie den fließenden und die Straßen umzugestalten.“ (STALLER, Z 492 f.)

Für Gruber ist es sehr gut, dass die Stadt Wien und die Magistratsabteilungen ein großes Bewusstsein für die wichtige Rolle der öffentlichen Räume und ihre Gestaltung haben. Sie sieht diese Entwicklung – steigendes Bewusstsein – besonders auf der professionell-beruflichen Seite der Verwaltung und Stadtplanung. (vgl. GRUBER, Z 375-380) In Bezug auf die Bevölkerung glaubt Einwaller, dass die Mitbestimmung der Bevölkerung in Zukunft wahrscheinlich weiter zunehmen wird, was u.a. auch an den sozialen Medien und dem schnellen und einfachen Zugang zu Information liegt. (vgl. EINWALLER, Z 199-201)

Eine gesellschaftliche Entwicklung, die von fast allen Befragten angesprochen worden ist, ist die Frage nach klimawandelbedingten Veränderungen, Klimaschutz sowie Klimaanpassung. Neu geplante Angebote wie das Wasserelement oder die Steigerung des Grünanteils werden damit in Zusammenhang gebracht:

„Aber ich denke mir, jetzt ist es in aller Munde, jetzt stellen sie überall Sprühdüsen und Nebelanlagen auf, weil es heiß ist. Ich denke, dann ist es eigentlich günstiger, wenn man eine vernünftige Wasserspielanlage hat, die gut durchdacht ist.“ (STALLER, Z 750-752)

Das betrifft auch die zusätzlichen Bäume: „Und ich merke schon, Bäume haben es jetzt leichter, sagen wir einmal so.“ (KNEHS, Z 193 f.) Denn vonseiten der Bevölkerung und der Bezirke wird dem ein großer Stellenwert beigemessen, aber auch von der finanziellen Seite her werde hier mehr Geld für solche Maßnahmen zur Verfügung gestellt, die eine Umsetzung vereinfachen. (vgl. KNEHS, Z 196-198) Die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung würden auch die Stadtentwicklung prägen. Hier sei ebenfalls die Stadt unter Druck, mehr Grün vor allem in den Straßen unterzubringen. (vgl. STALLER, Z 615 f.) Tichy sieht das eher skeptisch. Steigende Bevölkerungszahlen sowie unsere Wirtschaftsweise seien grundsätzlich schwer bzw. gar nicht mit der Natur vereinbar. (vgl. TICHY, Z 361-365; Z 265-269)

Franz hingegen unterstreicht, dass Favoriten als Bezirk und Wien als Stadt einen sehr hohen Grünanteil aufweisen und zusätzlich auf beiden Ebenen – als eine der wenigen Städte – im

Zuge von Stadtentwicklungsprojekten neuer Grünraum erschlossen wird. (vgl. FRANZ, Z 330-354)

Über konkrete Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen oder Veränderungen und dem Umgestaltungsprozess kann keine Aussage getroffen werden, weil keine Langzeitstudie, sondern eine Momentaufnahme gemacht wurde. Aus dem empirischen Material lässt sich jedoch erkennen, dass generell der Druck auf öffentlichen Raum steigt und er stärker umkämpft ist. Die große Relevanz, die diesen Räumen in dicht besiedelten Gebieten vonseiten der EntscheidungsträgerInnen beigemessen wird, führt auch dazu, dass dafür finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nichtsdestotrotz lässt sich vermuten, dass in Zukunft auch innovative und mutige Modelle zur Neuschaffung öffentlicher Räume für die Stadt Wien an Relevanz gewinnen werden. Wie am Beispiel des Reumannplatzes gesehen wurde, geht es dabei auch darum, öffentlichen Raum als konsumfreien, offenen Raum für alle zu erhalten. Der Aushandlungsprozess zwischen den Stakeholdern über die Größe und des Ausmaßes kommerzieller Strukturen am Reumannplatz kann wohl stellvertretend gesehen werden für Debatten, die in Wien zum Themenfeld Kommerzialisierung und Privatisierung im öffentlichen Raum geführt werden.

8.7 Bewertung des Umgestaltungsprozesses

Im Großen und Ganzen sehen die Befragten den Umgestaltungsprozess als sehr positiv. Dass es überhaupt eine Investition an dem Ort gibt, wird begrüßt. (vgl. HAMMER, Z 150) (vgl. GRUBER, Z 10) (vgl. EINWALLER, Z 81 f.) An dieser Stelle sei auch daran erinnert, dass im Verhältnis seiner Einwohnerzahl relativ wenige derartige Bauprojekte in Favoriten realisiert wurden. (vgl. KNIERBEIN, MADANIPOUR & DEGOS, 2014, S. 25) Nur für Tichy wäre eine Umgestaltung prinzipiell nicht zwingend notwendig gewesen, auch wenn er das Interesse an einem Umbau verstehen könne. (TICHY, Z 166) Doch auch das vorläufige Endergebnis wird positiv gesehen: „[...] ich glaube, dass es ihm wirklich gut tut und dass es wirklich eine schöne Veränderung wird.“ (KNEHS, Z 116 f.)

Eine zentrale Rolle für die positive Bewertung spielt auch die als erfolgreich wahrgenommene Einbeziehung der Wünsche der Bevölkerung. (vgl. GRUBER, Z 138) (vgl. KUPPELWIESER, Z 423 f.) Auch Staller sagt zu diesem Prozess, dass „alles eigentlich sehr gut geklappt [hat]“ und auch die Leute sehr interessiert waren. (STALLER, Z 158 f.) Sie resümiert, „dass es sich schon auszahlt, dass man die Leute mitreden lässt“ und dabei auch breitere Bevölkerungsschichten miteinbezieht. (STALLER, Z 322 f.) Zwar seien gestalterisch im

Nachhinein doch Details verändert worden, die „grundsätzlichen Ergebnisse der Beteiligung sind da genau so enthalten.“ (STALLER, Z 341 f.) Allgemein sei das aber bei Beteiligungen grundsätzlich der Fall, wenn zuvor der Beteiligungsspielraum klar abgegrenzt wird und die Fragen an die Bevölkerung offen genug gestellt werden. Dann könne kaum etwas kommen, das nicht berücksichtigt werden kann. (vgl. STALLER, Z 679 f.; Z 690-693) Sie merkte lediglich an, dass die Beteiligung früher hätte beginnen können, da bereits sehr früh über die Umgestaltung entschieden worden ist und der Auftrag zeitnaher hätte vergeben werden können. (vgl. STALLER, Z 731-735)

Aus Sicht Grubers ist besonders erfreulich, dass die Ergebnisse der Funktions- und Sozialraumanalyse in den Prozess miteingeflossen sind und jene Qualitäten, die der Platz laut der Analyse bereits hat, auch nach dem Umbau erhalten bleiben. (vgl. GRUBER, Z 17-19)

Auch wenn allgemein sehr positiv über den Prozess geurteilt wird, wurden für einige Befragte bestimmte Gruppen bzw. Interessen zu wenig berücksichtigt, was bereits in Kapitel 8.3 beschrieben wurde. Tichy meint, dass man es hätte besser beleben können und auch eine bessere Verbindung zwischen der alten und der neuen Favoritenstraße herstellen hätte können. (vgl. TICHY, Z 321-323) auch wenn es „sicher nicht uninteressant“ wird und sie mit der Lösung nicht unzufrieden sind. (TICHY, Z 107; Z 42) Einwaller meint, dass sie sich natürlich einen größeren Gastronomiebereich wünschen würden, „aber das Leben ist kein Wunschkonzert.“ (EINWALLER, Z 324-327)

Für Franz und Einwaller wäre eine zentralere, ganzheitlichere Planung von Anfang an womöglich besser gewesen, weil dann einerseits das Bewusstsein für wichtige Aspekte gleich von Anfang an bei allen Beteiligten ausgebildet worden wäre. (vgl. FRANZ, Z 136-142) Andererseits würden dann keine Kompromisse gemacht werden, die „nicht Fisch, nicht Fleisch“ sind, wie etwa bei dem kleinen gastronomischen Angebot. (EINWALLER, Z 225-228)

Große Einigkeit besteht darüber, dass noch abgewartet werden müsse, wie der Platz dann wirklich aussehen und angenommen werden wird. (vgl. GRUBER, Z 136) (vgl. BRAJOVIĆ, Z 182 f.) (vgl. FRANZ, Z 12 f.; Z 403 f.) Für Einwaller ist insbesondere fraglich, ob die vielen neuen Angebote wie etwa die Sportbereiche oder der Wasserbogen wirklich genutzt werden. (vgl. EINWALLER, Z 310-320) Sie hofft, dass das Konzept jedoch aufgeht und dass die Veränderung nicht nur für die Gewerbetreibenden, sondern auch für die AnrainerInnen und PassantInnen positiv ist. Sie schließt jedoch das Interview mit dem Wunsch nach „mehr Toleranz auf allen Seiten“. (EINWALLER, Z 380-387)

Wie es Tichy pointiert ausdrückt: „Ich sage immer, wie ein Strudel schmeckt, sieht man erst, wenn man ihn gegessen hat.“ (TICHY, 29 f.) Man müsse erst einmal abwarten, wie sich alles entwickelt, „ich lasse mich überraschen.“ (TICHY, Z 386)

9. Fazit

In der vorliegenden Arbeit ging es um Interessenkonflikte bei der Umgestaltung öffentlicher Räume am Beispiel Reumannplatz. Die Frage war, inwiefern sich bei diesem konkreten Platz allgemeine städtische Tendenzen beim Umgang mit öffentlichem Raum abzeichnen oder inwiefern sich Abweichungen zeigen und welche Konflikte dabei sichtbar werden. Hier sollen nun theoretische Fundierung und Vorgangsweise reflektiert und die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst werden.

Es hat sich herausgestellt, dass sich das handlungstheoretische Raumkonzept von Martina Löw als Analyseinstrument sehr bewährt hat. Auf der einen Seite wurde sichtbar, dass auch beim Raumverständnis der Befragten der Mensch, seine Bewegungen und seine Entscheidungen zentral sind. Der Reumannplatz ist deutlich mehr als eine bestimmte Anordnung von Gebäuden, Infrastruktureinrichtungen, Bäumen und Wegen. Er ist vielmehr ein Ort der Begegnung vieler Menschen, die ihn jeden Tag aufs Neue konstituieren. Auf der anderen Seite konnten durch Löws Ansatz die Handlungsdimensionen der einzelnen AkteurInnen nachgezeichnet werden, die jeweils durch Verfügbarkeit von Kapital und Wissen sowie sozialer Position auf unterschiedliche Weise ausgeprägt sind. Darüber hinaus war die Auseinandersetzung mit Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ hilfreich, um den Blick auf ein politisches Verständnis von Stadt und Raumanerkennung zu schärfen und die Relevanz des öffentlichen Raumes für die BewohnerInnen einer Stadt zu erkennen.

Die Auswahl der Interview-PartnerInnen erwies sich als treffend, um ein breites Spektrum an verschiedenen Perspektiven abzudecken und detaillierte Informationen zur Umgestaltung zu erhalten. Anzumerken ist, dass nicht nur die Arbeiterkammer nicht direkt in den Umgestaltungsprozess involviert war, sondern sich auch andere Befragte erst zu einem späteren Zeitpunkt in diesen einbrachten. Dennoch hat jedes Interview Perspektiven eröffnet und durch neue Aspekte die Arbeit bereichert. Positiv ist auch die Bereitschaft der VerantwortungsträgerInnen aus so unterschiedlichen Bereichen hervorzuheben, für ein Interview zur Verfügung zu stehen. Die Wahl der empirischen Methode erwies sich in diesem Fall als der Forschungsfrage angemessen, um für das konkrete Untersuchungsbeispiel durch

involvierte AkteurInnen und ExpertInnen zu Wissen und Sichtweisen zu gelangen, die über quantitative Methoden oder Recherchen nicht hätten herausgearbeitet werden können.

Es hat sich gezeigt, dass es sich beim Reumannplatz mit seiner speziellen historischen Entwicklung, seiner baulichen Gestaltung, seiner Lage und seiner Nutzung um einen Ort mit besonderer Bedeutung handelt. In wohl keinen anderen Platz Wiens münden 13 Straßen, doch bekannt ist er neben der jahrzehntelangen U-Bahn-Endstation vor allem wegen des Amalienbades und des Eissalon Tichys. Kein Wunder, dass er als „Herz“, als „Hauptstadt“ Favoritens gesehen wird. Seine zentrale Funktion verdankt er dabei nicht nur der Rolle eines Verkehrsknotenpunkts, sondern auch weil er ein wichtiger Freiraum ist. Er erfüllt nach Klaus Selle alle fünf Funktionen eines öffentlichen Raumes, ist also Ort der Identität, des Austauschs, der Kommunikation und der Sozialisation. Neben der kulturellen und der sozialen erfüllt er mit seinen Geschäften und Lokalen auch eine ökonomische Funktion. Es wird sich noch zeigen, in welcher Form der Reumannplatz als ‚weicher‘ Standortfaktor nach der Umgestaltung für die Umgebung und den Bezirk relevant wird. Wie oder ob sich das Image des Platzes verändern wird, lässt sich wohl erst einige Zeit nach der Fertigstellung im Sommer 2020 feststellen. Da es sich beim Reumannplatz im dicht verbauten Stadtteil auch um einen wichtigen Grünraum handelt, ist die ökologische Funktion ebenso naheliegend. Zur politischen Dimension ist zu sagen, dass es zwar ein Ort politischer Repräsentation ist, da Lokalpolitik unmittelbar in der Gestaltung sichtbar wird, und auch Kundgebungen etc. möglich sind, parteipolitische Veranstaltungen aufgrund der hohen Nutzungsdichte jedoch vermieden werden. Durch das Aufeinandertreffen vieler verschiedener Menschen stellt die Integrationsfunktion ein zentrales Element des Platzes dar. Es ist für eine Stadt essenziell, Orte zu haben, an denen Menschen auf Fremdes, Unbekanntes treffen können, um damit leben und umgehen zu lernen. Dieses wichtige Merkmal, das der Öffentlichkeit und damit dem öffentlichen Raum immanent ist, wird von vielen Befragten hervorgehoben. Darüber hinaus hat der öffentliche Raum als Ort der freien Zugänglichkeit für jede und jeden gerade in einer Umgebung von verhältnismäßig niedrigem Einkommen, kleinen Wohnungen und dichter Besiedelung eine besonders große Bedeutung.

Ziel der Arbeit war es, am Beispiel der Umgestaltung des Reumannplatzes, herauszufinden, ob der Druck auf öffentlichen Raum steigt, dieser durch das Bevölkerungswachstum und knapper öffentlicher Budgets erhöht wird und welche Konflikte sichtbar werden. Grundsätzlich scheint das Interesse am öffentlichen Raum zu steigen, Medien berichten vermehrt darüber, Befragungen nehmen zu, kommerzielle Interessen erheben zunehmend

Anspruch auf Freiflächen und auch von stadtplanerischer Seite wird ihm erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Dass die Stadt Wien hinsichtlich Bevölkerungszahlen wächst, hatte laut Befragten jedoch nur eingeschränkte Auswirkungen auf die Umgestaltung des Reumannplatzes, denn die Umgebung dieses Ortes ist bereits äußerst dicht besiedelt und unterliegt einem sehr starken Nutzungsdruck. Auch die zweite These konnte nicht verifiziert werden, da keine dezidierten Sparmaßnahmen ausgemacht werden konnten. Vielmehr wurde verhältnismäßig viel Geld in die Hand genommen, um den Platz ganzheitlich umgestalten zu können. Dabei war auch keine Diskussion darüber geführt worden, Teile der Finanzierung oder Dienstleistungen wie Erhalt, Pflege, Planung oder Sicherheit an Private abzugeben. Keine der verbreiteten Formen der Privatisierung, dargestellt im Kapitel 4.2.1, spielten also bei diesem Platz eine Rolle. Einzig im Rahmen der Diskussion um ein größeres gastronomisches Angebot kam die Frage nach quantitativer Ausbreitung privatwirtschaftlicher bzw. kommerzieller Interessen im öffentlichen Raum auf.

Durch das empirische Material wird die hohe Anzahl an verschiedenen Interessen und AkteurInnen sichtbar, die bei der Umgestaltung des Reumannplatzes aufeinandertreffen. Dies ergibt sich u.a. aus der Komplexität des Platzes sowie der vielfältigen Zuständigkeiten und NutzerInnen. Es gibt Park-, Platz- und Straßenbereiche, die unterschiedlichen Magistraten und Abteilungen zugeordnet sind, unterirdisch sind die U-Bahn-Schächte und -Räume zu beachten sowie die Tiefgarage und deren Betreiber. Das Amalienbad gehört wiederum zu einer eigenen Magistratsabteilung, steht aber auch unter Denkmalschutz, weshalb das entsprechende Amt Vorgaben zur barrierefreien Rampe machte. Dies sind nur beispielhaft AkteurInnen, die am Reumannplatz Rechte und Pflichten haben. Hinzu kommen sehr aktive lokale AkteurInnen, wie der Bezirksvorsteher, aber auch Unternehmer vor Ort wie Kurt Tichy, die Gebietsbetreuung Stadterneuerung, der Verein Lokale Agenda, wodurch die ReuMÄDCHEN vertreten waren oder einfach engagierte BürgerInnen, wie Oswald Kuppelwieser, der eigens eine Initiative für den Reumannplatz mitgründete.

All diesen Personen und Personengruppen stehen verschiedene Instrumente und Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen zur Verfügung. Wissen stellt dabei eine zentrale Bedingung dar, denn einerseits muss man über das geplante Vorhaben Bescheid wissen und andererseits benötigt es Wissen darüber, wie Aufmerksamkeit erregt werden kann, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Dies gilt insbesondere für lokale Initiativen. UnternehmerInnen verfügen mit der Wirtschaftskammer zusätzlich über finanzielles Kapital zur Durchsetzung ihrer Interessen. Im Gegensatz dazu kann sich die Arbeiterkammer aus Ressourcengründen

nicht bei jedem Umgestaltungsprozess direkt involvieren, sondern sie versucht eher durch Stellungnahmen u.ä. den Diskurs mitzubestimmen. Eine besondere Rolle nimmt der Bezirksvorsteher ein, der durch seine Position über spezifische Machtmittel verfügt und ganz konkret in den Gestaltungsprozess eingreifen kann. Denn er entscheidet nicht nur bei der Finanzierung mit, sondern kann explizite Wünsche im Plan einbringen, was etwa eine Pergola betraf. Die meisten NutzerInnen des Platzes sind jedoch darauf angewiesen, dass ihre Interessen von vornherein im Planungsprozess berücksichtigt werden und ihre Teilhabe eingeplant ist.

Der Heterogenität und hohen Anzahl an AkteurInnen zum Trotz gibt es über einige Punkte Einigkeit. Interessant ist der grundsätzliche Konsens, dass für den Umbau und die Finanzierung die öffentliche Hand zuständig sein sollte. Blickt man in andere Städte und vergegenwärtigt sich die Tendenz zur Privatisierung, ist dies keineswegs selbstverständlich. Darüber hinaus solle der Reumannplatz ein schöner Platz für alle sein, wo sich Menschen gerne aufhalten, sich wohl und sicher fühlen. Wenig überraschend ist die Erkenntnis, dass jedoch in der konkreten Umsetzung Interessengegensätze auftauchen. Ein Teil der Konflikte kann auf technische Unvereinbarkeit zurückgeführt werden, ob beim zweiten Lift in der Platzmitte oder Bäumen oberhalb der Tiefgarage. Darüber hinaus scheinen Interessenkonflikte innerhalb der Bevölkerung auf, die sich aus den unterschiedlichen Nutzungswünschen und Vorstellungen im öffentlichen Raum ergeben.

Drei zentrale Interessen konnten bei den Befragten ausgemacht werden, denen jedoch jeweils unterschiedliche Vorstellungen zugrunde liegen: Sicherheit, Belebtheit und Gleichberechtigung der Interessen. Zum Sicherheitsdiskurs ist zu sagen, dass es sich im Gegensatz zu seinem Image um einen sehr sicheren Platz handelt und es bei der Debatte nicht darum ging, den Platz tatsächlich sicherer zu machen, sondern vordergründig nur das Sicherheitsgefühl der NutzerInnen zu steigern. Zwei unterschiedliche Zugänge konnten hier ausgemacht werden. Vonseiten der Planung wurde eher Wert auf gute Beleuchtung gelegt sowie hervorgehoben, dass durch das Wiener Linien-Gebäude in der Mitte des Platzes regelmäßig BusfahrerInnen den Platz passieren und dadurch soziale Kontrolle herstellen. Vonseiten der Wirtschaftskammer und drei Unternehmern vor Ort hätte eher ein größeres bessersituiertes Lokal in der Platzmitte zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl geführt. Auch die Frage nach der Belebtheit stellt ein umkämpftes Argument dar. Es steht außer Zweifel, dass von allen Befragten, aber auch von sonstigen AkteurInnen ein Platz gewünscht wird, der belebt und beliebt ist, gern und viel genutzt wird – nicht zuletzt auch, weil dadurch wiederum

das Sicherheitsgefühl gesteigert werden kann. Doch es wird über ein und denselben Platz gesagt, dass er einer der belebtesten Orte Wiens sei, so hoch frequentiert, dass es für hochbetagte Personen gar eine Herausforderung darstellen kann, dort umzusteigen, aber auch, dass es sich um einen toten Platz handle – insbesondere im Winter. Durch die U-Bahn-Verlängerung sind die Umsteigerelationen tatsächlich zurückgegangen, aber stark genutzt ist der Platz noch immer. Dennoch wird verschieden argumentiert, wie Belebung, also besonders Nutzung von längerer Dauer, gewährleistet werden kann. Dabei gehen die Antworten entweder zugunsten eines gastronomischen Angebots oder aber verschiedener, offen zugänglicher Nutzungsmöglichkeiten. Ähnliche Vorstellungen bzw. Idealvorstellungen des Platzes verstecken sich auch hinter dem Wort Aufwertung. Zuletzt wünschen sich alle Befragten eine „gerechte“ Berücksichtigung aller Interessen, was eine explizite Miteinbeziehung marginalisierter Bevölkerungsgruppen genauso bedeuten kann wie eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschaftstreibenden vor Ort.

Diese drei Interessen spiegeln sich besonders im Konflikt rund um ein zusätzliches größeres, hochpreisigeres Gastronomieangebot auf der Platzmitte wider, der besonders durch lokale Initiativen vorangetrieben wurde. Dabei lässt sich insbesondere der Einfluss der Gewerbetreibenden sowie der Wirtschaftskammer erkennen, deren Interessen im aktuellen Plan in einem Kompromissvorschlag, einem kleinen Café oder Lokal, mündeten. Dieser umfasst ein kleineres Café oder Lokal, das jedoch an ein öffentliches WC gekoppelt ist und das mehrheitlich positiv angenommen wird. Ob und in welcher Form es zu einer Realisierung kommt, hängt davon ab, ob ein/e InvestorIn gefunden wird. Dass – entgegen städtischer Tendenzen hinsichtlich einer Ausweitung kommerzieller und privater Nutzungen im öffentlichen Raum – kein großflächiger Gastronomiebereich eingerichtet wird, wie zwischenzeitlich vorgeschlagen, geht vor allem auf die Magistratsabteilungen, die Ergebnisse der Funktions- und Sozialraumanalyse sowie des Partizipationsverfahrens zurück, aber auch auf die lokale Initiative sowie die mediale Berichterstattung. Darüber hinaus war wohl auch entscheidend, dass die Wiener Linien ihr Gebäude nicht zur Verfügung stellten.

Besonders relevant sind bei meinem Untersuchungsbeispiel die Rahmenbedingungen, die von der Stadt Wien vorgegeben waren. So wurde bei diesem Beispiel auf mehreren Ebenen explizit versucht, Verdrängung zu vermeiden. Schon 2015 gab die Stadt eine Funktions- und Sozialraumanalyse in Auftrag, um die Rahmenbedingungen, Potenziale und mögliche Verdrängungsmechanismen zu beleuchten sowie Empfehlungen zur Umgestaltung abzugeben. Diese wurde veröffentlicht und im Laufe des Prozesses immer wieder als Argumentarium

herangezogen, was laut Befragten keine Selbstverständlichkeit darstellt. Darüber hinaus wurde ein Partizipationsverfahren an das Büro „tilia“ vergeben, deren sensibler und reflektierter Zugang hervorzuheben ist. Bei diesem Beteiligungsverfahren wurde versucht, möglichst alle Menschen anzusprechen, die diesen Platz nutzen und dementsprechend vielfältig wurden die Methoden ausgestaltet. Viele der Beteiligungsaktionen fanden vor Ort statt und konnten schnell, niederschwellig und ohne Sprache anhand von Bildern durchgeführt werden. So sollten auch Menschen angesprochen werden, die wenig Zeit haben, Kinder oder ältere Menschen oder aber auch Personen mit geringen Deutschkenntnissen. Darüber hinaus wurden ergänzend Begehungen organisiert mit einer obdachlosen und einer blinden Person, um auch deren Sichtweisen auf den Platz miteinzubeziehen. Es sollten alle Menschen gleiches Mitspracherecht erhalten und es sollte niemand bevorzugt werden, weshalb den anrainenden Unternehmern ein eigener zusätzlicher Termin nicht gewährt wurde. Die Wünsche der Bevölkerung wurden zu großen Teilen berücksichtigt. Damit sich wohnungslose Personen oder Menschen mit viel Tagesfreizeit genauso dort aufhalten können wie Kinder, Jugendliche und ältere Menschen sind eine Vielzahl an Plätzen und Sitzmöglichkeiten sowie viele, breite Wege eingeplant. Somit können Begegnungen auf Distanz ermöglicht werden. Außerdem wurde der Reumannplatz als Möglichkeitsraum mit vielen verschiedenen Nutzungsangeboten geplant. So sind u.a. ein Wasserelement, ein Schachbrett, Bewegungselemente, eine schattenspendende Pergola sowie mehr Bäume und Bänke vorgesehen. Einzig regengeschützte Sitzmöglichkeiten konnten nicht realisiert werden, die zuvor bei der ehemaligen Straßenbahnstation entlang des Wiener Linien-Gebäudes bestanden hatten. Es konnte im Rahmen der Arbeit nicht geklärt werden, warum das Bedürfnis nach Unterstellmöglichkeiten nicht berücksichtigt wurde, da dies vonseiten der Planung und der Beteiligung durchaus wünschenswert gewesen wäre. Zuletzt ist noch hervorzuheben, dass auch versucht wurde, gendersensibel zu planen. Nicht nur wurde dies explizit im Beteiligungsverfahren berücksichtigt, sondern die geplante Bühne wurde sogar gemeinsam mit der Mädchengruppe vor Ort konzipiert. Dadurch sollte den Mädchen und jungen Frauen mehr Raum gegeben werden, denn sie nutzen den Platz laut Studien unterdurchschnittlich. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei diesem Untersuchungsbeispiel die Stadtplanung eine progressive, inklusive Ausrichtung einschlug und Teilhabe explizit ermöglichte.

Die Bewertung des Umgestaltungsprozesses fiel bei den Befragten sehr positiv aus. Es sei begrüßenswert, dass eine so große Investition dort getätigt werde, aber auch mit dem derzeitigen Plan scheint es Zufriedenheit zu geben, wenngleich in kleineren Details Uneinigkeit besteht. So hätte sich Iris Einwaller von der Wirtschaftskammer einen größeren

Gastronomiebereich gewünscht, Oswald Kuppelwieser eine stärkere Berücksichtigung für Personen, die am Reumannplatz umsteigen und Susanne Staller hätte in der Detailplanung kleinere Aspekte anders gemacht. Es lässt sich sagen, dass der Umgestaltungsprozess hinsichtlich Teilhabe, Interessenausgleich und Miteinbeziehung möglichst vieler Bevölkerungsgruppen mit Schwerpunkt auf die derzeitigen NutzerInnengruppen sehr gut gelungen scheint. Auch dies ist vor dem Hintergrund zeitgenössischer Entwicklungen von Verdrängung und Gentrifizierung besonders hervorzuheben. Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass diese Bewertung nicht auf alle Platzumgestaltungen Wiens übertragen werden kann, sondern lediglich eine Aussage über diesen konkreten Fall darstellen kann.

Anhand des empirischen Materials lassen sich drei Tendenzen für zukünftige Entwicklungen erkennen. Es lässt sich vermuten, dass die Region rund um den Reumannplatz vor einem Gentrifizierungsprozess steht. Dies hängt nicht nur mit der guten Infrastruktur zusammen, sondern insbesondere mit der Wohnstruktur. Da es in diesem Gebiet kaum sozialen Wohnbau gibt, sondern hauptsächlich private Bestandszinshäuser, können zukünftige Mietsteigerungen Menschen von dort vertreiben. Dies entspricht auch den artikulierten Ängsten der BewohnerInnen, ihre Wohnungen an wohlhabendere Bevölkerungsschichten zu verlieren. Zwar wurde beim Umbauprozess darauf geachtet, Verdrängung explizit zu vermeiden, dennoch bringt eine Aufwertung öffentlicher Räume meist auch eine Wertsteigerung der umliegenden Immobilien mit sich, was tendenziell den Druck auf MieterInnen erhöhen kann.

Ein zweiter Aspekt, der in Zukunft noch bedeutsamer werden wird, ist die ökologische Komponente. Vor dem Hintergrund steigender Sommertemperaturen werden einerseits Grünraum, Schatten und Wasserelemente wichtiger, andererseits bleiben Wohnungen zunehmend wärmer und Menschen nutzen länger und vermehrt den öffentlichen Freiraum. Zuletzt ist noch zu sagen, dass in einer wachsenden, heterogenen Stadt die Rolle des öffentlichen Raumes noch wichtiger werden wird und innovative und mutige Schritte notwendig sein werden, um neuen öffentlichen Raum zu schaffen. Dieser wird insbesondere auf der Straße und auf den Parkflächen zu finden sein.

Wie der Reumannplatz nach der Umgestaltung tatsächlich aussehen und wie er von wem genutzt werden wird, ist noch offen, weshalb eine weitere Studie zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll wäre. Aufgrund des hohen Nutzungsdrucks kann jedoch davon ausgegangen werden, dass es zu keinem Zeitpunkt ein verlassenener Ort werden wird. Auch als der Spielplatz bereits zur Hälfte abgerissen war, spielten noch Kinder dort und Menschen schliefen auf den Bänken. Um den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen (wie etwa im Bereich

Demographie, Einkommen, Ungleichheit oder Privatisierung) und öffentlichen Räumen zu untersuchen, wäre auch eine Langzeitstudie spannend. Die vorliegende Arbeit stellt lediglich eine Momentaufnahme dar und kann keine fundierten Aussagen über längerfristige Veränderungen treffen. Allerdings lässt sich sagen, dass vom Umgestaltungsprozess des Reumannplatzes vieles für andere Umgestaltungsprojekte gelernt werden kann und dieser Prozess ein positives Beispiel dafür sein kann, wie Recht auf Stadt aussehen kann. Denn um mit David Harvey (2014, S. 20) zu sprechen, gehört die Stadt in erster Linie jenen, die darin wohnen und städtisches Leben tagtäglich herstellen und aufrechterhalten.

10. Abkürzungsverzeichnis

AGU	Architektengruppe U-Bahn
AK	Kammer für Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte
Epk	Erholungsgebiete Parkanlagen
FSRA	Funktions- und Sozialraumanalyse
FW	Fachschule für wirtschaftliche Berufe
GAG	Gebrauchsabgabegesetz
GGU	Geschäftsgruppe Umwelt und Wiener Stadtwerke
HLW	Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe
IOR	Initiative Offener Reumannplatz
MA 17	Magistratsabteilung Integration und Diversität
MA 18	Magistratsabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung
MA 19	Magistratsabteilung Architektur und Stadtgestaltung
MA 25	Magistratsabteilung Technische Stadterneuerung
MA 28	Magistratsabteilung Straßenverwaltung und Straßenbau
MA 31	Magistratsabteilung Wiener Wasser
MA 33	Magistratsabteilung Wien leuchtet
MA 42	Magistratsabteilung Wiener Stadtgärten
MA 46	Magistratsabteilung Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
SSS-Konzepte	Sicherheit – Sauberkeit – Service – Konzepte
STEP	Stadtentwicklungsplan
WKO	Wirtschaftskammer Österreich

11. Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in Wien nach heutigem Gebietsstand 1590 – 2018 (Quelle: BAUER, FENDT, HAYDN, REMMEL & SEIBOLD, 2018, S. 35)	46
Abbildung 2: Bevölkerungsveränderung in den Wiener Zählbezirken - 2018 bis 2028 (Quelle: BAUER u.a. 2018, S. 141)	47
Abbildung 3: Potenzieller Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum bzw. die Freiflächen im Vergleich 2013 und 2015 (Quelle: MA 17 INTEGRATION UND DIVERSITÄT, 2017, S. 178).....	48
Abbildung 4: Gender Budgeting im Voranschlag für Wien 2019 (Quelle: STADT WIEN, 2018, S. 307).....	55
Abbildung 5: Sanierungszielgebiete des Wohnfonds Wien 2006 und 2017, eigene Ausschnitte. (Quelle: MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2005) (Quelle: MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG, 2016)	65
Abbildung 6: Besiedlungsdichte in den Wiener Zählbezirken, 1.1.2018 (Quelle: BAUER u.a., 2018, S. 25)	66
Abbildung 7: Der Rothe Hof vor der Favoritenlinie, um 1843 (Quelle: STURM, 2004, S. 47)	73
Abbildung 8: Abbildung 6: Stadtplan 1887 und Generalstadtplan 1912 (Quelle: VIENNAGIS, o.J.c)	73
Tabelle 1: Polaritätsprofil Reumannplatz, eigene Darstellung. (vgl. SELLE 2003, S. 41)	34
Tabelle 2: Von den Befragten genannte AkteurInnen	105

12. Literaturverzeichnis

ARCHITEKTENGRUPPE U-BAHN (2019): Lageplan, 16.05.2019; online verfügbar unter: https://www.meinbezirk.at/favoriten/c-lokales/neugestaltung-des-reumannplatzes-startet-im-august_a3465930#gallery=default&pid=19769184 (20.01.2020).

BAHRDT, Hans Paul (1972): Humaner Städtebau. Überlegungen zur Wohnungspolitik und Stadtplanung für eine nahe Zukunft. München: Nymphenburger Verlagsverhandlung.

BAUER, Ramon, FENDT, Christian, HAYDN, Gerlinde, REMMEL, Wolfgang, SEIBOLD, Eva (2018): Kleinräumige Bevölkerungsprognose Wien 2018. In: MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik (Hrsg.): Statistik Journal Wien 1/2018. Wien.

BERNHARDT, Christoph, FEHL, Gerhard, KUHN, Gerd, PETZ, Ursula von (2005): Öffentlicher Raum und städtische Öffentlichkeit: Eine Einführung in ihre planungsgeschichtliche Betrachtung. In: BERNHARDT, Christoph, FEHL, Gerhard, KUHN, Gerd, PETZ, Ursula von (Hrsg.): Geschichte der Planung des öffentlichen Raums. Dortmund: IRPUD, S. 9-27.

BOGNER, Alexander, MENZ, Wolfgang (2005): Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse. Wissensformen. Interaktion. In: BOGNER, Alexander, LITTIG, Beate, MENZ, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33-70.

BORK, Herbert, ZECH, Sibylla, KLINGLER, Stefan (Hrsg.) (2015): Stadtpunkte 16: Kommerzielle und nicht-kommerzielle Nutzung im öffentlichen Raum. Wien.

BRAUN, Karl-Heinz, WETZEL, Konstanze (2010): Sozialreportage. Einführung in eine Handlungs- und Forschungsmethode der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

BUNKE, Christian (2018): Schöner sitzen am Reumannplatz? Im Gegensatz zur Bevölkerung wünscht sich die Wirtschaftskammer Kommerzialisierung. In: Augustin, 25.8.2018, S. 13.

CZEIKE, Felix (2004a): Historisches Lexikon Wien. In 6 Bänden; Band 2, De-Gy. Wien: Buchverlage Kremayr & Scheriau/Orac.

CZEIKE, Felix (2004b): Historisches Lexikon Wien. In 6 Bänden; Band 3, Ha-La. Wien: Buchverlage Kremayr & Scheriau/Orac.

CZEIKE, Felix (2004c): Historisches Lexikon Wien. In 6 Bänden; Band 4, Le-Ro. Wien: Buchverlage Kremayr & Scheriau/Orac.

CZEIKE, Felix (2004d): Historisches Lexikon Wien. In 6 Bänden; Band 5, Ru-Z. Wien: Buchverlage Kremayr & Scheriau/Orac.

DAMYANOVIC, Doris, REINWALD, Florian, WEIKMANN, Angela (2013): Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung. In: MA 18 – STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (Hrsg.): Werkstattbericht 130. Wien.

DANGSCHAT, Jens S. (2009): Architektur und soziale Selektivität. In: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte 25/2009, Bonn, S. 27–33.

DANGSCHAT, Jens S., HAMEDINGER, Alexander (2009): Planning culture in Austria – The case

of Vienna, the unlike city. In: Jörg KNIELING (Hrsg.): Planning cultures in Europe: decoding cultural phenomena in urban and regional planning. New York u.a.: Routledge, S. 95-112.

DIEBÄCKER, Marc (2019): Gentrifizierung und öffentliche Räume. Über das Zusammenspiel von Aufwertung, Sicherheit und Ordnung an urbanen Plätzen. In: KADI, Justin, VERLIČ, Mara (Hrsg.): Stadtpunkte 27: Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis. Wien, S. 141–151.

DIE ZENTRALE ÖSTERREICHISCHE FORSCHUNGSSTELLE NACHKRIEGSJUSTIZ (FSTN) (Hrsg.) (2019): Mahnmal. 1100, Reumannplatz; online verfügbar unter: http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1100_reumannplatz.php (20.01.2020)

DORN, Klemens (1928): Das Amalienbad. In: DORN, Klemens (Hrsg.): Favoriten. Ein Heimatbuch des 10. Wiener Gemeindebezirks. Wien: Deutscher Verlag für Jugend und Volk, S. 295-300.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (2007): Leipzig Charter on Sustainable European Cities; online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/regional_policy/archive/themes/urban/leipzig_charter.pdf (16.01.2020)

FESTER, Florian Marc, KRAFT, Sabine, METZNER, Elke (1983): Raum für soziales Leben. Karlsruhe: Müller.

FLICK, Uwe (2017): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

FREY, Oliver (2011): Stadtkonzepte in der Europäischen Stadt: In welcher Stadt leben wir eigentlich? In: Oliver FREY, Florian KOCH (Hrsg.): Die Zukunft der Europäischen Stadt. Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 380-415.

GEHL, Jan (2016): Städte für Menschen. Berlin: jovis.

GLANTSCHNIGG, Christian (2011): Die Stadt der Exklusion. Prozesse und Mittel der Verdrängung aus öffentlichen Räumen der Stadt Wien. Diplomarbeit Universität Wien, Wien.

GRUBER, Sonja (2016): Zur Person - Sonja Gruber; online verfügbar unter: <http://www.sonjagruber.at/zur-person.html> (22.10.2019).

GRUBER, Sonja, JAUSCHNEG, Martina (2016): Reumannplatz. Funktions- und Sozialraumanalyse. In: Stadtentwicklung Wien, MA 19 (Hrsg.): Werkstattbericht 164. Wien.

HAMMER, Katharina (2016): Nutzung und Konflikte. In: PRENNER, Peter (Hrsg.): Stadtpunkte 19: Wien wächst – öffentlicher Raum. Die Stadt als Verteilungsfrage, S. 61–73.

HAMMER, Katharina, WITTRICH, Judith (2019): Gentrifizierungsprozesse im öffentlichen Raum: Grenzziehungen und Exklusionsmechanismen. In: KADI, Justin, VERLIČ, Mara (Hrsg.): Stadtpunkte 27: Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis, S. 125–140.

HARLANDER, Tilman, KUHN, Gerd (2005): Renaissance oder Niedergang? Zur Krise des öffentlichen Raums im 20. Jahrhundert. In: BERNHARDT, Christoph, FEHL, Gerhard, KUHN, Gerd, PETZ, Ursula von (Hrsg.): Geschichte der Planung des öffentlichen Raums. Dortmund: IRPUD, S. 225-242.

HARVEY, David (1985): *The Urbanization of Capital. Studies in the History and Theory of Capitalist Urbanization 2*. Oxford: The Johns Hopkins University Press.

HARVEY, David (2014): *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*. Berlin: Suhrkamp.

HÄUBERMANN, Hartmut, SIEBEL, Walter (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

HAUSWIRTH, Rainer, GIELGE, Johannes (2010): *Neudefinition der Gebietstypen*. In: MA 18 – STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (Hrsg.): *Beiträge zur Stadtentwicklung 23*. Wien.

HEINDL, Gabu (2016): *Öffentlicher Raum als Testfall für die Stadtplanung*. In: PRENNER, Peter (Hrsg.): *Stadtpunkte 19: Wien wächst - öffentlicher Raum. Die Stadt als Verteilungsfrage*, S. 92–104.

HERLYN, Ulfert (2006): *Zum Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre – Anmerkungen zur Urbanitätstheorie von H.P. Bahrtdt*. In: SIEBEL, Walter (Hrsg.): *Die europäische Stadt*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 121–130.

HERTZSCH, Wencke (2010): *Wie kann mit Planung den Integrationsanforderungen im öffentlichen Raum begegnet werden?* In: VHW - BUNDESVERBAND FÜR WOHNEN UND STADTENTWICKLUNG E. V. (Hrsg.): *Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 2: Öffentlicher Raum: Infrastruktur für die Stadtgesellschaft*. Berlin, S. 89–92.

HOPF, Christel (2017): *Qualitative Interviews - ein Überblick*. In: FLICK, Uwe, KARDOFF, Ernst von, STEINKE, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 349–360.

INITIATIVE OFFENER REUMANNPLATZ (o.J.): *INITIATIVE OFFENER REUMANNPLATZ (IOR)*; online verfügbar unter: <http://ior.kulturräum10.at/> (16.01.2020).

JAHN, Harald A. (2017): *Die neue Herrengasse. Die erste privat finanzierte Begegnungszone Wiens*. In: VEREIN REGIONALE SCHIENEN – VEREIN ZUR FÖRDERUNG ÖKOLOGISCH VERTRÄGLICHER MOBILITÄT (Hrsg.): *Forum Mobil 1/2017*, S. 8–9

KADI, Justin (2016): *Drei populäre Mythen zu Gentrifizierung in Wien*. In: *urbaniZm*; online verfügbar unter: <https://urbanizm.net/4890279/drei-populare-mythen-zu-gentrifizierung-wien/> (11.11.2019).

KADI, Justin, VERLIČ, Mara (2019): *Einleitung*. In: KADI, Justin, VERLIČ, Mara (Hrsg.): *Stadtpunkte 27: Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis*, S. 7–12.

KEIL, Roger (1987): *David Harvey und das Projekt einer materialistischen Stadtheorie*. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft Bd. 17, Nr. 69, Berlin: Rotbuch Verlag, S. 132–147.

KLOSE, Dietmar (2018): *Gastgärten im Spannungsfeld von Deregulierung und intensiver Nutzung*. In: LEISS, Walter, STEINBICHLER, Alois (Hrsg.): *Recht & Finanzen für Gemeinden 4/2018*, Wien: Manz Verlag, S. 156–159.

KNIERBEIN, Sabine (2016): *Öffentliche Räume als Handlungssphären des städtischen Strukturwandels in Europa*. In: Peter PRENNER (Hrsg.): *Stadtpunkte 19: Wien wächst - öffentlicher Raum. Die Stadt als Verteilungsfrage*. Wien, S. 40–60.

KNIERBEIN, Sabine, MADANIPOUR, Ali, DEGOS, Aglaée (2014): Vienna. (Re)Framing Public Policies, (Re)Shaping Public Spaces? In: Ali MADANIPOUR, Sabine KNIERBEIN, Aglaée DEGOS (Hrsg.): Public Space and the Challenges of Urban Transformation in Europe. New York, London: Routledge, S. 23-37.

KOWAL, Sabine, O'CONNELL, Daniel C. (2017): Zur Transkription von Gesprächen. In: FLICK, Uwe, KARDOFF, Ernst von, STEINKE, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 437-447.

KRECKEL, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

K. TICHY GMBH (2006): Tichy Saloneis, weil Eis nicht Eis ist; online verfügbar unter: <https://www.gastroweb.at/tichy-eis/> (01.11.2019)

LEFEBVRE, Henri (2016): Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus.

LÖW, Martina (2017): Raumsoziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

MA 8, WIENER STADT- UND LANDESARCHIV, MA 9, WIENBIBLIOTHEK IM RATHAUS (2018): Gastarbeiter; online verfügbar unter: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Gastarbeiter> (16.01.2020)

MA 17 - INTEGRATION UND DIVERSITÄT (Hrsg.) (2017): 4. Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor 2013-2016. Wien.

MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (Hrsg.) (2005): Planungsgrundlagen für Wien. Zielgebiete Sanierungsförderung; online verfügbar unter: <http://www.wohnfonds.wien.at/downloads/san/sanierungszielgebiete.pdf> (20.01.2020)

MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (Hrsg.) (2007): Werkstattberichte 89: Draußen in der Stadt. Öffentliche Räume in Wien. Wien.

MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (Hrsg.) (2016): Sanierungszielgebiete; online verfügbar unter: <https://www.wohnfonds.wien.at/downloads/san/sanierungszielgebiete2017.pdf> (20.01.2020).

MA 23 - WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK (o.J.a): Lohnsteuerpflichtige Einkommen nach Bezirken 2017 Frauen und Männer - Offizielle Statistik der Stadt Wien; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/arbeitsmarkt/tabellen/einkommen-gesamt-bez.html> (30.10.2019).

MA 23 - WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK (o.J.b): Arbeitslosenquoten in Wien nach nationaler und internationaler Definition seit 2000; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/arbeitsmarkt/tabellen/arbeitslosenquoten-zr.html> (30.10.2019).

MA 23 - WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK (2019a): Bevölkerungsstand Statistiken - Offizielle Statistik der Stadt Wien; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/> (14.12.2019).

MA 23 - WIRTSCHAFT, ARBEIT UND STATISTIK (2019b): Bevölkerung nach Bezirken 2004 bis 2019; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung/tabellen/bevoelkerung-bez-zr.html> (30.10.2019).

- MADANIPOUR, Ali (2005): Public spaces of European cities. In: *Nordic Journal of Architectural Research* 18/2: Public Space, S. 7–16.
- MADANIPOUR, Ali (2010): Introduction. In: Ali MADANIPOUR (Hrsg.): *Whose Public Space? International Case Studies in Urban and Development*. London: Routledge, S. 1-15.
- MAGISTRAT DER STADT WIEN (Hrsg.) (2016): *Smart City Wien, Rahmenstrategie*. Wien.
- MAGISTRAT DER STADT WIEN, MA 18 (Hrsg.) (2015): *Werkstattbericht 144: Stadtentwicklungsplan 2025 - Fachkonzept Grün- und Freiraum*. Wien.
- MAGISTRAT DER STADT WIEN, TECHNISCHE STADTERNEUERUNG (o.J.a): *Reumannplatz neu - Bauarbeiten starten im Juli*; online verfügbar unter: <https://www.gbstern.at/news/umgestaltung-reumannplatz/> (01.11.2019).
- MAGISTRAT DER STADT WIEN, TECHNISCHE STADTERNEUERUNG (o.J.b): *GB* auf einen Blick*; online verfügbar unter: <https://www.gbstern.at/ueber-uns/was-wir-tun/die-gebietsbetreuungen-stadterneuerung/> (22.10.2019).
- MATTISSEK, Annika, PFAFFENBACH, Carmella, REUBER, Paul (Hrsg.) (2013): *Methoden der empirischen Humangeographie*. Braunschweig: Westermann.
- MAYRING, Philipp (2016): *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*. Weinheim, Basel: Beltz.
- MAYRING, Philipp (2017): *Qualitative Inhaltsanalyse*. In: FLICK, Uwe, KARDOFF, Ernst von, STEINKE, Ines (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 468-475.
- MEUSER, Michael, NAGEL, Ulrike (2009): *Das Experteninterview - konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage*. In: PICKEL, Susanne, PICKEL, Gert, LAUTH, Hans-Joachim, JAHN, Detlef (Hrsg.): *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 465-479.
- NISSEN, Sylke (2006): *Die Privatisierung des öffentlichen Raums*. In: MIDDELL, Matthias, SIEGRIST, Hannes (Hrsg.): *Comparativ. Zeitschrift für Globalgeschichte und Vergleichende Gesellschaftsforschung* 16 (5/6), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig, S. 130–145.
- NN. (1864): *Wiener Nachrichten*. In: *Die Presse*, 9.3.1864, S. 4.
- NN. (2018a): *Wieso Unternehmer am Reumannplatz einen Gastro-Pavillon fordern*. In: *Kurier online*, 16.8.2018; online verfügbar unter: <https://kurier.at/chronik/wien/wieso-unternehmer-am-reumannplatz-einen-gastro-pavillon-fordern/400091726> (01.11.2019).
- NN. (2018b): *Protest gegen „Prosecco-Zone“ am Reumannplatz*. In: *ORF online*, 5.10.2018; online verfügbar unter: <https://wien.orf.at/v2/news/stories/2939941/> (01.11.2019).
- PETZ, Ursula von (2005): *Die Entdeckung des öffentlichen Raums durch die Planung: Camillo Sitte, Theodor Fischer und der Fall München*. In: Christoph BERNHARDT, Gerhard FEHL, Gerd KUHN, Ursula PETZ von (Hrsg.): *Geschichte der Planung des öffentlichen Raums*. Dortmund: IRPUD, S. 105-118.
- PICHLER, Christian (2016): *Kommerzialisierungsdruck*. In: Peter PRENNER (Hrsg.): *Stadtpunkte 19: Wien wächst - öffentlicher Raum. Die Stadt als Verteilungsfrage*, S. 87–91.

PIRHOFFER, Gottfried, STIMMER, Kurt (2007): Pläne für Wien. Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945 bis 2005. STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18 (Hrsg.). Wien.

PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN (2017): StR Ludwig: Die Arbeit der Gebietsbetreuung Stadterneuerung ab 2018. OTS.at, 7.6.2017; online verfügbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170607_OTSS0071/str-ludwig-die-arbeit-der-gebietsbetreuung-stadterneuerung-ab-2018 (13.12.2019).

PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN (2019): Die Neugestaltung der Rotenturmstraße ist geschafft! OTS.at, 14.11.2019; online verfügbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191114_OTSS0201/die-neugestaltung-der-rotenturmstrasse-ist-geschafft. (13.12.2019).

PUFLER, Karl (2018): Zwist um den Reumannplatz Neu. Mein Bezirk Online, 5.10.2018; online verfügbar unter: https://www.meinbezirk.at/favoriten/c-lokales/zwist-um-den-reumannplatz-neu_a2951883 (01.11.2019).

REICHER, Christa, KEMME, Thomas (2009): Der öffentliche Raum. Ideen – Konzepte – Projekte. Berlin: jovis.

RITT, Thomas (2017): Gutes Leben für alle braucht öffentlichen Raum für die Schwächsten. In: MA 18 – STADTENTWICKLUNG WIEN (Hrsg.): Werkstattbericht 173: Gutes Leben für alle braucht eine andere Globalisierung. Herausforderungen für Städte und Regionen. Wien, S. 66–68.

RODE, Philipp, SCHIER, Helge, GIFFINGER, Rudolf, REINPRECHT, Christoph (2010): Soziale Veränderungsprozesse im Stadtraum. Wiener Sozialraumanalyse mit Vertiefung in acht ausgewählten Stadtvierteln. In: MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hrsg.): Werkstattbericht 104. Wien.

ROGERS, Richard (2016): Vorwort. In: GEHL, Jan: Städte für Menschen. Berlin: jovis, S. 9.

SALDERN, Adelheid von (2003): Stadt und Öffentlichkeit in urbanisierten Gesellschaften. Neue Zugänge zu einem alten Thema. In: SELLE, Klaus (Hrsg.): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte. Aachen, Dortmund, Hannover: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, S. 98-106.

SCHÄFER, Christoph (2016): Vorwort. In: LEFEBVRE, Henri: Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus, S. 5-25.

SCHERNDL, Gabriele (2019): Umbau am Reumannplatz: Mehr Grün und wohl doch weniger Gastro. In: Der Standard online, 12.9.2019; online verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000108549340/umbau-am-reumannplatz-mehr-gruen-und-wohl-doch-weniger-gastro> (16.01.2020)

SCHMID, Christian (2010): Stadt, Raum und Gesellschaft: Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. Stuttgart: Steiner.

SCHMIDT, Christiane (2017): Analyse von Leitfadeninterviews. In: FLICK, Uwe, KARDOFF, Ernst von, STEINKE, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 447-456.

SCHRENK, Julia (2019): So wird der neue Reumannplatz aussehen. In: Kurier online, 12.9.2019; online verfügbar unter: <https://kurier.at/chronik/wien/so-wird-der-neue-reumannplatz-aussehen/400603637> (16.01.2020).

- SCHROER, Markus (2006): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- SCHUBERT, Werner (1992): Favoriten. Wien: Eigenverl. d. Bezirksmuseums Favoriten.
- SELLE, Klaus (2003): Öffentliche Räume. Drei Annäherungen. In: SELLE, Klaus (Hrsg.): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte. Aachen, Dortmund, Hannover: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, S. 13-94.
- SELLE, Klaus (2004): Öffentliche Räume in der europäischen Stadt. Verfall und Ende oder Wandel und Belebung? Reden und Gegenreden. In: Walter SIEBEL (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 131-145.
- SELLE, Klaus (2008): Öffentliche Räume – eine Einführung. Begriff, Bedeutung und Wandel der öffentlich nutzbaren Räume in den Städten. Aachen.
- SIEBEL, Walter (2004): Einleitung: Die europäische Stadt. In: Walter SIEBEL (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 11-50.
- SIEBEL, Walter (2010): Wesen und Zukunft der europäischen Stadt. In: Antje HAVEMANN, Klaus SELLE (Hrsg.): Plätze, Parks & Co. Stadträume im Wandel – Analysen, Positionen und Konzepte. Detmold: Dorothea Rohn, S. 115–132.
- SIEVERTS, Thomas (2003): Die Gestaltung des öffentlichen Raums. In: SELLE, Klaus (Hrsg.): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte. Aachen, Dortmund, Hannover: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, S. 239-244.
- SMITH, Neil, LOW, Setha (2006): Introduction: The Imperative of Public Space. In: LOW, Setha, SMITH, Neil (Hrsg.): The politics of public space. New York u.a.: Routledge, S. 1-16.
- SPÖ FAVORITEN (o.J.): Marcus Franz | SPÖ Favoriten; online verfügbar unter: <http://www.favoriten.spoe.at/marcus-franz> (22.10.2019).
- SPÖ WIEN RATHAUSKLUB (2018): BV Marcus Franz: „Reumannplatz als Ort der Begegnung für alle“. OTS.at, 10.10.2018; online verfügbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181010_OTS0134/bv-marcus-franz-reumannplatz-als-ort-der-begegnung-fuer-alle (01.11.2019).
- STADT WIEN (Hrsg.) (2018): Voranschlag der Stadt Wien 2019; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/finanzen/budget/pdf/va19.pdf> (16.01.2020)
- STADT WIEN (o.J.a): Beleuchtung im öffentlichen Raum der Stadt Wien - MA 33; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/verkehr/strassen/einrichtungen/beleuchtung/index.html> (08.11.2019).
- STADT WIEN (o.J.b): Aufgaben und Ziele der MA 28; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/verkehr/strassen/aufgaben.html> (10.01.2020).
- STADT WIEN (o.J.c): Wiener Stadtgärten (MA 42); online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/kontakte/ma42/> (20.01.2020)
- STADT WIEN (o.J.d): Planungsprozess - U1-Süd-Verlängerung von Reumannplatz bis Rothneusiedl; online verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20101115142915/http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/verkehrsplanung/u-bahn/planungsergebnis/u1sued/planungsprozess/index.html>

(01.11.2019)

STADT WIEN (o.J.e): Architektur und Stadtgestaltung - Aktuelle Projekte und Aufgaben; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/architektur/> (22.10.2019)

STADTENTWICKLUNG WIEN (2009): FreiraumStadttraumWien. Vorsorge, Gestaltung, Management. Das Wiener Leitbild für den öffentlichen Raum. Wien.

STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18 (Hrsg.) (2008): Werkstattberichte 93: Neuinterpretation öffentlicher Raum. Eine Studienreihe für die Wiener Bezirke. Wien.

STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18 (Hrsg.) (2013): Werkstattberichte 138: Rudolf-Rednar-Park. Nutzungsbeurteilung. Wien.

STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18 (Hrsg.) (2017): Werkstattberichte 166: Die Wiener Praxis der Funktions- und Sozialraumanalysen. Praxisbeispiele und Einsatzbereiche: Gegenüberstellung von Analysen des öffentlichen Raums in der City und zweier Wohngebiete in unterschiedlichen Siedlungstypen. Wien.

STADTENTWICKLUNG WIEN, MA 18 (Hrsg.) (2018): Werkstattbericht 175: Stadtentwicklungsplan 2025 – Fachkonzept Öffentlicher Raum. Wien.

STALLER, Susanne (2019): Neugestaltung des Reumannplatzes startet im August! In: meinbezirk.at., 19.06.2019; online verfügbar unter: https://www.meinbezirk.at/favoriten/c-lokales/neugestaltung-des-reumannplatzes-startet-im-august_a3465930#gallery=null (20.01.2020).

STURM, Walter (2004): „... außer der Linie“. Favoriten am Wienerberg. Wien: Museumsverein Favoriten.

TAXACHER, Ina, LEBHART, Gustav (2016): Wien – Bezirke im Fokus. Statistiken und Kennzahlen; online Broschüre. Magistrat der Stadt Wien, MA 23 (Hrsg.). Wien.

TILIA STALLER.STUDER OG (o.J.): tilia technisches büro für landschaftsplanung; online verfügbar unter: <http://www.tilia.at/info.html#> (22.10.2019).

UNITED NATIONS, DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS, POPULATION DIVISION (2018): The World's Cities in 2018 – Data Booklet. New York: UN; online verfügbar unter: https://www.un.org/en/events/citiesday/assets/pdf/the_worlds_cities_in_2018_data_booklet.pdf (20.01.2020)

VASSILAKOU, Maria (2016): Vorwort. In: GRUBER, Sonja, JAUSCHNEG, Martina: Reumannplatz. Funktions- und Sozialraumanalyse. In: Stadtentwicklung Wien, MA 19 (Hrsg.): Werkstattbericht 164. Wien, S. 3.

VIENNAGIS (o.J.a): Flächenwidmungs- und Bebauungsplan; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/flaechenwidmung/public/> (01.11.2019).

VIENNAGIS (o.J.b): Stadtplan Wien; online verfügbar unter <https://www.wien.gv.at/stadtplan/> (01.11.2019).

VIENNAGIS (o.J.c): Wiener Kulturgut; online verfügbar unter: <https://www.wien.gv.at/kulturportal/public/> (01.11.2019).

WEHRHEIM, Jan (2011): Die Öffentlichkeit der Räume und der Stadt. Indikatoren und weiterführende Überlegungen. In: Forum Stadt 2011/2, S. 163–180.

WEHRHEIM, Jan (2012): Die überwachte Stadt: Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen u.a.: Budrich.

WEICHHART, Peter (2018): Entwicklungslinien der Sozialgeographie: Von Hans Bobek bis Benno Werlen. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

WIEGAND, Felix (2016): David Harveys urbane Politische Ökonomie. Ausgrabungen der Zukunft marxistischer Stadtforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot.

WIEN 3420 ASPERN DEVELOPMENT AG, MA 18, STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG (Hrsg.) (2009): Die Seestadt Wiens. Partitur des öffentlichen Raums. Planungshandbuch. Wien.

WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN (2019): Startseite Wien 10. Favoriten; online verfügbar unter: <https://www.wko.at/site/wko-im-bezirk/wien-10-favoriten/start.html> (22.10.2019)

WITTSTOCK, Birgit (2018): Die Bobos kommen. Mit dem Sonnwendviertel kamen die Besserverdienenden, nun soll ein schickes Gastroprojekt am Reumannplatz entstehen. Steht Favoriten vor der Gentrifizierung? In: Falter 43/18, 23.10.2018; online verfügbar unter: <https://www.falter.at/zeitung/20181023/die-bobos-kommen> (20.01.2020).

WOHNFONDS_WIEN (o.J.): Sanierung; online verfügbar unter: <http://www.wohnfonds.wien.at/articles/id/244> (15.12.2019)

ZECH, Sibylla (2016): Öffentlicher Raum und kommerzielle Begehrlichkeiten. In: PRENNER, Peter (Hrsg.): Stadtpunkte 19: Wien wächst - öffentlicher Raum. Die Stadt als Verteilungsfrage, S. 74–86.

Interviewtranskripte

BRAJOVIĆ, Tamara (2019): Interview am 16.10.2019, 45 Minuten, Wien.

EINWALLER, Iris (2019): Interview am 25.9.2019, 43 Minuten, Wien.

FRANZ, Marcus (2019): Interview am 18.10.2019, 45 Minuten, Wien.

GRUBER, Sonja (2019): Interview am 4.9.2019, 55 Minuten, Wien.

HAMMER, Katharina (2019): Interview am 26.8.2019, 46 Minuten, Wien.

KNEHS, Clarissa (2019): Interview am 19.9.2019, 69 Minuten, Wien.

KUPPELWIESER, Oswald (2019): Interview am 30.9.2019, 60 Minuten, Wien.

STALLER, Susanne (2019): Interview am 16.9.2019, 112 Minuten, Wien.

TICHY, Kurt (2019): Interview am 17.9.2019, 48 Minuten, Wien.

Lageplan

Architektengruppe U-Bahn

5150 7 014

2019.05.16

161

Transkript

Interview mit Dipl. Ing.ⁱⁿ Tamara Brajović, Gebietsbetreuung Stadterneuerung Ost

Datum: 16.10.2019

Uhrzeit: 18:02 - 18:47 Uhr

Nach der Begrüßung und Klärung der datenschutzrechtlichen Bedingungen beginnt das Interview um 18:02 im Lokal des GB Stadtteilmanagements, Landgutgasse 2-4, 1100 Wien.*

Interviewerin: Gut, ich werde Ihnen jetzt eh auch einfach die Fragen stellen, die ich Ihnen geschickt habe. [Es war aus datenschutzrechtlichen Gründen zuvor ein schriftliches Interview vereinbart worden, Anm.] Welche Rolle spielt der Reumannplatz für die Gebietsbetreuung?

- 5 Tamara Brajović: Grundsätzlich ist es so, dass der Reumannplatz ein wichtiger Ort im 10. Bezirk ist, also er ist bunt und ist ein Teil, ein Ort im Schwerpunktgebiet der Gebietsbetreuung. Das bedeutet, dass wir in dieser Auftragsperiode einerseits flächendeckend für den 10. Bezirk zuständig sind, wo wir Mietrechtsberatung anbieten. Aber es gibt auch von der Seite der Stadterneuerung, Stadtentwicklung ein Schwerpunktgebiet, das durch Sanierungsgebiete und Zielgebiete definiert ist. Und das ist ungefähr, das kann ich Ihnen auf der Karte zeigen: Das ist jetzt die Grenze vom Bezirk, das gehört auch zum 10. Und dann ist hier die Grenze vom
10 Schwerpunktgebiet der Stadterneuerung, hier dieser Teil. Bei der Antonskirche ist ungefähr so eine horizontale Linie, die es da abschneidet. Weil das ist diese Altbaustruktur, wo da noch immer... also das Blocksanierungsgebiet, so Gudrunstraße eins und zwei z.B. Früher gab es das Sonnenviertel ja nicht. Hier, das Blocksanierungsgebiet. Für uns bei der Gebietsbetreuung ist natürlich in diesem Gebiet der Reumannplatz auch logisch, er ist sehr zentral und von Bedeutung... Er ist das Ende der Fußgängerzone in der Favoritenstraße, also
15 grundsätzlich eine wichtige Achse für den Bezirk. Es ist Teil von unserer Arbeit, dass wir die Informationen über die Entwicklung sammeln und weitergeben.

I: Dieses Schwerpunktgebiet, wer hat das formuliert? Wer hat das vorgegeben, dass hier das Schwerpunktgebiet der Stadterneuerung ist?

- 20 TB: Es gibt bei der Gebietsbetreuung etwas, das Ausschreibung heißt. Also das bedeutet, dass, wie bei allen großen Aufträgen, nach vier bis sechs Jahren, manchmal auch drei, es eine Ausschreibung gibt und unterschiedliche Firmen bewerben sich, die Gebietsbetreuung zu machen. Weil wir sind eine private Firma, die im Auftrag der Stadt Wien das Projekte Gebietsbetreuung macht.

I: Und das Projekt, das jetzt gerade läuft...

- 25 TB: ... das ist damals in der Ausschreibung definiert worden. Und es gibt halt unterschiedliche Stellen, die dann die Ausschreibung gemacht haben. Also ein Koordinationsteam, da gibt es unsere Auftraggeber: Wir sind der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen zugeordnet und werden von der Magistratsabteilung 25, Stadterneuerung und Prüfstelle für Wohnhäuser, beauftragt. Und Wohnfonds Wien definiert auch, wo die Blocksanierungsgebiete sind und man schaut so, wo potenzielle Entwicklungsgebiete sind aufgrund unterschiedlicher Faktoren.

- 30 I: Wann ist das ausgeschrieben worden?

TB: Also die letzte Ausschreibung war 2017. Wir haben den Auftrag zur Gebietsbetreuung 3, 4, 5, 10, 11 seit Jänner 2018.

I: Wenn wir von der Umgestaltung von öffentlichen Räumen wie dem Reumannplatz reden, welche Akteure und Akteurinnen spielen da Ihrer Meinung nach eine zentrale Rolle?

- 35 TB: Bei unterschiedlichen Plätzen, also öffentlichen Räumen sind auch unterschiedliche Stakeholder, Akteure und Akteurinnen dabei. Natürlich spielt da immer auch der Bezirk eine sehr wichtige Rolle, also die Bezirksvorstehung. Bei der Umgestaltung z.B. von Plätzen ist MA 19 der wichtige... also meiner Meinung nach, aber vielleicht auch, weil ich Architektin bin, dass dieser Aspekt wichtig ist. Bei Parks ist es dann MA 42. Also wichtige Rolle sind natürlich auch Gebietsbetreuung, andererseits auch die Bevölkerung, Nutzer und
40 Nutzerinnen. Sie haben auch eine wichtige Rolle. Abhängig davon, wo der Platz ist, wie groß der Platz ist oder Park, gibt es unterschiedliche Akteure und die Stadt Wien, die da mitspielen und entscheiden können.

I: Würden Sie sagen, dass es auch Akteure oder Akteurinnen gibt, die zu wenig Gewicht haben? Die mehr mitreden können sollten?

45 TB: Ich glaube, abhängig vom Ort, grundsätzlich schon. Ich kann sagen, aber jetzt nicht am Beispiel Reumannplatz, sondern grundsätzlich gibt es in der Stadt – das ist jetzt meine persönliche Geschichte – aber bei der Umgestaltung von der Mariahilfer Straße... Obwohl ich damals im Prozess involviert war und als Bewohnerin konnte ich nicht bei der... Die Leute, die keine EU-Staatsbürgerschaft haben, können auf Bezirksebene keine Beteiligungsprozesse mitmachen.

I: Warum nicht?

50 TB: Da geht es um die klassischen Beteiligungsprozesse, nicht darum, ok, ich mache eine Befragung oder Partizipation. Aber z.B. wenn ich eine Postschrift bekomme und damals war z.B. zu entscheiden, willst du, dass das eine Fußgängerzone wird? Die Ausländer, die keine EU-Staatsbürgerschaft haben, haben keine Entscheidungsrechte.

I: Und bei der Umgestaltung vom Reumannplatz war das...

55 TB: ..nicht diese Art, nein. Das war eine andere... Es gibt unterschiedliche Beteiligungsprozesse in der Stadt und Reumannplatz war es nicht diese Art der Beteiligung. Vielleicht war es auch gut so, weil dadurch können die unterschiedlichen Gruppen zur Sprache kommen sozusagen. In jeder Stadt und jedem Prozess gibt es sicher jemanden, der nicht gut vertreten ist. Ich glaube nicht, dass da einzelne Plätze entscheidend dafür sind.

60 I: Aber das heißt, beim Reumannplatz, bei der Umgestaltung sehen Sie da Akteure oder Akteurinnen, die zu wenig gehört wurden?

65 TB: Da kann ich von unserer Seite, von der Gebietsbetreuungsseite nichts sagen. In diesem Sinne von... Der Beteiligungsprozess war ziemlich lang und wir als Gebietsbetreuung, also unser Team war erst ab Jänner 2018 involviert. Wir begleiten Prozesse noch immer, wir sammeln Informationen und haben auch Pläne ausgestellt in unserem Büro in der Quellenstraße. Es kommen auch immer wieder Leute und fragen, wie das aussehen soll und geben Wünsche und Anregungen, auch Schüler und Schülerinnen. Eine ganze Klasse war vor kurzem da und es war, finde ich, nett, weil viele... Ich denke, das ist in Wirklichkeit auch Aufgabe der Gebietsbetreuung, Information zu vermitteln, besonders im Stadtplanungsbereich. Und da finde ich, es ist wichtig... Natürlich kann man sagen, einerseits gab es ein Büro, das für den Partizipationsprozess beauftragt war. Wir haben das letztes Jahr auch erlebt, dass diese Unruhe war, weil sich gewisse Gruppen gebildet haben. Man konnte jetzt auch nicht sagen, ok, es gibt die Gruppen, die sich grundsätzlich nicht zusammenbilden und keine Vertreter haben. Das betrifft nicht nur den Reumannplatz, sondern alle anderen Plätze in Wien.

I: Weil Sie den Beteiligungsprozess auch schon angesprochen haben, wie haben Sie den erlebt?

75 TB: Als Gebietsbetreuung? Ich glaube, also es ist uns bekannt, dass dieser Prozess gemeinsam mit der MA 19 und MA 42 stattgefunden hat und auch unterschiedliche Akteure dagewesen sind. Persönlich als Bewohnerin, also unabhängig von der Gebietsbetreuung sage ich auch, grundsätzlich hat die Stadt Wien und vielleicht an Stellen das Problem, dass sie wenige Leute haben, die die gleiche Sprache sprechen.

I: Das heißt, dass zu wenig Mehrsprachigkeit in der Verwaltung ist oder bei denen, die diesen Beteiligungsprozess...?

80 TB: Ja, ich denke, es geht nicht nur um Sprachen, sondern auch um die Sichtweise der zukünftigen Planung und Nutzung. Also unterschiedliche Kulturen, Wünsche, Nutzungsarten, Verständnis für diese Nutzungsarten. Aber das ist jetzt meine persönliche Meinung. Die MA 17 hat diesen Diversitätsmonitor... Da kann man auch sehen, wie das vertreten ist. Von der Seite der Gebietsbetreuung ist das alles grundsätzlich gut gelaufen im Rahmen der Möglichkeiten. Wir sind in diesem Sinne eher, wie gesagt, die Vermittler von den Informationen als die, die in diesem Fall Prozesse organisiert haben.

85 I: Weil Sie die MA 17 angesprochen haben, war die auch beteiligt, wissen Sie das?

TB: Nein, das weiß ich nicht.

I: Es haben sich ja im Laufe der Zeit zwei Initiativen gegründet. Eine Unternehmer-Initiative, die sich für einen größeren Gastronomiebereich eingesetzt haben und die Initiative Offener Reumannplatz, die sich eben für eine größere konsumfreie Zone eingesetzt haben. Können Sie deren Sichtweisen nachvollziehen?

90 TB: Ja, wir können beide Sichtweisen nachvollziehen. Einerseits den Wunsch der Unternehmer nach Aufwertung. Es gibt auch eine Mischung, dass man z.B. einen Platz belebt haltet, auch unterschiedliche Funktionen anbieten kann. Tichy ist einer der Unternehmer, der ziemlich bekannt ist und ein Anziehungspunkt

ist, nicht nur für den Reumannplatz oder Favoriten, sondern grundsätzlich. Und von Mai bis Ende September ist es selten leer. In diesem Sinne kann ich es nachvollziehen. Ich denke auch von den Erhaltungskosten und...
95 Natürlich gibt es jetzt auch in Favoritenstraße, also Reumannplatz ist der Anfang von der Fußgängerzone Favoritenstraße. Und die Favoritenstraße-Fußgängerzone hat einerseits wirtschaftlich die Problematik, dass es den größten Anteil von Leerständen in Wien hat. Das ist ein Problem. Andererseits hat die Favoritenstraße-Fußgängerzone die höchste Frequenz in Wien. Also es ist nicht leer. Ich kann mir vorstellen, dass eine neue Gastronomie erwünscht wäre. Also vielleicht wäre es notwendig, darüber zu diskutieren, welche Gastronomie.
100 Also nicht nur die, die sich zusammengetan haben, also... Weil das sind immer die gleichen Probleme. Haben sie schon...? Sie haben ja schon mit der Wirtschaftskammer geredet, oder?

I: Ja. Wie bewerten Sie jetzt die Entscheidung, weil dieser Gastronomiebereich, der kommt ja nicht oder es kommt, wenn dann nur ein ganz kleines Café, wenn überhaupt, wie bewerten Sie diese Entscheidung?

TB: Also einerseits kann man schon verstehen, dass es eine konsumfreie Zone braucht. Und ob die Ratio, also
105 das Ausmaß, wie viel das ist, da können wir als Gebietsbetreuung keine Aussage treffen. Wir schauen, wenn es dann umgesetzt ist, ob und wie das funktioniert. Natürlich gibt es von unterschiedlichen Initiativen, auch als Gebietsbetreuung, dass wir auch nicht möchten, dass gewisse Gruppen vom Platz verschwinden. Und wenn man das vergleicht, also Reumannplatz, Keplerplatz... Nicht, dass das grundsätzlich... Es ist nicht unser Wunsch, dass man gar keinen Konsum hat. Also alle Gruppen sollen einen freien Platz haben. Ich glaube, es ist ein Platz, der
110 groß genug ist, wo man sagen kann, er sollte unterschiedliche Funktionen haben. Aber nicht, dass der ganze Platz jetzt so mit Unternehmer sein sollte und dann... Was der Plan dann auch gezeigt hat, dass das nicht der Fall ist und dass die Presse involviert war, aber ja.

I: Mich würde interessieren, weil Sie den Leerstand angesprochen haben, warum glauben Sie, ist das da so ein großes Problem?

115 TB: Warum ist der Leerstand ein Problem oder warum ist es in der Favoritenstraße so ein Problem?

I: Warum so viel Leerstand in dem Gebiet ist, also Favoritenstraße.

TB: Ich denke, das hat sich aus unterschiedlichen Gründen so entwickelt. Da gibt es viele Faktoren, man kann da nicht einen einzelnen betrachten, bei der Favoritenstraße ist es so... Aber es gab diese Untersuchung von der WU, Alltagsökonomie, da ist ein Teil auch Favoritenstraße. Ein Buch ist jetzt herausgekommen, da kann man auch
120 einmal nachschauen. Also ich weiß nicht, ob Sie das...

I: Ja, ich kenne es.

TB: Eigentümerstruktur, Geschäftsstruktur, Angebote, Wünsche, Eigentümer, Wünsche von der Bevölkerung. Also es ist nicht ein... weil da eine größere Baustelle ist und ein Großunternehmer kaputtgeht oder... Deshalb hat es sich auch so zusammengeführt, dass es so ist. Aber es ändert sich auch, seit wir das miterlebt haben bis jetzt.
125 Jetzt wird diese ehemalige Bank wird jetzt ein Hotel, gerade ist der totale Umbruch vom ehemaligen Tlapa-Haus. Also es ändert sich.

I: Um wieder auf den Reumannplatz zurückzukommen: Was sind oder waren die größten Herausforderungen bei diesem Projekt?

TB: Also das können wir als Gebietsbetreuung nicht in dieser Art beantworten. Natürlich ist es unserer Wunsch,
130 dass sich unterschiedliche Initiativen zusammensetzen und Kommunikation... Für uns war die Herausforderung, dass wir als neues Team da hergekommen sind und mit unterschiedlichen Gruppen zu reden. Sonst schauen wir... Also ich denke, es wird auch eine Herausforderung, wie der Reumannplatz neu gestaltet wird im Sinne von, wie wird es genutzt. Weil das ist, glaube ich auch immer, was sich die Leute dann denken oder Städtebau...

I: Welche Erkenntnisse nehmen Sie ins nächste Projekt mit?

135 TB: Also, die Gebietsbetreuung sieht sich, wie vorher gesagt, als Ansprechpartner für Beteiligungsprozesse. Es gibt auch einen großen Wunsch, in Umgestaltungsprojekten involviert zu sein.

I: Zu den kontextuellen Bedingungen, Wien wächst ja von der Einwohnerzahl her sehr stark. Es kommt auch darauf an, vor allem wenn man sich Prognosen anschaut, dann gibt es unterschiedliche Berechnungen. Aber es ist ziemlich unbestritten, dass jedes Jahr in Wien einfach mehr Menschen leben auf der gleichen Fläche. Würden
140 Sie sagen, dass man gesellschaftliche Entwicklungen, die man beobachten kann, auch bei dem Umgestaltungsprozess wahrnehmen konnte?

TB: In welcher Verbindung? Also weil der Umgestaltungsprozess als Rahmen oder die Schritte, wie das funktioniert? Ich weiß nicht, was... Von der MA 42, MA 19, wie das ist, also welche Phasen und...

Normalerweise gibt es zuerst den Beteiligungsprozess, also Befragungen, dann gibt es den ersten Entwurf, dann gibt es manchmal zwei bis drei Entwürfe und da habe ich jetzt wenige Informationen in diesem Sinne und wie sich diese Entwicklungen... Also Wien wächst, das ist etwas, was man schon jahrelang hört. Und das war auch 2015, also das Flüchtlingsjahr. Vor hundert Jahren hat Wien auch zwei Millionen Leute gehabt, also... Natürlich, ob das jetzt auf den Prozess einen Einfluss... Also einen direkten Bezug sehe ich weniger. Dass man Änderungen vielleicht in dem Sinne hat, dass es ein Bedürfnis gibt, mehr öffentliche Plätze zu haben, ein Bedürfnis, dass man mehr Wohnraum hat und zusätzlich, was man jetzt mit der Klimakrise hat, dass es eine Auswirkung auf die Umgestaltung haben soll. Ob das verhandelbar ist, kann ich nicht sagen. Ob es sich auch neue Gruppen gebildet haben... Was wir gemerkt haben, ist dass z.B. mit der U-Bahn-Erweiterung 2017 es nicht mehr die letzte Station ist, aber es nicht weniger Frequenz am Reumannplatz gibt. Der Reumannplatz ist ein Treffort, Treffpunkt und für viele Menschen, die nach Wien kommen.

I: Inwiefern spielt es eine Rolle, dass sich der Reumannplatz in Favoriten befindet?

TB: Eine Rolle für was?

I: Also wenn man über den Umgestaltungsprozess spricht und was jetzt wichtig ist bei dieser Umgestaltung, ist es davon unabhängig, dass es sich in Favoriten befindet oder gibt es da Spezifika, wo man sagt, deshalb ist es besonders wichtig oder deshalb müssen bestimmte Dinge besonders berücksichtigt werden? Oder könnte das genau so in jedem anderen Bezirk auch so stattfinden?

TB: Also die Prozesse kann man anpassen an die lokalen Bevölkerungsgruppen oder Nutzer und Nutzerinnen und das betrifft einerseits jeden Platz. Wenn man irgendeinen Platz umgestaltet, schaut man, wie der Boden ist, wie der Grund ist und Klima, Umgebung, hohe Sonne, aber schaut auch, wer sind die Nutzer und wer soll es nutzen. Dadurch, dass es in Favoriten ist und dadurch, dass es eine Erweiterung gab, war überhaupt die Möglichkeit da, den Reumannplatz neu zu gestalten. Es war jetzt nicht so, ok, jetzt machen wir eine Umgestaltung auf irgendeinem Platz. Es gab damit eine Verbindung und andererseits kann man sagen, der Reumannplatz ist das Herz von Favoriten. Ich glaube auch, er hat mehr mediale Aufmerksamkeit bekommen.

I: Warum? Warum gab es diese mediale Aufmerksamkeit?

TB: Naja, weil es der Reumannplatz ist. Und weil das in Favoriten ist. Weil Favoriten grundsätzlich der Bezirk mit der höchsten Einwohnerzahl in Wien ist. Es ist sehr dicht und wo alle diese Aushandlungsprozesse am Reumannplatz ziemlich sichtbar sind.

I: Das ist eh eine gute Überleitung zur nächsten Frage: Welche Aktivitäten sollten im öffentlichen Raum wie dem Reumannplatz Platz haben?

TB: Also in diesem Sinne haben wir als Gebietsbetreuung keinen besonderen Beitrag geleistet, da wir erst ab 2018 beauftragt wurden. Wir haben uns mehr damit beschäftigt, Informationen weiterzugeben und Leute aufzuklären. Meine persönliche Meinung ist, welche sollen, welche nicht... Es ist eher die Frage, welche sind die Aktivitäten, die nicht erwünscht sind? Nach den Regeln, nach der Wiener Verordnung. Aber die Gebietsbetreuung hat keine spezifischen Zielgruppen im Vergleich z.B. zur Jugendarbeit, z.B. die Agenda mit den Mädchen, die sich in diesem Prozess, eingebracht haben. Wir als Gebietsbetreuung wollen einen Platz für alle.

I: Wo sehen Sie die Stärken und Schwächen des neuen Reumannplatzes?

TB: Ich denke, das wird erst nach der Gestaltung, wenn die Umgestaltung fertig ist und sich die Leute dann da neu finden, klar oder mehr klar.

I: Denken Sie trotzdem, also auch wenn man es nicht sicher sagen kann, aber dass nach der Umgestaltung andere Menschen den Raum nutzen werden?

TB: Ich glaube, grundsätzlich gibt es die Tendenz, dass die öffentlichen Räume immer wieder von anderen Menschen genutzt werden. Dass sie viele Leute viel mehr online Präsenz sind, als dass sie wirklich den öffentlichen Raum nutzen. Besonders die, die am meisten diskutieren sind die, die ihn am wenigsten nutzen, sondern sich darüber... sich dafür engagieren und dagegen. Ich sehe zum derzeitigen Status keinen besonderen Grund, warum derzeitige Nutzer nicht da sein sollten. Aber natürlich kann man sagen, es wäre nett und im derzeitigen Plan schaut es so aus, dass auch mehr Künstler Platz haben sollen oder mit der Mädchenbühne auch mehr am Platz sein sollten.

- 195 I: Die Stadt Wien hat ja ein Funktions- und Sozialraumanalyse in Auftrag gegeben und da gibt es dann auch verschiedene Empfehlungen für die Umgestaltung und eine ist, „dass mögliche Verdrängungsprozesse, die mit einer Neugestaltung des Reumannplatzes einhergehen (können), aktiv aufgegriffen werden und ein sensibler Umgang damit im Sinne armutsgefährdeter, marginalisierter BewohnerInnen Favoritens gefunden werden muss.“ Denken Sie, dass das erreicht wurde?
- 200 TB: Das werden wir sehen. Also das ist in diesem Moment schwer zu sagen. Da die Leute noch immer da sind... Also ich gehe jeden Tag über die Baustelle. Die Leute, die sind noch da. Und die nutzen z.B. den Kinderspielplatz, obwohl der Teil schon abgerissen ist, am Kinderspielplatz spielen Kinder. Und andererseits sind die Leute, die dort schlafen oder trinken, die sind auch noch immer da. Schauen wir, ob das noch so bleibt. Ich denke, das hat mit dieser Art von Umgestaltung, ist es noch nicht der Fall. Es ist keine Umgestaltung, im Vergleich mit dem Karlsplatz oder einem anderen ähnlichen Fall, wo man wirklich die ganze Funktion geändert hat oder gewisse Barrieren gebaut hat.
- 205 I: Da glauben Sie, das wird am Reumannplatz nicht passieren oder das ist nicht geplant?
- TB: Derzeit schaut es nicht so aus.
- I: Die Stadt Wien hat 2015 ein Fachkonzept herausgegeben, Grün- und Freiraum, und da stehen verschiedene Kennwerte drin, unter anderem, dass jeder Person in Wien 4 m² öffentlicher Raum zur Verfügung stehen soll im Umkreis von 500 m. Rund um den Reumannplatz ist dieser Wert nur 0,54 m². Wie soll man damit umgehen?
- 210 TB: Was hat das mit der Umgestaltung vom Reumannplatz zu tun?
- I: Es würde mich einfach interessieren, weil ich mich ja mit dem öffentlichen Raum beschäftige und dann sagt die Stadt Wien, grundsätzlich soll jeder Person 4 m² öffentlicher Raum zur Verfügung stehen und dann gestalten sie einen öffentlichen Raum um, aber sind sehr weit entfernt von dem Kennwert, den die Stadt sich eigentlich selbst als Ziel gesetzt hat.
- 215 TB: Aber am Reumannplatz ist es von der Quadratur her nicht weniger geworden. Man kann die Gebäude nicht, also sagen wir das Amalienbad nicht wegbekommen. Also in diesem Sinne, ich kann verstehen, dass es das gibt. Es ist nur die Frage, ob die Umgestaltung... Also grundsätzlich in städtebaulichem Sinne ist eine Umgestaltung keine Neuschaffung von öffentlichem Raum. Das ist nur die Umgestaltung vom Bestehendem. Straßen sind auch öffentlicher Raum. Weil sonst wird oft der öffentliche Raum so genannt oder es ist nur der Grünraum gemeint, weil das ist auch ein Unterschied. Weil ich kann mir nicht vorstellen, dass man jetzt weniger öffentlichen Raum misst.
- 220 I: Ich glaube, in dem Fachkonzept sind Straßen ausgenommen. Aber Sie haben eh Recht, es geht nicht um die Umgestaltung, sondern eher aus Stadtperspektive, wie man da tun soll.
- 225 TB: Dass es nicht verbaut sein soll, das kann ich verstehen. Dass man neue Grünräume und Freiraum schaffen soll, das wäre auch nett. Dass gewisse Plätze dann auch reserviert sein sollten, vielleicht nicht auf der Grundebene, aber, ich weiß nicht, auf der Dachebene und auch neue innovative Konzepte überlegt, wie man mehr Grün- oder Freiraum schafft, finde ich auch gut. Ich denke, das ist genau der Punkt, wo ich persönlich denke, dass der Reumannplatz... Es ist auch von der Gestaltung mehr von der MA 42 gekommen, weil bei Plätzen gibt es immer die konkrete Frage zwischen Architekten oder Landschaftsplaner, wer das gestalten soll.
- 230 Weil wenn es ein Park ist, dann ist es ein Landschaftsplaner, wenn es ein Platz ist, ist es ein Architekt. Aber gut, schauen wir. Ja, es sollen viele, mehr Grünräume da sein. Ich finde persönlich, dass der Reumannplatz eine Rolle von einem Platz haben soll. Wir haben nie genug Parks. Aber ob jetzt der Reumannplatz ein zusätzlicher großer Park soll und mit grünem Raum versorgen soll, also in diesem Sinne... Dann fehlen uns auch Plätze, die unterschiedliche Aktivitäten haben.
- 235 I: Zum öffentlichen Raum allgemein, wer sollte Ihrer Meinung nach der Umgestaltung von öffentlichen Räumen wie dem Reumannplatz finanzieren?
- TB: Also aus Sicht der Gebietsbetreuung sicher nicht wir. [lacht] Wenn es sich um öffentlichen Raum handelt... Soweit ich weiß, kommt etwas vom Bezirk und von der Stadt Wien auch. Irgendwo gibt es auch unterschiedliche Töpfe und ich denke, das sollte auch weiterhin so gehen.
- 240 I: Warum?
- TB: Meine Meinung ist, ich bin mir nicht sicher, ob Public Private Partnerships in Österreich durch die ganzen Amtswege so leicht umsetzbar sind und auf der anderen Seite hoffentlich... Natürlich kann ich auch beide Seiten

nachvollziehen. Es gibt auch Plätze, wo das gut ist, aber dann gibt es diese... Wo ist das Partnership, weil das nur... Und wer entscheidet, mit wem man Partnership macht? Und deswegen finde ich, ist das derzeitige Modell ok. Dass es in der öffentlichen Hand ist, nicht in der privaten.

I: Was denken Sie, ist so interessant am öffentlichen Raum, ganz allgemein?

TB: ...

I: Oder meiner Meinung nach gibt es ein sehr großes Interesse am öffentlichen Raum, eben am Beispiel Reumannplatz, wie Sie auch selber gesagt haben, wurde da auch sehr viel medial berichtet. Warum gibt es dieses Interesse?

TB: Weil es öffentliche Plätze sind, die einzigen Plätze, wo unterschiedliche Leute noch einen Aushandlungsprozess haben können, auch präsenter sind. Was du zu Hause machst, also privat, ist viel geschützter und im öffentlichen Raum ist es noch eine offene Arena. Und ich denke, dass der öffentliche Raum, nicht nur, weil es weniger Grün gibt, sondern weil es ein Wohnzimmer für alle ist, immer mehr gefragt sein wird und das ist genau der Punkt: Dass es in *diesem* Bezirk wichtig ist, weil unterschiedliche Kulturen andere Verständnisse vom Wohnzimmer haben. Wohnzimmer als öffentlicher Raum. Das finde ich interessant.

I: Bevor ich zur letzten Frage komme, hätte ich noch eine andere Frage, weil es ist vor, ich glaube jetzt vor drei Wochen, ein Artikel im Standard auch erschienen zum Stand der Dinge und da wird auch beschrieben, dass von der Planung her versucht wurde, keine Menschen zu verdrängen von dem Platz und wenn man sich die Kommentare anschaut von Personen, die da im Forum geschrieben haben, dann ist von einigen die Kritik gekommen oder die Aussage gekommen, eine echte Aufwertung von diesem Platz hätte man nur erreicht, wenn man Leute von dort vertrieben hätte. Also wenn den Platz andere Menschen nutzen. Haben Sie diese Kritik auch mitbekommen, als Gebietsbetreuung zwischen den verschiedenen Personen, die da beteiligt waren?

TB: Von unterschiedlichen Institutionen oder von der Bevölkerung? Unserer Erfahrung nach, alle Parks und alle Plätze in allen Bezirken, gibt es immer unterschiedliche... Also zehn Leute, elf Meinungen. Ja, es gibt eine Richtlinie... Die, die am meisten schreien, bedeutet nicht, dass sie am meisten Recht haben. Dass es einen Wunsch nach einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur oder Nutzungsstruktur vom Reumannplatz gibt, kann ich nachvollziehen. Das wollen wir auch. Und viele andere auch. Das ist in diesem Sinne nicht spezifisch für den Reumannplatz. Das kann ich schon bestätigen. Jeder Ort, wo man steht, ist... *Die* Menschen will man nicht da haben. Natürlich, deswegen heißen sie auch marginalisierte Gruppen. Und ich bin überzeugt, dass die Idee, durch Architektur und durch Umgestaltung von öffentlichen Plätzen... Das sollte nicht das Ziel sein.

I: Aber Sie haben gesagt, Sie als Gebietsbetreuung wünschen sich auch eine Veränderung von der Nutzungsstruktur oder habe ich das jetzt falsch verstanden?

TB: Ja, aber das bedeutet nicht Verbesserung. Es geht um die Wertung. Weil es ist immer diese, es gibt den Unterschied, ob man mehr Aktivitäten, andere Arten von Nutzung, Nutzungsregeln, dass man z.B. den Platz länger nutzen kann, statt z.B. bis 8 oder bis 10, dass man bis 12 nutzen kann. Dass man mehr Licht hat oder... Aber diese Art Wert, der damit einbezogen ist, dass gewisse Menschen gut oder schlecht sind oder dass nur eine gewisse Gestaltung eine Aufwertung ist... Die einzige, die keine Aufwertung wäre, ist, dass man es kaputt macht.

I: Und was würden Sie sich wünschen? Also längere Nutzbarkeit von der Tagesuhrzeit und bessere Beleuchtung?

TB: Also das sind jetzt meine persönlichen Wünsche. Die Gebietsbetreuung hat in diesen Sachen unterschiedliche Meinungen gesammelt. Und es ist klar, dass es unterschiedliche Wünsche gibt. Das kann ich auch irgendwo zuordnen. Meine persönliche Meinung ist, dass manche für gewisse Plätze das Bedürfnis haben, also auch für die Lebendigkeit, die Zeit zu verlängern. Ich würde mir auch wünschen, dass es auch ok wäre, um 11 dort zu sitzen, besonders wenn es heiß ist.

I: Das war bist jetzt nicht so? Dass man sich nach 10 Uhr dort aufhalten kann?

TB: Also grundsätzlich ist Nachtruhe in Wien ab 10.

I: Und das bedeutet, dass man auch nicht dort sein kann oder dass man nicht laut sein kann?

TB: Dass man nicht laut sein kann. Stimmt, es ist nicht, dass man nicht dort sitzen kann. Und gewisse Parks oder Regeln gibt es schon, z.B. gewisse Spielplätze, die haben auch Öffnungszeiten und jemanden, der das auf- und zusperrt. Ich bin mir jetzt nicht sicher, wie es beim Reumannplatz vorgesehen ist. Ich weiß z.B. beim Spielplatz

und der Hundezone im Helmut-Zilk-Park, da ist es so umgesetzt worden. Und wie gesagt, am meisten bekommen wir als Gebietsbetreuung, das muss man auch sagen, am meisten Beschwerden. Nicht Lob und Zufriedenheit. Weil Leute kommen nicht extra zu sagen, wir sind super zufrieden mit dem Reumannplatz, sondern sie gehen zum Reumannplatz. Und zu uns kommen sie mit Beschwerden. Dafür müssen wir oder wir möchten auch, wir haben auch andere Schwerpunkte gehabt, im nächsten Jahr wird wieder der Reumannplatz mehr, in diesem Sinne, dass wir dann vor Ort sind und mit Leuten reden und die Meinungen sammeln. Aber so wie das heuer war, haben wir mehr gesammelt, was sie uns gesagt haben, wenn sie zu uns gekommen sind. Und ja, das was medial war, das kann man auch spüren, weil da kommen dann die Leute deswegen auch zu uns.

300 Wenn es einen Diskurs in der Presse gibt oder es irgendwo präsenter ist, dann gibt es auch Leute, die sich da dran anhängen.

I: Ja, jetzt bin ich eh schon am Abschluss. Habe ich Sie irgendwas nicht gefragt, was Sie zu dem Thema noch sagen möchten?

TB: Naja, mich würde interessieren, was haben die anderen gesagt?

305 I: Ja, das kann ich gerne erzählen, aber es wird dann nicht Teil vom Interview sein.

TB: Gut, ich denke, es war super und gut und wir schauen, dass die Sachen getrennt sind, was von der Gebietsbetreuung ist und was meine persönliche Meinung. Also rauszitieren als persönliche Meinung ist ok. Beides können Sie machen.

I: Ok, gut. Vielen Dank für das Interview!

310 [Nach dem Ausschalten des Aufnahmegeräts wurde noch darüber gesprochen, dass es schade ist, dass die Gebietsbetreuung jetzt keine Beteiligungen mehr macht, sondern dass das an externe Büros ausgelagert ist und dass die Schanigarten-Preise in der Fußgängerzone das Zehnfache der Preise in einer Wohnstraße sind und das auch ein Grund sein kann, warum es so viel Leerstand in der Favoritenstraße gibt.]

Transkript

Interview mit Ing.ⁱⁿ Iris Einwaller, BA, Bezirksobfrau Wirtschaftskammer Favoriten

Datum: 25.9.2019

Uhrzeit: 16:30 - 17:13 Uhr

Nach der Begrüßung und Klärung der datenschutzrechtlichen Bedingungen beginnt das Interview um 16:30 im Büro der epmedia Werbeagentur, Wienerbergstraße 11/Turm B, 21. OG, 1100 Wien.

Interviewerin: Also dieses Interview führe ich mit Ihnen als Obfrau der Wirtschaftskammer Favoriten und nicht mit epmedia, aber ich glaube...

Iris Einwaller: ... das ist klar.

I: Woran denken Sie, wenn Sie an den Reumannplatz denken?

5 IE: Im Moment oder wie er sein soll?

I: Im Moment.

10 IE: Im Moment ist es einfach ein kahler, mittlerweile bisschen unbelebter Platz. Also eigentlich belebt ist er schon, weil er sehr hoch frequentiert ist, aber er ist halt nicht unbedingt eine Augenweide, sagen wir so. Auch durch die Verlängerung der U-Bahn ist er jetzt auch nicht mehr so hoch frequentiert wie es davor war. Und ich denke natürlich an die ganzen Unternehmerinnen und Unternehmer, die rund um den Reumannplatz sind, die halt auch, sage ich einmal, ihre Probleme durch die niedrigere Frequenz haben.

I: Welche Rolle spielt der Reumannplatz für die Wirtschaftskammer Favoriten?

- 15 IE: Naja, eine sehr hohe, weil ich würde sagen, dass der Reumannplatz ein sehr zentraler Punkt in Favoriten ist, wenn nicht der zentralste Punkt und natürlich dort auch sehr viele Unternehmer angesiedelt sind. Und ich bin ja auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer im Bezirk da und wir wollen natürlich schauen, dass es denen auch gut geht und dementsprechend eine sehr zentrale Rolle.
- I: Wenn wir vom Planungsprozess sprechen, der ja jetzt auch relativ lang gegangen ist, was würden Sie sagen, welche Akteure und Akteurinnen spielen da eine zentrale Rolle bei der Umgestaltung vom öffentlichen Raum?
- 20 IE: Beim Reumannplatz jetzt im Speziellen?
- I: Genau.
- IE: Naja, die Magistrate natürlich, die zuständig sind, der Bezirksvorsteher natürlich und die Stadt Wien, das waren die zentralen Akteure sage ich einmal.
- I: Das heißt, würden Sie sagen, dass es auch Akteure oder Akteurinnen gibt, die eine größere Rolle spielen sollten oder eher zu wenig Einfluss haben auf die Entscheidung, was passieren soll?
- 25 IE: Also ich weiß, dass sie beim Reumannplatz natürlich am konkreten Beispiel versucht haben, die Bevölkerung miteinzubeziehen oder das auch gemacht haben. Also da kamen ja auch sehr, sehr viele Vorschläge aus der Bevölkerung. Ich glaube, dass es gut ist, bei gewissen Veränderungen von Plätzen sowie im Falle des Reumannplatzes, dass man weitere Akteure miteinbezieht, also z.B. eben die Umgebung, die Anwohner, die Wirtschaft, wen auch immer. Ich glaube, im Falle des Reumannplatzes war das natürlich zum einen gut, dass die Bevölkerung miteinbezogen wurde. Das Problem ist nur immer bei diesen demokratischen Prozessen, wenn man die Bevölkerung miteinbezieht, schließt man halt immer nur die mit ein, die das halt auch irgendwie mitbekommen und sagen, ich möchte mich da auch jetzt aktiv einbringen. Aber natürlich bleibt die Mehrheit der Bevölkerung dann vielleicht doch auch außen vor, weil sie sich gar nicht aktiv einbringen, weil sie vielleicht gar nicht die Zeit haben oder nicht die Lust jetzt gerade. Und dann steht vielleicht was, was dann auch wieder nicht allen gefällt.
- 30 35 I: Wie haben Sie, weil Sie es jetzt auch schon angesprochen haben, den Beteiligungsprozess erlebt?
- IE: Ich persönlich fast gar nicht, weil ich das mit der Wirtschaftskammer erst seit einem Jahr mache – also ich mache die Vertretung erst seit einem Jahr – und ich so diesen Vorausprozess eigentlich gar nicht mitbekommen habe. Deswegen kann ich dazu nicht viel sagen.
- 40 I: Wenn Sie sagen, es haben vielleicht nicht alle die Möglichkeit gehabt, denken Sie da an konkrete Personen oder Personengruppen oder ganz allgemein, dass man nicht alle erreicht?
- IE: Naja, die Möglichkeit haben schon alle gehabt, natürlich, weil das war ja auch so geplant, dass allen die Möglichkeit gegeben wird. Ich glaube einfach nur, dass gewisse Gruppen halt mehr und gewisse Gruppen halt weniger gehört wurden. Und das wäre halt schön gewesen, wenn in diesem Prozess vielleicht... Man hat dann versucht, alle Meinungen und alle Möglichkeiten und alle Ideen irgendwie miteinzubinden, nur das ist natürlich wie bei allem meistens nicht möglich und dann muss es natürlich eine Entscheidung geben. Aber ich glaube schon, dass das sicher... Ich sage jetzt einmal ein Beispiel von der Wirtschaft vor Ort. Es haben sich die Wirtschaftstreibenden von selber eingebracht. Die haben auch Vorschläge gebracht und in Wirklichkeit ist dann von einem größeren Gastropavillon, mit dem man wirklich was anfangen kann, als zentralen Punkt am Reumannplatz, eigentlich nichts oder sehr wenig übrig geblieben. Es wurde dann zwar eine Gastrozone irgendwie eingestanden, aber in der Größe und in der Form, in der sie jetzt geplant ist, ist es halt ein bisschen eine Augenauswischerei, sagen wir es so. Und ich weiß aber, dass sich ein paar Akteure, also z.B. auch der Bezirksvorsteher schon dafür einsetzen, dass halt die Meinungen gehört und eingebracht werden. Aber das ist halt immer schwierig, alle Meinungen unter einen Hut zu bringen.
- 50 55 I: Das wäre eh meine nächste Frage gewesen. Diese Initiative, das ist so abgelaufen, dass die Idee von einem Gewerbetreibenden vor Ort kam, der dann Verbündete gesucht hat und dann sind sie gemeinsam auf Sie zugegangen?
- IE: Genau, also wie gesagt, auch das kann ich nicht mehr ganz genau sagen, weil ich erst ein bisschen später im Prozess dann dazugekommen bin, weil mein Vorgänger das eben noch gemacht hat, der aber dann – in der Wirtschaftskammer darf man nicht zwei Positionen gleichzeitig innehaben – quasi gewechselt hat. Deswegen habe ich die Funktion übernommen. Also wie das alles genau angefangen hat... Also ich weiß, dass ein Unternehmer eben eine Idee hatte und dass der dann eben die Kollegen aus der Umgebung mitgenommen hat - diese Initiative. Und dann sind sie, glaube ich, entweder aktiv auf die Wirtschaftskammer zugegangen oder die
- 60

Wirtschaftskammer hat das mitbekommen. Wie es genau war, kann ich nicht sagen aus der Historie heraus. Und
65 genau, dann hat die Wirtschaftskammer halt versucht, dem ganzen einen Rahmen zu geben und die Unternehmer
bei ihrer Initiative zu unterstützen. Dass dann auch die Idee, die sie da hatten, umgesetzt wird. Es wurde dann
auch ein Rendering gemacht, wir haben eine Pressekonferenz gemacht, wir haben sogar mit dem
Bezirksvorsteher eine Pressekonferenz gemacht, also da ist einiges dann passiert. Weil die Unternehmer machen
das natürlich ehrenamtlich und da ist es dann natürlich gut, eine Vertretung zu haben wie die Wirtschaftskammer,
70 die dann auch wirklich versuchen kann, wie soll ich sagen, einfach da auch Manpower hineinzustecken.

I: Ist das ungewöhnlich, dass das passiert ist? Also dass sich die Wirtschaftskammer bei einer Umgestaltung von
öffentlichen Räumen so direkt einbringt mit Vorschlägen oder ist das eigentlich bei allen
Umgestaltungsprojekten so?

IE: Da fragen Sie mich jetzt Sachen! [lacht] Bei allen Umgestaltungssachen sicher nicht, aber Dinge, die die
75 Wirtschaft direkt betreffen, also in dem Fall ja die Wirtschaftstreibenden am Reumannplatz, ist es eigentlich
nicht ungewöhnlich. Überall glaube ich, wo wir was mitbekommen, wo wir helfen können. Also das ist ja oft so,
wenn öffentliche Plätze umgestaltet werden, haben die meisten öffentlichen Plätze rundherum Gasthäuser,
Geschäfte, was auch immer. Das ist, glaube ich, in der Natur der Sache so. Und natürlich, wenn da was
umgebaut wird, betrifft das die Geschäftstreibenden unmittelbar. Weil es beeinflusst die Frequenz, es beeinflusst
80 natürlich auch, wie das in Zukunft ausschauen wird und dann ist es natürlich schon auch wichtig, sich für die
Unternehmerinnen und Unternehmer einzusetzen und da die Ideen einfach miteinzubringen. Aber ich glaube, es
freuen sich alle drauf, dass da überhaupt was passiert.

I: Das habe ich schon öfter gehört. Warum haben Sie das befürwortet, dass ein größeres Gastronomieangebot
dorthin kommt?

IE: Es gibt ja in dieser ganzen Gruppe Leute, die sich darum kümmern oder die ihre Ideen eingebracht haben,
was beim Reumannplatz passieren soll. Da gibt es ja, ich sage einmal, die, Konsumgegner will ich jetzt nicht
sagen, aber die Leute, die sagen, es sollte eine komplette konsumfreie Zone sein. Nur das Problem ist, dass
gerade wir auch die Erfahrung gemacht haben, natürlich auch als Wirtschaftstreibende, dass desto dunkler es
wird in der Jahreszeit, also wenn man schon in den Herbst reingehen oder dann im Frühjahr, dass natürlich das
90 Thema, der Aspekt der Sicherheit schon ein großer ist. Also Sicherheit nicht im Sinne davon, ob da jetzt wirklich
irgendwas passiert, sondern dieses reine subjektive Gefühl, wenn ich jetzt in der Nacht in einen Park reingehe
oder wenn es schon in der Dämmerung ist und ich sage jetzt einmal, wir kommen jetzt Richtung Oktober,
November, da wird es auch viel früher dunkel und sich da jetzt über so einen Platz drüber zu bewegen, das hat
schon irgendwie, wie soll ich sagen, das macht schon was mit einem, wenn man sich da über den Platz bewegt
95 und es ist komplett dunkel. Jetzt weiß ich natürlich, dass irgendwelche Lampen und was auch immer geplant ist,
nur natürlich, desto belebter der Platz auch in der Nacht ist und das ist im Sommer sicher überhaupt kein Thema,
weil im Sommer, da werden sich die Leute treffen und hinsetzen und, weiß ich nicht, was auch immer tun. Nur
desto es dunkler es wird und desto kühler es wird, desto weniger werden sich dort auch Leute am Reumannplatz
in diesem Parkbereich bewegen und die Idee von einem größeren Gastropavillon war einfach auch den Platz,
100 also nicht über Nacht, aber in die Nacht hinein, also bis um 12, 1, 2 wirklich auch zu beleben und auch zu
schauen, dass es auch für die Leute, die sich dort herumtreiben, ein gewisses subjektives Sicherheitsgefühl gibt.
Weil es natürlich für die Wirtschaftstreibenden, für die Geschäfte rundherum einfach auch ein wichtiger Aspekt
ist, weil desto unsicherer und wie soll ich sagen, abschreckender so ein Platz wirkt, desto weniger Frequenz wird
es geben und das geht natürlich auf die Geschäfte vom Reumannplatz halt auch über. Also dieser
105 Sicherheitsaspekt. Und dann natürlich dieser Frequenzaspekt waren einfach zwei Aspekte, die wir halt gerne
beachtete hätten. Und das Problem ist halt, jetzt im Moment ist es so, dass der Platz, der für diesen
Gastropavillon geplant ist, dass das so klein ist, dass man halt wieder nur die nächste, ich weiß nicht,
Würstelbude oder Kebabbude oder was auch immer haben kann, wo man dann nicht gemütlich sich am Abend
hinsetzt und einen, ich weiß nicht, Aperol-Spritzer trinkt oder einen Glühwein oder was auch immer, sondern
110 das wäre halt nichts, was zum Verweilen einlädt. Und alles, was nicht zum Verweilen einlädt, birgt halt die
Gefahr, dass es wieder die Frequenz nicht erhöht und das wäre halt schade drum. Und ich meine, dieser Platz ist
so groß, dass man da wirklich viel machen kann, ohne dass man... Selbst wenn der Gastropavillon ein bisschen
größer ist, wo man dann auch drinnen sitzen kann. Weil wenn ich nur draußen sitzen kann, dann kann ich es im
Winter gleich wieder vergessen. Für den Sommer glaube ich, ist es nicht so notwendig, aber für den Winter oder
115 für die kälteren Jahreszeiten wäre das einfach extrem wichtig. Und deswegen haben wir uns dafür eingesetzt.

I: Es hat sich, Sie haben es eh schon angesprochen, eine andere Initiative dann auch gegründet, die dann dagegen
war. Können Sie deren Sichtweise nachvollziehen?

IE: Ich kann nachvollziehen, dass quasi Platz gewünscht ist, also eben so eine konsumfreie Zone, wo man jetzt
nicht irgendwas bestellen muss und trotzdem diesen Park nutzen kann. Nur, so wie der Reumannplatz jetzt

- 120 geplant ist... Also, abgesehen davon, dass wenn es ein größerer Gastropavillon wäre, wären ja trotzdem diese Parkbänke und so geplant. Das würde ja deswegen nicht wegfallen. Es wäre vielleicht weniger. Aber ich glaube jetzt nicht, dass da jetzt jeden Tag und jede Nacht laufend, weiß ich nicht, 500 Leute – ich weiß nicht, wie viele da auf den Parkbänken sitzen können – aber gefühlt ein paar Hundert Leute sitzen können, das wird glaube ich nicht passieren. Weil, ich meine, das ist nicht einmal im Rathauspark so und im Rathauspark gibt es hunderte
- 125 Parkbänke. Also ich kann nachvollziehen, dass sie konsumfreie Zonen möchten, wo man sagen kann, ich gehe jetzt in den Park und setze mich da hin und ich habe, weiß ich nicht, ein Picknick mit oder kann mich da mal mit wem hinsetzen und einfach nur unterhalten oder so. Das ist überhaupt kein Thema. Aber warum kann das eine nicht mit dem anderen? Also ich verstehe nicht ganz, warum sie so komplett gegen so einen Gastropavillon waren, weil wie gesagt, der Platz wäre groß genug.
- 130 I: Welche Erkenntnisse nehmen Sie ins nächste Projekt mit? Also ins nächste ähnliche Projekt, angenommen, es wird ein anderer Platz in Favoriten umgestaltet.
- IE: Wenn ich jetzt zynisch wäre, dann würde ich jetzt sagen... [lacht] dann würde ich jetzt sagen, dass es... Nein, das sage ich jetzt nicht, egal, das ist zu hart. Nein, ich bin nicht zynisch. Ich versuche natürlich, das Beste aus der Sache zu machen. Also ich glaube, dass es fürs nächste Projekt immer wichtig ist, sich einzubringen. Also ich
- 135 glaube, dass es nicht gut ist, nichts zu sagen. Und was ich mir einfach wünschen würde für das nächste Projekt ist, dass vielleicht auch die Wünsche der Wirtschaftstreibenden vor Ort, dass die einfach noch mehr gehört werden und dass es nicht immer dieses Gegeneinander ist, weil die Unternehmer haben sich natürlich auch was gedacht. Da ging es ja nicht darum, zu sagen, ich will einen Gastropavillon haben, weil dann machen wir mehr Profit oder was auch immer. Also das war ja nicht der Hintergrund, sondern der Hintergedanke war halt wirklich,
- 140 wenn der Tichy nicht besetzt ist beim Reumannplatz, also wenn der im Winter zuhat, dann sinkt die Frequenz halt irrsinnig und jetzt stellen Sie sich mal einen Reumannplatz vor, wo rundherum überhaupt nichts mehr ist, weil einfach keiner mehr da ist, weil die Geschäfte dann zusperren müssen. Und das ist ja auch, der Reumannplatz ist, also die ganzen Wirtschaftstreibenden sind Arbeitgeber, sind auch Teil dieser Community und das fände ich halt schade und für ein nächstes Projekt würde ich mir einfach wünschen, dass da vielleicht dann
- 145 die Wirtschaft auch ein bisschen mehr Gehör bekommt.
- I: Wissen Sie zufällig, weil Sie die Zahlen angesprochen haben, ob die irgendwo zugänglich sind, wie sich die Frequenzen verändert haben?
- IE: Die Frequenzzahl?
- I: Genau. Vor allem mit der U1 Verlängerung.
- 150 IE: Ich glaube, da gibt es eine Studie, ich glaube, sogar eh von der Kammer. Ich glaube schon, dass man da vielleicht bei der Wirtschaftskammer direkt einmal nachfragen könnte.
- I: Ok, wo genau? Weil ich habe in den Bibliotheken und online recherchiert und eigentlich zu Entwicklungen vom Reumannplatz eigentlich, außer die von der Stadt Wien beauftragte Funktions- und Sozialraumanalyse natürlich, aber sonst eigentlich kaum etwas gefunden.
- 155 IE: Oder die Wiener Linien vielleicht.
- I: Haben die so Bestände, auf die man...?
- IE: Also ich glaube, dass die schon Frequenzmessungen machen, weil die Wiener Linien müssen ja auch schauen, weil da fahren ja auch viele Busse und so, wie die Frequenz der Busse ist und wie das genutzt wird. Also ich könnte mir ganz gut vorstellen, dass sie Zahlen haben. Ob sie sie herausgeben, weiß ich leider nicht.
- 160 I: Aber sozusagen, weil in der Analyse von wer nutzt den Reumannplatz wie und warum, wird ja oft unterschieden, vor allem aus Gewerbetreibendensicht, sind das jetzt Leute, die nur umsteigen oder die dort bleiben oder nur weil sie jetzt nicht mehr dort umsteigen, heißt das jetzt nicht *das* oder eben schon. Gibt es dazu von der Wirtschaftskammer irgendwie Untersuchungen, wie sich das verändert hat? Vielleicht auch schon seit die U-Bahn gebaut wurde. Weil bevor die U-Bahn überhaupt hingekommen ist, war ja, soweit ich weiß, also der
- 165 Herr Tichy hat gesagt, ein verwunschener Kastanienpark mit alten Frauen auf den Bänken. Deswegen würde es mich interessieren da mit Zahlen die Entwicklung irgendwie nachzuzeichnen.
- IE: Also ich kann Ihnen, also von der Frequenz her weiß ich es ehrlich gesagt nicht, nur sagen, ich habe mit den Unternehmerinnen und Unternehmer natürlich vorab geredet und ich weiß von einigen, dass sie sagen, dass die Umsatzzahlen natürlich zurückgehen und dass sie halt sehen, dass es halt schlechter ist, als die U-Bahn noch dort
- 170 geendet hat. Natürlich weil auch die Busse dann von dort weiter gegangen sind und die Leute dort alle

ausgestiegen sind und dann halt am Heimweg vielleicht noch einkaufen gegangen sind. Also das heißt, wahrscheinlich kann man es sich an den Umsatzzahlen der einzelnen Unternehmen anschauen und die kriegt man ja. Da können Sie sich einfach die Bilanzen runterladen. Nur man kriegt natürlich die Bilanzen von 2019 noch nicht, weil die werden ja erst Mitte 2020 veröffentlicht oder September 2020. Das heißt, man könnte es vielleicht an den Bilanzzahlen sehen, wie sich die Unternehmensumsätze entwickelt haben und ich weiß es von einigen Unternehmen vor Ort, dass sich halt die Frequenz empfindlich verändert hat. Und ich glaube auch nicht, dass es nur eine subjektive Sache ist, weil natürlich sie selber es bei den Umsatzzahlen sehen und wenn man sich jetzt die allgemeine Wirtschaftslage anschaut und sieht eigentlich, dass es der Wirtschaft sehr gut geht und dass wir da ja auch auf einem positiven Weg sind, dann fragt man sich schon, was ist der Grund, warum jetzt in dem Bereich das nicht der Fall ist. Und es betrifft aber jetzt nicht nur, also jetzt nicht von den Umsatzzahlen, aber dieser Wunsch kam nicht nur von den Erdgeschossunternehmen, die jetzt irgendwie irgendwelche, von den realtad Flächen [unverständlich, Anm.], sondern das kam auch von den obergeschossigen Unternehmen. Ich habe einmal mit einer Ärztin auch geredet, die dort ums Eck ist, die dann auch gesagt hat, ja, sie mit ihrem Team, die halt jeden Tag da in der Früh hin und am Abend zurück, wo sie dann auch gesagt haben, das ist total wichtig, dass da auch die Beleuchtung passt und dass man sich dort sicher fühlt und dass sie dafür gewesen wären eben für so einen Gastropavillon. Also es ist nicht nur wegen der Frequenz ein Thema.

I: Zum Kontext, es wird sehr viel darüber geschrieben, Wien wächst jedes Jahr um ein paar tausend Menschen mehr, die dann eben mehr in der Stadt leben. Welche gesellschaftlichen Entwicklungen haben Sie da bei der Umgestaltung mitbekommen? Also würden Sie sagen, dass man das auch gemerkt hat, dass einfach jedes Jahr 15-25.000 Menschen mehr in Wien leben oder hätte dieser Prozess genauso gut vor 25 Jahren auch so stattfinden können?

IE: Wie meinen Sie, der Prozess des Umbaus?

I: Eher der Planungsprozess, also jetzt wird ja umgebaut. Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten können, wenn Sie erst seit einem Jahr diese Funktion haben...

IE: Ist ein bisschen schwierig, ja. [20:20- 21:07 wurde nicht transkribiert, weil es für die Analyse nicht relevant ist.] Meine Interpretation ist, ich glaube sehr wohl, dass mittlerweile sehr viel mehr Bürgerbeteiligung und so, dass das einfach viel stärker gemacht wird. Bürgerbeteiligung ist schön und gut oder ist auch wichtig, glaube ich, sofern die Bevölkerung richtig und gut informiert ist und sofern auch wirklich alle Stakeholder, die damit zutun haben, auch Gehör finden. Und ich glaube, dass diese Bürgerbeteiligungsgeschichten im öffentlichen Raum, dass das wahrscheinlich noch stärker werden wird, weil auch durch die ganzen sozialen Medien und man kann ja überall mitreden und man bekommt ja alles viel mehr mit und man bekommt viel mehr Informationen. Ich glaube nur, dass am Ende des Tages natürlich, dass es auch wichtig ist, von den Entscheidern dann im Endeffekt, dass sie sich dann natürlich nicht auf Einzelmeinungen von vielleicht kleinen Gruppierungen nur verlassen, sondern dass man dann wirklich sagt, man trifft diese Entscheidung, weil die für das Gesamtbild wichtig ist, weil die für das Gesamtbild gut ist, für die Gesamtbevölkerung usw. usf. Und da bin ich ein bisschen kritisch, ob das so funktionieren wird, wenn man noch stärker in die Bürgerbeteiligung reingeht.

I: Woran liegt das, glauben Sie?

IE: Das liegt oft daran, dass einfach meiner Erfahrung nach, nur weil jemand laut schreit, er nicht unbedingt die größte Mehrheit vertreten muss. Und wenn man sich intensiv mit irgendeiner Sachen beschäftigt, weil man halt daran interessiert ist, das gilt genauso natürlich für die Kammer... Das würde sich ja jetzt auch keiner wünschen, wenn man sagt, ok, es wird ein Platz umgestaltet und die Wirtschaftskammer schreit am lautesten, deswegen wird jetzt alles so gemacht, wie es die Wirtschaftstreibenden wollen, kann ja auch nicht zielführend sein. Genauso wie es dann kleinere Gruppierungen gibt, die dann vielleicht super laut schreien, weil sie sich formieren und organisieren und dann in Wirklichkeit lässt man aber das Gesamtbild und vielleicht auch einen Großteil der Bevölkerung und einen Großteil der Leute, die das betrifft, dann auch außer acht. Und die Kunst bei solche Bürgerbeteiligungen ist glaube ich, wirklich zum einen alle Meinungen zu hören und einzubinden und zum anderen aber dann was zu machen, was für die Gesamtheit auch wirklich sinnvoll und gut ist. Und dann aber natürlich trotzdem alle, die sich eingebracht haben, wieder abzuholen und zu sagen, wir haben eh das und das für euch getan, weil sonst ist es natürlich wieder eine Augenauswischerei. Dann sage ich wieder, beteiligt euch, aber ja, ich habe dann eh was komplett anderes gemacht. Das geht auch nicht. Also mir als Bürgerin z.B., wenn wir jetzt von der Wirtschaftskammer weggehen, mir persönlich wäre es lieber, mir sagt jemand, ok, ich habe da einen Vorschlag, der ist durchdacht in die und die Richtung, so wollen wir das machen, wir nehmen gerne noch Feedback mit auf, aber das ist der Plan. Und dann wird es halt auch so umgesetzt mit eben von mir aus einer Feedbackrunde, weil man vielleicht das eine oder andere nicht mitbedacht hat. Also wenn man dann 100 Meinungen aufnimmt und im Endeffekt kommt dann eine österreichische Lösung raus. [lacht] Also so eine Kompromisslösung, die dann vielleicht nicht Fisch, nicht Fleisch ist, so wie jetzt in unserem Fall der

Gastropavillon, wo wir zwar irgendwie gehört wurden und sie geschaut haben, dass wir einen Gastropavillon haben, aber in einer Form, wo ich sage, das ist halt auch nicht sinnvoll.

230 I: Da wollte ich Sie eh fragen, das ist ja noch nicht klar, wer dieses Café bekommt. Wie schätzen Sie das ein, ob man da leicht Investoren findet oder Personen, die dieses Café dann dorthin bauen wollen? Weil ich habe da unterschiedliche Meinungen gehört...

235 IE: Also ich glaube, dass es extrem schwierig wird, ich sage es ganz offen. Ich glaube, dass dadurch, dass die Infrastruktur für ein Lokal dort derzeit noch komplett fehlt und derjenige, der das aber betreiben möchte, das alles selber zahlen müsste, dass es da fast niemanden gibt, der das finanzieren kann. Und dann ist halt auch fraglich, nachdem das ja jetzt nicht die Größe, die Ausmaße angenommen hat, wie man eigentlich dachte, ob das dann überhaupt funktioniert. Deswegen glaube ich, dass es eher schwierig wird, aber es würde mich interessieren, wer glaubt, dass es einfach ist?!

240 I: Also nur allgemein gibt es die Stimmung oder die Meinung, dass es extrem lukrativ ist, in Wien derzeit Lokale mit Schanigärten aufzumachen, wenn man sich z.B. den Donaukanal anschaut oder den Yppenplatz oder so. Und wenn man dann anschaut, ok, Favoriten mit dem Sonnwendviertel und jetzt mit der Infrastrukturerweiterung mit der U-Bahn...

245 IE: Also es ist ja eine ganz andere Zugangsweise oder eine ganz andere Umgebung, also es ist ja ein Donaukanal und ein Yppenplatz nicht mit einem Reumannplatz vergleichbar. Vor allem weil wir aktuell das Problem haben, also nicht massiv, aber dass das Sonnwendviertel, das jetzt super schön dorthin gebaut worden ist, wo wirklich auch wieder junge Leute dorthin ziehen und man eigentlich eine tolle Kaufkraft dort hätte, dass für die der Reumannplatz und auch die komplette Favoritenstraße viel zu weit entfernt ist, als dass sie jetzt sagen würden, na gut, ich gehe am Abend schnell einmal am Reumannplatz und trinke dort das eine oder andere Gläschen und das würde auch ein Lokal in der Form nicht ändern. Ich glaube, das Problem ist, dass die Leute vom
250 Sonnwendviertel, ich habe selber dort zwei Jahre gewohnt, deswegen kann ich das so erzählen, dass die eher schnell mal in die U-Bahn steigen und dann in zwei, drei Stationen mit der U1 in der Stadt sind oder am Naschmarkt oder wo auch immer, als dass sie sagen würden, ja ich gehe jetzt da am Reumannplatz oder auf die Favoritenstraße. Also da müsste, glaube ich, schon mehr passieren, als dass man da einen Gastropavillon hinstellt. Ich glaube nur für die Bevölkerung und für die Umgebung würde es halt vielleicht die Gegend ein
255 bisschen aufwerten und wenn man diese Gegend ein bisschen aufwerten kann, indem man sagt, ja, wir sitzen da am Abend und essen was oder trinken noch irgendwas. Wenn man das kann, wenn man das schafft, dann würden die Leute vom Sonnwendviertel kommen. Aber da läuft so viel Wasser den Fluss hinunter, dass das funktioniert, also halte ich das für sehr schwierig und Gastro ist generell ein sehr schwieriges Geschäft. Ich glaube schon, dass es sehr viel Gastronomie gibt, die gut funktioniert, aber noch viel mehr, die nicht wirklich oder schlecht funktioniert oder wo sie sich einfach schwer tun, Gäste zu bekommen und das muss man auch mal überleben.
260 Man muss die Miete zahlen, man muss die Mitarbeiter zahlen, das Essen, du musst... Also das ist ja alles nicht so ohne. Ich denke an die ganzen Auflagen und Bestimmungen, die da dazukommen. Deswegen glaube ich persönlich, dass es nicht so einfach ist, aber...

I: Nochmal zurück zur Organisation und Finanzierung, wer soll Ihrer Meinung nach die Umgestaltung von so einem öffentlichen Raum finanzieren?

265 IE: Naja, wenn es um öffentlichen Raum geht, dann auch die öffentliche Hand. Wenn es ein Park oder ein konsumfreie Zone ist, warum... Das wird eh vom Steuergeld gezahlt, also...

I: Warum? Also warum soll das die öffentliche Hand bezahlen?

270 IE: Naja, das ist ja in jedem Bereich so. Die öffentliche Hand, ob es jetzt der Bezirk, das Land oder der Bund ist, zahlt Straßensanierungen, ist dafür zuständig, dass genügend Lampen und was weiß ich was auf der Straße sind, zahlt eben Parks und Parkbewirtschaftung etc. Das ist ja für die Allgemeinheit und das wird aber in jedem Bezirk halt gleich gemacht und dementsprechend, weil es für die Allgemeinheit ist und wir doch ein Staat sind, der ein Sozialstaat ist, wo viel einfach vom Staat finanziert wird, gehört das halt auch dazu, finde ich.

275 I: Aber es muss ja nicht so sein, weil z.B. die Herrengasse, wo die umgestaltet wurde, haben das zum Großteil die Anwohner oder die Eigentümer finanziert. Und es gibt ja auch Länder, in denen zumindest teilweise, dass man sagt, ok, man teilt sich Kosten oder so. Und grundsätzlich, wenn man sich anschaut, gibt es schon ein bisschen so globale Trends, dass öffentliche Gelder, also die Kosten mit Privaten zumindest geteilt werden.

IE: Naja, die Frage ist immer, warum und wer soll es finanzieren. Grundsätzlich ist es ja so, das ist meine persönliche Meinung dazu, wer zahlt, schafft an. Das heißt, wenn es jetzt so sein sollte, dass Private oder Unternehmer oder wer auch immer die Umgestaltung vom Reumannplatz zur Hälfte oder ganz zahlen sollen,

280 dann müssen sie auch sagen können, was dorthin kommt. Nur das Problem ist ja auch, wem gehört der Grund und Boden, wem gehört dieses Gebiet und wer ist dann dafür verantwortlich, dass das wieder schön aussieht und so bleibt. Wir sind nun mal ein Sozialstaat, in unserem Sozialstaat wird eben, wie gesagt, viel vom Bund und den Ländern und so bezahlt. In anderen Ländern ist das anders und deswegen mag auch die Historie dahinter anders sein. Nur bei uns ist es halt nicht so. Und ich muss halt dazu sagen, in unserem Fall, also im Fall des
285 Reumannplatzes, für die Umgestaltung... Es sei denn, es geht konkret um den Gastropavillon, wo es jetzt noch darum geht, dass die Person, die das dann betreibt, dann auch damit Geld verdienen soll, dann denke ich schon, dass man sich die Kosten teilt. Weil es ist ja immer die Frage, was will die Stadt, wollen die dort einen Gastropavillon? Wenn sie das wollen, müssen sie die Möglichkeit zur Verfügung stellen, dass man einen bauen kann, so wie durch Abwasserkanal und diese ganzen Geschichten, die man halt braucht, also die
290 Rahmenbedingungen schaffen und alles andere kann dann der Unternehmer übernehmen. Das denke ich schon, dass das geht, aber wenn es jetzt darum geht, den kompletten Platz umzugestalten, denken Sie daran, ich weiß nicht, es wird, es wird Grünraum geschaffen, wer kümmert sich darum, dass dort keine Ahnung, Rasen gemäht wird, dass die Büsche und was weiß ich was, gestutzt werden, wer kümmert sich darum, dass dort gestreut wird? Wer kümmert sich darum, dass ich weiß nicht, was umgebaut wird...? Das sind ja alles Dinge, die aktuell von
295 der Stadt aus geleitet werden und warum soll dann der Private oder wer auch immer, warum soll der dann dort...? Der müsste dann ja auch dafür haften, was dort passiert. Also das geht ja auch irgendwie nicht. Und was hat der davon? Also außer, dass der Platz dann halt schöner aussieht, aber wer zahlt da dann mit? Ist eh schön, wenn man eine Crowdfunding-Kampagne dazu macht und die Leute sagen, ja, ich finde das gut, wenn der Reumannplatz umgestaltet wird, zahlen wir dort ein, dann ist es für mich wie eine Spendenkampagne. Natürlich geht das, kann man ruhig machen. Ich finde nur, man kann niemanden dazu verpflichten, dass er das machen muss.

I: Zum Reumannplatz konkret, welche Aktivitäten sollten Ihrer Meinung nach im öffentlichen Raum Platz haben, wie dem Reumannplatz?

IE: Im öffentlichen Raum, im konsumfreien Raum oder generell?

305 I: Wenn Sie sagen, dass am Reumannplatz auch Platz sein sollte für Kaffee und Einkauf oder, also was für Aktivitäten sollten dort möglich sein?

IE: ...

I: Oder auch anders gefragt, gibt es irgendwelche Aktivitäten, wo Sie sagen würden, die sollten dort keinen Platz haben?

310 IE: Nein, nicht keinen Platz. Ich glaube nur, aktuell, was eben geplant ist und das ist bitte auch nur meine persönliche Erfahrung mit diesen Dingen, ich habe ein bisschen Angst, dass dort zu viel gemacht wird, dass dann ein Teil davon überhaupt nicht genutzt wird. Also dass da Geld für was ausgegeben wird, was dann keiner nutzt und das fände ich halt schade. Also es gibt da so einen Sportbereich, glaube ich, so einen Outdoor-Sportbereich. Die Frage ist, wenn der Platz tatsächlich so belebt sein wird, wie es sich alle irgendwie wünschen,
315 wer macht dann da tatsächlich noch Sport? Weil man da ja dann nicht diesen geschützten Bereich hat oder geplant ist glaube ich auch irgendwas mit Wasser, so ein Wasser...

I: ...bogen.

IE: Bogen, genau. Wie lange oder wie viel im Jahr kann man das tatsächlich nutzen? Weil in der kalten Jahreszeit das aufzudrehen ist eh ein Wahnsinn. Das muss gewartet und gepflegt werden, das ist extrem viel
320 Aufwand. Ja, die Frage ist halt immer, wird es tatsächlich genutzt oder nicht. Das ist genau so wie bei mir im Unternehmen, wenn wir jetzt Sozialbereiche machen oder irgendwas aufstellen, wie einen Tischfußballtisch oder was auch immer, das kann halt auch eine Investition sein, die halt nach hinten losgeht, aber das kann man vorab glaube ich nie sagen. Das entwickelt sich dann halt irgendwie. Also ich glaube jetzt nicht, dass da irgendwas dabei ist, wo ich sage, das ist ein kompletter Blödsinn und das brauchen wir überhaupt nicht. Natürlich würden
325 wir uns einen größeren Gastrobereich wünschen, wo man auch wirklich zu jeder Jahreszeit irgendwie verweilen kann und was irgendwie nett zum Sitzen ist. Neben den ganzen Parkmöglichkeiten und den konsumfreien Zonen, aber das Leben ist kein Wunschkonzert.

I: Denken Sie, also Sie haben es eh schon gesagt, man wird sehen, aber denken Sie, dass nach der Umgestaltung andere Menschen den Raum nutzen werden? Oder dass sie den Raum anders nutzen werden?

330 IE: Naja, anders nutzen ganz bestimmt, weil er ist ja dann ganz anders. Das glaube ich schon, dass der Raum dann anders genutzt wird. Vielleicht wird er auch mehr genutzt, also das kann schon gut sein, weil ja dann eben was geboten wird. Ob dann wirklich andere Leute dort sind, glaube ich nicht. Also ich glaube nicht, dass die

Umgestaltung in der jetzigen Form wie sie geplant ist, jetzt wirklich die Leute anzieht, als der Hotspot, den man, wenn man jetzt im 10. ist, schon gar nicht aus dem Sonnendviertel, dann unbedingt besuchen muss.

335 I: Weil Sie es jetzt gerade angesprochen haben, es werden die gleichen Leute dort sein, ich habe den Standard-Artikel schon angesprochen von vor zwei Wochen und wenn man sich da die Kommentare anschaut, sind sie sehr kritisch...

IE: Das wundert mich nicht, beim Standard. [lacht]

340 I: Unter anderem kommt auch immer wieder, eine echte Aufwertung von dem Platz hätte es nur gegeben, wenn eben nicht mehr die gleichen Leute dort sind, sondern eben andere. Können Sie das nachvollziehen?

IE: Naja, ich sehe es vielleicht ein bisschen anders. Ich bin keine gebürtige Favoritnerin, aber ich glaube, dass sich Favoriten einfach auch weiterentwickelt hat und ich glaube, dass man den Platz vielleicht so hätte gestalten müssen, ich weiß, es wurde die Bevölkerung einbezogen und so, aber dass man vielleicht auf die
345 Bevölkerungsstruktur und die Bedürfnisse der jetzigen Bevölkerungsstruktur vielleicht mehr hätte eingehen müssen, dann würde der Platz auch wirklich belebt sein. Ich glaube nur, dass zu diesem Klientel, das sich jetzt aktuell um den Platz bewegt oder dort unterwegs ist, nicht zwingend eben wie gesagt so ein öffentlicher Sportpark und ein... Also ich glaube, dass das eher schwierig wird.

I: Eine letzte Frage habe ich noch, bevor ich zum Abschluss komme. Die Stadt Wien hat 2015 das Fachkonzept Grün- und Freiraum herausgegeben, wo sie gesagt haben, grundsätzlich sollte jeder Person in 500 m Umkreis 4
350 m² öffentlicher Raum, Freiraum zur Verfügung stehen. Rund um den Reumannplatz ist das pro Person 0,54 m², also ein halber Quadratmeter. Wie soll man damit umgehen?

IE: Wie meinen Sie, wie soll man damit umgehen, also worauf...

I: Also wenn die Stadt Wien sagt, wir hätten gerne, dass jeder Person 4 m² zur Verfügung steht und dann hat man die Situation, dass es in der Realität nur ein halber Quadratmeter ist. Gibt es da Möglichkeiten, wie man das
355 beeinflussen kann?

IE: Ich kann ja den Raum, der zur Verfügung steht, nicht beeinflussen. Ich meine, Sie haben es vorher selber gesagt, der Zuzug nach Wien ist enorm. Wir müssen irgendwie mit diesem Zuzug auch fertig werden, wir müssen Wohnraum schaffen, nachverdichten, diese ganzen Geschichten. Das geht mit dem Konzept, wie viel
360 Quadratmeter öffentlicher Raum pro Person da sein soll natürlich schwer einher. Aber natürlich ist es ein schöner Wunsch. Also wie soll man damit umgehen? Also man kann natürlich versuchen, Freiraum dann auch in der Höhe irgendwie zu schaffen und durch, ich weiß es nicht, irgendwelche öffentliche Dachterrassen oder sonstiges, nur auch das ist natürlich in der Umsetzung sehr schwierig, auch kostenintensiv. Nur aufgrund dieses Konzepts jetzt, zum einen habe ich den Zuzug von 15 bis 25.000 Personen pro Jahr plus zusätzlich sage ich, ich möchte aber 4 m² Freiraum, habe den aber jetzt schon nicht überall. Ich kann ja jetzt nicht anfangen, die
365 Gebäude rundherum abzureißen, damit ich diesem Wunsch entspreche. Und zusätzlich habe ich aber immer mehr Zuzug. Da dürfte ich ja niemanden mehr herziehen lassen, wovon ich auch nichts halte. Und Wien wächst ja noch immer mehr und der Speckgürtel und Wien, das schwimmt ja immer mehr. Deswegen, ein schöner Wunsch. Ich glaube, dass man einfach durch vertical farming, durch diverse, weiß ich nicht, Begrünung von Fassaden etc., dass man da sehr viel machen kann, dass man versuchen kann, das Klima und auch die Art und
370 Weise, wie ich durch eine Stadt gehe, einfach verändern kann. Wenn ich jetzt durch die Betonwüste gehe, dann fühle ich mich natürlich nicht wohl und es ist kein wirklicher Erholungsraum, sage ich einmal. Aber wenn ich das Gefühl habe, ich gehe durch einen Dschungel, jetzt z.B. oder durch einen Wald durch, weil die kompletten Fassaden begrünt sind, dann brauche ich vielleicht auch diesen Freiraum nicht mehr. Also dann brauche ich vielleicht jetzt nicht mehr unbedingt 4 m² pro Person in Form von Parks, sondern dann habe ich halt andere
375 Möglichkeiten. Ich glaube, so könnte man das versuchen. Wie gesagt, der Wunsch ist eh schön, aber die beiden Sachen gehen für mich irgendwie nicht ganz zusammen.

I: Ja, ich bin jetzt eben fertig mit meinen Fragen. Habe ich jetzt irgendwas nicht gefragt, was Sie noch sagen wollen zu dem Thema?

IE: Nein, Sie haben eh mehr oder weniger, mich komplett ausgequetscht. [lacht] Nein, ich glaube, ich hoffe, ich habe Ihnen weiterhelfen können. Und ich hoffe einfach, dass der Reumannplatz, so wie er jetzt geplant ist, dass
380 das Konzept so aufgeht und dass es für alle einfach positiv ist, also nicht nur für die Wirtschaftstreibenden, sondern für die Anrainer und für alle, die über diesen Platz drüber müssen, weil sie was auch immer, wo unterwegs sind. Ich hoffe einfach, dass es funktioniert. Weil es will dann auch keiner einen, ich weiß nicht, im schlimmsten Fall, einen versifften Park, wo keiner mehr hinwill und rundherum komplett leere Geschäfte, weil
385 die Geschäfte dann alle komplett ausgestorben sind und nur noch der Tichy im Sommer offen hat. Also das wäre

auch schade drum, vor allem weil es ein so großes Projekt ist. Toleranz auf allen Seiten wäre manchmal ein bisschen schöner.

I: Ja, vielen Dank für das Interview!

Transkript

Interview mit Mag.^a Sonja Gruber

Datum: 4.9.2019

Uhrzeit: 9:15 - 10:10 Uhr

Nach der Begrüßung und Klärung der datenschutzrechtlichen Bedingungen beginnt das Interview um 9:15 in der Kurkonditorei Oberlaa, Hauptbahnhof 1, 1100 Wien.

Interviewerin: Ok, also wie gesagt, seit einigen Jahren war schon klar, dass der Reumannplatz im Zuge der U1-Verlängerung umgestaltet werden soll und seitdem ist recht viel passiert: Institutionen und Personen haben sich da beschäftigt, die Funktions- und Sozialraumanalyse z.B. oder der Beteiligungsprozess oder eben Initiativen, die sich da zu Wort gemeldet haben. Und jetzt haben die Bauarbeiten angefangen. Mich würde Ihre Sicht auf dieses Thema interessieren.

Dann fange ich gleich mit der ersten Frage an und zwar: Woran denken Sie, wenn Sie an den Reumannplatz denken?

Sonja Gruber: Das ist schon ein Projekt, das mir sehr am Herzen liegt, dass mich der Reumannplatz schon sehr fasziniert. Weil ich damals die Funktions- und Sozialraumanalyse gemacht habe, bin ich auch hingekommen und habe mir gedacht, puh, der ist auch in die Jahre gekommen. Und irgendwie hat er versteckte Qualitäten, die man eigentlich erst merkt, wenn man wirklich längere Zeit dort verbringt. Durch die Erhebungsarbeiten am Platz habe ich auch gemerkt, dass erstens die Leute, die sich selber dort oft aufhalten und viel Zeit verbringen, von dem Platz total schwärmen. Und ich habe dann selber das bei mir gemerkt, je länger ich dort bin, desto mehr merke ich, welche Qualitäten der Platz bietet. Und wie so das Miteinander oder das friedliche Nebeneinander von verschiedensten Menschen mit den verschiedensten Hintergründen funktioniert. Und das ist eine Qualität, wo ich mir erhoffe, dass das auf jeden Fall erhalten bleibt und ich bin eigentlich recht zufrieden mit dem. Das hat lange gebraucht, es war politisch hoch diskutiert. Jetzt wird er umgebaut und ich denke, dass das, was jetzt rausgekommen ist, viel von den Qualitäten, die wir gesagt haben, die es am Platz gibt und die erhalten bleiben sollen, auch nach dem Umbau erhalten bleiben. Es hat das Potenzial, ja und ich bin froh, dass keine Gastromeile kommt in dem Sinn. Also Gastromeile oder halt, dass es also total kommerzialisiert, ein durchkommerzialisierter Platz wird. Da bin ich eigentlich recht... Also, wie die konkrete Ausgestaltung dann ist und ich meine, es hat da auch nicht so viel Geld gegeben, dass alles neu und anders gemacht wird, aber ich habe das Gefühl, dass viele Dinge, die Ergebnisse der Funktions- und Sozialraumanalyse waren, schon ihren Platz gefunden haben und das hat zwischendurch mal so ausgesaut, also ob das überhaupt nicht passiert und jetzt denke ich mir, ok, es war nicht ganz umsonst. Oder ich habe das Gefühl, das hat was bewirkt, dass es diese Sozialraumanalyse gegeben hat, dass es das Partizipationsverfahren gegeben hat. Das war schon jetzt, ich habe es auch spannend gefunden, dass sich die Geschäftsseite rundherum so massiv eingebracht hat. Ja, also dass das schon ein Anliegen war, es war niemandem egal. Ich mag das Projekt sehr gerne, ich verfolge den Reumannplatz sehr genau, ich bin selber immer wieder dort und schaue mir das an.

I: Zu vielem, was jetzt angesprochen wurde, werden wir dann eh noch genauer kommen. Vom Planungsprozess her, welche Akteure und Akteurinnen spielen da eine zentrale Rolle bei der Umgestaltungen vom öffentlichen Raum, vom Reumannplatz?

SG: Wirklich die Umgestaltung?

I: Mhm.

SG: Na es ist so, dass bei den Wiener Linien, wenn die eine Baustelle haben, haben sie – da war es jetzt die U1-Verlängerung oder wenn sonst was passiert – danach die Verpflichtung, den Platz wieder herzustellen. Und so ist es dazu gekommen, dass der Reumannplatz, der ja wirklich auch schon in die Jahre gekommen ist, dass da gesagt worden ist, da könnten wir doch schauen, wie die Umgestaltung ausschauen soll. Und die Wiener Linien haben da so einen eigenen Generalplaner, also das ist der Herr Grimm. Und z.B. das Planungsbüro tilia, das mit dem Partizipationsverfahren beauftragt wurde, die haben auch nur eine Grundlage für eine Planungsskizze gemacht, aber die ausführende Planung hat das Büro Grimm dann gemacht. Und natürlich sind da verschiedene

Magistratsabteilungen beteiligt, also die MA 42 Stadtgartenamt, MA 28, dann die MA 19 für die Planung selbst, das Büro tilia eben, das beauftragt worden ist mit dem Partizipationsverfahren. Wo ich auch sehr froh war, dass sie das geworden sind, weil die einfach sehr viel Erfahrung haben mit gendersensiblem Planen und Freiräumen, aber die haben auch ein gutes Gespür für unterschiedliche soziale Gruppen und auch dafür, dass soziale Gruppen, die mit weniger sozialem Kapital ausgestattet sind, da auch berücksichtigt werden und zu Wort kommen und ihre Meinung besser kennen also nicht nur die, die sowieso laut schreien können und so. Und ich finde, das ist ihnen auch recht gut geglückt, also nicht recht, es ist ihnen gut geglückt. Auch wenn das nicht immer leicht war, weil dann hat sich die Politik auch nochmal eingemischt, es hat dann einen Wechsel in der Bezirkspolitik gegeben von der alten Bezirksvorsteherin zum jetzigen Bezirksvorsteher, der Herr Kaindl [Stv. Bezirksvorsteher, Anm.], der viel für den Platz gemacht hat, der ist in der Zwischenzeit in Pension gegangen. Es hat sich sehr lange getan. Ja und die Leute, die dort am Platz sich aufhalten, sind auch wesentlich für die Planung, wesentliche AkteurInnen, die den Platz nutzen.

I: Würden Sie sagen, dass bestimmte Akteure oder Akteurinnen eine größere Rolle spielen sollten?

SG: Ich glaube, dass es üblicherweise immer Gruppen gibt, die sich leicht tun, da eine Rolle zu spielen und dann gibt es Gruppen, die z.B., nicht das Selbstverständnis haben, dass sie sowieso gefragt werden und dass ihr Meinung wichtig ist etc. Und ich glaube, dass es wichtig ist, in Partizipationsprozessen, dass die aktiv reingeholt werden, also in dem Sinn, dass die wichtiger werden, nämlich die tatsächlichen Nutzer und Nutzerinnen, wer ist dort vor Ort? Manchmal sind das auch Gruppen... Also man sollte sich immer fragen, wer ist vor Ort und wer ist nicht vor Ort. Das sind dann manchmal, keine Ahnung, Jugendliche oder jugendliche Mädchen oder alte Leute oder so. Dass man schaut, wo sind die, warum kommen die nicht? Und dass man schon schaut, dass da also verschiedenste gesellschaftliche Gruppen beteiligt sind. Aber es ist schwierig, wenn z.B. nur Leute über den Platz reden und wie sie ihn gerne hätten, die ihn eigentlich gar nicht nutzen, die eigentlich nie dort sind oder nur mal schnell durchgehen. Weil das sind dann auch Leute, für die es vielleicht nicht notwendig, also die nicht auf den Platz angewiesen sind, dass sie draußen sitzen können, schauen können, ohne konsumieren zu müssen.

I: Wenn Sie jetzt sagen, es gibt die, die man eher aktiver involvieren sollte und nicht die, die es schon leichter von sich aus tun, wer sind die, die es leichter von sich aus tun oder tun können?

SG: Auf jeden Fall z.B. die Geschäftsleute. Ich meine, die haben die WKO aktiviert und haben den Bezirksvorsteher für sich aktiviert. Die haben da schon viel soziales Kapital und Ressourcen, um auf sich aufmerksam zu machen und auf ihre Wünsche und Bedürfnisse. Das haben dann Leute, die, keine Ahnung, wenig Geld haben, die wenig Stimme haben, die vielleicht jetzt auch nicht so perfekt deutsch sprechen z.B., die aber oft in sehr beengten Wohnverhältnissen wohnen und da dann auch hinaus müssen und den Platz eben auch brauchen als erweiterten Wohnraum sozusagen. Das wären für mich die Gruppen, wo man schauen muss. Auch ältere Menschen, dass die zu Wort kommen. Und bei den älteren Menschen hat man auch... Also wir haben z.B. eine Diskussionsrunde in einem Pensionistenheim gemacht, die alle sehr hoch betagt waren und wo wir dann draufgekommen sind, die haben sehr viel kritisiert am Reumannplatz, die sind eigentlich den ganzen Sommer über in ihrem Gartenhäuschen. Die haben ein Gartenhäuschen und privaten Freiraum und die sind in der heißesten Jahreszeit nicht am Reumannplatz. Und es ist dann schwierig, also man muss auch schauen, welche PensionistInnen, weil wenn die dann sagen, der Platz soll so und so und so sein, obwohl sie eigentlich eh nie dort sind, ist es auch wieder schwierig. Aber ihre Sichtweise ist trotzdem wichtig, auf dem Platz.

I: Wie haben Sie den Beteiligungsprozess erlebt?

SG: Ich war ja mit eingebunden, also ich spreche auch türkisch und rumänisch z.B. und spanisch. Ich war mit eingebunden, um Leute, insbesondere in diesen Sprachen anzusprechen und sie einzubinden. Ich habe ihn sehr innovativ und sehr niederschwellig gefunden, weil es eine Beteiligung war, die sich nicht nur auf Sprache und was ich zu sagen habe, konzentriert hat, sondern auch auf Bilder, auf Atmosphären eingegangen ist. Also die haben z.B. Bilder zu Qualitäten aufgehängt und haben einfach gefragt, welche Qualität wäre ihnen wichtig auf dem Platz und die Leute haben das bepunktet können. Und so sind halt Wolken entstanden, Punktwolken, wo man auch nochmal schauen konnte, z.B. alt, jung, Männer und Frauen. Aber was aus den Punktwolken entstanden ist, die das ein bisschen gewichtet haben und was ich spannend gefunden habe, das hat dann eh die Susi Staller und Heide Studer, die haben das dann erzählt, dass genau diese Bilder in den Planungsprozessen dann eine wichtige Rolle gespielt haben, in den Ausverhandlungsprozessen, um gewisse Dinge umzusetzen. Also z.B. ein großer Wunsch war, dass irgendwas mit Wasser kommt und das wäre sehr sehr leicht, also sehr schnell weggefallen. Aber dann hat sozusagen das Bild, wo Wasser am Platz total stark bepunktet war, das haben sie dann nicht ausfallen lassen können und das hat dann im Endeffekt wesentlich dazu beigetragen, dass das kommt. Also das habe ich spannend gefunden, also ich bin immer eher wortverhaftet als Soziologin und weniger plan- oder bildverhaftet, aber da hat das Bild sehr genutzt, um etwas durchzusetzen. Und sie waren viel vor Ort, sie haben bei weitem nicht nur eloquente AnrainerInnen erreicht, sondern... Zu den Treffen vor Ort, also wo die

Meinung eingeholt worden ist oder wo es dann präsentiert worden ist, da sind auch die Geschäftsleute gekommen oder auch sehr viele österreichische Leute, aber auch die anderen haben das eben mitbekommen, weil es eben vor Ort war, weil sie zufällig vorbeigegangen sind. Man hat nicht extra wohin müssen in die Bezirksvorstehung, man hat dort das auch alles vor Ort zeigen können. Ich habe ihn sehr gut gefunden.

I: Können Sie sagen, wie das Planungsbüro ausgewählt worden ist?

SG: Dieses Planungsbüro tilia?

I: Genau.

SG: Ich weiß, da haben sich... Wie, weiß ich nicht. Da müssten Sie glaube ich die Clarissa Knehs fragen, aber ich habe von mehreren Büros gewusst, die sich dort beworben haben und ich glaube, was ich gehört habe, haben sie den Ansatz der Partizipation als sehr gut befunden. Also genau, als innovativ und auch als sehr niederschwellig. Dass das einer der wesentlichen Punkte war, warum sie den Zuschlag bekommen haben. Soweit ich mich erinnern kann, haben die ihnen vielleicht auch einen Rohplan abgeben müssen, also einen Plan, wie das sein kann, sein könnte, das weiß ich jetzt aber nicht mehr. Aber das was sie auch gemacht haben in dem Konzept zur Partizipation und das freut mich natürlich, die haben sich einfach dezidiert auf die Ergebnisse aus der Funktions- und Sozialraumanalyse bezogen und das haben die anderen nicht. Sie haben mich sogar einmal gefragt und wir habenüber geredet, also sie sind auf mich zugekommen. Die haben diese Erkenntnisse irgendwie aufgegriffen und weitergetragen, das hat keines der anderen Planungsbüros getan.

I: Nur zur Klärung, weil es gibt das Planungsbüro tilia und dann gibt es noch das Büro Grimm und die Architektengruppe U-Bahn. Und das Büro Grimm und Architektengruppe U-Bahn, welche Rolle haben die beiden gespielt?

SG: Die haben sich soweit ich weiß, nicht um den Beteiligungsprozess beworben. Die machen die Ausführungsplanung. Also da war klar, beim Partizipationsprozess kommen Ergebnisse raus, es kommt ein Vorschlag für eine Planung raus. Und die setzt das dann das Büro Grimm um. Und die Architektengruppe U-Bahn, die macht sicher nicht die Freiraumplanung, die macht wahrscheinlich, keine Ahnung, da ist z.B. ein Regenschutz beim Wartebereich, also die machen solche Sachen. Aber ich glaube nicht, dass die etwas mit der Freiraumplanung machen. Aber da war klar, die werden im Endeffekt die Umsetzung planen.

I: Hat sich Ihre Meinung zur Umgestaltung im Laufe der Zeit geändert?

SG: Wie, inwiefern? Dass ich es gut finde, dass er umgestaltet wird oder vielleicht sollte er doch nicht umgestaltet werden oder...?

I: Eher die Art und Weise, was...

SG: ... was kommen wird?

I: Genau.

SG: Nein, also ich glaube, dass das eigentlich im Endeffekt mit vielen Auf und Abs und vielen... Da hat tilia, glaube ich, einen langen Atem bewiesen, weil da ist einmal alles über den Haufen geworfen worden, dann war einmal kein Geld für nichts da, dann ist das wieder gekommen, dass jetzt doch ein Gastro-Tempel kommt. Und bis zu einem gewissen Grad kann man es auch nicht mehr beeinflussen, auch wenn man den Auftrag erfüllt hat, kann man jetzt... Man muss auch auf das Büro schauen, dass man nicht pleite geht. Weil wenn man dann nur da weiterarbeitet... Ich bin jetzt eigentlich froh, dass es so weit gelaufen ist, wie es gelaufen ist. Die Umgestaltung selber, ich bin keine Planerin, sondern ich bin dann schon einmal neugierig, wie es dann wirklich ist mit der Umgestaltung, wie es dann wirklich aussieht. Andere können sich durch den Plan mehr darunter vorstellen. Aber es sind viele Dinge aufgegriffen worden, die von Leuten gekommen sind.

I: Was sind oder waren die größten Herausforderungen bei dem Projekt?

SG: Ich finde, viele der Qualitäten, der sozialen Qualitäten, die der Platz hat, zu erhalten. Die räumlichen Voraussetzungen so zu schaffen oder zu belassen, dass das nach wie vor möglich ist. Und das ist eigentlich so, ich würde es nicht Miteinander nennen, sondern das Nebeneinander von verschiedensten Gruppen, dass die alle Platz haben, dass es keinen Streit um diesen Platz gibt oder wer hier jetzt das Sagen hat oder so. Dass es irgendwie klar ist, also das ist einfach, da kommen wirklich Leute aus den verschiedensten Kulturen zusammen und alle tun miteinander, nebeneinander so und das funktioniert so reibungslos. Und auch die Polizei damals, die haben sehr geschwärmt von diesem Platz, weil er im Vergleich zu vielen anderen städtischen Plätzen, sie haben

da den Karlsplatz und auch den Praterstern genannt, wo so eine riesige Menge an Menschen durchläuft, dass der eigentlich unter Anführungsstrichen friedlichst ist im Vergleich. Was der Reumannplatz hat, er hat eben oft einen schlechten Ruf und das ist gefährlich, weil... Aber die Polizei hätte nie gesagt, der Reumannplatz ist in irgendeiner Form ein Hotspot. Der ist eigentlich wirklich... Ich meine, manche sagen schon, es ist gruselig, am Abend drüber zu gehen. Aber im Grunde passiert dort nichts. Und das ist einfach eine tolle Qualität.

I: Welche Erkenntnisse nehmen Sie ins nächste Projekt mit?

SG: Wenn es ein nächstes Projekt gibt... Ich finde, dass eigentlich die Funktions- und Sozialraumanalyse gut funktioniert hat, also die war eigentlich recht gut und so als Grundlage. Ich würde mir für das nächste Projekt wünschen, dass es eigentlich – mah, das ist schwer – dass es wieder so ähnlich rennt. Also ich habe zuerst auch mal das Gefühl gehabt, mah, für was haben wir das gemacht? Für nichts! Für die Schublade! Und es ist dann wirklich – es hat zwar gedauert – es ist wirklich aufgegriffen worden und weitergetragen worden und als Argumentarium herangezogen worden. Z.B. also eine riesige Kommerzialisierung, dass das keinen Sinn macht.

I: Weil Sie das so sagen, es gab ja bei der Umgestaltung vom Meidlinger Platz auch so eine Funktions- und Sozialraumanalyse...

SG: Für die ganze Meidlinger Hauptstraße. Die hat das Büro, also da hat die Funktions- und Sozialraumanalyse das Büro tilia gemeinsam mit dem Christoph Stoik von der FH gemacht.

I: Würden Sie jetzt sagen, da war es auch schon so, dass es so gut aufgegriffen worden ist?

SG: Ja, das ist auch eine Qualität vom Büro tilia und auch der Christoph Stoik, der da mitgearbeitet hat. Die sind sich sehr bewusst, was gesellschaftliche Gruppen und Machtverhältnisse betreffen. Die haben sehr bewusst auch geschaut, dass alle irgendwie... Also die haben sich z.B. immer gefragt, warum sind keine jugendlichen Mädchen, warum sind sie nicht da? Jugendliche, migrantische Mädchen. Und die haben schon auch ein gutes Gefühl dafür, was jetzt so Gentrification auslöst. Und die Gefahr ist beim Reumannplatz genauso gegeben. Noch dazu mit dem Sonnwendviertel und man merkt auch, wie das ein bisschen hinüberpoppt. Aber dass man das jetzt nicht so aufpoppt und so neu und toll macht, dass die Leute, die vorher dort waren, sich überhaupt nicht mehr wiederfinden, das Gefühl haben, der Platz ist ihnen fremd und sie haben keinen Andockpunkt. Dass sie das Gefühl haben, sie haben genauso die Berechtigung hier zu sitzen wie alle anderen und es kommen dann nicht nur lauter neue, finanzkräftige Leute... Und das war schon bei der Meidlinger Hauptstraße auch Thema. Dass das jetzt nicht so hipp neugestaltet wird, dass andere Gruppen, also dass Gruppen, die nicht so finanzkräftig sind, getrennt werden.

I: Was war der Unterschied dann, weil sehr viel in dem Zusammenhang über den Yppenplatz geschrieben wird oder geredet wird oder wurde, dass es dort schon so ein großes Thema ist? Diese Kommerzialisierung oder eben was unter dem Schlagwort Gentrifizierung geschrieben wird?

SG: Naja, mich wundert es immer wieder, weil es werden ja irgendwie laufend Gastromeilen etabliert und die sind bummvoll. Ich frage mich immer, wo kommen die ganzen Leute her und woher haben die alle das Geld? Egal wo das aufpoppt, dass das alles so voll ist. Und der Yppenplatz, ich meine, ich kenne den Yppenplatz von vor 30 Jahren. Da hat es den Club International gegeben und sonst nichts. Das CI, da haben wir Feste gefeiert und so. Ich finde, da gibt es einerseits so den Yppenplatz, wo die ganze Gastro ist, der bummvoll ist und dann gibt es den Yppenplatz als Platz, wo man sitzen kann, ohne dass man was konsumiert oder so. Das ist sowieso alles bummvoll. Ich habe aber auch noch nie einen städtischen Platz wie den Yppenplatz noch vor der ganzen Gastronomisierung erlebt, der so voll ist wie der Yppenplatz. Sonst habe ich bei Beobachtungen immer geschaut, wo finde ich ein Bankerl für mich. Aber das war dort überhaupt keine Frage mehr, weil das überhaupt die Frage war, wo finde ich überhaupt einen Sitzplatz. Und es ist halt das Publikum, das, ich kann es jetzt zu wenig sagen, aber meine Einschätzung wäre jetzt von außen, dass das Publikum, das die Lokale aufsucht eines ist, das es cool findet, dass es den Brunnenmarkt gibt und da gern durchflaniert und –schlendert, aber nicht dort einkauft, weil es nicht bio und regional ist, sondern halt alles aus der Türkei oder so. Und dass die Leute, die eigentlich am Brunnenmarkt einkaufen gehen, dann wenig am Platz z.B. konsumieren. Die sind dann also am eigentlichen Platz, im eigentlichen Parkbereich, aber da gibt es, glaube ich, relativ wenig Überschneidungen oder Austausch. Aber ich weiß nicht, ob das heute noch so ist.

I: Eher allgemein gefragt, was den Kontext betrifft bei Umgestaltungen jetzt derzeit in Wien, was würden Sie sagen, welche gesellschaftlichen Entwicklungen sind sichtbar geworden bei der Umgestaltungen am Reumannplatz?

SG: Nochmal.

200 I: Welche gesellschaftlichen Entwicklungen sind sichtbar geworden, die es grundsätzlich gibt in der Zeit oder in Städten, hat man da irgendwas bemerken können?

SG: Was sehen Sie für gesellschaftliche Entwicklungen?

I: Das können demographische sein oder ökonomische oder politische oder soziale. So wie sich die Gesellschaft verändert derzeit oder was sich verändert. Merkt man da irgendwas? Also man sagt ja, Wien wächst, Wien verändert sich so und so. Die öffentliche Hand verändert sich so und so...

205 SG: Ich meine, das Gebiet um den Reumannplatz ist einfach eines der dichtest besiedelten Gebiete in Wien überhaupt, wenn nicht das dichtest besiedelte. Also Innerfavoriten und so. Und diesen hohen Nutzungsdruck merkt man schon. Also dass da mehr kommt und es hat ja auch so Vorstellungen gegeben, der Platz wird verwaizen oder so. Wenn die Busse nicht mehr dort halten und die U1 durchfährt. Also das ist echt nicht der Fall. Also da kommen auch andere Leute nach. Die Entwicklungen, ich weiß nicht genau, was Sie mit Entwicklungen
210 meinen. Also was schon ist, dass z.B. sehr viele Leute dort sind, die wenig Ressourcen zur Verfügung haben. Eine hat z.B. gemeint, eine ältere Frau, sie hat nicht genug Geld um sich das Ticket für die Öffis zu leisten, dass sie wohin fährt. Also bleibt sie da und sitzt da. Also da wäre dann die Entwicklung, dass Wien jetzt ärmer wird. Das denke ich mir, trifft wahrscheinlich auf bestimmte gesellschaftliche Gruppe zu, aber auf andere überhaupt nicht. Aber so das Auseinanderdriften von Arm und Reich, puh, da müsste man den Platz, da müsste man die
215 Entwicklung am Platz sehen und ich habe da eher eine Momentaufnahme gemacht.

I: Zur Finanzierung, wer soll Ihrer Meinung nach die Umgestaltung finanzieren?

SG: Wer soll sie finanzieren?

I: Ja.

220 SG: Ok, [liest vom Interview-Leitfaden der Interviewerin ab] „öffentlich, privat, crowdfunding...“ Ich finde schon sehr stark, die öffentliche Hand. Ja, das ist ihre Aufgabe. Weil bei Privaten, da gibt es immer Privatinteressen dahinter. Und da sind auch finanzkräftige Leute dahinter. Da wäre es dann vielleicht z.B. so, da schließen sich die Geschäftsleute zusammen und setzen dort ein großes Lokal hin. Ich denke mir, das darf die öffentliche Hand auf keinen Fall aus den eigenen Händen geben.

225 I: Sie haben es vorher schon angesprochen, dass es dann weniger Geld gab. Ich habe online geschaut, aber nirgendwo gefunden, wie viel Geld da aufgewendet wurde oder wie viel weniger oder mit wie viel gerechnet wurde. Wissen Sie das zufällig?

SG: Nein, ich habe überhaupt kein Gedächtnis für Zahlen. Vielleicht wissen das Frau Staller oder die Clarissa Knehs. Ich merke es mir nicht. Aber ich kann mich erinnern, dass damals dann nochmal mehr dazugekommen ist.

I: Bei der Finanzierung?

230 SG: Ja. Es war z.B., aber da ist tilia erst im Laufe der Zeit draufgekommen, weil natürlich auch Wünsche für den Bereich, wo der Kinderspielplatz angesiedelt ist, gekommen sind... Der ist auch in die Jahre gekommen. Dass da etwas erneuert wird... Und dann sind sie im Laufe des Prozesses draufgekommen, ok, es gibt kein Geld für diesen Bereich. Der bleibt wie er ist, so in der Art. Und dann ist es bei Partizipationsverfahren immer schwierig, wenn man groß über Veränderungen redet und dann wird es nicht umgesetzt, weil es kein Geld gibt, dann finden
235 sich die Leute verarscht – und zurecht. Aber da wird jetzt schon, also es wird nicht der ganze Spielplatz alles neu gemacht, aber da passieren einige Veränderungen. Auch dadurch, dass die Straßenbahnlinie z.B. verlegt wird. Und das hat z.B... Stimmt, das war damals als wir die Funktions- und Sozialraumanalyse gemacht haben noch überhaupt nicht ausdiskutiert, ob der 67-er weiter über den Platz geführt wird oder nicht und ich glaube, dass die Sozialraumanalyse schon ein wesentliches Argumentarium dafür war, dass die Linie verlegt wird. Also es war
240 nicht gleich so, dass dann alle gesagt haben „Na, dann machen wir das nicht!“, nur wegen der Sozialraumanalyse, aber sie hat viele Argumente oder die Meinung der Leute widerspiegelt. Und ich glaube, es hat einen Einfluss drauf gehabt, wie mit der Linienführung umgegangen worden ist und wie politisch entschieden worden ist.

I: Können Sie sich erklären, warum es dann weniger Geld gab und dann doch wieder was dazugekommen ist?

245 SG: Das habe ich auch nur über tilia mitbekommen. Ich glaube, dass dann, keine Ahnung, der Bezirk noch was dazugesteuert hat oder so, aber fragen Sie bei tilia nochmal genauer.

I: Zum Reumannplatz konkret, welche Aktivitäten sollten dort Platz haben?

SG: Die, die Gestaltung ermöglichen soll?

I: Ja.

250 SG: Also ich finde auf jeden Fall, es braucht diese verschiedenen Nischen, dass man verschiedene, kleine, größere Rückzugsräume hat. Für kleinere, für größere Gruppen, es sollten schon alle Menschengruppen Platz haben. Es gibt da z.B. obdachlose Menschen oder Menschen, die Alkohol konsumieren. Man kann die nicht einfach raushauen. Weil, wo sollen sie hin? Dann gehen sie halt zum Antonsplatz, aber sie sind da. Sie kommen durch Gestaltung nur von diesem Ort weg, aber es gibt sie nach wie vor in der Stadt. Und die sind auch meistens... Also es ist nicht so, dass sie da wen belästigen oder so. Die sind unter sich und haben manchmal
255 Streit unter sich oder so. Bisschen was an öffentlichem Leben muss man aushalten, wenn man sich da bewegt. Ich finde, also diese Rückzugsräume sollten... Es wird eine Bühne kommen, das war auch viel der Wunsch, dass es die Möglichkeit gibt, den Raum auch für Aufführungen etc. zu nützen. Eine Bandbreite an verschiedensten Aktivitäten.

I: Gibt es auch Aktivitäten, die keinen Platz haben sollten?

260 SG: Ich meine, auch von der Funktion her, wir haben einmal diskutiert, weil manche – Jugendliche selbst haben sich das gar nicht so gewünscht – aber von der Jugendarbeit ist z.B. Fußballspiel gekommen. Da denke ich mir, ok, das ist bei dieser Dichte und auch eigentlich nicht der geeignete Ort dafür. Und Fußball ist noch dazu meistens sehr bubenlastig. Oder ein Käfig, da denke ich mir, das passt dort nicht hin. Das gibt es in vielen anderen, auch naheliegenden Parkanlagen. Dann ist auch diskutiert worden z.B., dass mehr Geschäftslokale oder
265 so, Marktstände oder so... Also ich finde, es sollte einfach für alle ein zugänglicher Platz bleiben und nicht zu kommerzialisiert werden.

I: Im Fairness-Check, der im Fachkonzept Öffentlicher Raum beschrieben wird, da werden die Bedürfnisse von sechs spezifischen Gruppen besonders berücksichtigt: Junge, Arme, Betreuende, Mobilitätseingeschränkte, potenzielle Gewaltopfer und kommerzielle Nutzer und Nutzerinnen. Wie bewerten Sie den Fairness-Check?

270 SG: Puh, den Fairness-Check? Also wie ich das Fachkonzept Öffentlicher Raum bewerte?

I: Ja, es ist ein Teil vom Fachkonzept Öffentlicher Raum und zwar wird eben gesagt, wir müssen darauf schauen, dass eben bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders mitbedacht werden und deren Bedürfnisse und da werden eben diese sechs Gruppen...

SG: Sagen Sie nochmal, welche... Also Kinder oder junge Menschen...

275 I: Genau, junge Menschen, arme Menschen, Betreuende, Mobilitätseingeschränkte, potenzielle Gewaltopfer und kommerzielle Nutzer und Nutzerinnen.

SG: Puh, fehlt wer? Nein, es passt schon. Weil Mobilitätseingeschränkte sind vielleicht ältere Menschen. Ich meine, z.B. beim Reumannplatz ist es schon so, dass alte Menschen, die noch recht mobil sind, den nutzen. Noch ältere, also der Platz, der wühlt einfach. Und da haben Leute auch gesagt: Also ich traue mich da eigentlich nicht
280 mehr hin, weil ich komme z.B. nicht mehr gut hinunter zur U-Bahn. Aber vielleicht findest du auch keinen Sitzplatz oder es rempelt dich jemand an oder so. Also für hochbetagte Menschen ist es auf dem Platz nicht leicht. Aber das ist einfach, weil so viele Menschen dort sind. Und prinzipiell fällt mir jetzt nichts auf. Ich finde es gut, bewusst darauf zu schauen, dass Menschen, die nicht so leicht Zugang haben, um ihre Meinung, ihre Interessen durchzusetzen, dass die bewusst reingeholt werden.

285 I: Wo sehen Sie die Stärken und Schwächen des neuen Reumannplatzes?

SG: Noch ist er nicht neu...

I: Also vom Plan her oder sagen Sie, kann man das jetzt noch nicht sagen?

SG: Also ich finde gut, dass es diese Bühne geben wird, weil sich das gerade Mädchen sehr gewünscht haben. Und es sind wirklich auch konkrete Wünsche sehr aufgegriffen worden. Auch das mit dem Wasserspiel, da bin
290 ich mir sicher, dass das bei den Leuten sicher hängenbleiben wird, aha, das haben sie uns versprochen und das kommt wirklich oder das wollten wir, da haben sie gesagt, ok, das kommt dann wirklich. Es fällt mir schwer, das zu beantworten. Schwächen, weiß ich jetzt nicht.

I: Aus der Funktions- und Sozialraumanalyse gehen ja eben verschiedene Handlungsempfehlungen hervor. Sie haben es schon angesprochen, dass eigentlich recht viel da berücksichtigt worden ist. Gibt es auch etwas, was
295 nicht umgesetzt werden konnte? Oder nicht umgesetzt wurde?

SG: Ich kann mich nicht einmal an die Handlungsempfehlungen und so genau erinnern. Ich finde es eben gut, dass der 67-er nicht mehr drüber geht und dann ist eine Zeit lang auch überlegt worden, den 67-er halb über den Platz vor dem Amalienbad entlang zu führen und das ist auch gefallen oder so. Und das denke ich mir, das ist schon cool, dass das so ist. Da müsste ich die jetzt vor mir liegen haben und durchgehen.

300 I: Ich hätte sie eh da, aber ich glaube, das wird dann eh zu detailliert.

SG: Mir fällt nichts sofort konkret ein. Ich habe eben bei dem Projekt wirklich das Gefühl, es war nicht umsonst diese Arbeit. Sie hat etwas bewirkt.

305 I: Eine Erkenntnis, es ist eh auch schon angesprochen worden, ist, dass zentral ist, dass „mögliche Verdrängungsprozesse, die mit einer Neugestaltung des Reumannplatzes einhergehen (können), aktiv aufgegriffen werden und ein sensibler Umgang im Sinne von armutsgefährdeter, marginalisierter Bewohner und Bewohnerinnen Favoritens gefunden werden muss.“ Von welchen Verdrängungsprozessen...?

310 SG: Gentrifizierung. Dass er dann plötzlich so attraktiv wird, dass auch ganz neue Gruppen den für sich beanspruchen und ihn nutzen und alte das Gefühl haben... Ich glaube, das hat viel mit Gefühl zu tun, ob man das Gefühl hat, man passt dorthin oder man passt nicht dorthin. Und das ist sehr diffizil. Das kennen, glaube ich, alle Menschen, Sie und ich auch, wenn man wo hineingeht und das Gefühl hat, ja ok, oder da merkt es oft nicht bewusst, aber da passt man schon her und dann geht man aber hinein und hat das Gefühl, hier bin ich falsch oder irgendwie. Und ich glaube, so passieren auch Verdrängungsprozesse. Manchmal noch viel offensichtlicher, wenn es um Konsum oder so geht.

315 I: Denken Sie, dass nach der Umgestaltung andere Menschen den Raum nutzen werden? Oder der Raum anders genutzt wird?

SG: Schauen wir mal. Also ich denke mir, es soll ja auch offen bleiben für andere, neue Gruppen. Also es sollen ja nicht genau die gleichen wieder dort sitzen. Es sollen nur nicht irgendwelche wegfallen, die den Raum dringend brauchen. Aber neue Gruppen, warum nicht?

I: Es kommt ja ein Café dorthin, wo die Wiener Linien dieses Häuschen haben.

320 SG: Ist es schon fix? Aso, ja, aber nicht in dieses Häuschen. Das Häuschen wird bleiben, aber daneben wird etwas Kleines kommen.

I: Genau, ich habe eh auch den Plan hier, den man online findet. Wissen Sie, ob es schon klar ist, wer dieses Café...

SG: Mein letzter Stand war, nein. Aber das ist ein paar Monate her. Wer es betreiben wird, oder?

325 I: Genau.

SG: Nein, weiß ich nicht.

I: Wie wird so etwas entschieden? Wer das bekommt?

SG: Naja, das ist dann wahrscheinlich nicht so, dass fünfzig Leute vor der Tür stehen und alle sagen, ich möchte es machen. Also wahrscheinlich ist man dann froh, wenn man einen Betreiber findet.

330 I: Wirklich?

335 SG: Na, warum?! Wir haben da auch mal überlegt bei der Funktions- und Sozialraumanalyse, dass es auch ein Café mit sozialem Anspruch sein könnte. Aber das hängt wahrscheinlich davon ab, vielleicht wird es ein ganz normaler kommerzieller Betreiber. Dann kommt es drauf an, wer sich bewirbt und wer das beste Konzept hat, aber ich glaube nicht, dass sich da jetzt hunderttausend Leute anstellen werden und es dauert halt auch noch, bis es so weit ist. Wenn es ein Café mit sozialem Anspruch ist, braucht es vielleicht Unterstützung bei der Finanzierung, z.B. durch den Bezirk oder so. Aber soweit ich weiß, ist noch nicht klar, wer das wird.

340 I: Und es ist ja vorgesehen, dass da ein Schanigarten kommt [zeigt auf Plan auf den Bereich beim Wiener Linien Häuschen] und da ist es auch eingezeichnet [zeigt auf den Bereich vom Urbanen Platz] und man kann ja Schanigärten auch nach der Umgestaltung jederzeit grundsätzlich beantragen soweit ich weiß. Glauben Sie, dass das da auch passieren wird, dass sich so Schanigärten ausweiten?

SG: Also man kann das regulieren, also man kann es nicht selber einfach beliebig ausweiten. Da müsste man beantragen, ob man da auch noch Sessel hinstellen oder dort... Es gibt ja jetzt auch schon ein Lokal, den Ströck, mit einem kleinen Schanigarten. Das ist aber komplett unauffällig. Ich weiß gar nicht, ob die dann vorhaben, dass das dann größer wird. Ich weiß, für den Tichy ist ein größerer Schanigartenbereich vorgesehen. Aber das
345 kann man steuern. Also so, dass dann der ganze Platz voller Schanigarten ist, das glaube ich eigentlich nicht, dass das passieren wird. Und man kann es steuern. Das kann dann der Bezirk, ich nehme an, das macht der Bezirk, das weiß ich jetzt nicht, kann man sagen, nein.

I: Aber er kann auch sagen: ja?

SG: Ja. Aber ich bin mir sicher, wenn man sich die Situation da anschaut, er wird sicher nicht zulassen, dass das
350 ganze da z.B. Schanigarten wird. [zeigt auf dem Plan auf den Urbanen Platz] Und da, also da gibt es auch nicht so viel Erweiterungsmöglichkeiten [zeigt auf die Mitte des Platzes] in Wirklichkeit. Da kann man z.B. sagen, so. Aber das ist eng und niemand wird das bis da ausweiten, weil da sieht man überhaupt nicht mehr hin. [zeigt auf den Bereich bei der Bühne] Es müssten auch die Durchgänge gewährleistet sein. Ich sehe das jetzt nicht als große Gefahr für Gentrifizierung.

355 I: Im Fachkonzept Grün- und Freiraum von der Stadt Wien, das 2015 rausgekommen ist, stehen verschiedene Kennwerte, unter anderem, dass man sagt, man hätte gern, dass im Umkreis von 500 m jeder Person 4 m² Öffentlicher Raum zur Verfügung steht.

SG: Ja, genau.

360 I: Und da ist es nur 0,54 m², also im Umfeld vom Reumannplatz, also ein halber Quadratmeter. Wie soll man damit umgehen?

SG: Das spricht für mich z.B. nochmal mehr dafür... Also das Fachkonzept, also ich habe das ja gemeinsam mit der Martina Jauschneg der Landschaftsplanung gemacht, die da beim Fachkonzept mitgearbeitet hat. Aber das spricht für mich nochmal mehr gegen Kommerzialisierung. Dass das möglichst grün, das war auch der Wunsch, dass es möglichst grün beibehalten wird. Weil das was man nicht mehr gewährleisten kann, Innerfavoriten ist
365 einfach sehr dicht bebaut und es ist sehr, sehr dicht bewohnt. Und es gibt einfach nur die Grünanlagen, die es gibt, aber das spricht für mich eben noch mal ganz klar für Beibehaltung, also eines niederschweligen Zugangs. Dass man den nutzen kann, ohne was dafür zu zahlen.

I: Warum gibt es Ihrer Meinung nach ein so großes Interesse am öffentlichen Raum?

SG: Gibt es ein großes Interesse am öffentlichen Raum?

370 I: Gibt es keines?

SG: Wie kommen Sie zu der Annahme?

I: Also in meinen Recherchen, dass sich da so viele beschäftigen, was soll da hin und dass es diese verschiedenen Fachkonzepte gibt der Stadt Wien und dass man sagt, man hätte gern dies, man hätte gerne das, dass...

375 SG: Von professioneller Seite, oder? Also Leute, die sich beruflich damit beschäftigen, verschiedene Magistratsabteilungen oder so. Ich finde das super. Also dass es da so viel Bewusstsein gibt, dass öffentliche Räume zentral sind für das Leben in einer Stadt für die Lebendigkeit, für Urbanität, für alles. Also dass es das Bewusstsein gibt und dass man das bewusst und gut gestalten muss. Das finde ich, ist echt eine Qualität, eine wichtige Qualität. Und dass es Aufgabe einer Stadt ist und dass es auch wichtig ist, dass es im Eigentum einer
380 Stadt ist.

I: Warum?

SG: Weil sonst, also wenn man da an Globalisierung denkt, und dann kommt, keine Ahnung, irgendjemand aus China und kauft sich einen Platz und baut den dann um. Und geht den eigenen wirtschaftlichen Interessen nach und achtet in keiner Weise auf die Bevölkerung oder auf die Leute, die dort wohnen und dort vielleicht, keine
385 Ahnung, das nächste Einkaufs-Center hinstellt. Das glaube ich wäre, wirklich schwierig für städtische Entwicklung. Und ich finde, so genau weiß ich es nicht, aber dass Wien das eigentlich ziemlich gut macht. So in vielen Bereichen. Also dass es schon viel Bewusstsein gibt zum Thema Öffentlicher Raum und Gestaltung.

- I: Weil Sie gesagt haben, ok, das betrifft die professionelle Seite, die sich beruflich damit beschäftigt, würden Sie sagen, dass das bei lokaler Stadtbevölkerung sozusagen nicht der Fall ist? Also dass es da nicht dieses Bewusstsein gibt?
- 390 SG: Naja, es gibt es schon mehr. Es gibt immer wieder mal so Beteiligungsprozesse oder Funktions- und Sozialraumanalysen und die Leute sind schon gewohnt oder werden es langsam gewohnter, dass sie auch gefragt werden, was sie sich vorstellen könnten, was sie wichtig finden würden. Es gibt jetzt nicht zu jedem Platz eine Funktions- und Sozialraumanalyse oder einen Partizipationsprozess, weil es auch das Geld jetzt nicht immer gibt.
- 395 Oder es gibt manchmal, zum Schwedenplatz hat es das auch gegeben. Und das war noch vor meiner Sozialraum..., das war noch vor dem Reumannplatz. Und das ist jetzt kein... Es ist noch nichts passiert. Also wie der Stand der Dinge ist... Aber ich glaube auch durch die Möglichkeit zur Partizipation werden die Leute das dann auch gewohnt und bringen sich auch mehr ein und das interessiert sie. Weil urbanes Leben findet ganz stark im Freien statt.
- 400 I: Ich bin jetzt eh schon beim Abschluss, ich habe noch eine Frage, falls Sie die beantworten wollen, weil sie persönlich ist, was Ihr persönlicher Bezug zum Reumannplatz ist, ob es den gibt?
- SG: Ich habe witzigerweise einen geschichtlichen Bezug zu dem, weil meine Mutter in der Ettenreichgasse, die vom Reumannplatz weggeht, eine Zeit lang dort aufgewachsen ist, bei meiner Großtante und meinem Großonkel. Und mein Großonkel war damals Polizeichef von Favoriten in der Nachkriegszeit und ist dann ermordet worden
- 405 oder hat sich selber umgebracht, das ist nicht so klar. Und es ist einfach für mich aus persönlichen Bezügen ein sehr geschichtsträchtiger Ort und nachdem ich... Ich habe zu diesem Fall auch sehr viel recherchiert und mittlerweile gibt es sogar einen Krimi dazu und so. Und da war der Reumannplatz und Favoriten auch immer sehr im Mittelpunkt. Das ist ein persönlicher Bezug. Ich mag ihn einfach. Ich mag Favoriten. Und ich mag ihn.
- I: Ja, vielen Dank. Habe ich Sie jetzt irgendwas gefragt, was...
- 410 SG: Sie haben mich sehr genau gefragt. Es war herausfordernd. Sie haben sehr... keine oberflächigen Fragen gestellt. Und an manche Dinge kann ich mich auch einfach nicht mehr so genau erinnern. Ich hoffe, es hat Ihnen auch etwas gebracht.
- I: Ja, auf jeden Fall! Vielen Dank dafür, sehr spannend. Ich fand ja die Funktions- und Sozialraumanalyse an sich schon sehr spannend und dann je mehr man da findet, sehr schön die Zitate von Leuten, die da befragt
- 415 worden sind. Also man bekommt da ein sehr gutes Gespür für den Ort. Ich finde eben auch für die zugrundeliegenden oder die dahinterliegenden Strukturen natürlich auch interessant, was das jetzt eben mit der Stadt zu tun hat oder der Bevölkerung und so. Ja, deswegen bin ich gespannt...
- SG: ... was die anderen sagen. Na der Reumannplatz hat ja früher Bürgerplatz geheißen und es gibt auch so alte Fotos, wo der Platz einfach noch ganz leer ist und die Bäume ganz klein sind. Ich mag ihn einfach wirklich.
- 420 I: Interessanterweise, ich habe versucht, zur Geschichte vom Reumannplatz zu recherchieren und ich habe da ehrlicherweise kaum etwas gefunden.
- SG: Ich habe auch ein bisschen... Es ist ja jetzt nicht so, dass da dann lauter Demos dort stattgefunden hätten oder Umbrüche, das war es nicht. Das, was es schon gibt, wobei das hat sich jetzt wahrscheinlich geändert, aber da war, da gibt es ja oben am Landgut das Stadion, wo immer Fußballmatches stattfinden und da haben sie dann
- 425 immer – das hat mir der Polizist damals erzählt – die ganzen... Da war da die U1 aus und da sind die ganzen Rapidfans dort hinaufgewandert und die sind polizeilich eskortiert worden. Das war halt alle paar Wochen einmal. Da sind dann alle hinaufeskortiert worden, weil sie sonst zum Randalieren angefangen haben. Jetzt fahren sie ja direkt dorthin. Aber das denke ich mir, finde ich auch nochmal witzig. Und es gibt am Reumannplatz z.B. auch, damals zumindest hat es ein Abkommen im Bezirk zwischen den politischen Parteien
- 430 gegeben, dass er nicht für politische Kundgebungen genutzt wird. Deswegen passieren politische Kundgebungen z.B. am Viktor-Adler-Markt, typisch FPÖ und letztes war die SPÖ dort. Aber da ist der Reumannplatz ausgenommen worden.
- I: Echt? Was ist das für ein Abkommen?
- SG: Kein offizielles Abkommen, sondern die Parteien haben sich darauf geeinigt, dass dort keine
- 435 parteipolitischen Kundgebungen stattfinden sollen.
- I: Das ist aber interessant. Warum?

SG: Warum? Weil er schon sehr als Aushängeschild oder als Zentrum Favoritens wahrgenommen wird und den Reumannplatz kennt jeder. Also die Jugendlichen sagen auch, die haben so gewissen Anlaufstellen in der ganzen Stadt und da gehört der Reumannplatz dazu. Also auch als Treffpunkt, aber da kommen auch Jugendliche aus ganz anderen Bezirken, weil es halt auch direkt an der U1 liegt und da gehört z.B. die Lugner City dazu oder die Millenium City. Und es ist auch witzig, weil es sind auch sehr oft Einkaufszentren, aber Reumannplatz ist ein Platz ohne Einkaufsgeschichte. Ich meine, ok, du hast da die Favoritenstraße, aber viele sagen, „Geh’ma Reumann.“ Oder „Geh’ma Lugner“ oder „Geh’ma Millenium“. Und ich glaube, sie wollten die Aufmerksamkeit von da... Dass der nicht so negativ besetzt wird. Weil sie immer wieder mit dem Image vom Reumannplatz zum kämpfen haben und wo die Polizei sagt, also man muss sehr aufpassen. Weil wenn ein Platz wirklich ein negatives Image hat, das bleibt ewig picken. Und es ist auch gefährlich.

I: Aber nur, dass ich das richtig verstehe, die Parteien haben sich irgendwann darauf geeinigt, dort keine parteipolitischen Veranstaltungen stattfinden?

SG: Genau. Kein Wahlwerbung, keine.. Also nichts. Es ist auch nichts.

I: Wann war das?

SG: Das war damals schon. Ich glaube, das gibt es schon lang. Ich weiß nicht, ob es es noch gibt. Ich nehme einmal an. Weil sonst, warum würde man nicht jetzt Wahlkampf da betreiben? Ich mein, er ist auch sehr verhüttelt und jetzt wird er umgebaut oder so, aber warum ist der Viktor-Adler-Markt besser oder so?

I: Aber politische Veranstaltungen, so nicht-parteiliche politische Veranstaltungen können da schon angemeldet werden, oder auch nicht?

SG: Ich glaube, auch eigentlich auch fast nicht. Früher ist da z.B. der Weihnachtsbaum aufgestellt worden. [zeigt auf den Bereich vom Street-Work-out] Der ist jetzt auch nicht mehr dort. Das könnte dann auch jemand, keine Ahnung, der Bezirksvorsteher würde es natürlich machen. Und dann könnte er das für sich nutzen. Weil ich glaube eigentlich für parteipolitische Veranstaltungen... Wenn jetzt alle Parteien beschließen, sie machen ein Volksfest dort... Es ist nur eine Absprache zwischen den Parteien.

I: Das ist interessant, weil wenn man so über den öffentlichen Raum liest und die Funktionen und die Entwicklung von, was ist öffentlicher Raum, warum, welche Rolle spielt er, welche Funktion hat er so allgemein, dann ist die politische Dimension extrem prominent beschrieben. Also dass man sagt, das ist der augenscheinlichste Ort, wo politische Partizipation im weitesten Sinne passiert.

SG: Ich habe jetzt eh auch grad überlegt, ob Demos z.B... Ich glaube, da entscheiden sie, ob man dort demonstrieren darf oder nicht. Aber es ist... War irgendwann eine Demo dort? Also die Donnerstagsdemo, also die Abschlusskundgebung war im 10. Bezirk am Columbusplatz, die war nicht da. Also ich kann mich an keine Demo erinnern, die am Reumannplatz war oder dort begonnen hätte. Oder? Das ist entweder Viktor-Adler Markt oder Columbusplatz, wenn es in dem Bereich ist.

I: Wer könnte das wissen, wen könnte ich dazu befragen?

SG: Die Bezirkspolitik.

I: Die steht eh auf meiner Liste.

SG: Die weiß das sicher, wie das da gehandhabt wird. Aber es gibt andere Orte. Es ist nur dort... Und der Grund ist eben auch nochmal die Frage.

I: Ja, interessant. Sehr spannend. Dann vielen Dank für das Interview!

Transkript

Interview mit Mag.^a Katharina Hammer, Referentin für den Bereich Soziale Stadt, Abteilung Kommunalpolitik der AK Wien

Datum: 26.8.2019

Uhrzeit: 15:00 - 15:46 Uhr

Nach der Begrüßung und Klärung der datenschutzrechtlichen Bedingungen beginnt das Interview um 15:00 in der AK Wien, Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien

Interviewerin: Ich bin auf das Thema gekommen, weil die Umgestaltung des Reumannplatzes relativ viel medial diskutiert worden ist. Schon seit einigen Jahren ist klar, dass im Zuge der U1-Verlängerung der Reumannplatz umgestaltet werden soll. Und seitdem haben sich verschiedene Institutionen und Personen damit auseinandergesetzt, wie man das jetzt am besten machen soll. Und dann hat die Stadt Wien einerseits eine Funktions- und Sozialraumanalyse gemacht, sich eben angeschaut, wen gibt es da, was braucht es, was ist gut, was ist schlecht und hat Empfehlungen abgegeben. Es gab einen Bevölkerungsbeteiligungsprozess und eben auch medial haben sich verschiedene Leute zu Wort gemeldet, wie lokale Initiativen, Bezirksvertretung oder eben auch die Wirtschaftskammer Favoriten, mit ganz konkreten Vorschlägen. Und deshalb habe ich mir dann gedacht, es wäre eigentlich auch spannend, beim Thema „Umgestaltung öffentlicher Räume“ die Sichtweise der AK miteinzubeziehen.

Ich habe versucht, die Fragen auch allgemeiner zu stellen, aber wie gesagt, wir werden das jetzt eh sehen. [Die AK Wien hat sich nicht explizit mit dem Reumannplatz und seiner Umgestaltung beschäftigt, Anm.] Die Bauarbeiten haben jedenfalls jetzt angefangen, Ende Juli und 2020 soll es fertig werden.

Genau, dann kommen wir zur ersten Frage: Woran denken Sie, wenn Sie an den Reumannplatz denken?

Katharina Hammer: Ich selber habe zum Reumannplatz ganz persönlich ein wenig ausgeprägtes Bild, weil ich mich dort sehr wenig nur bewege. Insgesamt städtisch denke ich an einen Platz, der verkehrstechnisch sehr wichtig ist, da ein Knotenpunkt ist, wo sich einfach viel tut, viel zusammenkommt in einem Bezirk. In dem Bezirk, der eigentlich der bevölkerungsstärkste ist in Wien, der ganz dicht besiedelt ist und das für mich auf städtischer Ebene zumindest ein Platz ist, der relativ wichtig ist, der frequentiert ist, und auch von ganz unterschiedlichen Gruppen genutzt wird. Also ich denke da an die, die jeden Tag da sind und dann gab es da, glaube ich, auch mal ein Projekt, das hieß irgendwie ReuMÄDCHENplatz oder so. Da habe ich das Gefühl, der wird da von ganz unterschiedlichen Gruppen genutzt, bespielt. Ja, das ist so mein Bild vom Reumannplatz.

I: Welche Rolle spielt der Reumannplatz für die AK Wien?

KH: Wir beschäftigen uns einerseits natürlich mit Verkehrsfragen ganz intensiv. Dafür ist er ein wichtiger, also was z.B. die U1 betrifft, die Straßenbahnen, die dort entlang fahren. Dafür ist er wichtig und sonst beschäftigen wir uns sehr allgemein mit dem öffentlichen Raum und den Plätzen, die es in der Stadt gibt und da treten wir halt ganz stark dafür ein, dass die auch ihren öffentlichen Charakter behalten. Das heißt, dass sie frei zugänglich sind für alle möglichen Bevölkerungsgruppen, dass sie unterschiedlich genutzt werden können, dass es eine ausgewogene Nutzung gibt, das heißt, dass kommerzielle und nicht kommerzielle Interessen zumindest gleichgestellt, wenn nicht die nicht kommerziellen Interessen sogar vorrangig behandelt werden, weil einfach der Großteil der Menschen in der Stadt die öffentlichen Räume nutzen will, nutzen muss und dafür aber nicht immer zahlen möchte. Also das ist für uns ein ganz wichtiger Aspekt. Und genau, dass es da eben eine Gleichberechtigung gibt zwischen Gruppen, die vielleicht nicht immer gleich stark sind in der Stadt, im öffentlichen Raum.

I: Dazu werden wir eh auch später nochmal kommen, aber zuerst noch zum Planungsprozess und den AkteurInnen. Was würden Sie sagen, welche Akteure und Akteurinnen spielen eine zentrale Rolle bei der Umgestaltung von öffentlichen Räumen oder vom öffentlichen Raum?

KH: Das würde ich sagen, skaliert unterschiedlich. Es geht oft doch darum, wie groß ist ein Platz oder ein Umgestaltungsprojekt. Es geht auch darum vielleicht, wie wichtig ist er insgesamt im ganzen städtischen Gefüge, das heißt bei so kleineren Projekten ist oft der Bezirk die ganz wichtige Instanz und rundherum kann das sein, Gebietsbetreuung, Agenda 21, die so Prozesse begleiten, aber auch Magistratsabteilungen, wie die MA 18, MA 19 und wenn das dann eben darüber skaliert und es so ein wichtiger Umgestaltungsprozess ist wie die Mariahilfer Straße oder der Schwedenplatz, dann kommen da meistens noch auf städtischer Ebene die Stadtratsbüros dazu, die sich da nochmal einbringen, da gibt es vielleicht von der Gebietsbetreuung richtige Stadtteilmanagements, die das begleiten. Dazu dann oft Agenturen, die diese Prozesse einfach auch umsetzen, da kommen auch, glaube ich, noch mal ein paar Akteure, Akteurinnen mit dazu. Natürlich die Wiener Linien fallen mir da noch ein, die sehr oft auch in so Umgestaltungsprozessen wichtig sind. Und ja, auf der Ebene der Bevölkerung würde ich sagen, das skaliert auch. Wir haben bei kleinen Projekten wahrscheinlich eher die Menschen, die tatsächlich da wohnen, die dann interessiert sind und die sich da einbringen, bei größeren Projekten sind das dann vielleicht stadtweit Menschen, die da eine Meinung dazu haben, wie das umgestaltet werden soll oder vielleicht auch größere Interessenvertretungen, Lobbys, die da eine Idee haben, wie das ausschauen könnte. Also das hat man vielleicht ganz schön gesehen an der Mariahilfer Straße, wo halt so Gewerbetreibende, die Wirtschaftskammer, dann aber auch Bürgerinitiativen, alle möglichen bis ich glaube zum ÖAMTC eine Meinung hatten, wie da diese Straße denn dann ausschauen soll.

I: Würden Sie sagen, jetzt in dem Vergleich wäre der Reumannplatz eher ein kleines Projekt oder ein großes?

KH: Ein größeres, weil es so ein strategisch wichtiger Punkt ist in der Stadt, weil es einfach mit Verkehrsumgestaltungen auch verbunden ist. Möglicherweise gibt es dazu auch eine Zielgebietsentwicklung, also die kommt dann auch von städtischer Ebene, dass man sagt, man möchte unterschiedliche Zielgebiete in der Stadt entwickeln. Dazu gibt es dann meistens einen Plan, einen Masterplan, das sind so Plätze, Orte, oft wichtige Meilensteine dessen und damit skaliert es eigentlich schon auf einer Ebene und eine darüber ist, würde ich sagen, lokal gebundene kleinere Umgestaltungen.

I: Gibt es auch Akteure oder Akteurinnen, wo Sie sich mehr Einfluss wünschen würden? Wo Sie sagen, die sollten da eine größere Rolle spielen?

KH: Bei Umgestaltungsprozessen?

I: Mhm.

KH: Wichtig ist auf jeden Fall, dass man reflektiert, dass in so Prozessen nicht alle Gruppen in der Stadt die gleiche Verhandlungsmacht besitzen. Also ich denke da ganz konkret z.B. an Kinder oder an Jugendliche, die den öffentlichen Raum ganz dringend brauchen, weil sie ihn vielleicht fürs Spielen nutzen oder Jugendliche, um sich zu treffen und das oft auch ohne jetzt irgendwie was konsumieren zu wollen und das sind z.B. so Gruppen, die in so Prozessen nur dann ihre Meinung also auch wiederfinden können, wenn schon das Format so aufgesetzt ist. Wenn man sie ganz bewusst dazu einlädt, wenn man einen Prozess auch so aufsetzt, dass es überhaupt möglich ist, diese Gruppen quasi mitreinzunehmen und ihre Stimmen und das gilt eigentlich in weiterer Folge für alle marginalisierten Gruppen in der Stadt. Am eindrücklichsten deutlich wird das, wenn man sich anschaut, wie es obdachlosen Menschen geht. Das sind eigentlich die Menschen, die am stärksten auf den öffentlichen Raum tatsächlich angewiesen sind. Das heißt, sie haben keine andere Möglichkeit, irgendwohin anders auszuweichen. Es ist auch ihr Lebensraum und das ist eine Gruppe, die wird ganz selten gefragt, wenn was umgestaltet wird oder es geht sogar so weit, dass umgestaltet wird, wenn man genau gewisse Gruppen von Plätzen vielleicht dort vertreiben möchte. Das ist doch eine problematische Entwicklung, die ich sicher nicht befürworte im Zuge von Umgestaltungsprozessen, wenn es da in Wirklichkeit darum geht, Menschen vom Platz zu verdrängen.

I: Weil Sie angesprochen haben, „die wurden sicher nicht befragt“, wie haben Sie den Beteiligungsprozess erlebt?

KH: Am Reumannplatz? Ich habe mich damit sehr wenig beschäftigt, muss ich ehrlicherweise sagen. Also konkret kann ich jetzt zu dem Prozess selber leider nichts sagen, weil ich ihn nicht kenne. Also wir könnten, müsstest du mir kurz erzählen, was die Bausteine dessen waren, ob es eher ein online-Format oder eine direktes war oder ein Präsentationsformat. Ob es vielleicht wahrscheinlich ähnlich ist wie beim Schwedenplatz oder so, nehme ich an, also das hat halt oft ein bisschen einen zyklischen Ablauf in der Stadt. Dass es eigentlich schon mal einen Plan gibt, dann einen Vorschlag, dann wird das oftmals öffentlich präsentiert, dann kann man da vielleicht noch Meinungen abgeben. Am Schwedenplatz war es eben so, dass es dazu noch ein Online-Forum gebaut worden ist, wo man irgendwie nochmal Meinung einbringen hat können. Und dazu kann ich allgemein sagen, dass man halt immer reflektieren muss, dass so Prozesse, um so niederschwelliger sie sind, also wenn sie z.B. direkt vor Ort ansetzen, wenn sie die Leute ansprechen, die da sind, wenn sie vielleicht mehrsprachig gestaltet sind, wenn sie sehr einfach Dinge erklären und nicht mit komplexen Plänen arbeiten, dann ist es sicher ein Format, wo man pluraler verschiedene Meinungen reinbekommt. Vielleicht auch von Leuten, die sich sonst nicht melden würden, wie z.B. in so einem Online-Forum oder bei sehr komplexen Veranstaltungen, wo man vielleicht vor großem Publikum reden muss und sich das nicht zutraut. Genau, da plädieren wir eigentlich dafür, dass das eigentlich relativ niederschwellig ist und man versucht, direkt sehr unterschiedliche Menschen da mit reinzunehmen, die vielleicht auch sehr unterschiedliche sozioökonomische Hintergründe haben.

I: Wenn Sie so sagen, welche Rolle der öffentliche Raum für die AK oder AK Wien spielt, warum hat sich die AK in diesen Prozess oder allgemein in solche konkreten Umgestaltungsprozesse nicht eingebracht? So wie ich das verstanden habe, ist das nicht vorgesehen?

KH: Grundsätzlich ist das schwierig. Ganz konkret zur Bürgerbeteiligung z.B., arbeite jetzt ich hier und das ist nur ein sehr kleiner Bereich meines Arbeitsfeldes, das eigentlich Soziale Stadt heißt. Wenn jetzt z.B. eine größere Verkehrsumgestaltung stattfindet oder so, dann wird meine Kollegin Judith Wittrich da schon eingeladen und versucht, sich da auch einzubringen. Wir versuchen auch bei großen Umgestaltungsprozessen wie z.B. der Mariahilfer Straße in Stellungnahmen da auch zu sagen, was wir wichtig finden. Tatsächlich können wir aber nicht leisten, an jedem dieser Beteiligungsprozesse auch wirklich selber teilzunehmen und dann da zu partizipieren. Das ist ressourcentechnisch leider nicht möglich. Das heißt, wir versuchen halt, uns in den Diskurs miteinzubringen. Darüber, dass wir sagen, wir schauen so auf wissenschaftlicher Ebene ein bisschen, was kann man zu Beteiligungsprozessen, gerade dem deliberativen Bereich sagen. Was denken wir da demokratiepolitisch

drüber, wo glauben wir, dass man vielleicht nachschärfen muss, wenn man irgendwie da auch in der Breite Leute erreichen will. Wir versuchen eher, kontinuierlich irgendwie dran zu sein und immer wieder Anregungen zu geben, wie man vielleicht so Prozesse auch gestalten könnte. Ja, damit sie halt möglichst vielfältig Menschen ansprechen.

115 I: Was sind die größten Herausforderungen bei der Umgestaltung öffentlicher Räume?

KH: Die größten Herausforderungen sind wahrscheinlich, dass man es schaffen muss, zu skalieren zwischen ganz, ganz unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen und Bildern zur Stadt. Das eindrucklichste Beispiel ist wahrscheinlich der Autoverkehr. Ganz viel vom öffentlichen Raum ist ja besetzt über die Funktion Verkehr, Straße und da gibt es ja immer mehr Stimmen und Bilder, die sich vielleicht auch eine ganz andere Stadt wünschen, wo es vielleicht viel weniger Autoverkehr oder gar keinen gibt. Und das führt halt zu Reibungsflächen. Das ist eines von sehr vielen Beispielen, weil eben so unterschiedlich die Stadtgesellschaft ist, so unterschiedlich sind dann auch die Nutzungswünsche und Vorstellungen im öffentlichen Raum. Die treffen dann aufeinander und man muss es dann irgendwie schaffen, in einem Planungskonzept, in einem Umgestaltungskonzept möglichst offene Räume zu erhalten, in denen dann halt auch tatsächlich vielleicht ganz Widersprüchliches stattfinden kann, wo man es halt auch aushalten muss, dass es Konflikte gibt, wo man die auch moderieren muss und am Ende des Tages manchmal vielleicht Situationen hat, wo dann jemand nicht ganz glücklich ist. Jemand anderer dann natürlich schon, weil für den passt das so. Aber da passieren einfach ganz viele Dinge, die nicht immer miteinander zusammenpassen müssen, sage ich einmal. Genau.

130 I: Was würden Sie sagen, inwiefern machen sich aktuell Auswirkungen von gesellschaftlichen Veränderungen bei der Umgestaltung von öffentlichen Räumen bemerkbar?

KH: Bei der Umgestaltung von Räumen, also ich meine, wir sehen zwei Dinge im öffentlichen Raum. Ich sage immer gern, was der öffentliche Raum ist, ist oft der erste, wo uns sehr augenscheinlich vielleicht gesellschaftliche Probleme oder Polarisierungstendenzen dann begegnen. Also wenn z.B. sehr viele Leute ihre Wohnungen verlieren, in sehr prekären Situationen sind, dann sieht man das sehr oft als erstes im öffentlichen Raum, weil z.B. Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit zunimmt und man einfach die Menschen ganz konkret dort sieht. Und diesen Vorgang von Polarisierung sehen wir in den öffentlichen Räumen und wenn das natürlich mehr wird, muss man vielleicht anders als früher neue Umgangsstrategien entwickeln. Was in Wien bei Umgestaltungsprozessen relativ neu ist, sind so Verbote, mit denen gearbeitet wird. Ich glaube, das gab es bis vor zehn Jahren wahrscheinlich noch weniger. Ganz konkret, das Alkoholverbot am Praterstern, also diese Diskussion, dass man stärker in diese Richtung denkt und geht. Und auch vielleicht, dass man stärker Umgestaltungsprozesse sieht, die tatsächlich möglicherweise nur zum Ziel haben, gewisse Gruppen an manchen Plätzen nicht mehr zu haben. Also stark kritisiert worden ist da z.B. die Umgestaltung vom Karlsplatz, wo man gesagt hat, da geht es eigentlich nur darum, eine Drogenszene da nicht mehr zu haben, in Wirklichkeit zu verdrängen. Und da gibt es einige Beispiele leider mittlerweile in Wien, wo man sagen kann, das war vielleicht das vorrangige Ziel dieser Prozesse, hier nur so ein bisschen Dinge zu verschieben im Stadtraum.

I: Inwiefern würden Sie dann sagen, dass es eine Rolle spielt, dass sich der Reumannplatz in Favoriten befindet?

KH: Die Umgestaltung?

I: Ja, im Zusammenhang mit den aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen.

KH: Das kann ich nicht sagen. Ich glaube, ich kenne den Platz einfach zu wenig. Ich glaube aber, dass eine Umgestaltung oder tatsächlich auch Investitionen da auch in den öffentlichen Raum, glaube ich, bestimmt überfällig sind, weil es ist ja tatsächlich ein ganz wichtiger Stadtplatz. Insofern könnte der Druck auf den Platz möglicherweise doch höher geworden sein. Also ich glaube, der Bezirk ist nochmal stark gewachsen, glaube ich, in den letzten fünf bis sieben Jahren. Das heißt, da kann es einfach sein, dass dadurch halt auch baulich investiven Maßnahmen einfach notwendig waren, wie es aber vielleicht auch bei vielen Plätzen in der Stadt der Fall ist.

I: Wer soll die Umgestaltung finanzieren?

KH: Vom Reumannplatz?

I: Von öffentlichen Räumen grundsätzlich.

KH: Das ist grundsätzlich eine öffentliche Aufgabe und das sehen wir auch hier so, dass es auf jeden Fall Aufgabe der öffentlichen Hand ist und einen wichtigen Teil von Daseinsvorsorge ausmacht. Natürlich kann man darüber reden, wenn, sage ich mal, gewisse öffentliche Räume immer stärker kommerziell genutzt werden oder

man Teile von öffentlichem Raum für Großprojekte dann auch abtritt im Rahmen von Umwidmungen oder so. Da kann man schon darüber reden, wie sie sich auch Private, die ja hiervon auch sehr profitieren, da beteiligen könnten. Ich bin da aber keine große Freundin von städtebaulichen Verträgen, die oft nicht sehr transparent und wenig einsehbar sind und man da eigentlich nicht genau weiß am Ende des Tages, wer übernimmt welche Aufgaben wie. Also, tatsächlich finde ich, kann man da immer darüber reden, über so Finanzierungen, die Private machen, wenn sie Gewinne machen. Die Hoheit aber über den öffentlichen Raum muss auf jeden Fall im öffentlichen Kontext im weitesten Sinne verbleiben. Also ich bin da keine Freundin davon, dass man da so Modelle erfindet, wo dann vielleicht Private sich auch stärker einbringen über dort geltende Hausordnungen und andere Dinge, die in Wirklichkeit den öffentlichen Charakter dann vielleicht verändern.

I: Öffentlicher Charakter ist in dem Zusammenhang dann was?

KH: Öffentlicher Charakter heißt, dass geltendes Recht das ist, was in der gesamten Stadt gilt. Dass die Zugänglichkeit für alle gewährleistet sein muss, dass im weitesten Sinne man sich da so frei bewegen kann, wie man es einfach überall in der Stadt gewohnt ist und man dann nicht irgendwelchen Beschränkungen oder Ideen von Privaten unterliegt, die eben z.B. in einer Art von Hausordnung dort dann Geltung haben. Das heißt auch, dass es da keine Security-Dienste gibt, die möglicherweise da zusätzlich zur Polizei irgendeine Handhabe haben, sondern dass es ganz klar im öffentlichen Bereich einfach verbleibt.

I: Welche Aktivitäten sollten im öffentlichen Raum Platz haben? Wie z.B. eben am Reumannplatz?

KH: Ich sage, möglichst, möglichst viel. Also eine Aufgabe ist auch und das ist ein schwieriges Spannungsverhältnis auch in Wien, zu skalieren zwischen Regulation und Vorschriften, die man natürlich braucht und auf der anderen Seite eine gewisse Art von Offenheit für die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner zu erhalten. Gerade in Wien sehen wir, dass es beispielsweise ganz klar geregelt ist, wie ich als Restaurant eine Schanigarten-Bewilligung bekomme, den ich dann ja auch im öffentlichen Raum aufstellen darf. Wenn ich aber gerne ein Gassenfest irgendwo organisieren möchte und da mal für drei Stunden einen Tisch hinstellen will, dann ist das wahnsinnig kompliziert und da gibt es keine Ansprechperson in der Stadt und keine Stelle, die mir dann eigentlich sagt, was tue ich jetzt hier irgendwie. Und da sollte man schon nachschrauben und irgendwie versuchen auch Räume zu planen, zu bauen, die möglichst nutzungsoffen sind und tatsächlich für das da sind, was die Stadtbewohner da gern machen würden.

I: Gibt es auch Nutzungen oder Aktivitäten, die keinen Platz haben sollten?

KH: Die gibt es bestimmt. Ich glaube, es fängt im öffentlichen Raum immer klar da an, wo die Grenzen von anderen irgendwie überschreitet werden. Bzw. ist klar, dass man in einer dichten Stadt aufeinander Rücksicht nehmen muss und dass vielleicht so Dinge wie ab 10 Uhr, dass es da mal ruhiger wird, irgendwo schon noch Sinn haben. Also dass es klar ist, dass man da nicht überall alles in der Stadt machen kann. Aber ja, klar, da gibt es ganz viele Sachen, aber die sind oft ohnehin gesetzlich geregelt, die da vielleicht keinen Platz haben. Gerade wenn es in die Sicherheitsthematik reingeht, natürlich meine ich nicht, jeder soll alles in der Stadt machen dürfen, in einem anarchistischen Sinne, sondern da geht es wirklich mehr um die Dinge, die vielleicht zu wenig jetzt noch eine Grundlage haben, um sie zu organisieren, wie ein Straßenfest, wie sich mal länger draußen aufhalten, alle diese Sachen. Da könnte man vonseiten der Stadt noch nachschärfen, irgendwie nicht kommerzielle Nutzungen auch irgendwie zu erleichtern.

I: Ein bisschen haben Sie es schon angesprochen, aber ich würd es gern nochmal wissen, welche Zielgruppen für Sie wichtig sind.

KH: Im öffentlichen Raum?

I: Mhm.

KH: Welche Zielgruppen sind wichtig? Ich glaube, es gibt zwei Sachen. Es gibt einerseits die Zielgruppen im öffentlichen Raum und dann gibt es die Grundlagen, die halt in der europäischen Stadt immer da sind und die man mehr oder weniger in der Breite denkt, im Sinne von, die kommen einfach allen, die da sind oder die durchkommen oder wie auch immer zugute. Und das sind dann mehr diese Prinzipien wie die freie und gleiche Zugänglichkeit, die gewährleistet sein muss. Einfach auch diese Art von Toleranz des Fremden, die in der Stadt wichtig ist. Dass sich die Menschen da sicher fühlen können, egal wie sie vielleicht aussehen oder was sie da gerade ganz genau machen, das ist wichtig. Und Zielgruppen sind die klassischen: Kinder, Jugendliche, dann die Erwerbstätigen, wobei da auch viele vielleicht sogar sehr spezifisch nur öffentlichen Raum nutzen, weil sie das eh nur nach der Arbeit tun. Das ist dann vielleicht stark im Wohnumfeld wichtig oder in der Nähe vom Arbeitsplatz. Ganz wichtig wird auch sein zu überlegen, was denn eine altersgerechte Stadt ist. Also ältere Menschen ziehen sich vermehrt aus dem öffentlichen Raum zurück und man weiß eigentlich nicht genau warum.

215 Also da sollte man auch ganz stark darauf schauen, was passiert da, gibt es da Ängste, sind die öffentlichen Räume da nicht gut gestaltet, warum ist das so? Also darauf sollte man auf jeden Fall vor dem Hintergrund schauen, dass man eben auch zunehmende Einsamkeit einfach auch im Alter beobachten kann. Und da sind wahrscheinlich so tragfähige, offene öffentliche Strukturen ganz wichtig. Und daneben eben auch die Perspektive von marginalisierten Gruppen, die den öffentlichen Raum genauso oder mehr brauchen als andere und da muss man echt gut drauf schauen, dass man da eben diskriminierende Strukturen vorbeugt. Auch aus meiner Sicht, dass man da irgendwie schaut, wie bekomme ich da eine gute öffentliche Struktur hin, wo da jeder einfach seinen Platz haben kann.

225 I: Eh ziemlich genau das wurde als eines der Ziele vom Fachkonzept Öffentlicher Raum der Stadt Wien definiert. Da wird auch ein Fairness-Check beschrieben, wo Bedürfnisse von sechs spezifischen Gruppen besonders berücksichtigt werden sollen. Und zwar junge Menschen, Arme, Betreuende, Mobilitätseingeschränkte, potenzielle Gewaltopfer und kommerzielle Nutzerinnen und Nutzer. Wie bewerten Sie den Fairness-Check?

230 KH: Zwei Sachen. Der Fairness-Check, das ist eine gute Sache, weil er darauf hinweist, dass es natürlich unterschiedliche Gruppen gibt und die auch unterschiedlich, also dass man die auch berücksichtigen muss, wenn man an so Dinge wie Umgestaltung denkt. Gleichzeitig ist aber dann immer die Frage mit den Fachkonzepten, wie kommen die dann am Ende des Tages auf den Boden und wie werden die in einem Planungsprozess dann tatsächlich umgesetzt. Und wie wird gewährleistet, dass das die Kriterien sind, die gelten. Das ist eine zweite große offene Frage, die man sich stellen könnte. Und der dritte Aspekt dieses Fairness-Checks, da habe ich mit meiner Kollegin versucht, in einem Artikel nachzuzeichnen, was beispielsweise im Rahmen von Plätzen passiert, die sehr stark kommerziell genutzt werden. Wir haben da versucht zu zeigen, dass beispielsweise auf einem Platz wie dem Yppenplatz kommerzielle Strukturen sich dort immer weiter in dem Raum ausweiten und das schon über Jahre hinweg. Und für andere wird der Platz sehr eng und offensichtlich ist es da so, dass andere Gruppen da viel weniger Verhandlungsmacht haben und sich die kommerziellen da viel besser durchsetzen können. Deshalb ist die Frage, ob es tatsächlich Sinn macht, nicht kommerzielle und kommerzielle Nutzungen gleichwertig zu behandeln oder ob man da nicht von städtischer Seite sagen muss, ok, es gibt schwächere Interessen, die einfach nicht gut organisiert sind, die sich da nicht so gut durchsetzen können. Vielleicht macht es da doch Sinn zu sagen, man schaut auf ein ausgewogenes Verhältnis und schützt sozusagen nicht kommerzielle Interessen auch dahingehend, dass man sagt, die sind nicht immer gleichzustellen. Und wenn ich sehe, ich habe schon einen Platz, der ganz stark genutzt ist mit kommerziellen Interessen, dann können die vielleicht nicht mehr gleichwertig sein und andere sind vorrangig zu behandeln.

245 I: Können Sie sagen, ob diese Prozesse, die da am Yppenplatz beispielsweise beobachtbar sind oder waren, auch am Reumannplatz stattfinden oder stattfinden werden?

250 KH: Da kenne ich den Platz leider wirklich zu wenig, das müsste man sich also wirklich im Rahmen von einer kleinen Studie anschauen. Also ich glaube nicht, dass der Reumannplatz mit dem Yppenplatz vergleichbar ist, weil der hat, soweit ich weiß, nicht diese Art von kommerzieller Struktur bis dato. Und was natürlich beim Yppenplatz dazukam ist dann ein ganz stark anderes Image als wahrscheinlich der Reumannplatz hat. Der Reumannplatz hat vielleicht mehr mit einem Image zu kämpfen, das vielleicht ein bisschen weniger toll ist, während der Yppenplatz ganz im Gentrifizierungsdiskurs, so als ein hipper Platz irgendwie immer wieder vorkam und darüber vielleicht auch befeuert wurde, dass da immer mehr kommerzielle Strukturen gewachsen sind. Und da müsste man schauen, wie das am Reumannplatz gewidmet ist, was da überhaupt möglich ist an Lokalen oder nicht, aber das weiß ich leider nicht.

I: Aber grundsätzlich könnte das nicht auch am Reumannplatz passieren, dass es eben beginnt, hipp zu werden?

KH: Über die Umgestaltung?

I: Ja.

260 KH: Also, hipp, da ist immer die Frage tatsächlich, was es da an kommerzieller Infrastrukturen gibt und was nicht. Also ich denke den Reumannplatz stark als Verkehrsknotenpunkt. Da ist es dann teilweise gar nicht so einfach, das dort vielleicht mit Lokalstrukturen zuzubauen. Zumindest Teile müsste man da ja auch an Durchwegungen und so weiter halten, aber das muss ich mir tatsächlich genauer anschauen. Auch tatsächlich, wie die Dinge gewidmet sind, ob das überhaupt denkbar ist. Per se, glaube ich, kann man nicht sagen, dass ein Umgestaltungsprozess sofort eine Entwicklung wie diese anschiebt. Aber ausgeschlossen ist es natürlich auch nicht. Ich kann jetzt nur nicht sagen, dass ich den Zusammenhang so herstellen würde, dass Umgestaltung sofort dazu führt.

I: Ja, es ist natürlich immer schwierig, zu sagen, was passieren wird. Es ist nur interessant, weil in der Funktions- und Sozialraumanalyse eben ganz konkret drinsteht, dass zentral ist, „dass mögliche Verdrängungsprozesse, die

270 mit einer Neugestaltung des Reumannplatzes einhergehen (können), aktiv aufgegriffen werden und ein sensibler Umgang damit im Sinne armutsgefährdeter, marginalisierter Bewohner und Bewohnerinnen Favoritens gefunden werden muss.“ Wo dann eben die Frage ist, wie man das berücksichtigen kann.

275 KH: Das ist eine gute Frage. Also da geht es ja sehr oft um darum, da gibt es wahrscheinlich verschiedene Wege. Einerseits könnte man sagen, man nimmt diese Gruppen gleich in den Beteiligungsprozess und fragt, was sind die wichtigen Dinge, warum ist der Platz wichtig, was sind dann auch vielleicht die Gestaltungsmaßnahmen, die es geben soll oder die auf jeden Fall zu unterlassen sind. Also wenn ich schon weiß, dass die Bänke total
280 gebraucht werden, dann wird relativ klar sein, was passiert, wenn ich die da wegnehme. Dass man sich vielleicht nicht mehr so aufhalten kann. Dann hat es vielleicht auch mit einer Art von Ästhetik zu tun, die zu Verdrängung führen kann und ganz klar, wenn ich das natürlich mit kommerziellen Strukturen zubaue und dann da nur noch teurere Restaurants oder Bars habe, die den Platz halt besetzen, dann liegt es relativ auf der Hand, was passiert. Und da kann man dann eh nur mehr, also da muss man dann halt von Seiten der Stadt sagen, das geht nur bis zu diesem Teil oder so oder es geht da auf dem Platz gar nicht. Da muss man dann halt, glaube ich, skalieren, wenn man dann da tatsächlich möchte, dass man diese Gruppen schützt oder den Platz weiter auch nutzbar macht.

285 I: Im Fachkonzept „Grün- und Freiraum“ der Stadt Wien von 2015 stehen Kennwerte, wie viel von diesen Freiräumen pro Person zur Verfügung stehen sollen. Als Ziel für neue Stadtentwicklungsgebiete und als Bewertmaßstab für bestehende Strukturen sollen laut dem in einem Umkreis von 500 m jeder Person 4 m² öffentlicher Raum zur Verfügung stehen. Rund um den Reumannplatz kommen aber auf eine Person nur 0,54 m², also ein halber Quadratmeter. Wie soll man damit umgehen?

290 KH: Naja, das ist ein schwieriges Thema. Also diese Kennwerte sind überhaupt nicht immer einfach zum umzusetzen in einer Stadt, in der die Besiedlungsdichte so unterschiedlich ist. Es ist einfach was anderes, über die sehr dichten, dicht besiedelten Bezirke zu reden, wie das einer ist, während man in den Flächenbezirken vielleicht ganz andere Zahlen hat. Das Thema, neue öffentliche Räume zu erschließen ist ein ganz, ganz spannendes. Auf der einen Seite sieht man halt die Stadt Wien ist da auch wahnsinnig unter Druck. Wir haben so stark steigende Bodenpreise, dass ganz z.B. unrealistisch ist, Flächen für neue Parks zu kaufen. Ich bin da eher eine Freundin davon, dass man in Zeiten wie diesen versucht, einfache Dinge an öffentlichen Strukturen, die da
295 sind, vielleicht umzugestalten und aufzumachen. Da sind ganz wichtig z.B. Schulsportplätze, Hallen. Da könnte man z.B. überlegen, Zäune einfach wegzunehmen und diese öffentlichen Flächen nach dem Unterricht zugänglich zu machen für beispielsweise Sport. Alle Dinge, die da sind, wie Schulgebäude, eben Schulhallen, die VHS, einfach wieder neu zu beleben und zu schauen, wie man vielleicht auch öffentliche Räume neu erschließen kann. Das wäre jetzt das Thema Mehrfachnutzung. Und sonst könnte man innovativ nach anderen,
300 auch in andere Städte schauen, die vielleicht – ich assoziiere jetzt mal frei – riesige Terrassenflächen in Kooperation mit so Supermärkten oder so machen, wo man da halt nach oben ausweichen kann und dahin skaliert. Oder man versucht, bestehende Baulücken immer so zumindest zwischenzunutzen. Also da braucht es halt, glaube ich, für Wien noch ein bisschen, dass man so schaut, was andere so machen oder dass man innovativ ist und sich auch vielleicht bisschen was traut, was man bis jetzt nicht so gemacht hat.

305 I: Das Beispiel mit den Supermärkten, von wo ist das?

310 KH: Wo habe ich das gesehen? Ich glaube, in Deutschland machen sie das viel mehr. Also da werden einerseits überhaupt diese Flächen über diesen großen Hallen, also Hallen sagt man nicht, über diesen Supermärkten, die oft so flat sind, eigentlich viel mehr verbaut. Die verwenden dazu auch Garagen, Hochgaragen fallen mir gerade ein, die verbauen halt diese gesamten Dächer mit großen Flächen. Auch so Wohnprojekte gibt es, in New York glaube ich, wo unter anderem auch öffentliche Nutzung, so öffentlich zugängliche Terrassen gemacht werden. Also so etwas ist glaube ich eine spannende Idee, die man dann ja auch begrünen kann und einfach auch nutzen kann ganz gut.

I: Ganz allgemein, warum glauben Sie, gibt es so ein großes Interesse am öffentlichen Raum? Also was macht den öffentlichen Raum so interessant?

315 KH: Ja, es ist halt historisch sicher eine der wichtigsten Räume, den die Stadt hat mitunter. Wenn wir abseits, wenn wir in der bürgerlichen Überlegung denken, die sagt, wir haben den privaten und den öffentlichen Raum, dann ist das eine ganz zentrale Sphäre für eine Stadt, für ein Verständnis für die Stadt. Ich würde sagen, wir haben daneben auch die Arbeitsstätte, die eine extrem wichtige ist und für die die meisten eine zentrale Lebenswelt ist. Nichtsdestotrotz bleibt die öffentliche Sphäre als eine ganz wichtige der Stadt erhalten, weil es
320 eben unser gemeinsamer geteilter Raum ist. Und das ist wahrscheinlich, was auch so eine demokratische Gesellschaftsstadt ausmacht. Dass wir hier teilen müssen, dass wir aushandeln müssen, dass wir gemeinsam schauen, was passiert da, was passiert da nicht, wie schauen diese Räume aus. Es sind sozusagen unsere realen demokratischen Räume, wo wir uns tatsächlich begegnen, und abseits von so virtuellen Dingen, den Raum teilen und deswegen ist er natürlich wahnsinnig wichtig. Und dann kommen da halt ganz unterschiedliche

325 Begehrlichkeiten dazu, die mitunter natürlich auch kommerzielle sein können. Überhaupt in einer wachsenden Stadt, wo man natürlich auch gut Geschäft machen kann mit dem öffentlichen Raum. Ja, deswegen ist es, glaube ich, so ein wichtiger Raum, der sich schnell auch verändern kann und den man immer auch sehr bewusst gestalten muss.

330 I: Ja, das waren eigentlich eh schon meine inhaltlichen Fragen. Zum Schluss nur noch, ob ich irgendwas nicht gefragt habe, was Sie zu dem Thema noch sagen wollen?

KH: Nein, ich glaube, es passt gut. Und es tut mir Leid, dass ich zum Reumannplatz sehr konkret nicht viel sagen kann. Ja, aber es sind halt eher die allgemeinen Aspekte und ich glaube, dass die Leute, die da dann auch konkret an dem Projekt beteiligt waren, auch sehr viel erzählen können.

I: Ja, ich bin auf jeden Fall gespannt.

335 [38:20- 41:05 wurde nicht transkribiert, weil es für die Analyse nicht relevant ist.]

340 KH: [Zu den Initiativen, Anm.] Aber es ist eh spannend, da auch trotzdem einmal zu reden, weil ich glaube, es zeigt sich daran dann auch oft sehr schön, dass halt auch wenn es so etwas gibt, wie so eine Initiative, dass man da meistens in irgendeiner Art und Weise ressourcenstark sein muss. Also alleine mal schon, davon zu wissen, dass jemand da so ein großes Projekt plant und dann halt irgendwie wissen, wie man da dann agiert und was man da dann macht und so. Also das war am Yppenplatz z.B. schön sichtbar, dass das weniger der Fall war und immer wieder mal zu spät war und dann vor vollendeten Tatsachen gab es das nächste Lokal irgendwie, bevor das dann richtig jemand mitbekommen hat. Aber das ist sicher spannend und auch von der anderen Seite, kann mir nicht vorstellen, warum die das nicht erzählen möchten. Also im Normalfall gibt es da keine Scheue. Und wer mag das machen, dieses Lokal, weiß man das?

345 I: [42:00- 44:00 wurde nicht transkribiert, weil es für die Analyse nicht relevant ist.]

350 KH: Ja, wäre spannend zu erfahren, wer dieses Lokal schon plant oder vorhat möglicherweise. Ich meine, das ist dann manchmal eine heiße Kartoffel. Ist manchmal nicht uninteressant. Ganz großes Thema gab es da ja auch entlang des Donaukanals mit einer neuen sehr großen, also eh vielen Lokalstrukturen, aber wo es auch ganz klar irgendwie den Punkt gab, wo gesagt worden ist, nein, und da gab es auch ein sehr schönes Konzept vonseiten der Stadt Wien, wo auch festgeschrieben war, konsumfreie Zone und trotzdem war es ein langer, mühsamer Prozess, wo man das total verteidigen musste eigentlich. Und das Lokal gibt es jetzt trotzdem, nur an einer anderen Stelle.

355 I: Ja, das hat mir eine Expertin auch gesagt, die Sache ist, selbst wenn das fertig umgestaltet ist, ist es dann nicht statisch, sondern es kann eben sein, die beantragen dann halt nochmal ein Stück Schanigarten. Also es ist halt nie dann fertig beendet und es verändert sich nicht mehr, sondern es ist eh ein Prozess, aber ja. Aber das ist eine gute Frage, die werde ich mir merken.

360 KH: Also da könnte man sich nur anschauen, genauso wie diese Expertin, dass sie eben sagt, kann das tatsächlich passieren, dass einfach auch mit jedem Jahr, ist da eine Reihe weiter Schanigarten und so. Also am Yppenplatz kann man das nachzeichnen und jetzt ist halt nur noch ein Fleckchen, wo man frei sitzen kann und der Rest ist halt großer Schanigarten.

Gut, dann wünsche ich jedenfalls gutes Gelingen für die Arbeit.

I: Vielen Dank!

Transkript

Interview mit Oswald Kuppelwieser, Aktivist bei der Initiative Offener Reumannplatz

Datum: 30.9.2019

Uhrzeit: 10:00 - 11:00 Uhr

Nach der Begrüßung und Klärung der datenschutzrechtlichen Bedingungen beginnt das Interview um 10:00 im Kulturraum 10, Sonnwendgasse 38, 1100 Wien.

Interviewerin: Vielen Dank, dass Sie Zeit haben.

Oswald Kuppelwieser: Gerne.

I: Dann fangen wir schon mit der ersten Frage an, und zwar, woran denken Sie, wenn Sie an den Reumannplatz denken?

- 5 OK: An einen Treffpunkt der Menschen, die in der Gegend wohnen und der Menschen, die dort von einem öffentlichen Verkehrsmittel ins andere umsteigen oder in die Fußgängerzone einkaufen gehen, an die Besucher des Amalienbades, an die Schüler und Schülerinnen, die dort diese Schulen in der Nähe besuchen, das ist eine Hauptschule, das ist ein Gymnasium, eine Höhere Technische Lehranstalt. An alle diese Menschen denke ich.

- 10 I: Wenn wir von dem Planungsprozess sprechen, welche Akteure und Akteurinnen sind Ihrer Meinung nach da zentral?

OK: Na zentral ist natürlich die Stadt Wien mit den Magistratsabteilungen, vor allem der Magistratsabteilung 18, die halt das alles in den Händen hat und dann Subaufträge vergibt an Planungsbüros, an das Stadtgartenamt, an die Verkehrseinrichtungen der Stadt Wien. Aber die Fäden laufen bei der Planungsabteilung der Stadt Wien, bei der MA 18 zusammen.

- 15 I: Welche Akteure oder Akteurinnen sehen Sie sonst noch in diesem Bereich?

- OK: Na da gibt es noch Menschen, die dort wohnen, das heißt, Gewerbetreibende, die sich z.B. dafür stark gemacht haben, dass dort eine hochpreisige Gastronomie angesiedelt wird, gegen die wir ja angekämpft haben. Und AnwohnerInnen und vor allem Schülerinnen, die sich dort im Rahmen dieser Aktion ReuMÄDCHENplatz sehr dafür engagiert haben, dass auch ihre Interessen berücksichtigt werden bei der Planung. Sie wollten z.B. unbedingt eine Bühne, wo sie sich ein bisschen darstellen können, bewegen können, wo einfach etwas los ist und AnwohnerInnen, die sich dafür eingesetzt haben, dass die Bäume bleiben, dass die Sitzbänke bleiben und dass eine bessere Beleuchtung installiert wird. Das waren mehr oder weniger schon die Hauptakteure. Abgesehen von der Initiative Offener Reumannplatz, aber die Initiative ist ja erst aktiv geworden, wie die Menschen artikuliert haben, wir wollen dort keine so Hochpreis-Gastronomie. Wir wollen eigentlich, dass der Platz nur ein bisschen freundlicher wird. Aber wir wollen die Bäume, die Sitzgelegenheiten, offene Flächen, die wollen wir schon erhalten.
- 20
- 25

I: Zu der Initiative kommen wir eh auch noch später, aber zu den Akteuren nochmal, würden Sie sagen, dass eine Akteursgruppe zu wenig Gewicht hat und eine größere Rolle spielen sollte?

- OK: Also möglicherweise haben die Menschen, die dort von der U-Bahn in andere öffentliche Verkehrsmittel, sprich Straßenbahnen, die vielen Buslinien, umsteigen, zu wenig Gehör gefunden. Das sage ich deswegen, weil nach wie vor die Buslinien dort sehr dezentralisiert sind. Anstatt, dass man die Buslinien an einer Haltestelle, wo man ja dort so Großhaltestellen gehabt hat, neu errichtet, hätte man die Buslinien dort bündeln können. Dass man auf dem kürzesten Weg von der U-Bahn zu den Bussen kommt, sind jetzt vier verschiedene Bushaltestellen, wenn ich den Regionalbus dazunehme, fünf verschiedene Bushaltestellen. Das ist schon ein bisschen ein Durcheinander und ich denke mir, die Menschen, die dort umsteigen, haben ein bisschen zu wenig Gehör gefunden, sind zu wenig berücksichtigt worden.
- 30
- 35

I: Wie haben Sie den Beteiligungsprozess erlebt?

- OK: Also der Beteiligungsprozess war sehr gut organisiert. Also das finde ich schon. Da hat sich die Gebietsbetreuung eingeschaltet, da hat die Agenda 21, die ja dort ganz in der Nähe ihr Büro hat, mitgewirkt. Dann hat die MA 18 ein Planungsbüro beauftragt, das auch Veranstaltungen dort organisiert hat, wo die Leute sich melden konnten, ihre Vorschläge einbringen konnten. Das wurde gesammelt. Also meines Erachtens ist das sehr schön und eigentlich mustergültig organisiert worden.
- 40

I: Können Sie beschreiben, wie Ihre Initiative entstanden ist?

- OK: Das war ein reiner Zufall. Der Robert Sommer, der Gründer des Augustin, der wohnt dort in der Nähe und hat aus einer Veröffentlichung der Wirtschaftskammer mitbekommen, dass dort so ein, deplatziertes sagen wir einmal, viel zu großer Pavillon für eine gehobene Gastronomie entstehen soll, also neu hingebaut werden soll. Dieser Pavillon hätte sehr viel Platz von der öffentlichen Fläche beansprucht. Daraufhin hat sich der Robert Sommer umgehört, was man da tun kann. Er findet das nicht richtig, dass sozusagen, Private sich da eine öffentliche Fläche angeln. Und ist über Umwege an meine Telefonnummer gekommen, hat mich angerufen und gemeint, können wir da was machen? Er hat mich nicht gekannt. Ich habe aber ihn als Gründer des Augustin schon gekannt. Und er hat sich nicht mehr erinnert, dass wir schon früher mit der Solidarischen Ökonomie einmal zusammengearbeitet haben. Aber wir haben uns dann getroffen und überlegt, was wir tun könnten und
- 45
- 50

sind auf die Idee gekommen, wir schreiben einfach alle unsere Bekannten an, was sie dazu sagen zu diesem Plan, dieser Hochpreis-Gastronomie und haben einfach E-Mails ausgeschildt, Telefongespräche geführt und zum
 55 Schluss hat sich eine Gruppe von engagierten Menschen, Männer, wie Frauen, ziemlich gleich viele, eingefunden und wir haben gesagt, wir machen da was. Wir gehen an die Öffentlichkeit und schreiben einmal Medien an, schauen, ob wer kommt. Wir haben dort am Platz eine öffentliche Pressekonferenz abgehalten. Da sind tatsächlich Pressevertreter gekommen. Die Bezirkszeitung hat informiert, Radio Wien hat informiert, der Falter hat vorbildlich informiert, der Standard, die Presse, eigentlich fast alle Zeitungen haben dann darüber
 60 geschrieben, dass der Reumannplatz neu gestaltet wird, weil die Schienen wegkommen, dort keine Straßenbahn mehr fährt und dass es da halt eine Gruppe von Menschen gibt, die nicht möchte, dass ein Teil des Platzes privatisiert wird. Und das hat uns ein bisschen zusammengeschweißt, also dieses viele Echo. Und dann haben wir gesagt, gut, dann machen wir ein Fest am Reumannplatz. Und das haben wir dann gemacht, da haben sich auch andere Gruppen, also so Gemeinschaftsgärtner und Initiativen aus der Umgebung, die haben sich da
 65 engagiert und wir haben dort ein Fest gemacht und Hunderte von Leuten sind gekommen, die gemeint haben, nein, sie haben das gar nicht gewusst, was da geplant ist und sie wollen das auch nicht und so hat das den Anfang genommen. Und wir sind dann halt noch einmal in die Medien gegangen, Leute, schaut, da sind Hunderte von FavoritnerInnen, die das nicht wollen und der Bezirksvorsteher hat sich dann auch gemeldet und das Gespräch mit uns gesucht. Und hat dann gemeint, er wird sich das überlegen, weil er ist ja am Anfang dazu
 70 gestanden zu dieser Hochpreis-Gastronomie, aber dann hat er auch gemeint, das ist vielleicht doch ein bisschen deplatziert. Und er hat sich nicht distanziert, aber er hat gesagt, da kann man auch was anderes machen. Und mit den definitiven Plänen haben wir gesehen, dieses Riesengastronomieareal ist nicht mehr dabei. Wobei ich sagen muss, wir haben schon auch mit der grünen Vizebürgermeisterin, damals war das noch die Frau Vassilakou, den Kontakt gesucht und mit ihr gesprochen und sie gefragt, ob sie denn das wirklich will und sie hat auch gemeint,
 75 nein, nein, das war nie geplant, das war eine spontane Idee des Bezirksvorstehers und der Wirtschaftskammer. Und das wird nicht sein. Wir haben dann noch, das ist ein interessanter Aspekt, mit diesem Belvedere 21, das ist dieses Museum beim ehemaligen Südbahnhof, Kontakt gehabt und die haben uns eingeladen, im Belvedere 21 eine Veranstaltung zum Thema zu machen und wir haben dort einen Film gezeigt. Da war eine Frau, die eben mehr oder weniger zufällig dazugekommen ist, die hat ein paar Filmaufnahmen gemacht. Das haben wir im
 80 Belvedere 21 gezeigt, mit einer Diskussion. Da waren auch wieder so 100, 120 Leute, die sich das angehört haben. Ja, und das eine zum anderen. Und so hat es sich halt ergeben, dass mehr oder weniger der Reumannplatz jetzt so gestaltet wird, wie bei diesen Mitbestimmungsaktionen das Resultat eigentlich war. Weil von einer Gastronomie war bei allen diesen Veranstaltungen am Reumannplatz nie die Rede, das war eine Idee der Wirtschaftskammer.

85 I: Warum sind Sie dagegen, dass so ein hochpreisiges Gastronomieangebot am Reumannplatz gebaut wird?

OK: Da gibt es zwei Gründe. Wir haben uns eine Studie der MA 18 angeschaut, die erhoben hat, wie schaut die Situation rund um den Reumannplatz aus, welche Gastronomien gibt es dort, welche Geschäfte gibt es dort, welche öffentlichen Einrichtungen, sprich Schulen, Amalienbad, gibt es dort, welche sportlichen Einrichtungen gibt es dort, wie viele Spielplätze für Kinder gibt es dort und aus dieser Erhebung, die auch eine schöne
 90 grafische Darstellung beinhaltet, hat sich herauskristallisiert, es gibt in unmittelbarer Umgebung sehr viel Gastronomie, auch qualitative Gastronomie und wir haben dann mit den Betreibern geredet, die Wirtschaftskammer hat z.B. immer den Herrn Tichy als Betreiber genannt. Wir haben mit dem Herrn Tichy geredet und er hat gesagt, nein, nie, die Idee stammt nicht einmal von ihm und er hat auch keinerlei Willen, dort irgendwas zu betreiben außer den Eissalon. Also man hat ihn nur eingespannt und seinen Namen genommen,
 95 weil er halt sehr bekannt ist. Aber er steht nicht hinter diesem Projekt. Und das ist der erste Grund, warum wir das abgelehnt haben, weil wenn es da eh so viele Gastronomie gibt, wozu mitten am Platz auf öffentlichen Grund eine Konkurrenz etablieren? Das sollte die Stadt Wien nicht machen. Das zweite ist, wir halten es schon für problematisch, wenn öffentliche Fläche sozusagen für privaten Gewinn enteignet wird. Weil diese Fläche steht der Öffentlichkeit dann nicht mehr zur Verfügung, es sei denn, sie gehen als zahlende Kundschaften in
 100 diesen Gastronomietempel. Eine hochpreisige Gastronomie wiederum ist wohl nicht das, was die Favoritner Kundschaft dort braucht. Weil die Wirtschaftskammer hat gemeint, das würde den Platz aufwerten. Aber wir sind uns sicher, die Menschen am Platz bleiben die selben, es sind die Passanten, die umsteigen in die öffentlichen Verkehrsmittel und die vielen Schülerinnen und Schüler und nicht zuletzt die Leute, die dort wohnen.

105 I: Können Sie nachvollziehen, warum sich zumindest ein paar Unternehmer vor Ort zusammengeschlossen haben und gemeint haben und sich gemeinsam mit der Wirtschaftskammer dafür eingesetzt haben?

OK: Die haben sich nicht zusammengeschlossen. Das waren im Grunde genommen, zwei Gewerbetreibende dort am Platz. Die haben gemeint, dadurch, dass die U-Bahn jetzt nicht mehr ihre Endstation am Reumannplatz hat, sondern in Oberlaa, verlieren sie Kundschaft. Das ist der Friseur und die Apotheke. Und um das ein bisschen
 110 auszugleichen, könnte man vielleicht mit einer Gastronomie, mit einer hochpreisigen Gastronomie doch mehr

Menschen – sagen wir, sie haben das immer so genannt – aus dem gehobenen Mittelstand dorthin bringen. Wir glauben das allerdings nicht. Erstens, weil in der Umgebung einfach nicht der gehobene Mittelstand wohnt und zweitens denken wir, dass es auch falsch wäre, dort einen Bevölkerungsaustausch vorzunehmen. Das heißt, wir wollen nicht eine Gentrifizierung rund um den Reumannplatz, das haben wir im Sonnwendviertel da. Da haben wir die totale Gentrifizierung. Aber wir wollen am Reumannplatz eigentlich die ansässige Bevölkerung weiterhin dort leben lassen. Und wollen da keinen großen Bevölkerungsaustausch, weil das würde ja auch heißen, dass man Gebäude abreißt und neue Gebäude hinstellt, weil die sogenannte gehobene Mittelklasse in diesen Jahrhundertwendegebäuden nicht wohnen will.

I: Das Ganze ist ja jetzt doch relativ lange gegangen, gibt es irgendwie Erkenntnisse, die Sie für ein nächstes Projekt mitnehmen?

OK: Ja. Also die erste Erkenntnis ist, solche Dinge kann man nur angehen und gewinnen, wenn man viele, viele Menschen gewinnt, die da mitmachen. Das heißt, wenn man ein Netzwerk hat, wo Menschen drinnen tätig sind, die sagen, ja, das ist auch mein Anliegen und da mache ich mit. Als Einzelkämpfer, auch wenn das, was weiß ich, ein Verein ist oder eine Initiative, als Einzelkämpfer schafft man das nicht. Je mehr Menschen, umso besser. Und auch die Medien braucht man einfach. Weil wir haben dann wahrgenommen, dass unser Thema in ganz Wien ein Thema geworden ist, weil es ja auch ähnliche Plätze anderswo gibt, wo ähnliche Probleme sind. Und da haben uns Menschen angesprochen, die gemeint haben, wie habt ihr das gemacht? Die sind auch zu uns am Reumannplatz gekommen bei unserem Fest und haben sich das angeschaut und haben gemeint, wenn es bei ihnen ernst wird, dass so etwas mal passieren sollte, würden sie sich an uns ein Beispiel nehmen.

I: Von welchen Bezirken sind da Leute gekommen?

OK: Jetzt muss ich scharf nachdenken. Aus dem vierten Bezirk, dann, ich bin mir jetzt nicht sicher, ich bilde mir ein aus dem zweiten Bezirk, wo ja der Praterstern so ein Hotspot ist, aber der Praterstern ist natürlich noch um ein paar Kategorien größer und anders. Ich glaube, diese zwei Bezirke waren das. Aber es waren so viele Leute, ich kann mich gar nicht mehr so genau erinnern. Ich kann mich nur eben erinnern, dass sie gesagt haben, na, bei uns ist es ähnlich. Aber bei so einem Fest, da hat man einfach auch nicht die Zeit, intensiv mit den Menschen zu reden. Weil man muss ja auch schauen, dass das Fest abläuft und es halbwegs im Rahmen bleibt. Nein, das war ein schönes Fest. Es war total schön. Kinder waren dort, Erwachsene, Männer und Frauen und die Jugendlichen. Wir haben eine Mordsgaudi gehabt.

I: Das klingt schön. Warum glauben Sie, gab es so ein Interesse von den Medien?

OK: Ich denke mir, dass erstens, bei den Medien – so habe ich das wahrgenommen – sehr viele junge Menschen arbeiten, auch Frauen, die sehen die Stadt ein bisschen anders als die alten saturierten Journalisten, die zu so etwas nicht mehr gehen. Diese jungen Journalistinnen und Journalisten haben durchaus ein Gespür dafür, dass sich in der Stadt was ändert, dass man aber diese Änderungen auch ein bisschen kontrollieren muss. Dass man da auch Ziele vorgeben muss, dass die Stadt dafür verantwortlich ist, dass das nicht aus dem Ruder läuft, sondern dass das schon ordentlich geplant wird und die Menschen, die dort wohnen und am heftigsten betroffen sind, mitreden lässt. Und das glaube ich, hat den jungen Journalistinnen und Journalisten schon gefallen. Aber erstaunlicherweise war allen der Begriff Gentrifizierung geläufig und alle haben das ins Spiel gebracht und gemeint, so eine gehobene Gastronomie wäre ein erster Schritt zur Gentrifizierung und das würde natürlich bedeuten, dass eine Menge Menschen von dort wegziehen müssen.

I: Sie haben jetzt die Änderungen angesprochen, die jetzt in der Stadt Wien vor sich gehen. Das wird eben sehr viel geschrieben, auch eben der Bevölkerungszuwachs, also dass jedes Jahr einige tausend Menschen mehr in Wien leben. Welche Änderungen haben Sie da wahrgenommen im Kontext von dieser ganzen Umgestaltungsdebatte?

OK: Also die Zunahme der Bevölkerung in Wien war eigentlich nie ein Thema bei diesen Diskussionen. Weil es ja nicht um Wohnbau gegangen ist. Diese Diskussion, dass immer mehr Menschen nach Favoriten ziehen, Favoriten hat inzwischen ja über 200.000 Einwohner, also ist der weitaus bewohnerstärkste Bezirk von Wien, das spielt anderswo eine Rolle, wenn man z.B. Flächenwidmungspläne, wo darüber entschieden wird, wie hoch gebaut werden darf, wie dicht bebaut werden darf. Dort spielt das eine große Rolle. Da gibt es immer wieder Versammlungen, auch vom Bezirk initiiert, wo über diese Dinge geredet wird. Aber bei unserer Aktion war das eigentlich nicht Thema. Persönlich bin ich der Meinung, dass sich das wieder einpendeln wird. Also diese extreme Bevölkerungszunahme, die es 2015 gegeben hat, das wird sich – z.B. im vergangenen Jahr waren es ja nur mehr ein paar tausend – einpendeln. Wobei man sagen muss, die meisten, die nach Wien zuziehen, die meisten Menschen kommen aus den Bundesländern, nicht aus dem Ausland, sondern aus den österreichischen Bundesländern. Das ist halt ein weltweites Phänomen, dass die Menschen in die Stadt ziehen, ja.

165 I: Haben Sie abgesehen davon, also wenn Sie sagen, das Bevölkerungswachstum hat nicht eine Rolle gespielt, haben andere gesellschaftliche Veränderungen da eine Rolle gespielt?

OK: Die Menschen haben schon gespürt, weil da rund um den Reumannplatz jetzt nicht besonders wohlhabende Menschen wohnen, zumindest nicht en masse, dass im Zuge dieses städtischen Umbaus, sprich, da das
170 Sonnwendviertel beim Bahnhof, das ja nicht weit weg ist vom Reumannplatz, dass da der Druck immer größer wird, Gebäude abzureißen, Gebäude umzubauen, billige Wohnungen in hochpreisige Wohnungen umzuwandeln. Und dass sie dann als Erste betroffen sind. Das haben uns Menschen schon erzählt, dass sie sich ein bisschen fürchten, ihre Wohnungen an wohlhabendere Bevölkerungsgruppen zu verlieren. Der Bezirksvorsteher sagt, nein, da wird die SPÖ dagegen halten, das ist seine Meinung. Wir denken uns, und wir haben das auch bei der
175 Veranstaltung im Belvedere 21 diskutiert, da muss man schon sehr aufpassen, dass das nicht passiert. Sozusagen, die weniger wohlhabende Bevölkerung verdrängen, um eine wohlhabendere Bevölkerung reinzubringen, aber die weniger Wohlhabenden haben keine Ausweichmöglichkeit. Wo sollen die hin? In Neubauviertel wie Sonnwendviertel – unleistbar. Das können sich die Leute nicht leisten. Wo sollen die dann hin? An den Stadtrand? Am Stadtrand gibt es wenig Wohnungen. Dann bleiben noch irgendwelche, Burgenland, Niederösterreich, wo vielleicht billiger Wohnraum zu haben ist, aber dort wollen die Leute nicht hin. Die sind
180 darauf angewiesen, dass sie in der Stadt wohnen, kurze Wege zum Einkaufen, zur Versorgung und zu öffentlichen Ämtern und Einrichtungen. Das sind nicht Menschen, die ein, zwei Autos in der Garage stehen haben. Das sind alles Menschen, die zu Fuß gehen, mit dem Fahrrad fahren, mit Öffis fahren. Und wenn man die aus der Stadt rausdrängt, sind sie hoffnungslos verloren.

I: Sehen Sie diese Tendenz in Wien?

185 OK: Naja, in manchen Gegenden schon.

I: Zum Beispiel?

OK: Na z.B. hier in der Umgebung, Sonnwendviertel, da werden immer mehr von diesen alten Bauten, die an das neue Sonnwendviertel angrenzen, davon werden immer mehr, die Baubranche sagt „valorisiert“, ich sage, da
190 wird einfach ein Bevölkerungsaustausch vorgenommen. Man haut aufgrund der befristeten Mieten die alten Bewohner raus, baut die Gebäude teuer um und versucht dann halt wohlhabendere Menschen dort einziehen zu lassen. Diese Tendenz gibt es schon.

I: Und wie ist das mit der Tendenz von Privatisierung im öffentlichen Raum, so wie es angesprochen haben, wie so ein Gastropavillon gewesen wäre?

OK: Ja, das ist ein Phänomen, das halt jede Stadt hat. Ein gutes Beispiel dafür sind die ganzen Schanigärten.
195 Was ist ein Schanigarten? Das ist eine erweiterte Gaststube auf öffentlichen Grund. Für die, meines Erachtens viel zu wenig Pacht bezahlt werden muss, weil wenn ich 20 oder wie es in der Fußgängerzone in Favoriten auch der Fall ist, 50, 100 Tische in die Fußgängerzone stellen darf und dafür eine Bagatelle an Miete zahle und damit aber in so heißen Sommern wie wir es jetzt haben, unglaublich viel Umsätze mache, weil sich natürlich Leute dorthin setzen... Es gibt ja keine andere Möglichkeit, um sich hinzusetzen, außer dass man in dem Schanigarten
200 sitzt. So Parkbänke und so gibt es ja nicht so viele. Und damit hat man schon sehr viel öffentliche Fläche privatisiert. Auch in der Fußgängerzone z.B. Da sind immer wieder so Ramschmärkte. Die beanspruchen die halbe Fußgängerzone.

I: In der Favoritenstraßen?

OK: In der Favoritenstraße, das ist ein Favoritner Phänomen, das gibt es nur da. Die beanspruchen oft jedes
205 Wochenende die halbe Fußgängerzone für sich. Ich meine, das ist eine Privatisierung öffentlichen Raumes.

I: Und inwiefern würden Sie sagen, spielt es eine Rolle, dass sich der Reumannplatz mit der Favoritenstraße in Favoriten befindet?

OK: Also ich meine, das könnte überall passieren. Vor allem, wenn es so ein frequentierter Platz ist, wie der Reumannplatz. Also ich habe jetzt, ein ähnliches Beispiel wäre der Brunnenmarkt. Der Brunnenmarkt, wo auch
210 vor einem Jahrzehnt dort normal Markt abgehalten wurde und das wars. Inzwischen ist dort auch teilweise, vor allem am Yppenplatz, Hochpreis-Gastronomie eingezogen. Wenn ich an das Fischrestaurant dort denke, das kostet ganz schön. Also anderswo ist da schon einiges passiert, was eigentlich nicht passieren sollte. Und das kann immer wieder passieren, wenn ich denke, Floridsdorf, beim Bahnhof... Das ist ja auch ein schöner Platz und da ist ja auch immer wieder die Diskussion, dass man da was machen soll und so. Das könnte denen auch
215 passieren, auch eine U-Bahn-Endstation, Schnellbahnstation, sehr viele öffentliche Verkehrsmittel. Also das...

I: Zur Finanzierung von öffentlichen Raum, wer soll so eine Umgestaltung Ihrer Meinung nach finanzieren?

220 OK: Ich finde, das soll die öffentliche Hand machen. Wir zahlen alle entsprechend Steuer, also ich sehe nicht ein, warum die öffentliche Hand z.B. Milliarden in Straßenbau, Autobahnen investiert und dann in so Plätzen nichts investieren will. Das geht nicht. Ich meine, die Stadt Wien macht das eh nicht. Die Stadt Wien ist da eh, ich würde jetzt nicht sagen, vorbildlich, weil das immer so ein Aushandeln ist, zwischen dem Bezirken und der Gemeindeverwaltung, wer zahlt wie viel, wer kann wie viel zahlen usw. Das finde ich eigentlich schon in Ordnung, dass man da miteinander verhandelt. So ist das Leben. Wenn man zu einem Ziel kommen will, muss man halt miteinander reden. Aber prinzipiell soll das die öffentliche Hand zahlen. Das finde ich schon.

I: Warum?

225 OK: Weil das eben ein öffentlicher Platz ist. In dem Moment, wo ich private Investoren zahlen lasse, sagen die völlig zurecht, naja, jetzt habe ich da Geld investiert, jetzt will ich auch einen Profit haben. Und das wollen wir nicht auf öffentlichen Plätzen.

I: Zum Reumannplatz konkret, welche Aktivitäten sollen im öffentlichen Raum wie dem Reumannplatz Platz haben?

230 OK: Also wir haben uns lange unterhalten, auch bei diesem Fest mit den Leuten geredet, weil den Menschen auch nicht so ganz klar war, was wir da wollen. Und es hat sich schon herauskristallisiert, dass sich z.B. an schönen Tagen die Leute durchaus so kleine Konzerte, Filmvorführungen, Tanzvorführungen dort vorstellen könnten. Dazu soll ja auch diese Bühne dann dienen, die da errichtet wird mit einem Stromanschluss und Infrastruktur. Also das glauben wir schon, dass das sein soll, aber hauptsächlich soll es ein Begegnungsraum sein.
235 Jetzt sitzen z.B., auch wenn der Tichy zuhat, also wenn der Tichy offen hat, sowieso, hunderte von Menschen dort. Also die Bänke reichen gar nicht aus, so viele Menschen kommen an schönen Tagen auf den Reumannplatz, um sich dort hinzusetzen. Es gibt Familien, die dort Geburtstag feiern, es gibt Kinderfeste dort, es gibt eben diese Aktionen auch von der Agenda 21, die dort so Mädchenfeste machen. Also da gibt es eine Reihe von Aktionen. Was uns schon gefällt, ist dass der Kinderspielplatz vergrößert und verschönert wird. Dass der Zugang zum Amalienbad, der jetzt nur provisorisch barrierefrei ist, dann total barrierefrei gestaltet wird. Das finden wir schon wichtig, solche Aktionen. Es kommen mehr Sitzgelegenheiten. Es werden eine Reihe neuer Bäume gepflanzt, es findet eine Verkehrsberuhigung an der Westseite statt. Dort wird ein Teil der Straße Fußgängerzone, das heißt, der Park wird um die Straßenbreite erweitert. Also da tut sich einiges, das ganz schön ist. Also ich glaube, dass der Platz ganz ordentlich wird und man kann dann dort eben solche Veranstaltungen machen.
240

245 I: Gibt es auch irgendwelche Aktivitäten, wo Sie sagen, die sollten dort keinen Platz haben?

OK: Da fällt mir nichts ein. Weil mir nie was aufgefallen ist, dass dort Dinge passieren, die nicht passieren sollten. Ich finde ja, diese Panikmache, die da die Wirtschaftskammer betrieben hat, ja, der Reumannplatz ist ja ein gefährlicher Platz. Das finde ich maßlos übertrieben. Also ich gehe, weil ich in der Nähe wohne, mehrmals täglich, oft erst um Mitternacht über den Reumannplatz. Es ist mir nie aufgefallen, dass es dort gefährlich ist.
250 Keinerlei Überfälle, nichts habe ich gesehen. Und Menschen, die sich prinzipiell nicht wohlfühlen unter anderen Menschen, für die wird das immer schwierig sein, über einen belebten Platz zu gehen. Und Menschen, die sich nicht wohl fühlen, weil sie z.B. alleine, was ja eigentlich nicht vorkommt, von der U-Bahn zu den Bussen umsteigen, dass sind einfach furchtsame Menschen. Und wir halten dem entgegen, wenn wir sagen, es muss eine schöne, ordentliche Beleuchtung her. Dass die Wege gut beleuchtet sind. Die Bäume bleiben erhalten, aber nicht
255 so viel an so Stauden und Gebüsch, vor dem sich zu Recht oder zu Unrecht, vor allem Frauen fürchten. Also Veranstaltungen, die nicht stattfinden sollten, fällt mir wirklich nichts ein.

I: Sie haben jetzt schon viele Stärken vom neuen Reumannplatz gesagt, gibt es auch Schwächen, wo Sie sagen, die gibt es am Reumannplatz?

260 OK: Ja. Die große Schwäche sind diese Umsteigestellen auf die öffentlichen Verkehrsmittel. Das ist, finde ich auf die Dauer unzumutbar. Dass man da von der U-Bahn... Die U-Bahn hat ja zwei Ausgänge dort, einen am Reumannplatz und einen in der Quellenstraße, das ist das nördliche Ende vom Reumannplatz. Und je nachdem, wo man rausgeht aus der U-Bahn, hat man einen enorm weiten Weg zum Bus oder zu den Straßenbahnen und ich finde das einfach nicht richtig, dass man an so einer zentralen Umsteigestelle, die U-Bahn kommt an, dann hat man zwei Straßenbahnen, in die man umsteigen kann, dann sind noch 1,2,3,4,5,6 Buslinien, in die man
265 umsteigen kann, plus eine VOR-Linie, also die über Wien hinausfährt und das ist alles völlig zerfleddert. Eine Haltestelle ist im Norden, eine im Osten, drei im Süden. Das gehört sich nicht an so einer zentralen Umsteigestelle. Und da ist nichts passiert. Das ist eine große Schwäche.

I: Denken Sie, dass nach der Umgestaltung, andere Menschen den Raum nutzen werden?

OK: Nein, das denke ich nicht.

270 I: Und denken Sie, dass der Raum anders genutzt werden wird?

OK: Das hoffe ich nicht. Es wird nur der Raum zusätzlich benutzt werden für kulturelle Veranstaltungen, sprich, Filme, Musik, Theater, Tanzen. Das alles kann man auf der Bühne machen. Man muss das halt, würde ich mal sagen, halbwegs managen. Es wird jemanden brauchen, der das ein bisschen in die Hand nimmt.

275 I: Von der Wirtschaftskammer und den Gewerbetreibenden ist auch oft gekommen, dass im Winter zu wenig los ist und der Reumannplatz tot ist und dafür wäre es wichtig, dass es da Belebung gibt. Können Sie das nachvollziehen?

OK: Nicht ganz. Klarerweise sitzen im Winter nicht so viele Leute auf den Bankerln herum. Das ist ja klar. Da würde auch ein Gastronomietempel nichts ändern, weil dann sitzen die Leute halt in verschlossenen Räumen. Das belebt den Platz nicht besonders. Aber wenn der Platz menschenfreundlicher gestaltet wird, schöner
280 beleuchtet ist, viel Grün bleibt und noch Grün dazukommt, dann werden die Leute auch im Winter den Platz mehr nutzen. Es ist halt schade, dass der Eissalon Tichy so lange geschlossen ist. Weil der Eissalon Tichy steht schon auf einer prominenten Ecke am Reumannplatz. Wir haben mit dem Herrn Tichy geredet darüber, ob er sich nicht vorstellen kann, im Winter, ein Kaffeehaus dort zu betreiben, aber er sagt, ich habe so viel Arbeit im Sommer, ich brauche die Ruhe im Winter, um mich auf den nächsten Sommer vorzubereiten. Also das ist... Aber
285 es gibt rundherum eh genug Gastronomie. Unmittelbar angrenzend an den Tichy ist ein wunderschönes Wiener Gasthaus, nur z.B. auf der anderen Seite beim Amalienbad gibt es auch ein schönes Wiener Kaffeehaus und hinter dem Amalienbad ein großes, wirklich typisches Wiener Gasthaus. Also Gastronomie gibt es mehr als genug. Ein bisschen hoffen wir, dass durch die Neugestaltung der äußeren Favoritenstraße, sprich vom Reumannplatz bis zum Verteilerkreis, auch dort vielleicht der eine oder die andere Gastronomin was machen
290 wird. Es gibt schon dort ein schönes Gasthaus, aber diese Strecke ist noch nicht so total belebt. Wir denken, dass sich das vielleicht mit der Zeit ergibt.

I: Das heißt, da würden Sie das befürworten, dass da mehr gastronomische Angebote kommen?

OK: Ja, weil die Gastronomie dort nicht den öffentlichen Platz wegnimmt, sondern in bestehenden Gebäuden ist, die unmittelbar an der Straße sind. Öffentlichen Platz kannst du dort nicht wegnehmen, weil da ist die Straße,
295 links und rechts ein Fahrradweg und dann noch die Gehsteige. Da hat keine Gastronomie mehr Platz. Aber in den Gebäuden dort sind ja viele Leerstände. Das ist ein großes Problem. Wir haben in der Favoritenstraße eine Reihe von Gebäuden, ganze Häuser, die leer stehen. Das Tlapa, der wird jetzt vielleicht abgerissen. Das ist ein riesiges Gebäude. Dann das Gebäude, wo der Kleiderbauer drin war. Das ist ein Riesengebäude, das steht seit Jahren völlig leer, mitten in der Fußgängerzone. Und eine Reihe von Geschäften. Das ist schon ein Problem. Die
300 Favoritenstraße ist jene Einkaufsstraße Österreichs, die am meisten Leerstände hat. Keine andere Einkaufsstraße hat so viele Leerstände. Wir machen da gerade eine Ausstellung über so aufgelassene Geschäfte und verkommene Geschäfte. Also da sind wir gerade beim Aufbauen.

I: Warum ist das so, glauben Sie?

OK: Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher, aber ich glaube, dass das schon ein bisschen was mit der
305 Immobilienspekulation zu tun hat. Dass halt die Immobilienbesitzer meinen, ich lasse das so lange leer stehen, bis das Gebäude verfällt, dann darf ich was Neues hinstellen oder bis ich Mieter und Mieterinnen finde, die horrenden Summen bereit sind, zu zahlen. Ich denke mir, das ist der Hauptgrund.

I: Um nochmal zurückzukommen auf den Reumannplatz, es soll ja, wenn es geht, ein Café kommen, da wo die Wiener Linien ihr Häuschen dort haben. Wie bewerten Sie diese Entscheidung?

OK: Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir nicht dagegen sind, dass dort ein bescheidener gastronomischer Betrieb angesiedelt wird. Weil wir finden, das, was jetzt, der Ströck, diese Bäckerei dort anbietet mit den zwei
310 Tischen, ist zwar nicht besonders gefragt. Meiner Beobachtung nach, kaufen die Leute vor allem Backwaren dort ein, sie setzen sich weniger hin. Aber es gibt schon das Bedürfnis, das haben wir auch festgestellt, weil uns das Menschen einfach gesagt haben, sich dort gemütlich auf einen Kaffee hinzusetzen. Und ich finde, das darf ruhig
315 sein. Aber nicht in so einer gigantischen Gastronomie – Veranstaltung, sondern... Ja, ein Kaffeehaus, wo man was trinken kann, wo man, was weiß ich, einen Kuchen dazu essen kann. So bescheiden halt.

I: Und das denken Sie, das würde auch funktionieren, also da würde sich auch jemand finden, das würde dann auch angenommen werden?

OK: Ich bin mir nicht sicher.

320 I: Warum denken Sie, dass schlussendlich die Entscheidung so gefallen ist, dass es ein kleines Café, wenn überhaupt gibt und diese Geschichte mit dem Gastronomie-Bereich eigentlich sich nicht durchsetzen konnte?

OK: Also ich will da jetzt ein bisschen maßlos sein und sagen, weil wir uns gewehrt haben. Nehme ich einmal an. Es kann auch anders sein. Also die Frau Vizebürgermeisterin Vassilakou hat uns gesagt, wir können beruhigt sein, es war nie so eine Riesengastronomie, wie sie die Wirtschaftskammer sich vorstellt, dort geplant. Mag sein, mag auch nicht sein. Niemand aus dem Rathaus hat hier was dazu gesagt zum Plan der Wirtschaftskammer, sondern das war immer eine Aktion der Wirtschaftskammer. Wir haben auch bei der Diskussion im Belvedere 21 die Vertreterin der Wirtschaftskammer in Favoriten eingeladen und sie ist auch gekommen. Sie hat durchaus vernünftig mitdiskutiert, hat aber auf dem Standpunkt der Wirtschaftskammer bestanden. Aber auch die Vertreterin der Wirtschaftskammer hat gemeint, es muss nicht eine riesige und Hochpreis-Gastronomie sein, aber eine Gastronomie gehört dorthin. Sind wir nicht dagegen. Aber halt, im Rahmen muss das bleiben.

I: Es ist vor zwei Wochen ein Zeitungsartikel im Standard erschienen zum Stand der Dinge zum Reumannplatz, wo eben auch explizit drinsteht, es war auch gewünscht, die Leute, die jetzt dort sind, nicht zu vertreiben usw. Und wenn man sich dann die Standard-Kommentare anschaut, dann sind die sehr kritisch.

OK: Ich habe sie nicht gelesen, erzählen Sie!

335 I: Ja, so wie das tendenziell öfter in so online-Foren ist, schreiben halt viele Leute, sie hätten gerne das gehabt oder sie hätten gern das gehabt oder warum ist da so viel Beton und warum ist das so und warum ist das so. Aber es wird eben auch geschrieben, eine echte Aufwertung von dem Platz hätte man nur erreicht, wenn man eben die ansässigen Personen vertrieben hätte. Können Sie das nachvollziehen oder haben Sie diese Haltung erlebt in diesem ganzen Prozess?

340 OK: Genau genommen nicht. Weil sich bei unseren Treffen am Reumannplatz solche Leute nicht gemeldet haben, die solche Ansichten vertreten. Aber ein Erlebnis habe ich schon gehabt, da bin ich in der Fußgängerzone gestanden und, weil ich bin der Obmensch von einem Verein, der Kulturraum 10 heißt und dieses Filmfestival am Columbusplatz jährlich macht und da hat mich eine ältere Frau angesprochen und sich bei mir beklagt, weil sie offensichtlich auch diesen Artikel im Standard gelesen hat, wo mein Name vorkommt und dann hat sie
345 gesagt, sie sei mir böse, weil ich mit der Initiative Reumannplatz diese Hochpreis-Gastronomie verhindert habe. Erstens habe ich einmal klar gestellt, dass ich das nicht persönlich war, sondern dass das eine große Gruppe von Menschen war, weil ich persönlich hätte das nie verhindern können. Ich habe aber versucht, herauszubekommen, was sich die Frau vorstellt und sie hat mir erzählt, sie wohnt in der Nähe vom Reumannplatz und sie findet, dass sich die Menschen, die sich dort immer versammeln, auch gelegentlich vielleicht ein bisschen zu viel Alkohol
350 trinken, aber im Großen und Ganzen halt dort herumsitzen, wenn die Tage schön sind, nicht dort aufhalten sollten. Weil das kein schönes Bild für Favoriten ist. Kein schönes Bild, habe ich dann verstanden, in der weiteren Diskussion, heißt, dass das Menschen sind, die untereinander in einer anderen Sprache reden, nicht deutsch miteinander reden, sondern das ist dort ein babylonisches Sprachengewirr. Und dass diese Menschen, die sich dort im Freien aufhalten und sich freuen, dass die Sonne scheint, nicht so schick gekleidet sind, wie z.B.
355 die Menschen, die sich in der Kärntner Straße und am Graben und so aufhalten. Aber die Frau wünscht sich halt, dass dort dann ein bisschen schickere Menschen herumsitzen. Wobei sie mir nicht geglaubt hat, dass diese schicken Menschen, die sich in der Kärntner Straße und am Graben herumtreiben, sich nie am Reumannplatz herumtreiben werden. Da kann man noch so eine Gastronomie hinstellen, die kommen einfach nicht daher. Aber das hat sie mir nicht geglaubt. Aber es gibt offensichtlich schon Leute, die sich wünschen, dass da ein
360 Bevölkerungstausch stattfindet, Bevölkerungstausch ist jetzt übertrieben, die sich halt wünschen, dass die Leute, die jetzt dort herumsitzen, sich woanders aufhalten sollten. Dieses woanders wird nicht gesagt, wo. Ich frage mich, wo das sein kann. Weil die Leute sind absolut nett, freundlich, sie reden halt in einer anderen Sprache untereinander.

I: Was ich Sie noch fragen wollte, Sie sind politisch aktiv bei den Grünen?

365 OK: Ich bin bei den Grünen nur, wie soll ich sagen, so ein Freiwilliger, der bei Wahlkämpfen sich in die Fußgängerzone stellt und die Leute anspricht und die Leute ersucht, sich zu überlegen, ob sie nicht die Grünen wählen. Das ist alles, was ich bei den Grünen noch mache. Also ich war schon, das ist jetzt schon sehr lange her, Bezirksrat in Favoriten, ohne jemals Parteimitglied gewesen zu sein, aber die Grünen sind da sehr leger und haben das auch nie eingefordert, dass ich Parteimitglied werde. Also ich habe meine ganze Zeit als Bezirksrat
370 verbracht, ohne Parteimitglied zu sein, das war nie ein Thema. Also Hauptsache, man engagiert sich.

I: Hat das irgendeine Rolle gespielt bei der Initiative, dass Sie für die Grünen in einer gewissen Art und Weise aktiv sind?

OK: Also ich habe das nicht gemerkt. Es hat mich niemand in diese Richtung angesprochen. Es hat vielleicht insofern eine Rolle gespielt, als mich ein paar Leute gekannt haben. Und in dem Moment... Wir haben ja
375 Einladungen ausgeteilt, nicht verschickt, das hätten wir uns ja nicht leisten können, wir haben ja kein Geld für die Initiative gehabt, wir haben nur ein paar Flugzettel kopiert und halt ausgeteilt und da ist halt mein Name drunter gestanden, weil man, wie soll man sagen, das Gesetz will es so, dass da ein Name drunter steht. Und da haben halt manche Leute gewusst, aha, das ist der frühere Bezirksrat. Auch z.B. der Redakteur der
380 Bezirkszeitung, der kennt mich noch von meiner Bezirksrätstätigkeit und der hat mich halt dann angerufen und mir gesagt, er würde gerne was schreiben. Aber eine negative Rolle oder so hat das nicht gespielt.

I: Eine allgemeine Frage hätte ich noch, was glauben Sie, was macht den öffentlichen Raum so interessant?

OK: Naja, der öffentliche Raum ist ja öffentlich. Das heißt, prinzipiell ist dort alles möglich. Das heißt, ich kann dort Veranstaltungen machen, wenn ich sie anmelde und wenn Platz genug ist. Ich kann mich dort einfach
385 hinsetzen. Ich kann dort herumwandern, die Kinder können dort spielen, laut sein, schreien, sich freuen, ein Straßenmusikant oder eine -musikantin kann sich hinsetzen. Also der öffentliche Raum bietet viel, viel mehr Möglichkeiten an Aktivitäten als privatisierte Räume, weil privatisierte Räume sind entweder Gastronomie oder sonstige Veranstaltungsräume, also sehr streng gebunden. In der Gastronomie zahlst du sozusagen Eintritt, indem man die Konsumation bezahlt. Bei Veranstaltungen in privaten Räumen zahlt man dann halt Eintritt. Das alles verlangt der öffentliche Raum nicht. Es lässt sich dort sehr vieles ohne viel Geld in Bewegung zu setzen,
390 machen. Z.B. nur das Filmfestival am Columbusplatz. Das ist ein schöner öffentlicher Raum. Wir zahlen nicht Miete dort dafür, dass wir dort Kino spielen. Wir könnten uns das gar nicht leisten. Dafür müssen die Leute keinen Eintritt zahlen. Das ist frei zugänglich. Es sind Stummfilme mit Livemusik, ein wunderbares Fest. Drei Abende lang. Das alles ist nur in öffentlichen Räumen möglich. Das kannst du in einem privaten Raum nicht.

I: Weil Sie die Veranstaltungen angesprochen haben, stimmt das, dass es eine Art Absprache gibt zwischen den
395 politischen Parteien in Favoriten, dass man keine parteipolitischen Veranstaltungen am Reumannplatz macht?

OK: Also ich habe das noch nicht gehört. Aber ich habe auch nie parteipolitische Veranstaltungen dort gesehen, das stimmt. Also das Maximum, was dort stattfindet ist, dass halt Parteien dort Werbung verteilen z.B. beim Wahlkampf, aber das ist jetzt nicht eine Veranstaltung. Aber sonst... Das fällt mir jetzt auf, ja, habe ich noch nie eine Parteiveranstaltung dort gesehen, das ist wahr.

400 I: Ja, dann werde ich vielleicht da noch nachfragen bei dem Bezirksvorsteher.

OK: Ja, würde ich dir raten. Frag einmal dort mal nach.

I: Das finde ich eine extrem spannende Information, weil wenn man über den öffentlichen Raum liest, was ist das, dann ist die politische Dimension immer sehr wichtig. Deswegen habe ich mir gedacht, vielleicht wissen Sie das.

405 Ja dann, eine Sache würde mich trotzdem noch interessieren, falls Sie die persönliche Frage beantworten wollen, was ist Ihr persönlicher Bezug zum Reumannplatz?

OK: Der Reumannplatz ist für mich der wichtigste öffentliche Platz in Favoriten. Ich benütze die öffentlichen Verkehrsmittel, ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel, beziehungsweise im Bezirk halt das Fahrrad. Ich fahre mir dem Fahrrad zum Reumannplatz, steige dort in die U-Bahn ein oder in die Straßenbahn oder in die
410 Autobusse, gehe dort in der Fußgängerzone oder am Viktor-Adler-Markt einkaufen. Für mich ist das einfach das logische Bezirkszentrum. Ich fühle mich dort wohl, ich mag das, wenn so viele Menschen um mich sind. Ich gehe gerne über den Reumannplatz, wenn dort alle Bankerln besetzt sind, die Kinder herumtoben, da bleibe ich stehen und das freut mich. Das ist einfach schön.

415 I: Ja, das ist tatsächlich schön. Habe ich Sie jetzt irgendwas nicht gefragt, was Sie noch zu dem Thema sagen wollen?

OK: Nein, fällt mir nicht ein. Also das wichtige ist schon, wenn man sich für ein öffentliches Anliegen einsetzen will, dann muss man sich Partner und Partnerinnen suchen, man muss sich vernetzen. Sonst erreicht man nichts. Das ist ganz entschieden so. Ich glaube, das ist schon ein sehr wichtiger Aspekt, den ich bei unserer Aktion Offener Reumannplatz schon erfahren habe, wie wichtig das ist.

420 I: Haben Sie vor, noch weiter was zu machen mit der Initiative?

OK: Haben wir nicht vor, nein. Die Initiative ist spontan entstanden mit dem Robert Sommer und das Anliegen war eben, diese Gastronomie zu verhindern und darauf zu schauen, dass ungefähr das gemacht wird, was bei der

Mitwirkung der Bevölkerung an Wünschen da war und das scheint, also nach den uns vorliegenden Plänen, wird das auch gemacht. Ich hoffe, es bleibt so.

425 I: Ja, dann, vielen Dank!

OK: Gerne!

Transkript

Interview mit Dipl.-Ing.ⁱⁿ Susanne Staller, Büro tilia – Büro für Landschaftsplanung

Datum: 16.9.2019

Uhrzeit: 10:00 - 11:52 Uhr

Nach der Begrüßung und Klärung der datenschutzrechtlichen Bedingungen beginnt das Interview um 10:00 im Büro tilia, Schönbrunner Straße 31/2/1, 1050 Wien.

Interviewerin: Ich habe eh schon im E-Mail geschrieben, dass ich mich mit den verschiedenen Interessen beschäftigen will, die bei der Umgestaltung von öffentlichen Räumen sichtbar werden. Und ich bin dann auf den Reumannplatz als Untersuchungsbeispiel gekommen, weil da jetzt ein paar Jahre lang auch relativ viel medial diskutiert worden ist, was soll da jetzt passieren und weil sich da die Stadt Wien eben auch beschäftigt hat mit
5 der Funktions- und Sozialraumanalyse usw. Und deswegen habe ich mir gedacht, dass es ein interessantes Beispiel ist. Und weil Sie ja auch maßgeblich beteiligt waren, freue ich mich, dass wir dieses Interview machen können. Und ich fange gleich an mit der ersten Frage, und zwar, woran denken Sie, wenn Sie an den Reumannplatz denken?

10 Susanne Staller: Also ich denke an einen Platz, wo ganz viele Menschen unterwegs sind, sich aufhalten und eigentlich gut miteinander zurechtkommen. Ich denke auch daran, dass es Zeit ist, dass er neu gestaltet wird, weil die Ausstattung schon aus den 70-er Jahren stammt. Also ich kenne das noch aus meiner Kindheit und da hat sich nicht so viel verändert. Er ist einfach ein sehr, sehr belebter Ort. Und eigentlich hat er sich über die Jahre gut bewährt auch in der Grundorganisation. Viele Dinge haben sich bewährt, nicht alles, aber... Und er ist ein sehr zentraler Ort in Favoriten.

15 I: Welche Rolle spielt der Reumannplatz für Ihr Büro?

SS: Für das Büro? Der Reumannplatz selber war einfach ein Auftrag für ein Beteiligungsprojekt, das wir sehr gern gemacht haben. Rolle fürs Büro...?

I: Also eines von vielen Projekten?

20 SS: Ja, wir haben immer wieder andere Aufträge. Wir machen Planungen, wir machen Beteiligungsprojekte, Forschungsprojekte, ganz verschiedene Sachen. Insofern ist es halt ein Projekt von vielen.

I: Wenn Sie über den Planungsprozess reden, welche Akteure und Akteurinnen spielen da eine zentrale Rolle bei der Umgestaltung von öffentlichem Raum?

SS: In Bezug auf den Reumannplatz oder ganz allgemein?

I: Sowohl als auch. Also gibt es da Unterschiede?

25 SS: Naja, es gibt Orte, wo ein Beteiligungsverfahren gemacht wird und es gibt Ort, wo es das nicht gibt. Wo es einfach eine Planung gibt. Das ist dann natürlich ein bisschen unterschiedlich, weil die Bevölkerung nicht so eingebunden wird und auch lokale Institutionen manchmal mehr, manchmal halt weniger eingebunden sind. Es gibt natürlich unterschiedliche Abstufungen dazwischen. Aber grundsätzlich ist natürlich sehr relevant, was das für ein Ort ist und welcher Abteilung auch das Grundstück zugeordnet ist und das war am Reumannplatz so, dass
30 das zwei verschiedene Abteilungen sind und damit auch zwei politische Ressorts, denen das zugeordnet ist. Das heißt, ein Teil ist Epk [Erholungsgebiet Parkanlagen, Anm.] gewidmet, das ist als Parkanlage gewidmet, ist der MA 42 zugeordnet und damit dem Umweltressort und die andere Hälfte ist der MA 28 zugeordnet, als Platz und somit dem Stadtplanungsressort. Und da gibt es sozusagen eine nicht sichtbare Grenze, die hier über den Platz läuft und die auch einfach sehr stark die Budgets dirigiert, wie viel Geld man in welcher Hälfte ausgeben darf.
35 Das heißt, die unterschiedlichen Abteilungen sind natürlich sehr maßgeblich. Da gibt es natürlich über Jahre erarbeitete inhaltliche Vorgaben und Richtlinien und Qualitätskriterien, die berücksichtigt werden, die die Fachleute von der Stadt einbringen. Es wird auch mit anderen Abteilungen zusammengearbeitet, weil es gibt

dann auch Verkehrsfragen zu lösen und es gibt Beleuchtungsfragen zu lösen und vieles andere. Es gibt dann noch andere Grundbesitzer, Grundbenutzer, die auch zum Tragen kommen, wie die Wiener Linien oder Garagenbetreiber. Also am Reumannplatz ist ja sehr viel unter der Erde, was man nicht sieht, was sehr maßgeblich ist für die Gestaltung. Dann hat man das Amalienbad, das ist wieder eine andere Abteilung. Also da gibt es sehr viele unterschiedliche Fachabteilungen und andere Akteure, die sozusagen Rechte haben auf diesen Platz, auch Pflichten und das muss man eben gut abstimmen, dass das alles gut zusammenpasst. In dem Fall hat man dann noch die Beteiligung gehabt, auch die lokalen Akteure in der Umgebung angesprochen. Mit denen haben wir dann auch teilweise zusammengearbeitet in so einem Aktionsprogramm, das vor der eigentlichen Beteiligung stattgefunden hat und man hat natürlich die Bürger und Bürgerinnen auf verschiedenen Ebenen eingebunden, die in dem Fall eben auch mitreden konnten, wie der Platz nachher ausschauen soll.

I: Wovon hängt das ab, ob ein Beteiligungsverfahren gemacht wird oder nicht?

SS: Das entscheidet die Stadt, also in dem Fall ist es so, dass das eine U-Bahn Verlängerung war und es gibt einen Auftrag an die Arbeitsgruppe U-Bahn, wo auch die Oberflächengestaltung im Zuge dieser U-Bahn-Umbauten und Verlängerungen dabei sind. Und in dem Fall hat die Stadt Wien sich entschieden, weil dort in diesem Auftrag keine Beteiligung vorgesehen ist, dass sie ein Beteiligungsverfahren davorsetzen wollen.

I: Das entscheiden sie nach welchen Kriterien?

SS: Da müssten Sie sie selber fragen. Das kann ich jetzt nicht so detailliert beantworten, wer da aller mitentschieden hat. Der Bezirk ist natürlich auch noch ein wichtiger Akteur, der nämlich für die Finanzierung verantwortlich ist. In dem Fall hat es auch Geld aus dem Zentralbudget gegeben. Und ich weiß jetzt nicht, wer aller mitentschieden hat, dass ein Beteiligungsverfahren gemacht wird. Es wurde jedenfalls von der MA 19 ausgeschrieben. Das Beteiligungsverfahren, auch mit einem Teil, wo man das dann in ein Gestaltungskonzept so weit umsetzt, dass es einen Plan gibt. Weil das dann leichter zu übergeben ist an das Büro, das die folgende Planung gemacht hat von der Arbeitsgruppe U-Bahn.

I: Würden Sie sagen, dass jetzt am Beispiel Reumannplatz bestimmte Akteure oder Akteurinnen zu wenig Gewicht haben oder zu wenig die Möglichkeit bekommen haben, da die eigenen Interessen einzubringen?

SS: Im Beteiligungsverfahren hat man eben versucht, möglichst alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Insofern glaube ich, dass das eigentlich gut gelungen ist auf dieser Ebene, die Leute zu erreichen. Nein, eigentlich glaube ich eh, ist es gut gelungen und es war das Ziel des Auftrages, dass man schaut, dass möglichst alle auch mitreden können. Das ist halt im Beteiligungsverfahren dann immer methodisch abhängig, wie man das macht.

I: Weil Sie es eh auch schon angesprochen haben, wie ist der Beteiligungsprozess abgelaufen?

SS: Also der ist so abgelaufen: Wir haben einerseits gesagt, dass wir... Also es ist ja diese Gleistrasse freigeworden in der Mitte und es war sozusagen klar, dass ab 1. September keine Straßenbahnen durchfahren, aber es hat sich auch gezeigt, dass die Leute diesen Raum eigentlich benutzen, wie sonst auch. Das heißt, wir haben so eine Aktionswoche vorgeschlagen – wir haben dann zwei daraus gemacht – wir haben einfach eine Zeit lang Aktionen auf der Gleistrasse gemacht mit dem Ziel, dass die Leute sozusagen wirklich begreifen, dass das ein Raum ist, den sie nutzen können und der keine Straße mehr ist. Weil es ist eigentlich so gestaltet, dass man eine Fahrbahn hat, wo zwar wenig Autos fahren, nur Einsatzfahrzeuge oder von der MA 42 Fahrzeuge, Müllfahrzeuge usw. Aber es war wie eine Straße mit Fahrbahn und Gehsteig und den Bahnsteigen. Und die Leute haben das eigentlich weiter so benutzt, dass sie immer am Gehsteig gegangen sind und immer geschaut haben, ob eine Straßenbahn kommt. Also sie haben es weiter wie eine Fahrbahn benutzt diesen Raum, der eigentlich autofrei war. Es sind teilweise noch die Einsatzfahrzeuge sehr zügig durchgefahren. Da haben wir dann auch versucht einmal zu sagen, schaut ein bisschen, das ist jetzt ein Fußgängerbereich. Und es war sozusagen Ziel der Aktionen, dass man mal diesen Raum in Besitz nimmt, so temporär. Also wir haben da verschiedene Workshops gemacht, mit Schauspielern, die dort Liegestühle aufgestellt haben, wir haben so Möbelbauworkshops gemacht. Und wir haben mit den ganzen lokalen Akteuren zusammengearbeitet, so mit der Jugendarbeit und mit der lokalen Agenda. Es gibt da so eine Mädchengruppe, die sich sehr um den Reumannplatz bemüht seit vielen Jahren, dass die Mädchen dort mehr Platz haben. Die haben auch Aktionen gemacht und verschiedene Vereine aus der Jugendarbeit. Ja, ich vergesse jetzt sicher ein paar, aber das können Sie dann nachlesen.

Und das ist eigentlich sehr gut angekommen. Da haben ganz viele Leute mitgemacht. Und als nächsten Schritt haben wir dann so ein Planungscafé gemacht, wo wir wirklich einen Tag vor Ort waren und verschiedene Stationen aufgebaut hatten, wo die Leute mit verschiedenen Methoden mitmachen konnten. Da hat es einerseits einen Plan gegeben, wo man über so Icons Tätigkeiten verorten konnte, wo man sie gerne hätte oder wo man

gerne Veränderung hätte. Man konnte auch in den Plan etwas hineinzeichnen. Dann haben wir Methoden gehabt für Leute, die nicht so gut mit Plänen umgehen können oder weniger Zeit haben auch. Wir haben so mit Fotos gearbeitet, mit Image-Bildern, die man mit Punkten bewerten konnte. Das ist eigentlich eine Methode, die ohne
95 Sprache auch funktioniert oder wenn man nichts auf Deutsch lesen kann. Weil wir haben alles einsprachig gehabt, bis auf den Slogan „Reumannplatz neu“, den haben wir in ganz vielen Sprachen plakatiert. Und da konnten auch Kinder gut mitmachen oder ältere Menschen oder Leute, die sich wirklich nur ein paar Minuten Zeit nehmen. Dann haben wir auch noch sozusagen 1:1 Methoden gehabt, wo die Kinder so diese Symbole auch vor Ort aufhängen konnten am Platz. Das haben wir dann fotografiert. Es hat auch die Möglichkeit gegeben über
100 Facebook Fotos zu machen und zu posten, so zu Lieblingsorten am Reumannplatz. Das ist jetzt nicht so wahnsinnig angenommen worden, wie wir gedacht haben. Ja, man konnte einfach mit uns sprechen und wir haben einfach die Anregungen alle aufgenommen und eben auch nach Geschlecht und Altersgruppe haben wir es versucht zu dokumentieren. Wer ungefähr was sagt. Und wir haben das dann auch ausgewertet und geschaut, welche Gruppen wir mit den Methoden erreicht haben und welche nicht und haben dann in einer weiteren Runde
105 noch so Rundgänge gemacht mit Vertretern von manchen sozialen Gruppen, um deren Ansichten auch mitzunehmen. Also da haben wir z.B. mit unseren Methoden die blinden Leute nicht erreicht, weil unsere Methoden eben einfach sehr visuell waren und da sind wir dann noch mit einer Dame gegangen, die stellvertretend uns gesagt hat, wie das für jemanden ist, der nichts sehen kann, über den Reumannplatz zu gehen und auf was es da ankommt. Wir haben auch einen Rundgang gemacht mit einem obdachlosen Mann und es hat
110 noch zwei Gruppen gegeben, die migrantischen Geschäftsleute, die haben wir auch nicht erreicht. Die österreichischen haben sich sehr engagiert über die Wirtschaftskammer, teilzunehmen. Nur die migrantischen Geschäftsleute, die es auch in der Umgebung gibt, die haben sich nicht so eingebracht. Die haben einfach wenig Zeit gehabt. Da haben wir dann auch noch Gespräche geführt und dann war noch eine vierte Gruppe, da müsste ich dann nachschauen...

115 I: Wie haben Sie den Beteiligungsprozess erlebt?

SS: Vielleicht noch fertig zum Beteiligungsprozess zum Ablauf, was auch noch dazugehört, dass man nachher diesen ersten Gestaltungsvorschlag... Also wir haben die Ergebnisse dann ausgewertet und haben die Ergebnisse und einen ersten Gestaltungsvorschlag nochmal am Platz präsentiert, wo wir wieder in mehreren Runden die Leute eingeladen haben, Feedback zu geben. Also wo die Pläne aufgehängt wurden und die Leute auch kommen
120 konnten und Fragen stellen und wir haben auch mehrsprachige MitarbeiterInnen gehabt. Wir haben zwar die Materialien nicht gehabt in verschiedenen Sprachen, aber wir haben MitarbeiterInnen gehabt, die bei den Aktionen da waren und auch in verschiedenen Sprachen informiert haben. Und dieser Gestaltungsvorschlag wurde dann noch einmal überarbeitet und mit allen Dienststellen abgestimmt. Der wurde dann im Winter noch einmal präsentiert als Ergebnis der Beteiligung und dann wurde das ganze an die Arbeitsgruppe U-Bahn
125 übergeben. Und die haben das dann sozusagen in die Detailplanung genommen, wo sich dann noch im Detail halt doch noch Einiges ändert, aber im Großen und Ganzen die Gestaltung so ähnlich geblieben ist wie nach dem Beteiligungsverfahren. Und das haben wir dann vergangenen Juni noch einmal am Platz präsentiert, damit die Leute auch sehen, was jetzt wirklich kommt. Weil die Bauarbeiten diesen Sommer schon begonnen haben.

I: Wie ist diese Präsentation dann abgelaufen? Wie ist das angenommen worden?

SS: An sich sind sie gut angenommen worden. Man hat natürlich nicht so ein breites Bevölkerungsspektrum gehabt wie bei den anderen Methoden, weil halt viele Leute jetzt nicht so kommen zu solchen Veranstaltungen und sich dann von Fachleuten Pläne präsentieren lassen. Aber wir haben es halt so angelegt, dass es vor Ort war, dass es in verschiedenen Stationen war, dass die Gruppen relativ klein waren, die um so einen Plan gestanden sind, damit sich die Leute auch eher was fragen trauen und eher zu Wort kommen und wir haben dann auch
135 PassantInnen angesprochen. Es sind dann auch einige stehengeblieben und wir waren schon früher da und noch ein bisschen länger und haben da sozusagen auch einzelnen Leuten erklärt, was da jetzt kommt, ohne dass sie jetzt in einer Gruppe von Fachleuten sich artikulieren müssen. Und das haben wir dann nach Themen gemacht. Also da war eine Station eher so zum Thema Grün und Spiel und eine andere Station zum Verkehr, weil da gibt es immer ganz speziell Interessierte, die genau wissen wollen, wie man dann da fahren kann und wo die
140 Radwege gehen und wo die Stationen der Busse sind usw. Und eine Station war so die Gestaltung von dem Platzbereichen und da haben wir die jeweiligen Fachleute auch dazu geholt, die dann auch weiterführende Informationen geben können, weil wir das Beteiligungsverfahren einfach nur bis zum Rand vom Platz gemacht haben, aber die Leute leben dort und die haben dann natürlich ganz viele Fragen zur Umgebung und zu den ganzen Zusammenhängen, die wir dann auch nicht alle beantworten können. Darum ist es immer gut, wenn die
145 Fachleute dabei sind. Von den Wiener Linien haben wir dann auch meistens wen dabei gehabt, weil sehr viele Busstationen verlegt wurden und die Linienführungen verändert wurden und die Leute am Anfang einfach verwirrt waren, keiner hat sich ausgekannt, welcher Bus jetzt wo wegfährt.

I: Das heißt, auf die Frage, wie Sie den Beteiligungsprozess erlebt haben, dann würden Sie sagen, dass es eigentlich sich über die Zeit verändert hat? Eben weil dann auch auf verschiedene Gruppen genauer eingegangen worden ist, die eben zuerst nicht erreicht worden sind?

SS: Nein, das war keine Veränderung. Das war von vornherein so geplant, dass man noch einen Arbeitsschritt hat, wo man die Gruppen noch ansprechen kann, die man mit den Methoden nicht erreicht hat. Weil man das nicht immer von vornherein abschätzen kann, aber das war schon so vorüberlegt, dass man die Möglichkeit hat und war einfach ein Teil des Settings. Und es ist dann nachher ausgewertet worden, wo man möglichst alle Gruppen erreicht hat. Also es hat jetzt nicht eine Veränderung im Prozess gegeben, sondern es hat verschiedene Methoden gegeben, die teilweise parallel waren und teilweise kurzzeitig versetzt. Die sozusagen so ein Spektrum abdecken, wo man dann die Ergebnisse nachher ausgewertet und in das Gestaltungskonzept eingearbeitet hat. Aber sonst war der Prozess eigentlich, hat alles eigentlich sehr gut geklappt. Es waren die Leute sehr interessiert. Ja, es hat natürlich auch widersprüchliche Interessen gegeben. Wo dann halt auch teilweise die Stadt zum Zug gekommen ist, zu entscheiden, was man damit tut und wo man die Prioritäten setzt. Also es hat sozusagen von der breiten Beteiligung her, war eigentlich der Tenor, dass man einen konsumfreien Platz haben will und von den Geschäftsleuten ist sehr stark der Wunsch gekommen, dass man dort vielleicht eine Geschäftszeile macht, wo die Stationen waren oder dann haben sie sich später eingesetzt für einen großen Gastronomiepavillon in der Mitte des Platzes. Und diese Wünsche konnten jetzt sozusagen aus der Breite der Bevölkerung nicht erhärtet werden, dass das ein großer Wunsch wäre. Insofern hat die Stadt dann auch entschieden, dass so etwas nicht kommen soll.

I: Die Stadt, heißt das dann die Bezirksvertretung oder die Magistratsabteilungen?

SS: Das Stadtplanungsressort war es wahrscheinlich in dem Fall, weil es ein Platzbereich ist. Aber das ist einfach die Stadtpolitik, die dann hier entscheidet oder eben auch das Umweltressort oder auch der Bezirk, der da mitentscheidet.

I: Ich habe nur eine kurze Nachfrage, weil Sie vorher angesprochen haben, es gibt irgendwie einen Verein, der sich mit den Mädchen am Reumannplatz beschäftigt oder eine Gruppe?

SS: Es ist so, dass es die Lokale Agenda gibt in Favoriten und die betreuen verschiedene Gruppen von Menschen, die sich engagieren für ihr Lebensumfeld und da gibt es seit vielen Jahren eine Mädchengruppe und eine Radgruppe, die da sehr aktiv sind rund um den Reumannplatz. Und die Mädchengruppe hat sich eben sehr eingesetzt für Nutzungsmöglichkeiten für Mädchen am Reumannplatz. Da gibt es einen Platzbereich, der heißt ReuMÄDCHENplatz und da veranstalten die regelmäßig Feste und die haben sich auch eine Bühne gewünscht und das wurde im Zuge der Beteiligung auch weitergegeben an das Planungsteam für die Detailplanung und die haben dann auch mit den Mädchen gemeinsam eine Bühne entwickelt, die auch gebaut wird.

I: Die Arbeitsgruppe U-Bahn?

SS: Genau. Also die Arbeitsgruppe U-Bahn, das ist eine Architektengruppe. Die haben dann ein Landschaftsplanungsbüro als Subauftragnehmer gehabt, das Büro Grimm und der hat dann die Detailplanung gemacht.

I: Aber die Gespräche mit den Mädchen hat die Arbeitsgruppe U-Bahn oder das Büro Grimm gemacht?

SS: Das war von der Arbeitsgruppe U-Bahn, weil das die Architektin Ringler-Weber gemacht hat.

I: Wie sind diese Planungsbüros ausgewählt worden? Also einerseits tilia, aber auch die anderen?

SS: Also wir sind ausgewählt worden über ein Ausschreibungsverfahren der MA 19. Da haben wir uns beworben mit einer Struktur für ein Beteiligungsverfahren, es war auch ein Grobkonzept, in welche Richtung das am Reumannplatz gehen kann, gefragt. Da hat es eine Kommission gegeben, die dann ausgewählt hat, welches Büro beauftragt wird. Da haben sich mehrere Teams beworben. Und da haben wir den Zuschlag bekommen. Wie die Arbeitsgruppe U-Bahn damals ausgewählt wurde, das weiß ich nicht, was das für ein Verfahren war. Die haben jedenfalls die Möglichkeit im Rahmen ihres Auftrags, Subauftragnehmer für die Freiraumgestaltung zu beauftragen. Das war in dem Fall das Büro Grimm. Wie der ausgewählt wurde, kann ich Ihnen nicht sagen.

I: Und wissen Sie, mit welcher Begründung tilia den Zuschlag bekommen hat?

SS: Das weiß ich jetzt nicht im Detail. Ich glaube nicht, dass wir ein Protokoll von dem Verfahren bekommen haben, weil es kein Wettbewerb war. Bei Wettbewerben gibt es immer Protokolle, aber bei solchen

Vergabeverfahren gibt es normalerweise keine Protokolle, wo der Entscheidungsprozess dann nachvollziehbar ist für Auftragnehmer.

200 I: Sie haben das Budget schon angesprochen. In meinen Recherchen hat sich ergeben, dass es zuerst geheißen hat, es gibt mehr Geld, dann doch wieder weniger und dann doch wieder mehr. dass das so hin- und hergegangen ist. Jetzt ist im Standard gestanden, ich glaube, ca. 8 Millionen Euro hat das gekostet. Weil ich habe sehr lange gesucht...

205 SS: Die genaue Höhe habe ich jetzt nicht parat, er war anfangs wesentlich weniger, später wurde das Parkbudget erhöht, da war die Planung schon an die AGU übergeben. Man muss im Gestaltungskonzept natürlich dieses Budget einhalten sozusagen, soweit das auf dieser Ebene möglich war. Und da ist eben zum Tragen gekommen, dass zwei verschiedene Ressorts zuständig sind und dass auch die Budgets unterschiedlich sind. Es hat mehr Geld gegeben für die Platzbereiche und weniger für die Parkbereiche. Und es hat am Anfang geheißen, dass man den Spielplatz nur adaptiert. Und in den Platzbereichen war eben mehr Geld zur Verfügung und wir haben zuerst
210 gedacht, dass man sozusagen das gesamte Budget für die Gesamtlösung verwenden kann und sind erst im Laufe des Prozesses draufgekommen, dass wir uns an diese Grenzen halten müssen und das war eigentlich sehr schwierig, weil teilweise die Maßnahmen einfach in anderen Bereichen auch nötiger gewesen wären oder weil man im Platzbereich hätte man z.B.... Bei den Belägen kann man dann, wenn man da ein bisschen was Günstigeres nimmt, auch gleich einmal mehr Geld einsparen und es irgendwo anders hineinstecken. Und das war
215 aber nicht so möglich, wie man das sonst bei einem Projekt hat, wo man ein Gesamtbudget hat, wo man dann abwägen kann, ist es uns jetzt wichtiger, dass es ein paar neue Spielgeräte gibt oder brauchen wir den hochwertigeren Bodenbelag am Platzbereich? Und das war aber in dem Fall nicht möglich, hier das Budget so zu schieben, wie man das nach der Beteiligung für sinnvoll hält. Und es war sehr wenig Geld da für die Parkbereiche und man hätte eigentlich die Bodenbeläge im Parkbereich kaum erneuern können oder nur
220 teilweise. Wenn man jetzt aber versucht, die Wegeführung zu ändern und die Flächen anders aufzuteilen, dann muss man schnell einmal viel Asphalt rausreißen und wo anders wieder Wegebeläge machen. Dazu kommen halt auch Vorgaben von der MA 42, dass keine wassergebundenen Decken mehr gemacht werden sollen, wegen Feinstaubbelastung und auch Pflegeaufwand.

I: Keine wassergebundenen Decken?

225 SS: Wassergebundene Decken sind Schotterdecken aus sandigen, schottrigen Material. Die sind grundsätzlich wasser- und luftdurchlässig, nicht komplett, es gibt schon einen Abfluss, aber besser als Asphalt oder Pflasterbelege. Und sie sind viel günstiger. Sie sind sozusagen weicher, wenn man drauf geht und zum Spielen sind sie vielfach interessanter, weil man auch irgendwelche Muster zeichnen kann, mit Murmeln spielen kann. Und es ist einfach auch aus ökologischer Sicht interessant, weil es nicht so ein versiegelter Boden ist. Aber diese
230 Wegebeläge wurden zu dem Zeitpunkt vom Stadtgartenamt abgelehnt. Und das hat natürlich die Kosten wahn sinnig erhöht oder den Spielraum sehr eingeschränkt, mit den Kosten kreativ umzugehen, dass man möglichst das, was sich die Leute gewünscht haben auch umsetzen kann.

I: Warum werden sie abgelehnt?

235 SS: Naja, einerseits ist es so, dass diese Schotterdecken halt stauben. Je nachdem, welche Materialien verwendet werden. Und wenn sie silikatische Materialien verwendet werden, die jetzt sozusagen in der Wahrnehmung weniger stauben, weil sie härter sind, dann ist es aber so, dass die Feinstaub produzieren. Und Feinstaub geht über die Atemwege in die Lunge und ist grundsätzlich gesundheitsgefährdend. Von kalkigen Materialien z.B. wird der Staub nicht so fein zerrieben, weil die weicher sind und es geht nicht in die Lunge. Das wir sozusagen über Schleimhäute etc. noch auffangen. Das ist eben nicht so gesundheitsgefährdend. Und da gibt es eine lange
240 Diskussion auch über Fallschutzmaterialien, wo irgendwann dieser Riesel verboten wurde, der eigentlich ein sehr guter Fallschutz ist und man hat immer Silikatriesel verwendet, aber der hat halt auch ein bisschen Feinstaub produziert. Ich meine, meine persönliche Meinung dazu ist, dass sozusagen im Verkehr viel mehr Feinstaub steckt, der gesundheitsgefährdend ist und wenn die Kinder nicht von früh bis spät immer nur in diesem Staub am Spielplatz stehen, sondern verschiedene Materialien haben zum Spielen, glaube ich, ist das
245 auch durchaus verträglich, solche Materialien in manchen Bereichen zu verwenden.

I: Aus gesundheitspolitischen Gründen?

250 SS: Genau, aus gesundheitspolitischen Überlegungen, aber auch aus Pflegeüberlegungen, weil natürlich wassergebundene Flächen in der laufenden Pflege aufwändiger sind als in der Herstellung. Eine Asphaldecke ist sozusagen teurer in der Herstellung. Da wird auch Bitumen verwendet, also es gibt auch Ökobilanzen zu diesen Belägen. Natürlich ist das weniger umweltfreundlich als eine wassergebundene Decke, aber in der Erhaltung relativiert sich das, weil man halt dann öfter mit einem Fahrzeug wieder zur Baustelle fahren und Sand nachliefern muss etc. und das auch Treibstoffe verbraucht etc. Wir haben einmal ein Projekt gemacht für die MA

22 [Abteilung für Umweltschutz, Anm.], wo das berechnet wurde, wie diese Beläge gegeneinander abschneiden. Und für die Stadt ist halt sehr relevant, wie viel laufende Pflege investiert werden muss und der Reumannplatz ist sehr dicht genutzt und umso dichter diese Decken genutzt sind, umso mehr Pflege entsteht natürlich auch. Also das ist ein weiteres Argument. Und es wird halt auch viel ausprobiert mit unterschiedlichen wasserdurchlässigen Belägen. Da gibt es heute auch eine heiße Fachdebatte, was jetzt davon sinnvoll ist und was nicht. Aber der Fakt war halt am Reumannplatz, dass man dadurch weniger Spielräume in den Kosten gehabt habt, weil man eigentlich fast überall wirklich Asphalt oder Pflasterbeläge verwenden musste, wenn es Wege waren. Weil dort sehr viele Leute gehen, braucht man auch viele Wege. Andererseits war ein starker Wunsch da, dass man den Grünanteil erhöht zu vorher. Was auch nicht so einfach ist, weil man da auch noch viele Bauwerke unter der Erde hat, wo man vielleicht noch Grünflächen anlegen kann, aber keine Bäume mehr pflanzen. Also es gibt weite Teile, wo es die U-Bahn-Bauwerke drunter gibt und eine große Tiefgarage. Und die U-Bahn hat auch noch sehr viele Nebenräume, die unter der Erde liegen. Also es ist nicht nur diese eine U-Bahnstrecke, nicht nur der Tunnel mit den Bahnsteigen, sondern es ist wesentlich mehr.

I: Jetzt haben Sie es eh schon angesprochen, aber was würden Sie sagen, waren die größten Herausforderungen bei dem Projekt?

SS: Naja, die größten Herausforderungen waren... Ich meine, es war sicher so ein bisschen das Dilemma, dass zu unserer Projektphase nur wenig Budget vorgesehen war, um den Spielplatz zu erneuern. Der war aber eigentlich schon in einem sehr schlechten Zustand und darum bin ich auch sehr froh, dass nachher noch ein Geld locker gemacht worden ist, damit man den Spielplatz auch erneuern kann. Ja, einfach diese Kosten einzuhalten auf beiden Seiten der Grenze war natürlich eine große Herausforderung. Auch mit diesen widersprüchlichen Wünschen umzugehen, wo dann die Geschäftsleute sich dann auch massiv dafür eingesetzt haben, dass dort Gastronomie oder Geschäfte hinkommen, was dann auch zu einer stärkeren Flächenversiegelung geführt hätte, dass das kommt. Das war aber eigentlich schon nachdem wir die Beteiligung abgeschlossen hatten. Es hat auch eine Initiative gegeben, die sich dagegen eingesetzt hat. Ja, ich meine, was auch eine Herausforderung war sozusagen, diese Umstrukturierungen mit zu vermitteln, die durch den öffentlichen Verkehr sich verändert haben, weil die Leute waren wirklich sehr verwirrt, welche Busse jetzt wo fahren. Es wurde ja eine neue Busstation gemacht im oberen Teil und die war eigentlich schon fertig, wie wir die Beteiligung gemacht haben und das war gerade die Phase, wo die Leute draufgekommen sind, dass sie ganz neue Wege einschlagen müssen, um dorthin zu kommen, wo sie bisher auch hingefahren sind. Und das zu koordinieren, dass es da immer den Richtigen gibt, der da informiert, es sind nämlich damals noch die Busstationen teilweise von einem Tag auf den anderen noch woanders hinverlegt worden, so vorübergehend. Und es sind wesentlich weitere Wege entstanden beim Umsteigen von der U-Bahn in die Buslinien. Und die Leute haben sich halt teilweise auch Erleichterungen gewünscht, die technisch überhaupt nicht möglich sind, wie einen Aufzug am oberen Ende des Bahnsteiges. Also da kann man ja dann zwei Mal mit der Treppenanlage und Rolltreppe hinauf, dass man oben im Park rauskommt und eigentlich hätten sich die Leute gewünscht, dass man vom Bahnsteig unten in einen Aufzug steigt, der dann dort oben rauskommt, mitten im Park. Dass man es nicht so weit hat zu den Busstationen und nicht von dem unteren Aufzug mit dem Kinderwagen oder Rollstuhl bis ganz hinauf muss. Was sehr legitim ist, aber technisch wäre es eigentlich so, dass dieser Aufzug mitten auf der Gleistrasse in der Favoritenstraßen rausgekommen wäre, nicht wesentlich näher zu den Busstationen gewesen wäre, nur ein bisschen, und technisch nicht machbar gewesen wäre. Also es waren einfach so Dinge, die irgendwie keine Lösung gehabt haben. Sonst waren einfach die räumlichen Rahmenbedingungen sehr schwierig für die ganzen Ansprüche, die man hat. Eben mit diesen Bauwerken und den Kosten und...

I: Schwieriger als in anderen Projekten? Oder ergibt sich das einfach aus der Sache?

SS: Naja schon schwieriger als in anderen Projekten, weil dort einfach alles von der baulichen Voraussetzung her viel komplexer ist. Wir haben schon Projekte gehabt, wo Straßenbahntunnels unten drunter gehen und solche Sachen, aber es ist dort schon nochmal mehr. Und vor allem, wenn man eine Beteiligung macht, dann sehen die Leute das oben ja nicht. Also die meisten, die oben drüber gehen, sehen ja nicht, was da eigentlich alles dranhängt und das muss man da halt laufend versuchen zu vermitteln. Dass das jetzt nicht nur Willkür ist, dass irgendwo keine Bäume stehen oder dass die Stadt kein Geld ausgeben will, sondern dass das einfach nicht möglich ist, weil der Baum dort gar nicht gedeihen kann, weil er gar kein Erdreich hat.

I: Also Sie würden schon sagen, dass man das nicht sagen kann, dass die Stadt kein Geld ausgeben wollte, sondern dass es sehr wohl Geld gegeben hat für dieses Projekt?

SS: Na, es hat schon Geld gegeben für das Projekt und man konnte das auch umsetzen. Also es war von der Verteilung her ein bisschen schwierig und das vom Spielplatz her ist halt... Da ist nachher noch was dazugekommen.

I: Vom Bezirk?

SS: Das glaube ich nicht, dass das der Bezirk war, weil der Bezirk hat nur einen kleinen Teil gezahlt. Der hätte das gar nicht finanzieren können, weil das einfach ein Riesenprojekt ist. Ein Teil ist sozusagen durch diese U-Bahn Geschichte abgedeckt und ein Teil haben die anderen beiden Ressorts aus dem Zentralbudget beigesteuert. Und der Bezirk auch einen Teil. Wie viel das jetzt jeweils war, weiß ich nicht. Es war jedenfalls nur mit vereinten Kräften möglich, so einen großen Platz umzugestalten und mit den schwierigen Voraussetzungen.

I: Welche Kenntnisse nehmen Sie ins nächste Projekt mit?

SS: Ich meine grundsätzlich hat sich in der Beteiligung eigentlich vieles sehr bewährt, was wir immer wieder mitnehmen können. Also die Arbeit mit den Symbolen und mit den Bildern und mit den Plänen vor Ort. Das hat eigentlich alles sehr gut funktioniert. Auch mit den Aktionen und die Kooperationen mit den Akteuren. Da können wir sicher wieder zurückgreifen bei anderen Beteiligungsprojekten. Ja, vielleicht, dass man früher genauer nachfragt, wie das mit den Budgets gemeint ist. Und ob man das vielleicht irgendwie zusammenlegen kann. Weil aus dem Gestaltungsprozess heraus, das hat vor allem meine Kollegin Heide Studer bearbeitet. Ich habe eher den Beteiligungsprozess organisiert.

Nein, ich glaube, dass es sich schon auszahlt, dass man die Leute mitreden lässt. Und dass es auch wichtig ist sozusagen, wirklich breit heranzugehen, dass man eben nicht nur Veranstaltungen macht, wo gebildete Leute kommen, die sich länger am Abend Zeit nehmen, sondern dass man wirklich mit verschiedenen Methoden herangeht. Und dass die Interessen dann im Endeffekt gar nicht unbedingt so unterschiedlich sind. Dass die eine Gruppe genau das will und die anderen Gruppen genau was anderes, sondern dass viele Dinge sich eh quer durchziehen und man sie eigentlich auch gut umsetzen kann, die Vorstellungen, die es gibt.

I: Spannend.

SS: Ja, was ich interessant gefunden habe, ist, dass die Leute eigentlich sehr gut miteinander auskommen am Platz. Obwohl es eigentlich immer so heißt, um Gottes Willen, am Reumannplatz und was da alles los ist und Kriminalität und so. Wobei die Kriminalität auch abgenommen hat, seit das nicht mehr Endstation ist. Das haben wir über die Polizei auch erfahren. Also die Kriminalität am Platz selber. Und dass am Platz selber auch nicht mehr Kriminalität stattfindet als in ähnlichen Situationen sonst wo in Wien. Dass einfach vieles, was rundherum um den Reumannplatz passiert, halt immer dem Reumannplatz zugeschrieben wird. Weil es eigentlich grundsätzlich ein sicherer Ort ist, auch in der Nacht. Obwohl das viele Leute anders sehen. Aber wenn man da genauer nachfragt, ob sie wirklich was erlebt haben, dann ist eigentlich nicht mehr viel übrig geblieben. Also ich finde, es hat sich ganz gut bewährt, dass man nicht verschiedenen Akteuren oder Gruppen mehr Bühne gegeben hat, weil die Geschäftsleute oder die Wirtschaftskammer, die wollten gleich eigene Termine und so. Und das haben wir aber irgendwie gesagt, nein, es können alle gleich viel mitreden.

Ich meine, es gibt halt auch unterschiedliche Mittel, das dann auch umzusetzen. Es hat sich natürlich dann noch die Gestaltung verändert, wenn das ein anderes Büro dann weiterbearbeitet. Aber so die grundsätzlichen Ergebnisse der Beteiligung sind da genau so enthalten. Das hat sozusagen gestalterisch ein bisschen anders ausgeschaut am Anfang, aber es ist dann auch noch teilweise weiter bearbeitet worden in Bezug auf Rampenlösungen beim Amalienbad oder eine andere Wegeführung im Spielplatzbereich.

Ich meine, eine große Herausforderung am Reumannplatz war und ist auch das Thema WC, weil es halt dort wirklich wahnsinnig viele Leute gibt, die in die Büsche gehen und zwar quer durch die Bevölkerung. Und ein öffentliches WC, ich hoffe, dass es sich ausgeht, dass eines kommt. Wäre wirklich dringend nötig, weil das mit den U-Bahn-WCs auch nicht so funktioniert. Die sind immer wieder zugesperrt und das ist abhängig vom WC-Konzept der Wiener Linien, weil die haben irgendwie... Halt wenn irgendwas kaputt war, haben sie es dann einfach zugesperrt und haben gesagt, diese WCs sind einfach für die Fahrgäste und nicht öffentliche WCs, wo jeder hingehen kann. Und das ist ein großes Thema. Also das ist auch als Rückmeldung von der Bevölkerung immer wieder gekommen, dass ein WC dringend nötig ist, weil einfach manche Parkbereiche furchtbar stinken. Ich meine, diese ganzen Lüftungsbereiche sind auch ein Wahnsinn eigentlich, die irgendwie einzubeziehen, die einfach immer entstehen aus technischen Notwendigkeiten und dann kommt irgendwo ein Pilz an die Oberfläche. Mit dem muss man dann umgehen, dort wo er dann halt ist.

I: Von unterirdischen Lüftungssystemen?

SS: Ja, die haben sich ziemlich vermehrt durch die U-Bahn-Verlängerung, weil da viele neue dazugekommen sind und überhaupt in der Geschichte des Reumannplatzes, da waren zuerst ein paar von der U-Bahn am Anfang und dann ist die Garage gebaut worden, dann sind neue dazugekommen und Garagenerweiterungen und die U-Bahn-Verlängerungen und es sind immer mehr Bauwerke dazugekommen, die dann halt nach technischen Anforderungen platziert werden und nicht, ob es dann oben einen vernünftigen Freiraum ergibt.

I: Zu den kontextuellen Bedingungen: Es wird sehr viel geschrieben, Wien wächst jedes Jahr – je nach Schätzung – jedes Jahr um 15 bis 25.000 Personen. Haben Sie so gesellschaftliche Entwicklungen, die wienweit stattfinden oder bemerkbar sind, auch bei der Umgestaltung vom Reumannplatz bemerkt?

365 SS: Dass sich am Platz was verändert hätte oder in der Bevölkerungszusammensetzung?

I: Genau.

SS: Also der 10. Bezirk hat sich natürlich von der Bevölkerung schon verändert, historisch, weil natürlich das derzeit ein Ort ist, wo ganz viele verschiedene Menschen zusammenkommen. Es ist eher so eine Gegend in Wien, wo viele Menschen ankommen, die in Wien ankommen, die dort eine Zeit lang sind und dann wieder
370 irgendwo anders hinziehen in der Stadt oder sonst wohin. Also es sind dort viele Menschen halt auch nur eine gewisse Zeit oder sie sind neu in Wien und leben in dem Bezirk, weil dort die Mieten günstiger sind oder weil es halt andere Leute gibt, die ihnen weiterhelfen. Und das macht natürlich schon ein anderes Bild, als das früher war. Es sind andere Menschen da, es ist viel vielfältiger. Es ist auch überhaupt auf der Favoritenstraße, Quellenstraße, es ist einfach sehr, sehr belebt. Es ist einer der belebtesten Orte in Wien, die ich kenne, wo die
375 meisten verschiedenen Leute unterwegs sind. Auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Und ich glaube halt, dass sich das jetzt von der gesellschaftspolitischen Entwicklung her in der Stadt mit dem Stadtwachstum, da gibt es einfach Orte in der Stadt, die sich verändern, weil die Stadt wächst und weil viel mehr Menschen kommen und dadurch auch Menschen kommen, die in ganz speziellen sozialen Lagen oder in ganz speziellen Lebensphasen sind und sich dann auch viel im öffentlichen Raum aufhalten und dass das teilweise Orte sind, wo
380 das in den letzten Jahrzehnten nicht so stark der Fall war. Also ich habe auch sechs Jahre in Floridsdorf gearbeitet. Da haben wir den Auftrag der Gebietsbetreuung gehabt, da waren am Franz Jonas Platz eigentlich ähnliche Themen, dass es irgendwie Leute sehr schlecht ausgehalten haben, dass dort Menschen sitzen, die den ganzen Tag Zeit haben und Alkohol trinken. Die haben zwar eh niemanden belästigt, die sind einfach dagesessen und haben sich getroffen, aber sie haben viele Menschen gestört, obwohl das total legal war, was sie gemacht
385 haben. Und es sind einfach so Orte, wo sich da mehr Menschen sammeln, die auch Probleme haben, die vielleicht betteln oder die halt keine Arbeit haben. Und das erfordert von den Menschen, die in der Gegend leben einfach auch Toleranz, dass das zur Großstadt dazugehört. Also man kann irgendwie sagen, dass man da mehr urbane Kompetenz braucht, um mit diesen Situationen umzugehen. Das heißt, es gibt einfach Orte, wo man mehr auf so etwas stößt und es ist wichtig, dass man lernt, das auch auszuhalten, dass man auch Erfahrung damit
390 macht. Also es würde jetzt auch nicht Sinn machen, alle diese Menschen irgendwohin zu sperren, wo sie keiner sieht, damit alle zufriedener sind, weil wenn man dann so jemandem begegnet, dann fürchten sich die Leute wieder. Also ich glaube, es ist eher wichtig auch in der Gestaltung von öffentlichen Räumen, dass man sozusagen Begegnungen auf Distanz ermöglicht. Dass man auch erleben kann, dass diese Leute keine Gefahr darstellen für einen selber. Aber was ich immer wieder erlebe und was auch am Reumannplatz sehr oft
395 gekommen ist, dass die Menschen formulieren, dass sie irgendwie Angst haben, irgendwo zu gehen, nur weil dort Menschen sitzen, die ein Bier trinken oder die halt nicht so ordentlich und sauber gekleidet sind, die vielleicht obdachlos sind oder auch nicht, aber die sozusagen nicht ihnen entsprechen, sondern die ganz anders sind und dass das die Leute ängstigt. Und ich glaube aber, dass es wichtig ist, dass diese Menschen einen Ort haben, wo sie sein können im öffentlichen Raum und dass die anderen sie auch erleben können. Und man muss
400 aber die Gestaltung so machen, dass ausreichend Distanz da ist, dass ich mich auch in gewissem Abstand vorbeigehen traue. Wenn die Wege z.B. zu eng wären, und das haben wir auch sehr stark diskutiert, dass die Wege zu den Busstationen sehr breit sein müssen und dass es mehrere Wege braucht, damit sich alle Leute dorthin gehen trauen und die anderen aber trotzdem sitzen können.

405 I: Wenn Sie von urbaner Kompetenz sprechen, das heißt, die kann man lernen, wenn eben öffentlicher Raum so gestaltet wird oder wie...?

SS: Z.B., ja. Also es ist natürlich auch eine bewusste Auseinandersetzung gut, aber ich glaube, dass das schon hilft, wenn man sich selber sicher fühlen kann auf seinem Weg und trotzdem die anderen wahrnehmen kann. Und dazu braucht es einfach ausreichend Platz und eine gute Gestaltung, die das mitdenkt.

I: Letzte Woche ist ein Artikel im Standard erschienen zur Umgestaltung vom Reumannplatz, wo das eben auch
410 beschrieben wird, dass das bewusst so entschieden worden ist. Und wenn man sich die Kommentare anschaut, die da gepostet werden, dann geht sehr vieles in die Richtung, dass man besser die Leute, die jetzt dort sind, hätte verdrängen sollen, weil das „echte“ Aufwertung ist. Haben Sie auch im Zuge von dem Prozess solche Widerstände erfahren gegenüber dem Zugang oder dem Konzept?

415 SS: Es hat schon Leute gegeben, die gesagt haben, sie wollen jetzt da irgendein Café für Österreicher haben, wo die Österreicher auch sitzen können oder ja, die sozusagen gesagt haben, da kann man eh nicht sitzen, weil da sind so viele von da und dort und neben denen kann man nicht sitzen. Also es waren schon teilweise so Aussagen. Wir haben halt versucht, das in der Beteiligung sozusagen auf wirklich die fachlichen Ebenen

runterzubringen und auch einfach genauer nachzufragen. In Gesprächen ist immer wichtig, genauer nachzufragen, ob die wirklich negative Erlebnisse gehabt haben mit irgendjemandem. Aber es hat auch Leute gegeben, die gesagt haben, sie finden das total wichtig, dass da alle sein können und dass da keine Gastronomie kommt und dass man nicht nur da sitzen können soll und was trinken, wenn man viel Geld hat, sondern dass das ein Platz für alle ist und dass sie eigentlich nie ein Problem haben und dass sie sich überall durchgehen trauen. Also es hat beides gegeben. Also es waren eher wenige, die gesagt haben, das ist alles so gefährlich und man kann da nicht gehen.

425 Ich meine, ich weiß nicht, was in dem Artikel, was ist da gestanden?

I: Dass es jetzt eben doch weniger Gastronomiebereiche geben soll und mehr Grün und... Ich finde es eh interessant, ich habe ihn eh auch da [den Zeitungsartikel, Anm.], weil Birgit Hebein da zitiert wird, dass sich die Menschen den öffentlichen Raum zurückerobern sollen. Und dass er sozusagen für die Leute da sein soll, die ihn jetzt auch nutzen und dass die Bevölkerung nicht ausgetauscht werden soll. Und dass es eben knapp 8 Millionen kostet. Aber es geht eben auch sehr viel um diese Diskussion, soll diese Prosecco-Bar kommen oder dieser Gastropavillon und dass die Initiative Offener Reumannplatz gesagt hat, wollen wir nicht.

SS: Das ist so ein Interesse, wie man das gerne hätte, wie man die Welt gerne hätte. Dass man dort halt gerne schicke Leute hätte, die dort Prosecco trinken und jetzt hat man die U-Bahn und eine gewisse Gentrifizierung wird es sicher geben in dieser Gegend. Aber ich bezweifle, dass so etwas dort funktioniert. Und die Geschäftsleute hätten sich halt auch vorgestellt, wenn man dort so einen Input setzt, dann bekommt man dort andere Leute hin, weil die haben sich auch teilweise beschwert, dass man dort ja in der Nacht nicht mehr gehen kann und die Töchter könnten dort nicht gehen, weil das ist ja alles so furchtbar. Und das ist ein bisschen so ein Wunschdenken. Ich glaube, das würde den Geschäftsleuten am Rand eigentlich nichts bringen, wenn in der Mitte auch noch Geschäfte wären, wie sie vorgeschlagen haben. Und ob die dann funktionieren und ob man sich da nicht schon von vornherein wieder einen Leerstand produziert oder einen schnelllebigen Wechsel von Mietern. Also es ist von ein paar Leuten gekommen, die eigentlich den Reumannplatz nicht im Alltag nutzen, das mit dem Prosecco-Trinken. Dann hat es auch geheißt, es ist jetzt noch ein kleines Café vorgesehen bei der ehemaligen Station, dass man halt vom Spielplatz dann dorthin gehen kann, was zu trinken kaufen.

Ich finde eigentlich den Ströck sehr gut dort, weil der ist eigentlich eine Gastronomie, ist halt eine Bäckerei mit Café, aber für untertags, du kannst dort keinen Alkohol trinken, aber das funktioniert eigentlich für alle. Zum Ströck kann eigentlich jeder gehen. Das ist jetzt nicht so, dass man dort nur hinget, weil man zu der Gesellschaftsgruppe gehört oder zu der. Da kann jeder hingehen, da kann jeder einen Kaffee trinken oder irgendwas zum Essen kaufen. Es ist auch ein günstiges Angebot und ich glaube, dass der eigentlich sehr gut dorthin passt und auch ausreichend ist als Gastronomie am Platz.

450 I: Es ist noch nicht klar, wer das Café bekommen wird?

SS: Nein, es ist auch noch nicht klar, ob das Café wirklich kommt, weil das müsste... Also es ist angedacht, dass die Wiener Linien dort das sozusagen umbauen, da gibt es ja das Expedit, wo die Busfahrer Pause machen. Das gehört den Wiener Linien und es war eben jetzt die Idee, dass man dort ein kleines Café baut und daran eine WC-Anlage koppelt, die öffentlich zugänglich ist und dass man das aber in einem Vertrag mit dem Cafébetreiber vergibt und die Wiener Linien haben aber gemeint, sie würden das erst bauen, wenn sie wirklich einen Betreiber haben. Und wenn sie aber schon einen Betreiber haben, wenn sie das bauen, dann wird der natürlich Ansprüche stellen, wie das auszusehen hat und das ist derzeit sehr klein vorgesehen. Es ist alles noch sehr im Fluss und in Diskussion.

I: Das heißt, grundsätzlich ist es möglich, dass diese Schanigärten über die Zeit sich auch ausweiten, weil die kann man ja beantragen?

SS: Die könnte man eventuell auch vergrößern auf Antrag.

I: Aber Ihrer Einschätzung nach ist das eher unwahrscheinlich, weil es eben gar nicht so viel Platz gibt?

SS: Ich meine, ich bin keine Expertin, wie gut sich sowas rechnet, aber ein zweites Café... Ich weiß nicht, ob das funktioniert. Da bin ich ein bisschen skeptisch. Ich fände es gut, wenn es funktioniert, weil dann hätten wir auch eine öffentliche WC-Anlage und die braucht es dringend.

I: Das heißt, das hängt zusammen.

SS: Ja.

I: Ich finde es interessant, weil es steht im Zeitungsartikel drinnen, dass der Bezirksvorsteher diesem Gastropavillon ja zuerst positiv gegenüber gestanden ist und dann aber eingeschwenkt hat.

470 SS: Ja, die haben ihn auf ihre Seite geholt am Anfang. Da war auch viel in der Presse mit dieser Gastrogeschichte. Und er hat sich dann anscheinend doch distanziert irgendwann.

I: Sein Argument am Anfang war eigentlich gerade die soziale Durchmischung. Das Argument war, das ist ja gut, wenn eben Leute aus anderen Schichten auch am Reumannplatz sind, damit es einen Austausch gibt, dass es etwas Positives ist. Und eigentlich ein ähnliches Ziel damit verfolgt hätte, wie jetzt da auch sichtbar wird.

475 SS: Ja, aber ich glaube, dass auch andere Bevölkerungsgruppen nicht kommerziell den Platz nutzen können, wenn er neu gestaltet wird. Man muss es nicht über das Geld regeln. Es sind, glaube ich, alle Bevölkerungsgruppen dazu bereit, dass sie auch nicht kommerziell den öffentlichen Raum nutzen.

I: Wir haben jetzt schon eine Stunde. Das meiste habe ich jetzt eh auch schon gefragt. Vielleicht noch das Fachkonzept Öffentlicher Raum, kennen Sie das oder haben Sie sich damit beschäftigt?

480 SS: Grundsätzlich, klar, kenne ich das. Das ist auch die Grundlage für alle Arbeiten.

I: Da gibt es auch diesen Fairness-Check, wo es diese sechs spezifischen Gruppen gibt, die man besonders berücksichtigen soll, also Junge, Arme, Betreuende, Mobilitätseingeschränkte, potentielle Gewaltopfer und kommerzielle Nutzer und Nutzerinnen. Wie bewerten Sie diesen Check?

SS: Das müsste ich mir jetzt im Detail anschauen, das habe ich jetzt nicht so parat, diesen Check.

485 I: Wie bewerten Sie sonst das Fachkonzept Öffentlicher Raum? Das ist ja relativ neu.

SS: Es ist relativ neu, aber grundsätzlich haben wir da eh alle in irgendeiner Form daran mitgearbeitet. Ich finde es grundsätzlich gut. Es steht sehr viel drinnen, in welche Richtung es gehen soll. Schwieriger ist es natürlich, das umzusetzen, weil halt die Rahmenbedingungen da oft sehr schwierig sind. Ja, in den Fachkonzepten stehen immer viele tolle, gute Sachen drinnen und in der Umsetzung hapert es dann halt oft. Grundsätzlich sind die
490 Fachabteilungen schon dran, das umzusetzen. Es gibt halt auch sehr viel Macht in den Bezirken und manche Bezirke trauen sich halt auch nicht so viel. Je nachdem, wer dort das Sagen hat, passiert halt mehr oder weniger. Und es hängt halt sehr viel am Autoverkehr und inwieweit man sich traut, den zu beschneiden, den ruhenden wie den fließenden und die Straßen umzugestalten. Weil das Flächenpotenzial, das man hat, liegt auf der Straße. Weil mehr öffentliche Plätze auf Baugrundstücken oder so wird man in der wachsenden Stadt nicht mobilisieren
495 können, sondern es kommen eher mehr Menschen in die bestehenden Baublöcke, weil man noch alle Dachböden ausbaut und alle niedrigen Häuser wegriß und dann noch dicht zubaut. Alles, was die Vorgaben hergeben, wird dicht aufgefüllt. Dichter, als eigentlich vorgesehen ist, weil dann noch die Hintertrakte stehenbleiben und trotzdem vorne verdichtet wird. Und ja, mehr öffentlichen Raum kann man nur vom Individualverkehr her schaffen. Also man muss einfach verkehrsberuhigen und den Raum erobern.

500 I: Sehen Sie das optimistisch, dass es da diese Entwicklung in diese Richtung gibt?

SS: Grundsätzlich ja, es geht in Wien halt alles sehr langsam. Man hängt halt sehr am Bestehenden und will niemanden beschneiden. Also es gibt andere Länder, wo mutiger vorgegangen wird. Z.B. in Barcelona haben sie viel schneller begonnen, die Stadt umzubauen von der Verkehrshölle in nutzenswerte öffentliche Räume. Also da geht das einfacher. Also es ist einfach mutiger in der Umsetzung. In Wien dauert alles sehr lange.

505 I: Woran liegt das?

SS: Ja, ich weiß nicht, ist das die Mentalität, oder... Woran liegt das? Ich meine, teilweise ist das sicher auch politisch gemacht, dass man versucht, die Leute sehr zu versorgen. Also wo einfach das Rote Wien, das ist zwar einerseits sehr sozial, dass man schaut, dass alle was zum Leben haben, aber es sind die Leute auch über viele Jahre sehr verwöhnt worden, dass die Stadt für alles sorgt. Und die Leute dann auch nicht mehr bereit sind,
510 selbst initiativ zu werden und sich stärker einzumischen oder die Sachen selber in die Hand zu nehmen oder Verantwortung zu übernehmen für den Lebensraum vor der Tür. Man sagt dann immer, die Stadt soll das regeln oder es gibt Rechte, die wir haben und Ordnungen und Gesetze und die müssen eingehalten werden, sondern dass man ein bisschen mehr denkt, was ist das eigentlich? Es ist ja unser Lebensraum, den wir alle haben und können wir den nicht irgendwie anders nutzen?

515 I: Eine letzte Frage habe ich noch, weil Sie Gentrifizierung angesprochen haben, dass das den Reumannplatz und die Gegend auch betreffen wird. Warum glauben Sie das?

SS: Naja, weil auch in Favoriten viel Neues gebaut wird. Weiter draußen entlang der U-Bahn sind das einfach gute Lagen. Ich meine, es gibt auch eine Fachhochschule weiter draußen und es gibt die U-Bahn, die einen schnell in der Stadt überall hinbringt. Und die Wohnungen sind noch günstig im 10. Günstiger als in anderen Bezirken. Das heißt, das ist grundsätzlich interessant für junge Leute dort zu wohnen und sich zu bilden und dann mehr Geld zu haben und andere Vorstellungen haben, was man in der Freizeit tut. Einfach so ein Prozess, der durch eine verbesserte Infrastruktur immer hervorgerufen wird. Das ist immer ein bisschen schwierig. Man kann jetzt auch nicht sagen, man soll nichts tun. Man muss eigentlich immer gut darauf schauen, dass die Verbesserungen nicht zu einer Verdrängung der ansässigen Bevölkerung führen.

525 I: Vielen Dank, habe irgendwas nicht gefragt, was Sie hier noch sagen wollen?

SS: Naja, wir haben jetzt wenig gesprochen über die eigentlichen Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens. Was so rausgekommen ist. Ist das ein Thema? Im Grunde wäre das dann auch, ich meine ganz grob haben wir das auf den Plänen gehabt, die auch öffentlich waren und ansonsten ist das einfach hier zusammengefasst, wenn Sie es sich durchschauen wollen, dann können Sie das gerne noch machen. Das ist der Bericht über die Beteiligung. Es ist jetzt eh nicht so lange zum Lesen.

Ja im Grunde ist es gegangen um... Mehr Grün wollten die Leute, viele Sitzmöglichkeiten waren den Leuten wichtig.

I: Also den Werkstattbericht habe ich mir natürlich angeschaut.

SS: Die Sozialraumanalyse war das. Die war vorher.

535 I: Genau. Haben sich die Ergebnisse unterschieden zu den Ergebnissen, zu denen die Funktions- und Sozialraumanalyse gekommen ist?

SS: Das kann ich so jetzt nicht sagen. Das müsste ich mir anschauen. Ich meine, es ist jetzt selbst das schon eine Weile her. Aber inwieweit sich das jetzt genau unterschieden hat, ich meine die Sozialraumanalyse hat ein bisschen einen anderen Fokus gehabt. Die war nicht so orientiert auf wirkliche Gestaltungsvorschläge für den Platz. Insofern kann man es auch nicht so vergleichen.

Das hier ist das, was bei uns rausgekommen ist. Also im Grunde ist es schon eine Fortführung gewesen. Es ist jetzt soweit ich mich erinnere, nichts komplett anderes rausgekommen, wo in der Sozialraumanalyse ein komplett anderes Thema gewesen wäre. Aber es war der Fokus einfach anders. Das viel Grün war auch schon in der Sozialraumanalyse klar, dass das den Leuten sehr wichtig ist. Die sicheren Gehwege, da ist es auch einfach darum gegangen, um bessere Beleuchtung, um sozusagen, sich wohlfühlen auf den Wegen, was schon angesprochen wurde, dass sie auch breit genug sind, dass ich mich dort wohlfühle, wenn ich da bei anderen Leuten vorbeigehe, dass es übersichtlich ist. Dass ich weiß, wo ich hinkomme. Das heißt zur Busstation oder woanders hin.

550 Dann waren noch zwei Plätze ein wichtiger Wunsch. Sozusagen einen weiter oben und einen weiter unten, wo dann jetzt auch... Das wäre sozusagen dieser Platz als einer und der große unten. [zeigt auf den urbanen Platz und auf den Bereich mit der Bühne] Also das war im Beteiligungsverfahren nur als Adaptierung gedacht, da war die Wegeführung noch so, dass sie bleibt wie vorher. Das wurde jetzt aber nicht so als Platz gesehen. Das war auch nicht der Wunsch, dass dort ein Platz entsteht. Hier gibt es ja jetzt schon so einen platz-artigen Bereich, diesen ReuMÄDCHENplatz und das war auch ein Wunsch, dass das bleibt und dass das auch als Platz wahrnehmbar ist. Und dass es eben unten wirklich einen urbanen Platz gibt, der gut nutzbar ist.

555 Genau, dass es ein Ort der Identität ist, das war auch vielen Leuten wichtig. Weil es so ein zentraler Ort in Favoriten ist und da hat es auch im Gestaltungskonzept noch andere Vorschläge dazu gegeben, dass man irgendwie einen Turm zum Raufgehen macht und in die Baumkronen gehen kann, aber das ist dann auch aus Kostengründen abgelehnt worden. Den Leuten war das Wasser sehr wichtig und da bin ich auch froh, dass das kommt. Dass wirklich so ein Wasserbogen kommt, wie wir den auch als Imagebild gehabt haben. Da haben wir verschiedene Möglichkeiten gehabt, wie Wasser am Platz untergebracht werden kann, benutzbares Wasser. Und die Leute wollten sehr gerne so einen Wasserbogen haben. Ja, mit dem Wasser ist es auch eine Herausforderung gewesen, weil das einfach immer sehr schwierig ist bei den Fachabteilungen durchzubringen, dass man benutzbares Wasser hat. Da war auch die Idee so eine Wasserrinne über die Wegerelationen zu machen im oberen Bereich, dass man so wegbegleitend auch mit Wasser spielen kann und da haben wir lange diskutiert und das war dann aber klar, das geht nur im Spielplatzbereich drinnen und nicht über den Weg draußen. Insofern ist gut, dass zumindest dieser Wasserbogen geblieben ist.

I: Was ist da die Schwierigkeit?

570 SS: Naja, es gibt irgendwie große Ängste, dass die Wiener zu ungeschickt sein könnten und stolpern könnten und ins Wasser fallen könnten und wir haben dann eh alle möglichen Überdeckungen und Leitsysteme für Blinde usw. überlegt, dass ja niemand da zu Schaden kommen kann, aber es sind da große Ängste. Ich weiß auch nicht, woher die kommen. Es gibt große Ängste vor offenen Wasserrinnen in Wien. Obwohl wir eigentlich an der Donau leben und es ganz viele Donauarme gegeben hat, aber ich weiß nicht, ob die Überschwemmungssituationen der letzten Jahrhunderte da noch nachwirkt oder woher das kommt, dass man immer der Meinung ist, die Wiener sind viel patscherter als die in den Bundesländern. [lacht] Also von den Menschen ist das weniger gekommen, das kommt eher aus der Verwaltung. Die haben immer sehr große Sorgen, weil die haften halt alle dafür. Aber die haben immer sehr große Sorgen, dass das was passieren könnte.

I: Interessant! Hätte ich mir jetzt nicht gedacht, gerade weil man ja auch sagt, das Wiener Wasser, auf das sind wir alle so stolz und so. Dass das der Grund ist, finde ich spannend.

580 SS: Ja, ich weiß nicht, ich habe schon überlegt, ob das irgendwie zusammenhängt mit diesem Ausdruck „In der Gosse landen“, dass man früher... Die Gosse waren so offene Wasserrinne auf der Straße. Ich meine das ist Jahrhunderte her, dass es so etwas gegeben hat. Ich weiß gar nicht, ob es in Wien so etwas gegeben hat, aber das war sozusagen die Gosse und es gibt so dieses „In der Gosse landen“, dass das sozusagen eine negative Assoziation hat, dass man ein offenes Wasser auf der Straße hat. Weil in Deutschland gibt es zig neue Beispiele, wo sie offene Regenwasserrinnen haben auf der Straße und auf den Fußwegen und in Wohnhausanlagen und auf öffentlichen Plätzen, wo man das wirklich auch inszeniert, dass man wirklich das Wasser oberflächlich ableitet. Im Zusammenhang mit Regenwasserversickerung. Und in Wien ist das total schwierig. Ich meine, ich verstehe das noch im Flysch-Wienerwald, wo der Boden so undurchlässig ist im Westen, so im 14. Bezirk. Dort ist es sehr schwierig mit der Versickerung, aber im 10. Bezirk wäre das nicht das Problem.

590 Ja, aber das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass wir sozusagen so eine Tradition haben in Wien, wo die Wiener so hofiert werden mit den Parkanlagen und Blumenbeeten und das Stadtgartenamt einfach so sich beauftragt sieht, alles schön gepflegt für die Bürger und Bürgerinnen, die dann da spazieren gehen und nicht in den Rasen steigen. Und dass da eigentlich ein Umdenken dringend nötig wäre, wie Freiräume funktionieren.

I: Aber gibt es da nicht eine Tendenz zur Öffnung? Also dieser Paragraph, der da geändert worden ist, wo man gesagt hat, nein, man darf...

SS: ...man darf eh in den Rasen steigen. Ja, da sind sie wahrscheinlich nicht drum herum gekommen, weil die Leute eh in den Rasen steigen und weil das jetzt nicht mehr ganz zeitgemäß ist, dass man die Leute rausschmeißt und die Hunde reinlässt. Aber sehr groß publiziert ist das auch nicht worden damals. Und es gibt noch, also ich habe in Floridsdorf versucht, mehr Essbares in den öffentlichen Raum zu bringen und das war auf Flächen der MA 42 sehr schwierig, weil da ganz große Ängste da waren von den Leuten sowohl vom Gartenbezirk, als auch von der Zentrale, von der Abteilung, dass die Leute auf Obstbäume klettern könnten und runterfallen könnten oder dass Äste abbrechen und dass sich jemand verletzt, dass sie dann haften oder dass stachelige Himbeeren auf Kinderspielflächen nicht wachsen dürfen, weil da dürfen keine Stachelsträucher wachsen, weil die Kinder könnten sich stechen. Und irgendjemand könnte es dann kaputt machen oder es könnte ein Hund drunter pinkeln und dann kann man die Himbeeren nicht mehr essen. Also es gibt so ganz viel so Ängste in... Oder ich habe vorgeschlagen, man könnte gemeinsam mit Bürgern und Bürgerinnen, die wollen, Obstbäume pflanzen auf Grünflächen und dann haben sie gesagt, nein, das geht überhaupt nicht und Haft und die können maximal dabei stehen, wenn die Wachleute das einsetzen und so. Und das ist leichter auf Flächen von der MA 49 habe ich dann eben so ein Projekt gemacht, weil die halten das besser aus. Die sind für Landwirtschaft und Forstwirtschaft zuständig und da gibt es Wurzeln im Wald, über die man stolpern kann. Da darf man dann auch mal graben und durchs Gras gehen. Aber bei der MA 42 ist das so eine Tradition, die noch nicht gebrochen ist.

I: Gibt es da bei der MA 42 oder grundsätzlich in diesen Abteilungen jetzt auch eine, also wird da Aspekt Klimawandel mitberücksichtigt?

SS: Das ist jetzt halt so ein Thema, das ganz neu ist. Derzeit geht alles über Klimaschutz und Klimawandelanpassung. Die sind natürlich jetzt schon unter Druck, dass man halt möglichst viel grün schafft, aber eigentlich wäre das jetzt wichtig, das in den Straßen unterzubringen. In den Parkanlagen sind wir eh ausgeschöpft. Also mehr Grün in den Parkanlagen wird schwierig, weil wir bekommen mehr Menschen, das heißt wir können die Wegeflächen auch nicht wirklich reduzieren. Also das sieht man am Reumannplatz sehr gut, mehr Grün hätte man geschafft, wenn man weniger Wege macht. Aber weniger Wege gehen nicht, weil es sind so viele Menschen da, die müssen auch irgendwo gehen. Und Rasen zum Gehen, das funktioniert nicht in der Stadt, weil der ist binnen Kürze weg.

I: Apropos so viele Leute, was mich auch immer wieder überrascht, eben auch da in diesen Artikel aber auch sonst, dass man sagt, der Reumannplatz stirbt irgendwie aus, wenn die U1 länger fährt oder seitdem und es ist verwaist...

625 SS: Das haben die Geschäftsleute auch immer gesagt. Der ist ja tot, weil da zu wenig Leute sind, die konsumieren und einkaufen. Also ich habe das Argument nicht verstanden, weil jedes Mal, wenn ich am Reumannplatz bin, sind dort überall sehr viele Menschen. Also ich glaube, das ist so eine Vorstellung, dass nur, wer konsumiert, ein Mensch ist und wenn der nicht da ist, ist es tot. Das kommt glaube ich aus dieser Ecke, weil das haben ein paar Geschäftsleute massiv vertreten diese Ansicht, dass der Platz tot wäre.

630 I: Aber das lässt sich so nicht bestätigen, dass jetzt irgendwie weniger los ist?

SS: Es gibt glaube ich schon ein bisschen weniger Menschen, es gibt weniger Umsteigerelationen als vorher, weil es nicht mehr Endstation ist, weil es ist auch mit dieser Busstation da oben... Es hat sich für manche herausgestellt, dass es günstiger ist, wenn sie bis Troststraße fahren und dort in den Bus umsteigen und es gibt manche Busse nicht mehr und es gibt die Straßenbahn nicht mehr zum Umsteigen. Also es ist schon so, dass
635 weniger Menschen da sind, aber es sind immer noch wahnsinnig viele Menschen. Also es sind weniger Umsteigende, aber grundsätzlich am Platz... Also wir haben jetzt keine Zählungen gemacht, aber der ist immer noch wahnsinnig belebt dieser Platz.

Und es gibt auch noch so einen Aspekt von diesem Expeditraum, was ich eigentlich recht gut finde, dass es das da gibt. Weil da die Busfahrer so bis zum letzten Bus immer Busfahrer hin- und hergehen. Die Busfahrer sind
640 grundsätzlich Vertrauenspersonen und das ist ja eigentlich ganz angenehm, wenn hin und wieder ein Busfahrer da durchgeht, so für das Sicherheitsgefühl, glaube ich, ist das ganz gut. Ich meine, es ist eine Zeit lang diskutiert worden, ob man das Expedit nicht irgendwo wegbringt, damit man dieses Gebäude bekommt für ein Café oder ein WC oder so, weil das Gebäude, das schaut größer aus [auf dem Plan, Anm.], als es ist. Da sind hauptsächlich Lüftungsanlagen und Stiegenhäuser drinnen. Aber eigentlich ist das ganz gut, weil da immer wer herumgeht, der
645 sozusagen kein Polizist ist, aber doch eine Vertrauensperson, die da beruflich unterwegs ist. Das ist mir jetzt noch eingefallen.

I: Sonst, von den Ergebnissen von der Beteiligung, gibt es irgendwas, was nicht berücksichtigt worden ist?

SS: Naja, Was haben wir da noch gehabt? [liest im internen Bericht] Also Sitzmöbel, Wasser ist auch, Spielplatz, Sauberkeit, ja, mit der Sauberkeit, das wird man dann sehen in der Pflege, aber das ist auch in der Gestaltung
650 angelegt. Weniger Autoverkehr, das war schon klar, wo Verkehrsberuhigung sein wird. Was noch in Diskussion ist oder nicht so berücksichtigt wurde ist der Wunsch der Radfahrer, dass man quer über den Reumannplatz mit dem Rad fahren kann. Weil das war eigentlich schon von den Rahmenbedingungen her klar, dass das nicht erwünscht ist, dass man den Radverkehr nämlich rundum lenkt und nicht quer über den Platz, sonst fahren alle Radfahrer quasi überall auf den Fußwegen wo sie hinwollen. Und da haben wir in der Favoritenstraße eh nicht
655 weiterfahren darf mit dem Fahrrad in der Fußgängerzone, hat man da sozusagen gesagt, das geht nicht. Es war noch in Diskussion, ob es irgendeine Querungsmöglichkeit hier gibt, dass man nicht absteigen und das Rad da rüber schieben muss. Aber was da jetzt rauskommt, weiß ich nicht. Da hat die Radgruppe dann noch mit der MA 28 verhandelt. Also das ist sicher, was nicht gekommen ist. Das mit diesen Aufzugsituationen oder dass man die Haltestelle näher zur U-Bahn rückt, dass ist einfach vorgegeben gewesen. Das waren eher solche Dinge.

660 I: Dass der Radweg nicht gekommen ist, war dann einfach die Entscheidung, Fußgänger gehen vor bei dieser Frage?

SS: Nein, es war nicht so, dass ein Radweg hätte kommen sollen, sondern es war der Wunsch der Radfahrer, dass man den Platz irgendwie queren kann. Und man hat irgendwie gesagt, es gibt so ein Radwegesystem, das in Planung ist, das teilweise schon umgesetzt wird, wo man auch versucht, die Radfahrer dorthin zu bringen, wo sie
665 weiter in die Stadt runter fahren können und es gibt immer wieder Radfahrer, die durch die Fußgängerzone rollen. Aber man wollte das jetzt sozusagen nicht forcieren, man wollte das nicht fördern, dass die dann illegal in der Fußgängerzone weiterfahren. Man wollte einfach, dass das ein verkehrsfreier Platz ist. Und darum versucht man auch die Fahrradstände nicht irgendwo in der Mitte des Platzes oder beim U-Bahn-Abgang zu machen, weil sonst würden die Radfahrer ja das Rad nicht bis dorthin schieben und es absperren. Sondern man versucht,
670 das außen zu lassen und es gibt auch hier einen neuen Radweg [zeigt auf den Plan] und es muss halt auch einfach fertig werden das System, dass man es gut nutzen kann.

I: Das ist eh auch ein Projekt gewesen, das war jetzt auch in den Nachrichten, das war jetzt auch schon länger her, glaube ich, dass da der Radweg in den 10. raus noch sehr ausgebaut wird oder werden soll.
675 Ist das Ihrer Erfahrung nach immer so, dass Beteiligungen so berücksichtigt werden? Weil das wirkt jetzt schon sehr berücksichtigt?

SS: Ich meine, grundsätzlich schon. Es ist halt immer wichtig, dass man vorher schon die Rahmenbedingungen gut klar macht. Und es gibt immer irgendwie ein paar Wünsche, die halt nicht gehen. Aus verschiedenen Gründen, wo man sagt, das machen wir aus den und den Gründen hier nicht. Und ansonsten hat man halt die Rahmenbedingungen und auch den Beteiligungsspielraum. Den muss man auch eigentlich vorher festlegen und

680 wenn man das sauber macht, dann kann eigentlich gar nicht so viel kommen, was man dann nicht berücksichtigt, weil man hat sich ja davor überlegt, wo der Spielraum ist. Und es gibt dann immer Wünsche über diesen Spielraum hinaus, wie in dem Fall das mit dem Radverkehr oder manche Leute haben halt auch vorgeschlagen, man soll die Busse da drüber führen und diese Stationen nutzen für die Busse, damit man so schnell umsteigen kann wie vorher, aber das war nicht der Spielraum der Beteiligung. Und in manchen Fällen kann man... Also ich
685 glaube, innerhalb dieses Beteiligungsspielraumes, wenn man den gut auswählt, ist es immer möglich, die Wünsche umzusetzen, mehr oder weniger. Aber Wünsche, die darüber hinausgehen sind halt nur in manchen Fällen umzusetzen, weil man irgendwie draufkommt, aha, ja, an das haben wir nicht gedacht, da bringt noch wer was ein, das wäre ja eigentlich eine gute Idee, das können wir auch noch machen. Und manchmal geht es halt nicht, weil man schon andere Entscheidungen getroffen hat. Und es kommt auch darauf an, wie man die
690 Beteiligung ansetzt. Wir haben ja die Beteiligung so angesetzt, dass wir nicht die Leute nach genauen Lösungen fragen, also wir haben sie nicht gefragt, wie die Bank ausschauen soll und wo sie genau stehen soll, sondern wir fragen immer nach den Ansprüchen der Leute, nach den Nutzungsmöglichkeiten, was sie dort gerne tun wollen, wie das für sie sein soll und die Gestaltung bleibt aber dann bei der Planung, wie man es genau macht. Die Leute kommen eh immer mit konkreten Vorstellungen und Ideen oder bringen irgendwelche Bilder oder so. Das ist
695 auch ok, aber in der Beteiligung versuchen wir immer auf der Ebene zu bleiben, dass die Leute ihre Ansprüche formulieren und dann kann man sich eine planerische Lösung für diese Ansprüche überlegen. Weil wenn ich zu einem kleinen Spielplatz in der Stadt z.B. eine Beteiligung mache und ich lasse die Kinder Spielgeräte vorschlagen, dann schlagen mir was weiß ich wie viel Prozent Seilbahnen vor. Jetzt ist es aber nicht sinnvoll, auf einem kleinen Spielplatz in der Stadt eine Seilbahn aufzustellen, weil da kann immer nur ein Kind auf einer
700 riesigen Fläche was machen und die anderen müssen zuschauen und warten. Da ist es sehr viel sinnvoller, ich mache dort ein Spielgerät, wo viele Kinder gleichzeitig was tun können. Das heißt, ich muss die Kinder dann eigentlich danach fragen, was sie tun wollen. Die sagen dann auch Seilbahn. Aber ich frage sie nicht, willst du eine Seilbahn oder eine Schaukel, sondern ich frage sie, was sie gerne tun wollen, welche Tätigkeiten ihnen wichtig sind. Und da kommt vielleicht raus, dass sie gerne schwingen wollen und das kann ich organisieren,
705 auch auf weniger Platz mit einem kombinierten Spielgerät und mit anderen Sachen gemeinsam. Und darum versuchen wir einfach auf einer anderen Ebene zu bleiben mit den Wünschen und haben auch diese Icons verwendet, wo wir diese Tätigkeiten drauf haben, die man verortet, aber nicht Ausstattungselemente. Also sie durften sich nicht eine bestimmte Bank oder eine Pergola oder sonst was wünschen, die sie irgendwo hinstellen und dann erwarten sie sich, dass das kommt und messen auch den Erfolg der Beteiligung, ob das kommt, sondern es geht eher darum, sie brauchen einen Ort zum Treffen oder sie brauchen Schatten oder sie wollen
710 gerne Blumen. Das sind alles Dinge, die man gut unterbringen kann.

Was auch noch nicht verwirklicht wurde ist das Bedürfnis nach einem Regendach. Das ist jetzt nicht von so vielen Leuten gekommen, aber das war durchaus auch ein Wunsch von Jugendlichen, dass sie bei Schlechtwetter auch unter einem Dach sitzen können und es gibt doch einige obdachlose Leute, die immer wieder auch bei
715 Regen irgendwo sitzen. Und bisher hat es diese Stationsdächer gegeben mit Bänken drunter, wo man eigentlich auch in der Nacht oder zu jeder Tageszeit sitzen konnte. Es hat sogar eine Beleuchtung gegeben. Und man konnte sich auch mit einem Regenschutz dort aufhalten. Und diese Dächer kommen aber weg und es gibt quasi keinen Ersatz. Also die Bänke sind gleich abmontiert worden, weil der Bezirk das auch nicht wollte, dass dort dann irgendwelche Leute sitzen. Was ich dort für unproblematisch gehalten hätte, weil es dort eigentlich keine
720 Anrainer gibt, die irgendwas stören könnte und die Busfahrer soziale Kontrolle herstellen. Aber die waren schnell weg, die Bänke.

I: Wann hat der Bezirk die weggeräumt?

SS: Während des Beteiligungsprozesses am Beginn gleich. Weil wir haben gesagt, wir wollen sie unbedingt behalten und plötzlich waren sie weg. Und dann haben wir noch versucht, sie zurückzubekommen, aber es ist
725 leider nicht mehr gegangen. Ja und ein Regendach, es war dann noch in der Detailplanung drinnen, dass da eine Pergola, dass da auch ein Teil Regendach kommt, aber das wurde dann noch gestrichen.

I: Weil...?

SS: Weil sich da vielleicht irgendwelche Leute aufhalten könnten. Ich weiß nicht.

I: Aber grundsätzlich als Projekt, wie würden Sie das bewerten? Das Ergebnis jetzt sozusagen von einem
730 jahrelangen Ausverhandlungsprozess und Planungsprozess?

SS: Ja, also ich finde, grundsätzlich ist es eh gut gelaufen. Ich finde, man hätte ein bisschen früher starten können. Es war eigentlich sehr spät ausgeschrieben die Beteiligung, wobei die Planung hat sich dann eh noch ein bisschen verzögert, das ist eh meistens der Fall. Also es hat dann doch alles ein bisschen länger gedauert, aber
735 eigentlich hat man schon viel länger gewusst, dass das kommen soll und muss und man hätte ein bisschen früher beginnen können. Also ich meine, gestalterisch hätte ich es ein bisschen anders gemacht, aber grundsätzlich sind

die Anliegen aus der Beteiligung erfüllt und wir haben nicht über die Ästhetik diskutiert mit den Leuten. Also wir hätten z.B. den Platz vor dem Amalienbad ein bisschen anders gelöst. Also es ist jetzt immer noch diese Treppe da. Es ist auch diese Baumreihe, wir hätten das lieber als großzügigen Platz gelassen ohne einen Höhenunterschied [im neuen Fußgängerbereich, Anm.], aber ja, es ist einfach so geworden. Aber grundsätzlich ist es schon ok. Es sind eher so Details, wo man das anders gemacht hätte.

I: Bleibt der ReuMÄDCHENplatz?

SS: Das wird sicher bleiben. Die haben auch hier die Bühne, die sie sich gewünscht haben.

Genau, das war das Gestaltungskonzept, da haben wir so einen Wasserlauf vorgeschlagen. [zeigt auf ein Imagebild im Bericht] Das war dann eh schon die abgespeckte Variante, nicht mehr in der Hauptgehlinie. Vorher haben wir überlegt, dass es da drüber rinnen könnte. Aber nicht einmal das wollten sie dann.

I: Die Frau Gruber hat auch angesprochen, dass das Wasserspiel fast gekippt worden wäre. Und ich dachte mir, dass es wahrscheinlich finanzielle Gründe hatte.

SS: Es wird schon auch finanziell argumentiert, weil der Bezirk argumentiert immer so, dass diese Wasseranlagen so teuer sind in der Erhaltung. Die haben am Columbusplatz diese Fontänen und da wird immer argumentiert, ja, dass das so aufwändig ist in der Erhaltung und so teuer. Aber ich denke mir, jetzt ist es in aller Munde, jetzt stellen sie überall Sprühdüsen und Nebelanlagen auf, weil es heiß ist. Ich denke, dann ist es eigentlich günstiger, wenn man eine vernünftige Wasserspielanlage hat, die gut durchdacht ist.

I: Wurde auch die MA 17 miteinbezogen, die am Keplerplatz sind und sich auch viel damit beschäftigen, wer ist vor Ort und welche Interessen gibt es in den verschiedenen Gruppen?

SS: Ich meine so direkt haben wir mit der MA 17 jetzt nicht gearbeitet. Ist mir jetzt nicht in Erinnerung. Man kann auch nicht alle Magistratsabteilungen noch extra ansprechen.

Was auch nicht gekommen ist, sind so Liegemöglichkeiten im Rasen. Das haben sich manche Leute gewünscht. Und wir haben so überlegt, dass man diese Pflanzbeete so hügelartig modellieren könnte, weil sie dann grüner wirken. Weil durch den Hügel sieht man das Grün stärker, als wenn es flach ist. Also es wirkt größer. Und dass man da so Möbel zum Liegen hinbaut und die sind letztendlich nicht gekommen.

I: Aber jetzt ist es schon so gedacht, dass die Grünbereiche ganz normal begeh- und benutzbar sind?

SS: Nein, weil in der Detailplanung haben sie es jetzt so gemacht, dass sie einen Großteil dieser Bereiche mit Stauden-Beeten bepflanzen. Das heißt, die haben dann so Stauden und Gräser, so mehrjährige Blumen, also keine Sträucher mehr. Vorne niedriger, aber das ist dann bepflanzt. Da kann man eigentlich nicht durchgehen. Also Rasenbereiche wären dann diese helleren Bereiche, da kann man dann schon reingehen, aber in den Bereich eigentlich nicht. Das hätten wir stärker betretbar gehabt, aber das wird man sehen, wie das da überhaupt unter den Bäumen dann ausschauen wird, weil da Stauden zu pflanzen, da wäre weder Rasen noch Stauden wären da eigentlich möglich, weil es so schattig ist. Aber ich meine, die werden das schon pflanzen, am Anfang wird es schon funktionieren. Dann wird es halt kahler werden. Und Leute werden trotzdem reingehen, das wird man nicht ändern können. Es waren einfach so Imagebilder und das hat den Leuten sehr gut gefallen. [über den Wasserbogen, Anm.]

I: Und sowas kommt? So groß?

SS: So was ähnliches kommt da unten. Also ich glaube, nicht ganz so groß, aber so, dass man durchgehen kann.

Ja, so Bewegungsgeräte wird es auch geben. Wobei da ist auch bei der letzten Präsentation ist dann noch Kritik aufgekommen, weil die haben in der Detailplanung hier welche vorgesehen gehabt, also zwei Standorte. Wir haben beides da oben gehabt. Und da haben sich die Geschäftsleute recht Sorgen gemacht, dass es da dann laut und schmutzig wird, wenn da geturnt wird. Ich meine, es ist nicht sehr niederschwellig dieser Platz. Das ist schon sehr beobachtet dort. Da muss man dann schon gut sein, dass man sich dort turnen traut. Insofern finde ich eine Verlegung auch nicht schlecht. Wobei, ich glaube eher weniger, dass es ein Problem sein wird, dass man dort dann viel Lärm oder Schmutz haben wird, weil diese jungen Männer, die so etwas nutzen und sportlich sind, die trinken nicht.

I: Das heißt, da sind die Zielgruppe eher junge Männer?

SS: Bei diesen Geräten sicher, ja. Und die weiter oben, die jetzt vorgesehen sind, das sind niederschwelligere, wo man halt, wo jeder mal ein bisschen was machen kann. Wir hätten das in Kombination vorgesehen gehabt

- 785 ursprünglich. Dass man so etwas hat, wo man auch was Sportlicheres machen kann, wenn man weiß wie, aber dass man das auch niederschwelliger nutzen kann. Und die haben das jetzt halt getrennt.
- Also so hat das dann ausgeschaut [zu den Infotagen am Platz, Anm.], da hat man da so Plakate aufgehängt und Bilder zum Anschauen und da war immer so ein Grüppchen herum und da hat man dann diskutiert und erklärt und auf Kärtchen geschrieben, was die Leute für Anmerkungen gehabt haben. Das war der letzte Infotag.
- 790 I: Es wirkt alles schon sehr aufwändig. Das ist schon beeindruckend.
Auch interessant die unterschiedlichen Interessen je nach Geschlecht, die da zumindest auf den ersten Blick sehr unterschiedlich sind.
- Und von diesem Bericht der Beteiligung gibt es nichts veröffentlicht? Außer die 10 Schlagworte.
- SS: Nein, leider. Also Sie können es sich gerne noch länger ansehen, wenn Sie wollen.
- 795 I: Ja, gerne. Also Partizipationsverfahren, Bevölkerungsbeteiligung ist nicht ganz konkret mein Thema, aber sicher wird es ein Teil davon sein, weil es ja darum geht, welche Interessen es gibt und wie die artikuliert werden können oder wie die durchgesetzt werden können und das ist ja ein wichtiger Teil davon.
- Ich frage mich, als ich diese Kommentare in dem Standard-Forum gelesen habe, habe ich mir gedacht, weil halt fast nur Kritik kommt an irgendwelchen Dingen...
- 800 SS: Die, die es gut finden, die schreiben nicht. Also der Großteil der Leute schreibt nicht und es schreiben immer die, die was zu meckern haben und die einfach aus persönlichen Gründen das einfach gerne in die Öffentlichkeit rausposaunen und die halt in diesen Foren schreiben. Also ich finde in diesen Foren gibt es immer eine schauerliche Ansammlung an den abstrusesten Vorurteilen und Einschätzungen und das schaukelt sich so auf.
- 805 Also ich lese die gar nicht mehr. Weil ich mir denke, das hat nichts mit der Realität zu tun, wie die Leute das wirklich sehen. Das ist so eine ganz extreme Meinung und der Großteil der Leute schreibt überhaupt nicht und äußert sich überhaupt nicht. In der Beteiligung versucht man halt sozusagen im Querschnitt der Bevölkerung über spezielle Methoden, die doch zu einer Äußerung zu bringen. Und sei es, dass sie einen Punkt zu einem Foto kleben, was schnell geht. Aber das ist einfach... Es gibt einen großen Teil der Bevölkerung, der nimmt sich nicht Zeit, bei so etwas überhaupt mitzumachen. Also das sind oftmals auch so berufstätige Leute, die einfach viel um
- 810 die Ohren haben, aber auch Eltern von kleinen Kindern, die auch in ihrem Alltag sehr dicht haben oder Menschen, die sich plagen mit irgendwelchen Asylanträgen oder irgendwelchen Dingen. Es gibt Leute, die haben so einen dichten Alltag, dass sie sich die Zeit nicht nehmen und für die schauen wir dann immer, dass wir so Kurzbeteiligungsmöglichkeiten schaffen, weil die schon eine Meinung haben, sich aber die Zeit nicht nehmen. Und dann gibt es immer so Spezialisten, die haben nichts Besseres zu tun, als zu jedem Verfahren zu gehen und sich total auszubreiten. Und da muss man einfach schauen, dass man denen nicht zu viel Bühne gibt, weil die
- 815 haben auch nicht mehr Recht, ihre Meinung zu sagen, als die, die nur drei Minuten haben. Und da muss man schauen, dass man dann nicht unterschiedlich gewichtet. Und darum ist wichtig, dass man immer gut dokumentiert, zu welcher Bevölkerungsgruppe wer, also dass man ein bisschen nach Alter und Geschlecht und ein bisschen schaut, ob man alle erreicht.
- 820 I: Wird es auch nach der Umgestaltung ein Evaluationsverfahren geben?
- SS: Das weiß ich nicht. In manchen Fällen hat es so etwas gegeben, aber...
- I: Hängt auch von der Stadt ab?
- SS: Das hängt von der Stadt ab, ob sie das dann wollen oder nicht, ob es sie gerade interessiert, ob sie gerade ein Geld haben.
- 825 I: Vielen Dank für das Interview!

Transkript

Interview mit Kurt Tichy, Unternehmer, Eissalonbesitzer

Datum: 17.9.2019

Uhrzeit: 10:00 - 10:48 Uhr

Nach der Begrüßung und Klärung der datenschutzrechtlichen Bedingungen beginnt das Interview um 10:00 im Eissalon Tichy, Reumannplatz 13, 1100 Wien.

Interviewerin: Dann komme ich schon zur ersten Frage und zwar, woran denken Sie, wenn Sie an den Reumannplatz denken?

5 Kurt Tichy: Eigentlich an meine Kindheit. Ich bin ja da geboren und da haben wir vier Angestellte gehabt, das Geschäft war noch sehr klein und der Reumannplatz war ein verträumter Park mit alten Kastanien, das waren solche Bäume. Und da war eine Sandkiste. Und der ganze Platz war noch viel ruhiger. Ich habe da drüben im Park im Sand gespielt. Zu Mittag hat meine Mutter herübergewunken, hat gesagt, Essen kommen! Ich bin dann essen gegangen. Es war eigentlich alles viel harmonischer noch, ruhiger eigentlich. Und als ich dann mit 18 eingetreten bin in den Betrieb ist gerade die U-Bahn gebaut worden und ab da war dann sehr viel los eigentlich. Ich erlebe jetzt eigentlich den zweiten Umbau kann man sagen. Also so gesehen kann man sagen, ich bin ein Zeitzeuge.

10 I: Zum Planungsprozess, welche Akteure und Akteurinnen spielen Ihrer Meinung nach eine zentrale Rolle bei solchen Umgestaltungen?

15 KT: Naja, wichtig ist glaube ich schon, dass man die Gewerbetreibenden miteinbezieht, die immer am Platz waren. Also mir war vor allem wichtig, dass wir die Zulieferung den ganzen Tag haben, weil wir sind ja nicht ein normaler Eissalon, wir sind eine Fabrik mit über 70 Leuten. Wir erzeugen ca. 30.000 Knödel in der Woche und wir brauchen die Zulieferung den ganzen Tag. Also meine Befürchtung war, dass sie die Fußgängerzone absperren und die ganzen Lastwagen vor 11 kommen müssen. Das wäre eine Katastrophe gewesen. Das wäre dann wirklich ein Chaos und Gott sei Dank ist mir das zugesichert worden, dass wir die Zulieferung den ganzen Tag haben. Wie gesagt, ich sehe das eher von der Unternehmerseite. Und da haben wir natürlich Angst gehabt, dass wir da irgendwelche Einschränkungen haben, die, so wie es jetzt aussieht, Gott sei Dank nicht sind.

20 I: Wenn Sie sagen, das war für Sie zentral, es kommt ja auch eine Fußgängerzone. Das heißt, das war für Sie gar nicht so wichtig?

25 KT: Naja, die Fußgängerzone hat Vor- und Nachteile. Der Nachteil ist natürlich, es kommen ja viele Kunden, der sagt zu seiner Frau, „Du, spring raus, ich fahre eine Runde und hole dich wieder ab.“ Und das fällt dann natürlich weg. Also der sagt, „Stell dich derweil an, ich fahr ein paar Runden mit dem Auto und geht schon.“ Der Vorteil einer Fußgängerzone ist natürlich, unter Umständen könnten wir einen größeren Garten machen, das wäre auch wieder ein Vorteil. Ich glaube, vom Unternehmerischen her gleicht es sich irgendwie wieder aus. Aber wie gesagt, wie das dann wird, wird man sehen. Wie eine Änderung etwas bewirkt, sieht man dann erst, wenn es soweit ist. Ich sage immer, wie ein Strudel schmeckt, sieht man erst, wenn man ihn gegessen hat.

30 I: Wie haben Sie den Beteiligungsprozess erlebt?

35 KT: Naja, wir sind angeschrieben worden, dass der Reumannplatz umgestaltet wird. Dann war drüben eine Art Planungscafé, wo wir eingeladen worden sind und wir Unternehmer hingegangen sind. Man hat halt ein bisschen das Gefühl gehabt, sie haben auf die Unternehmer ein bisschen vergessen. Also es ist viel gesprochen worden über Grünanlagen und über die Biotope, aber nicht über das Unternehmerische. Das haben wir dann ein bisschen eingebracht. Wir hätten ganz gerne drüben einen Gastropavillon gehabt, wo halt junge Leute sich treffen können. Das ist dann aber doch nicht zustande gekommen, weil diese Räumlichkeiten von den Wiener Linien gebraucht werden, die da drüben sind. Aber das wäre nicht schlecht gewesen, weil es auch in der Nacht eine gewisse Sicherheit gewesen wäre. Ich meine, ich habe Natur gerne. Nur wenn nur Natur ist, ist die Gefahr, dass das dann in der Nacht wie der Central Park wird. Und so ein beleuchteter Gastropavillon wäre auch eine gewisse Sicherheit gewesen. Aber das sind halt sehr verschiedene Interessen, die da zusammenstoßen. Und wie gesagt, mit der jetzigen Lösung sind wir nicht unzufrieden eigentlich. Also wir warten einmal ab, was da passiert. Im Endeffekt, man kann sich eh nur fügen. Man kann es eh nicht ändern.

40 I: Weil Sie gesagt haben, wie der Central Park, was meinen Sie damit?

45 KT: Naja, ich meine, ich habe Natur sehr gerne. Aber wenn sehr viel Natur ist, nur Biotope und sehr wenig Beleuchtung, dass sich dann in der Nacht niemand durchgehen traut. Das ist natürlich eine gewissen Gefahr. Viele Leute sagen, naja, das ist ein subjektives Empfinden. Ja, aber eine Angst ist eine Angst. Ob das jetzt subjektiv ist oder nicht, ich sage immer, eine Angst ist eine Angst. Und wie gesagt, so ein beleuchteter Gastropavillon wäre natürlich ein bisschen ein Blickfang gewesen oder ein bisschen eine Sicherheit auch. Wenn 50 die Leute, wo es eine gehobene Gastronomie gibt, wo die Leute im Sommer im Garten sitzen und so. Wäre nicht schlecht gewesen. Wir selber wollten dort nichts machen. Wir haben eher einen Investor gesucht, der sich dort hinsetzen will. Also wir wären daran gar nicht so interessiert gewesen. Ich bin jemand, der im Winter gern zusperrt und eigentlich abschaltet. Aber wenn da ein Investor gewesen wäre, der sagt, wir machen da eine

55 gehobene Gastronomie, wäre nicht schlecht gewesen. Wäre eine ganz eine gute Idee. Aber ich glaube, so wie es jetzt ausschaut, dürfte nichts draus werden.

I: Wenn Sie von „Wir“ sprechen, wen meinen Sie da?

60 KT: Na, das war ich und die Unternehmer da am Reumannplatz. Der Strassl, der Scholda von der Apotheke. Die sind eigentlich an mich herangetreten und haben gesagt, für die Belebung des Reumannplatzes wäre es nicht schlecht. Dann habe ich gesagt, ja, ist eigentlich ganz eine gute Idee und habe da mitgemacht. Sie sagen im Winter natürlich, wenn ich zuhabe, ist der Reumannplatz eigentlich gar nicht so ein belebter Platz eigentlich. Also wenn wir aufsperrn, ziehen wir doch recht viele Leute her. Aber wenn ich dann zusperre, ist das eigentlich ein toter Platz und ich hab mir gedacht, so ein Gastropavillon würde den Platz wieder beleben eigentlich. Und dann habe ich mir gedacht, eine ganz eine gute Idee. Die wollten dann überhaupt, dass ich im Winter auch offen habe und das kommt gar nicht in Frage. Ich habe gesagt, ich bin im September oft in Zustände, also da könnte mir einer das Schloss Windsor schenken, wenn ich noch offen hätte und da würd ich sagen, nein, da sperre ich zu.

I: Warum?

KT: Naja, die Saison strengt schon an. [6:57- 8:57 wurde nicht transkribiert, weil es für die Analyse nicht relevant ist.]

70 I: Weil Sie angesprochen haben, dass Sie nach Investoren gesucht haben für das Café, hat sich da niemand gefunden oder haben sich die Umstände verändert?

75 KT: Naja, ich glaube, die Umstände haben sich auch geändert. Wir wollten das ein bisschen überbauen diese letzten Baulichkeiten, die von den Wiener Linien noch da sind. Und die wollen das aber weiter haben zum Umziehen und so. Und es ist dann eigentlich nichts draus geworden. Man könnte nur eine ganz kleine Fläche machen und das hat aber auch keinen Sinn dort. Also wenn, dann hat es nur einen Sinn, so ein Gastropavillon wie am Karlsplatz. Da ist ja auch sowas. Das ist auch ein Treffpunkt der Kulturen. Hätten wir auch machen können. Aber wie gesagt, ich habe das Gefühl, es dürfte nicht so viel draus werden. Also die wollen das eher abschmettern, habe ich das Gefühl.

I: Es ist ja eben ein kleines Café geplant. Wie bewerten Sie das?

80 KT: Besser als nichts. Im Endeffekt rede ich ja gegen mein Geschäft. Ich habe auch Kaffee. Aber wie gesagt, für die Belebung des Platzes wäre es nicht schlecht, wenn auch im Winter dort was wäre oder ein schönes Restaurant. Ich meine, ich habe Natur gerne und ich bin auch ein Angler, ich gehe auch gerne in die Natur, aber wie gesagt, ein bisschen eine Belebung wäre auch ganz gut für den Reumannplatz. Weil früher war die Endstelle der U-Bahn genau am Reumannplatz. Das ist jetzt auch weg. Man merkt natürlich schon, dass nicht mehr diese 85 Frequenz ist. Also ich spüre es nicht so, aber viele Gewerbetreibende sagen, sie spüren es. Also der Ströck sagt, er hat 30% weniger, seit sie die Schienen weggenommen haben beim Park. Weil die Leute, die auf die Straßenbahn gewartet haben, haben gesagt, ich kaufe mir schnell einen Kaffee und das fällt jetzt natürlich weg. Ich meine, wie gesagt, wir spüren es nicht so, weil die, die unser Eis wollen, der sagt in Oberlaa, ah, ich bin in fünf Minuten beim Tichy, ich kauf mir schnell eines und bin wieder weg. Also unser Geschäft hat Gott sei Dank 90 nicht so drunter gelitten eigentlich.

I: Weil Sie davon sprechen, Belebung, dass das gut gewesen wäre oder gut wäre. Aber ganz am Anfang haben Sie gemeint, dass im Vergleich zu früher eigentlich viel mehr los ist am Reumannplatz.

95 KT: Ja, es hat mehrere Etappen durchgemacht, also als ich ein Kind war, war das wie der Botanische Garten, also das war ein verträumter Park eigentlich. Da sind ein paar alte Frauen gesessen, eine Sandkiste war da und da war nichts. Es war wirklich idyllisch. Dann ist die U-Bahn gebaut worden. Also als ich mit 18 da eingetreten bin, ist die U-Bahn gebaut worden und ich weiß, meine Eltern haben sich wahnsinnig aufgeregt, weil die haben unser Geschäft mit Plakaten zugedeckt. Also mit so Plakatwänden und man hat unser Geschäft gar nicht mehr gescheit gesehen. Aber wie es dann fertig war, war es natürlich ein Gewinn, ganz klar. Es war natürlich wesentlich mehr los, weil die Endstelle genau bei unserem Geschäft war. Und jetzt erlebe ich eigentlich den zweiten Umbau. Man 100 merkt schon, dass die Frequenz ein bisschen anders geworden ist. Ich meine, wir spüren es nicht so stark. Aber wie gesagt, manche Gewerbetreibende, die merken das schon. Und im Endeffekt muss man es vom Geschäft her sehen. So schön der Park wird, aber im Endeffekt muss man es so sehen.

I: Wenn Sie beide Umbauphasen erlebt haben, was würden Sie sagen, ist beim zweiten Mal anders gewesen?

KT: Naja, ich glaube, wie gesagt, ich muss erst schauen, wie das jetzt wird. Man hat natürlich so schöne Bäume
105 wie früher nicht mehr pflanzen können, weil die U-Bahn drunter ist. Das muss ja auch alles von der Statik her ok
sein. Und ich habe das Gefühl, jetzt, wo sich das alles verwachsen hat, bauen sie wieder alles um. Ich kann
eigentlich gar nicht sagen, wie das wird. Ich habe die Pläne gesehen. Also es wird sicher nicht uninteressant.
Also es ist wie eine... Eine Wasserwand kommt, wo die Leute durchgehen können. Aber wie gesagt, man muss
110 sich anschauen, wie es dann wird. Aber es ist natürlich... Es ist von einem sehr ruhigen zu einem sehr lauten
Platz geworden. Und wo es jetzt hingeht, wird man sehen. Ich kann es gar nicht sagen.

I: Und im Bezug auf die Phase bis jetzt? Also der Planungsprozess und der Umgestaltungsprozess, das ist ja jetzt
schon einige Jahre in Bearbeitung. Gab es da Veränderungen im Vergleich zur vorigen Veränderung?

KT: Naja, es ist natürlich schon lange her. Also ich kann mich nicht so erinnern, wie gesagt als
Gewerbetreibende hat man natürlich immer Angst, wenn die sagen, in der Nacht müssen wir den Strom
115 abschalten. Ich hab z.B. da vier Kühltürme, oben am Dach einen Kühlturm. Da hängen alle Kompressoren drauf
und man hat natürlich immer Angst. Also ein paar Mal haben sie z.B. auf der Gasse – das hat aber mit dem
Umbau nichts zu tun – das Wasser abgedreht und in der Nacht wieder aufgedreht. Und wenn die dann aufdrehen,
schießt das Wasser natürlich mit einem wahnsinnigen Druck ins Gebäude und ich bin immer in der Früh
gekommen, mir hat es alles runtergerissen gehabt, die ganze Hähne, alles war runter. Also man hätte eigentlich
120 zuerst zu mir kommen müssen, bei mir abdrehen, dann auf der großen aufdrehen und dann wieder drinnen
aufdrehen. Also welche Überraschungen es jetzt da gibt bei dem Bau, wird man sehen. Aber wenn die irgendwas
abdrehen in der Nacht, das ist immer so eine heikle Sache. Überhaupt wenn man so wie wir sehr von der Energie
abhängig sind und von der Kühltechnik. Da hat man immer ein bisschen Magenweh, wenn sie sagen, sie müssen
was abdrehen. Aber man wird sehen, derweil haben sie ja noch nicht so richtig losgelegt. Aber was auf uns
125 zukommt, werden wir sehen.

I: Das heißt, Sie und Ihre Kollegen, die sich da zu einer Initiative zusammengeschlossen haben, haben Sie noch
irgendwelche weiteren Pläne?

KT: Naja, wir haben uns ein paar Mal getroffen. Wir haben sogar ein Konzept ausgearbeitet, wir haben das sogar
von einem Architekten machen lassen, so ein Computerbild, wie der Reumannplatz ausschauen würde. Das
130 werden Sie vielleicht eh gesehen haben in der Zeitung oder so. Also das wäre nicht schlecht gewesen. Aber ich
glaube halt, also es schaut jetzt nicht so aus, als wenn sie das machen wollen. Ich meine, die Gemeinde spart eh
überall. Aber wir müssen eh auch sparen. Die Frage ist, findet sich dann wirklich jemand, der das auch riskiert,
sich hier her zusetzen. Weil muss man auch erst jemanden finden, der das investieren will. Weil wir sind immer
zusammen gesessen und haben geredet von einem Investor und die Leute, die vorbei gegangen sind, haben das
135 gehört und haben dann gesagt „Der Tichy wird verkauft!“ Also es waren dann gleich die wildesten Gerüchte
herum. Man wird sehen. Also ich glaube, gefühlsmäßig kommt da jetzt nicht mehr sehr viel in Bewegung in das
Ganze. Wir haben ja auch massive Probleme gehabt, es haben dann Leute protestiert, weil sie gesagt haben, wir
wollen die Gesellschaft spalten mit einem Nobelpavillon. Da hab ich gesagt, nein, das stimmt nicht. Ich habe
auch nichts gegen Kebab, aber ich kann ja nicht sagen bei 50 Kebabhäuser spalte ich die Gesellschaft nicht und
140 wenn ich einen Nobelpavillon mache, spalte ich die Gesellschaft. Ich sage, es soll ja eine Durchmischung sein.
Und es soll für jeden was dabei sein. Und es sind ja auch Leute da in Büros, die gerne zu Mittag irgendwo ein
Glas Sekt trinken würden oder sich wo reinsetzen wollen. Also ich habe gesagt, ich finde nicht, dass wir da
irgendwas spalten wollen. Aber da hat es gleich Leute gegeben, die demonstriert haben, wir würden da
irgendwie eine Nobelgeschichte hermachen. Es wird halt oft sehr politisch, was eigentlich gar nicht politisch
145 gedacht war.

I: Diese Initiative, die sich da auch gegründet hat, können Sie das nachvollziehen, dass sie diese Position
bezogen haben?

KT: Naja, jein. Also ich habe schon das Gefühl gehabt, es ist übertrieben. Also da haben sich Leute angekettet
bei den Bäumen. Bei mir haben sie im Eissalon aufgelegt, ich will mich nicht so ausdrücken, centris
150 [unverständlich, Anm.], also wir sollen uns schleichen. Keiner wollte irgendwie die Gesellschaft spalten. Ich bin
irgendwie dazu gekommen, als die das Plakat aufgeklebt haben und da habe ich gesagt, ich habe gar nicht
gewusst, dass ich ein Centri bin. Da habe ich dann mit ihnen diskutiert und gesagt, schaut, das ist auch nicht so,
dass diese Initiative von mir ausgeht. Die Zeitungen haben dann immer geschrieben, „Die Gewerbetreibenden
rund um Kurt Tichy“, dann sage ich, die sind zu mir gekommen und haben mich gefragt, ob ich mitmachen mag.
155 Da habe ich gesagt, ja, keine schlechte Idee, machen wir! Also die Initiative ist ja gar nicht von mir ausgegangen.
Ich habe mir halt schon gedacht, es wäre nicht schlecht, es wäre eine gewisse Sicherheit in der Nacht, weil meine
Mädels, die bei mir arbeiten, die trauen sich oft in der Nacht nicht so durch den Park durchgehen. Und dann habe
ich mir gedacht, das wäre eine gewisse Sicherheit. Dann haben sie wieder gesagt, das ist eine subjektive Sache.
Sage ich, ja, aber wer Angst hat, dem ist wurscht, ob es subjektiv ist oder nicht, der hat einfach Angst. Es ist halt

160 wieder ein Politikum rausgekommen, wie so oft. Es ist in Wien halt alles so schwer, weil ein Jeder sein Süppchen kocht und das ist halt nicht einfach. Sie werden das eh kennen von der Politik. Es sagt einer was und jeder hakt sofort ein und macht einen Skandal. Das ist halt alles sehr schwierig in dieser Zeit.

I: Hat sich Ihre Meinung im Laufe der letzten Jahre, wo das gelaufen ist, zur Umgestaltung verändert?

165 KT: Naja, ich verstehe, dass man was umgestalten will. Das kann ich mir schon vorstellen, wenn sich eine Situation ändert, dass man sagt, ich will das umgestalten. Aber wie gesagt, ich bin ein Gewohnheitsmensch. Wenn das so ist, so wie jetzt, das hätte noch 40 Jahre so sein können. Also mir ist es wirklich egal. Ich meine, ich bin da vielleicht gar kein Maßstab. Ich habe ein paar Lokale, da esse ich immer das gleiche. Und mich hat das da draußen auch nicht gestört. Also wie gesagt, als man dann die U-Bahn da weiter verlegt hat, wird das jetzt halt umgestaltet. Aber meiner Meinung nach hätten sie das auch so lassen können. Es ist wie gesagt, ich muss es
170 halt vom Unternehmerischen her sehen: Werde ich Einbußen haben, werde ich keine Einbußen haben? Habe ich die Zulieferung den ganzen Tag? Das ist für mich wichtig. Wie gesagt, wenn das schön ist vor dem Geschäft, ist es auch ok. Aber es ist halt hauptsächlich von der unternehmerischen Seite. Obwohl ich auch ein Naturliebhaber bin. Ich bin gern in der Natur. Aber wie gesagt, es ist halt. Also warum man aus einem Ess-Pavillon gleich ein Politikum macht, also ich verstehe es nicht.

175 I: Zu den kontextuellen Bedingungen, Wien wächst jedes Jahr, sehr viel wird darüber geschrieben, je nach Schätzung leben in Wien 15 bis 25.000 Menschen mehr da. Und man sagt auch, Wien im im Wandel usw. Welche gesellschaftlichen Veränderungen haben Sie wahrgenommen?

KT: Naja, es hat sich schon der Bezirk natürlich ausgedehnt. Als ich ein Kind war, war bei der Raxstraße der
180 Bezirk aus. Also der 10. Bezirk war eigentlich wie am Land kann man sagen. Und natürlich, ja es ist bunter geworden, es ist vielfältiger geworden und es hat sich natürlich ausgedehnt. Ich spüre das, muss ich sagen, beim Geschäft ein bisschen insofern, dass viele Kulturen da sind. Ich habe z.B. sehr viele böse Anrufe bekommen, „Ich habe gehört, in den Knödeln ist Alkohol drin?“ Und ich meine, das sind Spurenelemente. Das kann ein Kleinkind essen. Ich müsste auch gar nicht schreiben, Rum. Ich könnte auch schreiben Aroma. Aber es sind oft Anrufe, wo dann Leute fragen, wo überall Alkohol drin ist. Und dann sage ich, das sind alte Familienrezepte.
185 Und die sind eigentlich in homöopathischen Dosen, also das ist so wie wenn Sie in einen Kuchen einen Fingerhut reingeben. Das kann ein Baby essen. Und Sie können heute einen Orangensaft erwischen, der mehr Restalkohol hat als die Knödel. Aber da habe ich gemerkt, das hat sich geändert. Also als ich ein Kind war hat sich jeder Erwachsene was Hochprozentiges über das Eis drüber geleert – jeder fast. Und das hat sich halt geändert irgendwie. Aber das ist halt so, wenn viele Leute auskommen miteinander. Es sind halt verschiedene
190 Strömungen, verschiedene Kulturen, auf die man sich auch einstellen muss. Nur sage ich, mir blutet das Herz, wenn ich irgendwelche alten Familienrezepte jetzt ändern soll. Also das würde ich nicht tun. Dann würden die Leute, die die Knödel essen, ja sagen, da fehlt ja was, das ist jetzt nicht mehr so. Aber wie gesagt, wir haben das in Dosen, das kann ein Baby essen. Also es ist rein aromatisiert, also mit ein bisschen einem Rum. Und das merkt man halt, dass sich der Bezirk halt ausgedehnt hat und viel vielfältiger geworden ist.

195 I: Wie gesagt, dieser Umgestaltungsprozess war sehr lange usw., was würden Sie sagen, inwiefern spielt es eine Rolle, dass sich der Reumannplatz in Favoriten befindet?

KT: Für mein Geschäft meinen Sie oder überhaupt?

I: Für Ihr Geschäft, aber auch grundsätzlich, glauben Sie, dass der Prozess anders abgelaufen wäre, wenn der nicht in Favoriten stattgefunden hätte?

200 KT: Das ist eine gute Frage. Ich kann es nicht sagen. Favoriten ist halt so ein bisschen... Ich kann es nicht sagen. Unter Umständen wäre es vielleicht anders abgelaufen, als wenn es jetzt in Hietzing gewesen wäre oder so. Aber ich kann es nicht sagen. Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht. Schwer zu sagen.

I: Wenn es um die Finanzierung geht, wer soll so eine Umgestaltung Ihrer Meinung nach finanzieren?

205 KT: Naja, im Endeffekt muss es eh der Bürger finanzieren. Im Endeffekt finanziert es eh der Steuerzahler dann am Schluss. Irgendwie sage ich, wenn einmal was da ist von Schulden, Irgendeiner ist dann da, der es zahlen muss im Endeffekt. Und ich sage, von meiner Seite her hätte man es nicht umbauen müssen. Ich habe gefunden, es ist eigentlich sehr perfekt gemacht. Aber man hat halt die Schienen verlegt, man hat das ganze weiter verlegt, die U-Bahn. Und dadurch hat man das halt umgestaltet, aber von meiner Seite aus hätte man nichts umgestalten müssen. Ich sage immer, ich meine, ich bin jetzt immer sicher, mir ist es lieber, es bleibt alles beim Alten. Die,
210 die da was verdienen, sagen, das soll so bleiben, ganz klar. Also ich würde jetzt gegen mein Geschäft reden, wenn ich sagen würde, die sollen noch was verändern. Also sage immer, wenn was funktioniert, dann soll man es nicht verändern.

I: Und wenn es um den Erhalt geht vom öffentlichen Raum? Also das braucht ja ziemlich viel Pflege usw. Wer soll das finanzieren?

215 KT: Auch die Gemeinde. Ich meine, Grünflächen sind mir wichtig. Ich erlebe es jetzt, dass sich die Stadt immer weiter ausdehnt. Ich meine, ich verstehe es auch. Ich meine, die Leute brauchen Wohnraum und so. Ich verstehe das auch. Aber natürlich sind Grünflächen wichtig. Wie gesagt, als ich ein Kind war, war der 10. bei der Raxstraße aus. Da waren nur mehr Felder, Teiche. Ich sage immer, wir haben so ein bisschen eine Tom Sawyer Kindheit gehabt. Also wir sind dann bei den Ziegelteichen... Gibt es heute ja gar nicht mehr. Sie können ja gar nicht mehr... So wie ich als Kind damals im Park gespielt habe, das Rad hab ich gleich da drüben liegen gelassen. Sie können heute ohne schlechtem Gewissen ein Kind gar nicht im Park auslassen und da hast eine Wurstsammel und komm am Abend wieder. Also es haben sich die Zeiten schon geändert irgendwie. Also ich finde die Zeit ist schon, ich will nicht sagen, verrückter geworden, aber als wir Kinder waren, also da haben sie den Kindern eine Wurstsammel in die Hand gedrückt und wir waren den ganzen Tag im Park. Kein Mensch hat da geschaut. Wir sind am Abend wieder gekommen. Es war schon eine freiere Kindheit, nicht so wie heute eigentlich. Ich merke es auch bei meiner Tochter, wenn sie ihre Freundinnen einladet, die sitzen mit den Dings [Smartphone, Anm.]. Es war eine andere Art von Kindheit und das hat sich halt wie gesagt schon sehr stark verändert. Irgendwo, ja, wie gesagt, die Stadt dehnt sich auch aus. Ich spüre es selber, ich habe jetzt z.B. ausgebaut... [26:38-27:14 wurde nicht transkribiert, weil es für die Analyse nicht relevant ist.] Mein Gott, ich verstehe auch, die Stadt muss sich ausdehnen und die Leute brauchen Wohnungen. Das verstehe ich auch. Aber wie gesagt, ich nehme auch an, dass die Wohnungen jetzt irgendwann fallen werden, weil die stampfen jetzt ganze Satellitenstädte aus dem Boden, die Seestadt, Biotope City. Also die stampfen jetzt aus dem Boden, was geht. Und ich glaube, irgendwann fallen auch die Wohnungen dann. Also irgendwann wird es so weit sein, dass die Leute sagen, nein, da ziehe ich nicht hin. Also ich glaube, jetzt ist der Moment, wo das kippt und dass sich das wieder einpendelt. Ich verstehe, dass junge Leute, die eine Wohnung wollen, natürlich arm sind. Die Preise sind ein Wahnsinn. Also das verstehe ich auch. Also ich möchte jetzt auch nicht jung sein und auf Wohnungssuche sein. Es ist sicher schwierig, also das kann ich mir schon vorstellen. Das ist natürlich auch das Problem, also es stimmt ja auch nicht mehr zusammen, das was die Leute verdienen und was die Dinge kosten. Also als ich da angefangen habe, habe ich verdient 10.000 Schilling, war ein tolles Gehalt, also ein relativ gutes Gehalt. Und ein neuer Opel Kadett hat 75.000 gekostet. Also man hat sich nach einer Saison ein Auto gekauft. Oder mein Garten hat damals 150.000 Schilling gekostet. Und man hat sich nach zwei, drei Saisons ein Gartenhaus gekauft. Heute stimmt das ja nicht mehr zusammen. Warum? Weil die Kredite das natürlich verwässert haben. Früher hat man gesagt, die Leute können sich das nicht leisten, wir müssen mit den Preisen runter. Heute sagen sie, nein, die nehmen sich eh einen Kredit auf. Und das stimmt. Also wahnsinnig viele junge Leute, die sich vorstellen... Da ist ein Bub 23 Jahre alt und kommt bei der Tür rein und sagt naja, ich habe Kredite offen, ein halb fertiges Haus, Alimente für zwei Kinder. 23 Jahre! Sage ich ihm, in Ihrem Alter habe ich in der Disco getanzt, nicht weil meine Eltern ein Geld gehabt haben, sondern weil wir gar keinen Kredit bekommen haben. Also sie haben damals einen Kredit bekommen, wenn sie ein Haus gebaut haben und da haben sie geschaut, dass sie es möglichst schnell wieder zurückzahlen. Also ein Kredit war fast was Anrühiges damals. Und heute ist das so, dass die Leute mit Kredite unfassbar verschuldet sind und das Erfolgserlebnis fehlt. Weil früher hat ein junger Bursch da gearbeitet und gesagt, ich mache zwei Saisons beim Tichy, dann kaufe ich mir mal ein Auto. Dann war der große Tag, dann ist er ins Autohaus gegangen. War ein Erfolgserlebnis. Heute hat der alles auf Pump, alles. Und sagt, woa, jetzt kann ich mich für 20 Jahre da reinstellen, da pfeif drauf! Ich glaube, es fehlt durch diese Wahnsinns-Kredite das Erfolgserlebnis. Und es stimmt eben nicht mehr zusammen, was die Leute verdienen und nicht verdienen.

I: Um nochmal darauf zurückzukommen, weil Sie gemeint haben, den Erhalt usw. von öffentlichen Raum soll die Gemeinde finanzieren oder organisieren. Aber das muss ja nicht so sein. Grundsätzlich könnte man ja auch sagen, die Gemeinde muss sparen und gibt das irgendjemanden anderen.

KT: Sie meinen Privatisieren?

260 I: Zum Beispiel.

KT: Ja, wäre auch eine Möglichkeit. Könnte man auch machen. Also es ist, wie gesagt, das Privatisieren ist auch nicht immer ungefährlich, aber bei so Grünsachen könnte man es eigentlich machen. Aber ich habe das Gefühl, dass eigentlich eh der ganze Zeitgeist so ist, dass gerne investiert wird, auch in solche Sachen. Aber es schlägt sich halt mit diesen Wohnungssuchen und mit der Wohnungsnot und mit den Grünflächen. Es ist ein bisschen eine Diskrepanz. Ich meine, ich muss immer lachen, da zeigen sie im Fernsehen, der Klimaschutz und so und es ist noch nie die Umwelt so ausgebeutet worden wie jetzt. Also ein Handy – wir weggeworfen, ein Drucker – weggeworfen, Flachbildschirm – weggeworfen. Also es ist ja nur noch eine Wegwerfgesellschaft. Und es ist noch nie die Umwelt so ausgebeutet worden wie jetzt. Da gibt es Leute, die stellen sich in der Nacht fürs zweite Handy an. Also völlig irr, finde ich. Also es ist halt vieles so widersprüchlich, das Ganze. Also als ich ein Kind

270 war, war ein Fernseher ein Luxusgegenstand. Wenn ich mit meinen Eltern einen Fernseher gekauft habe, da sind fünf Leute hergekommen, die einen beraten haben. Heute wenn Sie zum Saturn gehen, da rennt ein Jeder davon, da sind die Flachbildschirme, da sind die Kabel. Es ist eigentlich ja, eine Ausplünderung der Natur eigentlich. Und das wird man wahrscheinlich nicht auf gleich bekommen. Also ich sage, es ist halt sehr schwierig. Aber wird man sehen.

275 I: Wenn Sie sagen, Privatisierungen sind auch nicht ungefährlich, was meinen Sie damit?

KT: Naja, man könnte ja auch das Wasser privatisieren oder so [lacht]. Das ist halt schon dann haarig. Oder die Polizei privatisieren oder solche G'schichteln. Also man weiß ja nicht, in welche Richtung das geht. Also es gibt sicher Konzerne, die das übernehmen würden, aber die schauen ja auch, dass sie ihre Interessen reinbringen. Also es gibt manche Dinge, die man nicht privatisieren sollte. Weil die Gefahr ist natürlich, dass die ihre eigenen
280 Interessen sehen, ist gerade bei bei Konzernen sehr groß eigentlich. Und ich sage, man muss da schon sehr vorsichtig sein. Also wie gesagt, Polizei, Exekutive und solche Sachen soll man lieber nicht privatisieren.

I: Zum Reumannplatz konkret, welche Aktivitäten sollten da Ihrer Meinung nach Platz haben?

KT: Naja, es sollen die Leute Raum haben zum Niedersetzen, es soll idyllisch sein, es soll Natur sein. Sie machen natürlich jetzt ein Podium für Konzerte. Ja, vielleicht geht das, ich kann es nicht sagen. Aber es sind
285 wieder viele Dinge, die überflüssig sind. Z.B. wollten die ein Podium machen, wo sich einer hinstellen kann und reden kann so wie in England oder so. Bei uns in Österreich geht das wahrscheinlich gar nicht so. Also viele sind auch so Ideen, wo ich sage... Oder ich glaube, sie machen auch so Fitness-Geräte. Kann gut gehen, kann nicht gut gehen. Ich werde dann meine Burschen immer rüber schicken, dass die ein bisschen trainieren. Wie gesagt, es sollte der öffentlicher Raum halt so sein, dass für ein Jeden was dabei ist eigentlich. Aber wichtig ist auch,
290 dass die Leute sitzen können und dass sie es schön haben, dass sie ein bisschen abschalten können. Wie gesagt, für das soll ein Park eigentlich auch sein. Dass man sich niedersetzen kann. Das haben sie uns ja auch vorgeworfen, das mit dem Gastropavillon, dass wir zu wenig Sitzplätze im Park haben. Sage ich, nein, das stimmt nicht. Der Gastropavillon hätte nur eine Bereicherung sein sollen. Aber nicht, dass die Leute jetzt, dass wir fürs Sitzen was verlangen wollen, das stimmt ja nicht. Es soll für jeden was dabei sein. Und ja, wo die Leute
295 halt entspannen. Also wenn wir einmal zu haben ist der Park... Es fallen eh schon die Blätter runter. Also ich bekomme das gar nicht so mit eigentlich. Aber die Leute, die im Sommer frei haben, die sollen sich auch entspannen können eigentlich.

I: Gibt es auch Aktivitäten, wo Sie sagen würden, die sollten keinen Platz am Reumannplatz haben?

KT: Nein, eigentlich nicht. Die können ruhig Konzerte machen, also mir ist das eigentlich... Also wie gesagt, ich
300 sehe das vom Geschäftlichen. Mir ist es eigentlich egal, was die dort machen. [lacht] Ich sehe das nur, wie viele Leute kommen. Geht es zurück, geht es nicht zurück. Ich meine, von dem lebe ich. Aber mein Gott, sollen sie so viele Aktivitäten haben, so viel sie wollen. Ich glaube, es sind auch Konzerte geplant, so ein Podium für Konzerte. Na, es ist sicher nicht schlecht. Ja, nein, da sollen sie sich ruhig austoben drüben. Das spielt keine Rolle.

305 I: Welche Zielgruppen sind für Sie wichtig?

KT: Sie meinen vom Geschäftlichen her?

I: Ich nehme mal an, dass das zusammenhängt. Also grundsätzlich auch beim Reumannplatz.

KT: Bei mir ist es eigentlich bunt gemischt. Ich hab ja viele Generationen. Also ich habe Leute, die sind schon als Kind gekommen. Die kommen jetzt schon mit den Kindern und die Kinder kommen schon wieder mit ihren
310 Kindern. Also bei mir ist es eigentlich bunt gemischt. Also wir haben viele Kunden, die uns auch anfahren, weil wir doch eine gewisse Institution sind. Und ich habe auch viel Kunden, die in der Gegend sind. Nein, es ist eigentlich, ich habe da keine bestimmte Zielgruppe. Was die Kollegen in der Stadt besser haben ist, wenn bei uns die Urlaubszeit ist, wird es ruhiger. Weil die Außenbezirke werden ruhiger. Und die in der Stadt haben mehr die Touristen, also die haben es ein bisschen besser. Und bei uns in den Außenbezirken wird es halt ruhiger. Und
315 das ist halt ein bisschen ein Nachteil, aber im Großen und Ganzen haben wir ein bunt gemischtes Publikum. Ich kann eigentlich nicht sagen, dass wir irgendeine Zielgruppe nicht dabei haben. Es kommen eh so ziemlich alle kann man sagen.

I: Ein bisschen haben Sie es schon angesprochen, aber wo sehen Sie die Stärken und Schwächen vom neuen Reumannplatz?

320 KT: Ich kann es gar nicht sagen. Man muss jetzt einmal warten, wie sich das alles auswirkt. Wie gesagt, man hätte es besser beleben können. Weil das Problem ist natürlich eines, es gibt diese alte Favoritenstraße, da ist ein Leben und dann die neue, da ist gar kein Leben. Und man muss eben den Reumannplatz so gestalten, dass es wie eine Verbindung zwischen alter und neuer Favoritenstraße ist. Und da hätte dieser Ess-Pavillon auch recht gut reingepasst, weil wenn da ein ziemliches Leben ist, dann gehen die Leute da durch und gehen in die neue
325 Favoritenstraße auch hinein. Also die Geschäftsleute sind wirklich arm. Die haben jahrelang dort gebaut und jetzt ist es eigentlich wirklich ausgestorben. Es sind neue Kaffeehäuser, neue Geschäfte und man sieht halt nie wen gehen eigentlich. Weil die Leute gar nicht gewohnt sind, dass sie durchfahren können. Also es wird wieder sehr lange dauern, bis sie die wieder akklimatisiert haben und ich glaube, wie gesagt, dieser Gastropavillon wäre nicht schlecht gewesen, der hätte die alte Favoritenstraße und die neue ein bisschen verbunden. Das wäre nicht
330 schlecht gewesen. Das wäre sicher gut gewesen. Aber wie gesagt, ich erlebe ja schon den zweiten Umbau. Also wenn ich noch 100 werde, erlebe ich den dritten Umbau vielleicht noch.

I: Zum öffentlichen Raum, der wird ja schon recht viel diskutiert. Was glauben Sie, ist das Interessante am öffentlichen Raum?

335 KT: Das Interessante... Naja, Begegnungszone. Also Leute begegnen sich, einfach weil sie... Wobei das eh anonym geworden ist. Also ich kann mich erinnern, als ich ein Kind war, waren da nur alte Frauen in dem Park und die Männer haben geschnapst oder tarockiert. Dann sind am Abend alle ins Kino gegangen. Da hat es ja wahnsinnig viele Kinos gegeben. Also die Begegnung war ja früher, warum die heute nicht mehr ist, kann ich auch nicht sagen. Also es wäre nicht schlecht so eine Begegnungszone, so sich die Leute wieder treffen und so. Aber es ist natürlich auch die Elektronik dazugekommen und wenn Sie heute in der U-Bahn fahren, ein Jeder
340 sitzt so... [mit dem Smartphone Anm.] Es wird anonym. Früher haben sich die Leute unterhalten müssen. Es ist gar nichts anderes übrig geblieben. Und heute wird es natürlich auch anonym mit dem ganzen... Wo sich die Leute wieder treffen, begegnen können, wie die Leute miteinander auskommen ist halt wieder dann eine andere Sache. Aber so eine Begegnungszone ist sicher nicht schlecht, wo alle Kulturen zusammenkommen, jung und alt zusammenkommen. Aber wie gesagt, man hat halt das Gefühl, die Leute sind auch nicht mehr so tolerant wie
345 früher. Es sind halt heute schon sehr viele Querulanten auch, die untereinander streiten. Vielleicht war das immer schon so, aber ich habe das Gefühl, dadurch dass der Raum natürlich immer enger wird auch werden auch die Leute aggressiver scheinbar.

I: Eh in Bezug darauf wollte ich noch Ihre Meinung wissen. Es ist von der Stadt Wien 2015 so ein Fachkonzept Grün- und Freiraum herausgekommen und da stehen so idealtypische Kennwerte und zwar, dass jeder Person in
350 Wien im Umkreis von 500 m 4 m^2 Freiraum zur Verfügung stehen sollen. Jetzt da rund um den Reumannplatz ist dieser Wert pro Person $0,54 \text{ m}^2$ also ein halber Quadratmeter. Wie soll man Ihrer Meinung nach damit umgehen?

KT: Naja, ich glaube, man kann es nur akzeptieren. Es ist so, die Welt wird enger. Wenn man nach Japan schaut, da stopfen sie die Leute in die Züge hinein. Es ist leider so. Es ist ja auch, ich meine, ich sage ja zum
355 Umweltschutz: Umweltschutz ist ja gut, aber man muss dann wirklich auch die Probleme ansprechen. Klar ist die Überbevölkerung ein Problem. Also das ist eben was, was niemand in den Mund nimmt, weil er glaubt, er kommt in irgendein Fahrwasser hinein. Aber es ist natürlich klar, die Überbevölkerung muss man auch ansprechen. Also wenn ich mir denke, wie viele Menschen in 30 bis 40 Jahren auf der Erde leben werden, dann sägen die am Ende noch den Wiener Wald ab wegen Arbeitsplätze und weiß der Teufel was. [41:41 – 44:45
360 wurde nicht transkribiert, weil es für die Analyse nicht relevant ist.]

Und im Endeffekt, ein begrenzter Platz ist halt begrenzt. Das ist halt das Problem. Aber so drastisch wird es niemand sagen... Da gibt es Leute, die sagen, ja, wir müssen die Wirtschaft und die Natur in Einklang bringen. Wie soll das gehen? Das kann gar nicht gehen. Das ist so wie wenn man... Es ist schwierig. Weil es schaut so aus, also nicht gleich, also wir werden es nicht mehr erleben, aber die nächste Generation, die übernächste, da wird es
365 schon eng werden glaube ich, mit dem ganzen Klimawandel. Also das sind ja schon tropische Regenfälle. Es geht mehr Wasser in die Luft und es kommt auch mehr Wasser punktgenau wieder runter. Als ich ein Kind war, waren 30° schon ganz schön, so um die 30° . Und heute ist das gar nichts. Aber mein Gott, man wird sehen, wo es hingeht. Aber meine Schwester sagt immer, ich bin ein Pessimist. Und ich sage, ich kann nur schauen, wie sind die Fakten, wo geht es hin. Also dass sich da viel getan hat, kann man nicht sagen. Also die treffen sich
370 immer, jeder fährt wahrscheinlich hin zu diesen Treffen von den ganzen Ländern mit der Aufgabe nur ja nicht nachzugeben, sonst kommt er zurück und dann heißt es... Es ist schwierig. Also ich sage, ich schaue sehr pessimistisch in die Zukunft eigentlich. Ich habe ja auch das Tschernobyl erlebt. Also da sind die gekommen mit dem Geigerzähler, haben geschaut, die Erdbeeren, die Haselnüsse und ja. Ich sage eh, das wird vielleicht wieder kommen. Ich werde es nicht erleben, aber meine Tochter wird vielleicht erleben, dass ständig Geigerzähler
375 kommen und die sagen, da die Erdbeeren, die nehmen euch gleich wieder mit, das passt. Also unter Umständen. Das Schreckliche ist, dass sich die Leute an solche Sachen gewöhnen. Die Leute gewöhnen sich an eigentlich

380 verrückte Dinge, aber sie gewöhnen sich daran. Ich meine, der Verkehr, für jemanden, der am Land lebt ist unser Verkehr schon Wahnsinn. Für uns ist es normal eigentlich, aber das ist halt so. Aber ich sage immer, wie gesagt, manchmal bin ich froh, dass ich schon so alt bin. Es wird nicht besser. Der Raum, überall wo es begrenzt ist... In Amerika ist es noch leichter, weil die können sich ausdehnen. Bei uns ist der Raum begrenzt. Es wird nicht einfach sein.

I: Ich bin mit meinen Fragen eh schon am Ende. Habe ich Sie irgendwas nicht gefragt, was Sie noch sagen wollen?

385 KT: Nein, in Punkto Reumannplatz... Ja, also ich weiß nicht, wie viel ich Ihnen weiterhelfen konnte. Mir wäre lieber gewesen, es wäre so geblieben und wie es jetzt wird, kann ich eh nur... Also mir war die Zufahrt wichtig, dass ich die habe. Wie es wird, kann ich eigentlich eh nur abwarten, also ich lasse mich überraschen. Weil mehr kann ich eh nicht machen. Werden wir sehen.

I: Ok, dann vielen Dank!

KT: Nichts zu Danken.